Ludwig Elm

Konservatismus & Gesellschaft

Vorträge, Aufsätze, Rezensionen
2000-2009

Jena 2024

Ludwig Elm

Vorträge, Aufsätze, Rezensionen

2000-2009

Jena 2024

Inhaltsverzeichnis

Jagdszenen aus Thüringen 4
Debatte um „rote Kapos“ 6
Vertane Chancen und neu zu eröffnende Möglichkeiten 7
Rechte Tradition 11
Selbstverständlich ein Nationalstaat 12
Analysen und Betrachtungen 13
Antifaschistischer Konsens in der Bundesrepublik? 14
Mehr Demokratie wagen 18
Wir sind das Volk 22
Viel Feind, viel Ehr 26
Keine Experimente 30
Geistig-moralische Wende 34
Restauration in der Bundesrepublik – umkehrbar oder Mitgift und Modell fürs vereinigte Deutschland? 38
Ideologie der deutschen Rechten 1871-1945 44
Criticón – Forum für geistig-kulturelle Hegemonie der Rechten (1970-2002) 46
Zwei Sündenfälle der CDU-Vorgängerparteien 55
Ohne Beihilfe des Konservatismus keine faschistische Diktatur 1933! 56
Restauration, Westbindung und beginnende Aufrüstung in der Bundesrepublik 64
Die Bundesrepublik und der 17. Juni 1953 68
Biographie G. Schröder (CDU) 72
Neubeginn 1945, 400-Jahrfeier 1958 und deutsche Zweistaatlichkeit: Umgang mit eigener Geschichte als Prüfung der Hohen Schulen 74
Milena Jesenská – Solidarität und Widerstand angesichts Flucht und Vertreibung 1933 bis 1940 88
Krise und Wege nach rechts 93
Verbrecherische Traditionen und ungesühnte Massenmorde 95
Zum Beispiel DDR – totalitär und stalinistisch? 98
Porträt eines Rechtsintellektuellen 105
Nach sechzig Jahren: Errungenes und Gefährdetes 106
Jakob Kaiser – christlicher Antifaschismus und Sozialismus zwischen Adenauer und Ulbricht 113
Laudatio auf Michael Wegner 124
Zeitgeschichte als Wissenschaft. Versuchungen und Gefahren 127
Zu aktuellen Erscheinungen deutscher Geschichtspolitik 134
Reinhard Höhn: Mit Himmler im mörderischen Endeinsatz – belohnt in der Bundesrepublik 138
Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter 146
Laudatio auf Michael Wegner 159
Was erinnern und wie gedenken? 162
„... und ich beschloß, sie umbringen zu lassen“ 170
Angenehme Begegnung, kein Umdenken 177
Der Übergang zur Restauration nach 1945 180

Schritte auf dem deutschen Sonderweg 187
Hochschul- und wissenschaftsgeschichtliche Forschung und Öffentlichkeitsarbeit, ... 193
Der Genozid an den Armeniern 1915/16 200
Konservative Gegnerschaft zum Urteil von Nürnberg unter Adenauer und Strauß 215
Warum NPD verbieten? 224
„Vereinigung“ war nicht vorgesehen – es ging um Übernahme und Ausgrenzung 226
Liebe zu Deutschland 236
Die Oettinger-Filbinger-Kontroverse 244
Bundes-Kriminellen-Amt 250
Das Rechte und das Nationale 253
Legal in den Verbrecherstaat? 261
Ein republikanisch-demokratisches und antimilitaristisches Erbe 271
Geheimdienst öffentlich 276
Rückblicke auf 1933 280
Geschichtswissenschaftler der DDR nach 1990 282
„Ein Strafmaß in dieser Höhe war ein Glücksfall“ 286
Personenregister 290

Jagdszenen aus Thüringen

Brauchen wir in Thüringen ein Landesprogramm gegen Rassismus – für Demokratie? Dazu veranstaltete ein landesweites Bündnis gegen Rechts am 17. Juni 2000 in Erfurt einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Die Anlässe und Gründe dafür sind vielfältig und dringend.

In der Landtagswahl 1999 scheiterten die rechtsextremen Parteien DVU, NPD und REPs. Seither versuchen sie, mit Aufmärschen in Erfurt, Gera, Jena, Weimar und anderen Städten ihren Einfluss zu vergrößern und dafür das rechtsterroristische Potential zu mobilisieren. Anschläge und Terrorakte nahmen zu, darunter der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge am 20. April 2000, ein Anschlag auf das Gebetshaus der islamischen Religionsgemeinschaft in Gera am 28. Juni und die Schändung der Gedenktafel für die 1938 zerstörte Synagoge in Eisenach Anfang Juli. Allein im ersten Quartal dieses Jahres wurden neun schwere Körperverletzungen mit 12 Verletzten sowie 19 Ausschreitungen gegen Ausländer polizeilich registriert. Es gab Provokationen in Buchenwald und einen neuerlichen Überfall auf den mit seinen jungen Leuten seit Jahren antifaschistisch aktiven Stadtjugendpfarrer Lothar König in Jena. Die Burschenschaft Jenensia hatte im Herbst 1999 den faschistischen Publizisten Peter Dehoust eingeladen, unterstützt vom Thüringer Heimatschutz, der wie die Kameradschaft Gera und ähnliche Zusammenschlüsse eine der neueren gewaltbereiten Formationen darstellt.

Nach jahrelangen Beschwichtigungen, die wie im Bund auch in Thüringen vor allem von der CDU und den von ihr seit 1990 geführten Landesregierungen ausgingen, erreichten die Herausforderungen seit Frühjahr 2000 den Landtag und die Landesregierung. Im Ergebnis einer Plenardebatte verabschiedeten die drei Landtagsparteien eine gemeinsame Entschließung gegen Extremismus. Ein Parlamentarischer Abend des Bundes der Vertriebenen wurde gekündigt, als neuere rechtsextremistische Ausfälle des Landesvorsitzenden Paul Latussek bekannt wurden.

Am Beispiel unzumutbarer Zustände in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Tambach-Dietharz kam es zu neuen Auseinandersetzungen um die Asylpolitik der CDU-Regierung in Erfurt. Der ob seiner zwielichtigen Geschichtsauffassungen und politischen Rolle von antifaschistischen Gruppen wiederholt kritisierte Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz Helmut Roewer musste suspendiert werden, als bekannt wurde, dass seine Behörde den vorbestraften Nazi Thomas Dienel als Spitzel beschäftigt und bezahlt hatte. Ein im Auftrag dieses Amtes vom CDU-Vorsitzenden Jenas und Landtagsabgeordneten Reyk Seela hergestellter Schulungsfilm „Jugendlicher Extremismus in der Mitte Deutschlands – Szenen aus Thüringen“ setzt die niederträchtige Parallelisierung antifaschistischer Jugendlicher mit Rechtsterroristen fort. Zum gleichen Zweck wird im Juli in Weimar die ebenso fragwürdige Ausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Gegen Extremismus in Deutschland“ gezeigt. In Buchenwald lösten Tendenzen in der Ende 1999 eröffneten Ausstellung zur Geschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte, den kommunistischen Widerstand herabzusetzen, neue Kontroversen um antifaschistische Traditionen der Bundesrepublik aus.

Angesichts der Versäumnisse gegenüber rechtem Extremismus sowie feindseliger Haltungen von Politikern und Behörden insbesondere gegenüber aktiven jungen Nazigegnern bestätigt sich die Vermutung, dass die ideologischen Ursprünge auch in politischen Führungskreisen zu suchen sind. Der Landesvorsitzende der CDU und Ministerpräsident Bernhard Vogel sitzt seit Jahren im Ehrenpräsidium der rechtskonservativen Deutschlandstiftung in München und hat dort im Nachtrab von Strauß, Dregger, Kohl und anderen selbst extrem rechte Umtriebe wohlwollend begleitet und gefördert.

Seine Ablehnung des Deserteursdenkmals in Erfurt stimmt mit der Wehrmachts-Traditionspflege jener Stiftung völlig überein. Diese Stiftung ist mit ihrer Preisverleihung an den Apologeten des Nazifaschismus Ernst Nolte am 4. Juni 2000 erneut in die Schlagzeilen und Kritik geraten. Von Vogel war dazu bisher nichts zu hören. Wer aber wollte ernsthaft den Zusammenhang solcher geschichtsrevisionistischer Bestrebungen bundesdeutscher Honoratioren mit den dreisten und menschenverachtenden Terrorakten auf Straßen, in Wohngebieten, Klubs und Schulen bestreiten?

Die Suche nach Antworten auf die am 17. Juni in Erfurt gestellte Frage dauert an. Welche Strukturen und Aktionsformen auch gefunden werden: Entscheidend ist, dass es um neue Wege und Wirkungen

möglichst breiter Bündnisse geht. Es ist Zeit, dass viel mehr Menschen aus der Rolle scheinbar nicht Betroffener heraustreten und gemeinsam für Demokratie und Menschlichkeit handeln.

antifa, August 2000, S. 27.

Debatte um „rote Kapos“

Von zehn Beiträgen dieser Veröffentlichung sind drei der Diskussion zu Buchenwald, die anderen Neuengamme, Ravensbrück, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen sowie Einzelfällen gewidmet. Außerdem enthält der Band weitere Artikel, Meldungen aus der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit sowie zu Projekten, Forschungen, Archiven und Tagungen, Besprechungen und Literaturhinweise zum Nationalsozialismus in Norddeutschland.

Vor allem Diana Gring (Hannover), Karin Hartewig – kein Originalbeitrag –, Rikola-Gunnar Lüttgenau (Buchenwald) sowie Olaf Mussmann (Mittelbau-Dora) setzen die Bemühungen fort, in einer Mischung von Kritik an Einseitigkeiten und pathetischen Überhöhungen im Antifaschismus der DDR mit antikommunistischer Voreingenommenheit den Blick auf die Vergangenheit nach überliefertem BRD-Standard zurechtzurücken. Der Aufsatz von Gring zur „Biographie des kommunistischen Funktionshäftlings Karl Semmler“ illustriert das vorrangige Anliegen, statt einer überfälligen und ausgewogenen Würdigung des kommunistischen Widerstands im künftigen bundesdeutschen Geschichtsbild diesen Widerstand und sein Erbe aus der DDR herabzusetzen.

Es ist bemerkenswert und bildet den eigentlichen Wert des Bandes, dass mehrere Autoren sich fundiert gegen ethisch und wissenschaftlich fragwürdige Argumentationen und Wertungen von Gring, Hartewig, Knigge, Niethammer u. a. wenden. Während in der DDR, schreibt Detlef Garbe im Editorial, „alle Fragen tabuisiert wurden, die auf das Verhalten von kommunistischen Häftlingen einen Schatten hätten werfen können, ... reagierte man in der BRD geradezu spiegelbildlich verkehrt: Im Zuge der Restauration (die eine Rehabilitierung weiter Teile der nationalsozialistischen Funktionsträger mit einschloss) wurde der kommunistische Lagerwiderstand komplett diskreditiert. Sofern überhaupt noch über die Konzentrationslager geredet wurde, wurden die von Kapos begangenen Brutalitäten herausgestellt.

Vor allem Hermann Kaienburg über „Solidarität, Widerstand und die Rolle der ‚roten Kapos‘ in Neuengamme“ und Harriet Scharnberg mit „Anfragen an die Diskussion um die kommunistischen Funktionshäftlinge im Konzentrationslager Buchenwald“ legen differenziertere und gegenüber den Betroffenen gerechtere Sichten zu Überlebensstrategien und Widerstand im KZ vor. Kaienburg schreibt zutreffend: „Wie der Begriff des Widerstandes verwendet wird, sagt vor allem etwas über unser heutiges politisches Denken aus.“ Scharnberg analysiert kritisch Methodik und Thesen von Niethammer und resümiert: „Selbstbehauptung und aktiver, organisierter Widerstand konnten im KZ nur durch partielle Kooperation mit der SS und zum Nachteil einzelner Häftlinge durchgeführt werden. Dies war die strukturelle Logik des ‚Funktionssystems‘, keine Logik, die von den Kommunisten in Buchenwald konstruiert worden war.“ Ludwig Eiber (München) äußerte 1995/96 in zwei Schreiben an die Gedenkstätte Buchenwald ähnliche Überlegungen. Der Sammelband ist auch mit weiteren, hier nicht näher vorgestellten Beiträgen hilfreich und nützlich in der weiteren Kontroverse um Vernichtung, Anpassung und Widerstand im KZ.

Abgeleitete Macht – Funktionshäftlinge zwischen Widerstand und Kollaboration. Hrsg.: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Edition Temmen, Bremen (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgungen in Norddeutschland, H. 4), 204 S., DM 19,90.

antifa, August 2000, S. 27.

Vertane Chancen und neu zu eröffnende Möglichkeiten

Am 20. September 1990 beriet die Volkskammer den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ (Einigungsvertrag). Es sei erschütternd, sagte Gregor Gysi in der Debatte, dass die Hinweise des Zentralrats der Juden in Deutschland und seines Vorsitzenden unberücksichtigt blieben: „Kein klares Bekenntnis zur Verantwortung aus der Geschichte für die Zeit des Faschismus zwischen 1933 und 1945.“ Beide Staaten, so hieß es vielmehr einleitend, beschließen den Einigungsvertrag „IM BEWUSSTSEIN der Kontinuität deutscher Geschichte und eingedenk der sich aus unserer Vergangenheit ergebenden besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland“. Die Kontinuität wurde beschworen, als die Diskontinuität – bezogen auf das Deutsche Reich zwischen 1871 und 1945 – zu benennen und zu wirklichen war.

Ob Kohl zum Festredner am 3. Oktober 2000 taugt, ist unwichtig angesichts seines zwiespältigen Rechts- und Geschichtsbewusstseins – von der Flick-Spenden-Affäre bis zum 1999 aufgedeckten Parteispendenskandal, vor allem aber von Bitburg 1985 bis zum Einigungsvertrag 1990 und Neuer Wache 1993: Geschichtspolitik, die den Faschismusbegriff tabuisiert sowie das Wissen um Ursachen, Triebkräfte und Täter der Nazibarbarei verdrängt. Das genannte Versäumnis am Beginn der größeren Bundesrepublik trägt die Handschrift des „Kanzlers der Einheit“. Unter seinem Parteivorsitz leistete sich die Bundestagsfraktion mit Alfred Dregger einen Vorsitzenden bzw. Ehrenvorsitzenden, der jahrzehntelang Verfechter der Wehrmachtstraditionen und eine Hoffnungsgestalt des deutschen Rechtsextremismus war. Als Sumpfblüte gedieh in solchem Milieu die Lüge von den jüdischen Nachlässen, mit der von der hessischen CDU verschobene Millionen dem kritischen Blick der Öffentlichkeit entzogen werden sollten.

Einigungsvertrag

„Vor allem von jüdischen Organisationen und Repräsentanten des In- und Auslands – und offenkundig mit zu geringem Nachdruck von anderen Bewegungen, Parteien und Persönlichkeiten – war gefordert und mit hinlänglichem Grund erwartet worden, dass die Präambel dieses Vertrags eine unmissverständliche Aussage zur Verantwortung des deutschen Volkes für das Aufkommen und die Verbrechen des Nationalsozialismus und die daraus erwachsenden Verpflichtungen enthalten müsse. Die historische Tragweite der Vereinigung hätte in einer bewussten Bezugnahme sichtbar werden müssen. Dem wurde von den Autoren und den parlamentarischen Mehrheiten nicht entsprochen.“ (L. Elm, Nach Hitler. Nach Honecker. Zum Streit der Deutschen um die eigene Vergangenheit, Berlin 1991, S. 19)

„Mit der Intervention im Fall Haider hat Europa endlich ernsthaft die Verpflichtung zur Übereinstimmung von Wort und Tat dekretiert, zwischen dem, was in demokratischen Verfassungen steht, und der Politik, die Parteien oder Wähler machen können oder nicht.“

Die Basis der Demokratie befindet sich „in der Achtung vor den Bürgerrechten der Minderheiten (bis zu jener äußersten Minderheit, die der einzelne Dissident abgibt), in der Abwehr jeder Xenophobie, im Antifaschismus. Diese Werte lassen sich durch keine Mehrheit in Frage stellen: Selbst eine erdrückende Mehrheit, wofern sie sie ablehnt, ist zwar sicher eine Mehrheit, aber schon außerhalb der Demokratie. Sie ist demokratisch gesprochen illegitim.“ (Paolo Flores d’Arcais, Italien, in FAZ vom 12.2.2000)“

Seit Wochen gibt es eine öffentliche Debatte über Rechtsterrorismus und Ausländerfeindlichkeit sowie darüber, wie diesen Gefährdungen wirksamer zu begegnen sei. Nach über hundert Todesopfern seit 1990, unzähligen Brandanschlägen und Hetzjagden sowie Hunderten von verfolgten, verletzten und gedemütigten Menschen, hatte es neuer Verbrechen und Provokationen sowie zunehmender Beunruhigung im Ausland und seitens der Wirtschaft bedurft, damit einige Parteien, Verbände, Politiker, Behörden und Medien aus ihrer Indifferenz und Tatenlosigkeit erwachen. Es gibt neue hoffnungsvolle Ansätze, in Gemeinden und Städten, in den Ländern und auf Bundesebene breite und aktive Zusammenschlüsse aller zu entwickeln, die entschlossen sind, den braunen Spuk zu bannen sowie Demokratie und Humanität zu verteidigen. Der Blick auf problematische Erbschaften, die 1990 übernommen wurden, und auf bisherige kritikwürdige politische Konzepte verdeutlicht die Ausgangssituation am Beginn der zweiten Dekade der größeren Bundesrepublik.

Mitgift der alten Bundesrepublik

Die BRD brachte am 3. Oktober 1990 ein nahtlos seit ihrer Gründung gewachsenes, legales alt- und neonazistisches Potenzial von Parteien, Organisationen, Gruppen, Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften ein. Es war und ist Teil und Resultat der Kontinuitäten vom Dritten Reich zur Bundesrepublik und zugleich Produkt neuer sozialer Widersprüche. Laut Verfassungsschutzbericht 1990 gehörten dazu 69 Organisationen, Gruppen und sonstige Vereinigungen mit über 32.000 Mitgliedern; 34 organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste; 71 periodische Publikationen, von denen 53 mindestens viermal im Jahr mit einer Gesamtauflage von 8.551.000 Exemplaren erschienen. Für 1990 wurden 2 Tötungsdelikte, 12 Brandanschläge und 51 Körperverletzungen nachgewiesen. Die Übersicht ist unvollständig, da der rechte Extremismus durch die Unionsparteien stets bagatellisiert wurde. So fehlen noch die 1983 von der CSU abgespaltenen „Republikaner“, die ab 1995 in die Berichte aufgenommen werden mussten. Der opferreichste Terroranschlag der Geschichte der BRD erfolgte auf dem Münchner Oktoberfest am 26. September 1980, bei dem neben dem rechtsextremen Attentäter zwölf weitere Menschen ums Leben kamen und mehr als 200 verletzt wurden.

Über den organisierten Rechtsextremismus hinaus wies die Bundesrepublik ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit und Stabilität stets ein größeres, nach rechts tendierendes Potenzial in der Bevölkerung auf. Nach der von einer Abteilung des Bundeskanzleramtes unter Helmut Schmidt in Auftrag gegebenen repräsentativen, als SINUS-Studie bekannt gewordenen, Untersuchung von 1979/80 verfügten rund 13 Prozent aller Wähler in der Bundesrepublik über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild; bei weiteren 37 Prozent wurden autoritäre Einstellungen ermittelt. Vielfach Wähler anderer Parteien oder Nichtwähler umfassend, trat dieses rechte Reservoir in Wahlergebnissen nur teilweise in Erscheinung. Das wurde jahrelang von Politikern und Medien benutzt, um Rechtsextremismus als bedeutungslos abzutun. Immerhin wählten 1990 in Bayern 4,9 Prozent REP; 1992 und 1996 in Baden-Württemberg 10,9 bzw. 9,1 Prozent die REP. Eine restriktive Asylpolitik bediente sich häufig ausländerfeindlicher Ressentiments und Argumentationsmuster.

Die Bundesrepublik hatte 45 Jahre nach dem Ende von Zweitem Weltkrieg und Nazifaschismus noch keinen Tag des Gedenkens an die Befreiung, an die Opfer und die Leistungen von Antihitlerkoalition und Widerstand. Staatliche Initiativen, antifaschistische Gedenkstätten einzurichten, gab es nennenswert erst seit den 70er Jahren. Repräsentanten der BRD ignorierten den antinazistischen und antimilitaristischen Inhalt der alliierten Abkommen von Jalta und Potsdam. Bis in die Führungskreise der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP, erst recht der Bundeswehr, wurde die verbrecherische Rolle der Wehrmacht als Hauptinstrument faschistischer Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik geleugnet und dauerten deren Traditionspflege wie die Diskriminierung der Deserteure an. Dazu kamen Defizite in der Rehabilitierung und Entschädigung anderer Opfergruppen sowie in der Aufarbeitung der NS-Zeit und in der Kritik an deren anschließender langjähriger Verdrängung. Der langwierige Streit um die Entschädigung der Zwangsarbeiter der Nazidiktatur ist das jüngste Zeugnis andauernder Versäumnisse und bedenklicher Einstellungen bei großen Teilen der Wirtschaft.

Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Der Blick auf die Erblast der BRD ist notwendig angesichts ihres dominierenden Einflusses im vergrößerten Deutschland. Dazu kommt, dass aktuell nahezu ausschließlich die alarmierenden rechtsterroristischen Ausschreitungen und Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern erörtert und deren Ursachen vielfach einseitig dargestellt werden. Mitunter werden sie – den geschichtlichen Tatsachen widersprechend – geradezu als spezifisch ostdeutsche Erscheinungen beschrieben: Die Exzesse vorwiegend jugendlicher Täter seien eine direkte Folge der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der DDR und durch sie würde der antifaschistische Anspruch der DDR endgültig widerlegt. Es ist unbestreitbar, dass es in der DDR an Weltoffenheit, Dialogfähigkeit und Toleranz mangelte sowie autoritäre und kollektivistische Züge der Erziehung und des politischen Systems existierten. Individuelle Initiative und Verantwortung wurden durch den bürokratischen Zentralismus behindert. Auch in diesem deutschen Staat gab es hinsichtlich der Aufarbeitung der Lücken und Versäumnisse der NS-Vergangenheit seit längerem rechtsextreme Gruppierungen und Tendenzen.

Andererseits ist offenkundig, dass rassistische und nationalistische Ressentiments und menschenverachtendes Handeln nicht zwangsläufig aus den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen erwuchsen und vor allem daraus erklärbar wären. Entscheidend sind vielmehr die existenziellen Einschnitte und Umbrüche seit 1990, die vielfach zur Auflösung sozialer und moralischer Bindungen, zu Identitätsverlust und Orientierungskrisen führten. Neben dem Scheitern der DDR, den Erfahrungen von Deklassierung und Desillusionierung, dem erlebten Gewaltkult sowie Zukunftsängsten ist die andauernde, anmaßende und selbstgerechte Abrechnung mit den Lebensgeschichten von Millionen DDR-Bürgern ein Faktor neuer Entfremdung und des Ausbruchs in Konfrontationen, bei denen teils Selbstbehauptung und eigene Ansprüche gewalttätig verfolgt, teils solche Exzesse indifferent hingenommen werden.

Die Wahlergebnisse in den neuen Ländern seit 1990 (mit der Einschränkung bei Sachsen-Anhalt 1998, das mit dem hohen Stimmenanteil einer rechtsextremen Partei Baden-Württemberg ähnelt) ebenso wie viele Beispiele von antinazistischem Handeln und Verhalten in den vergangenen Jahren widerlegen die pauschale Diffamierung antifaschistischer Überzeugungen und Leitbilder vieler ehemaliger Bürger der DDR. An ihnen scheiterte auch die Anstrengung der CSU, mit der DSU eine rechtskonservative Kraft im Osten zu etablieren. Als einzige Partei hatte die PDS 1995 im Bundestag Anträge für antifaschistische Gedenktage eingebracht; bei der Einführung des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar) wurde das von Politikern und Medien selbstredend nicht mehr erwähnt.

Mit der in den 90er Jahren vorherrschenden Politik und Ideologie wurden Möglichkeiten, an gemeinsamen oder verwandten antinazistischen Traditionen und Leitbildern in Ost und West anzuknüpfen, weitgehend verspielt. Unablässige Angriffe auf den „verordneten Antifaschismus“ oder auf den „antifaschistischen Mythos“ der DDR signalisierten Feindseligkeit gegenüber wesentlichen Traditionen des Widerstandes. Die kritische Aufarbeitung des Umgangs mit der NS-Zeit nach 1945 beschränkt sich amtlich auf die DDR und klammert die bis heute nachwirkenden Kontinuitäten, jahrzehntelangen Verdrängungen und Defizite in der alten Bundesrepublik weitgehend aus.

Diskriminierung von Antifaschismus

Bereits im Gründungsjahr der Bundesrepublik war begonnen worden, regierungsoffiziell kommunistische und weitere linke, kapitalismuskritische Antifaschisten auszugrenzen und zu diskriminieren. Das wurde in der Berufsverbotspolitik seit 1972 fortgesetzt und ab 1990 auf die neuen Länder ausgeweitet; es dauert im vereinten Deutschland an. Das ihr zugrunde liegende Totalitarismuskonzept lebte in der bisherigen Abrechnung mit der DDR und mit westdeutschen Linken, Liberalen und Pazifisten in einer Weise wieder auf, die an die kältesten Phasen des Kalten Krieges erinnert. Mit ihm soll Antifaschismus antikommunistisch vereinnahmt und untergeordnet sowie für die jeweiligen politischen Hauptziele instrumentalisiert werden.

Die Tilgung der Namen von Frauen und Männern aus der Öffentlichkeit, die sich als Minderheit der Nazibarbarei entgegengestellt hatten und dafür oft einen hohen Preis bezahlen mussten, war ein vorrangiges Anliegen im administrativen Einigungsprozess. Nicht das Verhalten der Abs, Filbinger, Globke, Heusinger, Kiesinger, Lübke, Maunz, Oberländer und anderer Täter und Mitläufer des Dritten Reiches, sondern das von Verfolgten und KZ-Häftlingen in existenziellen Grenzsituationen – als „rote Kapos“ denunziert – wird in Geschichtsdebatten der letzten Jahre nach möglichen menschlichen und politischen Schwächen minutiös analysiert und angeprangert.

„Mäkele ich an westdeutschen Politikern? Sie sind doch alle, wir hören es neuerdings Tag und Nacht, gegen den Rechtsextremismus. Aber glauben wir ihnen, glaubt ihnen das Volk? Die deutsche Demokratie ist krank. Nicht an Rechtsextremismus, der keine Ursache ist, sondern Symptom. Was die Demokratie von zwei Seiten auszehrt, heißt: Geringschätzung des Volkes durch die Politiker; Misstrauen gegen die Politiker im Volk.“

„Die Demagogie nicht von Rechtsaußen, sondern aus der Mitte könnte sogar den Schlägern weiter das Gefühl geben, dass sie von einem Konsens – wenn nicht der Worte, so der Gefühle – getragen werden. Ich hoffe, ich werde nicht missverstanden. Der Ruf nach dem Verbot der NPD kann auch dem Wunsch dienen, eine lästige Konkurrenz loszuwerden.“

(Ivan Nagel, Dankrede anlässlich der Verleihung des Moses-Mendelssohn-Preises zur Förderung der Toleranz am 6. September 2000 in Berlin)

Die Enquête-Kommission des 12. Deutschen Bundestages erklärte im Schlussbericht vom Mai 1994: „Die spezifische Ausprägung des Antifaschismus in der DDR lässt es ausgeschlossen erscheinen, in der notwendigen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen an den DDR-Antifaschismus anzuknüpfen, für den eine Distanz zum demokratischen Denken – insgesamt gesehen – charakteristisch war.“ Kurz zuvor hatte der Vorsitzende der Kommission, Rainer Eppelmann (CDU), vom „historisch unsinnigen Begriff des Antifaschismus“ gesprochen. Die provinziell antikommunistischen Angriffe richten sich gegen die Wahrheit über den Beitrag der UdSSR sowie der Kommunisten und Sozialisten Europas zum Antifaschismus zwischen 1922 und 1945, aber auch danach. Diese Sichtweise widerspricht dem in Westeuropa vorherrschenden, parteienübergreifenden antifaschistischen Konsens.

Die vorsätzliche oder fahrlässige Art, die DDR und das NS-Regime als „die zwei deutschen Diktaturen“ mehr oder weniger gleichzusetzen sowie das Gedenken an deren Opfer auf eine Stufe zu stellen, verharmlost den nazistischen Verbrecherstaat und kriminalisiert die DDR. Die entsprechenden Empfehlungen der Enquête-Kommission des 13. Deutschen Bundestages werden in der Gedenkstättenkonzeption der rot-grünen Bundesregierung realisiert. Sie bevormunden erneut Millionen Ostdeutsche, die über eigene Erfahrung und Urteilsfähigkeit verfügen.

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der VVN-BdA brachte das Bundesamt für Verfassungsschutz 1997 eine Dokumentation über deren „Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen 1947-1997“ heraus. Längst wurden unter der Regie altbundesdeutscher Politiker und Beamter auch in den neuen Ländern die Verfassungsschutzbehörden auf das Feindbild der Konservativen getrimmt und zugleich rechtsextremistische Gefahren über Jahre verharmlost. In den Berichten der Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern werden bis heute zahlreiche antifaschistische Forderungen, Initiativen und Aktionen in diskriminierender Weise aufgelistet. Aktiven antinazistischen Jugendlichen trat die Staatsmacht bisher in hohem Masse feindselig und repressiv gegenüber.

Verspielt wurden unter deutscher Mitwirkung auch die um 1990 eröffneten Chancen für eine Wende zu einer dauerhaften internationalen Friedensordnung und zu weltweiter Abrüstung. Der politischen und finanziellen Unterstützung des Golfkrieges 1991 folgten zielstrebige Schritte, fortschreitend an militärischen Interventionen beteiligt zu werden. Der Wendepunkt kam mit der seit 1945 erstmaligen Beteiligung Deutschlands an einer völkerrechtswidrigen Aggression gegen ein souveränes Land im vergangenen Jahr. Dass sich deutsche Politiker auf Auschwitz beriefen, um zu rechtfertigen, dass zum dritten Mal in einem Jahrhundert mit deutschen Streitkräften in Jugoslawien Menschen getötet und Lebensgrundlagen von Hunderttausenden zerstört werden, ist von Auschwitz- und weiteren KZ-Häftlingen als unerträgliche Geschichtsfälschung und Zynismus zurückgewiesen worden. Die verfahrene Lage im rechtswidrigen NATO-Gouvernement Kosovo gibt allen Gegnern dieses Rückfalls in überwunden geglaubte Wege zwischenstaatlicher „Konfliktlösung“ recht.

Mit der Osterweiterung der NATO werden militärische Blockbildung und neue Runden von Wettrüsten gefördert. 1999 nahm die Bundesrepublik unter den Rüstungsexporteuren der Welt den dritten Platz ein. Insbesondere der Nationalismus, aber auch autoritäre, „soldatische“ und aggressive, auf Gewalt setzende Idole und Konzepte, werden durch neue Macht- und Interessenpolitik und den Auf- und Ausbau von Interventionsstreitkräften begünstigt. Eine solche Politik gibt direkt und indirekt der extremen Rechten Auftrieb und neue Wirkungsmöglichkeiten.

Im Ergebnis der jüngsten öffentlichen Debatten zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit sollte es auch in diesem Land zu nachhaltigen Veränderungen nach dem Beispiel der in Frankreich oder Italien längst selbstverständlichen, breiten Bündnisse gegen die äußerste Rechte kommen. Das wäre in der Tat ein ernst zu nehmendes Signal gegen Haider und die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Wien, an die Adresse der europäischen Rechten insgesamt, und für ein Europa des Antifaschismus, somit der Menschenrechte, der Demokratie und des Friedens.

antifa, Oktober 2000, S. 17-20.

Rechte Tradition

xxxEr hat sich bereits mit mehreren Veröffentlichungen zur Geschichte des deutschen Korporationsstudententums einen Namen gemacht. Nun legt Dietrich Heither erneut eine fundierte Studie vor, in der die Burschenschaften seit dem Übergang zum „Reichsnationalismus“ nach 1871 im Mittelpunkt stehen.

Mit der Gründung des Allgemeinen Deputierten Convents (ADC) 1881 entstand ein burschenschaftlicher Dachverband, der sich seit 1902 als Deutsche Burschenschaft (DB) bezeichnet. Die liberale und deutschtümelnd-romantisierende Vorgeschichte seit der Jenaer Urburschenschaft 1815 und dem Wartburgfest 1817 wird von Heither knapp in Erinnerung gerufen, nicht zuletzt hinsichtlich ihrer völkisch-fremdenfeindlichen und antijüdischen Komponenten. Die Kapitel zu den Burschenschaften im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich sowie seit der restaurativen Scheinblüte nach 1945 bis in die Gegenwart legen die Kontinuität der Verbindungen als traditionsreiche Gruppierungen der deutschen Rechten, überwiegend ihrem nationalkonservativen bis rechtsextremistischen Spektrum zugehörig, offen. Mit ihrer antisemitischen Vorreiterrolle, mit Antiliberalismus und rigidem Antisozialismus sowie dem Kult der Macht, des Männlichen, des Soldatentums, imperialer Idole und des Krieges prägten sie eine akademische Jugend und Intelligenz, die mehrheitlich die deutschen Verbrechen in zwei Weltkriegen vorzubereiten und auszuführen halfen.

Es ist zu begrüßen, dass zum Thema auch noch ein Sammelband erschien, der sich speziell mit der Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen an der erst 1919 gegründeten Universität Hamburg befasst. Drei Aufsätze sind den Jahren 1919 bis 1933 (R. Kocher), der Zeit des Faschismus (L. Koch) sowie nach dem Zweiten Weltkrieg (A. Beyer) gewidmet. Des weiteren bietet der Band einen aktuellen Überblick über studentische Verbindungen in Hamburg (F. Krebs), die braunen Karrieren der „Alten Herren“ Emil Schlee und Paul Karl Schmidt alias Paul Carrell (F. Krebs). Kritisch durchleuchtet wird die Geschichte studentischer Bräuche (I. Meyer) sowie Elitedünkel und Vetternwirtschaft (F. Krebs). Zwei Beiträge analysieren den Standort der studentischen Verbindungen in den 90er Jahren (J. Knigge) sowie deren Drähte zum rechtsradikalen Rand der Gesellschaft (F. Krebs).

Beide Publikationen bereichern und differenzieren das Bild des deutschen Verbindungsstudententums und belegen zugleich das politische Versagen der Mehrheit der deutschen Professoren zwischen 1914 und 1945. Sie sind höchst nützlich, um der verlogenen Selbstdarstellung der Verbindungen, die nach 1990 auch in Ostdeutschland wieder auftauchten, offensiv gegenüberzutreten.

Dietrich Heither: Verbündete Männer. Papy-Rossa Verlag, Köln. 540 S., geb., 48 DM. Anke Beyer/Johann Knigge u. a., „... und er muss deutsch sein“. VSA-Verlag, Hamburg. 227 S., br., 34,80 DM.

Neues Deutschland, 18.-23. Oktober 2000, S. 14.

Selbstverständlich ein Nationalstaat

Zu „Der Nationalstaat ist untergegangen“ von Stefan Grunwald (ND vom 9. 11.):

Selbstverständlich war und ist die Bundesrepublik ein Nationalstaat. Weder die territorialen Verluste 1945 noch die Jahrzehnte der Existenz der DDR haben daran etwas geändert; die staatliche Einigung 1990 hat es bestätigt und verfestigt. Das Bismarcksche Reich war trotz des Ausschlusses Österreichs und deutscher Minderheiten in Nachbarländern ebenso Nationalstaat wie die Weimarer Republik nach den territorialen Verlusten im Gefolge des Versailler Vertrages.

Die BRD verstand sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, formierte sich mit einer weitreichenden Kontinuität der Oberschichten und Eliten in allen Bereichen der Gesellschaft, übernahm den seit dem Kaiserreich geltenden Vorrang der blutmäßigen Abstammung im Staatsbürgerschaftsrecht, erkannte erst 1990 in völkerrechtlich definitiver Weise die Oder-Neiße-Grenze an und weist mit ihrer spezifischen ethnisch-kulturellen Struktur, ihrem Wirtschaftsraum, ihrem Hoheitsgebiet und der weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung alle wesentlichen Merkmale eines souveränen Nationalstaates auf.

Wie die Beispiele USA, Großbritannien, Frankreich und andere zeigen, wird dies nicht einmal durch weitere Immigration und wachsende ethnisch-kulturelle Vielfalt beeinträchtigt. Bestimmend für den Nationalstaat sind der politische und wirtschaftliche Zusammenhalt, dem sich die ethnisch-kulturellen Merkmale der Nationalität(en) unterordnen. Ungeachtet des europäischen Integrationsprozesses liegt das eigentliche Macht- und Entscheidungszentrum in der Bundesrepublik und in den anderen EU-Mitgliedsländern immer noch in den Einzelstaaten.

Warum Grunwald „nationale Ideologie“ zur Identitätsstiftung nur bei der äußersten Rechten wahrnimmt, ist nicht erkennbar. Spätestens seit dem Agieren der Dregger, Gauweiler und Lummer, seit Schäubles entschieden nationalistischem Plädoyer von 1994 (und der Zukunft zugewandt) und neuerdings der unsäglichen, durch und durch nationalistisch motivierten Leitkultur-Inszenierung der Unionsparteien erscheint eine solche Einengung unverständlich. Scharping, Fischer und Schröder werden auf dem Weg auswärtiger Interessen- und militärischer Interventionspolitik ebenfalls nicht an der Mobilisierung nationalistischer Ressentiments vorbeikommen.

Neues Deutschland, Dienstag. 28. November 2000, S. 16.

Analysen und Betrachtungen

Der Sammelband enthält 29 Beiträge, die – mit einer Ausnahme – zwischen 1972 und 1997 bereits in Sammelbänden, Tagungsprotokollen und Zeitschriften veröffentlicht worden waren. Sie sind in vier problemorientierten Komplexen geordnet. Die damit vorgenommenen Abgrenzungen sind sehr relativ. Nur ein Aufsatz über „Faschistische Bewegungen der Zwischenkriegszeit in Europa“ ist direkt der Geschichte vor 1945 gewidmet, die jedoch ansonsten als Gegenstand und Problem der Geschichtspolitik und Geschichtsschreibung, des Erinnerns und Gedenkens, nahezu durchgängig gegenwärtig ist. Die Erörterungen sind, vielfach vergleichend, auf beide deutsche Nachkriegsstaaten und auf die größere Bundesrepublik seit 1990 bezogen.

Einige Artikel erweisen sich als lesenswerte zeitgeschichtliche Analysen und Betrachtungen, darunter zu bürgerlicher Gesellschaft, Arbeiterbewegung und Antifa-Ausschüssen nach 1945, zum „Wandel der rechtsextremen Szene in der Geschichte der Bundesrepublik“, zu den alliierten Internierungslagern in den vier Besatzungszonen, zur Neuordnung des öffentlichen Dienstes in der US-Zone und zur westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung. Darüber hinaus finden sich Positionen zu Kontroversen in der Geschichtswissenschaft, zur Zeitgeschichtsschreibung und Kontinuitätsdiskussion sowie zu inhaltlichen und methodischen Problemen der Forschung. Ein beträchtlicher Teil der Betrachtungen kreist um Probleme der Versäumnisse, Ansätze und aufklärerischen Leistungen im Umgang mit der Nazivergangenheit und ihren Verbrechen, mit Opfern, Tätern und Mitläufern. „Ein Sessel im KZ“, 1997 geschrieben, reflektiert am Beispiel einer 1944 in Buchenwald entstandenen Zeichnung vom kommunistischen Häftling und Kapo Ernst Busse Probleme des Widerstandes, der Kollaboration und der Überlebensstrategien. Ähnliche Motive finden sich in den 1987 publizierten Beobachtungen zu dem im Auftrag der Nazis von Häftlingen im Sommer 1944 im KZ Theresienstadt hergestellten verlogenen, auf Täuschung der internationalen Öffentlichkeit angelegten Filmfragment „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“. Der Autor, seit 1993 als Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena tätig, erscheint gelegentlich nicht frei von den im Lande vorherrschenden antikommunistischen Vorurteilen. Insgesamt erweist er sich jedoch als ein unabhängiger, kritischer Analytiker der Zeitgeschichte und des Umgangs mit Vergangenem. Es lohnt sich, bezüglich der Geschichte seit 1945 und der geschichtsideologischen Kontroversen um antifaschistisches Gedenken und Mahnen auf seine Wortmeldungen zurückzugreifen.

Lutz Niethammer: Deutschland danach. Postfaschistische Gesellschaft und nationales Gedächtnis. Hrsg. von Ulrich Herbert und Dirk van Laak in Zusammenarbeit mit Ulrich Borsdorf, Franz-Josef Brüggemeier, Alexander von Plato, Dorothee Wierling und Michael Zimmermann. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1999, 623 S., DM 58,00.

antifa, Dezember 2000, S. 28.

Antifaschistischer Konsens in der Bundesrepublik?

Über Leitbilder, Kontroversen und Perspektiven

Im Jahr 2000 wurden Deutschland und Europa unübersehbar eingeholt vom Erbe und den Nachwirkungen der faschistisch-rassistischen Barbarei der 30er und 40er-Jahre des zu Ende gegangenen Jahrhunderts. Zunächst löste der Eintritt der FPÖ unter dem rechtsextremen Populisten Haider in die Regierung in Wien nachhaltigen internationalen Widerspruch und sogar zeitweilige Sanktionen der EU gegen das Mitgliedsland Österreich aus. Unabhängig davon, wie zweckmäßig unwirksam manche Maßnahmen waren, ist zu bekräftigen, dass mit guten Gründen an die antifaschistischen Ursprünge und Grundlagen des modernen Europa erinnert und gefordert wurde, sie unbedingt zu wahren. Es kann schwerlich behauptet werden, dass die großen politischen Gruppierungen in unserem Lande in dieser wichtigen Frage mit einer Stimme reagiert hätten.

Inder Bundesrepublik kam es ab Sommer zu einer andauernden öffentlichen Debatte über die Ursachen und den Charakter der nazistisch-rassistischen Bedrohung des Zusammenlebens aller Menschen in diesem Land und dessen zivilisatorischer, kultureller und rechtsstaatlicher Grundlagen. Die Anlässe waren keineswegs neu – auch nicht hinsichtlich des menschenverachtenden, terroristischen Charakters der Ausschreitungen gegen anders aussehende, anders lebende und anders denkende Menschen und Minderheiten. Inzwischen sind seit 1990 mehr als 100 Opfer zu beklagen und nahezu täglich kommen Meldungen von neuen Menschenjagden und Verbrechen gegen Leib und Leben hinzu.

Alibifunktionen

Warum wurde von politisch Verantwortlichen und Medien so spät auf die seit 1990 unübersehbare Mobilisierung des rassistischen und rechtsterroristischen Potentials reagiert? Warum sind in Bund und Ländern jahrelang Initiativen gegen rechtsaußen missachtet, sogar feindselig observiert und vielfach diskriminiert worden und werden es teilweise immer noch? Die Gründe sind vielgestaltig und können nur exemplarisch angedeutet werden. Dazugehört, dass der Alt- und Neonazismus sich seit den restaurativen Ursprüngen der Bundesrepublik und im Widerspruch zu Geist und Buchstaben des Grundgesetzes legal einrichten und über Jahrzehnte ein umfassendes Netz von Parteien, weiteren Organisationen, Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften sowie internationale Verbindungen auf- und ausbauen konnte. Das Verbot der faschistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) im Jahre 1952 hatte im Wesentlichen eine Alibifunktion gegenüber dem Ausland und bei der Durchsetzung des Verbots der KPD, mit dem sich die Bundesrepublik in diesem Punkt den diktatorischen Regimes in Portugal, Spanien und der Türkei zugesellte.

Gedenkstättendokumentation

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung ist jetzt Band II der Dokumentation Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus erschienen. Nachdem im 1995 herausgegebenen ersten Band die Gedenkstätten der westlichen Bundesländer erfasst sind, enthält der zweite Band eine Übersicht über die Gedenkstätten der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Das umfangreiche Werk ist in Länderkapitel mit alphabetischer Ortsfolge gegliedert. Die Nutzung des Bandes, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wird durch ein Orts-, Namens- und Sachregister sowie eine beigefügte thematische Karte erleichtert.

Die Publikation ist mit der Bestellnummer 1.085 über die Landeszentralen für politische Bildung zu erhalten.

Es war nicht zufällig, dass die 1968/69 bis in Regierungskreise reichenden Erwägungen über ein Verbot der 1964 gegründeten und inzwischen in mehrere Landtage eingezogenen NPD ergebnislos versandeten. Schließlich eignet dem rigiden Antikommunismus der Bundesrepublik ein auf die Linke und ihr Umfeld fixiertes Feindbild. Dem entspricht die soziale, politische und ideologische Verwandtschaft konservativer Kräfte mit der äußersten Rechten. Sie hat entscheidend den Untergang der Weimarer Republik herbeigeführt und bewirkte damit, dass Konservatismus nach 1945 nachhaltig diskreditiert war. Dieses zwiespältige Verhältnis lebt seither unter veränderten Bedingungen in modifizierten Erscheinungsformen fort. Ralph Giordano, Martin Greiffenhagen, Reinhard Kühnl, Kurt Lenk, Gerhard Zwerenz und andere haben dazu gültige Beiträge vorgelegt. Die Koalition von ÖVP und FPÖ ist auf europäischer Ebene zu Recht als eine Äußerung des überlieferten Wechselverhältnisses im rechten Lager verstanden worden.

Verharmlosungen

Aus dieser Konstellation rechts der Mitte erklärt sich letztlich, warum sich einige Politiker und Publizisten so schwer taten oder weiterhin tun, rechten Extremismus und die von ihm ausgehenden Bedrohungen unmissverständlich beim Namen zu nennen oder gar wirksame Schritte gegen ihn zu unterstützen. Zur Geschichte der Bundesrepublik gehört, dass von Anbeginn insbesondere seitens konservativer Kreise hinsichtlich der nazistisch-rassistischen Potentiale, ihres terroristischen Charakters und der von ihnen ausgehenden Gefahren verharmlost und beschwichtigt wurde – direkte und indirekte Begünstigung inbegriffen. Auch das beharrliche Wegsehen von „Zuständigen“ und die Rechtsprechung aller Ebenen haben dazu beigetragen. Gleichzeitig ist davon zu reden, wie linker Antifaschismus seit dem „Adenauererlass“ vom 19. September 1950, dem „Radikalenerlass“ vom 28. Januar 1972 und erneut intensiviert seit 1990 diskriminiert wurde. Nicht zuletzt in Geschichtsbildern (Wehrmachtsdiskussion!), im Nationalismus und in der Ausländer- und Asylpolitik werden die fließenden Übergänge von der Mitte der Gesellschaft bis nach rechtsaußen sichtbar.

Heute das Verbot der NPD zu fordern, beweist nicht durchweg ein grundsätzliches Umdenken: Da ist Besorgnis über das Image des größeren Deutschlands im Ausland und über den Wirtschaftsstandort im Spiel. Teilweise entwickelt sich vorrangig aus wirtschaftsstrategischen und demografischen Erwägungen eine veränderte Sicht auf die Einwanderungspolitik. Schließlich ist da die alltägliche Erfahrung, dass Autorität und Handlungsfähigkeit des Staates längst nicht mehr gewährleistet sind, wenn die Würde und elementarste Rechte vieler Menschen nicht mehr geschützt werden können. Die Autorität des Staates beeinträchtigt zu sehen, berührt jedoch den Kern konservativen Machtdenkens, das – wie im Regelfall – in seinen politischen Konsequenzen rasch wieder gegen demokratische und sozialistische Bewegungen gewandt werden kann. Manchem rechts stehenden Politiker geht es vielleicht auch bloß darum, den parteipolitischen Konkurrenten zu beeinträchtigen, der sich nicht ohne Erfolg um gleiche Wählergruppen bemüht. Die jahrelangen verharmlosenden und fälschenden Behauptungen von den Einzeltätern, deren Exzesse eher als pubertär oder durch Alkoholgenuss zu erklären seien, jedenfalls angeblich kaum einen gesellschaftlichen oder politisch-ideologischen Hintergrund hätten, verleiten manche dazu, das Problem mit vorzugsweise administrativen Mitteln lösen zu wollen.

Orientierungskrisen

Damit sind jedoch noch nicht annähernd die Dimensionen der Probleme und die Ursachen erfasst, warum sich insbesondere größere Gruppen Jugendlicher Rassismus und menschenfeindlicher Gewalttätigkeit zuwenden. Die Kontroversen über diesen vielschichtigen Problemkreis – ein Hauptfeld der Diskussionen seit vergangenem Sommer – werden andauern. Auch im Lichte geschichtlicher und internationaler Erfahrungen erscheinen jene Analysen und Urteile am schlüssigsten, die von grundlegenden sozialen Widersprüchen und Umbrüchen sowie von den Orientierungskrisen großer Gruppen in dieser Gesellschaft ausgehen. Die NPD errang ihre frühen spektakulären politisch-parlamentarischen Erfolge im Umfeld der ersten zyklischen Krise von 1966/67 und in einer durch die außerparlamentarische Opposition und Studentenrebellion jener Zeit beunruhigten Gesellschaft. Der höhere Grad rechtsextremer Jugendgewalt in Ostdeutschland findet seine hauptsächliche Erklärung in der abrupten Destruktion vorheriger Lebens- und Arbeitswelten ab 1990, in sozialer Deklassierung oder Verunsicherung, in Identitätsverlusten sowie in fehlenden individuellen und gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten und Perspektiven. Dazu kommen Erfahrungen der Konkurrenz und der sozialen Hierarchien, der Ohnmacht und Vereinzelung, der Ungerechtigkeit sowie des Gewalt- und Machtkultes in weiten Bereichen der Politik und der Alltagskultur.

Aus ideologischen und parteitaktischen Gründen wurden antifaschistische Traditionen und Wertauffassungen, die es über Jahrzehnte und ungeachtet aller, auch erheblicher Unterschiede in beiden deutschen Staaten gab, für den inneren Einigungsprozess und insbesondere für ein parteien- und richtungsübergreifendes Bündnis zur Achtung von Rassismus und Rechtsextremismus kaum genutzt. Im Gegenteil: Vor allem die anmaßende Abrechnung mit der DDR einschließlich ihrer antifaschistischen geistig-kulturellen Prägungen denunzierte und eliminierte wichtige Teile eines Erbes, das unverzichtbar ist, wenn Antisemitismus, Rassismus und Nazismus zurückgedrängt und geächtet werden sollen.

Die unter dem Vorwand des wissenschaftlichen „Diktaturenvergleichs“ daherkommende Parallelisierung der DDR mit dem hitlerfaschistischen Regime nimmt im Interesse des antikommunistischen Hauptanliegens in Kauf, dass die Nazi- und Kriegsverbrechen damit seit Jahren unablässig verharmlost werden. Und da soll es keinerlei Zusammenhang einer solchen Geschichtspolitik mit der Desorientierung von Jugendlichen und einer drastisch herabgesetzten Schwelle des Übergangs eines Teils von ihnen zu den demagogischen Parolen der äußersten Rechten geben?

Gleichwohl sehen wir in den Auseinandersetzungen der letzten Monate und neuen gemeinsamen Schritten gegen Ausländerhass und Rechtsterrorismus – wie in der großen Kundgebung am 9. November in Berlin und bei ähnlichen Initiativen anderswo – Ansätze für einen breiten antifaschistischen Konsens in diesem Land. Es hat so etwas höchstens unmittelbar nach 1945 in den vier Besatzungszonen gegeben. Mit den gegensätzlichen Staatsgründungen, ihren inneren Weichenstellungen und Spannungen und mit dem Übergang zu internationaler Konfrontation und Kaltem Krieg ist das bald zerbrochen. Wer immer und zu welchem Zeitpunkt in Ost oder West annahm, dass es nach dem bis 1945 Geschehenen niemals mehr eine neuerliche ernst zu nehmende nazistisch-rassistische Herausforderung geben könne, ist inzwischen eines Besseren belehrt worden. Keine verantwortungsbewusste politische Kraft kann heute aus der Mithaftung dafür entlassen werden, dass es als Erbe von Defiziten beider deutscher Staaten und im Ergebnis eines widerspruchsvollen Verlaufs des „Einigungsprozesses“ seit 1990 eine solche Stufe der Umtriebe und Ausschreitungen des Rechtsextremismus gibt.

Vermächtnisse

Der angestrebte antifaschistische Konsens würde dem westeuropäischen Standard entsprechen oder nahe kommen, indem alle Traditionen des antifaschistischen Widerstandes sowie alle aus Verfolgung und Vernichtung erwachsenen Vermächtnisse ihren selbstverständlichen Rang im Erinnern und Gedenken besitzen und die daraus gewonnenen Folgerungen ihren gesicherten Platz in der politischen und geistigen Kultur des Landes erhalten. Diese Wertschätzung besäße den Vorrang gegenüber Unterschieden der Auffassungen und Verhaltensweisen bei anderen Themen und Konfliktfeldern. Ein solcher Konsens wäre überall im Geschichtsbild und in Gegenwartsfragen in der Pflicht, wo Menschenrechte und Humanität verletzt wurden oder gefährdet waren oder sind.

Unmittelbar vor dem diesjährigen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und vor dem 68. Jahrestag der Bildung der Hitlerregierung erklären wir: Wir unterstützen die Initiativen der Bundesregierung, des Bundesrats und der Bundestagsmehrheit, beim Bundesverfassungsgericht Anträge für ein Verbotsverfahren gegen die NPD zu stellen. Der Schritt ergibt sich aus der Achtung vor den im Grundgesetz fixierten Grundrechten und den zivilisatorischen Grundlagen der Bundesrepublik und der Europäischen Union. Er drückt die Entschlossenheit aus, in Deutschland nicht noch einmal vor der Barbarei zu kapitulieren. Dabei sehen wir uns in der verpflichtenden Tradition des Schwurs von Buchenwald, der alliierten Beschlüsse von 1945 und der UNO-Charta sowie der Frauen und Männer, die nach der Befreiung vom Faschismus das Ziel eines demokratischen Deutschlands in Angriff nahmen, von dem nie wieder Krieg und Faschismus ausgehen werden. Die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die NPD und vor allem ein bald ausgesprochenes Verbotsurteil sind geeignet, die Gültigkeit von Art. 1 GG – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – und die unbedingte Bereitschaft zur Wahrung dieses erstrangigen Verfassungsgrundsatzes zu beweisen. Es würde die Maßstäbe verdeutlichen, die auch an die Umtriebe von DVU, Republikanern sowie rechtsextremen Vereinen, Verlagen, Musikbands und andere Gruppierungen anzulegen sind. Diese Schritte fordern und fördern verstärkte aufklärerische Bemühungen um die breite Ächtung rassistischer und nazistischer Anschauungen und Leitbilder.

Moorsoldatentreffen 2001

Das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager als Gedenkstätte zu den 15 nationalsozialistischen Lagern im Emsland 1933 bis 1945 lädt vom 3. bis 7. Mai 2001 ehemalige Moorsoldaten und Häftlinge der Emslandlager sowie deren Angehörige zu einem Treffen nach Papenburg ein. Im Rahmen der Veranstaltungen sind u.a. am 4. Mai Gedenkfahrten zu den im Emsland gelegenen ehemaligen Lagerorten Esterwegen, Börgermoor, Neusustrum und Oberlangen vorgesehen, an denen auch Schulklassen aus der Region teilnehmen werden. Am 6. Mai findet die alljährlich von der „Initiative 8. Mai“ zum Tag der Befreiung organisierte Kundgebung auf der Gedenkstätte Esterwegen (Lagerfriedhof)

statt. Zu dem Treffen werden ehemalige KZ-Häftlinge, Militärstraf- und Kriegsgefangene aus Deutschland, Osterreich, Polen, Belgien, Russland und den Niederlanden erwartet. Betroffene und Interessierte erhalten nähere Informationen und das Programm des Moorsoldatentreffens beim DIZ Emslandlager, Postfach 1132, 26851 Papenburg, Tel. 04961/916306.

Hauptansprüche

Die Argumente aus einzelnen Bundestagsparteien, sich dieser Initiative des Parlamentes zu verweigern oder überhaupt den Schritt zum Verbotsantrag abzulehnen, sind nicht überzeugend. Niemand behauptet, dass mit dem Verbot einer rechtsextremen Partei oder Vereinigung das vielschichtige gesamtgesellschaftliche Problem ausländerfeindlicher, rassistischer und autoritär-nationalistischer Ressentiments und Anschauungen, das in die Anhängerschaft aller Parteien, Gewerkschaften, Konfessionen und anderer großer Gruppierungen hineinreicht, überhaupt gelöst werden könne. Aber es steht fest, dass es nur durch vielgestaltige politische, geistig-kulturelle und rechtliche Anstrengungen bewältigt werden kann. Das Verbot einer Partei, die sich mit ihren Anhängern offen menschenverachtend in die Nachfolge der Täter von Auschwitz und des faschistischen Eroberungs- und Ausrottungskrieges stellt, gehört für uns selbstverständlich und vorrangig dazu. Was sind hauptsächliche Ansprüche an einen parteien- und richtungsübergreifenden antifaschistischen Konsens? Als vorrangige Momente seien genannt:

1. Ausgehend von den in unserer Geschichte liegenden Gründen und Anlässen geht es um die Bereitschaft, alle gesellschaftlichen Bedingungen, Ursachen und fördernden Faktoren für ausländerfeindliche, rassistische und nazistische Denk- und Verhaltensweisen unvoreingenommen zu ermitteln und öffentlich die Schlussfolgerungen für gesellschafts-, wirtschafts-, bildungs-, kultur- und sozialpolitische Strategien und Maßnahmen zu diskutieren und zu erarbeiten.

2. Die Forschungen und Debatten zur Geschichte seit 1914/18, 1933 und 1945 sowie die entsprechende Bildungsarbeit sind im Unterschied zu dem seit den 90er-Jahren vorherrschenden Trend zielstrebig an antifaschistischen Traditionen und Verpflichtungen zu orientieren und haben die Gesamtheit der Umstände, die Rassismus und Nazitum hervorbringen oder begünstigen, darzustellen sowie Vorstellungen und Erfahrungen demokratischer und humanistischer Gegenstrategien und für eine zukunftsfähige Zivilgesellschaft zu vermitteln. Im Sinne der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 1993 darf das Gedenken an die Opfer des Faschismus nicht durch unzulässige Gleichsetzungen mit anderen Anlässen des Erinnerns nivelliert werden.

3. Auf der Grundlage aufklärerischer Geschichtsarbeit sind die der Meinungsbildung in der Rechtsprechung sowie der Tätigkeit der Verfassungsschutzämter und weiterer Behörden zugrunde liegenden Vorstellungen und Kriterien kritisch zu überprüfen und zu verändern. Solange große Teile der aktivsten und couragiertesten Nazigegner – und das betrifft vor allem auch vom Rechtsterrorismus bedrohte und sich gegen ihn auflehnende junge Leute – von der Staatsmacht feindselig beobachtet und vielfach als angebliche Verfassungsfeinde diskriminiert werden, bleiben viele wohlklingende Verlautbarungen von Politikern unglaubwürdig. Die Medien haben überwiegend Veranlassung, ihrerseits über ähnliche unumgängliche Lernprozesse und Schlussfolgerungen nachzudenken.

4. Strittige Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berühren wesentlich die Verständigung der demokratischen, antirassistischen und antifaschistischen Richtungen und Organisationen. Derzeitige Meinungsunterschiede sollten nicht das Zusammengehen gegen die äußerste Rechte beeinträchtigen. Die Ziele von Abrüstung, ziviler Konfliktlösung und entmilitarisierten zwischenstaatlichen Beziehungen stehen jedoch ebenso dringend auf der Tagesordnung wie die riesigen globalen Herausforderungen des Kampfes gegen Hunger und akute Not, für weltweit wachsende soziale Gerechtigkeit und Friedensfähigkeit. Sie sind Teil des Ziels, Rassismus, Nazismus und jeglichen Terrorismus die sozialen Grundlagen zu entziehen, sie zu ächten und zu bannen.

antifa, Februar 2001, S. 17-20.

Mehr Demokratie wagen

Es mag überraschen, dass nach zwei Jahrzehnten Bundesrepublik der Slogan *Mehr Demokratie wagen* mobilisierend wirken konnte, nachhaltig Resonanz – und schließlich seinen Platz in den Geschichtsbüchern – fand. Im offiziösen Selbstverständnis sieht sich die Bundesrepublik doch von Anbeginn als „zweite deutsche Demokratie" nach der Weimarer Republik und unzweifelhaft stellte sie einen bürgerlich-parlamentarischen und rechtsstaatlichen Neubeginn nach dem Nationalsozialismus dar. Zugleich war jedoch die Verfassungswirklichkeit der 50er Jahre in hohem Maße von den restaurativen und konservativen Zügen der Staatsgründung und von einer autoritären Praxis des politischen Systems geprägt. Der Begriff der „Kanzlerdemokratie" Adenauers bezeichnet kritisch diese Verhältnisse sowie das ihnen eigene restriktive, patriarchalisch-autoritäre Verständnis von Demokratie.

Die außerparlamentarischen Bewegungen der 60er Jahre hatten begonnen, diese verkrusteten Strukturen und deren hauptsächliche ideologisch-politische Voraussetzungen und Inhalte zu attackieren und in Frage zu stellen. Sie artikulierten basis- und radikaldemokratische Forderungen nach demokratischer Öffnung und Erneuerung des politischen Systems. Diese Initiativen blieben nicht ohne Auswirkung auf die Erwartungen an einen politischen Wechsel im Ergebnis der Bundestagswahl am 28. September 1969.

Aus dieser Wahl ging die Koalitionsregierung von SPD und FDP unter Bundeskanzler Willy Brandt hervor. Der FDP-Vorsitzende Walter Scheel wurde Vizekanzler und Außenminister. Als Regierender Bürgermeister von Berlin (1957-1966), Vizekanzler und Außenminister der Großen Koalition (1966-1969) und SPD-Vorsitzender seit 1964 war Brandt bereits international bekannt. In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 sagte er: „In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur soviel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung, sich gegenseitig zu verstehen. Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir werden unsere Arbeitsweise öffnen und dem kritischen Bedürfnis nach Information Genüge tun." Brandt wandte sich ausdrücklich „an die im Frieden nachgewachsenen Generationen". Mitbestimmung und Mitverantwortung würden „eine bewegende Kraft der kommenden Jahre" sein: „Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert."

CDU/CSU schieden erstmals seit 1949 aus der Bundesregierung aus. Dort hatten sie mit Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger in verschiedenen Koalitionen den Kanzler gestellt. Der Wechsel war kein zwingendes Resultat des Wahlergebnisses. Zwar hatte die SPD sich auf 42,7 Prozent verbessert; die Unionsparteien waren jedoch ungeachtet eines geringfügigen Verlustes mit 46,1 Prozent erneut stärkste Fraktion geworden. Die NPD erzielte als viertstärkste Partei 4,3 Prozent und wäre beinahe in den Bundestag eingezogen. Damit blieb der Union die Frage erspart, ob sie die Kanzlerschaft auch mit den Stimmen der Rechtsextremisten angestrebt hätte. Immerhin unterschied sich die NPD nicht unüberbrückbar vom langjährigen Koalitionspartner Deutsche Partei (DP).

Entscheidend für den Wechsel war das Verhalten der FDP. Sie hatte deutlich verloren und gelangte mit nur noch 30 gegenüber vorher 49 Sitzen ins Parlament. Seit 1961 (bis 1983) gab es nur noch drei Fraktionen im Bundestag. Nur in zwei Ausnahmesituationen war die Kleinste nicht als Mehrheitsbeschaffer benötigt worden: Als die Union 1957 die absolute Mehrheit erreichte und während der Großen Koalition von 1966 bis 1969. Die FDP hatte bei der Wahl des Bundespräsidenten am 5. März 1969 bereits eine Vorentscheidung getroffen. Der Kandidat der CDU/CSU, der konservative Politiker und langjährige Bundesminister, Gerhard Schröder, war für sie mehrheitlich nicht wählbar. In der Bundesversammlung entschieden die FDP-Stimmen, dass der von der SPD nominierte Gustav Heinemann als dritter Bundespräsident nach Theodor Heuss (FDP) und Heinrich Lübke (CDU) gewählt wurde.

Die eigentlichen Gründe für die Veränderungen im Herbst 1969 lagen jedoch nicht in zufälligen personellen Konstellationen. Es gab sowohl in den internationalen Beziehungen als auch in der bundesdeutschen Gesellschaft Wandlungen, die zu einer Ablösung der konservativen Kräfte aus der Regierungsverantwortung drängten. Außenpolitisch zeichnete sich der Übergang zur Entspannungspolitik

ab. Das betraf wesentlich vertragliche Regelungen zur friedlichen Koexistenz in Europa und damit insbesondere das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion, zur Volksrepublik Polen und Zur DDR. Die Unionsparteien verkörperten das Bekenntnis zu den deutschen Grenzen von 1937 und verweigerten eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze; sie standen für die mit der Hallstein-Doktrin festgeschriebene Alleinvertretungsanmaßung und lehnten auf Normalisierung gerichtete Verhandlungen mit dem zweiten deutschen Staat ab. Die Symptome einer außenpolitischen Isolierung der BRD hatten sich verstärkt. Es wurde offensichtlich, dass CDU und CSU unfähig waren, ohne weiteren Zeitverlust die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Landes unter den sich wandelnden Bedingungen fortzuentwickeln.

Mehr Demokratie wagen signalisierte jedoch vor allem die Bereitschaft, auf die Veränderungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik in den 60er Jahren zu reagieren sowie Forderungen und Impulse für neue Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten aufzunehmen. Dieser Zeitgeist speiste die mobilisierend wirkende Zielorientierung einer weitergehenden Demokratisierung.

Auch ein veränderter Umgang mit der NS-Vergangenheit war unumgänglich geworden. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem 1960/61 und der erste Frankfurter Auschwitzprozess 1963-1965 hatten ein Umdenken unter großen Teilen der Bevölkerung und insbesondere unter der jüngeren Generation bewirkt. CDU/CSU und FDP scheiterten bei dem Versuch, 1965 sämtliche Nazi- und Kriegsverbrechen verjähren zu lassen. Rolf Hochhuth erlangte mit der Uraufführung seines Dramas „Der Stellvertreter“ im Theater am Kurfürstendamm am 20. Februar 1963 einen herausragenden Publizitätserfolg: Tabus um das Verhältnis von Papst Pius XII. zum NS-Regime zu brechen, bedeutete damals überhaupt, dem bisher vorherrschenden Verdrängen und Beschweigen entgegenzutreten. Wahlerfolge der 1964 gegründeten NPD, die 1966/67 in sechs Landtage eingezogen war und dies im April 1968 mit 9,8 Prozent der Stimmen in Baden-Württemberg fortsetzte, verliehen diesen Auseinandersetzungen zusätzliche Brisanz. Es erschien vielen Menschen im In- und Ausland als folgerichtig und begrüßenswert, dass der ehemalige antifaschistische Emigrant Brandt den früheren Mitarbeiter der nationalsozialistischen Auslandspropaganda, Kiesinger, als Regierungschef ablöste.

Gesellschaftspolitisch bedeutend waren die von der außerparlamentarischen Opposition ausgehenden Neuerungen und Umbrüche, bei denen ebenfalls antifaschistische Motive und die „Vergangenheitsbewältigung“ einen hohen Rang einnahmen. Das Spektrum der Auseinandersetzungen reichte von der Notstandsgesetzgebung bis zum Vietnam-Krieg und zu weiteren Themen der Dritten Welt, von der Bildungs- und Hochschulreform bis zur Neugestaltung der Beziehungen zu Osteuropa, die DDR eingeschlossen.

Auch an der Basis und im Umfeld der SPD hatten sich Plattformen und Initiativen zu Wort gemeldet, die weitergehende Erwartungen und Ziele an die Demokratie und die Verfassungswirklichkeit stellten. Waldemar von Knoeringen, Mitglied des Parteivorstands der SPD und Vorsitzender von dessem Bildungspolitischen Ausschuss, brachte 1966 mit einem Kreis jüngerer sozialdemokratischer Autoren – unter ihnen Peter Glotz – eine programmatische Schrift für eine „Demokratiereform“ heraus. Sie war auch eine Erwiderung auf das im Vorjahr aus dem Umkreis von Kanzler Erhard vorgestellte autoritär-ständische Modell der „formierten Gesellschaft“: Das Abklingen ideologischer Gegensätze habe keineswegs politische Alternativen beseitigt. „Im Gegenteil: erst jetzt besteht die Möglichkeit, durch ernste Diskussion und Reform der Demokratie, den Sinn und Zweck moderner parteipolitischer Auseinandersetzung sichtbar zu machen und die *wirklichen* gesellschaftspolitischen Alternativen zu verdeutlichen. So ruht z. B. die CDU-Formel von der ‚formierten Gesellschaft‘ auf einer durchaus anderen Betrachtung des demokratischen Prozesses als die sozialdemokratische Konzeption der ‚sozialen Demokratie‘. Darum muss die Auseinandersetzung tiefer und gründlicher geführt werden.“[1]

Von den langjährigen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung gingen ebenfalls Anstöße für die Debatte um die Zukunft der Demokratie aus. Sie blieben auch wirksam, nachdem die

[1] Mobilisierung der Demokratie. Ein Beitrag zur Demokratiereform, vorgelegt von Waldemar von Knoeringen, Peter Glotz u. a., München 1966, S. 8.

Parteien der Großen Koalition die verfassungsändernden Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 mit Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet hatten. Die 1968 erschienene Studie Ralf Dahrendorfs über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland" förderte kritische Einsichten: „Die Chancen der liberalen Demokratie waren in einer deutschen Gesellschaft noch nie so groß, wie sie es in der Bundesrepublik Deutschland sind. Auch hier werden sie allerdings durch alte und neue Sozialentwicklungen noch vielfältig eingeschränkt. Wir müssen uns daher auch die Soll-Seite der sozialen Strukturen betrachten, die die Verfassung der Freiheit begründen. Dass die fehlenden gesellschaftlichen Grundlagen der staatsbürgerlichen Gleichheit hier einen beträchtlichen Posten ausmachen, haben wir schon gesehen."[2] Auch andere Bereiche zwängen zu kritischen Fragen, zumal „die Last der illiberalen Vergangenheit durch neue, spezifisch moderne Tendenzen der Illiberalität weiter verstärkt" werde.

Noch kritischer fiel die Bestandsaufnahme zum „CDU-Staat" und seinen Defiziten an gelebter Demokratie in einem erstmals 1967 erschienenen Sammelband aus. In der „nach den Erfahrungen der Großen Koalition, den legalisierten Notstandsgesetzen, der außerparlamentarischen Protestbewegung" überarbeiteten zweiten Auflage von 1969 hieß es einleitend: „Ein CDU-Staat ist die Bundesrepublik insofern geblieben, als politisch wirksames Handeln, programmatische Leitsätze und Verschleierungen der um die CDU/CSU gruppierten Interessen nach wie vor die spezifische Gestalt des westdeutschen Staats als Teil der ‚westlichen' Welt prägen. Wer gleichwohl dafür hält, dass wir ja auch einen SPD- oder FDP-Staat hätten, mag durchaus Recht haben; weder von diesen noch von anderen etablierten Gruppen werden die von der CDU/CSU vertretenen ökonomischen, sozialen und politischen Maßstäbe, ideologischen Konzepte und gesellschaftlichen Inhalte ernsthaft und nachhaltig in Frage gestellt oder gar gefährdet."[3]

Anfang der 70er Jahre signalisierten Veröffentlichungen aus dem linken sozialdemokratischen Spektrum, dass die Verheißung *Mehr Demokratie wagen* nach der Bildung der sozialliberalen Koalition keineswegs im Selbstlauf Wirklichkeit werde. Wilhelm Ribhegge stellte im sozialdemokratischen „Vorwärts" vom 21. Januar 1971 „Mutmaßungen über den Trend" an. Die Selbstdarstellung der SPD bleibe im Unterschied zur „Rechtsprofilierung der CDU" vage und blass; als Regierungspartei wirke sie verschämt und verschüchtert. „In der politischen Programmatik distanziert sie sich mehr von den Jungsozialisten in den eigenen Reihen als von der CDU." Die SPD müsse die Wählerschaft „für Reformen und gegen den gesellschaftlichen status quo mobilisieren".

Die an der Nahtstelle zwischen Ost und West gelegene Bundesrepublik bedürfe glaubwürdiger friedenspolitischer Bemühungen, schrieb Rolf Seeliger als Herausgeber eines Sammelbandes. Sie bedarf ferner „politischer Initiativen, die in Anerkennung der grundsätzlichen Entwicklungstendenzen unserer Zeit einen handlungsfähigen, mit Reformwillen ausgestatteten Staat gestalten, der ein Mittel ist, um die Interessen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, Demokratisierung in allen Bereichen der Gesellschaft zu bewirken und die Demokratie in unserem Lande zu sichern."[4] Die Autoren – unter ihnen Karl-Heinz Hansen, Björn Engholm und Peter Glotz – wandten sich Problemfeldern und Herausforderungen zu wie Demokratisierung der Wirtschaft, Verwirklichung des Sozialstaats, Vermögensverteilung („ein öffentlicher Skandal"), Bildung und Reform der Massenmedien, „Parlamentarismus kritisch betrachtet" und Kommunalpolitik, die Jungsozialisten als „die SPD der achtziger Jahre" sowie Auseinandersetzung ~mit den sich formierenden rechtsgerichteten Kräften".

Im folgenden Jahr griff Ribhegge das inzwischen geflügelte Wort als Thema eines Beitrags wieder auf: „Mehr Demokratie wagen – Überlegungen zu einer neuen SPD-Wahlkampfstrategie." Seine Vorschläge sollten helfen, sich von „den SPD-Bundestagswahlkämpfen der 60er Jahre" abzusetzen. Politische Einstellungen in der Bevölkerung seien veränderbar: „Solange sich die SPD jedoch darauf

---

2 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 472.

3 Der CDU-Staat 1. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Hg. v. Gert Schäfer/Carl Nedelmann, Frankfurt a. M. 1969, S. 7.

4 Rolf Seeliger: Vorbemerkungen. In: Quo vadis SPD? Aktuelle Beiträge zur Mobilisierung der Sozialdemokratie. Hg. v. Rolf Seeliger, München 1971, S. 7 f.

beschränkt, ihre politischen Aussagen dem vorherrschenden Konservatismus anzupassen, ist es völlig ausgeschlossen, dass sie jemals eine solide Mehrheit für eine sozialdemokratische Politik erhalten wird."[5]

Der „Radikalenerlass" des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. Januar 1972 ließ die kritisierte Tendenz offenkundig werden. Die antidemokratische Funktion des Erlasses ergab sich aus einer primär antikommunistischen, extensiv gegen linke und linksliberale Vorstellungen und Positionen gerichteten Zielstellung. Die zunächst rigorose Durchsetzung von Berufsverboten erfolgte nicht zufällig in einer Phase, als Absolventen der Jahre des studentischen Aufbegehrens gegen konservativ-nationalistische Überlieferung und systemkonforme Formierung die Hochschulen verließen.

Vorausgegangen war die Entschließung von Parteivorstand, Pareirat und Kontrollkommission der SPD „Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus" vom 26. Februar 1971, in der vor allem die grundsätzlich unvereinbaren Positionen beider Strömungen dargestellt worden waren. Den erklärten demokratischen Zielen abträglich war der Beschluss, die Führungsgremien der SPD „erwarten von allen Mitgliedern der Partei die unmissverständliche Respektierung des Beschlusses über die Unvereinbarkeit von Aktionsgemeinschaften mit kommunistischen Organisationen, welcher Richtung auch immer".

Brandt überstand das von den Unionsparteien initiierte konstruktive Misstrauensvotum am 27. April 1972 und führte die Koalition in der vorgezogenen Bundestagswahl vom 19. November 1972 Zu einem deutlichen Sieg und zu einer klaren Mehrheit. Sein im Verlauf der Guillaume-Affäre im Mai 1974 erklärter Rücktritt als Bundeskanzler und der Wechsel im Amt zu Helmut Schmidt signalisierten, dass von dem verheißungsvollen Aufbruch *Mehr Demokratie wagen* mehr unerfüllte Erwartungen als wirkliche Veränderungen geblieben waren. Die seitherige Entwicklung zeigt, dass demokratische Rechte und Freiheiten immer wieder gefährdet sind. Seit dem 11. September 2001 werden terroristische Anschläge auch seitens einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung benutzt, um die Instrumente der Überwachung und Repression auszubauen und dafür erneut Grundrechte der Bürger einzuschränken. *Mehr Demokratie wagen* bleibt eine gültige Parole, um unter Einbeziehung von möglichst vielen Menschen die Chancen der Demokratie immer neu zu verteidigen und zu nutzen.

Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militzke-Verlag Leipzig 2002, S. 44-50.

5 SPD 72. Neue Beiträge zur Mobilisierung der Sozialdemokratie. Hg. v. Rolf Seeliger, München 1972, S. 95

Wir sind das Volk

Ab Spätsommer 1989 trat die Krise der DDR in ihre akute Phase. Darin kulminierten die seit Jahren unzureichende ökonomische Effizienz und mangelnde Innovationsfähigkeit, die autoritäre Erstarrung des politischen Systems und die geistig-kulturelle Stagnation und Repression. Gleichartige Erschütterungen, Umbrüche und Erneuerungsbestrebungen in allen osteuropäischen Ländern verdeutlichten, dass es sich um einen Teil eines weltgeschichtlichen Vorgangs, um das internationale Scheitern des seit 1917 aufgekommenen realsozialistischen Gesellschafts- und Herrschaftsmodells handelte. Der sprunghafte Anstieg der Fluchtbewegung signalisierte die nunmehr unumkehrbar werdenden Veränderungen. Die während einer Erkrankung Erich Honeckers nahezu gelähmte und dann wesentlich mit den Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR befasste „Partei- und Staatsführung“ zeigte sich unfähig, ernst zu nehmende Reformschritte und eine politische Öffnung nach innen und außen einzuleiten. Selbst die Entfremdung gegenüber der eigenen Parteibasis, immerhin weit über zwei Millionen Mitglieder, vertiefte sich.

Eine fortgeschrittene Stufe der Formierung oppositioneller Kräfte offenbarte sich ab September, als „Aufbruch 89 – Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ (DJ) und „Demokratischer Aufbruch“ (DA) gegründet wurden. Die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) konstituierte sich am *7.* Oktober in Schwante bei Berlin „nach einer mitreißenden, aber unklaren Rede von Markus Meckel“.[1] Einer gemeinsamen Erklärung vom 4. Oktober 1989 zufolge, band diese neuen Zusammenschlüsse und weitere Gruppen der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten.

In Leipzig kam es am 4. September i 989 zur ersten Montagsdemonstration nach den Sommerferien, an der sich nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche etwa 1000 Menschen beteiligten. Ungeachtet der Gegenmaßnahmen der SED-Leitungen und der Behörden fanden diese Demonstrationen nunmehr wöchentlich und mit wachsendem Zuspruch statt. Ab Ende September waren sie als Großdemonstrationen auf dem Leipziger Ring im In- und Ausland unübersehbar geworden. Zunehmend entwickelten sich ähnliche Demonstrationen und Kundgebungen in weiteren Städten; gefordert wurden vor allem Reformen, freie Wahlen, Beendigung des Machtmonopols der SED, Presse- und Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie Reisefreiheit.

Ab Anfang Oktober nahm auf den dramatisch angewachsenen Demonstrationen in Leipzig und anderswo die Losung *Wir sind das Volk* einen bestimmenden Platz ein. Sie korrespondierte mit Parolen und Forderungen wie: „Das Volk sind wir – gehen sollt ihr“, „Alle Macht dem Volke – nicht der SED“, „Wir bleiben hier“, „SED allein – das darf nicht sein“, „Keine Gewalt“, „Freiheit, freie Wahlen“, „Keine Kosmetik, sondern Reformen“, „Demokratie – jetzt oder nie“, „Rechtssicherheit spart Staatssicherheit“, „Reisepass für jedermann – Laufpass für die SED“, „Privilegien für alle“, „Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei“. Das Bekenntnis selbst war schon einmal in einer revolutionären Situation formuliert worden: Ferdinand Freiligrath dichtete im Juni 1848:

> „Nur was zerfällt, vertretet Ihr!
> Seid Kasten nur, trotz alledem!
> Wir sind das Volk, die Menschheit wir
> Sind ewig drum, trotz alledem!“

Die Kundgebung am 4. November auf dem Alexanderplatz in Berlin, an der etwa 600.000 Menschen teilnahmen, bildete den Höhepunkt im Auftreten der demokratischen Bewegungen im Herbst 1989. Der Fall der Mauer am 9. November wurde das weltpolitisch spektakulärste Ereignis; er leitete zu wesentlich veränderten Bedingungen der Auseinandersetzungen in der Folgezeit über. Nach dem bereits im Oktober erzwungenen Rücktritt von Honecker und anderen ging es um die personelle und substanzielle Fortsetzung des Erneuerungsprozesses und die radikale demokratische Reformierung der DDR. Bis Ende November traten Forderungen nach deutscher Einheit auf den Demonstrationen und Kundgebungen nur vereinzelt auf. *Wir sind das Volk* brachte hauptsächliche Empfindungen und Erwartungen von Millionen zum Ausdruck und signalisierte, dass die Flucht aus der DDR nicht mehr

[1] Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt a. M. 195, S. 66.

als hauptsächlicher, vorwiegend individueller Lösungsweg angesichts der angestauten Probleme angesehen und akzeptiert wurde.

Das Bekenntnis bedeutete, sich gegen das autoritäre, antiliberale und vielfach auch diktatorisch gewordene politische System und die darin selbstherrlich agierende Partei- und Staatsbürokratie aufzulehnen. Die Geduld war erschöpft, sich weiter in allen wesentlichen Belangen bevormunden und entmündigen sowie zu den sich verschärfenden Problemen weiter den Mund verbieten zu lassen. Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an sozialistische Demokratie sollten ernst genommen und die Dinge im Lande grundsätzlich geändert und zum Besseren gewendet werden. Es ging darum, endlich unter eigenverantwortlicher und freier öffentlicher Mitsprache sowie mit echten Chancen der Mitwirkung gemeinsam Wege aus der Sackgasse zu suchen. Das war auch die Intention des am 28. November 1989 von dem Schriftsteller Stefan Heym in Berlin vorgestellten Aufrufes „Für unser Land", in dem eine reformierte DDR als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik angesehen wurde.

In einer frühen Darstellung jener dramatischen Ereignisse hieß es einleitend: „‚Wir sind das Volk' – dieser schlichte Satz hat Weltgeschichte gemacht. Er bündelte unterschiedliche Interessen zu gemeinsamem Aufbegehren, er diente als Sprengkraft und als Programm. Seine Signalwirkung rührt aus vier Jahrzehnten Propaganda her, in denen eine sich immer mehr vom Volk entfernende Führung immer lauter behauptete, alles für das Volk zu tun, ganz in seinem Sinne zu handeln. Dem setzten Hunderttausende ein klares Zeichen entgegen. Sie sprachen der Führung mit diesem einen Satz jede Legitimation ab, denn nur aus der Behauptung, Sachwalter der Volksinteressen zu sein, leitete sich ihr Herrschaftsanspruch ab, der durch keine ehrlichen Wahlen untermauert war. Das Volk nahm seine Entmündigung nicht länger hin."[2]

Wir sind das Volk drückte ein radikaldemokratisches und weithin basisdemokratisches, staatsbürgerliches Bewusstsein aus. Das war gegenüber der Art und Weise, wie bisher politische Herrschaft in der DDR ausgestaltet und gehandhabt wurde. Ein unmittelbares Ergebnis bestand darin, dass auf Antrag aller zehn Fraktionen der Volkskammer am 1. Dezember 1989 der Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen wurde. Zwangsläufig kam das Staatssicherheitssystem als hauptsächliches Repressionsinstrument der SED-Führung zunehmend in die Kritik und es wurde immer entschiedener gefordert, seine Tätigkeit offen zu legen und beenden sowie seine Strukturen aufzulösen.

Es gelang jedoch ungeachtet des im Spätherbst eintretenden Machtvakuums nicht, dauerhaft ein demokratisch legitimiertes, geschichtliches Subjekt im Sinne des ursprünglichen radikaldemotischen Anspruchs zu formieren und es zu einem wirkungsmächtigen Handeln gelangen zu lassen. Dieses Defizit hatte unmittelbare, aber auch erhebliche mittel- und langfristige Auswirkungen. Es beeinträchtigte ab Ende 1989/Anfang 1990 die Interessenvertretung der ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit und schwächte die Positionen der DDR auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur staatlichen Einheit. Zugleich wurde damit das wirtschaftliche, politische und ideologisch-kulturelle Übergewicht der alten Bundesrepublik im staatlich vereinten Deutschland für viele Jahre in einer Weise verstärkt, dass sowohl demokratische, rechtsstaatliche und emanzipatorische Erwartungen des Aufbruchs vom Herbst 1989 als auch elementare Ansprüche auf Gegenseitigkeit, Gleichberechtigung und ein neues Miteinander seit dem 3. Oktober 1990 auf lange Zeit weithin unerfüllt blieben und zu Enttäuschungen und neuen Abgrenzungen führten.

Das Aufkommen der Losung „Wir sind *ein* Volk" in den Demonstrationen ab Anfang Dezember 1989 verriet den Stimmungsumschwung unter einem großen Teil der Ostdeutschen, auf den auch die neu gewonnenen Erfahrungen und Chancen seit der Maueröffnung einwirkten. Bei der Leipziger Montagsdemonstration am 11. Dezember überwog bereits der Ruf nach Wiedervereinigung. Zunächst wurde noch Widerspruch artikuliert, darunter mit Aussagen wie „Wir lassen uns nicht BRDigen", „Kein Ausverkauf der DDR", „Wider Vereinigung". Als ab dem Jahreswechsel 1989/90 die Staatliche Vereinigung zunehmend als absehbare reale Möglichkeit begriffen wurde, beschleunigte sich der

[2] Hannes Bahrmann/Christoph Links: Wir sind das Volk. Die DDR zwischen 7. Oktober und 17. Dezember 1989. Eine Chronik, Berlin/Weimar/Wuppertal 1990, S. 5.

vorherrschende politische Trend und ließ mit den Reformplänen für die DDR auch das machtvolle *Wir sind das Volk* Geschichte werden.

Der Wechsel von *Wir sind das Volk* zu „Wir sind *ein* Volk" war der Übergang von einer radikaldemokratischen Position zu einer nationalistischen, insofern sie das nationale Moment – die mögliche staatliche Vereinigung – zur Schlüsselfrage erklärte und die anstehenden sozialen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Fragen in ihrem Rang abwertete. Zugleich war das nicht schlechthin Äußerung von Nationalismus, da die staatliche Vereinigung – die nationale Form – von der Mehrheit der Ostdeutschen nicht primär als Gebot nationaler Identität, als unabdingbare ethnisch-kulturelle Zusammengehörigkeit oder gar im Sinne großdeutscher Ambitionen erstrebt wurde. Für sie ging es vorrangig um den Zugang sowohl zu bisher verweigerten oder wesentlich eingeschränkten politischen Rechten und Freiheiten als auch zu einem qualitativ höherem und anderem Lebensstandard. Als Wolfgang Schäuble erläuterte, warum er mit einem Buchtitel auf den von Johannes R. Becher verfassten Text der Nationalhymne der DDR zurückgriff, erinnerte er an jenen Wendepunkt: „Als aber in der Zeit der Wende der Ruf ‚Wir sind das Volk' in ‚Wir sind ein Volk' überging, da scheute kein Mensch davor zurück, ihren bekanntesten Vers zu zitieren: ‚Deutschland, einig Vaterland'."[3]

Dem Wechsel des leitenden politischen Motivs entsprach auch eine Veränderung der soziokulturellen Struktur der Demonstrationen, ihrer hauptsächlichen Initiatoren und Teilnehmer: „Während im Oktober und Anfang November eher die alternative Szene, Studenten und junge Intellektuelle das Bild prägten, die sich inzwischen in den Führungsgremien der neuen Oppositionsparteien, in unabhängigen Arbeitsausschüssen und am ‚Runden Tisch' wiederfinden, beherrschen auf der Straße jetzt junge Arbeiter das Geschehen. Sie bringen auch andere Interessen zur Geltung."[4] Ähnlich wird es in einer späteren Darstellung charakterisiert: „Kirchen, Friedens-, Umwelt- und Bürgergruppen, darunter viele Intellektuelle, die für die Eigenständigkeit und die Souveränität der DDR eintreten, ziehen sich enttäuscht von den Kundgebungen zurück. Oft werden sie von den Befürwortern der Wiedervereinigung ‚ausgepfiffen'. Den Auftakt zu diesem Abstieg der Bürgerrechtsbewegung hatte bereits der 9. November 1989 markiert: Nachdem wichtige Freiheitsrechte und die Grenzöffnung erkämpft worden waren, hatten die basisdemokratischen Reformgruppen den Zenit ihres Einflusses zugleich überschritten."[5]

Der Übergang in die Richtung staatlicher Einigung führte zum Verlust an Einfluss dieser Bewegungen. Sie waren nicht nur mit dem etablierten politischen System der Bundesrepublik und den Ambitionen von dessen tragenden wirtschaftlichen und politischen Kräften kaum vereinbar. Die Bundesrepublik war von ihren Ursprüngen und Grundlagen her erklärtermaßen als „repräsentative Demokratie" gegen solche Bestrebungen entstanden und hatte sich in der Abwehr plebiszitärer Demokratie sowie radikal- bzw. basisdemokratischer Bewegungen entwickelt. Deren rascher Bedeutungsverlust auf dem Weg zur staatlichen Einheit und erst recht nach dem Beitritt der DDR zur BRD war die unvermeidliche Folge der Bedingungen und des Charakters dieser Vereinigung.

Die seither verbreitete euphorische Würdigung der „friedlichen Revolution" vom Herbst 1989 wird den geschichtlichen Verläufen nur bedingt gerecht. Es sollte nachdenklich stimmen, dass sie selbst Von rechtskonservativen Kreisen gefeiert wird, die Revolutionen prinzipiell skeptisch bis feindselig gegenüberstehen, die vor allem aber im eigenen Herrschaftsbereich demokratischen Volksbewegungen, basis- und radikaldemokratischen und sogar selbstbewussten gewerkschaftlichen Bestrebungen ablehnend begegnen. Tatsächlich war im Herbst 1989 in der DDR eine revolutionäre Situation entstanden, die ein Machtvakuum entstehen ließ und in der aktiv handelnde Bewegungen und Gruppen eine entschiedene demokratische Reformierung und Erneuerung der DDR anstrebten. Das führte zu einem Übergangsregime in Gestalt der Regierung unter Hans Modrow, des Runden Tisches und der Verbindung beider durch Kabinettsmitglieder aus den größeren Oppositionsgruppen. Die offiziöse

---

3 Wolfgang Schäuble: Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994, S. 9.

4 Hannes Bahrmann/Christoph Links, a. a. O., S. 195.

5 Hans Georg Lehmann: Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, Bonn 2000, S. 385 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 366).

Schwärmerei von der „friedlichen Revolution“ ist wesentlich antikommunistisch geprägt und bedeutet – wie auch die nachfolgende Entwicklung in der größer gewordenen Bundesrepublik illustriert – in der Regel keine Bereicherung der demokratischen Substanz und Programmatik der Parteien und Gruppierungen, die die Formel so leicht im Mund führen.

Das Votum des am 7. Dezember 1989 konstituierten Runden Tisches auf seiner letzten Tagung am 12. März 1990, den Einigungsprozess nicht durch Beitritt der DDR und die bloße Übertragung des Grundgesetzes, sondern bei Wahrung der Gleichberechtigung beider Staaten und des Selbstbestimmungsrechtes aller Bürger zu vollziehen, wurde schließlich ebenso wie der gemeinsam erarbeitete Entwurf für eine neue Verfassung verworfen. Der Sieg der konservativen „Allianz für Deutschland“ in der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 verstärkte alle Tendenzen und Bestrebungen zum baldmöglichen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG, der zum 3. Oktober 1990 vollzogen wurde. Die neuerliche Entmündigung wurde darin sichtbar, dass der 1949 in das Provisorium Grundgesetz eingefügte Art. 146 missachtet und gestrichen wurde: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird.“ Die historische Chance wurde vertan, durch die Verwirklichung dieses Auftrags erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer durch die Entscheidung des Volkes und als Willensakt zur staatlichen Einigung von unten angenommenen Verfassung zu gelangen.

Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militzke-Verlag Leipzig 2002, S. 50-56.

Viel Feind, viel Ehr

In einer Sammlung von Kriegsgedichten gefallener deutscher Soldaten, die 1917 unter dem Titel „Dichtergrüße toter Helden“ erschien, findet sich eines, das der Kriegsfreiwillige Edmund Scotti-Hagen, Rechtsanwalt, vor dem Aufbruch an die Front Anfang August 1914 im schwülstigen Pathos jener Zeit geschrieben hatte:

> Steig empor, du deutscher Aar,
> Sieh um dich in die Welt,
> Wie schon der list'gen Feinde Schar
> Dich fest umklammert hält!
> Heut' heißt's nicht bloß: „Zum Rhein marschiert!“
> Heut' zeig dich doppelt stark:
> Schau, wie der blut'ge Hunne giert
> Nach deines Ostens Mark!
> Allein der Deutsche bangt sich nicht,
> Er traut auf seine Wehr,
> Und still und ruhevoll er spricht:
> Nur zu, „viel Feind, viel Ehr!“

Der Kriegsdichter beschloss seinen Vers mit einem Motto, das vor dem ersten Weltkrieg und mit dessen Ausbruch im Denken und in Reden von Deutschen höchst verbreitet war. Es fand sich sinngemäß in kaum minder verbreiteten Formeln und Schlagworten wie das aus einem Gedicht vom Ende des 18. Jahrhunderts überlieferte „Feinde ringsum!“ und die Beschwörung „einer Welt von Feinden“.

Das Bild einer Deutschland einkreisenden und auf seine Vernichtung hinwirkenden Verschwörung wurde mit dem Kriegsausbruch 1914 in vielen Variationen gezeichnet. „Feinde ringsum! Das ist das Kennzeichen der Lage“, hieß es in einem Appell Wilhelm II. an Heer und Marine vom 6. August 1914. Und am gleichen Tag an das „Deutsche Volk“ gewandt, es ginge um „Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens“: „Und wir werden diesen Kampf bestehen auch gegen eine Welt von Feinden.“ Im Aufruf „An die Kulturwelt!“ vom Oktober 1914, mit dem sich eine Vielzahl von Künstlern und Wissenschaftlern mit nationalistischem Pathos hinter den deutschen Militarismus stellte, wurde behauptet, erst „als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel“, habe es sich „erhoben wie ein Mann“. Tatsächlich wurde die Minderheit von Pazifisten und Kriegsgegnern – bis in die SPD hinein – beim Kriegsausbruch desorientiert, gelähmt oder vom nationalistisch-militaristischen Taumel überrollt und zunächst mundtot gemacht.

Mit der forcierten Aufrüstung und dem Eintritt in die Kolonialpolitik war seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts intensiv an den Planungen für denkbare kriegerische Konflikte gearbeitet worden. Dabei wurden frühzeitig die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges in Betracht gezogen und Varianten des Präventivkrieges gegen die wahrscheinlichen Kriegsgegner erwogen. Unter Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen, 1891 bis 1906 Chef des Großen Generalstabs, wurden die offensiven Pläne zu Blitzkriegsstrategien weiterentwickelt. Aus der Selbstüberschätzung der eigenen Kräfte und der Unterschätzung der vereinten Potentiale einer „Welt von Feinden“ erwuchsen die abenteuerlichen Züge der Außen- und Militärpolitik, für deren Realisierung ab August 1914 ein hoher Preis bezahlt werden musste.

Waren durch die verschiedensten Bedrohungs- und Verschwörungsszenarien Ängste, vor allem aber nationalistische Ressentiments und soldatischer Ehrgeiz geweckt, oblag es dem überzeichneten Feindbild und maßlosen Hasstiraden, dazu beizutragen, dass menschliche und vernunftmäßige Hemmschwellen herabgesetzt wurden. An Waggons, die an die Front rollten, waren Inschriften zu lesen wie: Jeder Schuss ein Russ; Jeder Stoß ein Franzos; Jeder Tritt kein Brit; Auch in Serbien sollen sie sterbien, und in Belgien uns nicht behelligen. Auf einer der unzähligen illustrierten Kriegspostkarten züchtigte ein deutscher Infanterist, mit Karabiner und Peitsche bewaffnet, die als Getier dargestellten Nationen Belgien, England, Frankreich, Russland, Japan, Serbien, Montenegro und Ägypten: „Euch Bestien muss ich noch alle dressieren, Ihr müsst zuerst deutsche Hiebe verspüren.“ Eine

Karikatur des „Kladderadatsch“ vom 26. Juli 1914 zeigte den österreichischen Doppeladler, der sich vom serbischen Ungeziefer säuberte.

Die 1914 unübersehbare Massenwirksamkeit eines geradezu globalen Feindbildes ist letztlich nur aus der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert verstehbar. Die Ursprünge finden sich in der Deutschtümelei und dem Welschenhass während des antinapoleonischen Befreiungskampfes, in rückwärtsgewandter Innerlichkeit und Todessehnsucht der Romantik, in der autoritär-militaristischen Erbschaft Preußens sowie einer mit Blut und Eisen verwirklichten Reichseinigung, im Antisemitismus sowie in den seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert massiv auflebenden völkisch-nationalistischen und imperialen Leitbildern. Der 1891 gegründete Alldeutsche Verband bündelte solche aggressiven Bestrebungen und Ziele, verband sie mit rigidem Antisozialismus, und kultivierte die der verhängnisvollen wilhelminischen Außenpolitik entsprechenden Feindbilder, bei denen die hauptsächlichen konkurrierenden Mächte Frankreich, England und Russland im Mittelpunkt standen.

Der seit 1908 (und bis zum Ende des Verbandes 1939) amtierende Vorsitzende Heinrich Claß veröffentlichte 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann das Buch „Wenn ich der Kaiser wär“ (später: Das Kaiserbuch), das im Verlauf etlicher Neuauflagen zum Inbegriff deutscher chauvinistisch-rassistischer Arroganz und militaristischen Größenwahns wurde. Er wählte *Viel Feind' – viel Ehr'* als Sinnspruch seiner Schrift. Verantwortliche für die äußere Politik, so Claß, weisen darauf hin, „wir hätten eben das Unglück, in Ost und West von unbedingten Feinden umklammert zu sein, im Südosten außerdem das deutsche Sprachgebiet von Südslawen bedroht zu sehen, während im Nordwesten England auf der Lauer liege, das uns jederzeit den Weg zum Weltmeer versperren könne“.[1] Was solle, fragte er, mit der Liebe zur Menschheit zugemutet werden und wer gehöre überhaupt dazu? „Ist der verkommene und halb tierische Bauer des Mir, der Schwarze in Ostafrika, das Halbblut Deutsch-Südwests oder der unerträgliche Jude Galiziens oder Rumäniens ein Glied dieser Menschheit?“ Es könne nur um „die des Menschentums Würdigen“ gehen, bei „Schonung und Erhaltung edelster Rassekräfte“: „Aber, das dürfen wir sagen, dem edelsten Teile der Menschheit und seiner Erhaltung dienen wir, wenn wir mit allen Mitteln unser eigenes Volk zu bessern und zu stärken streben.“[2] Bekräftigend zitierte er Emanuel Geibel: Und es wird am deutschen Wesen / Einmal noch die Welt genesen.

Beim Ausbruch des Weltkrieges erklärte die alldeutsche Führung in einem „Waffensegen“: „Die Stunde haben wir ersehnt – unsere Freunde wissen es –, wo wir vor die gewaltigste Schicksalsentscheidung gestellt werden, weil wir glauben und wissen, dass sie neben furchtbar Schwerem Rettung und Segen bringen wird ... Gewaltigstes bereitet sich vor, ein Riesenkampf, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, gegen den alles, was sie bisher an Völkerringen aufzuweisen hat, sich ausnehmen wird wie das Geplänkel gegen die Schlacht – derartiges mitzuerleben lohnet ein Leben.“[3]

Der im Januar 1912 in Berlin konstituierte Deutsche Wehrverein forderte in seiner Satzung, die Wehrmacht 50 Verbandstag des Alldeutschen Verbandes zu stärken, dass sie „den in Plauen am 8. und 9. September 1928 Schutz des Reiches und dessen Machtstellung in der Welt zu verbürgen“ imstande ist. Er warb für die Vorbereitung eines Krieges, mit dem deutsche Macht weltweit zu vergrößern sei. In einem Aufruf vom 5. Oktober 1912 erklärte er: „Es ist unleugbar, dass die drei gewaltigsten Militärmächte der Welt zu gemeinsamem Handeln gegen uns verbunden sind. Und mehr als das, jede von ihnen hat es in der Hand, uns nach Belieben auf den Kampfplatz zu fordern, denn der ungelösten Fragen, an denen wir als Weltmacht beteiligt sind, gibt es übergenug. Jeder Zusammenstoß mit einer der drei Mächte würde aber auch die beiden anderen ins Feld bringen.“[4]

Der Historiker Dietrich Schäfer, von 1912 bis 1915 stellvertretender Vorsitzender des Wehrvereins, schrieb 1912, dass das Deutsche Reich „schon in Europa kein freudig begrüßter Gast“ war; noch

---

1 Daniel Frymann: Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Siebente Auflage, Leipzig 1925, S. 117.

2 Ebenda, S. 127 f.

3 Zit. nach Edgar Hartwig: Alldeutscher Verband (ADV) 1891-1939. In: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 28.

4 Zit. nach Dietrich Schäfer: Aufsätze, Vorträge und Reden. Zweiter Band, Jena 1913, S. 375.

weniger war dies seit dem Eintritt in die Kolonialpolitik 1884 zu erwarten gewesen. In einem Aufsatz anlässlich des 100. Jahrestages des antinapoleonischen Krieges analysierte er die fortgeschrittene Stufe der außenpolitischen Isolierung Deutschlands und die Annäherung unter seinen potentiellen Kriegsgegnern und bemerkte: „In dem Kriege, mit dem gerechnet werden muss“, sei von den Verbündeten Österreich und Italien nicht allzuviel zu erwarten. „Die schwerste Last des Krieges wird auf Deutschland fallen; der Starke zieht an sich den Feind an.“[5]

Unter „Deutsches Neujahr 1909“ hatte Ernst von Wildenbruch die ressentimentbeladene, irrationale Schicksalsgläubigkeit auf dem Weg ins nächste, größere Völkermorden in Verse gefasst:

> Heut’, von zwanzig Jahre langem Traum erwachend
> blicken wir wie Bettler in die Welt:
> „Nirgends Freunde?“ und von allen Enden lachend
> kommt der Hass, der uns die Antwort gellt.
>
> Und von rechts und links wie eine blut’ge Welle,
> wider uns verschworen, naht die Not;
> mit der Pöbelfaust an unsers Hauses Schwelle
> schlägt der Feind uns Stammesbrüder tot.
>
> Deutschland, Deutschland, rings Gefahr und Angst und Schrecken
> um dich her. Die Schicksalsvögel schrein!
> Wenn die Raben dich vom Schlaf erwecken,
> soll das Unheil mir gesegnet sein.
>
> Werde wieder, was an deinem großen Tage
> du gewesen; zu dir selbst wach auf!
> Lern verachten! Buhl um Gunst nicht! Hass ertrage!
> Schreib dir selbst Gesetz und Lebenslauf![6]

Die Ansicht habe sich ihm aufgedrängt, so beschrieb Hindenburg später seine Wahrnehmungen in der unmittelbaren Vorkriegszeit, „dass wir in den weiten Ozean der Weltpolitik hinaustrieben, ohne dass wir in Europa selbst genügend fest standen.“ Ob bei politischen Wetterwolken über Marokko oder über dem Balkan, habe man mit der Mehrheit der Landsleute geahnt, dass der deutsche Boden unterminiert würde: „Wir standen in den letzten Jahren zweifellos einer der sich augenscheinlich regelmäßig wiederholenden französischchauvinistischen Hochfluten gegenüber. Ihr Ursprung war bekannt; ihre Stütze suchte und fand sie in Russland wie in England, ganz gleichgültig, wer und was dort die offenen oder geheimen, die bewussten oder unbewussten Triebfedern bildete.“[7] Auch wenn er bestimmte außenpolitische Versäumnisse der deutschen Reichsleitung seit den neunziger Jahren anmerkte, trug seine Schilderung dazu bei, die entscheidende Schuld der gegnerischen Politik und „fremden Begehrlichkeiten“ zuzuweisen.

Das gilt uneingeschränkt für Wilhelm II. Seine eigene, verhängnisvolle Rolle später rechtfertigend, behauptete er, unzählig seien „die Zeugnisse dafür, dass schon im Frühjahr und Sommer 1914, als bei uns noch niemand an den Angriff der Entente dachte, der Krieg in Russland, Frankreich, Belgien und England vorbereitet worden ist.“[8] Das Heer habe „in Abwehr des uns freventlich aufgezwungenen Krieges nicht nur die erdrückende Übermacht von 28 Feindstaaten abgewehrt“, sondern auch glanzvolle Siege errungen und „auf allen Kampfplätzen des ausgedehnten Weltkrieges“ gefochten: „Fürwahr, die heldenmütige Tapferkeit des deutschen Volkes hätte ein besseres Los verdient, als dass sie dem tückischen Dolchstoße von hinten zum Opfer fiel.“[9]

---

5 Ebenda, S. 465.

6 Du mein Deutschland. Ein Buch von unseres Volkes Tun und Dichten. Schroedels Mittelschullesebuch, Halle (Saale) 1929, S. 72. Das Gedicht erfüllt hier schon wieder eine Funktion auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg.

7 Generalfeldmarschall von Hindenburg: Aus meinem Leben, Leipzig 1920, S. 71.

8 Kaiser Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/Berlin 1922, S. 212.

9 Ebenda, S. 221.

Als massenwirksamer Slogan trat *Viel Feind, viel Ehr* nach der militärischen und politisch-moralischen Niederlage von 1918, nach Revolution und Abdankung des Monarchen in den Hintergrund. Die ihm zugrunde liegende nationalistische und machtbesessene Geisteshaltung lebte mit der Abweisung deutscher Kriegsschuld und mit der Dolchstoßlegende, mit dem Hass auf die Siegermächte des Weltkrieges und den Vertrag von Versailles sowie schließlich in der nazistischen Erfindung einer jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung gegen das „Deutschtum“ sowie das mystifizierte „Reich“ fort.

In der 1923 erschienenen präfaschistischen Programmschrift „Das dritte Reich“ von Moeller van den Bruck, einem der Wortführer der Konservativen Revolution, findet sich die geschichtsmythologisch verdunkelte Prophetie einer künftigen weltweiten Schlacht, die noch die Dimensionen des Ersten Weltkrieges hinter sich lassen würde: Kein Volk habe „ein ewiges Lebensrecht“, auf das es sich „um einer elenden Gegenwart willen berufen“ könne: „Für alle Völker kommt die Stunde, in der sie durch Mord oder Selbstmord sterben, und kein großartigeres Ende ließe sich für ein großes Volk denken, als der Untergang in einem Weltkriege, der die ganze Erde aufbieten musste, um ein einziges Land zu bewältigen.“[10]

Der in größenwahnsinniger Umnachtung verfolgte Leitspruch *Viel Feind, viel Ehr* und der erneute Aufbruch gegen „eine Welt von Feinden“ ab 1939 führten zu einem Eroberungs- und Vernichtungskrieg, dessen Zahl von Feinden und an Opfern die des Ersten Weltkriegs bei weitem übertrafen: Die Mehrheit der Weltbevölkerung Wurde direkt und indirekt vom Kriegsgeschehen betroffen, mehr als 60 Staaten befanden sich im Kriegszustand, weit über 100 Millionen Menschen wurden einberufen und über 50 Millionen – mehrheitlich Zivilpersonen – kamen um.

Die Wirklichkeit war der wahnwitzigen Vision van den Brucks allzu nahe gekommen und die Menschheit musste die Bilanz bei dem von ihm ersehnten „großartigen Ende“ im Frühsommer 1945 zur Kenntnis nehmen. Für Jahrzehnte wurden das deutsche Volk und seine politischen Vertreter außen- und militärpolitisch unter die Vormundschaft der Hauptmächte der Antihitlerkoalition gestellt. Die bis 1945 und noch danach Unbelehrbaren erhielten keine neue Chance, ihre Rachsucht und ihren Hass auszuleben. Bis zur staatlichen Vereinigung 1990 blieb im Ergebnis jener opferreich vereitelten Weltherrschaftspläne die außenpolitische Handlungsfähigkeit beider deutscher Staaten durch die Relikte des Viermächte-Status und die Einbindung in sich gegenüberstehende Militärblöcke, der jeweiligen Supermacht untergeordnet, eingeschränkt. Seither ist eine größere außenpolitische Verantwortung der Bundesrepublik auf der Grundlage eines gewachsenen Handlungsspielraums gegeben. Dabei muss sich noch erweisen, dass Rückfälle in imperiale und interventionistische Politik ausgeschlossen sind und die Zukunft ausschließlich in der Gestaltung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern auf der Grundlage gegenseitiger Achtung gesehen und gesucht wird.

Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militzke-Verlag Leipzig 2002, S. 70-76.

[10] Moeller van den Bruck: Das Dritte Reich. Dritte Auflage bearbeitet von Hans Schwarz, Hamburg 1931, S. 301.

Keine Experimente

Im Bundestagswahlkampf 1957 traten CDU und CSU mit dem Slogan *Keine Experimente* an. Spitzenkandidat war der inzwischen 81jährige Konrad Adenauer. Er hatte in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden seit 1949 bereits die Regierungskoalitionen der Unionsparteien mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) – bzw. deren zeitweiliger Abspaltung Freie Volkspartei (FVP) 1956/57– und der Deutschen Partei (DP) als Kanzler geführt. Dem zweiten Kabinett Adenauer hatte zunächst auch der Gesamtdeutsche Block – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB-BHE) angehört, dessen Minister Waldemar Kraft und Theodor Oberländer jedoch 1955 zur CDU übertraten. 13 Parteien bewarben sich 1957 um 494 Mandate des dritten Deutschen Bundestages. Die Mehrzahl hatte keine Chance, die seit 1953 als bundesweite Hürde eingeführte 5-Prozent-Klausel zu überwinden. Die KPD war daran bereits 1953 gescheitert und am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht verboten worden. Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) hatte sich im Mai 1957 aufgelöst. Mehrheitlich schlossen sich ihre Mitglieder, darunter Gustav Heinemann, Diether Posser und Helene Wessel, der SPD an.

Zum Verständnis des Entstehens und der Wirksamkeit der Formel *Keine Experimente* ist ein Blick auf die inneren und äußeren Rahmenbedingungen jenes dritten Bundestagswahlkampfes zu werfen. Die zeitgeschichtlichen Konstellationen waren durch den im Mai 1955 erfolgten Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union und zur NATO gekennzeichnet. Die östliche Seite hatte dies mit der Gründung des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955 erwidert, dem unter Führung der Sowjetunion auch die DDR angehörte. Auf beiden Seiten folgten nunmehr weitere Schritte zur Wiederaufrüstung. Die Dienststelle Blank wurde im Juni 1955 in das Bundesministerium für Verteidigung umgewandelt, und im Januar 1956 nahmen die ersten Einheiten der Bundeswehr ihren Dienst auf. Im Juli 1956 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Internationale Krisen wie die um den Ungarn-Aufstand und um den Suez-Kanal im Oktober/November 1956 verschärften die Spannungen ebenso wie sie von beiden Seiten als Vorwand für weitere Rüstungen und Konfrontationen genutzt wurden. Die dabei zutage tretenden Gefährdungen und Unwägbarkeiten begünstigten bei großen Wählergruppen sozialpsychologisch die Empfänglichkeit dafür, vor allem das Erworbene zu bewahren und zu sichern sowie wesentliche Änderungen auszuschließen.

Im Januar 1957 behauptete Bundesaußenminister Heinrich von Brentano in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag erneut den Fortbestand des Deutschen Reiches in den deutschen Grenzen von 1937 und erklärte, dass die Oder-Neiße-Grenze nicht akzeptiert werden könne. Im April übernahm der ehemalige General der Hitler-Wehrmacht, Hans Speidel, als erster deutscher General den Oberbefehl über die NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Die von Adenauer befürwortete Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen wurde wie zuvor die Kontroversen um die Einführung der Wehrpflicht im Vorfeld der Wahl zu einer vorrangigen Streitfrage. Die Auseinandersetzungen erreichten ihren Höhepunkt, als 18 Atomwissenschaftler – darunter die Professoren Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue und Carl Friedrich von Weizsäcker – im „Göttinger Manifest“ vom 12. April 1957 den Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr forderten und damit großen Widerhall und viel Unterstützung in der Öffentlichkeit fanden. Adenauer zeigte sich vor dem Bundesvorstand der CDU am 11. Mai 1957 in Hamburg beeindruckt von den bei Umfragen sichtbar gewordenen deutlichen Mehrheiten gegen atomare Aufrüstung, die sich in der bevorstehenden Wahl gegen die Union richten könnten.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren in der Mitte der 50er Jahre wesentliche Verbesserungen für Millionen Menschen spürbar geworden. Das gilt vor allem für den Rückgang der Arbeitslosigkeit und den Anstieg der Löhne und Gehälter, den Wohnungsbau, die mit Wirkung vom 1. Januar 1957 – rechtzeitig vor der Bundestagwahl in Kraft gesetzte Reform der Rentenversicherung und Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit. Auch im Vergleich mit der geringeren wirtschaftlichen Dynamik in der DDR sowie den dort aus sozioökonomischen Umwälzungen und außenwirtschaftlichen Gegebenheiten resultierenden Problemen sahen viele den in der Bundesrepublik eingeschlagenen Weg als erfolg-

reicher und als bejahenswert an. Solche Erfahrungen speisten den traditionsreichen Antikommunismus; sie förderten seine Anpassung an die zeitgeschichtliche Situation und an veränderte ideologische Bedürfnisse der herrschenden Kreise in der Nachkriegsperiode.

Im Sommer jenes Jahres vollzog die Bundesrepublik den Beitritt zu den Römischen Verträgen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (F.WG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Ihr entsprach auf der anderen Seite die Zugehörigkeit der DDR zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der östlichen Staatengruppe. Die deutsche Teilung hatte durch die Einbindung beider Staaten in die jeweiligen Militär- und Wirtschaftsblöcke eine fortgeschrittene Stufe erreicht und ließ ihre zuvor von verschiedenen Kräften in Ost und West noch angestrebte relativ kurzfristige Überwindung immer unwahrscheinlicher werden. *Keine Experimente* bedeutete auch, gesamtdeutsche Bemühungen und Pläne – von welcher Seite auch immer – abzuweisen, die neue Unsicherheiten bescheren könnten und der westlichen Politik nicht unmittelbar dienlich waren.

Zur innenpolitischen Befriedung mit Millionen ehemaliger Mitläufer und Täter des Dritten Reiches hatten bis zu diesem Zeitpunkt die weitgehende Einstellung staatlicher Ermittlungen zu NS-Verbrechen, die jeweils frühestmöglich durchgeführten Maßnahmen wie Straffreiheit, Verjährung und Amnestien für diese Straftatbestände und die ab 1951 erfolgte Gesetzgebung zu Artikel 131 GG beigetragen. Die davon betroffenen Wähler verstanden *Keine Experimente* als wünschenswerte Fortsetzung jener Politik, die sie nicht nach Schuld und Sühne fragte und ihnen überwiegend zu völliger Rehabilitierung und Wiedereingliederung verhalf.

Das Ausmaß personeller Kontinuität von der NS-Diktatur zur Bundesrepublik gerade auch in allen gesellschaftlichen Führungsetagen hatte die vorherrschende Atmosphäre von Verdrängung und Schlussstrichmentalität ermöglicht und setzte sie voraus. Als rechte Hand des Kanzlers und – wie Bundesminister Theodor Oberländer – seither als Verkörperung jener Kontinuität angesehen, amtierte weiterhin Staatssekretär Hans Globke als Chef des Bundeskanzleramtes und Strippenzieher der höheren bundesdeutschen Personalpolitik nach Hitler. In der Konjunktur militanter Spielarten der Totalitarismus-Konzeption in Bildung, Wissenschaft und Medien äußerte sich der Vorrang eines entschiedenen Antikommunismus sowie seines innen-, deutschland- und außenpolitischen Feindbildes.

Im Bundestagswahlkampf 1957 standen außen- und wirtschaftspolitische Themen im Mittelpunkt. Die Unionsparteien hatten mit dem Motto *Keine Experimente* offensichtlich die Befindlichkeiten eines beträchtlichen Teils der Wähler angesprochen, die vor dem Hintergrund einer angespannten internationalen Situation, der offenkundigen Entwicklungsprobleme in der DDR und einer chronischen Massenflucht aus dem ostdeutschen Staat sowie angesichts des verbreiteten eigenen Zugewinns an Wohlstand und Lebensmöglichkeiten zu einem „Weiter-so“ neigten.

Der Slogan signalisierte die vollzogene Restauration und den darauf gründenden konservativen Trend, in einer unruhigen Welt die eigenen Besitzstände zu bewahren und gegen reformerische Vorhaben und Ideen im Innern abzusichern. Er war geeignet, die Unionsparteien als die eigentlichen Repräsentanten der Bundesrepublik, ihrer außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Erfolge sowie als Garanten der steten Fortsetzung eines erfolgreichen Weges erscheinen zu lassen. Die SPD – noch zwei Jahre von der systemkonformen Läuterung mit dem Godesberger Programm entfernt – sollte vor dem Hintergrund ihrer nach dem Krieg verkündeten Sozialisierungspläne, ihrer ursprünglichen Gegnerschaft zu Aufrüstung und NATO-Beitritt als unsicherer Kantonist erscheinen, bei dem angeblich mit der Gefahr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher „Experimente“ gerechnet werden müsste. Bei noch mehr Wahlkampfauftritten als 1953 ließ Adenauer kein Bundesland aus: „Noch dichter als damals strömen jetzt die Massen zusammen, wenn Lautsprecherkolonnen das Herannahen des Bundeskanzlers ankündigen. Die Wahlen sind erneut ein Kanzlerplebiszit. Auch die Wahlwerbung ist noch perfektionierter. Als Clou wird allgemein der Slogan ‚Sicherheit – keine Experimente‘ betrachtet – zum Schlagwort verdichteter Sekuritätswunsch Mitte der 50er Jahre.“[1]

[1] Hans-Peter Schwarz: Adenauer, München 1994, Bd. 2: Der Staatsmann. 1952-1967, S. 344.

CDU/CSU gewannen in der Wahl am 15. September 1957 das einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mit 50,2 Prozent der Stimmen und 270 Mandaten die absolute Mehrheit. Außer ihnen konnten nur die SPD mit Stimmengewinnen gegenüber 1953 (31,8 Prozent, 169 Mandate) und die FDP mit Verlusten (7,7 Prozent, 41 Mandate) die 5-Prozent-Hürde überschreiten. Der DP gelang bei nur 3,4 Prozent der Stimmen (17 Mandate) der Wiedereinzug dank der mit kräftiger Hilfe der CDU erzielten Direktmandate.

Adenauer notierte später in seinen Erinnerungen befriedigt: „Das deutsche Volk entschied am 15. September 1957: Keine Experimente!“[2] Das Votum für die Union sei vor allem für die Außenpolitik bedeutsam gewesen. Adenauer wurde am 22. Oktober 1957 zum dritten Mal zum Bundeskanzler gewählt. Es entstand eine Regierung aus CDU/CSU und DP, obwohl für eine parlamentarische Mehrheit die Stimmen der kleinen, wesentlich regional verankerten, rechtskonservativen Partei gar nicht benötigt worden wären. Die Aufnahme der DP verstärkte die restaurativen und konservativen Züge der Bundespolitik und war insofern sowohl ein folgerichtiges Ergebnis als auch ein politisch-ideologischer Faktor des mit *Keine Experimente* umschriebenen Programms.

Während der Regierungserklärung Adenauers am 29. Oktober 1957 wurde nochmals an den Wahlslogan erinnert: Es liege ihm besonders am Herzen, bemerkte der neugewählte Regierungschef, „auch auf Folgendes hinzuweisen: Der Sinn und die Erfüllung des Lebens liegen nicht im übersteigerten Lebensstandard und übertriebenen Luxus, nicht in Hast und Jagd nach dem Geld und materiellem Genuss.

Abg. Bauer (SPD): Das ist nach der Wahl gesagt worden!

Weitere Zurufe von der SPD

Aber da werden Sie mir doch wohl zustimmen!

Abg. Wehner *(SPD):* ‚Keine Experimente!‘

Also sehen Sie, meine Herren, es hat mir ja in der Feder gezuckt, das Wort ‚keine Experimente‘ anzubringen. Ich habe es mit Rücksicht auf Sie unterlassen.

Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien

Abg. Wehner: Familienminister!

Der Mensch, seine seelischen Werte, seine Gesundheit und seine Familie müssen in den Mittelpunkt der Betrachtungsweise gestellt werden“.

Die Fraktion der DP löste sich am 1. Juli 1960 auf; neun der noch fünfzehn Mitglieder – darunter die beiden Minister Hans-Joachim von Merkatz und Hans-Christoph Seebohm – traten im September der Unionsfraktion bei. Das dritte Kabinett Adenauer endete demzufolge 1961 mit einer reinen Unionsbesetzung.

Noch spektakulärer waren das Wahlergebnis und seine Auswirkungen in Bayern. Die CSU hatte auf einem Wahlplakat verkündet, dass die SPD „vier Jahre lang immer und überall nein gesagt hat“, und gefordert: „Darum keine sozialistischen Experimente. Jede Stimme dem Kandidaten und der Landesliste der Christlich-Sozialen Union.“

Sie gewann 57,2 Prozent der Stimmen und alle 47 Direktmandate. Daraufhin kündigten BHE und Bayernpartei ihre Zugehörigkeit zu der von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) geführten bisherigen Landesregierung. Unter Ministerpräsident Hanns Seidel (CSU) wurde in München eine Koalition aus CSU, FDP und BHE gebildet. Es war keineswegs zufällig, dass die weiter rechts stehende Unionspartei aggressiver den Antisozialismus für ihre Wahlkampfzwecke instrumentalisierte. Jahre später schlug sich diese auf Konfrontation orientierte und polarisierende Wahlkampfstrategie in dem Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ nieder. Die von der Rechten gepflegten und in der Regel überzogenen Feindbilder sind stets Voraussetzung solcher Strategien und der Mobilisierung nicht nur

[2] Konrad Adenauer: Erinnerungen bis zur Bundestagspräsidentenwahl 1959, Augsburg 1996, S. 52.

gegen wirkliche Gegner und Gefahren, sondern auch gegen vermeintliche, nicht selten dramatisierte Bedrohungen.

Dem im Bundestagswahlergebnis sichtbar gewordenen Konzentrationsprozess entsprachen im rechten Spektrum die parteipolitischen Umgruppierungen zugunsten der CDU/CSU. Sie profitierte ab Ende der 50er Jahre vom Einflussverlust bzw. dem Ende des GB-BHE, der DP und der Bayernpartei. Deren Mitglieder schlossen sich in der Folgezeit mehrheitlich den Unionsparteien an und brachten damit auch überwiegend das entsprechende Wählerpotential ein. Die Anziehungskraft auf rechtskonservative bis rechtsextreme Wählergruppen erwuchs aus der konservativ-nationalistischen Profilierung insbesondere der CSU und des rechten Flügels der CDU und verstärkte umgekehrt diese Grundtendenzen.

Angesichts solcher Entwicklungen gab es selbst aus dem ehemals engeren Umfeld Adenauers kritische Stimmen zum ideell-politischen Zustand der Bundesrepublik. Gustav Heinemann schrieb am 7. Mai 1957 an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für den nächsten Bundestag kandidieren wollte. Heinemann erinnerte an die Gemeinsamkeiten und Erwartungen nach dem Krieg: „Da wir uns in den letzten Jahren kaum noch begegnet sind, vermag ich nicht zu beurteilen, wie Sie es ansehen, was aus allem geworden ist, was uns einmal verbunden hat. Kann es anders sein, als dass Sie über dem heutigen Bild von Volk und Staat ein großer Kummer ergreift? Mit solcher Frage will ich Ihnen das Herz nicht schwer machen.“[3]

Eine kritische Bilanz und Analyse der reformfeindlichen, geistig-politisch stagnierenden Bundesrepublik unter Adenauer legte Karl Jaspers 1960 vor. Er benannte die rückwärtsgewandten Züge des Staatswesens und die nach 1945 ausgebliebene demokratische Erneuerung unter Einbeziehung breiter Schichten der Bevölkerung: „Den Deutschen, denen die Freiheit geschenkt wurde, wurde keine Diktatur aufgezwungen, aber unter dem Namen der Freiheit die Herrschaft politisch diskreditierter Parteiorganisationen und ihrer alten Parlamentarier. Die durch das Schicksal kompromittierten Politiker der Weimarer Zeit konnten nun wieder mit dem geistig heute so arm gewordenen Parteiwesen das politische Treiben fortsetzen, wohlbehütet durch die Amerikaner, solange es die Weltsituation gestattet.“[4] In einem Abschnitt „Adenauer“ würdigte er dessen Leistung bei der Wiedererrichtung eines deutschen Staates nach 1945 und einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung. Jedoch sei ihm dessen Innenpolitik im Wesentlichen unklar geblieben und habe „kein überzeugendes Gesicht“ gewonnen: „Die Wahlkämpfe und ihre Vorbereitung durch die Art der Regierungsakte sind das große Feld der politischen Selbsterziehung der Bevölkerung. Dass diese nicht stattgefunden hat, ist der dunkle Schatten auf der Zukunft der Bundesrepublik. Wie die Wahlkämpfe geführt wurden, ist bekannt. Adenauer und seine Partei haben es nicht besser gemacht als die anderen. Adenauer ist dabei zwar Sieger, aber kein Vorbild geworden.“[5]

Im geschichtlichen Rückblick erweist sich *Keine Experimente* als Symptom der ideologischen, politischen und geistig-kulturellen Stagnation, in der sich die Bundesrepublik unter Adenauer trotz fortschreitender Westbindung und dynamischen Wirtschaftswachstums befand. Die restaurativen gesellschaftlichen und geistigen Verkrustungen verfestigten sich und wurden erst mit den außenpolitischen Wandlungen und außerparlamentarischen Bewegungen der späten 60er Jahre aufgebrochen.

Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militzke-Verlag Leipzig 2002, S. 74-81.

---

3 Jakob Kaiser – Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Hg. u. eingel. v. Tilman Mayer, Köln 1988, S. 676.
4 Karl Jaspers: Freiheit und Wiedervereinigung. Uber Aufgaben deutscher Politik, München 1960, S. 60.
5 Ebenda, S. 87.

Geistig-moralische Wende

Der Amtsantritt der Regierung Kohl 1982/83 war vom Anspruch einer *Geistig-moralischen Wende* begleitet, über deren Sinn und Ziel seither durchaus unterschiedliche Interpretationen vertreten werden. „Wende" wovon und wohin? – Das blieb für die Mehrheit der Zeitgenossen im Ungewissen und erlaubte den Politikern und Publizisten unterschiedliche Auslegungen. Weniger umstritten ist, dass sie schließlich in der angekündigten Weise gar nicht stattgefunden hat. Als die ursprüngliche und grundlegende Intention jenes Slogans erweist sich die einer modernisierten konservativ-nationalistischen Profilierung der Unionsparteien. Ansätze dazu wurden in der politisch-ideologischen Entwicklung der CSU unter ihrem langjährigen Vorsitzenden (seit 1961) und bayerischen Ministerpräsidenten (seit 1978) Franz Josef Strauß und bei dem von Alfred Dregger repräsentierten rechtskonservativen Flügel der CDU gesehen. Dabei ist eine enge Verwandtschaft, wenn nicht gar weitgehende Identität mit der seit den 70er Jahren als „Tendenzwende" umschriebenen Mischung von rechtsintellektuellen Bemühungen und diffusen konservativen Erwartungen gegeben.

Am 1. Oktober 1982 war Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) durch ein konstruktives Misstrauensvotum mit 256 Stimmen von CDU/CSU und FDP gestürzt und Helmut Kohl (CDU) zu seinem Nachfolger gewählt worden.[1] Im April 1972 war der Versuch der Unionsparteien gescheitert, auf diesem Weg Kanzler Willy Brandt (SPD) durch die Wahl von Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU und der Bundestagsfraktion von CDU/CSU, abzulösen. Nunmehr wurde erstmals und bisher das einzige Mal in der Geschichte der Bundesrepublik das konstruktive Misstrauensvotum erfolgreich angewandt. Vorausgegangen waren längere Auseinandersetzungen zwischen den bisherigen Koalitionspartnern SPD und FDP, insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Unter Führung des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, Vizekanzler und Außenminister, entschied sich eine Mehrheit in Vorstand und Fraktion der FDP für einen Wechsel des Koalitionspartners. Ihre vier Bundesminister leiteten mit dem Rücktritt am 17. September 1982 den Koalitions- und Regierungswechsel ein.

Der Übergang von Schmidt zu Kohl war von den fünf Kanzler-wechseln seit 1949 der vierte, der innerhalb einer Wahlperiode stattfand und damit nicht das Ergebnis eines Wählervotums darstellte. Um dieses Legitimationsdefizit wettzumachen, kündigte Kohl bereits in der Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 vorgezogene Neuwahlen für den 6. März 1983 an. Umstritten war der dafür gewählte parlamentarische Weg: Kohl stellte am 17. Dezember 1982 im Bundestag die Vertrauensfrage. Durch Stimmenthaltung der Unions- und fast aller FDP-Abgeordneten (248) sowie Nein-Stimmen der SPD und sieben weiterer Abgeordneter (218) bei acht Ja-Stimmen konnte der Kanzler bei Bundespräsident Karl Carstens (CDU) die Auflösung des Bundestages beantragen. In der Bundestagswahl am 6. März 1983 erzielten CDU/CSU 48,8 Prozent und errangen trotz der Verluste der FDP gegenüber 1980 (34 statt zuvor 53 Mandate) und des erstmaligen Einzugs der Grünen eine sichere Mehrheit für die Koalition.

Mit dem Untertitel „Signale einer Tendenzwende" war 1974 der erste Band der von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebenen Taschenbuchreihe „Herderbücherei INITIATIVE" erschienen, von der schließlich bis etwa 1988 mehr als 70 Sammelbände herauskamen. Anliegen und Angebot der Reihe waren symptomatisch für eine fundamentale neokonservative ideelle und politische Reaktion auf die kapitalismuskritischen, sozialreformerischen und vielfach auch sozialistischen Vorstellungen und Diskurse seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Letztere bezeichnete Kaltenbrunner als „die Renaissance eines neuen Irrationalismus". Die „Krise der westlichen Gesellschaft" sei eine Krise ihrer Institutionen, aber vor allem eine „Krise der Vernunft": „Der neue Irrationalismus, der im Namen der Vernunft zu sprechen vorgibt, ist unverständlich ohne Kenntnis seiner zum Teil weit zurückreichenden geistesgeschichtlichen Wurzeln. Und er kann nur dann angemessen kritisiert werden, wenn man

[1] Das erfolgte auf der Grundlage von Art. 67 GG Abs. 1: „Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muss dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen."

die grundlegende Tatsache nicht verdrängt, dass der Gedanke einer Zerstörung der Vernunft im Namen der Vernunft in den westlichen Gesellschaften – und nur hier! – innerhalb weniger Jahre zu einer gesellschaftsverändernden und kulturrevolutionären Macht ersten Grades geworden ist.“[2]

Der Begriff der Tendenzwende wurde auch in kritischen Beiträgen zum neokonservativen Aufbruch aufgegriffen und als Äußerung einer tatsächlich stattfindenden Wandlung ernst genommen. Martin Greiffenhagen schrieb 1975: „Wir erleben in diesen Jahren einen politischen Klimawechsel. Der Zeitgeist weht nicht mehr von links, sondern von rechts. Wer heute in einem politischen Wahlprogramm der Bevölkerung ‚mehr Demokratie‘ versprechen würde, hätte wenig Aussicht, damit Stimmen zu gewinnen. Das Wort ‚konservativ‘, bis vor kurzem von allen großen Parteien gemieden, gehört wieder zum politischen Wortschatz, nicht nur der Rechtsparteien, sondern auch der SPD.“[3] Im Ergebnis dieser Veränderungen wurden weitreichende Erwartungen in die seit Ende der 70er Jahre immer wahrscheinlichere politische Umgruppierung auf Bundesebene gesetzt.

Unter dem Einfluss konservativer und antisozialistischer Politiker, Publizisten und Wissenschaftler geriet die Forderung nach einer dabei als notwendig erachteten *Geistig-moralischen Wende* oder Erneuerung zu einem Schlüsselbegriff, dessen sich auch Kohl bediente. Nach seinem Amtsantritt wurde er in einem ZDF-Interview am 3. Oktober 1982 darauf angesprochen, dass er den Blick „in den letzten 48 Stunden“ immer wieder auf „die geistig-moralische Situation“ gelenkt habe, obwohl die Öffentlichkeit vor allem wirtschaftliche Besserung erwarte. Kohl erwiderte, dass das eine vom anderen nicht zu trennen sei: „Wir werden eine Wiederbelebung unserer Wirtschaft, eine Wiederbelebung unseres Leistungswillens, unserer Leistungskraft, die notwendige Opferbereitschaft, etwa um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, nur dann in der Tat bewegen können, wenn eine geistig-moralische Herausforderung erkannt und angenommen wird.“ Er erinnerte an den „geistig-moralischen Antrieb bei der Wiederbegründung in der Stunde Null unseres Landes“. Jeder müsse seinen Beitrag leisten; es solle nicht nur über die Rechte, sondern auch über die Pflichten geredet werden.

Die Regierungserklärungen Kohls vom 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983 gingen über Bekenntnisse zu einer „Politik der Erneuerung“ oder zu „geistiger Erneuerung“, zu mehr Selbstverantwortung und weniger Sozialstaat, nicht hinaus. Die konservative Grundstimmung und die Absicht zur Interessenvertretung privilegierter sozialer Gruppen waren unverkennbar. Zugleich wurden die Spannungen zwischen seinen politischen Handlungsspielräumen einerseits und den ideologischen Ambitionen nationalkonservativer Wortführer andererseits deutlich. Den Zwängen zur Kontinuität in der Ostpolitik und selbst im Umgang mit der DDR, die im Staatsbesuch Erich Honeckers in Bonn im September 1987 kulminierten, konnte sich schließlich nicht einmal Strauß entziehen. Er nahm dafür die innerparteilichen Auseinandersetzungen und Anfeindungen ebenso in Kauf wie eine daraus im Herbst 1983 folgende Abspaltung aus der CSU, die zur Gründung der rechtsextremistischen Partei „Die Republikaner“ führte.

Nikolaus Lobkowicz, Präsident der katholischen Universität Eichstätt, beklagte auf einem CSU-Parteitag Ende 1984, dass die Hoffnungen auf eine geistige Wende enttäuscht wurden: „Nach Brandts Regierungserklärung beim Antritt der sozial-liberalen Koalition herrschte im ganzen Lande eine Aufbruchsstimmung; nichts dergleichen erfolgte nach dem endgültigen Amtsantritt der Regierung Kohl, obwohl viele es erhofft hatten.“ Die letzte Ursache läge darin, „dass nie deutlich gesagt wurde, wie heutzutage so etwas wie eine geistige Wende aussehen könnte.“[4] Die geschichtsideologischen Zwiespältigkeiten in der Union wurden angesichts des 8. Mai 1985 in den sich widersprechenden Stellungnahmen von Dregger, Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker deutlich.

Bald war zu erkennen, dass das Kohlsche pragmatische Verständnis von *Geistig-moralischer Wende* weder für irgendeinen ernst zu nehmenden ideellen und kulturellen Neubeginn taugte noch die von rechtsaußen geäußerten Hoffnungen auf eine weitgehende Rechtsverschiebung zu erfüllen imstande

---

2 Vorwort des Herausgebers: In: Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende. Herderbücherei INITIATIVE, 1. Hg. v. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, München 1974, S. 8.

3 Martin Greiffenhagen: Freiheit gegen Gleichheit? Zur ‚Tendenzwende‘ in der Bundesrepublik, Hamburg 1975, S. 7.

4 Nikolaus Lobkowicz: „Wo bleibt die geistige Wende?“ In: Deutschland-Magazin, 1/1985, S. 28.

war. Gegen Führungskreise der CDU entwickelte sich eine aggressive Kampagne von Rechtsintellektuellen, deren Wortführer der Stuttgarter Philosoph Günter Rohrmoser im Zusammenwirken mit der Zeitschrift „Criticon“, München, wurde. Dort hatte er bereits Anfang 1981 skeptisch gefragt, ob sich die CDU „den neuen Themen“ stelle; bisher sei sie zu konzeptionellen und strategischen Antworten nicht fähig. Bereits kurz nach Kohls Amtsbeginn äußerte er, dass dieser die Konsequenzen der Überzeugung, „dass die geistig-moralische Krise in unserem Volke das eigentliche Problem darstelle, nicht hinreichend und tief genug bedacht hat“.

Ende 1984 schrieb Rohrmoser: „Die Koalition in Bonn hat eine historische Chance verspielt. Sie hat ihr Versprechen einer geistigen Wende in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfüllt, sie hat es nicht gekonnt und sie hat es wohl auch nicht gewollt. Aber auch die geistige Wende, die nicht stattfand, hat Folgen.“[5] Grüne und alternative Bewegungen hätten die geistige Führung übernommen und zwängen den etablierten Parteien das Gesetz des politischen Handelns auf. Dagegen beweise Amerika, „dass es ohne eine geistige Wende auch keine neue oder andere Politik geben kann“. Wenig später sah er in der Schlappe der CDU in der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1985 eine weitere Bestätigung der „für eine Partei viel gefährlicheren Tatsache, dass die CDU nicht mehr in der Lage ist, eine überzeugende Antwort auf die Frage zu geben, warum man sie überhaupt noch wählen soll“. Jetzt stelle sich heraus, „dass die CDU für die Wende weder eine Philosophie, ein Konzept, noch gar eine Strategie hatte“.[6]

Unter dem Rohrmosers Aufsatz entlehnten Titel „Das Debakel“ erschien im rechtsextremen Sinus Verlag Krefeld eine Sammlung unionskritischer Beiträge des Stuttgarter Philosophen und weiterer Publizisten und Politiker.[7] Der Verlag brachte im gleichen Jahr einen zweiten Sammelband zu diesem Problemkreis heraus. Der Herausgeber forderte darin von der CDU nachzuweisen, „ob sie ihren Auftrag politischer Erneuerung und geistiger Führung erfüllen wird“: „‚Wende‘ muss ganz gewiss auch die Felder der Außen- und Sicherheitspolitik, der Deutschland-, Rechts- und Kulturpolitik einbeziehen und dies im Sinn einer notwendig gewordenen tief greifenden geistigen und politischen Erneuerung angesichts zahlreicher Symptome der Dekadenz und Erschlaffung.“[8] Die neonazistische Gesellschaft für freie Publizistik stellte ihren deutschlandpolitischen Kongress vom 28.-30. September 1984 in Kassel unter das Leitwort „Mut zur geistigen Wende“ und veröffentlichte die Referate im NATION EUROPA VERLAG Coburg.

Einer der Initiatoren des Wechsels vom Herbst 1982, Otto Graf Lambsdorff (FDP), trat im Juni 1984 im Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre als Bundesminister für Wirtschaft zurück. Zuvor war der Versuch der Koalition gescheitert, sich in dieser Angelegenheit selbst zu amnestieren. Wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung wurde Lambsdorff 1987 zu einer Geldstrafe von 180.000 DM verurteilt. Im Ergebnis der Affäre musste Barzel im Oktober 1984 sein erst im Vorjahr übernommenes Amt als Bundestagspräsident niederlegen. Kohl konnte damals den Skandal äußerlich unbeschadet überstehen. Die gerade auch von ihm salbungsvoll vorgetragenen Ankündigungen einer *Geistig-moralischen Wende* fanden mit der Aufdeckung gesetzwidriger Zuwendungen an die Partei, deren Vorsitzender er seit 1973 war, ihre höchst lebensnahe Illustration. 1999 wurde bekannt, dass das verfassungswidrige Gebaren ungeachtet der damaligen Kritik in der Folgezeit fortgesetzt wurde. Ein Kommentator erinnerte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. März 2001 an die Vorgeschichte:

„Sich selbst hat die CDU allerdings schwer beschädigt. Dass die Partei, die mit dem Anspruch einer ‚geistig-moralischen Wende‘ die Regierung übernommen hatte, an ihren eigenen Maßstäben gemes-

---

5 Günter Rohrmoser: Geistige Wende? In: Criticon, 86, November/Dezember 1984, S. 261. Vgl. auch ders.: Geistige Wende warum, Mainz 1984.

6 Ders.: Das Debakel. In: Criticon, 89, Mai/Juni 1985, S. 109.

7 Ders.: Das Debakel. Wo bleibt die Wende? Fragen an die CDU. Eingeleitet von Caspar von Schrenck-Notzing. Mit Beiträgen von Ursula Besser, Heinz Burneleit, Manfred Abelein, Uwe Greve, Emil Schlee, Krefeld 1985 (edition d).

8 Klaus Hornung (Hg.): Mut zur Wende. Grundlagen und Auftrag einer Politik der Erneuerung, Krefeld 1985, S. 11. Unter den Autoren sind: Nikolaus Lobkowicz, Hans Graf Huyn, Herbert Hupka, Dieter Farwick, Christa Meves, Heinz Karst und Heinz-Dietrich Ortlieb.

sen wurde, war nicht unbillig. Kohl gab mit seinem Verstoß gegen das Parteiengesetz und mit der Weigerung, die Spendernamen zu nennen, der CDU in der parteipolitischen Auseinandersetzung eine Blöße, die sie bis heute schwächt."

Das Dilemma, entweder sozialkonservative Volkspartei oder konservativ-nationalistische Vorhut und Sammelbecken aller Schattierungen der Rechten zu sein, dauert für die Unionsparteien am Beginn des 21. Jahrhunderts an. Es wurzelt in den Zwiespältigkeiten der sozialen Basis und der Interessenpolitik, die die Partei für die Oberschichten wahrzunehmen hat und die gleichzeitig einer sozial breit gefächerten Wählerschaft als in ihrem Interesse liegend vermittelt werden sollen. Die intellektuelle Vertiefung einer konservativen Position führt in der Regel zu einer Rechtsverschiebung, vor der einfluss-reiche Kräfte schließlich immer wieder zurückschrecken. Die Erinnerung an die Resultate eines radikalen Konservatismus in der Weimarer Republik – die Konservative Revolution – ist noch nicht gebannt. Die Gratwanderung zwischen Ideologisierungskonzepten à la *Geistig-moralische Wende* und machtpolitischem Pragmatismus wird andauern; ihr schließlicher Ausgang wird von den historisch-politischen Bedingungen und Kräfteverhältnissen abhängen.

Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte. Hrsg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker. Militzke-Verlag Leipzig 2002, S. 92-98.

Restauration in der Bundesrepublik – umkehrbar oder Mitgift und Modell fürs vereinigte Deutschland?

In die große außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestages am 3. April 1952 wurde auch ein Antrag der Fraktion der Föderalistischen Union (FU) „betr. Auswärtiges Amt“ aufgenommen.[1] Bei der Begründung des Antrags bemerkte der aus dem Zentrum kommende Bernhard Reismann, er habe schon im März 1950 zu erkennbaren Problemen der Personalpolitik bei der Vorbereitung dieses Amtes dem Bundeskanzler eine Warnung zukommen lassen. Auch nach einer Erinnerung im September jenes Jahres habe er keine Antwort erhalten und deshalb am Jahresende 1950 „die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen“. Seine Veröffentlichungen hätten überall Resonanz gefunden – außer bei der Bundesregierung. „Der Vorwurf richtete sich von Anfang an dagegen, daß in hervorragendem und besonders auffälligem Maße – nicht also in dem kleinen Rahmen, wie es in jeder Behörde mal vorkommen kann – Cliquenwirtschaft, Mißwirtschaft, persönlicher Beziehungsklüngel und gesellschaftliche und politische Beziehungen in rücksichtslosester und fast schamloser Art die Restauration alter Zustände betrieben.“[2]

Inzwischen habe der Bundestag dazu einen besonderen Ausschuß eingesetzt, der bedauerlicherweise weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandele. Schon nach den ersten Vernehmungen mußten fünf Personen des jungen Amtes als nicht mehr tragbar angesehen werden. „Inzwischen wird aber durch dieses selbe Auswärtige Amt im Ausland wie im Inland der gute Name der jungen Bundesrepublik weiter verdorben. Was soll man dazu sagen, wenn z. B. die Deutschen in Griechenland nur ungern auf das deutsche Konsulat und die deutsche Gesandtschaft in Athen gehen, weil sie dort einige sehr unbeliebte Gesichter aus der Nazizeit wiederfinden! Was soll man dazu sagen, wenn über die Sender der Südoststaaten auf dem Balkan ein deutscher Gesandter als der SS-Henker bezeichnet wird, ohne daß man dagegen mit großem Recht etwas tun könnte!“[3] Reismann plädierte dafür, daß endlich in aller Öffentlichkeit dieser „Sumpf mit Stumpf und Stiel ausgerottet“ und die Zustände definitiv bereinigt werden.

In diesem Rahmen wird der bis zum Frühjahr 1952 weit fortgeschrittene historisch-politische, sozioökonomische und geistig-kulturelle Prozeß der Restauration in den Westzonen und der Bundesrepublik im wesentlichen vorausgesetzt. Erinnert sei lediglich stichwortartig an Zäsuren wie die Bildung der Bizone und die westdeutsche Staatsgründung, die gesellschaftsstrategische Orientierung der CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, die aus den ersten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 unter Ausschluß der Hauptströme des antifaschistischen Widerstandes hervorgegangene bürgerliche Mitte-Rechts-Regierung unter Adenauer, die damit forcierte Schlußstrichpolitik einschließlich Straffreiheitsund Amnestiegesetzen ab Dezember 1949, die Begnadigung der von den Alliierten verurteilten „Kriegsverbrecher“ ab 1950, die „‚Liquidierung‘ der Entnazifizierung“ (Norbert Frei), die Gesetzgebung und politische Praxis zu Art. 131 GG ab 1951 sowie der Übergang zur offenen Diskriminierung und Unterdrückung der kommunistischen Bewegung, nicht zuletzt ihrer antifaschistischen Traditionen, ihres Umfeldes und ihrer Partner, ab September 1950 u. a.[4]

Unterhalb der total diskreditierten, wesentlich von den Alliierten eliminierten engeren nazifaschistischen Führung, umfaßt die Kontinuität vom Dritten Reich zur Bundesrepublik vor allem die Eigentums- und Machtverhältnisse, die sozialen Grundstrukturen, das Personal in den Führungsetagen und Entscheidungszentren aller gesellschaftlichen Bereiche sowie wesentliche ideologische Komponenten, voran einen Antikommunismus antiliberalen Typs. Die genannte Episode aus der Entstehungsgeschichte des Auswärtigen Amtes steht hier stellvertretend für die fundamentalen gesellschaftlichen Sachverhalte und Weichenstellungen um und nach 1950. Als eine der neuesten aus den einschlägigen

---

1 Die Fraktion Föderalistische Union war am 14. Dezember 1951 aus dem Zusammenschluß der bisherigen Fraktionen der Bayernpartei und der Zentrumspartei hervorgegangen und endete mit der ersten Wahlperiode; beide Parteien scheiterten 1953 an der 5%-Klausel.

2 Deutscher Bundestag. 1. Wahlperiode. Stenografische Berichte, 204. Sitzung, Bonn, den 3. April 1952, S. 8762.

3 Ebenda.

4 Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Bonn 1996.

Veröffentlichungen sei auf „Karrieren im Zwielicht“ von Norbert Frei verwiesen, in der neben Querschnittsproblemen Gruppen wie Mediziner, Unternehmer, Offiziere, Juristen und Journalisten vorgestellt werden.[5]

In einer Anfang März 2002 ebenfalls zum Jahr 1952 durchgeführten Konferenz ist im einleitenden Referat von Harri Czepuck in Übereinstimmung mit den damaligen Sprachregelungen von SED und KPD wiederholt von „Refaschisierung“ die Rede, beispielsweise auch von „zunehmender Refaschisierung, verbrämt durch viel Gerede über Demokratie“.[6] Der Begriff der „Refaschisierung“ ist weder in seiner Pauschalisierung noch bezüglich der Haupttendenzen in der Gestaltung und Entwicklung der Bundesrepublik angemessen und zutreffend. Er ist selbst sprachlicher Ausdruck von Fehleinschätzungen, darunter hinsichtlich des parlamentarisch-demokratischen und rechtsstaatlichen Neubeginns in der BRD. Übrigens: Es geht um Fehleinschätzungen, die zu den subjektiven Ursachen des raschen Verlustes an Einfluß und parlamentarischen Positionen der KPD am Beginn der fünfziger Jahre gehören.

Die notwendige und legitime Kritik an Verdrängung der Vergangenheit und Schlußstrichmentalität, an der Kontinuität höchst belasteter Gruppen und Personen in Wirtschaft, Staat und Politik, Justiz, Wissenschaft, Bildung, Verbänden und Militär sowie selbst an den autoritären Zügen der „Kanzlerdemokratie“ Adenauers wurde und wird vielmehr durch solche Fehldeutungen beeinträchtigt. So alarmierend und kritikwürdig sämtliche einschlägigen Erscheinungen und Symptome sind: sie stellten keine Elemente einer mehr oder weniger zwangsläufigen oder auch nur bestimmenden Entwicklung von Gesellschaft und politischem System der Bundesrepublik in Richtung auf einen latenten oder wiederkehrenden unverhüllten Faschismus dar. Das ist selbst angesichts neuer aufschlußreicher Veröffentlichungen über Altnazis und nationalistische Geschichtsbilder und Politikkonzepte in Parteien wie der FDP in den fünfziger und sechziger Jahren festzustellen.[7]

Das Hauptanliegen dieses Beitrags besteht darin, eine wesentliche innere politische, soziale und ideell-moralische Dimension der Erörterungen über damalige außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen oder Alternativen zu benennen und zu problematisieren. Es geht um die antifaschistischen, auch fundamentalen gesellschaftspolitischen Erwartungen und Pläne von Widerstand, Untergrund und Emigration bis 1945; aber auch um jene daraus abgeleiteten radikalreformerischen, selbst revolutionären und sozialistischen Ziele, die unmittelbar nach 1945 neben den Kommunisten auch von Kurt Schumacher und der SPD, von Gewerkschaften, im Ahlener Programm der CDU, von marxistischen, liberal-demokratischen und pazifistischen Intellektuellen vertreten und zumindest teilweise in frühen Landesverfassungen und im Grundgesetz fixiert wurden. Mit der Gründung der Bundesrepublik wurde von den maßgebenden Kräften um Adenauer prinzipiell gegen alle weitergehenden Vorstellungen und Ziele gesamtgesellschaftlicher Um- und Neugestaltung entschieden. Bis Anfang 1952 hatten sich die Kräfteverhältnisse weiter zugunsten der Kontinuität und der Restauration der deutschen bürgerlichen Gesellschaft verändert.

War das umkehrbar? Wenn man dies hypothetisch bejaht: Durch welche Kräfte im Inneren und unter welchen internationalen Interessenkonstellationen hätte dies geschehen können? Wenn die Frage verneint wird: Waren ein solcher Grad an Kontinuität und Restauration für ein geeintes und damit wesentlich größeres, militärisch neutralisiertes Deutschland als Mitgift und zugleich als Modell und Perspektive annehmbar und jenen Strömungen und Kräften zumutbar, die im Inland und international die Hauptlast des Widerstandes, der Opfer und der Befreiung getragen hauen? Mußten nicht zwangsläufig mit der gesamtdeutschen Option die Maßstäbe und Vorgaben von Jalta und Potsdam wieder in

---

5 Norbert Frei, Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945. In Zusammenarbeit mit Tobias Freimüller, Marc von Miquel, Tim Schanetzky, Jens Scholten, Matthias Weiß, Frankfurt/New York 2001.

6 Harri Czepuck, 1952 – Die Wehrdebatten und die Folgen – Geschichtliches und Aktuelles, in: GeschichtsKorrespondenz. Mitteilungsblatt, Nr. 2, April 2002, S. 3.

7 Vgl. beispielsweise Ulrich Keitel, „Sehr geehrter Parteifreund ...“. Parteiinterne Rundbriefe gegen alte Nazis, Frankfurt a. M. 2001. Im Vorwort von Gerhart Baum, Bundesinnenminister a. D., heißt es einleitend: „Mit diesem Buch werden zum ersten Mal politische Aktivitäten einiger junger FDP-Mitglieder gegen die alten Nazis in der FDP Anfang der 60er Jahre öffentlich gemacht. Sie werfen auch ein bezeichnendes Licht auf die Befindlichkeit der Nachkriegsgesellschaft in dieser Zeit.“ (S. 7)

den Vordergrund treten und als wesentlicher gemeinsamer Bezugspunkt der vier Besatzungsmächte und ihrer Gremien reaktiviert werden?

Wie wäre das wahrscheinliche Verhalten Stalins und der sowjetischen Führung für den Fall eines solchen Gangs der Dinge einzuschätzen? Zunächst erscheint als sicher, daß sie am entschiedensten den Rückbezug auf die großen alliierten Vereinbarungen von Anfang und Sommer 1945 gefordert hätten. Jene Erwartungen und Auflagen kamen den 1952 formulierten Forderungen an ein einheitliches, jedoch militärisch neutrales Deutschland sehr nahe.

Hinsichtlich der antifaschistischen und internationalistischen Motive in der äußeren Politik der KPdSU und der UdSSR sollte man jedoch keine Illusionen oder übertriebenen Vorstellungen haben. Das legen auch die Erfahrungen der knapp zwei Jahre zwischen Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (August 1939) und dem Überfall Nazideutschlands am 22. Juni 1941 nahe. In dieser Phase wurden Antifaschismus, Internationalismus und humanitäre Solidarität vom Kreml in einer geradezu zynischen Weise pragmatischen und taktischen Erwägungen und Manövern geopfert. Das ist nicht schlechthin der damaligen außenpolitischen Isolierung und andauernden Bedrohung zuzurechnen. Es offenbart viel vom Wesen des Stalinismus und der dogmatisierten Schlüsselrolle der Machtfrage in seinen Handlungsmotiven. Auch die Fortdauer von Repression, Rechtswillkür, Lagersystem und verbreiteter Menschenverachtung nach dem 9. Mai 1945 erinnert an die Janusköpfigkeit der Ideologie und Herrschaftspraxis unter Stalin und vielfach über ihn hinaus.

In diesem Zusammenhang sei exemplarisch ein weiteres Moment des heutigen Bemühens um ein der ganzen Wahrheit verpflichtetes Geschichtsbild angesprochen. Am 11. Mai 1952 wurde der 21jährige Philipp Müller in Essen als Teilnehmer einer gegen die Wiederaufrüstung und militärische Westintegration der Bundesrepublik gerichteten Friedenskarawane erschossen. In der tragischen Episode widerspiegeln sich die Tiefe und Schärfe der damaligen Auseinandersetzungen. Es ist allerdings nach meiner Überzeugung nicht mehr hinnehmbar, diesen Tod im Gedenken zu stilisieren und politisch zu würdigen, ohne auch nur andeutungsweise an die wesentlich größere Zahl unschuldiger oder unverhältnismäßig bestrafter Opfer sowjetischer Besatzungspolitik seit Frühsommer 1945 – sei es in den Speziallagern, sei es durch Deportation oder andere Willkürurteile und Exzesse – zu erinnern. Damit ist neben den revolutionären Prozessen in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945 und ihren ambivalenten Wirkungen ein weiterer Bereich angesprochen, mit dem Adenauer und andere den Antikommunismus und Antisowjetismus auch mit zeitgeschichtlichem Anschauungs- und Beweismaterial aktuellen politischen Bedürfnissen und Zielen anpassen und massenwirksam mobilisieren konnten.

Andererseits sind die Versuche wenig glaubwürdig, nach denen im Tribunal der Sieger in Nürnberg 1945/46 und unter den Partnern im diplomatischen Notenwechsel des Frühjahrs 1952 allein die Sowjetunion zwiespältige Züge aufwies. Wer spricht heute vom damals andauernden oder neu befestigten Apartheidregime in den USA? Wer erinnert an die entgegen den Hoffnungen der betroffenen Völker fortgesetzte oder aufs Neue intensivierte Kolonialpolitik und an die Verbrechen Englands, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Portugals und weiterer Staaten in ihrem Kampf gegen nationale Befreiungsbewegungen?! im Ausbruch und in der fortschreitenden Verhärtung des Kalten Krieges einschließlich der Spaltung Deutschlands traten die Gegensätze der Interessen und Strategien aller beteiligten Mächte und Strömungen zutage. Das gilt uneingeschränkt für die sozioökonomischen, politischen und geistig-kulturellen Richtungen und Parteien in Deutschland. Von den Kommunisten bis zum Großkapital: Alle entwickelten ihre außen- und deutschlandpolitischen Optionen entscheidend am Verständnis ihrer klassenmäßigen und machtpolitischen Interessen. Das erfolgte vor dem Hintergrund der Geschehnisse und Erfahrungen spätestens seit 1914, ohne die die Schärfe und Nachhaltigkeit der Auseinandersetzungen kaum erklärlich ist.

Der durchaus inhaltlich weit und in seiner europäischen Dimension begriffene Antifaschismus bleibt gerade für die Urteile zur Gründung der beiden deutschen Staaten und zu den Kontroversen im Entscheidungsjahr 1952 bedeutend und gültig. Die Skepsis hinsichtlich seiner effektiven internationalen Wirkungsmacht sowie seiner gesellschaftsgestaltenden Chancen im Frühjahr 1952 in Gesamtdeutschland wird jedoch von mehreren erheblichen Momenten gespeist. Dazu gehören vor allem:

- der fortgeschrittene und verfestigte Stand der Restauration in der Bundesrepublik;
- das inzwischen in der BRD entstandene innenpolitische Kräfteverhältnis zwischen den sozialen und parteipolitischen Grundrichtungen;
- die Stufe der Herausbildung globaler Konfrontationen und die unter Führung der USA weithin entschiedene, vorrangige Orientierung auf die politische, wirtschaftliche und militärische Westintegration unter Einschluß der Bundesrepublik;
- die enge Verbindung, die Antifaschismus und Antikapitalismus in den Umwälzungen in der SBZ seit Sommer 1945 unter Führung der KPD/SED und dem maßgeblichen Einfluß des sowjetischen Gesellschaftsmodells und der Politik der Besatzungsmacht eingegangen waren und die auch der offiziellen Bündnispolitik zugrundegelegt wurden.

Nicht eine primär antifaschistische Vorstellungswelt, sondern ein antikommunistisch dominierter Antitotalitarismus bildete sich als offiziöses Selbstverständnis und adäquate Herrschaftsideologie der jungen Bundesrepublik heraus. Seine Traditionen und seine zeitgenössischen Quellen, Motive und Leitbilder sicherten ihm und seinen hauptsächlichen Trägern bald hinreichende Breiten- und Tiefenwirksamkeit; umsomehr als dies bald mit wirtschaftlichem Erfolg und Aufstieg sowie zunehmender internationaler Anerkennung korrespondierte. Damit wurde jene politische Ideologie ausgebildet, die vorrangig den restaurativen Grundprozessen entsprach und diente. Sie formte sich in der Konfrontation mit dem Antikapitalismus und Antifaschismus in SBZ und DDR, die in Überlieferungen des Marxismus und der Arbeiterbewegung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurzelten und in ihren Erscheinungsformen entscheidend vom marxistisch-leninistischen Paradigma geprägt wurde.

In der großen Bundestagsdebatte zur Wiederaufrüstung am 7. Februar 1952 hatte Adenauer „die Expansionspolitik und die Aggressionspolitik Sowjetrußlands“ zum Ausgangspunkt des Geschehens der letzten Jahre und seiner Überlegungen erklärt. Die sowjetrussische Politik wolle „im Wege des kalten Krieges, der bald diese, bald jene Form annehmen kann, mit allen Mitteln in erster Linie die Bundesrepublik und in deren Verlauf ganz Westeuropa in ihre Hand bringen.“ Das würde „nichts anderes bedeuten als Sklaverei und Ausbeutung, nichts anderes als Vernichtung alles dessen, was dem deutschen Volk das Leben überhaupt noch lebenswert macht.“[8]

Auf einer Kundgebung der CDU am 1. März 1952 in Heidelberg verkündete der Kanzler, daß die weittragenden und dauerhaften Spannungen in der Welt in den beiden großen Kriegen und im „Aufkommen totalitärer Staaten“ wurzeln: „Wir kennen ja aus unserer Vergangenheit in Deutschland das System der totalitären Staaten. Wir wissen, welche Gefahr ein großer totalitärer Staat für seine ganze Umgebung mit sich bringt. Die Sowjet-Union ist ein noch viel größerer und viel mächtigerer und viel totalitärerer Staat, als es das nationalsozialistische Deutschland gewesen ist.“[9] Vor allem das deutsche Volk schwebe in Gefahren „wie kaum jemals in unserer ganzen Geschichte“! Die Sowjet-Union betreibe „eine ausgesprochene Expansions- und Aggressionspolitik“ und wolle in ihrem „Machtrausch“ immer „mehr Länder unter ihre Macht bringen“; „wir fühlen ja doch die Aggressionsabsichten Sowjetrußlands stündlich und täglich.“ Die SED sei „nichts anderes als eine Sklavin Sowjetrußlands“. In einem am 5. März 1952 im NWDR gesendeten interview äußerte Adenauer, daß sich der „Zwang zur Rüstung wider Willen“ für den Westen aus der sowjetischen Bedrohung ergäbe; Deutschland müsse „entweder in Europa aufgehen oder ohne Europa untergehen“.[10] Die antisowjetische Hysterie nahm gerade in jenen Monaten in der Bundesrepublik panikartige Züge an.

Diether Posser schreibt in seinen Erinnerungen, es wäre nach 1945 „eine der wichtigsten Aufgaben gewesen, den nationalsozialistischen Ungeist zu überwinden, der gerade in der Parole vom ‚bolschewistischen Untermenschen‘ und der angeblichen ‚Minderwertigkeit‘ der Russen und Polen zum

---

8 Deutschland und die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Rede des Bundeskanzlers vor dem Bundestag, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 17, 9. Februar 1952, S. 159 f.

9 Deutschlands Weg zu Freiheit und Frieden. Bundeskanzler Dr. Adenauer sprach in Heidelberg, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 26, 4. März 1952, S. 252.

10 Der Wehrbeitrag ein Friedensbeitrag, in: Ebenda, Nr. 27, 6. März 1952, S. 261 f. Redaktionelle Artikel und Kommentare in diesem regierungsoffiziellen und als Multiplikator wirkenden Organ verstärkten die rigoros antisowjetische Propaganda.

Ausdruck kam. Ich habe jedoch keine Rede Adenauers gefunden, in der er besonders den deutschen Überfall auf die Sowjetunion und den dann planmäßig einsetzenden Ausrottungs- und Vernichtungsfeldzug erwähnte. Es wurde im Verhältnis zur Sowjetunion alles tabuisiert oder verdrängt, was dort während des Krieges geschehen war."[11] Um die deutsche Bevölkerung wieder zu einer Aufrüstung bewegen zu können, bemerkte Posser, habe Adenauer ein Feindbild gebraucht, das die Sowjetunion und die Kommunisten „für alle Übel in der Welt verantwortlich" mache. Das einfache Argumentationsschema sei „während der entscheidenden Jahre ohne Abstriche beibehalten" worden.

Das von Adenauer für seine nächsten politischen Ziele benutzte Zerrbild vom hochgerüsteten und zu weiterer gewalttätiger Expansion entschlossenen Sowjetimperium hinderte ihn nicht an widersprechenden Aussagen, mit denen seine wirklichen Befürchtungen sichtbar wurden und mit denen er die sowjetischen Intentionen zurückwies. Nachdem er am 7. Februar im Bundestag die vermeintliche akute Bedrohung beschworen hatte, bezeichnete er es als das eigentliche Ziel sowjetischer Politik, „die Bundesrepublik zu neutralisieren". In der Debatte am 3. April äußerte er, „daß auch nicht einmal die sowjetrussischen Generäle Krieg wollen, Herr Renner, (Abg. Renner: Das ist das einzige, was stimmt! – Große Heiterkeit) und zwar deswegen nicht – ich möchte das gegenüber gewissen Sorgen in der deutschen Bevölkerung sagen –, weil jetzt schon der Westen so stark ist, daß Sowjetrußland keinen Krieg vom Zaune brechen wird. (Unruhe links) Es kommt ein Weiteres hinzu, was uns, glaube ich, berechtigt, mit Optimismus in die Zukunft zu sehen. Sowjetrußland hat große innere Aufgaben zu erfüllen, (Abg. Renner: Friedensaufgaben! – Zustimmung bei der KPD) Aufgaben, zu denen es Kapital und Menschen braucht. (Zuruf von der KPD: Gute Erkenntnis! – Abg. Rische: Da haben Sie mal endlich recht! – Gegenrufe von den Regierungsparteien)."[12]

Der militante, weithin irrationale Antikommunismus wurde ab Frühjahr 1952 wirksam für die Wiederaufrüstung und die militärische Westintegration sowie gegen Pläne für ein vereintes, neutralisiertes und gesellschaftspolitisch erneuertes Deutschland mobilisiert, das sich in Grundzügen an die Leitideen und Pläne von Jalta und Potsdam anlehnen und sie realisieren würde. In einem ungezeichneten Grundsatzbeitrag im Bulletin der Bundesregierung vom 18. März 1952 hieß es, das Potsdamer Abkommen stehe „allen Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs fast in so schlechter Erinnerung wie das Abkommen von Jalta": „Im Grunde ist das ganze Potsdamer Abkommen durch die Geschichte der letzten sieben Jahre überholt."[13] Die feindselige und ignorante Grundhaltung im offiziösen Selbstverständnis der Bundesrepublik gegenüber jenen alliierten Konferenzen und Beschlüssen von 1945 wurzelt in der restaurativen Entstehungsgeschichte des Weststaates. Sie wurde durch die Entscheidungen am Beginn der fünfziger Jahre verfestigt. Diese Abkehr bildet seither Voraussetzung und Bestandteil der Westbindung und unbedingter NATO-Treue, die den Kern der Staatsraison der Bundesrepublik ausmachen. Möglicherweise ist dafür noch heute und morgen zu Lasten des Friedens und des Völkerrechts ein hoher Preis zu zahlen.

Schließlich war es auch gelungen, in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, der DDR und der kommunistischen Bewegung den Freiheitsbegriff wirksam zu besetzen. Die marxistisch-leninistische Absage an den Liberalismus sowie insbesondere die antiliberalen, autoritären bis diktatorischen Wesens-merkmale und Praktiken des realsozialistischen Herrschaftssystems begünstigten und erleichterten dies. Der bundesdeutsche Anspruch auf „Freiheit" und vor allem die Verfassungswirklichkeit der „Kanzlerdemokratie" der frühen Bundesrepublik trugen jedoch selbst illiberale und intolerante Züge. „Freiheit" wurde gesellschaftspolitisch zum Synonym der bewahrten oder wiederhergestellten Eigentums- und Machtverhältnisse, die staatlich zu ihren parlamentarisch-demokratischen Strukturen und Mechanismen sowie rechtsstaatlichen Regularien zurückgefunden hatten.

Die von Franz Josef Strauß in einem Rundfunkvortrag betonte Frage der „Freiheit" und seine nachdrückliche Aussage, „daß wir nicht gewillt sind, die zukünftige deutsche Außenpolitik durch Neutra-

---

11 Diether Posser, Anwalt im kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, 2. Aufl., München 1991, S. 29 f.

12 Deutscher Bundestag. 1. Wahlperiode. Stenografische Berichte, 204. Sitzung, Bonn, den . April 1952, S. 8761.

13 Zurück zu Potsdam? Das Abkommen durch die Geschichte überholt, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 32, 18. März 1952, S. 322.

litätserklärungen zu binden“, bewirkte die außergewöhnliche Entscheidung, diesen Beitrag des bisher überregional kaum bekannten bayerischen Bundestagsabgeordneten „wegen ihrer grundsätzlichen Klarlegung des außenpolitischen Weges der Bundesrepublik im Wortlaut“ im Bulletin der Bundesregierung zu veröffentlichen.[14]

Das vielberufene Paar „Freiheit und Demokratie“ – im Angesicht westdeutscher Restauration von Bertolt Brecht in berühmten Versen persifliert – war nach 1945 wie nach 1918/19 wieder einmal ohne ein maßgebliches Verdienst des deutschen Bürgertums und am allerwenigsten seiner Oberschichten erfolgreich. Das hinderte Letztere nicht, schließlich wiederum der eigentliche Nutznießer dieses Gangs der Ereignisse und Entscheidungen – auch der des Jahres 1952 – zu werden und den Sinn und Erfolg der seitherigen Geschichte und den Wert der Gesellschaft wie den Nutzen des Staates bis heute entscheidend an der Realisierung der eigenen Interessen zu messen.

Das Jahr 1952: Europa am Scheideweg. Vergebliche Suche nach Alternativen in Ost und West. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2002, S. 54-62.

[14] Am Scheideweg. Neutralisierung oder Politik des Bundeskanzlers? In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 48, 29. April 1952, S. 503 f.

Ideologie der deutschen Rechten 1871-1945

Stefan Breuer: Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2001, 424 S., 49,90 Euro

Der Autor hatte 1993 im gleichen Verlag eine „Anatomie der Konservativen Revolution" veröffentlicht. Darin diagnostizierte er Ursprung und Charakter sowie hauptsächliche Positionen und Verwandtschaften dieser von ihm primär als „neuer Nationalismus" gedeuteten, heterogenen Denkströmung der Weimarer Republik. Der bereits damals bestimmende ideologiegeschichtliche sowie sozialtheoretische Ansatz wird nunmehr – zeitlich und quellenmäßig wesentlich erweitert – fortgeführt. Mit der Darstellung von der Reichsgründung bis 1945 wird der weltanschaulich-theoretische Einzugsbereich des politischen Denkens der deutschen Rechten umfassend und zugleich in seiner inneren Differenziertheit sowie in seiner historisch-politischen Folgerichtigkeit und Wirkungsmächtigkeit erfasst. „Ordnung", bemerkt Breuer einleitend, ist „ein Lieblingswort der politischen Rechten": „Die Ordnung, die von der Rechten erstrebt wurde, war nicht irgendeine. Sie war gedacht als *natürliche* Ordnung, als Ordnung, die dem Grundprinzip der menschlichen Natur entsprach, ja der Natur schlechthin: der Ungleichheit." (11)

Die zehn Kapitel umfassen – in großer Dichte geschrieben – in ideologiegeschichtlichen Längsschnitten und unter Berücksichtigung der hauptsächlichen Denker und Schulen die wichtigsten Themenfelder und Projektionsflächen der Rechten: Boden; Blut; Volk, Nation; Politische Herrschaft I: Der innere Staat; Politische Herrschaft II: Der äußere Staat (Imperialismus); Wirtschaft und Soziales; Bevölkerung und Familie; Kultur und Zivilisation; Religion; Antisemitismus. Die Kapitel sind nach Richtungen, geschichtlichen Phasen oder spezifischen Aspekten untergliedert. Unter „Volk, Nation" sind dies beispielsweise: Typologie der Nationsbegriffe, Denker der Staatsnation und der Volksnation, Alter, Neuer und Völkischer Nationalismus, Nationalsozialismus und Nation.

Die Kapitel werden wiederholt mit dem Versuch einer Typologisierung eingeleitet. Im Verlauf der Ausführungen finden sich Exkurse oder Verallgemeinerungen, die auch für sich genommen anregend und lesenswert sind. Das betrifft beispielsweise die Bismarckverfassung und die verfassungspolitischen Positionen der Rechten, Alldeutscher Verband, Imperialismus und Reichsideologie, Varianten des ökonomischen Nationalismus und Staatssozialismus, Afamilialismus und Männerbund, Typisierung des Antisemitismus.

An ausgewählten Namen lässt sich das breite Spektrum der von Breuer einbezogenen Philosophen, Sozialtheoretiker, politischen Denker und Schriftsteller veranschaulichen. Es reicht von geistigen Stammvätern im 19. Jahrhundert wie Houston Stewart Chamberlain, Joseph Arthur Comte de Gobineau, Paul de Lagarde, Julius Langbehn, Friedrich Nietzsche, Heinrich von Treitschke und Richard Wagner über Exponenten der Konservativen Revolution wie Max Hildebert Boehm, Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch, Othmar Spann, Oswald Spengler und Wilhelm Stapel bis zu den nazistischen Wortführern Alfred Baeumler, Gottfried Feder, Adolf Hitler, Alfred Rosenberg und Gregor Strasser. Mit Hans Freyer, Ernst Jünger, Carl Schmitt, Hans Zehrer und anderen reicht jene ideell-moralische Traditionslinie direkt in die Geistesgeschichte der Bundesrepublik.

Es ist ein Vorzug der Darstellung, dass der Zusammenhang von irrationalen Geschichtsmythen, skeptischem Menschenbild und völkisch-rassistischer Anthropologie mit der extrem rechten, schließlich nazistischen politischen Ideenwelt und massenmörderischen Herrschaftspraxis nachgewiesen wird. Im ideologiegeschichtlichen Prozess scheint die von der Mitte ausgehende Rechtsradikalisierung auf. Das Phänomen wird auch darin sichtbar, dass der Leser den durchgehenden Spuren von anspruchsvoll daherkommenden philosophischen und soziologischen Traktaten und literarischen Produktionen bis zu den hasserfüllten publizistischen Pamphleten etwa des Alldeutschen Heinrich Claß oder des lautstärksten und hemmungslosesten NS-Agitators Joseph Goebbels folgen kann. Vernachlässigt hat der Autor den Antisozialismus und die Marxismuskritik in den verschiedenen Phasen und Richtungen des rechten Lagers. Sie erscheinen verschiedentlich latent oder indirekt innerhalb einzelner Passagen, wurden aber als eigenständige konstitutive und stabile Komponenten antidemokratischer Ideologie und Politik unterschätzt.

Als strittig hat Hans-Ulrich Wehler in einer Besprechung (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. Oktober 2001) „die ziemlich umstandslose Einbeziehung des Nationalsozialismus“ bezeichnet, obwohl unstreitig viele seiner Quellen „aus den trüben Quellen des Rechtskonservatismus und des benachbarten Antisemitismus“ stammen. Auch wenn Wehlers Aussage zugestimmt werden kann, dass der Nationalsozialismus „weit über das traditionelle konservative Herkunftsmilieu und seine Gedankenwelt“ hinausreiche, ist seine weitreichende Folgerung befremdlich und unakzeptabel: „Seine totalitäre Diktatur, sein Lebensraumimperialismus, seine Vernichtungspolitik gegen Juden und Slawen verkörperten neuartige Phänomene, die nicht mehr überzeugend der deutschen Rechten zugerechnet werden können.“ Der Nazismus und die NS-Diktatur bilden ungeachtet all ihrer Besonderheiten und Unterscheidungen im Vergleich zum Konservatismus den extremen Flügel der deutschen Rechten. Dies erneut und sehr fundiert für die weltanschaulichen Komponenten und die politische Ideologie nachgewiesen zu haben, ist eines der verdienstvollsten Resultate der hier zu besprechenden Forschungsergebnisse.

In einem resümierenden Aufriss „Die zweite Rechte“ äußert Breuer: „Nimmt man den historischen Konservatismus als die erste, noch vormoderne Rechte, so kann man von einer ‚zweiten‘, nun genuin modernen Rechten sprechen, was nicht ausschließt, dass Teile derselben anti- oder ‚gegenmoderne‘ Ziele verfolgten. Die heutige, bundesrepublikanische Rechte wäre danach als ‚dritte‘ Rechte einzustufen und von den beiden anderen Formen abzugrenzen – eine Aufgabe, die als solche kaum erst erkannt, geschweige denn gelöst worden ist.“ (370) Die von dem Hamburger Soziologen Stefan Breuer vorgelegte Publikation ist eine wertvolle Grundlage auch für die Inangriffnahme der letzteren, von ihm kritisch benannten interdisziplinären Aufgabe. Ihre Dringlichkeit wird durch die neuere Mobilisierung konservativ-neoliberaler und rechtsextremer Bewegungen in der Bundesrepublik und den meisten europäischen Ländern nachdrücklich bestätigt.

Marxistische Blätter 5_2002 (September), S. 106-107.

Criticón – Forum für geistig-kulturelle Hegemonie der Rechten (1970-2002)

Seit Sommer 1970 erscheint in München die Zeitschrift „Criticón“, zuletzt Heft 174/Sommer 2002. In einem 1976 in der Wochenzeitung des Kulturbundes der DDR erschienenen Beitrag hieß es, dass die Spezifik der Zweimonatsschrift darin zu sehen sei, dass sie „in erster Linie Forum der rechts stehenden Intellektuellen ist. Es sind jene, die der geistigen Verflachung der Unionsparteien und ihrer weitgehenden Isolierung von der Intelligenz entgegenwirken sollen, indem sie sich um die Vergeistigung der von diesen Parteien verfolgten Politik bemühen.“ Das Periodikum sei „Forum neokonservativer Selbstverständigung und Selbstdarstellung sowie der Besinnung auf konservative Ursprünge, Traditionen und Köpfe“.[1] Claus Leggewie erwähnte 1987 das „Münchener Rechtsintelligenzblatt *Criticón*“, das das ideologische Ferment für „eine neue populistische Partei“ liefere.[2] In einem Sammelband von 1991 wurden Verbindungen der Zeitschrift in der Grauzone zwischen Konservatismus und Neonazismus erfasst.[3] Eine 1994 in einem Band über die “Junge Freiheit“ erschienene Skizze von Anton Maegerle berücksichtigte insbesondere die Personalunion von Autoren und die geistig-politische Nähe beider Zeitschriften.[4]

Die Nummer 1 von Juli/August 1970 hatte den Untertitel „Bücher-Autoren-Zeitschriften-Verlage“ und verkündete die ursprüngliche Absicht, „Besprechungszeitschrift“ zu sein, „da in Buchform bereits eine ganze Reihe von Orientierungshilfen in der gegenwärtigen Weltkrise vorliegen“. Bei den nächsten Ausgaben lautete der Untertitel „Bücher-Autoren-Ideen“ und signalisierte damit bereits erweiterte Ambitionen. Der Umfang wuchs von 12 auf 48 Seiten.

Ab Heft 10 wurde mit dem Untertitel „Konservative Zeitschrift“ Flagge gezeigt. Der Standort war allerdings seit der ersten Ausgabe unverkennbar. Obwohl Besprechungen und Annotationen immer einen wesentlichen Platz behielten, bestimmten bald Grundsatzbeiträge, Autorenporträts, Kommentare, Berichte und Meldungen das Profil der Zeitschrift. Ausländische Autoren wurden einbezogen und die Perspektive historisch wie international ausgeweitet.

Nach der Fusion mit „Konservativ heute“ kam es ab 63/1981 (bis 162/1999) zum Titel „Criticón – Konservativ heute“. Das Doppelheft 100/101/März-Juni 1987 erschien als Jubiläumsausgabe mit dem Untertitel „Konservativ in die 90er Jahre“; 102 bis 120 kamen mit „konservativ – kritisch – konstruktiv“ heraus. Mit H. 163 wurde der Untertitel „Das Magazin für Politik und Kultur“ eingeführt, seit H. 171 auf „Wirtschaft, Politik und Kultur“ erweitert.

Als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur zeichnete zunächst nur Caspar von Schrenck-Notzing (als Autor auch: CSN, CRITILO oder Scribifax). Ab 71/1982 erschien er als „Gründer und Herausgeber“ und seit 158/1998 nur noch als „Gründer der Zeitschrift“; er ist jedoch bis heute als Kolumnist dabei. Mitherausgeber war von Frühjahr 1971 bis Ende 1984 Hanns Klatz. Redaktionelle Mitarbeiter wurden 1981 Armin Mohler (bis Ende 1989) und, von „Konservativ heute“ kommend, Klaus Motschmann (bis Sommer 2001). Seit 2000 ist Gunnar Sohn Herausgeber. Der Verlag wechselte anfänglich oder es fehlten dazu Angaben. Vom Sommer 1980 bis Ende 1999 war der Criticón-Verlag München der Träger, seit 165/2000 ist es der GES Verlag Bonn.

Das Titelblatt veränderte sich wiederholt graduell oder vollständig.[5] Charakteristisch blieben bei allem Wechsel vom ersten Heft bis 156 die Skizze eines von Gerhard Swoboda gezeichneten Hahns

---

1 Ludwig Elm: Leitbilder für eine neue Elite. Profil einer konservativen Zeitschrift in der BRD, in: Sonntag, 4, 25. Januar 1976, S. 11. Nachdruck in: Criticón, 34, März/April 1976, S. 92 (letzte Umschlagseite). Der Schwerpunkt der vorliegenden Skizze liegt auf dem Ursprung und der frühen Phase der Zeitschrift als Schlüssel zum Verständnis ihres Charakters und ihrer Rolle.

2 Claus Leggewie: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987, S. 209-211.

3 In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neo-Faschismus. Hrsg. von Raimund Hethey und Peter Kratz, Göttingen 1991.

4 Anton Maegerle: Criticón: Die *Junge Freiheit* im Zeitschriftenformat. Ein rechtsintellektuelles Strategieorgan, in: Helmut Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der *Jungen Freiheit*, Duisburg 1994, S. 117-131.

5 Zunächst schwarz-weiß, ab Nummer 5 mit festem Einband, erschienen die Hefte ab Nr. 10 in wechselnder farblicher und grafischer Gestaltung, von Anbeginn bis heute im A4-Format. Bis Ende 1993 (H. 140) kamen die Hefte zweimonatlich, seither quartalsweise heraus und werden seit 2000 nach den Jahreszeiten bezeichnet.

und bis 167 der lockere Schriftzug des Haupttitels.[6] Ab Oktober 1986 erschien zeitweilig der Informationsdienst „Criticón aktuell“, mit dem Interessenten „18 mal im Jahr Informationen und Insidernachrichten für Konservative“ und „den konservativen Positionen auch im Tagesgeschehen ein Sprachrohr“ gegeben werden sollten. Die Leser wurden um Anschriften möglicher Interessenten gebeten: „Besonders Adressen aus dem Bereich der Industrie scheinen uns geeignet, weil hier Führungskräfte sitzen, die konservative Ansichten meist selber vertreten, aber wegen ihrer knapp bemessenenen Zeit kaum in der Lage sind, sich eingehend damit zu beschäftigen.“[7]

Der Titel der Zeitschrift wurde dem Roman „El Criticón“ des spanischen Schriftstellers Baltasar Gracián (1601-1658) entlehnt. In einem Essay über Gracián hob Schrenck-Notzing dessen skeptische und elitäre Weitsicht hervor und schlug die Brücke zur Wahl des Namens im Jahre 1970: „Für die Zeitsituation der spanischen Dekadenz und die Bitternis der Conditio humana fand Gracián einen gemeinsamen Nenner. Er musste sich damit in ebenso krassen Gegensatz zu den folgenden Jahrhunderten – Schopenhauer und Nietzsche sind da nur Ausnahmen – begeben, wie in eine wachsende Annäherung an unsere Gegenwart. Wir leben in einer Epoche des weltweiten Zusammenbruchs aller europäischen Positionen – einer nach der anderen –, eines Zusammenbruchs, der nun nicht etwa als Niedergang und Dekadenz gesehen, sondern als nie erreichte Höhe der Freiheit und des Wohlstandes, des technischen Fortschritts und der sozialen Sicherheit ausgegeben wird. Man tut alles, um nur die Tatsache der Dekadenz nicht zugeben zu müssen.“[8]

Im dritten Teil von „El Criticón“, schrieb Carlos Marroquin, „ist der Ton noch ernster geworden, das menschliche Leben erweist sich als Eitelkeit, der Weise kann nur in der Tugend sein Glück finden, weit entfernt vom Schauspiel der Welt. Es lässt an die Malerei von Hieronymus Bosch denken – einen Maler, den Gracián sehr schätzte –, wenn die Wanderer seines Romans auf ihrem Weg nur Dummheit, Laster und Betrug, mit einem Wort: ‚die Torheit der Welt‘ vorfinden.“[9] Das im Umkreis der Zeitschrift entstandene Institut für konservative Bildung und Forschung (IKBF) stiftete einen mit 5.000 Mark dotierten Baltasar-Gracián-Preis, der erstmals 1985 Gerd-Klaus Kaltenbrunner und 1986 dem italienischen katholischen Philosophen, Publizisten und Politiker Augusto del Noce verliehen wurde.

Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, 1927 in München geboren und einer traditionsreichen adligen und Industriellenfamilie der bayerischen Hauptstadt entstammend, war seit den sechziger Jahren mit Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenbeiträgen als Kritiker westlicher Besatzungspolitik sowie der Linken und Liberalen der Bundesrepublik hervorgetreten. Zur Frage „Was ist heute konservativ?“ äußerte er 1962, dass Konservatismus ein „historisches Phänomen“ und in der Gegenwart virulent sei: „Konservativ – synonym mit rechts – ist die Bezeichnung für eine Tradition des politischen Denkens, innerhalb derer die verschiedensten Positionen vorgekommen sind und noch vorkommen. Was heute konservativ ist, kann weder aus dem Wort noch aus der Geschichte abgeleitet werden, sondern entscheidet sich im Getümmel des Tages.“[10] Später bezeichnete er „Wirklichkeit“ als konservative Leitvokabel; man solle „konservativ“ als wirklichkeitsbezogen übersetzen.

Schrenck-Notzing war Inhaber des Criticón-Verlages, gründete das Institut für Konservative Bildung und Forschung e. V., brachte die – allerdings bescheiden gebliebene – Criticón-Bücherei heraus und regte Foren und Gesprächskreise der Abonnenten und Leser der Zeitschrift an. Nach weiteren Buchveröffentlichungen gab er 1996 ein „Lexikon des Konservatismus“ und 2000 die Beiträge einer 1998 durchgeführten Tagung zum Stand der Konservatismusforschung heraus: Aus verschiedenen Gründen sei es um die Erforschung der konservativen Strömung in Deutschland weniger gut bestellt, als

---

6 In der Werbung hieß es: „Dieser Hahn flattert über alle Informationsbarrieren, Meinungskontrollpunkte, Denkfallen, Leseverkehrszeichen hinweg. Dieser Hahn kümmert sich nicht im Geringsten um die Spielregeln des Neo-Marxismus, Neo-Freudianismus, Neo-Darwinismus.“

7 Criticón, 98, Nov/Dez. 1986, S. 288 (letzte Umschlagseite).

8 Caspar v. Schrenck-Notzing: Baltasar Gracián, in: Criticón, 38, Nov/Dez. 1976, S. 258. Criticón, 170, Sommer 2001, S. 36-43, brachte Auszüge aus der ersten vollständigen deutschen Ausgabe des Romans von Gracián.

9 Carlos Marroquin: Nachwort, in: Baltasar Graciáns Hand-Orakel und Kunst der Weltklugheit. Deutsch von Arthur Schopenhauer. Hrsg. von C. Marroquin, Bremen 1982, S. 204.

10 Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing: Wider die Gefühlspolitik, in: Der Monat, H. 165, Juni 1962, S. 58.

es scheinen mag. „Im internationalen Vergleich steht Deutschland im Bereich der Erforschung der Geschichte der konservativen politischen Bewegung – gemessen etwa an Großbritannien oder den USA – auf der Stufe eines Entwicklungslandes."[11]

Im Unterschied zur akademischen politik- und geschichtswissenschaftlichen Forschung hatte Schrenck-Notzing einschlägige Arbeiten in der DDR aufmerksam verfolgt. Erstmalig 1980 und dann in größeren Abständen brachte die Zeitschrift Besprechungen und Kommentare zur ostdeutschen Konservatismusforschung. In der ersten Sammelrezension zu fünf in Berlin (Ost) und Jena erschienenen Veröffentlichungen hieß es: „Die Konservatismus-Forschung der DDR nimmt ihren Ausgangspunkt bei dem Gegenwartskonservatismus der 70er Jahre in der Bundesrepublik. Dessen von der bundesrepublikanischen ‚liberalen' Öffentlichkeit als nicht existent behandelten Publikationen sind in der DDR ein Gegenstand intensiver Aufmerksamkeit. Man schreibt dort der konservativen Publizistik eine nicht unbeträchtliche Wirkung zu – ob mit Recht oder Unrecht ist hier nicht zu behandeln." Verschiedene Arbeiten zeigen, „dass der Einzugskreis dieser Strömung ziemlich richtig eingeschätzt wird. Grundlegend ist, dass die Konservatismusforschung der DDR ihrer Arbeit die konservativen Quellen selbst zugrundelegt": „Die Verzerrungen, die durch die Vorgabe von marxistischen Geschichtsgesetzen verursacht sind, sind natürlich nicht unbeträchtlich, doch geringer als die durch das westlich-liberale Meinungsklima verursachten Verzerrungen."[12]

Entstehung und erstes Jahrzehnt

Criticón ging aus den Umbrüchen und Orientierungskrisen der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hervor. Dazu gehörten die zyklische Krise von 1966/67, das Aufbegehren beträchtlicher Teile der jüngeren Generation, aber auch spektakuläre Stimmengewinne der 1964 gegründeten NPD und ihr Einzug in mehrere Landtage. Die Unionsparteien wurden im Herbst 1969 in der Bundesregierung von der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt abgelöst, nachdem sie die bundesdeutsche Politik zwei Jahrzehnte restaurativ und autoritär dominiert hatten. International zeichnete sich der Übergang zur Entspannungs- und Vertragspolitik der siebziger Jahre ab.

Verschiedene Tendenzen beunruhigten rechtskonservativ nationalistische Publizisten, politische Schriftsteller, Wissenschaftler und Politiker: Einerseits das Vordringen antifaschistischer, antiimperialistischer und marxistischer Anschauungen und zunehmende emanzipatorische, sozialliberale und pazifistische Vorstellungen; andererseits auf der rechten Seite das Ausbrechen in offenen Nazismus und Antisemitismus sowie die unübersehbaren intellektuellen Defizite der konservativen politischen Parteien und Gruppierungen. Zugleich sahen sie sich weiterhin mit den Aus- und Nachwirkungen des historisch-politischen und geistig-moralischen Fiaskos des deutschen Konservatismus konfrontiert, die sich aus der prä- und profaschistischen Entwicklung seiner Mehrheit zwischen 1914 und 1945 ergeben hatten.

Nunmehr erschien trotz dieser Belastungen der Rückgriff auf konservative Denktraditionen und politische Programmatik als unumgänglich, um dem nach links driftenden Zeitgeist, aber auch einer bloß nazistischen Radikalisierung entgegenzuwirken. Mit dem raschen Scheitern des 1965 im Umkreis von Ludwig Erhard entworfenen Konzepts der „formierten Gesellschaft" konnten sich rechte Ideologen darin bestätigt sehen, dass Versuche einer traditionslosen Neuschöpfung von politischer Theorie und Strategie zugunsten autoritärer Herrschaftskonzepte und des Nationalismus wenig Aussicht auf Lebensfähigkeit und nachhaltige Breitenwirkung hatten.[13]

Diese Konstellation und Bedürfnisse zeitigten die neokonservativen Aufbrüche jener Jahre: Gründung der Deutschlandstiftung e. V. in München im Sommer 1966 und erstmalige Verleihung ihrer

---

11 Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus. Hrsg. i. A. des Institutes für Konservative Bildung und Forschung Gemeinnützige GmbH von Caspar von Schrenck-Notzing, Berlin 2000, S. 5 (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 1). „Seit dem Ende des Erlanger Lehrstuhls für Religions- und Geistesgeschichte von Hans-Joachim Schoeps (gestorben 1980) hatte sich lediglich zwischen 1976 und 1990 die Friedrich-Schiller-Universität Jena unter marxistisch-leninistischen Vorzeichen der ‚Konservatismusforschung' angenommen." (Ebenda).

12 CSN berichtet: Konservatismus-Forschung in der DDR, in: Criticón, 57, Jan./Febr. 1980, S. 8.

13 Zum Formierungskonzept vgl. Reinhard Opitz: Liberalismus-Faschismus-Integration. Edition in drei Bänden. Hrsg. von Ilina Fach und Rainer Rilling, Marburg 1999, Bd. II, Faschismus, S. 13-140.

Konrad-Adenauer-Preise für Publizistik, Wissenschaft und Literatur im Februar 1967 (im Beisein des Namenspatrons Konrad Adenauer, der bei dieser Gelegenheit seine letzte öffentliche Rede hielt und Mohler mit dem Preis für Publizistik auszeichnete) sowie das Erscheinen des von der Stiftung herausgegebenen *Deutschland-Magazins* ab 1969; die Periodika *student* (seit 1968), *Konservativ heute* und *Criticón* (seit 1970) und *Zeitbühne* (seit 1972; vereinigte sich 1980 mit der ab 1977 erscheinenden Monatsschrift *Epoche).* Es erscheinen die programmatischen Sammelbände „Rekonstruktion des Konservatismus" (1972) und „Konservatismus international" (1973), beide herausgegeben von Gerd-Klaus Kaltenbrunner; von 1974 bis 1988 folgen 75 Bände der von ihm herausgegebenen Herderbücherei INITIATIVE. 1979 entsteht unter Hans Filbinger (CDU) das Studienzentrum Weikersheim. Ausgeprägt konservative Tendenzen nahmen in weiteren Zeitungen und Zeitschriften, Verlagen und elektronischen Medien, in der Wissenschaft sowie in einigen Institutionen, Verbänden und Vereinen zu. Charakteristisch dafür war die 1958 gegründete Carl Friedrich von Siemens Stiftung München, deren Geschäftsführer Mohler von 1964 bis 1985 war.

In einem Appell „An unsere Freunde", zu werben und zu spenden, schrieben die Herausgeber Anfang 1976: „Unsere Zeitschrift entstand im Sommer 1970 auf dem Scheitelpunkt der ‚Kulturrevolution'. Sie stellte sich dem verhängnisvollen publizistischen Konformismus jener Jahre (liberales Standbein, radikales Spielbein) entgegen. Es war ein improvisierter Anfang."[14] Das Provisorium dauere an und die Zeitschrift sei noch ohne ausreichenden Rückhalt in Gestalt einer Redaktion, des Vertriebs und eines Verlags oder „sonstigem Geldgeber". Anlässlich der Fusion mit *Konservativ heute* äußerte CRITILO 1981: „Beide Zeitschriften sind 1969/70 im ersten Aufschwung konservativer Publizistik entstanden. Im Ansturm der Studentenrevolte wollten die Konservativen dem im Protest enthaltenen kulturrevolutionären Programm die eigene Position entgegenstellen."[15]

In der ersten Ausgabe hatte Mohler die im Vorjahr erschienene Schrift von Arnold Gehlen „Moral und Hypermoral" als „eine Wegemarke" gewürdigt, ein Buch, wie es „nur alle Jahrzehnte einmal geschrieben" werde. Ein Beitrag über Arnold Gehlen eröffnete die Reihe „Autorenporträt", die ungeachtet sonstiger Wandlungen bis heute fortgeführt wurde. Annotationen und Berichte über Neuerscheinungen – insbesondere aus der Feder konservativer Autoren –, ein Kommentar von CRITILO gegen das Demokratisierungskonzept der SPD unter Kanzler Brandt sowie eine Sammelbesprechung zum „Weltbürgerkrieg" prägten das Heft. Den Auftakt für den Blick auf gleich oder ähnlich gesinnte Periodika bildeten Notizen zu der in Würzburg erscheinenden Zeitung *student* und zu den *Österreichischen Akademischen Blättern*, Wien.

Hauptautoren der ersten Dekade (und vielfach auch in der Folgezeit) waren Peter Berglar, Dieter Borkowski, Henning Eichberg, Herbert Eisenreich, Alexander Gauland, Walter Hoeres, Klaus Hornung, Hans Graf Huyn, Erik Ritter von Kuehnelt-Leddihn, Enno von Loewenstern, Hans-Joachim Maitre, Armin Mohler, Hans-Dietrich Sander, Hans-Georg von Studnitz, Ernst Topitsch. Darüber hinaus finden sich mit Beiträgen u. a. Bruno Bandulet, Wolfgang Brezinka, Günther Deschner, Ernst Forsthoff, Emil Franzel, Henning Jäde, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Siegfried Kappe-Hardenberg, Hannes Kaschkat, Herbert Kremp, Lutz Kuche, Nikolaus Lobkowicz, Winfried Martini, Dietrich Murswiek, Heinrich Freiherr von Lohausen, Heinz-Dietrich Ortlieb, Dietrich Pfaehler, Oswald von Nostitz, Alfred Schickel, Günter Schmölders, Georg Stadtmüller und Wolfgang Strauss. Die jüdische Publizistin Salcia Landmann war die einzige Frau, die mit mehreren Beiträgen in die patriarchale Domäne einzudringen vermochte.

Namhafte ausländische Autoren waren Alain de Benoist, Milton Friedman, Irving Kristol und Armando Plebe; darüber hinaus mit wiederholten Beiträgen Julien Freund, Antonio Ghirinelli, Bertil Häggman, David Levy, Gregor M. Manousakis, Thomas Molnar, Mladen Schwartz und Piet Tommissen. Damit sind Rechtsintellektuelle des In- und Auslands genannt, deren biografische Spuren und Ideenwelt nicht selten in rechtspopulistische, teils gar in nazistisch-rassistische, Gefilde führten.

---

14 Criticón, 33, Jan./Febr. 1976, S. 2.

15 CRITILO: „Criticón/Konservativ heute" – ein neuer Anfang, in: Critieón, 63, Jan./Febr. 1981.

Die Rubrik „Autorenporträt“, gelegentlich durch weitere biografische Essays ergänzt, lässt das Konzept erkennen, geistesgeschichtliche Traditionen des Konservatismus und repräsentative zeitgenössische Vertreter vorzustellen. Darunter fanden sich Essays und Literaturnachweise zu Louis de Bonald, Arthur Moeller van den Bruck, Edmund Burke, James Burnham, François René Vicomte de Chateaubriand, Benjamin Disraeli, José Ortega y Gasset, Arnold Gehlen, Joseph Görres, Baltasar Gracián, Friedrich August von Hayek, Ernst und Friedrich Georg Jünger, Russell Kirk, Konrad Lorenz, Joseph de Maistre, Charles Maurras, Adam Müller, Carl Schmitt und Oswald Spengler. Dazu kommt der Blick auf namhafte Köpfe der Philosophie und Soziologie, der Geschichts- und Politikwissenschaft und weiterer Gebiete, die sich einer engeren ideologisch-politischen Zuordnung entziehen, wie beispielsweise Raymond Aron, Nikolai Berdjajew, Milovan Djilas, David Hume, Niccolo Machiavelli, Max Scheler, Alexis de Toqueville, Arnold J. Toynbee und Max Weber.

Das direkte Anknüpfen an den völkisch-antidemokratischen und nationalistischen Ideen der Konservativen Revolution der Weimarer Republik verrät das Traditionsverständnis ebenso wie die Bereitschaft, rechte Positionen bis zu Übergängen nach rechtsaußen zu vertreten. Vor allem deshalb beziehen manche Autoren Criticón in die „Neue Rechte“ ein, deren Spezifik als Richtung in Deutschland im Unterschied zu Frankreich oder den USA allerdings unscharf ist.

Betrachtungen und Besprechungen zum überlieferten und aktuellen Verständnis von ‚Konservatismus‘ nahmen einen wesentlichen Platz ein. Das berührte auch die an der CDU geübte Kritik und die gegen Mitte der siebziger Jahre aufkommenden Erörterungen über eine konservative ‚Tendenzwende‘ in der bundesdeutschen Gesellschaft und Politik. Es wurde versucht, den bis in die Kernsubstanz beschädigten und diskreditierten Konservatismus von historischem Ballast zu befreien sowie als geschichtliche und internationale Strömung zu rehabilitieren. „In den letzten Wochen und Monaten“, so registrierte es Mohler Anfang 1971, „sind in der deutschen Presse Artikel aufgetaucht, die alle ungefähr den gleichen Inhalt haben: ‚Warum eigentlich nicht konservativ?‘“ An dieser Wendung hätte „das kleine Grüppchen von Leuten, die sich während der letzten Jahre in der Publizistik als Konservative bekannt haben, eher einen symbolischen Anteil. Sie haben einfach die Erinnerung daran wachgehalten, dass es eine solche Position überhaupt gibt – dass die politische Landschaft sich nicht einfach auf ein Mehr oder Weniger an Linkem reduzieren lässt.“[16] Es sei für Deutschland eine Lebensfrage, dass „die Konservativen Mut zu einer entschiedenen Haltung bekommen“.

Später schrieb er, ein hauptsächlicher Grund der Schwierigkeiten sei, „dass die Entwicklung der deutschen Rechten seit 1945 – wie diejenige der deutschen Politik seit 1945 überhaupt – im Banne von Auschwitz steht.“ Die Sieger von 1945 hätten „die deutsche Rechte mit dem Nationalsozialismus in einen Topf geworfen“. Diese „richtete deshalb ihre Politik und ihr Denken nicht danach aus, was die Wirklichkeit von ihr forderte – was sie tat und dachte, hatte vielmehr den einzigen Zweck, die behauptete Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zu widerlegen.“[17] Deshalb gäbe es bisher in der deutschen Politik „eine Rechte, die zählt, gar nicht“.

In ähnlicher Weise diagnostizierte Ludwig Pesch ‚Liberalkonservatismus‘ als Erscheinungsform des Niedergangs nach 1945 und schloss die Unionsparteien darin ein: „Der neue Konservatismus erschien mehr und mehr als eine der möglichen Varianten des Zeitgeistes. Er bot auf die Dauer keine Alternative zu einem Liberalprogressismus, wie er von ‚eingefleischten‘ Rationalisten und Liberalisten in den andern Parteien vertreten wird. Das Bild des neuen Konservatismus verwischte sich mit dem seines Kontrahenten.“[18]

Es war wiederum Mohler, der unter dem Eindruck spektakulärer Positionsgewinne der Nouvelle Droite Ende der siebziger Jahre unter ihrem führenden Kopf Alain de Benoist auch in der Bundesrepublik

---

16 Armin Mohler: Warum nicht konservativ? Die Problematik der nächsten politischen Mode, in: Criticón, 4, Jan./Febr. 1971, S. 72.

17 Armin Mohler: Brief an einen italienischen Freund. Die deutsche Rechte seit 1946, in: Criticón, 12, Juli/Aug. 1972, S. 151.

18 Ludwig Pesch: Vom Zeitgeist überfahren: der Konservative. Versuch einer Rekonstruktion des Unfalls, in: Criticón, 30, Juli/Aug. 1975, S. 167.

einen rechtskonservativen Schub auszulösen suchte. Die Wiedergewinnung nationalen Selbstbewusstseins der Deutschen sei Voraussetzung sinnvoller Politik. Dies erfordere, dass die Konservativen sich gegenüber den „Nationalen" – lies: Rechtsextremisten – öffnen und mit ihnen der „einseitigen Darstellung der Zeitgeschichte" entgegentreten: „Die deutschen Konservativen werden auf die Dauer die Kampagne eines zeitgeschichtlichen ‚Revisionismus' nicht ignorieren können, welche seit Jahren schon eine kleine Schar von insbesondere angelsächsischen und französischen Autoren begonnen hat. Es geht dabei um mehr als bloße Retouschen an der bisherigen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und das Dritte Reich."[19] Der provozierende Vorstoß löste immerhin selbst unter Lesern der Zeitschrift Widerspruch aus.

In einer auf dem Festkommers des Münchener Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) am 29. November 1979 vorgetragenen Zeitanalyse konstatierte Schrenck-Notzing das Ende der 1974 angekündigten „Tendenzwende" nach rechts, da sie vom liberal-konservativen Typus usurpiert worden sei: „Der auf dem Boden des Status quo stehende Liberalkonservatismus nimmt auch den territorialen und machtpolitischen Status quo als selbstverständlich hin."[20] Wie Mohler sah er in der „Nichtachtung der besonderen Lage der Bundesrepublik" und der „deutschen Frage" die entscheidende Schwäche des „Liberalkonservatismus" sowie der Lähmung des Konservatismus insgesamt. Die Union wurde mehrheitlich in diese abfällige Beurteilung einbezogen.

Die nationalistische und machtpolitische Grundorientierung bestimmte auch die entspannungsfeindlichen Stellungnahmen zu den Ostverträgen, zur Oder-Neiße-Grenze, zum KSZE-Prozess, zu Abrüstung und NATO-Strategie. Das antikommunistische Selbstverständnis stimulierte Beiträge zu repressiven Erscheinungen im sowjetischen Einflussbereich gegen Kräfte in Opposition und Untergrund. Innenpolitisch dominierte die Frontstellung gegen Sozialdemokratie, Sozialstaat und Liberalismus, ohnehin gegen Kommunisten, Sozialisierung, Demokratisierung und Gewerkschaften sowie gegen außerparlamentarische demokratische Bewegungen.

Die „Vergangenheitsbewältigung" bildete ein immer wiederkehrendes Thema, da sie die Schlüsselprobleme des Geschichtsrevisionismus und des angestrebten, wiederzuerweckenden „nationalen Selbstbewusstseins", also der Rekonstruktion „nationaler Identität", betraf. Das wurde überwiegend im Sinne der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 verstanden und erstrebt. Geschichtsrevisionismus und Nationalismus fungierten als hauptsächliche Übergänge ins rechtsextreme Lager und als inhaltliche Hauptfelder antiliberaler und antisozialistischer Massenbeeinflussung, populistische Neigungen eingeschlossen.

Es ist bezeichnend, dass von zwei damaligen Hauptautoren Criticóns 1980 im rechtsextremen SINUS-Verlag Krefeld militante, rechtskonservativnationalistische Pamphlete erschienen: Eine Sammlung bereits veröffentlichter Arbeiten Mohlers – darunter aus Criticón – zur „Vergangenheitsbewältigung". Den Hauptinhalt bildeten 50 Thesen von 1968, die sich gegen antifaschistische Geschichtsaufarbeitung und ihre politischen Konsequenzen richteten.[21] Sander legte ein aggressives Plädoyer zugunsten einer hegemonialen Rolle der Bundesrepublik in Europa vor, deren Kernstück die Wiedereingliederung der DDR und der ehemaligen Ostgebiete ins künftige Reich sein sollte. Die Umwelt Deutschlands sei nicht so stabil, „den Weg in ein neues Reich für Jahrhunderte zu versperren": „Die Restituierung Deutschlands als Subjekt der Weltpolitik bedeutet, von fundamentalen Entscheidungen und Vorstellungen der Nachkriegszeit Abschied zu nehmen – vom Gewaltverzicht, von der Demokratisierung, vom Pluralismus, von der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, von europäischen Garantien und anderen schönen Redensarten mehr. Es geht um die Wiederherstellung der deutschen Identität nach innen und außen."[22]

---

19 Armin Mohler: Wir feinen Konservativen. Was lehrt uns die französische „Neue Rechte"? In: Criticón, 54, Juli/Aug. 1979, S. 175.

20 Caspar von Schrenck-Notzing: Tendenzwende - nur eine Fata morgana? In: Criticón, 56, Nov/Dez. 1979, S. 267.

21 Armin Mohler: Vergangenheitsbewältigung oder wie man den Krieg nochmals verliert, Krefeld 1980.

22 Hans-Dietrich Sander: Der nationale imperativ. Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands, Krefeld 1980, S. 143.

Für eine geistig-moralische Wende

Anfang der achtziger Jahre agierten die Zeitschrift und ihr Autor, der Stuttgarter Philosoph Günter Rohrmoser, führend in der Kampagne für eine „geistig-moralische Wende". Zeitgeschichtlicher Hintergrund war der Niedergang der sozialliberalen Koalition und deren Ende im Oktober 1982. Ausgangspunkt war die überlieferte rechtsintellektuelle Skepsis gegenüber der CDU. Schrenck-Notzing hatte bereits 1973 eine ebenso rigorose wie prinzipielle Kritik vorgelegt: „Manager, Verbandskatholiken, Kirchtumpolitiker und ehemalige Nationalsozialisten bildeten sicher eine beachtliche Masse, doch ohne das Ferment von Ideenpolitikern ließ diese Masse sich nicht in Kraft setzen."[23]

Der Regierungswechsel 1982 sollte genutzt werden, um eine deutliche konservativ-nationalistische und autoritär-unsoziale Profilierung der bundesdeutschen Politik herbeizuführen, die Union insgesamt nach rechts zu drängen und den Einfluss der liberal- und sozialkonservativen Gruppierungen nachhaltig zu verringern. Es wurde erwartet, dass der im letzten Jahrzehnt von Rechtsintellektuellen erbrachte theoretisch-ideologische Vorlauf aufgenommen sowie in Politikkonzepte und Herrschaftspraxis umgesetzt würde.

In einer Analyse der Wahlniederlage am 5. Oktober 1980 hatte Uwe Greve „zehn Versäumnisse der CDU/CSU" aufgelistet. Unter „5. Theorielosigkeit" hieß es: „Seit Jahren bemühen sich nun die besten Kräfte des deutschen Konservatismus ideenreich, dem deutschen Konservatismus wieder ein geistiges Fundament zu verschaffen, aber die CDU nimmt kaum davon Notiz und lässt diese ihr endlich tiefere Wurzeln verschaffende geistige Bewegung in ihrer Außenseiterrolle schmoren, während zum Beispiel in Frankreich die national-liberalen und konservativen Parteien längst erkannt haben, welche wertvolle Hilfe ihnen von dieser Seite geleistet wird."[24] Bereits im nächsten Heft setzte Rohrmoser nach. Die Union sei bisher zu einer konzeptionellen und strategischen Antwort auf ihre Niederlagen in den vier Bundestagswahlen seit 1969 nicht fähig gewesen. Sie habe alle „ideenpolitischen Auseinandersetzungen seit 1976 verloren" und insbesondere den „Stellenwert dieser sogenannten Faschismusfrage für die ideenpolitische Entwicklung der Unionsparteien bis zum heutigen Tag nicht wirklich erkannt".[25]

Beim Antritt der Koalitionsregierung von CDU/CSU und FDP bezweifelte Rohrmoser, dass Kanzler Kohl hinreichend bedacht habe, „dass die geistig-moralische Krise in unserem Volke das eigentliche Problem darstelle": „Die wichtigste Dimension geistiger Führung muss das Ziel haben, die geistig-ethischen Grundlagen unseres Gemeinwesens von der fast totalen Abhängigkeit von ökonomischen und konjunkturellen Krisen zu lockern, um das Gemeinwesen krisenfester, widerstandsfähiger gegen jede totalitäre Versuchung zu machen, der nachzugeben die Katastrophe bedeuten würde."[26] In Buchveröffentlichungen setzte Rohrmoser die scharfe Kritik an der ausgebliebenen geistig-moralischen Wende fort: „Von einer *geistigen* Wende, die dem Vollzug der politischen Wende unmittelbar zu folgen hätte, wenn der politische Umbruch keine kurzlebige Episode in der deutschen Nachkriegsgeschichte bleiben soll, ist weit und breit nichts zu bemerken."[27] Tatsächlich waren Kohl und sein Umkreis unter den inneren und internationalen Bedingungen der achtziger Jahre ungeachtet kalkulierter rechtspopulistischer Bekenntnisse nicht gewillt oder imstande, eine ideologisch-politische Kursänderung gemäß den Erwartungen rechtskonservativer Vordenker zu vollziehen.

---

23 Caspar von Schrenck-Notzing: Honoratiorendämmerung. Das Versagen der Mitte - Bilanz und Alternative, Stuttgart 1973, S. 62. „Die vierte personalpolitische Quelle war für die CDU auch nicht gerade ein Anlass zur Freude. Aus ihr rieselten die zwar organisationsgeübten, aber durch Trauerarbeit verhärmten ehemaligen Nationalsozialisten hervor. Sie brachten die Reihen der CDU in nicht geringe Unordnung, weil sie bei jedem Schreckschuss Beteuerungen zu stammeln und nach Persilscheinen zu rennen begannen" (Ebenda)

24 Uwe Greve: Die zehn Versäumnisse der CDU/CSU. Die Union muss die wirklichen Ursachen der Niederlage erkennen! In: Criticón, 62, Nov./Dez. 1980, S. 275.

25 Günter Rohrmoser: Stellt sich die CDU den neuen Themen? Interview, in: Criticón, 63, Jan./Febr. 1981, S. 28.

26 Ders.: Regierungs- oder Epochenwechsel? In: Criticón, 74, Nov/Dez. 1982, S. 231.

27 Ders.: Geistige Wende warum, Mainz 1984, 5. 9. Vgl. auch: Ders., Das Debakel. Wo bleibt die Wende? Fragen an die CDU. Eingeleitet von Caspar von Schrenck-Notzing, Krefeld 1985 (der Sammelband enthält *u.* a. fünf Aufsätze Rohrmosers aus Criticón); Ders. (Hrsg.): Mut zur Wende. Grundlagen und Auftrag einer Politik der Erneuerung, Krefeld 1985, mit Beiträgen u. a. von Klaus Hornung, Nikolaus Lobkowicz, Herbert Hupka, Christa Meves und Heinz Karst.

Die Auseinandersetzungen um die Nachrüstung der NATO lösten zahlreiche Beiträge aus, in denen die Wende zu einer eigenständigen bundesdeutschen äußeren Macht-, Interessen- und Militärpolitik gefordert wurde. Mohler mahnte Ende 1981 eine „Neuorientierung der deutschen Außenpolitik" an, die einer klaren Feindbestimmung bedürfe, von nationalen Interessen geleitet sein müsse und den „Rekurs auf die Entscheidung durch Gewalt" nicht ausschließe. Erst nach 1990/91 entstanden Voraussetzungen, die zu entsprechenden Durchbrüchen in der Außen- und Sicherheitspolitik führten. Sie werden seit 1998 selbst einschließlich militärischer Droh- und Interventionspolitik von der rotgrünen Bundesregierung fortgesetzt.

In der gesamten Zeit ihrer Existenz erfüllte die Zeitschrift integrative Funktionen in Bezug auf das rechte Spektrum in all seinen Schattierungen. Das geschah vor allem substantiell durch Themen wie Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, irrationale Geschichts- und Sozialphilosophien, fortschritts- und aufklärungsfeindliches geistiges Erbe, Antimarxismus und Antisozialismus, Macht- und Interessenpolitik sowie Wahrung und Fortführung der Traditionen des ‚Soldatentums'. Monarchismus und Aristokratismus, verbliebene Bastionen des Kolonialismus und Rassismus, beispielsweise in Südafrika und Rhodesien, fanden ebenso Rückhalt wie terroristische Regimes und Umtriebe in Lateinamerika, die Diktatur Pinochets in Chile eingeschlossen.

Dem inhaltlichen Spektrum entsprach die stete Information über gleichgerichtete geistig-kulturelle und politische Vorstellungen und Bestrebungen anderer Periodika, Schriftenreihen und Bücher, Verlage, Tagungen, Vereine und Gruppierungen sowie einschlägige Auseinandersetzungen. Das reichte stets weit ins extrem rechte, teils sogar offen neonazistisch-rassistische Lager, beispielsweise die Verlage Grabert, Hohenrain, Ullstein/Langen Müller, Herbig, MUT, Seewald bzw. Busse-Seewald, SINUS, Vowinckel, sowie Vereinigungen und Institutionen wie: Notgemeinschaft evangelischer Deutscher, Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt, Institut für Staatspolitik, Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), Republikanischer Hochschulverband (RHV), Burschenschaft Danubia und andere Studentenverbindungen, DIE REPUBLIKANER, Bund Freier Bürger (BfB), extremistische Vertriebenenverbände sowie zahlreiche, auch lokale oder regionale konservative Zusammenschlüsse.

Als sich Franz Schönhuber 1981 zu seiner SS-Vergangenheit verklärend bekannte und seine andauernden rechtsextremen Neigungen offenbarte, erhielt er durch Criticón Publizität und Beistand. Seit 1970 gehörten Autoren des Magazins zum Kern führender Ideologen eines extremistischen Populismus und demagogischen Rigorismus, darunter Bruno Bandulet, Hellmut Diwald, Uwe Greve, Hannes Kaschkat, Klaus Hornung (seit 2001 Präsident des Studienzentrums Weikersheim), Hans-Ulrich Kopp, Armin Mohler, Klaus Motschmann, Dietrich Murswiek, Dietrich Pfaehler, Günter Rohrmoser, Alfred Schickel, Rolf Schlierer, Heimo Schwilk, Carl Gustav Ströhm, Karlheinz Weißmann und Bernard Willms.

Vorläufige Bilanz und Perspektive

Ende 1989/Anfang 1990 erschienen Autorenporträts über Karl Marx und Friedrich Engels: „Durch das aktuelle Auslaufen der geistigen und materiellen Konsequenzen des Marxschen Opus wird uns der Zugang zum Kern dieser erstaunlichen, das 20. Jahrhundert wesentlich mitbestimmenden Figur erheblich erleichtert. Verfremdet und geradezu gespenstisch wirken die einst von Ost und West als sakrosankt verehrten Einzelstücke der eigentlichen ‚Philosophie unserer Zeit', wenn man sie mit dem endgültigen heutigen Kollaps konfrontiert. Es lohnt sich, in dieser historischen Stunde, das menschliche und gedankliche Abenteuer des Stifters des Marxismus zusammenzufassen."[28]

Mit der weltgeschichtlichen Wende um 1990 und der staatlichen Einigung wurden neue Hoffnungen geweckt: „Das Wiedereinrücken der deutschen Rechten in eine historisch legitimierte Position ist eine unvermeidliche Folge der Wiedervereinigung." Dies zu begründen suchend, fragte Schrenck-Notzing: „Müssen diejenigen, die in der deutschen Frage bestätigt wurden, sich weiter unter diejenigen ducken, die total danebengetappt sind?"[29] Jedoch er gaben sich zunächst und unmittelbar keine

---

28 Mladen Schwartz: Karl Marx 1818-1883, in: Criticón, 116, Nov/Dez. 1989, S. 265. S. auch: Klaus Motschmann: Friedrich Engels 1820-1895, in: Criticón, 117, Jan./Febr. 1990, S. 9-12.

29 Critilo: Editorial, in: Criticón, 125, Mai/Juni 1991, 5. 103.

neuartige Chance und Perspektive für die rechtsintellektuellen Vorreiter einer autoritär-sozialstaatsfeindlichen und großmachtpolitisch-hegemonialen Alternative in Politik und Gesellschaft. Zunächst profitierten ihre liberal- und sozialkonservativen Rivalen von den restaurativen Prozessen. Gelegentlich erwiderten sie die von rechts kommenden Attacken. Friedbert Pflüger erinnerte 1994 daran, dass der Nationalsozialismus wesentlich durch antidemokratisches und völkisch-nationalistisches Gedankengut der Konservativen Revolution vorbereitet worden ist: „Auch heute gibt es wieder eine *Konservative Revolution.* Ihre Anhänger sammeln sich um einige Publikationen wie *MUT Criticón* und vor allem die *Junge Freiheit*, die sich selbst die TAZ der Rechten nennt.“[30]

Mittel- und langfristig erwachsen aus dem Wandel des Zeitgeistes und den zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen allerdings erhöhte Chancen, den konservativ-nationalistischen Grundsätzen und Leitbildern zumindest schrittweise und graduell zu wachsendem Einfluss zu verhelfen. Signale dafür gehen von der Bush-Administration in den USA, von Rechtsverschiebungen in europäischen Ländern sowie von andauernder Krisenhaftigkeit und Instabilität in weiten Bereichen Ost- und Südosteuropas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aus.

Nachdem Criticón das Erscheinen der rechtskonservativen Jungen Freiheit (seit 1986) als „besonders erfreulich“ begrüßt, das Blatt in den folgenden Jahren wohlwollend begleitet und auch mal den Prospekt des JF-Buchdienstes als Beilage verbreitet hatte, war es nicht überraschend, dass sich Stammautoren wie Klaus Hornung, Hans-Helmuth Knütter und Klaus Motschmann im Juni 2002 als Erstunterzeichner eines „Appells für die Pressefreiheit“ gegen die Erwähnung der Zeitung in Berichten des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes wandten.[31] Ein criticón club wirbt 2002 darum, durch Mitgliedschaft „die Zeitschrift criticón als Plattform und Sprachrohr konservativer Publizistik zu fördern und zu stärken.“

Mit dem Übergang in die vierte Dekade der Zeitschrift und ins 21. Jahrhundert wurde eine neue Debatte über die Zukunft des Konservatismus eröffnet. Der Abdruck eines Aufsatzes von Constantin Frantz aus dem Jahre 1878 verdeutlichte das auch von einer neuen Generation fortgeführte Traditionsbewusstsein ebenso wie Beiträge zu Burke, Jünger – der „Prophet der Globalisierung“(!) –und Nietzsche, zu Leni Riefenstahl, über „die Ehre Preußens“, von Barry Goldwater (1963) und gegen die „bornierte Linke“. Die Kriegs- und Militärbücher der Verlage Langen-Müller-Herbig werden als „Antworten zur ‚neuen‘ Wehrmachtsausstellung“ empfohlen.

Gefordert seien jedoch vor allem „kritische, provokante, schonungslose und ideenreiche Zwischenrufe zu allen wichtigen Politikthemen“: „Die demographische Zeitbombe, der Etikettenschwindel mit Namen Generationenvertrag, die steuerliche Ausbeutung des Mittelstandes, der Niedergang der Familien, währungspolitische Unsicherheiten oder die Bildungsmisere lassen sich nicht mit Rezepten der Konservativen Revolution lösen oder mit der Freund-Feind-Theorie bewältigen.“[32] Damit ist der Auftrag der Vordenker einer Strömung der Politik und politischen Ideologie in Erinnerung gerufen und präzisiert worden, sich den veränderten Bedingungen und den neuen Hauptthemen zu stellen. Tatsächlich kann nur so ein Anspruch auf Einflussnahme auf den gesamtgesellschaftlichen Diskurs oder gar auf geistig-kulturelle Hegemonie ernstlich geltend gemacht und künftig aussichtsreich verfolgt werden. Criticón schickt sich an, diesem Leitmotiv aus seiner Gründerzeit gegen alle Widrigkeiten und Gegenkräfte unbeirrt treu zu bleiben.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 51, September 2002, S. 81-94.

---

30 Friedbert Pflüger: Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1994, S. 16.

31 Anzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3. Juni 2002, 5. 45. Vgl.: Helmut Kellershohn (Hg.), Das Plagiat (Anmerkung 2).

32 Die Debatte: Wie zeitgemäß ist der Konservatismus? Vorbemerkung, in: Criticón, 165, Frühjahr 2000, S. 17.

Zwei Sündenfälle der CDU-Vorgängerparteien

Zu „Kohl vergleicht Thierse mit Göring“ (ND vom 6. 9.):

Vielleicht sollte das zeitgenössische Publikum mehr Nachsicht für Helmut Kohl aufbringen. Er befindet sich in einer geistes- und parteiengeschichtlichen Tradition, die nicht durchweg von unüberbrückbarem Gegensatz zu Göring gekennzeichnet ist. Diese Umstände lassen deshalb bei ihm nicht unbedingt hinreichendes Unrechtsbewusstsein für heute mehrheitlich als unerträglich empfundene Vergleiche voraussetzen. Jedenfalls haben die direkten parteipolitischen Vorgänger der CDU/CSU bei der Konstituierung des vorletzten Reichstages der Weimarer Republik – also die Abgeordneten des katholischen Zentrums (Z) und der Bayerischen Volkspartei (BVP) – am 30. August 1932 ausnahmslos Göring zum Reichstagspräsidenten mitgewählt. Sie ließen den Zentrumsabgeordneten Thomas Esser von Wilhelm Frick (NSDAP) für die Vizepräsidentschaft vorschlagen und mit Hilfe der Stimmen der Nazis in dieses Amt wählen. Göring konnte nach Abschluss der Konstituierung erklären: „Ich stelle vor dem ganzen deutschen Volke fest, dass die heutige Sitzung sowie vor allem die Wahl des Präsidiums eindeutig erwiesen haben, dass der neue Reichstag über eine große, arbeitsfähige nationale Mehrheit verfügt und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstands gegeben ist.“

Um Vermutungen damaliger Zeitgenossen oder Beschwichtigungen späterer Geschichtsschreiber, es könnte sich dabei um ein einmaliges politisches Versehen gehandelt haben, zu zerstreuen, wurde alles am 6. Dezember 1932 wiederholt. Nunmehr hatte sich bereits der nächste und letzte Reichstag der ersten Republik zu konstituieren: Göring wurde wiederum auch von Zentrum und BVP gewählt; Esser wiederum von Frick vorgeschlagen und mit den Stimmen der NSDAP zum Vizepräsidenten gewählt. Ausgerechnet die den Nazis am nächsten stehende – und bald in Hitlers Kabinett befindliche – Deutschnationale Volkspartei (DNVP) scherte aus der „Volksgemeinschaft“ aus; vergnatzt darüber, dass diese ihren Kandidaten nicht wählten wollten. Göring konnte in den folgenden Wochen das Parlament als störenden Faktor auf dem Weg in die faschistische Diktatur weitgehend ausschalten.

Neues Deutschland, Dienstag, 10. September 2002, S. 14 (Leserbrief)

Ohne Beihilfe des Konservatismus keine faschistische Diktatur 1933!

„Es geht wieder los, das Kulissen- und Intrigantenspiel. Es ist bereits in vollem Gange." Mit diesen Worten wurde über das Treffen Papens mit Hitler berichtet, das am 4. Januar 1933 im Haus „des sehr einflussreichen Bankiers Kurt von Schröder" stattgefunden hatte. Schröder sei ein „Exponent der Kölner Hochfinanz" mit engen Beziehungen zu Flick, Thyssen, Stahlverein u. a.: „Er hat also eine starke Stellung in der rheinisch-westfälischen Industrie. Seine politischen Beziehungen reichen noch weiter. So ist er z. B. der Vertrauensmann für Schacht innerhalb der westlichen Industrie, er ist ferner befreundet mit dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer, ferner mit Silverberg, dem Braunkohlenindustriellen", darüber hinaus mit dem früheren Gauleiter der NSDAP in Köln, Robert Ley, sowie Heinrich von Gleichen von den „Herrengesellschaften in Rheinland und Westfalen".[1] Übrigens: Bald wird Schröder Gauwirtschaftsführer und Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln (1933-45), Mitglied des „Freundeskreises Himmler" der Industrie und SS-Standartenführer sein.

Vor der amerikanischen Untersuchungsbehörde des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg sagte Schröder am 21. Juli 1947 zum Treffen von Papen und Hitler in seinem Haus unter Eid aus: „Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov. 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend."[2]

Von dem gemeinsamen Aufmarsch der NSDAP, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), des Stahlhelm-Bundes der Frontsoldaten und Teilnehmern weiterer völkisch-nationalistischer und militaristischer Verbände und Gruppierungen sowie aus Wirtschaft und Reichswehr am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg – der „Harzburger Front" – waren bereits Signale für eine rechte Sammlung unter Einschluss der rechtsterroristischen Nazibewegung ausgegangen. Ab Sommer 1932 schwenkten auch die katholische Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei (BVP) auf mögliche Koalitionen mit der NSDAP und deren Einbeziehung in die preußische bzw. Reichsregierung ein.

Zentrum und BVP für Hitler

In jenem Haus des Freiherrn von Schröder hatten am 2. August 1932 Zentrumspolitiker über die weitere Politik in Preußen beraten. Mit Briefkopf des Hausherrn notierte Adenauer, seit 1917 Oberbürgermeister in Köln und bereits langjährig Präsident des Preußischen Staatsrats, dass das Zentrum ein Kabinett aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen unter Hitler als Reichskanzler tolerieren „und ganz unvoreingenommen nur nach seinen Taten" beurteilen würde. Eine Kommission des Zentrums verhandelte mit der Nazipartei über eine Regierungskoalition. Gegenüber dem Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas sprach sich Adenauer am 12. Dezember brieflich für eine Regierung mit der NSDAP in Preußen aus, womit ihre spätere Einbeziehung in die Reichsregierung „nicht geschädigt, vielleicht eher gefördert" werde.

Die Geschehnisse näherten sich einer Prognose des britischen Publizisten Harold Nicholson, der seiner Frau Victoria Sackville-West aus Köln von einem Besuch beim Oberbürgermeister am 14. März 1929 berichtet hatte: „Er heißt Adenauer und ist im heutigen Deutschland eine recht beachtliche Erscheinung. Es gibt Leute, die meinen, wenn der Parlamentarismus in Berlin wirklich versagte, würde man Adenauer rufen, damit er eine Art von fascismo einführe. Gegenwärtig regiert er Köln mit eiserner Faust; Dinge wie die neue Rheinbrücke und die Presse-Ausstellung sind ihm zu verdanken."[3]

---

1 Neue Intrigen gegen Schleicher, in: *Das Volk Organ der Sozialdemokratischen Partei für Thüringen, Jena-Weimar,* 6. Januar 1933, S. 1. „Kurt von Schroeder ist also der Typ jener Wirtschafts- und Finanzleute, die im Verborgenen blühen, aber sehr weitreichenden Einfluss besitzen." (Ebenda)

2 Zit. nach: Joachim Petzold: Großbürgerliche Initiativen für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft,* 1/1983, S. 47.

3 Harold Nicolson: Tagebücher und Briefe. Erster Band, 1930-1941, Frankfurt a. M. 1969, S. 14.

Während SPD und KPD jeweils ihre Kandidaten nominiert hatten, wählten alle bürgerlichen Parteien am 30. August 1932 Hermann Göring (NSDAP) zum Präsidenten des Reichstags. Am 6. Dezember erfolgte bei der Konstituierung des letzten Reichstags der Weimarer Republik seine Wiederwahl erneut mit den Stimmen der Vorgängerparteien der CDU und CSU.[4] Mit Hilfe dieser Koalition im Reichstagspräsidium konnte Göring gegen Anträge von SPD und KPD im Dezember und Januar 1932/33 das Parlament ständig vertagen, bis hinter den Kulissen die nazistisch-konservative Reichsregierung ausgekungelt worden war und Reichspräsident Paul von Hindenburg, der ehemalige kaiserliche Generalfeldmarschall und stockkonservative Politiker, Hitler am 30. Januar zum Reichskanzler ernannte. Noch am 28. Januar war der Vorsitzende der BVP und Leiter des bayrischen Finanzministeriums, Fritz Schäffer, nach Berlin geeilt, um sich für eine erweiterte Koalition unter Hitler einzusetzen: „Deshalb erklärte er die Bereitschaft von Zentrum und BVP, sich an einer von Hitler geführten Mehrheitsregierung beteiligen zu wollen."[5] Zur Vorgeschichte in Bayern nach 1918 war später zu lesen: „Es ist kaum denkbar, dass der Nationalsozialismus sich seit dem Ende der 20er Jahre so schnell über Deutschland ausgebreitet hätte, wenn er nicht schon im Winter 1923/24 im Gefolge des radikalen bayerischen Konservativismus seinen ersten Höhepunkt erreicht hätte."[6]

Am 1. Februar 1933 löste Hindenburg erneut den Reichstag auf. Am folgenden Tag äußerte Adenauer in der Zentrumsfraktion seine Zuversicht, dass es unter der „nationalen Regierung" von NSDAP und DNVP besser werde. In einer Rede zum Wahlkampfbeginn am 7. Februar in Köln „ließ der Oberbürgermeister erkennen, dass er die Deutschnationalen, die eigentlich ‚treibenden Kräfte', für gefährlicher einschätzte als die Nationalsozialisten. Mit diesem Urteil befand er sich im Einklang mit der Zentrumspolitik, deren Wahlkampf vornehmlich gegen den ‚Katholikenfresser' Alfred Hugenberg geführt wurde."[7] Und umgekehrt: „Eigenartigerweise ist die Stimmung gegenüber Adenauer ausgerechnet bei Hitler gar nicht schlecht." Mindestens zwei aus dessen engerem Umkreis wussten „davon zu berichten, dass Hitler ein Bewunderer des Oberbürgermeisters war."[8]

Der „Tag von Potsdam", die am 21. März in der Garnisonskirche mit Hitler und Hindenburg an der Spitze inszenierte Konstituierung des neuen Reichstags, geriet zur vaterländischen Manifestation und zum Symbol des rechten Bündnisses. Von seinem Asyl im holländischen Schloss Doorn aus verfolgte längst auch Exkaiser Wilhelm II. zustimmend den Aufstieg der Nazibewegung; sein Sohn Prinz August Wilhelm gehörte seit 1928 der SA und seit 1930 der NSDAP an und hatte am Harzburger Treffen teilgenommen.

Mit der konservativen Mehrheit in der Hitler-Regierung, der Hinnahme der Annullierung der 81 Mandate der KPD in dem am 5. März gewählten Reichstag und der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März gaben die bürgerlichen Parteien faktisch die parlamentarisch-demokratische Republik auf und leisteten Beihilfe zur Errichtung der Diktatur. Diese erwiderte die Handlangerdienste damit, dass sie nach dem Verbot von KPD und SPD die Selbstauflösung aller Parteien außer der NSDAP bis Juli 1933 erzwang. Die Reichstagsabgeordneten der DNVP wurden in die Fraktion der NSDAP aufgenommen.

---

4 An die Wahl Görings durch Zentrum und BVP zu erinnern, wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf die vom ehemaligen Kanzler und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl Ende August 2002 behauptete Analogie zwischen Göring und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Das gilt auch für Reaktionen aus der CDU/CSU auf historisch völlig zutreffende Feststellungen des MdB Ludwig Stiegler (SPD) im Frühjahr 2002 bezüglich der Mitverantwortung der bürgerlichen Parteien für Hitlers „Machtergreifung".

5 Falk Wiesemann: Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933, Berlin 1975, S. 162. Ab September 1949 ist E. Schäffer für die CSU, die Nachfolgepartei der BVP, Bundesminister der Finanzen (bis 1957, danach bis 1961 Bundesminister der Justiz).

6 Hans Fenske: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg v. d. H. – Berlin – Zürich 1969, S. 321

7 Rudolf Morsey: Adenauer und der Nationalsozialismus, in: Konrad Adenauer – Oberbürgermeister von Köln, Köln 1976, S. 460.

8 Hans-Peter Schwarz: Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg. 1876-1952, München 1994, S. 373. „Dieses widerwillige Lob des Tyrannen mehrt gewiss nicht Adenauers Nachruhm und wäre ihm selbst wohl verdrießlich gewesen, wenn er damals oder später davon gehört hätte. In den ersten Jahren nach der Machtübernahme aber ist diese positive Einstellung Hitlers unbezahlbar, zumal er sich darüber vor Kölner Besuchern verbreitet." (Ebenda)

In einem Beitrag über „Konservative Revolution und Nationalsozialismus“ war unlängst zu lesen: „Kaum ein Thema der an Kontroversen bekanntlich nicht armen neueren deutschen Konservatismusforschung dürfte im wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Diskurs seit 1945 größere Brisanz und polarisierende Sprengkraft entfaltet haben als das überaus komplexe und ungemein vielschichtige Beziehungsgeflecht zwischen Konservatismus und Nationalsozialismus bzw. ‚Konservativer Revolution‘ und ‚Drittem Reich‘.“[9] Tatsächlich ist hier von einem „Beziehungsgeflecht“ zu reden, das die konservative Strömung vor allem in Deutschland, aber tendenziell auch in anderen europäischen Ländern, in eine tiefe und langwierige, im Frühsommer 1945 als historisch-politisches und moralisches Fiasko zutage tretende Krise gestürzt hat, die bis heute nachwirkt. Die in den Ursprüngen und Grundlagen wurzelnde geschichtliche, soziale, ideell-moralische und funktionale Wesensverwandtschaft von Konservatismus und Faschismus hatte sich unter den spezifischen deutschen Voraussetzungen nach 1918/19 und schließlich beschleunigt unter den akuten krisenhaften Bedingungen ab 1930 bis zu den äußersten Konsequenzen und verhängnisvollen Wirkungen durchgesetzt.

Konservative Revolution und NS

Die ideologisch-politische Rechtsradikalisierung ist vor allem unter den Begriffen „Konservative Revolution“ oder „Jungkonservatismus“ bekannt. Darunter wird eine breite, in sich durchaus heterogene Strömung des konservativen politischen sowie geschichts- und sozialphilosophischen Denkens in den Jahren der Weimarer Republik verstanden, die sich bewusst vom gescheiterten „Altkonservatismus“ des Kaiserreichs abgrenzte und auf eine extrem rechte ideologisch-programmatische, weltanschaulich fundierte Profilierung orientierte. Ihre Vordenker und Anhänger reichten von völkisch-antisemitischen und mythologisierenden Autoren über vom Großkapital gesponserte Herrenclubs und intellektuelle Zirkel bis zu den mehrheitlich antirepublikanischen, Bismarck, Kaisertum und verlorenem Weltkrieg nachtrauernden Professoren, Korporationsverbänden, Gymnasiallehrern und Publizisten.

Die damalige ideologische Radikalisierung wirkte in den politischen Raum und gewann außer in den oben genannten Parteien frühzeitig in Organisationen wie Alldeutscher Verband (ADV), Bund Jungdeutschland (BJD), Deutsche Adelsgenossenschaft (DAg), Kyffhäuser-Bund (KB), Reichs-Landbund (RLB), Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm), Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), Wehrverbänden und unzähligen weiteren Verbänden und Vereinen bestimmenden Einfluss.

Moeller van den Bruck schrieb 1923, dass, was heute revolutionär ist, morgen konservativ sein werde. Er interpretierte die paradoxe Synthese von „konservativ“ und „revolutionär“: Wir wollen revolutionäre Ideen mit den konservativen verbinden und „sie konservativ-revolutionär dahin treiben, wo wir Zustände erreichen, bei denen wir wieder leben können.“[10] Und schließlich: „Ein Konservatismus, der den Ehrgeiz hat, nicht Raritätenkammer zu werden, sondern Werkstatt zu sein, sucht vor allem solche Dinge zu schaffen, die von Neuem Grundlage sein können.“[11] Ab Ende der siebziger Jahre wurde mit dem Hervortreten der Nouvelle Droite in Frankreich und der Neuen Rechten in der Bundesrepublik direkt an jene historische Strömung angeknüpft. Rechtsstehende Ideologen bemühen sich, diese Denktraditionen zu aktualisieren, und Kritiker diagnostizieren die tendenziell oder manifest rechtsextreme Wiederaufnahme dieses Erbes.

In seinem 1918 erschienenen Bestseller „Der Untergang des Abendlandes“ versuchte Oswald Spengler eine völkische und geschichtspessimistische Deutung der Weltgeschichte. Er verlieh dem mit dem Ausgang des Weltkrieges verschärften Krisenbewusstsein Ausdruck und fand einen überragenden Widerhall. Kurz vor seinem Tode 1936 zeigte er sich in der Antwort auf eine amerikanische Umfrage „Ist Weltfriede möglich?“ überzeugt, dass Friede ein Wunsch sei und die Menschengeschichte sich nicht um Wünsche kümmere: „Das Leben ist Kampf unter Pflanzen, Tieren und Menschen, ein Kampf zwischen einzelnen, Klassen der Gesellschaft, Völkern und Staaten, ob er sich nun in wirtschaftli-

---

9 Frank-Lothar Kroll: Konservative Revolution und Nationalsozialismus. Aspekte und Perspektiven ihrer Erforschung, in: Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus. Hrsg. von Caspar von Schrenck-Notzing, Berlin 2000, S. 103.

10 Moeller van den Bruck: Das Dritte Reich. Dritte Auflage, bearbeitet von Hans Schwarz, Hamburg 1931, S. 27.

11 Ebenda, S. 273.

chen, sozialen, politischen oder militärischen Formen abspielt."[12] Pazifismus sei ein Symptom von Altersschwäche und Verzicht auf die Zukunft: „So lange es menschliche Entwicklung gibt, wird es Kriege geben."[13] Mit seinem Vermächtnis stand der Rechtsintellektuelle der NS-Diktatur und ihrem Hochrüstungskurs auch auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg zur Seite. Der führende NS-Ideologe Alfred Rosenberg befand Spenglers Sicht unzureichend rassistisch fundiert, aber schrieb: „Trotzdem war Spenglers Werk groß und gut. Es schlug ein wie ein Gewitterregen, knickte morsche Zweige, befruchtete aber auch eine sehnende, fruchtbare Erde."[14]

Sein Anliegen sei, äußerte Moeller van den Bruck, „die Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern." Sein Buch wende sich „an die Deutschen in allen Parteien." Dem Kapitel „Liberal" stellt er den Satz voran: „An Liberalismus gehen die Völker zu Grunde". Er schloss Aufklärung und Freimaurerei in seine Polemik ein und variierte die völkisch-konservative Grundidee: „Liberalismus hat Kulturen untergraben. Er hat Religionen vernichtet. Er hat Vaterländer zerstört. Er war die Selbstauflösung der Menschheit."[15] Zutreffend schrieb Kurt Lenk: „Das Feindbild der Konservativen Revolution ist der liberale Bürger."[16] Ihr aktuell-politisches Feindbild sei das parlamentarische System der Weimarer Republik. Das aber war identisch mit dem Feindbild der Nazibewegung.

Was bei Moeller politisch unmissverständlich, jedoch weithin noch in abstrakten geschichts- und sozialphilosophischen Wendungen ausgedrückt wird, geriet bei Edgar Julius Jung bereits zum Pamphlet, das zur Aktion aufruft: Sein Buch von 1927 „Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung" meinte die Weimarer Republik. Das glich schon einem Appell an die SA, terroristisch einzuschreiten, zumal dem Untertitel ab der zweiten Auflage 1929 „durch ein Neues Reich" hinzugefügt wurde.

Aus völlig unterschiedlichen Herkünften und philosophisch-politischen Perspektiven entstanden kritische Untersuchungen zur Wechselbeziehung zwischen Konservatismus und Faschismus, die seither zum geistigen Erbe des Antifaschismus gehören. Hermann Rauschning, selbst konservativer Herkunft, 1933/34 mit dem Mandat der NSDAP Senatspräsident in Danzig und bereits 1936 emigriert, benannte in einem 1938 in Zürich erschienenen Buch Versagen und Schuld weiter Kreise „der ehemals führenden Schichten" in Deutschland. Er kritisierte die „seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts beginnende Entartung und Selbstzerstörung" des Konservatismus und „die Entwicklung einer dem Nationalsozialismus auf halbem Wege entgegenkommenden politischen Vorstellungswelt", die „die Kapitulation der nationalistischen bürgerlichen Rechtskreise vor dem Nationalsozialismus verständlich" werden lasse. Er folgerte: „Niemand wird mehr in Abrede stellen, dass es die restaurativen Kräfte waren, denen im wesentlichen Deutschland sein heutiges Schicksal zu verdanken hat."[17]

Eine Analyse der Naziideologie von Hans Günther wurde – im Druck in deutsch, englisch und französisch von Georgi Dimitroff gefördert – den Delegierten des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale im Juli 1935 als Neuerscheinung vorgelegt. Sowohl die schwerpunktmäßige Auseinandersetzung mit Spengler, dem „faschistischen Geschichtsphilosophen", als auch weitere Abschnitte – darunter zu Nationalismus, Kriegspropaganda, sozialer Demagogie, Apologetik, Irrationalismus, Mystizismus und Rassismus – deckten vor allem rechtsbürgerlich-konservative Quellen der Naziideologie auf.[18]

---

12 Oswald Spengler: Reden und Aufsätze, München 1938, S. 292.

13 Ebenda, S. 293.

14 Alfred Rosenberg: Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1933, S. 404.

15 Moeller van den Bruck: A. a. O., S. 100.

16 Kurt Lenk: A. a. O., S. 160.

17 Hermann Rauschning: Die Revolution des Nihilismus (1938). Neu herausgegeben von Golo Mann, Zürich 1964, S. 128-132.

18 Hans Günther: Der Herren eigner Geist. Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Werner Röhr unter Mitarbeit von Simone Barck, Berlin und Weimar 1981. Der antifaschistische Publizist, 1932 als Kommunist in die UdSSR emigriert, wird 39jährig 1938 ein Opfer des stalinistischen Terrors.

Nach 1945 wurde diese Linie der Auseinandersetzung neben anderen von Georg Lukács fortgesetzt. Seine Untersuchung galt der Lebensphilosophie bei Spengler, Ludwig Klages, Ernst Jünger, Alfred Baeumler, Ernst Krieck und Alfred Rosenberg, der präfaschistischen und faschistischen Soziologie (Othmar Spann, Hans Freyer, Carl Schmitt) sowie schließlich sozialem Darwinismus, Rassentheorie und Faschismus – von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur „‚nationalsozialistischen Weltanschauung' als demagogische Synthese der Philosophie des deutschen Imperialismus". Lukács umriss einleitend das Anliegen mit den Worten: „So ergibt sich für uns als Stoff: der Weg Deutschlands zu Hitler auf dem Gebiet der Philosophie. Das heißt, es soll gezeigt werden, wie dieser reale Gang sich in der Philosophie widerspiegelt, wie philosophische Formulierungen als gedanklicher Widerschein der realen Entwicklung Deutschlands zu Hitler diesen Gang beschleunigen halfen."[19]

Gegen Bemühungen, den Konservatismus zu rehabilitieren, schrieb Joachim Petzold später: „Den Nazismus und den Konservatismus dieser Prägung trennten ebensowenig Welten wie Hitler und Hugenberg. Mehr noch: Vom Jungkonservatismus wurde das eigentliche theoretische Fundament der faschistischen Ideologie in Deutschland geschaffen."[20] Er stellte bezüglich der fließenden Übergänge fest: „Die Jungkonservativen waren aber nicht nur ideologische Wegbereiter der Naziherrschaft. Sie verkörperten vielmehr eine besondere Erscheinungsform des sich entwickelnden Faschismus in Deutschland. Anfangs bildeten sie die ideologische Brücke vom konservativen zum faschistischen Denken. Später versuchten sie, ihre konservativ-faschistische Konzeption auch politisch zu realisieren."[21]

Das Quellen- und Beweismaterial entnahm Petzold vor allem den Schriften von Max Hildebert Boehm, Hans Freyer, Ernst Jünger, Edgar Julius Jung, Moeller van den Bruck, Paul Rohrbach, Carl Schmitt, Martin Spahn, Othmar Spann, Oswald Spengler, Eduard Stadtler und Hans Zehrer. Er stellte einschlägige Zusammenschlüsse und Förderkreise vor, darunter: Antibolschewistische Liga, Berliner Juni-Klub, Politisches Kolleg, Deutscher Herrenklub, Institut für Grenz- und Auslandsstudien und die in Jena erscheinende Zeitschrift *Die Tat*, und wies die personelle, institutionelle und finanzielle Förderung des rechtskonservativ-nationalistischen Ideenguts durch maßgebliche großkapitalistische Kreise nach. Hinsichtlich des führenden Kopfes des Tat-Kreises, des späteren Chefredakteurs und Leitartiklers von Springers *Welt*, Zehrer, hatte Carl von Ossietzky übrigens geäußert, er habe versucht, Hitler zu „überhitlern".

Als Beitrag in einem Sammelband von 1990 stellte Petzold wiederum Spengler, Moeller und Jung als „Ideologische Wegbereiter des Faschismus" vor. Herbert Gottwald schrieb darin über rechtsextreme Vordenker des Katholizismus und des Protestantismus – Martin Spahn, Max Buchner und Bruno Döhring, Heinz Malorny über Martin Heidegger, Roland Meister über Carl Schmitt, Dorit Dirlam über Ernst Jünger und Eberhard Fromm über Hans Freyer, Arnold Gehlen und Helmut Schelsky.[22]

Der damit erfasste intellektuelle Einzugsbereich stimmt mit weiteren Untersuchungen in hohem Maße überein, darunter die von Kurt Sontheimer (1962), Martin Greiffenhagen (1971), Kurt Lenk (1989) und Axel Schildt (1998)[23]. Selbst Ernst Nolte hatte in einem Aufsatz über „Konservativismus und Nationalsozialismus" 1964 zur Frage „nach dem Verhalten der Konservativen gegenüber dem Nationalsozialismus in der Zeit seiner Entstehung und seiner Herrschaft" geschrieben, dass die Schlüsselrolle konservativer Männer wie Ludendorffs oder von Papens keinem Zweifel unterliege: „Ähnli-

---

19 Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Berlin 1954, S. 6.

20 Joachim Petzold: Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Berlin 1982, S. 8.

21 Ebenda.

22 Vgl. Falsche Propheten. Studien zum konservativantidemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Ludwig Elm. Zweite, erweiterte und überarbeitete Auflage, Berlin 1990.

23 Vgl. Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962; Martin Greiffenhagen: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München 1971; Kurt Lenk: Deutscher Konservatismus, Frankfurt/Main-New York 1989; Axel Schildt: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.

ches gilt, in noch stärkerem Maße sogar, für die konservativen Theoretiker. Moeller van den Bruck und Spengler, Carl Schmitt und Wilhelm Stapel waren für den Zeitgenossen vom aufkommenden Nationalsozialismus kaum unterscheidbar; sofern sie ihn nicht unmittelbar unterstützten, liefen ihre Bestrebungen den seinen offenkundig parallel."[24] Stefan Breuer hat in neueren Studien diese geistesgeschichtlichen Zusammenhänge erweitert und vertiefend dargestellt.[25]

Exemplarisch ist auf das Korporationsstudententum zu verweisen, bei dem ab 1930 die ideologischen Gemeinsamkeiten zu politischen Koalitionen und fortschreitender Personalunion mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB), mit SA, Wehrsportgruppen und Stahlhelm-Bund, NSDAP und DNVP führten. Der Geist der Harzburger Front wurde im Dachverband Deutsche Studentenschaft (DSt) nach 1930 vorherrschend und kennzeichnete in hohem Maße den Weg der Universitäten und Hochschulen ins Dritte Reich. Bei den Studierenden, schrieb Anselm Faust, habe man es mit „der einzigen sozialen Gruppe" zu tun, „deren Interessenvertretung sich schon vor Beginn des Dritten Reiches in den Händen der Nationalsozialisten befand." Er bemerkte, dass Programm und Politik des nazistischen Studentenbundes durchaus nicht sein originäres Produkt, „sondern eine schlagwortkräftige Zusammenfassung aller in der Studentenschaft seit Jahren gängigen Ressentiments" waren: „Die Korporationsverbände hatten ideologisch den Boden längst bereitet, als der Studentenbund die Szene betrat."[26]

Durch die Altherrenschaften wirkten diese Vorgänge weit über das akademische Leben hinaus und sind repräsentativ für den ideellen und politisch-moralischen Abstieg großer Teile des deutschen Bildungsbürgertums. Manche Schulbücher nahmen in beträchtlichem Maße den Ungeist der späteren amtlich-nazistischen, antihumanistischen Bildungsinhalte vorweg. Ohne die mehrheitlich rückwärtsgewandten, antirepublikanischen und nationalistischen Ressentiments und Vorstellungen deutscher Professoren und Lehrer wären die Ursachen des Erfolgs der Nazis unvollständig und unzureichend beschrieben.

Neokonservative Erbschaften

Die ab Ende der sechziger Jahre intensivierten Bemühungen, konservative Traditionen zu rehabilitieren, konnten am Schlüsselproblem der engen Wechselwirkung von Konservatismus und Nazismus nicht vorbeigehen. Die erstmalige Veröffentlichung von Armin Mohlers Baseler Dissertation über die Konservative Revolution in Deutschland (1950) besaß dabei eine Vorreiterfunktion. Sein methodischer Hauptweg bestand darin, die sich überschneidenden ideologisch-politischen Hauptstränge der deutschen Rechten – den konservativrevolutionären und den nationalsozialistischen („nur zu oft verwickeln sie sich in einer Weise, die nicht frei von Schuld ist") – deutlicher zu unterscheiden. Zugleich: „Der Nationalsozialismus sucht sich die Ideologien für seine weltanschauliche Fassade aus verschiedenartigsten Lagern zusammen. So ist ihm auch die ‚Konservative Revolution' eine Fundgrube, aus welcher er sich ideologische Waffen holt."[27]

Gerd-Klaus Kaltenbrunner schrieb über „die verhängnisvolle Rolle einer bestimmten Art von Konservatismus im Prozess der Heraufkunft und Etablierung der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts, wobei nur an die Übernahme von Symbolen, Attitüden und Schlüsselworten der deutschen

---

24 Ernst Nolte: Konservativismus und Nationalsozialismus (1964), in: Konservativismus. Hrsg. von Hans Gerd Schumann, Köln 1974, 5.244 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek - Geschichte).

25 Stefan Breuer: Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993; Ders., Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt 2001. Vgl. Besprechung in: *Marxistische Blätter* 5/02, S. 106 f.

26 Anselm Faust: Die „Eroberung" der Deutschen Studentenschaft durch den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) 1926-1933, in: Einst und Jetzt. 20. Bd. Jahrbuch 1975 des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung, S. 56. „Schon 1920 berichtete ein Wingolf: ‚Räsonieren auf Juden und Judengenossen, auf Demokraten und Sozialdemokraten, auf das Elend der Revolution und die jetzige miserable Regierung (war) meist das A. und O.' der politischen Kneipengespräche." (Ebenda)

27 Armin Mohler: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch. Zweite, völlig neu bearbeitete und erweiterte Fassung, Darmstadt 1972, S. XXVIII. Vgl. zu Mohler: Militanter Konservatismus und Nationalismus – Armin Mohler, in: Falsche Propheten, a. a. O., S. 326-346.

‚konservativen Revolution' durch die Nationalsozialisten erinnert werden soll."[28] Nicht erst „im Vorfeld der faschistischen Machtergreifungen" habe sich die Gefahr gezeigt, „dass ein gewisser Konservatismus das beschädigt oder in letzter Konsequenz gar verneint, was zu erhalten und auf dem zu gründen er doch beansprucht". Die historisch-politische Logik der prä- und profaschistischen Rolle rechtskonservativer Ideologen und Politiker soll im übergeordneten Interesse neokonservativer Erneuerung als zufällig und vermeidbar dargestellt werden. Für den heutigen Rechtsintellektuellen Karlheinz Weißmann ist das gegenwärtige Interesse für jene Strömung der Zwischenkriegszeit auch „auf die erwachende Aufmerksamkeit für eine bemerkenswerte politische und kulturelle Konzeption zurückzuführen, deren Kritik der Moderne, des Liberalismus und der Demokratie trotz der Mängel der angebotenen Alternativen immer noch eindrucksvoll wirkt."[29]

Welches waren und bleiben die hauptsächlichen Felder und Gebiete, auf denen konservative Denker, Schulen und Überlieferungen als Quelle und Substrat nazistisch-rassistischer Ideologien, Konzepte und Leitbilder wirken? Stichwortartig sind dabei zu nennen:

- Philosophischer Irrationalismus und Gegnerschaft zu Rationalismus und Aufklärung; Antimarxismus;
- Lebensphilosophie und Geschichtsmythen, Geschichtspessimismus und skeptische Anthropologie, Krisenbewusstsein; mythologisierende Hochschätzung von Überlieferung und Tradition;
- Antiliberalismus; rechte Demokratie-, Parlamentarismus- und Parteienkritik; organische Staatsauffassung und ständische Ordnungsmodelle; Autoritarismus und Patriarchalismus; Überhöhung der Rolle von Persönlichkeiten bis zum Führerkult und zur Propagierung diktatorischer Herrschaftsmethoden;
- Machtkult und Primat der Außenpolitik; Denken für den Ernstfall; imperiale und hegemoniale Leitbilder sowie Kult des Krieges und des Soldatentums;
- Nationalismus bis zu völkischen, biologistischen, rassistischen und antisemitischen Anschauungen und Verhaltensweisen;
- Elitarismus und Apologie der Ungleichheit; Interessenpolitik im Innern und nach außen sowie ausgeprägte Feindbilder; Antisozialismus und Gewerkschaftsfeindlichkeit; soziale und Sozialismus-Demagogie.

Im Juli 2001 schrieb der Bremer Politikwissenschaftler Paul Nolte über „Die Krise des Konservatismus". Angesichts der Traditionen und der aktuellen Orientierungsprobleme der Unionsparteien und anderer Gruppierungen beschrieb er einige Symptome zutreffend. Es überraschte allerdings, dass die bis heute erheblich nachwirkende Beschädigung konservativer Ambitionen durch den Anteil und die Mitschuld am Aufkommen und an den Verbrechen des Faschismus in der Analyse keine Rolle spielt. Schließlich geht es nicht nur um geschichtliche Sachverhalte und Erfahrungen, wie die aktuellen Auseinandersetzungen über Rechtsterrorismus und neuerliche militärische Interventionspolitik zeigen. Angesichts der genannten Lücke bleibt Noltes Bedauern über die bisher ausgebliebene „zeitgemäße Weiterentwicklung des Profils eines aufgeklärten Konservatismus" eigentümlich unscharf und missverständlich?[30]

Im Verhalten von Unionspolitikern, von weiteren politischen Kräften, Behörden, Richtern und Journalisten, gegenüber heutigem rechten Extremismus und Rassismus, aber andererseits auch gegenüber linken und liberal-pazifistischen Antifaschisten, wirkt im staatlich vereinigten Deutschland das zwiespältige konservative Erbe fort. Es fand längst institutionellen Rückhalt in zahllosen konservativen Stiftungen, Zusammenschlüssen und Periodika. Das Schlagwort vom „Extremismus der Mitte" findet heute wiederum in der Analyse des Konservatismus und seines Verhältnisses zu historischem Fa-

---

28 Gerd-Klaus Kaltenbrunner: Der schwierige Konservatismus, in: Ders. (Hrsg.), Rekonstruktion des Konservatismus, 2., unveränderte Auflage, Freiburg 1973, S. 24.

29 Karlheinz Weißmann: Die Konservative Revolution – Forschungsstand und Desiderata, in: Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus, a. a. O., S. 120.

30 Paul Nolte: Die Krise des Konservatismus. Eine Grundströmung westlichen Denkens droht zu verschwinden – nicht nur zum Schaden der CDU, in: DIE ZEIT, Nr. 31, 26. Juli 2001, S. 7.

schismus und gegenwärtigem Nationalismus und Nazismus seine weitgehende Aufhellung und Bestätigung. Die Wahrheit über die Gesamtheit der Ursachen und treibenden Kräfte bei der Zerstörung der Weimarer Republik sowie bei der Errichtung der Nazidiktatur Anfang 1933 und deren barbarischer Bilanz bis zum Mai 1945 bleibt unverzichtbar für Antifaschismus, Demokratie und Friedenspolitik im beginnenden 21. Jahrhundert.

Marxistische Blätter 6_2002 (November), S. 47-54.

Restauration, Westbindung und beginnende Aufrüstung in der Bundesrepublik

Mit den Zusammenschlüssen der westlichen Besatzungszonen zur Bi- und Trizone ab 1947 und einer frühzeitig unterschiedlichen inneren Entwicklung im Vergleich zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) waren Vorentscheidungen zur Spaltung Deutschlands gefallen. Das gilt auch für den Marshallplan 1947 und die separate Währungsreform im Juni 1948. Der im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte konstituierte Parlamentarische Rat schloß nach der Zustimmung der Alliierten und – außer Bayern – aller westdeutschen Länder mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 seine Arbeit ab. Die Union ging aus der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 mit 31% knapp vor der SPD (29,2%) als stärkste Partei hervor.

Der 73jährige Konrad Adenauer, bis zur Ablösung durch die Nazis im März 1933 Kölner Oberbürgermeister und führender Politiker der katholischen Zentrumspartei sowie langjährig Präsident des Preußischen Staatsrates, nach 1945 Vorsitzender der CDU der britischen Zone und 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rates, wurde Bundeskanzler. Er bildete eine Koalitionsregierung, der neben CDU, CSU und FDP auch die rechtskonservative Deutsche Partei (DP) unter Heinrich Hellwege angehörte, die ihren Schwerpunkt in Niedersachsen hatte. Bis Juni 1955 nimmt Adenauer auch das Amt des Außenministers wahr. Bei der Wahl des Bundespräsidenten am 12. September 1949 setzte sich Theodor Heuss (FDP) im zweiten Wahlgang gegen den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher durch.

Die Bundesregierung trat entschieden gegen die Gründung des zweiten deutschen Staates am 7. Oktober 1949 auf. In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag am 21. Oktober 1949 zur Gründung der DDR bestritt Adenauer deren Legitimation. Die Bundesrepublik erkenne „Erklärungen der Sowjetzone“ nicht als verbindlich an; das gelte insbesondere auch für die „Oder-Neiße-Linie“. Mit der Formel, daß die Bundesrepublik die „alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes“ sei, wurde der Alleinvertretungsanspruch verkündet, der rund zwei Jahrzehnte für die auswärtige Politik der Bundesrepublik bindend blieb.

Mit der Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung hatten Adenauer und sein Umkreis ihr erstes Ziel in der Gründungsphase der Bundesrepublik erreicht: Verhindern, daß die SPD in eine Schlüsselposition kommt und möglicherweise mit Unterstützung der Gewerkschaften, der KPD und anderer Gruppierungen ernstlich die jahrelang angekündigten Vorhaben der Sozialisierung, der Bodenreform sowie weitere gesellschaftliche Umgestaltungen einleiten könnte. Das war zugleich der strategische Sieg des ersten Kanzlers über innerparteiliche Gegenspieler wie Jakob Kaiser, die Ideen eines christlichen Sozialismus anhingen und einer Koalition mit der SPD zuneigten. Folgerichtig wurde Adenauer auf dem ersten Bundesparteitag der CDU im Oktober 1950 in Goslar auch zum Parteivorsitzenden gewählt. Die restaurativen sozioökonomischen und politischen Weichenstellungen seit 1948 wurden unter der Flagge der Sozialen Marktwirtschaft besiegelt und rasch unumkehrbar gemacht.

Die Hauptkräfte des Antifaschismus waren damit aus der ersten westdeutschen Regierungsbildung nach Hitler ausgeschlossen. Noch mehr: Mit der DP, der FDP und beträchtlichen Teilen der Unionsparteien hatten die großen Gruppen der Täter und Mitläufer des Dritten Reiches entschiedene Vertreter ihrer Interessen in der Bundesregierung. Die DP und Politiker der FDP forderten bereits im Bundestagswahlkampf 1949 und in der Folgezeit eine Generalamnestie für alle Nazi- und Kriegsverbrechen, die Einstellung der noch bei den Alliierten anhängigen Verfahren, die Entlassung der Verurteilten und den Schutz der „Ehre des deutschen Soldaten“.

Diese Erwartungen wurden weitgehend Regierungspolitik: Umgehende und bald erfolgreiche Initiativen der Bundesregierung zugunsten der von den Alliierten verurteilten oder erst angeklagten NS-Täter, Einstellung der staatlichen Ermittlungen zu Nazi- und Kriegsverbrechen, Nachsicht gegenüber den sprunghaft zunehmenden nazistischen und militaristischen Organisationen und Publikationen bei gleichzeitiger Verschärfung des antikommunistischen Kurses, erstes Straffreiheitsgesetz im Dezember 1949, gesetzliche Rehabilitierung des „öffentlichen Dienstes“ der Nazidiktatur auf der Grundlage von Art. 131 GG einschließlich der vollen Anerkennung von Ansprüchen auf Wiedereinstellung bzw.

Altersversorgungen. Norbert Frei sprach resümierend zur Vergangenheitspolitik der frühen Bundesrepublik von einer „Serie entsprechender Entscheidungen, die mit dem schon in den ersten Tagen der Regierung Adenauer auf den Weg gebrachten Straffreiheitsgesetz ihren Anfang nahm und knapp fünf Jahre später, nach der generösen Befriedigung der ‚131er' und der symbolisch hoch-bedeutenden Regelung des ‚Kriegsverbrecherproblems', in einer weitgehenden Amnestie für NS-Straftäter ihren Abschluß fand".[1]

Mit dem „Adenauererlaß" vom 19. September 1950 wurden die KPD und zehn weitere kommunistische oder ihnen nahestehende Organisationen offen diskriminiert, darunter die im März 1947 gegründete Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Die Mitgliedschaft und selbst die bloße Unterstützung dieser Organisationen wurde als mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes unvereinbar erklärt. Bereits am 16. November 1951 beschloß die Bundesregierung, bei dem gerade gegründeten Bundesverfassungsgericht (BVG) das Verbot der KPD zu beantragen. Es begann die Verfolgung kommunistischer sowie weiterer linker Antifaschisten und von Organisationen wie FDJ, Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), Kulturbund und VVN. Ein entsprechender Passus im Bundesentschädigungsgesetz schloß diesen Personenkreis von Wiedergutmachungsansprüchen aus und begründete sogar die Rückforderung bereits gewährter Leistungen.

Die Entscheidungen der drei westlichen Besatzungsmächte seit 1946/47 und ihr Einfluß auf deutsche innenpolitische Entwicklungen bereiteten die Rahmen-bedingungen und Faktoren für die schrittweise Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis vor. Eine solche Perspektive wurde am frühesten und unbeirrt von Adenauer verfochten, der dafür eine zumindest vorläufige Spaltung Deutschlands ohne Zögern in Kauf nahm. Er vertrat damit ebenso entschieden wie weitsichtig vor allem die Belange der ihm seit Jahrzehnten verbundenen großbürgerlichen und aristokratischen Oberschichten, deren fundamentalistischem Antikommunismus wesentlich auch handfeste eigene Interessen zugrundelagen.

Der aus den Jahren vor 1945 überkommene Antisowjetismus wurde nach den Erfahrungen mit Ausschreitungen von Rotarmisten gegen die deutsche Bevölkerung in der Schlußphase des Krieges, aber auch durch Berichte deutscher Kriegsgefangener über sowjetische Lager und über Lebensverhältnisse in der Sowjetunion, massenwirksam mobilisiert. Der zeitgeschichtliche Hintergrund grundlegender demokratischer und rechtsstaatlicher Defizite der Sowjetmacht sowie der Willkür und Repression gegen verschiedene Personengruppen in der SBZ und frühen DDR wirkten sich zugunsten antikommunistischer Bestrebungen aus. Der Eintritt in den Kalten Krieg und die beiderseits des Eisernen Vorhangs entstehenden Pakte und Vertragssysteme verfestigten diese Prozesse und ließen sie nachhaltig wirksam werden.

Bereits am 4. April 1949 war in Washington der Nordatlantikpakt (NATO) gegründet worden. In einem Interview für eine US-amerikanische Zeitung hatte Adenauer schon Anfang Dezember 1949 die Möglichkeit eines deutschen Kontingents innerhalb europäischer Streitkräfte angedeutet. John McCloy, Hochkommissar der USA, sprach sich am 6. Februar 1950 in Stuttgart für einen deutschen Beitrag zu einem europäischen Verteidigungssystem aus. Der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 beschleunigte die Bemühungen zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. „Korea für Deutschland der große Glücksfall" – so titelte das Bulletin der Bundesregierung später anläßlich einer Buchbesprechung. In Rückblicken ist auch zu lesen: „Basis für den Wirtschaftswunderaufschwung war der Boom, der durch den Korea-Krieg ausgelöst wurde. Die westliche Rüstungsindustrie brauchte deutsche Investitionsgüter und Rohstoffe – vor allem Kohle."[2]

Auf Initiative von Winston Churchill sprach sich die Beratende Versammlung des Europarates im August 1950 für eine europäische Armee unter Einschluß deutscher Kontingente aus. Adenauer rich-

---

1 Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 397 f.

2 Hendrick Kafsack, Kein BMW aus Eisenach. Das Jahr 1951: Vor 50 Jahren begann die deutsche Wirtschaft im Zuge des Korea-Booms mit einer nie wieder erreichten Dynamik zu wachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juli 2001.

tete am 29. August 1950 ein Memorandum an die Hohe Kommission, in dem er weitere Maßnahmen für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik forderte und erneut die Bereitschaft erklärte, mit einem deutschen Kontingent zu einer westeuropäischen Armee beizutragen. Auf Einladung des Kanzlers fand bereits Anfang Oktober 1950 im Eifelkloster Himmerod eine geheime Klausurtagung statt, auf der überwiegend ehemalige Generäle der Hitlerwehrmacht über die Schritte zur Wiederaufrüstung berieten. Noch im gleichen Monat entstand die „Dienststelle Blank“ als Vorläufer des späteren Verteidigungsministeriums.

General Dwight D. Eisenhower gab als Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa am 20. Januar 1951 eine Ehrenerklärung für „die große Mehrheit deutscher Soldaten und Offiziere“ ab. Die Westmächte beschlossen im September 1951, die Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung zu beteiligen.

Es entwickelte sich ein breiter demokratischer Wiederstand gegen die „Remilitarisierung“, der im Bundestag vor allem von SPD und KPD sowie außerparlamentarisch von breiten Bündnissen getragen wurde. Während einer Friedens-karawane am 11. Mai 1952 in Essen wird der 21jährige Philipp Müller, Maschinenschlosser aus München, von der Polizei erschossen. Am 27. Mai 1952 wird der Vertrag zur Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet; das Projekt scheitert im August 1954 am ablehnenden Votum der französischen Nationalversammlung. Spätestens im Februar 1952 hatte Adenauer die Alliierten unterrichtet, daß die Bundesrepublik Mitglied der NATO werden wolle. Das erfolgte mit ihrem Beitritt im Mai 1955 und gleichzeitig mit dem zur Westeuropäischen Union (WEU). Diese Entwicklung wurde mit der Gründung des Warschauer Paktes erwidert, dem fortan die DDR angehörte. Die Einbindung beider deutscher Staaten in die gegeneinander gerichteten militärischen Blöcke beendete vorangegangene, historisch kurzfristig konzipierte Wiedervereinigungspläne auf beiden Seiten.

Rasch entwickelte sich die internationale Anerkennung der Bundesrepublik. Im Juli 1950 wurde die Bundesrepublik assoziiertes und im Mai 1951 vollgültiges Mitglied des Europarates. Sie verpflichtete sich im Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 zu umfangreichen Wiedergutmachungsleistungen gegenüber Israel sowie der Conference on Jewish Material Claims Against Germany und vereinbarte mit weiteren europäischen Staaten Wiedergutmachungsverträge zugunsten von NS-Opfern. Der Bundestag nahm am 18. März 1953 das Gesetz zum Wiedergutmachungsabkommen mit Israel an. Nur die SPD und – als einzige Regierungspartei – die CDU stimmten geschlossen zu; bis auf wenige Ausnahmen enthielten sich CSU, FDP, DP und Bayernpartei. Aus unterschiedlichen Gründen wurde es von der KPD und von Abgeordneten der äußersten Rechten abgelehnt.

Entschiedene Absagen der Bundesregierung an das Potsdamer Abkommen sowie gegen Ideen eines militärisch neutralen Deutschlands begleiteten diese politische Entwicklung, in der sich auch der Erfolg der Restauration und die Massenwirksamkeit der antisowjetischen Bedrohungslügen widerspiegelten. Diether Posser, in der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) von 1952/53 politischer Geführte Gustav Heinemanns und späterer sozialdemokratischer Politiker, schrieb in seinen Erinnerungen über Adenauer: „Um die deutsche Bevölkerung nur fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder zu einer Aufrüstung bewegen zu können, brauchte er ein Feindbild: die Sowjetunion und die Kommunisten, die nach seiner Darstellung für alle Übel in der Welt verantwortlich waren. Sein Argumentationsschema war einfach und wurde während der entscheidenden Jahre ohne Abstriche beibehalten: Die Rote Armee steht aufgrund des sowjetischen Expansionsdrangs mitten in Deutschland.“[3] Was dieser Tatsache vorausgegangen war, habe er stets unerwähnt gelassen.

Mit dem Eintritt in die fünfziger Jahre standen sich in der Mitte Europas zwei deutsche Staaten gegenüber, die sozioökonomisch, politisch und geistig-kulturell im Grunde die Fortführung der gegensätzlichsten Linien der deutschen Geschichte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert verkörperten. Die beiderseitige entgegengesetzte Einbindung in die konfrontative europäische und globale Blockbil-

[3] Diether Posser, Anwalt im kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, 2. Aufl., München 1991, S. 30.

dung sowie bei Spannungsherden und Kriegen verfestigte und verschärfte die Entfremdung und Auseinandersetzung. Die folgende innere Entwicklung und die Potentiale ihrer wichtigsten Verbündeten verliehen der Bundesrepublik in den nächsten Jahren auf allen hauptsächlichen Gebieten eine zunehmende Überlegenheit gegenüber dem zweiten deutschen Staat. Gleichwohl kommt der Vorgeschichte bis 1945, den Unterschieden des historisch-politischen Neubeginns und des Selbstverständnisses beider deutscher Staaten sowie ihres Umgangs mit der jüngsten Vergangenheit bis heute eine herausragende Bedeutung zu. Sie berührt entscheidend die Fragen nach möglichen Alternativen deutscher und europäischer Geschichte seit 1945. Diese Aspekte können – auch im Lichte der geschichtspolitischen Erfahrungen seit 1990 – im Rückblick auf die Erschütterungen der fünfziger Jahre und bei Kontroversen um deren Beurteilung kaum überschätzt werden.

Die Juni-Ereignisse 1953. Vorgeschichte – Verlauf – Wirkungen. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2003, S. 11-16.

im Mai 1952 war der Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten – „General- oder Deutschlandvertrag“ – in Bonn unterzeichnet worden. Mit ihm endete das Besatzungsregime und die Bundesrepublik wurde souverän, vorbehaltlich der verbleibenden alliierten Sonderrechte bezüglich der Truppenstationierung und des Notstandsrechts, des Status Berlins und schließlich Deutschlands als Ganzes einschließlich der Fragen von Wiedervereinigung und Friedensvertrag. Zuvor war wesentlich auch aufgrund des hartnäckigen Betreibens Adenauers das Verhandlungsangebot zur Wiedervereinigung in der Note der Sowjetunion vom 10. März 1952 von westlicher Seite abgelehnt worden. Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, so hatte der Bundeskanzler den Vorrang von Westbindung und Aufrüstung am 1. März 1952 in Heidelberg umschrieben, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen.

Die Beschlüsse der 11. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurden seitens der Bundesregierung entsprechend ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zum zweiten deutschen Staat und den dort eingeleiteten Umgestaltungen angegriffen und entschieden verurteilt: „In noch stärkerem Ausmaße als bisher werden unsere Brüder und Schwestern jenseits der Zonengrenzen das Los einer bolschewistischen Zwangsherrschaft erdulden müssen.“ Es gelte „angesichts der furchtbaren Wirklichkeit“ hinter dem Eisernen Vorhang nunmehr „der entschlossene Wille, den Westen unseres deutschen Vaterlandes zu einem festen Bollwerk gegen den Bolschewismus zu machen, zu einer geistigen Fliehburg, deren Kraftströme die Menschen der Sowjetzone in ihrem Widerstandswillen stärken“.[1]

Im ersten Halbjahr 1953 standen für Adenauer die Anstrengungen für den bundesdeutschen Beitrag zu einem entstehenden westeuropäischen Militärbündnis im Vordergrund, nicht zuletzt angesichts der andauernden Widerstände seitens der SPD und in der Bevölkerung. Die „Dienststelle Blank“ wandte sich den vorbereitenden Planungen zu. Präsident Eisenhower zeigte sich Anfang Februar 1953 – kurz nach seinem Amtsantritt – in einem Brief an Adenauer „insbesondere beeindruckt von der Unterstützung, die die Bundesregierung dem Plan der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegeben habe“. Gleichzeitig erklärte US-Außenminister John Foster Dulles in Bonn mit unverhohlener antisowjetischer Drohung: „Selbst wenn die Spaltung Deutschlands weiter nichts als eine Schwächung des Westens bedeute, dann sei sie schon ein Vorgang, der wieder rückgängig gemacht werden müsse.“[2] In einem offiziellen Kommentar hieß es, daß Europa eine entscheidende Rolle in einer globalen Strategie spiele, die gegenüber dem „aggressiven Weltkommunismus“ aus der politischen Defensive in die Offensive übergehe.

Bundestagspräsident Hermann Ehlers hatte entgegen einer Empfehlung Adenauers am 19. September 1952 eine Delegation der Volkskammer zu einem kurzen Gespräch empfangen. In der Folgezeit verhinderten politische Schritte auf beiden Seiten, daß von der Begegnung nennenswerte Impulse für eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen ausgehen konnten. Seit Anfang 1953 gaben vor allem innere Probleme und Konflikte der DDR den gegen sie gerichteten Angriffen Nahrung, darunter Versorgungsprobleme, ansteigende Flüchtlingswelle, Auswirkungen der Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, verbreitete Rechtswillkür, Diskriminierung kirchlicher Gruppen und Aktivitäten (insbesondere unter Studenten und Jugendlichen), der Aufbau der im August 1952 gegründeten paramilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik (GST), antisemitische Implikationen bei politischer Verfolgung u. a. m.

Eine offiziöse Betrachtung zur Situation nach Stalins Tod am 5. März 1953 mündete in den Schluß, daß die Anstrengungen Moskaus dahin gehen werden, „noch stärker und gefährlicher zu werden“. Das müsse vom Westen „mit derselben Anstrengung beantwortet werden“. Vor dem Bundestag betonte Adenauer am 19. März, daß mit dem Tod Stalins die Gefahren in der Welt nicht gemindert und „der Abschluß der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ noch notwendiger geworden seien. im

---

1 Die Machthaber der Sowjetzone demaskieren sich. Die 11. Parteikonferenz der SED - Start in die Volksdemokratie, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 90, 15. Juli 1952, S. 898.

2 Der Besuch des Außenministers Dulles in Bonn. in: Bulletin ..., a. a. O., Nr. 26. 7. Februar 1953, S. 209.

Ergebnis des USA-Besuchs des Kanzlers Anfang April bekundeten er und Präsident Eisenhower „die Übereinstimmung darüber, daß die Beteiligten unbeirrt die Einigung Europas durch eine baldige Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft fördern sollen“. In den folgenden Wochen bekräftigte Adenauer erneut die Ablehnung des Potsdamer Abkommens, das keine Grundlage für eine friedensvertragliche Regelung sein könne.

Die Bundesregierung hatte bis zum 16. Juni 1953 in der von der SED angekündigten Kursänderung Erleichterungen für deren Bürger gesehen, obgleich kein grundsätzlicher oder langfristiger Wandel der Politik erkennbar sei. In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am 17. Juni 1953 sagte Adenauer angesichts der offen und verbreitet ausgebrochenen Unruhen: „Wie auch die Demonstrationen der Ost-Berliner Arbeiter in ihren Anfängen beurteilt werden mögen, sie sind zu einer großen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes in der Sowjetzone und Berlin geworden. Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, daß wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Wir hoffen, daß sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, die ihr Leben und die Freiheit gefährden könnten.“[3] Eine wirkliche Änderung könne für die Ostdeutschen „nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit“ erreicht werden. Die Bundesregierung veranstaltete am 21. Juni im Bundeshaus eine Gedenkstunde für die Opfer in Berlin und in der „SBZ“, auf der Bundespräsident Theodor Heuss sprach.

Im März 1952 war der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gegründet worden, der verschiedene gesellschaftliche Kräfte zur Vorbereitung des „Tages X“ zusammenführen und entsprechende Vorbereitungen koordinieren sollte. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, forderte am 23. Juni 1953 in Berlin: „Beseitigung des kommunistischen Systems in der Sowjetzone und Beseitigung der Teilung unseres Landes.“ Der Staatssekretär seines Ministeriums, Franz Thedieck[4], sprach in diesen Tagen über die wirtschaftspolitische Vorbereitung der Wiedervereinigung durch Gremien der Bundesregierung: „Bis jetzt sind von den einzelnen Arbeitsgruppen des Forschungsbeirats folgende Teil-Bilanzen erstellt worden: Die Ernährungsbilanz, die Arbeitskräftebilanz und die Energiebilanz. Ferner wurde festgestellt, welcher soziale Aufwand in der SBZ nach der Wiedervereinigung erforderlich ist. In Arbeit befinden sich die Bilanzen für Eisen und Stahl sowie Holz und Textil. Feststellungen auf dem Gebiete des Verkehrs, der Wohnungswirtschaft und der Versicherungswirtschaft sind eingeleitet. Die Verwirklichung einer Fusionierung erfordert die völlige Beseitigung der staatlichen Wirtschaftsordnung der SBZ. Diese Wirtschaftsordnung unterscheidet sich diametral von der freien Marktwirtschaft der Bundesrepublik.“[5]

Die Behauptungen der SED-Führung vom „faschistischen Putsch“, der wesentlich durch feindliche Umtriebe von außen zustande gekommen wäre, widersprachen den Erfahrungen der meisten westdeutschen Bürgerinnen und Bürger. Sie korrespondierten mit den Aussagen der SED und KPD bezüglich einer „Refaschisierung“ von Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik. Berechtigt und notwendig war die Kritik an der weitgehenden Verdrängung der NS-Vergangenheit und an der ihr zugrundeliegenden sozioökonomischen und personellen, vielfach auch ideologisch-politischen Kontinuität vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Diese Kritik wurde – auch im Parlamentarischen Rat und im ersten Bundestag – vor allem von kommunistischen Antifaschisten wie Max Reimann, Heinz

---

3 Große Bekundung des Freiheitswillens. Regierungserklärung im Bundestag, in: Bulletin ..., a. a. O., Nr. 112, 18. Juni 1953, S. 949.

4 F. Thedieck war 1940-43 Generalreferent der deutschen Militärverwaltung im besetzten Belgien. Noch im Dezember 1949 hatte Adenauer gegenüber J. Kaiser und bezugnehmend auf „für mich maßgebende Herren in Belgien“ dessen Einsetzung als Staatssekretär abgelehnt – „und zwar lediglich wegen des Eindrucks, den eine solche Ernennung nach außen machen würde.“ Er erinnerte daran, daß er selbst „von der Ernennung des Herrn Vize-Präsidenten Globke zum Staatssekretär Abstand genommen habe, weil er, der nicht PG war, an dem bekannten Kommentar mitgearbeitet hatte und wir bei der Ernennung von Staatssekretären sorgsam darauf achten müssen, daß wir nicht irgendwelchen Angriffen dadurch Material geben“. (Adenauer, Briefe 1949-1951. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S. 144) Thedieck wurde 1950 und Globke 1953 Staatssekretär.

5 Vorbereitung für den „Tag X“. Die wirtschaftlichen Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, in: Bulletin ..., a. a. O., Nr. 118, 26. Juni 1953, S. 1002.

Renner und Friedrich Rische vertreten. Das Gleiche gilt für die Unduldsamkeit gegenüber den früh und dreist sich ausbreitenden alt- und neofaschistischen Umtrieben.

Jedoch war auch die Gesamtheit solcher ebenso charakteristischen wie kritikwürdigen Erscheinungen keine „Faschisierung“ als vermeintlicher Grundtendenz des bundesdeutschen Herrschafts- und Gesellschaftssystems. Letztere entwickelte sich ungeachtet erheblicher restaurativer und antikommunistisch-illiberaler Deformationen vielmehr mit zunehmender Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie wiedergewonnenen politischen Rechten und Freiheiten. Dem Antrag der Bundesregierung folgend, hatte das Bundesverfassungsgericht am 23. Oktober 1952 die nazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten. Der Verbotsantrag war von der Regierung im November 1951 gleichzeitig mit dem gegen die KPD beschlossen und eingereicht worden. Das Vorgehen gegen die SRP sollte offensichtlich gegenüber dem Ausland beschwichtigend wirken, wo die Beunruhigung über die sprunghafte Zunahme rechtsextremer Organisationen und Aktivitäten seit der Gründung der BRD sowie die sie begleitende Schlußstrichmentalität zugenommen hatte. Dazu kam eine Alibifunktion angesichts des massiven Vorgehens gegen Kommunisten, linke Antifaschisten und in der Folge überhaupt gegen couragierte Kritiker der Adenauerschen Politik der Spaltung und Aufrüstung. Die Bundesregierung verbot am 10. Februar 1953 das „Freikorps Deutschland“, das – von mehreren nazistischen Organisationen im August 1951 gegründet – als paramilitärischer Verband unter der Schirmherrschaft des früheren Oberst Rudel und aus Protest gegen die am 20. Juli 1944 „am Umsturzversuch beteiligten Offiziere“ mit einer „Deutschen Führung“ die Staatsgewalt übernehmen wollte.

Mit Wirkung vom 5. August 1953 beschloß der Bundestag, daß der 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ gesetzlicher Feiertag ist. Damit wurde auch der Versuch beendet, den 7. September – Tag der konstituierenden Sitzung des ersten Bundestages – als Gedenktag einzuführen; er war von der Öffentlichkeit mehrheitlich nicht angenommen worden. Sein Scheitern bezeugte, daß die Konstituierung der Bundesrepublik einer integrierenden und zukunftsträchtigen Leitidee entbehrte. Dagegen kam bei dem Anlaß „17. Juni“ neben liberalen und menschenrechtlichen Motiven auch der staatstragende militante Antikommunismus uneingeschränkt zum Zug. Während dieser Feiertag binnen weniger Wochen beschlossen war, verging mehr als ein halbes Jahrhundert, bis die Repräsentanten der Bundesrepublik sich zu einem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bereit fanden.

Bei der zweiten Bundestagswahl am 6. September 1953 konnten CDU/CSU und FDP mit 44,2% bzw. 9,5% deutlich zulegen, während die SPD geringfügig verlor und die KPD, die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) Gustav Heinemanns sowie weitere Parteien an der erstmalig für das Bundesgebiet geltenden Fünf-Prozent-Klausel scheiterten. Unzweifelhaft haben die Ereignisse um den 17. Juni und der anschwellende Flüchtlingsstrom aus der DDR sowie die sie begleitende verschärfte antikommunistische Atmosphäre nicht unerheblich einen solchen Wahlausgang beeinflußt und dazu beigetragen, daß die Positionen der restaurativen und autoritären Kreise um Adenauer gestärkt wurden. Das wurde unterstützt von dem für Millionen sieht- und erlebbar begonnenen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, der insbesondere im Abbau der Arbeitslosigkeit, in Lohnerhöhungen, im Wohnungsbau sowie in einem reichhaltigen und zunehmend für viele erschwinglichen Warenangebot erfahren und als dessen politische Repräsentanten vor allem der Kanzler und die Union angesehen wurden.

Es entsprach dem bundesdeutschen Zeitgeist, daß dem zweiten Adenauerkabinett mit Waldemar Kraft, Theodor Oberländer und Gerhard Schröder (CDU) bereits drei Minister mit NS-Vergangenheit angehörten. Dazu kam wiederum als Finanzminister mit Fritz Schäffer (CSU) der letzte Vorsitzende der rechtskonservativen Bayerischen Volkspartei (BVP) vor 1933. Ohne auf die Mandate der Deutschen Partei (DP) für eine „Kanzlermehrheit“ angewiesen zu sein, holte Adenauer diese rechtsaußen stehende Kraft mit Heinrich Hellwege und Hans-Christoph Seebohm erneut in die Koalition. Die Naumann-Affäre Anfang 1953 um ehemals führende NS-Funktionäre in der FDP und weitere Indizien dafür, daß sich besonders in ihren nord- und westdeutschen Landesverbänden in beträchtlichem Maße unbelehrbare ehemalige Aktivisten und Mitglieder der NSDAP tummelten, beeinträchtigte ihre Koalitionstauglichkeit in den Augen des Kanzlers keineswegs.

Neben der Verbotsdrohung gegen die KPD und ihr verbundene Organisationen sowie ihrer Verfolgung seit 1950 haben vor allem die auch unter dem Einfluß Moskaus und der SED vertretenen Fehleinschätzungen in der begonnenen Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden zum raschen und nachhaltigen Einfluß- und Ansehensverlust dieser Partei beigetragen. Ihre aus antikapitalistischen und antifaschistischen Motiven sowie von der gemeinsamen Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltbewegung gespeiste Verbundenheit mit der SED und der DDR beschleunigte unter den Auswirkungen des 17. Juni die Rückschläge. Die KPD verlor gegenüber 1949 mehr als die Hälfte der Zweitstimmen und ihr Anteil sank von 5,7% (1949) auf 2,2% am 6. September 1953. Die Partei wurde am 17. August 1956 verboten. In diesem Punkt befand sich die Bundesrepublik an der Seite der faschistisch-militaristischen Diktaturen in Spanien, Portugal und der Türkei.

Adenauer blieb seinen Gegenspielern an der Spitze der DDR – Grotewohl, Pieck und Ulbricht – in Schwarz-Weiß- bzw. holzschnittartigen Feindbildern nichts schuldig. Im Gegensatz zu ihnen lehnte er bis zum Ende seiner Kanzlerschaft 1963 politische Gespräche und Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten auf höchster Ebene ab. Seiner strikt antikommunistischen Ideologie und Strategie dienend, enthielt seine zeitgeschichtliche Analyse neben Wahrheiten auch erhebliche Auslassungen, Einseitigkeiten und Fälschungen. In diesem Licht sind auch seine deutschlandpolitischen Entscheidungen in ihren Motiven und Auswirkungen kritisch zu hinterfragen. Peter Bender stellt 1993 fest, daß zwar die spätere sozialliberale Deutschlandpolitik kritisiert werde, jedoch niemand über Versäumnisse der ersten Nachkriegskabinette spreche: „Eine Wiedervereinigungspolitik, die diesen Namen verdient, hat es in Bonn nie gegeben; Adenauer und Erhard betrieben sie ebensowenig wie alle ihre Nachfolger.“ Wahrscheinlich habe es in den fünfziger Jahren keine Chance für die Einheit gegeben. „Unverkennbar war jedoch, daß Adenauer fast nichts anderes anstrebte als die unlösbare Verklammerung Westdeutschlands mit dem Westen. Die Westbindung hatte nicht nur Vorrang, sondern absoluten Vorrang vor allen politischen und sogar humanitären Erfordernissen im Osten – nach einer neuen Untersuchung scheint Adenauer sogar die Kriegsgefangenen in der Sowjetunion so lange ihrem Schicksal überlassen zu haben, bis er seine Westverträge unter Dach und Fach hatte.“[6] Die künftigen Forschungen und Darstellungen zu den fünfziger Jahren haben in der Tat ungleich stärker als bisher die widerspruchsvolle Frühgeschichte der Bundesrepublik, nicht zuletzt das politische Denken und Handeln ihrer führenden Politiker, einzubeziehen. Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 sind schließlich nur im Kontext der gesamten deutschen Nationalgeschichte seit 1871, 1914 und 1945 zu erhellen und historisch gerecht zu bewerten.

Die Juni-Ereignisse 1953. Vorgeschichte – Verlauf – Wirkungen. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2003, S. 36-41.

6 Peter Bender, Adenauer, Erhard, Kiesinger und die DDR, in: DIE ZEIT, Nr. 24 vom 11. Juni 1993.

Biographie G. Schröder (CDU)

Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession. Droste Verlag, Düsseldorf 2002, 797 S., 48 Euro (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günter Buchstab, Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 39)

Der Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Torsten Oppelland, Jena, hat mit der Buchveröffentlichung seiner Habilitationsschrift die erste umfassende Biographie des Bundesministers der fünfziger und sechziger Jahre, Gerhard Schröder (CDU), vorgelegt. In neun Kapiteln werden zunächst dessen Entwicklung in den Jahren der Weimarer Republik und im Dritten Reich, der Neuanfang nach 1945 im Rheinland und bei der Neuordnung der Stahlindustrie sowie der Abgeordnete des ersten Deutschen Bundestages vorgestellt. Es folgen im Hauptteil (Kap. VI-IX mit rund 450 S.) Schröder als Innenminister 1953 bis 1961, als Außenminister unter Adenauer und Erhard 1961 bis 1966 sowie als Verteidigungsminister der Großen Koalition unter Kanzler Kiesinger 1966 bis 1969. Letzterem unterlag er als Rivale in der Nachfolge Erhards Ende 1966, wobei die CSU-Stimmen in der Bundestagsfraktion gegen ihn ausschlaggebend waren.

Als Unionskandidat für die Bundespräsidentschaft scheiterte Schröder am 5. März 1969 in der Bundesversammlung gegen Gustav Heinemann. Dieser konnte sich im dritten Wahlgang aufgrund der Unterstützung seitens der FDP durchsetzen, bei der Walter Scheel die Weichen in Richtung auf die spätere sozialliberale Koalition stellte. Schröder „war bereit, sich auch mit den Stimmen der NPD wählen zu lassen. Aufgrund ihrer Erfolge bei den bayerischen und baden-württembergischen Landtagswahlen war diese rechtsextreme Partei mit 22 Abgeordneten in der Bundesversammlung vertreten; da es bei allen drei Wahlgängen nur jeweils fünf Enthaltungen gab, muss man davon ausgehen, dass der Großteil dieser NPD-Stimmen tatsächlich Schröder zugute kam.“ (712)

Während des rechtswissenschaftlichen Studiums in Bonn hatte sich Schröder 1930 der Deutschen Volkspartei (DVP) angeschlossen. Am 1. Mai 1933 trat er der NSDAP und Ende 1933 der SA bei. Oppelland neigt hier dazu, widersprüchliche Äußerungen Schröders zum politischen Tagesgeschehen zu wohlwollend zu interpretieren. Jedenfalls gehörten dem zweiten Adenauerkabinett vom Oktober 1953 mit Waldemar Kraft, Theodor Oberländer (beide Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten/GB/BHE – später beide CDU) und Schröder bereits drei Minister mit NS-Vergangenheit an. Auch hinsichtlich der personellen Ausstattung des Innenministeriums, wie es Schröder im Herbst 1953 vorfand und übernahm, war zu „konstatieren, dass das Element der Restauration eindeutig überwog.“[1]

Der Jurist Schröder, der im Spätsommer 1945 beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Düsseldorf die Tätigkeit im öffentlichen Dienst neu begonnen und 1946/47 im Innenministerium Nordrhein-Westfalens fortgesetzt hatte, arbeitete anschließend in der der britischen Militärregierung unterstehenden Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie. Mit Ausarbeitungen zu Wahlrechtsfragen und insbesondere als Verfechter des Mehrheitswahlrechts näherte er sich der CDU, die ihn im Wahlkreis Düsseldorf-Mettmann im Juli 1949 als Bundestagskandidaten nominierte. Der Protestant Schröder gewann mit rabiatem Antikommunismus das Direktmandat. In der ersten Wahlperiode bildeten Mitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz und Wahlrechtsfragen seine Hauptthemen; im Juni 1952 wurde er stv. Fraktionsvorsitzender.

Der Autor stellt das Wirken von Schröder als Bundesminister für Inneres, später für Äußeres und schließlich für Verteidigung auf einer soliden Quellen- und Literaturgrundlage dar. Dazu gehören die Nachlässe von Schröder und Heinrich Krone sowie Zeitzeugengespräche, u. a. mit Rainer Barzel, Berthold Beitz, Richard Jaeger, Ehefrau Brigitte Schröder und Bernhard Vogel. Oppelland bietet eine gründliche Analyse der Arbeits- und Diskussionszusammenhänge, in denen Schröder wirksam wurde

[1] „So wurden die entscheidenden Führungspositionen im Innenministerium – stets in Abstimmung mit Hans Globke, der selbst aus dem Reichsinnenministerium stammte und inzwischen zum Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und einem der engsten Adenauer-Berater avanciert war – mit Beamten besetzt, die der CDU nahestanden, zugleich aber auch über eben diese gewünschte Erfahrung in verschiedenen ehemaligen Reichsministerien verfügten.“ (261) Man nahm in Kauf, damit „ehemalige Nationalsozialisten reinzuwaschen“.

und auf manchen Feldern und in bestimmten Phasen wesentlich die Politik der CDU/CSU mit ausarbeitete und durchzusetzen bestrebt war.

Für den Innenminister Schröder gehörten dazu u. a. die Affäre um den ersten Präsidenten des 1950 gegründeten Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, der im Juli 1954 in die DDR gegangen war; der Ausbau des 1951 gegründeten Bundesgrenzschutzes sowie die Einrichtung des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung 1957 und des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 1961[2]. Bei der Verfolgung der KPD und ihres Umfelds, aber auch weiterer Kritiker Adenauers sowie der Bewegung „Kampf dem Atomtod" sowie in dem detailliert dargestellten Bemühen um eine Notstandsgesetzgebung bereits ab Ende der fünfziger Jahre befand er sich im Einklang mit dem Kanzler und der gesamten bundesdeutschen Rechten: „Auch in seiner zweiten Amtszeit von 1957 bis 1961 tat er nichts, um von dem Bild des harten, allein auf die Staatssicherheit bedachten Innenpolitikers loszukommen. Im Gegenteil, ob es um das Verbot der Vereinigung der Verfolgten es Naziregimes, eine kommunistisch unterwanderte Organisation, oder der Deutschen Friedensunion ging, stets profilierte er sich als Vertreter einer an den Möglichkeiten und Begrenzungen des Gesetzes harten Linie." (311) Entsprechend trat er später in der Großen Koalition gegen die Wiederzulassung einer kommunistischen Partei auf. Schröder profilierte sich als Verfechter eines autoritär-nationalistischen Staats- und Geschichtsbewusstseins.

Im Dezember 1955 wurde Schröder zum Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) in der CDU gewählt. Er gewann damit eine Plattform, mit der er sich innerparteilich weiteres Hinterland und Einflussnahme sichern konnte sowie ein zusätzliches Forum für öffentliche Stellungnahmen erhielt. Jedenfalls waren es weniger theologische Ambitionen als politische, von denen er sich in diesem Parteiamt leiten ließ, das er bis 1978 innehatte.

Als Bundesminister des Auswärtigen amtierte Schröder im letzten Kabinett Adenauer (1961-1963) sowie unter Erhard (1963-1966). Aufgeschlossener als der Kanzler gegenüber der Kennedy-Administration; blieben die Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze seine außen- und deutschlandpolitischen Grundpositionen. Realpolitische Ansätze im Verhältnis zur Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern sowie in Belangen der Abrüstung blieben zwangsläufig halbherzig. Als Verteidigungsminister der Kiesinger/Brandt-Regierung wirkte er an der Annahme der NATO-Strategie der Flexible Response und der Entstehung der Euro-Group innerhalb des atlantischen Bündnisses sowie an der Entwicklung der Rüstungskooperation und an Abrüstungsverhandlungen mit. Die Positionen Schröders im Richtungsstreit der „Gaullisten" und „Atlantiker" in der Union werden nuanciert skizziert. In aktuellen Erörterungen wurde kürzlich an seinen Beitrag zur Traditionspflege der Bundeswehr erinnert; „es war nicht die junge Bundesmarine, die sich mit Lütjens und Mölders und Rommel identifizierte, sondern der damalige Bundesminister der Verteidigung (1966-1969) Gerhard Schröder (CDU), der diese Namen der Marine zur Taufe der drei Lenkwaffenzerstörer förmlich aufzwang."[3]

Nach der Bildung der sozialliberalen Koalition Ende 1969 und dem Scheitern in den Anläufen für höchste Ämter (Kanzlerschaft 1966, Bundespräsidentschaft 1969) war Schröder 1969 bis 1980 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und trat Anfang der siebziger Jahre als entschiedener Gegner der Ostverträge hervor. Der „nicht ganz freiwillige Verzicht auf eine weitere Kandidatur zum Bundestag 1980" (685) bedeutete den Abschied aus der Politik.

Die informative und gut lesbare Studie von Torsten Oppelland ist über ihr biographisches Hauptanliegen hinaus ergiebig und unverzichtbar, wenn es um komplexe Themen und Probleme wie die unionsgeführten Bundesregierungen zwischen 1953 und 1969 sowie deren Politik, um die Geschichte der CDU/CSU bzw. bundesdeutsche Parteiengeschichte überhaupt und um einschlägige Hauptprozesse und Ereignisse der europäischen Zeitgeschichte jener Jahre geht.

Marxistische Blätter 3_2003 (Mai), S. 110-112.

---

2 „Dass dabei der antikommunistische Akzent im Vordergrund stand, ist wohl offensichtlich." (303) Ideologisch war Schröder überhaupt „wenig originell. Er sah im Kommunismus in erster Linie die totalitäre Ideologie, die man aus der Zeit des Dritten Reiches kannte und die es abzuwehren galt." (302)

3 Zuschrift von Dr. Sigurd Hess, in: *FAZ* vom 14. Dezember 2002.

Neubeginn 1945, 400-Jahrfeier 1958 und deutsche Zweistaatlichkeit: Umgang mit eigener Geschichte als Prüfung der Hohen Schulen

Gegen Ende unserer Tagung liegt eine Rückbesinnung auf das Thema nahe, das in den Referaten und Debatten in sehr verschiedene Richtungen ausgelegt und ausgestaltet wurde. Dabei ist es selbst widerspruchsvoll. Der honorige Titel „Alma mater" ist allerdings kaum umstritten bei einer Hohen Schule, die klassische Ursprünge und Strukturen aufweist und dem 450. Jahrestag ihrer Gründung entgegensieht. Aber was ist eine „moderne Gesellschaft"? Die Frage ist nicht so modern, wie mancher vermuten könnte. Die *Moderne*, so ist im Brockhaus Konversations-Lexikon, 11. Band von 1894, zu lesen, ist die „Bezeichnung für den Inbegriff der jüngsten socialen, literar. und künstlerischen Richtungen". „Inbegriff" deutet auf Repräsentatives, Charakteristisches, und „Richtungen" läßt auf Konzeptionelles, auf eigentümliche Ideen und Leitbilder, schließen. Heute wird *modern* mit zeitgemäß, neuzeitlich, sowie eher mit wissenschaftlich-technischen, kulturellen und ästhetischen als mit sozialen und politischen Problemstellungen und Urteilen verbunden. Dabei schwingt offenkundig auch die Anerkennung als zukunftsorientiert und weithin zustimmungsfähig mit. Der Moderne-Begriff kann nach seiner Herkunft und inneren Struktur nicht Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse sein.

Bezüglich der Stätten der Forschung und Lehre liegen die Assoziationen ohnehin im wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Spektrum, das einen noch stetig wachsenden Stellenwert im Verständnis von *Moderne* gewonnen hat. Es ist unabdingbare Komponente des Verständnisses von Zivilisation. Problematischer und im einzelnen umstritten dürfte die Frage sein, inwieweit heutige soziale, ethische und didaktische Erwartungen und Angebote in das Bild einer Hochschule einzubeziehen sind, die einer zeitgenössischen Modernevorstellung entspricht oder nahekommt. Was ist heute und morgen eine *moderne* Position beispielsweise im Bezug auf die Demokratie, das Völkerrecht, den Sozialstaat oder gar die Genforschung und Biotechnologie?

Die Facetten der Themen und Aussagen im Verlauf der Konferenz unterstützen eine Sichtweise, die Universität von gestern und heute als Kosmos der gesamten Gesellschaft zu verstehen: Darin begegnen uns gesellschaftliche Voraussetzungen und Komponenten hochschulpolitischer Alternativen oder Reformen, die Verantwortung von Intellektuellen für hochschul-, bildungs- und wissenschaftspolitische, also auch gesellschaftliche Prozesse und Perspektiven, nationale und internationale Momente und Einflußfaktoren, Traditionsfragen, disziplinäre und materiell-technische Fortentwicklungen. Die Beiträge führten Geschichte und Gegenwart, Lokales, Regionales und Nationales zusammen. Eher wieder zunehmen sollten Skizzen und Essays zu herausragenden Hochschullehrern, ihren Schulen, Schülern und Wirkungen.

Der aufklärerische Umgang mit kritikwürdigen Phasen oder Seiten der Vergangenheit gehört unzweifelhaft zu Komponenten wirklicher Erneuerung oder Modernisierung. Die Dialektik des Fortschritts kann sich darin äußern, daß Erneuern Rückbesinnung erfordert und gebietet, verschüttete Überlieferungen wieder zu erschließen oder unterdrückten Bestrebungen neue Chancen zu eröffnen. Das wird für die Herausforderungen seit 1989/90 bejaht und hier liegen auch Motive für die Veranstaltungsreihe zur Jenaer Universitätsgeschichte seit 1945, die heute mit der zweiten Tagung fortgesetzt wurde. Wir bringen die Beiträge zu den 50er bis 70er Jahren in die vergleichenden Untersuchungen und Urteile über Anspruch und Selbstverständnis deutscher Hochschulen nach historisch-politischen Zäsuren, beispielsweise nach 1918/19 und nach 1945, ein. Der Problemkreis ist vom Thüringer Forum bereits in früheren Veranstaltungen berührt und erörtert worden.

Es geht dabei bis heute auch um Leistungen, Defizite und Erfahrungen in Ost und West seit Ende der 40er Jahre. Sie sind mit neu erschlossenen Quellen und Daten, mit neuen Erfahrungen und Fragestellungen sowie im Kontext weiter entwickelter Geschichtsbilder wiederum aktuell. Heute sind dies bereits Forschungen und Kontroversen im Vorfeld des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus im Frühjahr 2005 als eines herausragenden europa- und weltpolitischen Datums. Den politischen Auffassungen und Verhaltensweisen von Hochschullehrern und Studenten als eines beträchtlichen Teils der Intelligenz kommt stets auch eine erhebliche gesamtgesellschaftliche Relevanz zu. Über die

Fortentwicklung der Wissenschaftsdisziplinen, die Bildungsfunktion und die ethisch-erzieherischen Prägungen reicht die Wirkung vielfach über die nächste Generation hinaus.

Schwieriger Neubeginn 1945

Die Veröffentlichung der Dokumente zur Wiedereröffnung der Jenaer Universität 1945 vor wenigen Jahren war in diesem Sinn sehr begrüßenswert. Neben den Anordnungen und Auseinandersetzungen zur personellen Säuberung – Entnazifizierung – interessieren vor allem die ersten analytischen Bemühungen um die geistige Situation und die Vorstellungen zum ideellen und politisch-moralischen Neubeginn. Der Altphilologe Friedrich Zucker, zunächst stellvertretender und ab Oktober 1945 der erste nach dem Neubeginn gewählte Rektor, Denkschrift vom 12. Juni 1945 diesem Problemkreis zu. Sein tiefer Bedrückung über die Zerstörung im deutschen Geistesleben, über die geradezu unbegreifliche geistige und moralische

Zerrüttung auch in den Kreisen, denen Bildung zugesprochen werden konnte, über die Verwirrung im Denken, im sittlichen Empfinden aller Schichten, die die zwölfjährige Herrschaft des Nationalsozialismus hinterlassen hat, leben wir der Zuversicht, daß genug Kräfte für Wiederherstellung wahren deutschen Wesens vorhanden sind.“[1] Es habe immer „in weitem Umfang inneren Widerstand“ gegeben und es wäre beklagenswert, wenn Zweifel an dem Willen bestünde, „das wahre deutsche Wesen dem ganzen Volk zurückzugeben“. Er wolle jedoch nicht „bei der heillosen Verfratzung deutschen Wesens durch den Nationalsozialismus“ verweilen, sondern sich vor allem „den positiven Aufgaben, den großen Erziehungsaufgaben“ zuwenden. Zucker nannte darunter die christliche, antike und klassische Überlieferung, Humanitätsgesinnung, Objektivität und kritische Haltung, Wiederherstellung von Rechtsstaat und Rechten der Einzelpersönlichkeit. Seine Leitideen auffächernd, ließ er die einleitenden und zumindest mißverständlichen Berufungen auf das „wahre deutsche Wesen“ hinter sich.

Ein Briefwechsel zwischen Zucker und Landesdirektor Walter Wolf, zuvor mehrere Jahre Buchenwald-Häftling, im August 1945 offenbarte verbreitete nationalistische Grundstimmungen. Zucker wandte sich gegen die Aussage Wolfs vor Jenaer Hochschullehrern, daß sich die Kriegsteilnehmer ihres Dienstes schämen müßten. Er bereue zutiefst, „nicht sogleich aus meinem persönlichen Erleben heraus und in Erfüllung der Pflicht, die Ehre der anwesenden Kriegsteilnehmer unter meinen Kollegen, der Gefallenen aus ihrem Kreis und dem unserer Angehörigen und aller im ehrlichen Kampf gefallenen Söhne unseres Volkes zu schützen, den entschiedensten Einspruch gegen die Brandmarkung soldatischen Dienstes erhoben habe, und so hole ich diesen Einspruch in aller Form schriftlich nach, ich gebe damit zugleich den Empfindungen aller Kollegen Ausdruck, die ich darüber zu sprechen Gelegenheit hatte.“[2] Er versicherte glaubhaft seine Gegnerschaft zu diesem Krieg „als ein fluchwürdiges Verbrechen“ und räumte „die Schandtaten der SS und mancher Angehörigen der Wehrmacht“ ein. Wolf erwiderte, „daß nicht nur die Häupter des Nationalsozialismus an unserem gegenwärtigen Elend schuld sind, sondern daß die Masse des deutschen Volkes einschließlich der deutschen Intelligenz, weil sie sich zum willfährigen Werkzeug des hitleristischen Barbarismus erniedrigte, ebenfalls schuldig ist“. Der kriegerische Einsatz als Ganzes habe objektiv einem Verbrechen gedient. Es mag die Tragik einzelner gegeben haben. „Es bleibt aber die Schuld des deutschen Soldaten, daß er aus einem militaristischen Ehrbegriff und falscher Pflichterfüllung sich zu einer historisch verbrecherischen Tat mißbrauchen ließ.“[3]

---

1 John, Jürgen/Wahl, Volker/Arnold, Leni (Hrsg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität – im folgenden: FSU – Jena 1945. Dokumente und Festschrift, mit Beiträgen von Jürgen John, Rüdiger Stutz, Robert Gramsch und einer Auswahlbibliographie von Thomas Pester, Rudolstadt & Jena 1998, S. 145 f.

2 Ebenda, S. 176.

3 Ebenda, S. 177. Allein diese Episode widerlegt unablässig wiederholte, herabsetzende Aussagen, denen in der Regel keine wirkliche Kenntnis der Vor- und Frühgeschichte der DDR zugrunde liegt. Aktuell beispielsweise vom Inhaber des Lehrstuhls für Strafrecht in Jena, Prof. Dr. Günter Jerouschek, der in einem Gespräch mit der Ostthüringer Zeitung vom 30/31. Oktober 2003 über die DDR äußerte: „Das war eine plakative Ideologie: Wir haben nichts mit dem Dritten Reich zu tun. Obwohl alle Bewohner etwas damit zu tun hatten, wurde es von Anfang an verleugnet.“ Er fügte nicht minder ignorant hinzu: „Die gemeinsame Geschichte des Dritten Reiches muß im Osten zum Thema werden, weil sie laut parteipolitischer Vorgabe nie Thema sein durfte.“

Der Mediziner Wolfgang Veil formulierte namens der Jenaer Zweigstelle des Kulturbundes programmatische Vorstellungen, die allerdings im Kern deutschtümelnd blieben. Einen anspruchsvolleren, obgleich ebenfalls in mancher Hinsicht problematischen Versuch legten Vertreter der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften „Zur Haltung der deutschen Intelligenz gegenüber dem Nationalsozialismus und ihre Bedeutung für die Zukunft Deutschlands“ vor. Verfehlt war das Bestreben, den Nazismus wesentlich als Produkt außerdeutscher Einflüsse zu bestimmen: „Die NS-Organisation und -Doktrin ist bis auf die lächerlichsten Einzelheiten dem italienischen Faschismus entlehnt: Der Führer dem Duce, die ‚Braunhemden‘ den Schwarzhemden, der ‚deutsche‘ Gruß dem römischen. Hitler selbst war außerhalb der deutschen Grenzen groß geworden. Das einzig Originale seiner Doktrin, der Rassenhaß, ist nichts spezifisch Deutsches.“[4] Es ginge um „eine Zurückführung des deutschen Volkes auf sein eigenes Wesen“. Die sozialen, politischen und ideologischen Quellen des Hitlerfaschismus in der deutschen Geschichte und Gesellschaft konnten mit einer solchen Sichtweise nicht hinreichend erschlossen werden.

Der Festakt zur Wiedereröffnung am 15. Oktober 1945 wurde ein wichtiges Ereignis der neuen historisch-politischen Standortbestimmung. Dazu trugen vor allem die Ansprachen des Landespräsidenten Rudolf Paul, des Landesdirektors Walter Wolf und des Rektors bei. Das gilt nicht minder für die aus diesem Anlaß erschienene Festschrift, die auch einen Beitrag von Bürgermeister Karl Barthel, ehemaliger Reichstagsabgeordneter (KPD) und Buchenwaldhäftling, enthielt.

Ein auffälliges Moment der Äußerungen von Hochschullehrern unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus ist die Kluft zwischen den weithin subjektiv glaubwürdigen Bekenntnissen zur Rückkehr zu humanistischen und liberalen Überlieferungen auf der einen Seite und der alltäglichen politischen Wirklichkeit vor und nach 1933 sowie in der Situation des Neubeginns auf der anderen Seite. Der überkommene Kult des angeblich Unpolitischen des deutschen Akademikers wirkte fort in dem mangelnden Willen und Vermögen, das eigene Versagen sowie das der Mehrheit des eigenen Standes in Leitideen des Politischen sowie in dessen Kategorien und Strukturen zu klassifizieren und zu beurteilen. Beispielsweise im seinerzeitigen Verhältnis zur Weimarer Republik, also zu parlamentarischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu Liberalismus und Arbeiterbewegung, aber auch zu Kaiserreich, Bismarck, Erstem Weltkrieg, Militarismus, Alldeutschtum und Antisemitismus. Vielfach wurde versucht, diese profanen und der akademischen Sphäre fremd erscheinenden, auch unbequemen, Kontexte durch schwärmerische Bekenntnisse zu Antike und deutscher Klassik oder zu hinreichend unbestimmten – von konkreten geschichtlichen und gegenwärtigen Sachverhalten abstrahierbaren – Werten wie Toleranz, Wahrheit und Freiheit zu umgehen.

400-Jahrfeier und Universitätsgeschichte

Nach dem spektakulären Weggang des Mediziners und bisherigen Rektors, Josef Hämel, am 21. August 1958 wurde am *25.* August 1958 der Biologe Otto Schwarz zum Rektor gewählt. In der Vorbemerkung der zur 400-Jahrfeier erscheinenden Universitätsgeschichte schrieb er: „Es ist die erste umfassende Darstellung der Geschichte der Salana und zugleich die erste Geschichte einer deutschen Universität, die nach 1945 erscheint.“[5] Es ist hervorzuheben, daß die Darstellung bis an die damalige Gegenwart heranreichte, also die Jahre von 1933 bis 1945 sowie die Nachkriegsperiode einschloß.[6] Damit erübrigt sich keineswegs eine neue kritische Lektüre und Beurteilung dieser Kapitel. Ungeachtet aller möglichen und notwendigen Kritik widerspiegelt die damalige Darstellung jedoch einen gründlich vollzogenen gesellschafts- und hochschulpolitischen Umbruch sowie die Dominanz antifaschistischer Kräfte und Ideen in der ostdeutschen Nachkriegsentwicklung. Das Staatssekretariat für das Hochschulwesen hatte sich speziell für den die Jahre des Dritten Reiches darstellenden Kapitel-

4 Ebenda, S. 213.

5 Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum. Im Auftrag von Rektor und Senat verfaßt und hrsg. von einem Kollektiv des Historischen Instituts der FSU Jena unter Leitung von Max Steinmetz, Bd. 1: Darstellung, Jena 1958, S. VII; Bd. II: Quellenedition zur 400-Jahrfeier 1958, Archivübersichten, Quellen- und Literaturberichte, Anmerkungen, Abbildungskatalog, Literaturverzeichnis, Personen- und Ortsregister, Abkürzungsverzeichnis, Jena 1962.

6 Neuntes Kapitel: Die Universität Jena in der Zeit des deutschen Faschismus, in: Ebenda, Bd. 1, S. 615-670.

entwurf interessiert. Der Stellvertretende Staatssekretär, Professor Bönninger, schrieb am 22. April 1958 an den Rektor: „Unseren Vereinbarungen entsprechend habe ich den Teil der Universitätsgeschichte, der die Zeit von 1933-45 behandelt, angefordert und ihn begutachten lassen. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß ich mit dem Inhalt dieses Abschnittes einverstanden bin. In Anbetracht der Bewertung der Universitätsgeschichte bitte ich Sie, dafür Sorge zu tragen, daß die Festschrift zur 400-Jahrfeier den Gästen unbedingt überreicht werden kann.“[7] Der Rektor möge, akademischer Tradition folgend, das Vorwort schreiben. Es wäre gut, in Vorbereitung des Jubiläums Abschnitte aus der Universitätsgeschichte – „insbesondere die der neueren und neuesten Zeit“ – zu veröffentlichen.

In der Einleitung zur Universitätsgeschichte beschrieb der Leiter des Autoren- und Herausgeberkollektivs, Max Steinmetz, vorangegangene Bemühungen und Resultate der Jenaer Hochschulgeschichtsschreibung ab Mitte des 19. Jahrhunderts sowie die Förderung und die Vorarbeiten seit 1947. In seiner knappen Skizze der geschichtlichen Phasen der Universität und ihrer jeweiligen Besonderheiten heißt es: „Der Faschismus brachte dann auch in Jena die Preisgabe der Wissenschaft überhaupt und deren Ersatz durch eine moderne Aftergelehrsamkeit, durch rassistisches Dunkelmännertum. Die alte Salana wurde Schritt für Schritt zu einer reinen Propagandainstitution des Hitlerfaschismus umgestaltet, wurde zum Werkzeug der Kriegsvorbereitung degradiert. Die nazistische Rassenideologie ergriff weite Bereiche der Biologie und der Medizin, die die angeblich wissenschaftlichen Grundlagen für Rassengesetzgebung, Züchtungswahn und Massenvernichtung zu liefern hatten. Auch die Geographie wurde fast ausschließlich zur Vorbereitung räuberischer Aggressionen und zur pseudowissenschaftlichen geopolitischen Begründung der Herrschaftsansprüche des räuberischen deutschen Imperialismus benutzt.“[8] Darin zeige sich „die Menschen-feindlichkeit des Faschismus besonders deutlich“; die Universität Jena „wurde zum Prototyp einer Hochschule faschistischen Charakters“.

Diese Grundhaltung des Umgangs mit der jüngsten Geschichte prägte auch den Inhalt der Feierlichkeiten zum 400-jährigen Bestehen der Alma mater Jenensis während der Festwoche vom 30. August bis 5. September 1958. Davon zeugen vor allem die Reden des Amtierenden Ministerpräsidenten der DDR, Heinrich Rau, auf dem Staatsakt der Regierung am 2. September; sowie des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen, Wilhelm Girnus, auf dem Festakt der Studenten am 4. September. Zu den Persönlichkeiten, die an diesen Tagen überstandene Verfolgung, Emigration und antifaschistischen Widerstand repräsentierten, gehörten Otto Stamfort, Prorektor für Studienangelegenheiten, und der wissenschaftliche Assistent Karl Brundig; die neuernannten Ehrensenatoren Johannes R. Becher, Minister für Kultur der DDR, und Lydia Poser, Vorsitzende des Rates des Bezirkes Gera; mit der Ehrendoktorwürde Ausgezeichnete wie der Historiker Rudolf Lindau, Berlin (Philosophische Fakultät), die Mediziner Alfred Kohn, Prag, und Maxim Zetkin, Berlin (beide Medizinische Fakultät).[9]

Als Teil des offiziellen Programms fand während der Festwoche am 4. September ein Besuch des ehemaligen KZ Buchenwald und der unmittelbar vor der Eröffnung stehenden Nationalen Mahn- und Gedenkstätte auf dem Ettersberg statt. Daran nahmen Rektor und Senat, in- und ausländische Gäste sowie weitere Universitätsangehörige teil, darunter Gäste aus der UdSSR, der chinesischen, koreanischen und mongolischen Volksrepublik, den USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien und der Vereinigten Arabischen Republik.[10] Nachhaltig beeindruckt von diesem Besuch zeigte sich u. a. der Vize-

---

7 Universitätsarchiv Jena (UAJ), BC, Nr. 279. Zur Frage der Einladung des Landesbischofs der Evangelischen Kirche, Moritz Mitzenheim, hieß es in diesem Schreiben, er habe die Pfarrer seines Bereichs angewiesen, „die Erklärung zur Achtung der Atombombe nicht zu unterschreiben“. Es werde nicht zugestimmt, ihn einzuladen.

8 Geschichte der Universität Jena 1548/58-1958, a.a.O., Bd. 1, S. XXXV.

9 In der Laudatio für A. Kohn hieß es: „Während der verehrte Meister bis ins hohe Alter in der Stille seines Laboratoriums experimentieren und mikroskopieren konnte, wußten die Machthaber des Dritten Reiches nichts Vernünftigeres zu tun, als den hochverdienten, hochbetagten Emeritus, den aufrechten deutschen Mann, während des 2. Weltkrieges ins Konzentrationslager zu sperren, und nur, weil er sogenannter nichtarischer Abstammung ist. Das tschechoslowakische Volk trug diesen Tatsachen Rechnung. Als 1945 die Deutschen aus Böhmen und Mähren umgesiedelt wurden, durfte Alfred Kohn als einer unter wenigen in Prag verbleiben und genießt dort seither Gastrecht.“ Ebenda, Bd. II, S. 267.

10 Die Jubiläumswoche der Universität Jena war ursprünglich für Mitte September 1958 vorgesehen. Rektor Hämel hatte in einem Schreiben an Ministerpräsident Otto Grotewohl vom 14. Mai 1957 um die Vorverlegung des

präsident der Königlich-Flämischen Akademie für Sprach- und Literaturwissenschaft, Gent, Robert Foncke.

Auf dem Empfang für studentische Gäste am 1. September gedachte der Vertreter der polnischen Studentenorganisation des vor 19 Jahren erfolgten Überfalls Hitlerdeutschlands auf sein Land. Am 4. September – dem „Tag der Studenten" im Rahmen der Festwoche – fand eine Ehrung der Opfer des Faschismus und der Gefallenen der Sowjetarmee auf dem Jenaer Nordfriedhof statt, bei der als ehedem rassisch Verfolgter, Emigrant und Antifaschist Otto Stamfort sprach.

Professor Louis Sauzin, Universität Rennes, erinnerte sich in einem späteren Dankschreiben vergleichend an Besuche von 1914 („als junger Anhänger von Jean Jaurès ... und Romain Rolland") und 1935 in Jena: „Es schien mir, daß eine fast unüberbrückbare Kluft die produktiven Schichten der Nation von der Universität trennte und daß ‚cives academici' und ‚Alte Herren' eine geschlossene Welt bildeten, die nur für sich lebte und keine neuen Mitglieder annahm, deren Väter und Großväter nicht studierte Herren gewesen wären."[11]

Gemeinsame Vergangenheit und politische Konfrontation

Die Einladung zu den Jubiläumsfeierlichkeiten war ungeachtet der fortdauernden Bonner Achtung der DDR auch an die westdeutschen Universitäten und ausgewählte Hochschulen ergangen. Rektor Hämel nutzte seinen persönlichen Kontakt zu den Rektoren der Universitäten Köln, Hermann Jahrreiß, und Freiburg, Gerd Tellenbach, um zugunsten der Teilnahme in Jena zu vermitteln. Jahrreiß hatte ihm am 9. Dezember 1957 persönlich mitgeteilt, daß „die jetzt sich ganz deutlich abzeichnende *generelle Ja*-Einstellung wieder ins Schwanken oder gar in eine Kehrtwendung gebracht werden könnte", wenn eine der beiden Westberliner Universitäten nicht eingeladen würde. Es ging um die aus dem Streit um den Status Westberlins sich ergebende Weigerung der DDR, den Rektor der FU Berlin einzuladen. Einem Bericht Rektor Hämels zufolge entfiel seit der 38. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) am 6. und 7. Januar 1958 in Karlsruhe dieses Hindernis, als der Betroffene selbst appelliert hatte, auf diesen Boykottgrund zu verzichten.[12]

Die WRK, deren Präsident Jahrreiß inzwischen geworden war, widerrief auf ihrer 39. Tagung vom *25.* bis 27. Juni 1958 in Freiburg i. Br. diese konstruktive Position und ging nunmehr davon aus, daß ihre Mitgliedshochschulen am Jenaer Universitätsjubiläum nicht teilnehmen werden. Sie ordnete sich damit dem konfrontativen Kurs von Adenauers Mitte-Rechts-Koalition gegenüber dem zweiten deutschen Staat unter. Adenauer hatte sich frühzeitig und bedingungslos gegen den wissenschaftlichen Austausch zwischen Hochschulen beider deutscher Staaten gewandt. In einem Schreiben an Bundesinnenminister Gustav Heinemann vom 1. Mai 1950 äußerte er sich höchst ungehalten über gegenseitige Besuche von Kommunalpolitikern sowie darüber, „daß ständig Einladungen zu wissenschaftlichen Kongressen nach der Sowjetzone erfolgen. Der Rektor der Freien Universität Berlin, Professor Redslob, und der Rektor der Technischen Hochschule haben mir erklärt bei meiner Anwesenheit in Berlin, daß sie durchaus gegen jede Verbindung von Wissenschaftlern diesseits und jenseits des

---

gleichzeitig geplanten Buchenwaldtreffens (mit Einweihung der neuen Mahn- und Gedenkstätte) gebeten. Grotewohl antwortete ihm am 24. Juli 1957: „Ihrem Vorschlag, die Weihe des Mahnmals auf dem Ettersberg, die am Gedenktag für die Opfer des Faschismus, am 9.9.1958, vorgesehen ist, auf einen früheren Zeitpunkt zu verlegen, kann ich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen. Ich erblicke auch in der Gleichzeitigkeit der Ereignisse keinen Nachteil. Es erscheint mir im Gegenteil für die zu dieser Zeit aus Westdeutschland und aus dem Ausland anwesenden Vertreter der Wissenschaft ein guter Hinweis zu sein, wie in der Deutschen Demokratischen Republik die humanistischen Ziele unserer Hochschulen im Einklang stehen mit der Ehrung der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die ihr Leben für die hohen Ideale der Menschlichkeit und für eine glückliche Zukunft gegeben haben." UAJ, BC, Nr. 279.

11 Geschichte der Universität Jena …, a. a. O., Bd. II, S. 362.

12 Vgl. Protokoll der Beratung am 11. Februar 1958 zur Vorbereitung der 400-Jahrfeier: „Rektor eröffnet und gibt Bericht über seine Reise zu den Rektoren von Köln, Freiburg, und Prorektor von München. Nachdem ursprünglich seitens der Rektorenkonferenz die Teilnahme der FU verlangt wurde, ist in der letzten Sitzung auf Wunsch des Rektors der FU von diesem Verlangen Abstand genommen worden und die Rektoren haben beschlossen, Jena zu besuchen. Dieser Beschluß resultiert nicht auf einen Druck der Bonner Regierung, im Gegenteil ist, nach Meinung der Rektoren, die Rektorenkonferenz der Regierung ein Dorn im Auge." UAJ, BC, Nr. 279.

Eisernen Vorhangs seien. Es gebe kaum noch ernst zu nehmende Wissenschaftler in der Sowjetzone. Die Männer, die dort jetzt Lehrstühle einnähmen, versuchten durch die Verbindung mit Wissenschaftlern der Bundesrepublik ihr Ansehen bei der Bevölkerung aus politischen Gründen zu steigern".[13] Tatsächlich nahmen – im Gegensatz zu repräsentativen akademischen Delegationen aus aller Welt – nur einzelne westdeutsche Hochschullehrer an den Veranstaltungen in Jena teil.

Im Rückblick sowie den Kontext der gemeinsamen Geschichte zumindest bis 1945 beachtend, bleibt hervorzuheben, daß seitens der DDR und der Vertreter ihres wissenschaftlichen und kulturellen Lebens die konträren Wege beider deutscher Staaten in der Vergangenheitspolitik, die beiderseits erheblich in den unterschiedlichen hochschul- und wissenschaftspolitischen Prozessen wirksam wurden, nicht vorrangig oder gar in einer für die andere Seite unzumutbaren Weise thematisiert wurden. Sicher war das auch bündnispolitischen Erwägungen auf der eigenen Seite und außenpolitischen Interessen geschuldet.

Das konnte nicht bedeuten und es müßte auch als unaufrichtig erscheinen, diese Seite überhaupt unerwähnt zu lassen. Bei seinem Besuch in Freiburg i. Br. Anfang 1958 hatte sich Rektor Hämel auch für die Erfahrungen der Albert-Ludwigs-Universität bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer 500-Jahrfeier 1957 interessiert. Das heikle Thema des Umgangs mit der jüngsten Geschichte ist dabei offensichtlich nicht berührt worden. Veröffentlichungen der Alberto-Ludoviciana hatten das ebenso wie eine diesem Anlaß gewidmete Festschrift der Stadt Freiburg gemieden.[14] „Von der vierbändigen Ausgabe zum 500jährigen Bestehen der Universität Freiburg i. Br. wurde ein Band der baulichen Entwicklung seit 1945 gewidmet; die Frage nach einem geistigen Aufbau wurde nicht einmal als Teilproblem der gesamten Publikation gestellt. Gerd Tellenbach sprach als Rektor im Festvortrag über ‚Tradition und Neugestaltung der Universität', aber er erwähnte kein grundsätzliches geistiges oder hochschulpolitisches Problem, das durch die Erfahrung des Faschismus hervorgetreten und im Zusammenhang mit seiner Überwindung neue Erfordernisse und Chancen gezeitigt hatte."[15]

Jahrzehnte später wurde daran erinnert, daß jene Periode in erster Linie mit dem Wirken Heideggers assoziiert wurde. „Im Schatten dieser prominenten Diskussion konnte vieles, was die Freiburger Universitätsgeschichte unter dem Nationalsozialismus konstituierte, weiterhin im Dunkeln bleiben. Erst eine von Studierenden initiierte interdisziplinäre Ringvorlesung im Wintersemester 1988/89 ‚Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus' versuchte, diesen Abschnitt in der Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität erstmals pointiert und auf breiter Grundlage zu reflektieren."[16]

Die Geschichte der Hohen Schulen und Wissenschaftsdisziplinen sowie die Biographien von Hochschullehrern im Dritten Reich wurden in der Bundesrepublik jahrzehntelang beschwiegen oder höchst selektiv erörtert. Es erschien mindestens über ein Vierteljahrhundert nach 1945 keine Geschichte einer Universität oder Hochschule in der Bundesrepublik, die die Jahre des NS-Regimes einbezogen hätte.[17] Fachgesellschaften und -verbände der Mediziner, Historiker, Staatsrechtslehrer und andere

---

13 1. Mai 1950: An den Bundesminister des Innern, Dr. Dr. Gustav Heinemann, Bonn, in: Adenauer. Briefe 1949-1951. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S. 203.

14 Die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 1457-1957, 4 Bde., Freiburg i.Br. 1957; Freiburg und seine Universität. Festschrift der Stadt Freiburg im Breisgau zur Fünfhundertjahrfeier der Albert-Ludwigs-Universität. Hrsg. von der Stadtverwaltung, Freiburg 1957.

15 Elm, Ludwig: Hochschule und Neofaschismus. Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD, Berlin 1972, 5. 141.

16 John, Eckhard/Martin, Bernd/Mück, Marc/Ott, Hugo (Hrsg.): Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, Freiburg/Würzburg 1991, S. 7. Die Herausgeber zitieren den damaligen Prorektor, Theodor Maunz, ab 1952 Ordinarius in München, Grundgesetzkommentator, bayerischer Kultusminister (1957-1964) und Berater von Gerhard Frey (DVU). Maunz hatte gerühmt, daß Freiburg mit der Verleihung der Ehrensenatorenwürde an Reichsinnenminister Frick 1939 als fünfte deutsche Universität „einen Nationalsozialisten in führender Reichsstellung zu ihrem Förderer" erklärt habe. Ebenda.

17 Die eklatanten Defizite westdeutscher Hochschulgeschichtsschreibung benannte die italienische Zeitschrift „Studi Urbinati", 2/1962, in einer anerkennenden Besprechung der Jenaer Universitätsgeschichte von 1958/62, speziell hinsichtlich ihres kritischen Umgangs mit der jüngsten deutschen Geschichte. Es sei genauestens bekannt, daß in der Bundesrepublik keine gleichartige historische Selbstkritik erschienen sei. Zit. nach: Sozialistische Universität – im folgenden: SU, Nr. 15, 18. Juli 1964.

setzten dieses Thema erst ab den 90er Jahren auf die Tagesordnung. Bernd Rüthers schrieb 1994: „Wer sich beispielsweise 1965 anschickte, eine Arbeit zur Perversion der Zivilrechtsordnung im Nationalsozialismus zu schreiben, wurde von seinen – wohlmeinenden und unbelasteten – Lehrern gewarnt: Eine Dokumentation der pervertierten Jurisprudenz in der NS-Zeit werde von seiten vieler noch lebender oder lehrender Kollegen jener Epoche heftige Aggressionen und versteckte Sanktionen (Berufungsblockaden) auf sich ziehen.“[18] Die Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer befaßte sich erstmals nach mehr als 55 Jahren, im Oktober 2000, auf einer Tagung mit der „Staatsrechtslehre in der Zeit des Nationalsozialismus“.

Zu einer 2003 erschienen „Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland in den Jahren 1937 bis 1961“ merkt Ernst Klee an: „In den Kurz-biographien berühmter Kollegen fehlen wichtige Daten zu Nazi-Aktivitäten. Die Mehrzahl der psychiatrischen Kindermörder wird nicht einmal erwähnt. Castell und Kollegen fragen nicht, wie ihre Vorgänger zum Mörder werden konnten. Man trägt eher Material zusammen, das den berühmten und vielfach geehrten Kollegen Villinger entlasten könnte.“[19] Kurz zuvor hatte er an Stichproben aus der „Deutschen Biographischen Enzyklopädie“ gezeigt, „wie die NS-Karrieren etlicher Wissenschaftler auch heute noch vertuscht und verschwiegen werden“.[20] Unmittelbar vor seinem Erscheinen Ende 2003 erregt das „Internationale Germanistenlexikon 1800-1950“ Aufsehen, da erstmals die frühere Zugehörigkeit namhafter Germanisten der Bundesrepublik zur NSDAP nachgewiesen wird. Einige Betroffene versuchten weiterhin, zu verhindern, daß solche biografischen Daten bekannt werden, obgleich bei den damals Jungen ohnehin weniger der ursprüngliche Sachverhalt als die jahrzehntelange Verdrängung das eigentliche Problem ist.

Die vor 1945 Berufenen dominierten beispielsweise die Lehrstühle der Staats- und Rechtswissenschaft und gaben der Justiz Rückhalt bei der Schonung von NS-Tätern.[21] Eine drastische Illustration dieser Vorgänge und Verhaltensweisen findet sich in den reich dokumentierten Schilderungen zweier Mannheimer Juristen über ihre Erfahrungen in der erst Ende 1958 eingerichteten Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen. Wiederholte Versuche in den 60er Jahren, mit Hilfe des Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit oder über juristische Zeitschriften eine Mehrheit von Staatsrechtslehrern für eine angemessene Sühne der NS-Verbrechen zu mobilisieren, schlugen fehl.[22]

Authentisch und kompetent ist das Urteil von Wolfgang Abendroth, der als NS-Verfolgter, Zwangsverpflichteter in einem 999er Strafbataillon und Linker eine Ausnahmeerscheinung unter den bundesdeutschen Hochschullehrern darstellte. Die politische Atmosphäre an den Hochschulen in den 50er Jahren, erinnerte er sich, könne „man sich gar nicht reaktionär genug vorstellen“: „Das Klima war erdrückend und dem McCarthy-System in den USA durchaus vergleichbar. Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben. Es wurde heimgezahlt, daß die wenigen Antifaschisten in der gerade vorangegangenen Zeit als Aushängeschilder gegenüber den Besatzungsmächten und als ‚Persilschein‘-Schreiber im Entnazifizierungsverfahren benutzt werden mußten.“[23]

---

18 Rüthers, Bernd: Akrobatik des Deutens. Schwierigkeiten mit der ‚juristischen Zeitgeschichte“, in: FAZ, 26. Januar 1994.

19 Klee, Ernst: Verhöhnung der Opfer, in: Das Parlament, 40/41, 29. September/6. Oktober 2003.

20 Klee, Ernst: Von deutschem Ruhm, in: Die Zeit, 40, 25. September 2003. Inzwischen hat Klee selbst ein Werk mit 4300 Kurzbiographien vorgelegt, um solche Lücken zu schließen: Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a.M. 2003.

21 Beispielsweise war der 1958 als Kölner Rektor und Präsident der WRK exponierte Herrmann Jahrreiss seit 1937 Professor und Institutsdirektor für Völkerrecht und ausländisches Recht. Als Rechtsexperte im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß 1945/46 plädierte er als Sprecher der Gesamtverteidigung u. a. für die Straffreiheit der von Nazideutschland geführten Angriffskriege und die angebliche – im strafrechtlichen Sinne – Schuldlosigkeit aller, die Hitlers Befehle als damals geltendes Recht ausführten.

22 Just-Dahlmann, Barbara/Just, Helmut: Die Gehilfen. NS-Verbrechen und die Justiz nach 1945, Frankfurt a. M. 1988.

23 Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt a.M. 1976, S. 216.

Die westdeutsche Kampagne gegen die 400-Jahrfeier in Jena ist auch vor diesem wissenschaftsethischen Hintergrund zu beurteilen. Max Steinmetz verwies einleitend zum zweiten Band der „Geschichte der Universität Jena“ auf die 1960 von Hans H. Anger veröffentlichten Ergebnisse einer 1953-1955 durchgeführten Erhebung unter westdeutschen Professoren und Studenten. Er zitierte den Herausgeber E. Baumgarten, demzufolge das „Urmaterial“ weit „überwiegend in einer Sprache (rede), als habe es Hitler und die politisch-national ebenso einschneidenden symptomatischen Jahre 1933 bis 1945 nie gegeben.“[24] Als bezeichnend nannte Steinmetz auch die damalige Stufe des Wiedererstehens des diskreditierten und anachronistischen Korporationsstudententums, das als Auswuchs der Restauration über die Reformansätze der ersten Nachkriegsjahre in den Westzonen und früher Bundesrepublik gesiegt hatte. Professor Gerhard Hess, Heidelberg, hatte 1953 die Tragweite dieser restaurativen Wende eindringlich beschworen und nach den Ursachen des Wandels gefragt: „Mit der Festigung der Position der Korporationen ist der Hauptgrund für die Veränderung der Lage an den Hochschulen genannt.“[25]

Ideell dürftig und politisch hilflos wirkte die „Gedenkadresse“ der WRK: „Die Universität Jena ist eingetreten in das fünfte Jahrhundert ihres Bestehens. Die Hohen Schulen in Westdeutschland und Berlin gedenken ihrer Schwester im Geiste der Freiheit des Forschens und Lehrens, der überkommen ist in der Korporation der Gelehrten der ganzen Welt.“[26] Der Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29. August 1958 sah darin „eine dürre, ja, eine dürftige Formel, eine Grußadresse ohne Adressaten“. Auch die schwierige Lage rechtfertige keinen solchen Text und „das falsche Pathos, jenen präzeptoralen Ton, der mit keinem Wort zu erkennen gibt, daß es auch in Jena noch Menschen geben könnte, deren sich die ‚Korporation der Gelehrten der ganzen Welt‘ nicht zu schämen braucht.“[27]

Renate Riemeck hatte während des Krieges in Jena Geschichte studiert und promoviert. Damals entstand die auch durch antinazistische Gemeinsamkeiten gespeiste enge persönliche Beziehung zur früh verwitweten Mitstudentin Ingeborg Meinhof sowie deren Töchtern Wienke und Ulrike. Von den Besatzungsbehörden in die provisorische Verwaltung geholt, erhielt sie „die beschlagnahmten persönlichen Unterlagen der Professoren aus der Philosophischen Fakultät der Universität Jena ‚zur Bearbeitung‘. Ich sollte ihre NS-Verbindungen feststellen“: „Ich kannte fast alle die Professoren, deren Zusammenhang mit der NS-Ideologie nun schwarz auf weiß vor mir lag. Fassungslos mußte ich feststellen, wie viele von ihnen ihre Kollegen bei der Gestapo denunziert haften und wie oft die Denunzierten ihrerseits zu Anzeigen bereit gewesen waren.“ Ihr schien dies eine Zumutung und die Amerikaner „nun nicht anders als die Nationalsozialisten zu sein, wenn sie jetzt von mir verlangten, daß ich etwas tun sollte, was ich in der NS-Zeit tief verachtet hafte, nämlich andere Menschen zu denunzieren.“[28]

1955 an die Pädagogische Hochschule in Wuppertal berufen, gehörte Riemeck 1958 zu den wenigen westdeutschen Professoren, die die Einladung nach Jena annahmen und wohin sie erstmals nach 1946 zurückkehrte. In einem Erlebnisbericht über die Tage in Jena erinnerte die Mediävistin an die Fehden in der Gründungszeit der Alma mater Jenensis und schrieb weitsichtig: „Die Welt wird abermals einen modus vivendi finden müssen, der die Existenz verschiedener Denkrichtungen und verschiedener Systeme anerkennt – oder sie wird untergehen. Gegenseitige Verketzerung, Haß und Verfolgung sind damals nicht geringer gewesen als heute. Aber die Welt ist nicht daran zerbrochen, und die Zeit hat dafür gesorgt, daß die Kontrahenten sich schließlich annäherten.“[29]

Die Bundesrepublik wurde auch Heimstatt und Wirkungsraum von national-sozialistisch und nicht zuletzt rassistisch besonders exponierten Hochschullehrern der ehedem braunen Universität Jena und bot

---

24 Geschichte der Universität Jena …, Bd. II, a. a. O., S. XIX.

25 Hess, Gerhard: Verlorene Solidarität, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), Nr. 15, 7. August 1953, 5. 4.

26 Geschichte der Universität Jena …, Bd. II, a. a. O., S. 56.

27 Ebenda, S. 63.

28 Riemeck, Renate: Ich bin ein Mensch für mich. Aus einem unbequemen Leben, Stuttgart 1992, S. 89 f. Sie erwähnt in ihren Erinnerungen den Besuch in Jena 1958 sowie eine anschließende Audienz bei der Justizministerin der DDR, Hilde Benjamin, in Berlin, bei der sie die Freilassung der unter offenbar haltlosen Vorwürfen verhafteten Käthe Meinhof – einer Tante von Ulrike Meinhof – erreichte. S. 172 ff.

29 Riemeck, Renate: 400 Jahre Universität Jena, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 9/1958. Zit. nach dem Abdruck in: Geschichte der Universität Jena, a. a. O., Bd. II, S. 367.

ihnen Obhut und Chancen. Dies geschah nicht zuletzt, um dieses Potential in einer nahezu ungebrochenen Traditionslinie antikommunistisch gegen den vom Ursprung und Prinzip her angefeindeten zweiten deutschen Staat zu mobilisieren. Beispielsweise war der seit 1919 als jungkonservativer Autor und bedingungsloser Gegner der Weimarer Republik wirkende Max Hildebert Boehm Ende 1933 in Jena – inzwischen führendes Mitglied der SS – auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für „Volkstheorie und Volkstumssoziologie“ sowie zum Vorstand des Seminars für „Volkstheorie und Grenzlandkunde“ berufen worden. Er plädierte für die Trennung der Juden vom „deutschen Volk“. Mit seinem „Insistieren auf dem Großdeutschen Reich und der Intensivierung des Volkstumskampfes in Ostmitteleuropa“ (Stefan Breuer) agierte er als Schreibtischtäter der Eroberungs- und Vernichtungspolitik. Bis 1945 Professor in Jena, erhielt Boehm nach dem Krieg eine Professur in Göttingen, leitete die von ihm 1951 zur Fortsetzung seiner „Volkstums- und Grenzlandsarbeit“ und nunmehr im Dienste revanchistischer Vertriebenenpolitik gegründete Ostdeutsche Akademie Lüneburg, wurde Präsident des Nordostdeutschen Kulturwerks und gehörte neben weiteren ehemals nazistischen Hochschullehrern und rechtskonservativen Politikern dem 1958 gegründeten antikommunistischen Verein „Rettet die Freiheit“ an.

Noch gegen den Willen der Universität war Hans F. K. Günther 1930 vom damaligen Thüringer Innen- und Volksbildungsminister – und späteren Reichsinnenminister – Wilhelm Frick auf den in Jena neuerrichteten Lehrstuhl für „Sozialanthropologie und Rassekunde“ berufen worden. Hitler, Göring und weitere Naziführer nahmen an seiner Antrittsvorlesung am 15. November 1930 teil. 1934 ging er nach Berlin und 1939 nach Freiburg. „Es gehört zu den äußersten neonazistischen Auswüchsen des Restaurationsprozesses, daß der führende Rasseideologe des faschistischen Deutschlands, Hans F. K. Günther, nicht nur vom Bonner Staat großzügig versorgt wurde, sondern seine Bücher – teilweise in faktisch unveränderten Neuauflagen der Ausgaben der Jahre vor 1945 – in westdeutschen Verlagen und Aufsätze in Zeitschriften wie der DHLZ veröffentlichen konnte.“[30] Günther unterstützte mit rassistischen Argumenten die Beziehungen der Bundesrepublik zum südafrikanischen Apartheidregime, den fortbestehenden Kolonialismus sowie die tradierten Sozialstrukturen. 1953 wurde er Korrespondierendes Mitglied der American Society of Human Genetics.

Friedrich Karl Kaul, Benno Müller-Hill, Ernst Klee, Tobias Freimüller u. a. haben Dimensionen medizinischer Tötungsverbrechen und den kaum faßbaren Grad von Verdrängung und Kontinuität der Täterkarrieren nach 1945 dargestellt.[31] Carola Sachse beschreibt in einer Fallstudie die aufwendigen Bemühungen ab September 1949 – geradezu symbolisch im Gleichklang mit der Konstituierung der BRD –, selbst dem zuvor führenden Rasseforscher Otmar von Verschuer Versorgung und weitere berufliche Chancen zu sichern. Das geschah unter maßgeblicher Mithilfe des Biochemikers und Nobelpreisträgers für Chemie (1939), Adolf Butenandt, ab 1960 Präsident und später Ehrenpräsident der Max-Planck-Gesellschaft.[32] Es kann unter solchen Voraussetzungen nicht mehr überraschen, daß die Rezensentin einer neuen Publikation zum Rassismus gegenüber afrodeutschen Kindern im Nachkriegsdeutschland bemerkt: „Daß selbst die Wissenschaft sich nicht von fragwürdigen Vorannahmen aus der Vergangenheit lösen konnte, belegen vier sozialanthropologische Studien über die afrodeutschen Kinder, die die Kontinuität deutscher Rasseforschung von der Kaiserzeit über den Nationalsozialismus bis in die Nachkriegszeit hervortreten lassen.“[33]

---

30 Elm, Ludwig: Hochschule und Neofaschismus, a. a. O., S. 89. Vgl. zur DHLZ (Deutsche Hochschullehrerzeitung): Ebenda, S. 40 ff.

31 Kaul, Friedrich-Karl: Nazimordaktion T4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Berlin 1973; Müller-Hill, Benno: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945, Reinbek bei Hamburg 1984; Klee, Ernst: Was sie taten – Was sie wurden. Arzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Frankfurt a. M. 1986 (und spätere einschlägige Veröffentlichungen Klees); Freimüller, Tobias: Mediziner: Operation Volkskörper, in: Frei, Norbert: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M. 2001, S. 13-71.

32 Sachse, Carola: Persilscheinkultur. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 2 17-246.

33 Aschmann, Birgit: Als „braune Babys“ störten. Adoption oder Heim? Afrodeutsche Kinder im Nachkriegsdeutschland, in: FAZ, 26. November 2003.

Der bundesdeutschen Seite ist zuzubilligen, daß insbesondere einige innen-, rechts- und medienpolitische Entwicklungen in der SBZ und DDR Mißtrauen und Kritik hervorrufen mußten. Vor dem historischen und internationalen Hintergrund der Unwägbarkeiten und geringen Transparenz des sowjetischen Herrschaftssystems, seiner unverkennbaren rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Defizite und seines erheblichen unmittelbaren Einflusses in Ostdeutschland, betraf das wesentlich autoritär-antiliberale bis offen repressive Züge, die sich in der Unterdrückung kritischer oder bloß abweichender Meinungen bis zu Verfolgungen, Inhaftierungen und Prozessen sowie vielfach in willkürlichen Urteilen und unverhältnismäßigem Strafmaß äußerten.

Das berührte in den 50er Jahren auch direkt und wiederholt die Universität. 1954/55 erfolgten die Verhaftung und Verurteilung einer Gruppe „Weiße Rose“ um den Physikstudenten Franz Hammer.[34] Der „Eisenberger Kreis“ oppositioneller Oberschüler, Studenten und junger Wissenschaftler wurde ab Februar 1958 durch Verhaftungen, Prozesse und Verurteilungen zerschlagen.[35] Im Sommer 1957 kam es zur Auflösung des „Bloch-Kreises“. Ihm gehörten nach Jena gekommene Schüler von Ernst Bloch, Leipzig, sowie weitere Philosophie-studenten an. Günter Zehm wurde zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt und ging nach der Amnestierung Ende 1960 in die Bundesrepublik.[36] In der SED-Organisation, in der Hochschulgruppe der FDJ und in staatlichen Strukturen waren 1956 bis 1958 weithin kritische Stimmen und Gruppierungen unterdrückt und einige Beteiligte bis zur beruflichen Diskriminierung und strafrechtlichen Ermittlung und Verurteilung verfolgt worden. Hauptsächlicher Ausgangspunkt waren der 20. Parteitag der KPdSU Anfang 1956 und die in der SED-Basis verbreitete Unzufriedenheit bezüglich des Umgangs der Parteiführung mit dabei zumindest partiell eingestandenen Fehlentwicklungen und Verbrechen in der Sowjetunion und in der kommunistischen Weltbewegung.[37]

Vergangenes blieb gegenwärtig

Altrektor Friedrich Zucker sprach neben Rektor Schwarz und Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR, auf dem Festakt zum 15. Jahrestag der Neueröffnung am 20. Oktober 1960. Er erinnerte an die materiell-organisatorischen, personellen und ideellen Probleme des Neubeginns. „In bezug auf die Entnazifizierung des Lehrkörpers ist kurz zu sagen, daß ich nach eingehender Erörterung jedes einzelnen Falles mit den Herren der Militäradministration kurz vor Ende des Jahres 1945 alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP entließ, mit Ausnahme einiger weniger besonders hervorragender Vertreter ihres jeweiligen Faches. Einige wenige Entlassungen konnten nicht lange danach rückgängig gemacht werden.“ Im Frühjahr 1946 habe er „über das abgelaufene erste Semester in einem größeren Kreis“ berichten müssen, wozu auch Herr Solotuchin aus Karlshorst angereist war. „Meinem Bericht folgte eine sehr ausgedehnte Auseinandersetzung; bei dem danach stattfindenden Abendessen sagte mir Herr Solotuchin, ich solle einen Bericht über die Verhandlung veröffentlichen, doch die Kritik solle innerhalb der Familie bleiben.“[38]

Verschiedene Initiativen der Universität signalisierten 1964/65 erneut das antifaschistische Grundverständnis. Die Philosophische Fakultät verlieh dem Verleger, Kulturpolitiker und Publizisten Johann Fladung, Darmstadt, am 12. März 1964 die Ehrendoktorwürde. Von den Nazis schwer mißhan-

---

34 Ammer, Thomas: „Weiße Rose“ in Jena. Eine „unbekannte“ Widerstandsgruppe gegen das SED-Regime, in: Deutschland Archiv, 4/2003, S. 615-626. Diese und andere Gruppen verzichteten nicht auf subversive Verbindungen und Methoden, die auch in der Bundesrepublik strafrechtlich relevant gewesen wären.

35 Vgl. von zur Mühlen, Patrik: Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953-1958, Bonn 1995.

36 Vgl. zum Hintergrund der Auseinandersetzung: Franzke, Michael (Hrsg.): Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität, Leipzig o.J.

37 Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit (1956-1958). Eine Dokumentation von Werner Fritsch und Werner Nöckel, Erfurt 2000.

38 Festakt anläßlich des 15. Jahrestages der Neueröffnung der FSU Jena am 20. Oktober 1960, Jena 1960, S. 4 (Jenaer Reden und Schriften. Hrsg. von der FSU, Neue Folge, H. 2). Neben den Reden von Zucker, Schwarz und Ulbricht enthält das Heft „Thesen der Universitäts-Parteileitung der SED zum 15. Jahrestag der Neueröffnung der FSU“ (S. 39-63). Vgl. auch: Zum 100. Geburtstag von Friedrich Zucker. Wissenschaftshistorisches Kolloquium der Sektion Altertumswissenschaften in Jena am 17. Juni 1981, Jena 1982 (Ausgewählte Vorträge der FSU Jena. Hrsg.: Der Rektor, Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Bolck).

delt, nach England emigriert, wirkte der Kommunist und antifaschistische Humanist in der Bundesrepublik vor allem als Verleger und im Kulturbund. Die Ehrenpromotion bekundete Solidarität angesichts seiner erneuten politischen Verfolgung und der Anklage seitens der führend und mehrheitlich von Altnazis durchsetzten bundesdeutschen Justiz. Angesichts dieser Vorgänge bekundeten ihm zahlreiche Persönlichkeiten ihre Hochachtung und Verbundenheit, darunter Wolfgang Abendroth, Nobelpreisträger Max Born, Max Burghardt, Erich Engel, John Heartfield, Jürgen Kuczynski, Wolfgang Langhoff, Otto Nagel, Martin Niemöller, Otto Pankok, Renate Riemeck, Bertrand Earl of Russell, Anna Seghers und Arnold Zweig. Die damalige Auszeichnung Fladungs ehrte die Universität selbst. Sie war unvorstellbar in der Bundesrepublik und ist heute im historisch-politischen Selbstverständnis und als Tradition der Jenaer Universität zu verteidigen.[39]

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät unterbreitete am 16. Juli 1964 auf einer Pressekonferenz dokumentarisches Material über die nazistische Vergangenheit des Rechtswissenschaftlers und bayerischen Kultusministers Theodor Maunz.[40] Im März 1965 wandten sich Rektor, Senat und zahlreiche weitere Hochschullehrer in einem „Ruf der Friedrich-Schiller-Universität an die Rektoren und Senate der Universitäten und Hochschulen!“ gegen die beabsichtigte Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen in der Bundesrepublik.[41] Unter ihnen befand sich der Direktor des Instituts für Pathologische Physiologie, Eberhard Goetze, dessen Schwester Ursula Goetze als Widerstandskämpferin am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee im Alter von 27 Jahren enthauptet worden war.

Auf Einladung von Rektor und Senat sowie der Rechtswissenschaftlichen Fakultät fand am 12. April 1965 in der Aula der Friedrich-Schiller-Universität das Internationale Meeting „Wissenschaft und Verantwortung“ anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung des KZ Buchenwald statt. Daran nahmen ehemalige Häftlinge, Vertreter des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler und Studenten aus der ČSSR, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Osterreich, Polen, Rumänien, der UdSSR, Bundesrepublik und DDR teil. Die Redner und Teilnehmer wandten sich gegen die in der Bundesrepublik geplante Verjährung aller NS-Verbrechen. Dazu sprachen u.a. der Völkerrechtler Gregor Schirmer, der ehemalige Vorsitzende des illegalen internationalen Buchenwaldkomitees, Walter Bartel, Generalmajor a. D., Iwan Kolesnitschenko, Landesbischof Dr. D. Moritz Mitzenheim, der frühere KZ-Häftling und Direktor des Technisch-Physikalischen Instituts, Alfred Eckardt, sowie Heinrich Toeplitz, Präsident des Obersten Gerichts der DDR. Der ehemalige Buchenwaldhäftling L. Segers aus Amsterdam berichtete über den Widerstand gegen die Begnadigung von vier noch in holländischen Gefängnissen einsitzenden Nazihenkern und von Wanderausstellungen über Verbrechen der NS-Besetzung: „Aus alldem ist erkenntlich, daß im Volke der Widerstand gegen alle Versuche, die Kriegsverbrecher ihrer gerechten Strafe und Bestrafung zu entziehen, wächst. Daraus wird auch deutlich, weshalb das holländische Parlament mit Stimmenmehrheit eine Resolution gegen die Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen angenommen und diese Resolution der Bonner Regierung zur Kenntnis gegeben hat.“[42]

Professor Jan Gwiazdomorski, Kraków, erinnerte als Betroffener an die Verhaftung von etwa 180 Wissenschaftlern der Jagiellonen-Universität durch die SS und Polizei am 6. November 1939 sowie

---

39 Vgl. die Berichte über die Ehrenpromotion, in: SU, Nr. 6, 21. März 1964 sowie die Erklärung westdeutscher Persönlichkeiten zum Strafverfahren gegen Johann Fladung, in: Ebenda, 7/8, 15. April 1964. R. Riemeck schrieb in ihren Erinnerungen: „Fladung, der stets am weißen Stock ging und zum Lesen eine Lupe benutzen mußte, konnte ich nur bewundern. Bis zu seinem Tode (1982) suchte ich ihn vor jedem Weihnachtsfest auf. Das war Tradition geworden, seitdem ich wußte, daß Fladung ein überzeugter Kommunist war, mein Christsein aber vorbehaltlos gelten ließ. Er erinnerte mich oft an Friedrich Engels, der atheistisch dachte, aber christlich handelte. Wenn doch die frommen Christen unserer Tage getan hätten, wovon sie immer redeten!“ (Riemeck, Renate: Ich bin ein ..., a. a. O., S. 175).

40 Rechtswissenschaftliche Fakultät der FSU Jena (Hrsg.): Maunz im Dienste des Faschismus und der CSU. Initiator faschistischen Unrechts, prominenter Politiker und Hochschul-Lehrer in Westdeutschland. Eine Dokumentation, Jena 1964. Vgl. Beiträge dazu in: SU, Nr. 15, 18. Juli, und SU, Nr. 18, 29. August 1964.

41 Vgl. Wortlaut und Unterzeichner in: SU, Nr. 5, 6. März 1965.

42 Wissenschaft und Verantwortung. Internationales Meeting anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald an der FSU am 12. April 1965, Jena 1965, S. 30 (Jenaer Reden und Schriften).

die anschließende Haft in Breslauer Gefängnissen und im KZ Sachsenhausen. Es sei nach dem Leid der Jahre 1939-1945 begreiflich, daß die Polen „besonders empfindlich sind in der Frage der Verjährung der Nazi- und Kriegsverbrechen. Deswegen hat unser Parlament, der Sejm, noch am 22. April 1964 ein Gesetz über die Nichtverjährung der schweren Naziverbrechen, die während des zweiten Weltkrieges begangen worden sind, verabschiedet.“[43] Der Senat der Jagiellonen-Universität habe wie die Alma mater Jenensis einen Beschluß gegen die Verjährung schwerster Kriegsverbrechen gefaßt.[44] Der Ex-Buchenwalder und Kommunist jüdischer Herkunft, Emil Carlebach, sprach von der Ehre, in dieser Veranstaltung das Wort ergreifen zu können, wie er es wenige Wochen zuvor bei ähnlichem Anlaß in der Pariser Sorbonne hatte tun können: „In meiner Heimatstadt Frankfurt/Main, in der Universität zu Frankfurt/Main kann ich nicht sprechen; dort würde man mich verhaften – als Deutschen, als Widerstandskämpfer und als Kommunisten.“[45] Die Universitätszeitung brachte eine von Mitarbeitern der Universitätsbibliothek verfaßte Serie „Deutsche Akademiker im Widerstand“ mit Porträtskizzen von Arvid Harnack, Adolf Reichwein, Georg Sacke, Kurt Huber, Julius Schaxel und Walther Arndt.[46]

Die aus Anlaß der 425-Jahrfeier erschienene Universitätsgeschichte von 1983 enthält das Kapitel „Die Universität Jena in der Weimarer Republik und unter dem Faschismus (1918/19 bis 1945)“. Es skizziert die Entwicklungen von mehrheitlich republikfeindlichen sowie zunehmend völkisch-rassistischen Positionen der Hochschullehrer und Studenten vor 1933 bis zum anschließenden Niedergang als „braune Universität“.[47] Die damaligen Forschungen schlugen sich in weiteren Veröffentlichungen zur Universitätsgeschichte, insbesondere nach 1945, nieder.[48] Hervorzuheben ist ein Beitrag über den antifaschistischen Pädagogen August Siemsen und seine Emigrantenjahre (Schweiz 1933-1936, Argentinien 1936-1952).[49]

Universitätsgeschichte im öffentlichen Diskurs

In immer neuer Weise entwickeln sich Kontroversen um die Geschichte der FSU und auch um frühere Geschichtsschreibung. Dabei überlagern und verflechten sich neue Kenntnisse und Einsichten, Befreiung von früheren Irrtümern und Einseitigkeiten, veränderte Fragen an die Vergangenheit sowie neue politische Interessen und Instrumentalisierungen und daraus erwachsende Prioritäten und Wertungen. Das sei an zwei aktuellen Beispielen verdeutlicht.

Am 15. Oktober 2003 wurde im Thüringer Landtag die Ausstellung „Überweisung in den Tod. NS-‚Kindereuthanasie‘ in Thüringen“ eröffnet. Im Mittelpunkt stehen die Thüringer Landesheilanstalten Stadtroda als eines der Zentren im Deutschen Reich, in denen planmäßig zahlreiche behinderte Kinder getötet wurden. Durch Zusammenarbeit und Personalunion ist die Medizinische Fakultät der FSU einbezogen. Die ungebrochene Fortsetzung ärztlicher Tätigkeit nach 1945 durch Mediziner, die an den Tötungen beteiligt waren, erscheint heute schwer begreiflich und wirft Fragen auf, die weiterer Beantwortung harren. Die im Jahr 2000 gegen die heute 88jährige Professorin Rosemarie Albrecht eingeleiteten Ermittlungen dauern an. Die Beteiligung von Professor Jussuf Ibrahim, seine Wertschätzung in der DDR und die langwierige öffentliche Kontroverse um die Beurteilung seines Verhaltens, die um das Jahr 2000 in Jena und darüber hinaus stattfanden, bilden einen wesentlichen Aspekt der Ausstellung. Eifer und Wortwahl lassen darauf schließen, daß für manche die Abrechnung mit der DDR selbst bei diesem Thema einen hohen, mitunter gar vorrangigen, Stellenwert besitzt. Beispiels-

---

43 Ebenda, S. 34.

44 1981 brachte die Universität Jena die kurz zuvor in Polen erschienene und von Bolko Schweinitz, Redakteur der Wissenschaftlichen Zeitschrift, übersetzte Geschichte der Universität Kraków 1939–1945 heraus: Gaweda, Stanislaw: Die Jagiellonische Universität in der Zeit der faschistischen Okkupation 1939-1945, Jena 1981 (Veröffentlichung der FSU Jena in Zusammenarbeit mit dem Urania-Verlag Leipzig).

45 Wissenschaft und Verantwortung, a. a. O., S. 37.

46 SU, Nr. 7-12/13, April bis Juni 1965.

47 Alma mater Jenensis. Geschichte der Universität Jena, hrsg. von Siegfried Schmidt in Verbindung mit Ludwig Elm und Günter Steiger, Weimar 1983, S. 249-297.

48 Alma mater Jenensis. Studien zur Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte, H. 1, Jena 1983; H. 2, Jena 1985.

49 Wagner, Günther: August Siemsen (1884-1958) – progressiver Pädagoge seiner Zeit, in: Ebenda, H. 2, S. 99-112.

weise, wenn im Prospekt zur Exposition zu lesen ist: „Die Opfer der NS-Medizinverbrechen gehörten zu den ‚vergessenen Opfern' des DDR-Antifaschismus." Die Aussage ist in dieser Pauschalisierung haltlos. Die fehlende Bereitschaft zu differenzierteren Urteilen läßt das Haupt- und Staatsanliegen aufscheinen, den antifaschistischen Ursprung und Anspruch der DDR generell herabzusetzen.

Die Karriere des seinerzeitigen Leiters der Stadtrodaer Anstalten, Gerhard Kloos, nach 1945 in den Westzonen und der Bundesrepublik sowie sein Freispruch werden zwar in den Hauptdaten genannt. Eine verallgemeinernde Bemerkung dahingehend, daß die BRD ab ihrer Gründung und für lange Zeit überhaupt ein Glücksfall für Täter und Mitläufer des Dritten Reiches war – insbesondere wenn diese dem gehobenen bürgerlichen und speziell akademischen Milieu angehörten –, findet sich „selbstredend" nicht. Vielmehr wird bei diesem Problemkreis durch Parallelisierung ost- und westdeutscher Entwicklungen – die ansonsten durchaus unüblich ist – das dortige Geschehen in Gestalt der weitgehenden Kontinuität der Eliten über den Bruch von 1945 hinweg verharmlost und in seiner spezifisch westdeutschen Dimension entschärft. Andererseits wird weiterhin die herausragende Verantwortung, die Schuld und jahrzehntelang weithin ungenügende Sühne des medizinischen Standes – darunter vor allem seiner Lehrstuhlinhaber und der Repräsentanten der ärztlichen Standes- und Fachorganisationen – vor und nach 1945, in Ost und West, völlig ungenügend reflektiert. „Wer hier nach Antworten sucht, erfährt rasch, daß er sich auch 60, 70 Jahre danach in einer Tabuzone bewegt."[50]

Die zweite Episode ist weniger spektakulär und öffentlichkeitswirksam, jedoch auch symptomatisch für Irrwege und jahrzehntelange Lügen in der Zeitgeschichtsschreibung. Der Gerichtsmediziner und SS-Sturmführer Gerhard Buhtz (ab 1935 Ordinarius und Dekan in Jena, später in Breslau) gehörte 1943 der internationalen Gerichtsmediziner-Kommission der Wehrmacht für Katyn an. In der Universitätsgeschichte von 1983 liest man entsprechend der von Moskau jahrzehntelang aufrechterhaltenen Version von dem „Giese-Nachfolger Gerhard Buhtz, der 1943 die Leichen der angeblich vom sowjetischen Geheimdienst bei Smolensk ermordeten polnischen Offiziere gerichtsmedizinisch ‚identifizierte' und damit dem faschistischen Propagandafeldzug die ‚wissenschaftliche' Grundlage gab."[51] Der kürzlich verstorbene Alfred Thullen verwies darauf, daß er in einem Briefwechsel mit Günter Steiger, Kustos der FSU, 1982 äußerte, er habe in der Geschichte der Universität von 1958 diesen Anteil von Buhtz – „meinen Lehrer und Staatsexamensprüfer in Gerichtsmedizin" – an einem Stückchen Weltgeschichte vermißt. Er polemisierte gegen die Falschdarstellung von 1983. Problematisch, jedoch seiner rechtskonservativen Position geschuldet, sind Thullens Vorbehalte, die Universität Jena als die „braunste Universität" zu kennzeichnen, und seine Neigung, entsprechende Belege zu relativieren.[52]

Übrigens: Wenn wir diese Veranstaltung am Jahrestag des Wartburgfestes von 1817 – und damit an einem der herausragenden Daten der Jenaer Universitäts- und Studentengeschichte – durchführen, dann sei dem Disput mit dem ehemaligen Corpsstudenten und Altem Herm der Jenaer Burschenschaften, Professor Thullen, hinzugefügt, daß wir uns den weiteren Kontroversen um die neuere Geschichte der Alma mater Jenensis zu stellen beabsichtigen. Es ist ein Aspekt der Bemühungen, die uns hier zusammenführen.

---

50 Hofmann, Annegret: Im Dienste der Volksgesundheit. Arzte im Nationalsozialismus. Nur langsam stellt sich der medizinische Stand seiner Verantwortung, in: Freitag, Nr. 48, 21. November 2003.

51 Alma mater Jenensis, a. a. O., S. 292.

52 Thullen, Alfred: Schweigen und Lügen: Katyn. Sowjet-Verbrechen im Spiegel der DDR-Historie, in: Gerbergasse 18. Forum für Geschichte und Kultur, Jena, H. 3/03, S. 27 f. In Belehrungen anderer über Wahrheit in der Geschichtsschreibung sollte ein Alter Herr der Deutschen Burschenschaft (DB) zurückhaltender sein: Der Umgang insbesondere der Altherrenschaften der schlagenden und farbentragenden Korporationsverbände nach 1945 mit eigener vorangegangener Fehlentwicklung und Schuld gehört zu den geistesgeschichtlichen Lehrstücken von Verdrängung, weithin auch Unwahrhaftigkeit und Unbelehrbarkeit, seitens selbsternannter Eliten. „Von einer geistigen Erneuerung der Korporation, von einem inneren Wandel, wie er angeblich heute die studentischen Verbindungen erfaßt hat, ist nichts, aber auch rein gar nichts zu spüren." (Professor Hans Thieme, Freiburg, An einen Alten Herrn, in: DUZ, 9/1953, S. 11). Der Physiker Abraham Esau, 1932-33 und 1937-39 Rektor der Universität Jena, 193945 Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt Berlin, NSDAP ab Mai 1933, Corpsstudent und Träger des Ehrenbandes der Jenaer Burschenschaften Arminia a. d. Burgkeller und Germania, erfuhr noch 1990 eine völlig unkritische Würdigung: 1815-1990. 175 Jahre Jenaische Burschenschaft. Festschrift, o. O. 1990, S. 144.

Der Kreis schließt sich, wenn wir die ostdeutsche Hochschulgeschichte als Teil der DDR-Geschichte in einschlägige Bestandsaufnahmen sowie Schlußfolgerungen einordnen. Jürgen Kocka hat in einem Festvortrag aus Anlaß des 75. Geburtstages von Hermann Weber im August 2003 grundsätzliche Ausführungen zur Bilanz und nicht zuletzt zu Defiziten der DDR-Forschung gemacht. In einigen kritischen Anmerkungen können viele von uns sich bestätigt und zu weiteren Bemühungen ermuntert sehen. Mehr als bisher – so Kocka – sei bezüglich der DDR auch „deren relative Stabilität und Lebensfähigkeit über viele Jahrzehnte“ begreiflich zu machen: Diese waren „nicht nur eine Funktion von Drohung und Zwang, Überwachung, Zensur und Unterdrückung. Stabilität und Lebensfähigkeit der DDR folgten vielmehr auch aus der Zustimmung und Akzeptanz, die sie bei Teilen der Bevölkerung fand, aus ihren Erfolgen und Leistungen, aus den vielfältigen Arrangements, die Konflikte verarbeiteten, bevor sie ausbrachen, und wenn schon nicht Zustimmung, dann Tolerierung bewirkten. Soweit ich sehe, ist die Forschung derzeit besser in der Lage, die Krisen und das Scheitern der DDR verständlich zu machen, als ihre relative Stabilität und ihr langes Überleben zu erklären.“[53]

Weiterhin merkte Kocka an, daß die DDR-Forschung „ungemein kleinschrittig“ und höchst spezialisiert geworden sei. Ausblicke auf andere Forschungsbereiche der deutschen, europäischen und globalen Geschichte wären selten. Es gäbe ein „hohes Maß an Selbstreferenzialität und Selbstisolierung“. Schließlich würden nicht nur wissenschaftliche Interessen die DDR-Forschung antreiben. „Es geht nicht nur um wissenschaftliche Erkenntnis, sondern auch um Abrechnung und Selbstbestätigung, um Delegitimierung und Verteidigung, um die Zurechnung von Schuld und Verdienst, um Identitätsbildung und Durchsetzung im Kampf um öffentliche Anerkennung, oft mit praktischen Konsequenzen.“[54] Das reiche bis zur „Verteilung von Einfluß und Macht“. Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik lägen „deshalb in engstem Gemenge“. Kocka geht es darum, die daraus für die Wissenschaft – lies: DDR-Forschung – erwachsenden Gefährdungen zu signalisieren. Die Geschichte der DDR sei „sehr viel mehr als eine Fußnote der Weltgeschichte“ und habe eine interessante Zukunft – „besonders, wenn es gelingt, die Fixierung auf sie zu überwinden.“ Es bedarf vieler, von unterschiedlichen Erfahrungen und Motiven gespeister Wortmeldungen, um auch alle wesentlichen Aspekte des Ursprungs und der Geschichte ihres Bildungs- und Hochschulwesens angemessen zu erfassen und darzustellen.

Alma Mater und moderne Gesellschaft. Hochschulpolitische Reformansätze in jüngerer und jüngster Zeit unter besonderer Berücksichtigung von Jenaer Erfahrungen aus den 50er-70er Jahren. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2004, S. 137-159.

---

53 Kocka, Jürgen: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv, 5/2003, S. 767.

54 Ebenda, S. 769.

Milena Jesenská –
Solidarität und Widerstand angesichts Flucht und Vertreibung 1933 bis 1940

Das Problem von „Vertreibung“ wird im Kontext der neueren deutschen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik vielfach verengt. Zugleich den Begriff der „Umsiedlung“ zu tabuisieren, bedeutet eine weitere konzeptionelle Vorgabe – die vorherrschende bundesdeutsche Sprachregelung – zu übernehmen, die aus der überkommenen Feindseligkeit der Bundesrepublik gegenüber dem Potsdamer Abkommen erwachsen ist. Es ist dem Versuch entgegenzutreten, nationale und ethnische Erscheinungsformen von Konflikten wesentlicher sozialer und historisch-politischer Voraussetzungen und Komponenten zu entledigen. Auf diesem Weg werden Ursachenkomplexe, Tätergruppen, aber auch wesentliche Traditionen des Antifaschismus verdrängt.

In einem Grundsatzbeitrag äußerte Norman M. Naimark, Stanford University/Kalifornien, jüngst,

> *„daß man die Vertreibung im Zusammenhang der Zeitgeschichte betrachten muß. Zuerst war die brutale Bevölkerungspolitik des rassistischen NS-Staates in den Ostgebieten. ... So legten die Nationalsozialisten den Grundstein für Vergeltungsaktionen und Zwangsdeportationen.“*

Er nannte eine charakteristische Beobachtung:

> *„Man kann Tausende Seiten furchtbarster Erinnerungen von Vertreibungsopfern lesen, ohne auch nur ein einziges Wort über den ersten Zusammenhang, die Verantwortung der Nationalsozialisten, zu finden. “*[1]

Der 70. Jahrestag der Ermordung des aus dem Deutschen Reich vertriebenen Theodor Lessing am 30. August 1933 durch zwei deutsche Nationalsozialisten im tschechischen Exil – Marienbad – hat in den bundesdeutschen Medien kaum Erwähnung gefunden. Dagegen nahm ihn Emil Hruska zum Anlaß für einen Essay zur Würdigung des entschiedenen intellektuellen Gegners der deutschen Rechten.

> *„Der Mord war ein Ereignis, das wie ein Katalysator das Eingreifen der tschechoslowakischen Behörden gegen die ‚sudetendeutschen‘ Nazis bewirkte und dessen Folgen die Nazibewegung in der Tschechoslowakei im Sinne ihrer Umgruppierung beeinflußte. Ein Produkt dieser Vorgänge war dann die Bewegung, an deren Spitze Konrad Henlein stand.“*[2]

Die Ignoranz gegenüber solchen Daten ist in der Bundesrepublik alles andere als zufällig. Bundespräsident Roman Herzog hat am 29. April 1997 vor Vertretern beider Kammern des Tschechischen Parlaments eine umfängliche Rede gehalten. Sie enthält wiederholte Bekenntnisse zur „Wahrheit“, zu „Versöhnung“ und „Vergebung“, auch die Berufung auf verschiedene deutsch-tschechische Traditionen. Die Hilfe der Tschechoslowakei für tausende Deutsche, die ab Frühjahr 1933 aufgrund politischer und rassistischer Verfolgung bis 1938/39 Asyl und Schutz fanden wurde mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn ein überfälliges, historisches Dankeswort ausgesprochen. Keine Bemerkung auch zu den bis heute andauernden schwerwiegenden Defiziten der sudetendeutschen Verbände und Funktionäre bei der kritischen Aufarbeitung ihrer gravierenden nazistischen Herkünfte und Erbschaften; jener Versäumnisse also, die in Jahrzehnten unter der Obhut und dem Einfluß der Unionsparteien geduldet und stets tradiert wurden. Es fehlt somit von dieser Seite eine Mindestvoraussetzung für das, was Herzog wortreich, aber unverbindlich, als „die ungeschminkte, die volle Wahrheit“, „den Mut und die Anstrengung zur vollen und ungeschminkten Wahrheit“, von anderen zu fordern für angebracht hielt.[3]

Der literarischen Reflektion von Flucht und Vertreibung war eine von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen 1985 herausgegebene Sammlung von Texten der Jahre 1945–1985 gewidmet. Die meist persönlich betroffenen Autoren reichen von Karl Götz, der Ehrungen im Dritten Reich sowie

---

1 Naimark, Norman M.: Strategische Argumente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Januar 2004.

2 Hruska, Emil: Die Ermordung des Professor Lessing. Teil 1, in: Deutsch-Tschechische Nachrichten vom 19. Dezember 2003, Nr. 55, München, S. 8-11.

3 Vgl. den Wortlaut der Rede in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Herzog, Roman: Reden und Interviews (3/2), 1. Juli 1996-30. Juni 1997, Bonn 1998, S. 542-555.

von offiziellen bundesdeutschen und von rechtsextremistischen Organisationen empfangen hatte, bis zu Johannes Bobrowski, Günter Grass, Peter Härtling, Peter Huchel, Lew Kopelew, Siegfried Lenz, Hans Werner Richter, Alexander Solschenizyn, Ernst Wiechert u. v. a. Weder in der Einführung noch in einem abschließenden „Historischen Exkurs“ wird die unmittelbare Vorgeschichte der nazifaschistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Ausrottungspolitik seit 1938/39 auch nur annähernd umrissen. Sie wird naturgemäß auch in den meisten der für ein bestimmtes Anliegen ausgewählten literarischen Zeugnisse nicht oder kaum benannt.[4] Da auch in Erinnerungsberichten vielfach die Furcht vor der näher rückenden Roten Armee beschworen wird und darin wesentliche Fluchtgründe benannt werden, wird die Perspektive hinsichtlich Ursachen und Schuld für Flucht und Vertreibung weiter in problematischer Weise verschoben.

Höchst fahrlässig kommt 1997 eine unveränderte und unkommentierte Neuausgabe der bereits bis 1983 in sieben Auflagen erschienenen „Sudetendeutschen Geschichte“ von Emil Franzel daher. Die „volkstümliche Darstellung“ des rechtskonservativen Autors atmet den völkischen Geist der zum Nazismus strebenden sudetendeutschen Bewegung und enthält offen antisemitische Töne. So ist zu lesen, daß Masaryk sich frühzeitig „die Sympathien des Weltjudentums erworben“ hatte (S. 327), daß von Anbeginn „die Rechtswidrigkeit der tschechoslowakischen Staatsordnung“ gegeben war (S. 336) und daß es in Europa damals nur in Irland das Vorbild für „einen Volkstumskampf harten Stils“ gab (S. 337). Wiederholt werden tschechische Politiker, insbesondere Edvard Beneš, verunglimpft. Noch mehr:

> *„Im Jahre 1938 war Hitler vom Glück außergewöhnlich begünstigt. Vielleicht hängen seine märchenhaften Erfolge aber auch damit zusammen, daß die nationalsozialistische Revolution, als sie die Forderung nach der Beseitigung des Versailler Systems stellte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihre Fahnen schrieb, eine gerechte Sache vertrat und eine wirkliche geschichtliche Sendung zu Ende führte.“*

Die Gegenspieler seien sich bewußt geworden, daß sie „eine widersinnige und nicht lebensfähige Ordnung in Mitteleuropa aufgerichtet“ hatten.[5] Das ist Geschichtsideologie à la Hohmann, die in einem ausgedehnten konservativ-nationalistischen Sumpf wurzelt, der Bestandteil der Geistesgeschichte der Bundesrepublik ist.

Ähnliches muß von 1991 veröffentlichten Erinnerungen alter Burschenschafter gesagt werden. Beispielsweise schwärmt darin Dr. Ing. Otto Schams von der sudetendeutschen Bewegung der 20er und 30er Jahre. Nach Jahrzehnten noch zutiefst antisemitisch gesonnen, schildert er euphorisch den Widerstand deutscher Studenten – voran die Deutsche Burschenschaft – gegen den 1922 zum Rektor der Universität Prag gewählten jüdischen Professor Samuel Steinherz und feiert noch immer den damaligen „Erfolg“ der studentischen Streiks:

> *„Wenn es die Studenten forderten, trat bei Amtshandlungen (Promotionen usw.) der Prorektor an die Stelle des Rektors.“*[6]

Solche Veröffentlichungen sind ebenso wie die jahrzehntelange Schonung von NS-Tätern kein Vertrauen förderndes Moment in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken.

Diese Ausführungen sind wesentlich geleitet von dem Motiv der Wiedergutmachung gegenüber Persönlichkeiten, WiderstandskämpferInnen und Opfern des Faschismus, deren Erinnerung und Würdigung jahrzehntelang nicht nur seitens der früheren Täter und Mitläufer der NS-Diktatur und einer konformistisch-antikommunistischen Geschichtsschreibung, sondern auch durch parteipolitisch

---

4 Vertrieben ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Eine Auswahl aus Romanen, Erzählungen, Gedichten, Tagebüchern und Zeichnungen der Jahre 1945–1985, gesammelt von Ernst-Edmund Keil, mit einem historischen Exkurs von Hans-Werner Rautenberg, Bonn 1985.

5 Franzel, Emil: Sudetendeutsche Geschichte. Eine volkstümliche Darstellung, Augsburg 1997, S. 382 (Genehmigte Lizenzausgabe für Bechtermünz Verlag im Weltbild Verlag GmbH).

6 Schams, Otto: Das Schicksal eines Sudetendeutschen, in: Maron, Johannes (Hrsg.): Für Ehre, Freiheit, Vaterland. Burschenschafter als Zeitzeugen unseres Jahrhunderts, München 1991, S. 128.

bornierte, wesentliche Menschenrechte sowie Gebote objektiven und gerechten Urteilens mißachtende kommunistische Sichtweisen und Einschätzungen behindert und beeinträchtigt wurden.

Das Leben der Milena Jesenská (1896-1944), Tochter des nationalkonservativ eingestellten Prager Arztes und Medizinprofessors Jan Jesensky, umfaßte bewegte und teilweise extravagante Episoden in der Prager Gesellschaft, eine Liebesbeziehung zu Franz Kafka (von dem sie einige Texte ins Tschechische übersetzte) und mehrere Ehen bzw. Lebensgemeinschaften, einige Jahre in Wien, die Geburt einer Tochter (1928), eine zeitweise Mitgliedschaft in der KP, die journalistische Tätigkeit in tschechischen Zeitungen unterschiedlicher politischer Orientierung, den Widerstand gegen nazistisches Sudetendeutschtum, Münchner Abkommen und die hitlerdeutsche Okkupation, die Verhaftung und einen Prozeß in Dresden (1939/40, mit Freispruch) sowie die anschließende Überweisung in das KZ Ravensbrück, in dem sie vor 60 Jahren – am 17. Mai 1944 – 47jährig verstarb.[7]

Ende 1919 begann sie, in der ersten Ehe in Wien lebend, journalistisch und daneben als Übersetzerin tätig zu werden. Zunächst vor allem mit Beiträgen über Mode und auf Frauenseiten verschiedener Blätter, bald auch zu allgemeineren Themen des Lebens und der Zeit. Nach mehreren Jahren wieder in Prag, wird sie Mitglied der Kommunistischen Partei und schreibt für deren Presse. Ein Foto von Anfang der 30er Jahre zeigt sie mit Julius Fučik, an den im vergangenen Jahr anläßlich seines 100. Geburtstages erinnert wurde. Unter dem Eindruck zwiespältiger Erfahrungen mit der Sowjetunion und kommunistischer Politik löste sie sich gegen Mitte der 30er Jahre von diesen Bindungen.

Im vorliegenden Rahmen sollen Positionen in Erinnerung gerufen und gewürdigt werden, die sie vom Herbst 1937 bis März 1939 in Artikeln in der Wochenschrift Pritomnost (Gegenwart) eingenommen hat. Das Blatt war von Ferdinand Peroutka 1924 mit materieller und politisch-moralischer Unterstützung durch Präsident Tomáš Masaryk gegründet worden. Nach 1933 schrieben darin auch deutsche Emigranten wie Arthur Koestler, Heinrich Mann und Willi Schlamm. Die Zeitschrift wurde im August 1939 eingestellt und der Chefredakteur im folgenden Monat verhaftet.

Der Beitrag „Gestrandete Menschen“ im Oktober 1937 war der Situation deutscher Emigranten in der Tschechoslowakei gewidmet. Darin wurden anteilnehmend die soziale und kulturelle Differenzierung, die Besonderheiten verschiedener Wellen der Immigration sowie existentielle soziale und psychisch-moralische Probleme der Flüchtlinge erörtert. Die rassistisch und politisch motivierte Ausgrenzung und Vertreibung sowie ihre destruktiven Wirkungen bleiben ein Hauptthema. Den ab 1933 aus politischen und rassistischen Gründen aus Deutschland Vertriebenen folgen die seit Herbst 1938 aus den Sudetengebieten Gejagten und Geflüchteten. Dazu kam der Blick auf die alltägliche deutschnationale und nazistische Aufrüstung der Sudetendeutschen sowie die nach der Besetzung Osterreichs rasch und bedrohlich zunehmenden nationalistischen und antisemitischen Spannungen und äußeren Gefährdungen. Als sich die vertragsbrüchige Preisgabe der Integrität des tschechoslowakischen Staates durch England und Frankreich abzeichnete und schließlich das Münchner Abkommen verabschiedet wird, verleiht sie dem in der Bevölkerung vorherrschenden Gefühlen der Enttäuschung, der Bereitschaft zu Widerstand und der Trauer Ausdruck. Die neue Phase der ethnischen Säuberung und des Vertreibens wird von ihr in der sich abzeichnenden verhängnisvollen Tragweite scharfsichtig kommentiert.

Anfang 1939 adressierte M. Jesenská einen Artikel „Adieu, Jules Romains!“ an den französischen Schriftsteller, der tschechoslowakische Kritik an der Politik Frankreichs und Großbritanniens zurückgewiesen und das Münchner Abkommen gerechtfertigt hatte. Sie bekennt sich als frühere begeisterte Leserin des Romanciers und erinnert daran, daß Frankreich Bündnisverpflichtungen vor allem auch aus eigenem Interesse eingegangen war. Gedanklich konsequent und weitsichtig schrieb sie dann:

> *„Da uns Frankreich im entscheidenden Moment nicht zur Seite stand, hat es uns natürlich verraten, das ist klar. Aber es hat auch sich selbst verraten. Besser gesagt: vor allem sich selbst.*

---

7 Vgl. Rein, Dorothea: Biographische Skizze, in: Dieselbe (Hrsg.): Milena Jesenská: Alles ist Leben. Feuilletons und Reportagen 1919-1938, München 1999, S. 253-284 (Der Auswahlband erschien erstmals 1984 in Frankfurt a. M.)

Wenn das französische Volk behauptet, es sei nicht notwendig, in den Krieg zu ziehen wegen drei Millionen Deutscher, die heim ins Reich wollen, so hat es sich geirrt, denn vielleicht war es doch notwendig, in den Krieg zu ziehen vieler Millionen Franzosen wegen und um ganz Frankreichs willen. Solange Sie, Meister, von den Septembertagen als von einer Katastrophe sprechen, die die Tschechoslowakei getroffen hat, solange Sie sich nicht anschicken, von der Katastrophe zu reden, die Frankreich getroffen hat – solange wird Ihre Rechtfertigung gegenstandslos sein."[8]

Ihre Diagnose und Prognose erwiesen sich mit dem Gang der Ereignisse im Vergleich zu denen von französischen und britischen Spitzenpolitikern, ihren Beratern und den ihnen beipflichtenden Intellektuellen, als überlegen und treffender.

Wenig später galt die Kritik den Kommunisten und insbesondere der sowjetischen Politik in dieser Phase der Bedrohung der Tschechoslowakei und des europäischen Friedens. Scharf verurteilte Milena Jesenská die Wirklichkeitsferne kommunistischer Propaganda und erkennt die Ursachen in der Herausbildung der Parteibürokratie einschließlich ihrer Dogmen und Normen. Sie verweist auf die Proklamation des Asylrechts im Artikel 129 der neuen, der „Stalinschen", Verfassung, jedoch:

„In Wirklichkeit läßt die UdSSR schon seit fünf Jahren keine Emigranten mehr hinein. Die letzten waren die österreichischen Schutzbündler nach den Wiener Barrikadenkämpfen vom Februar 1934."[9]

Es habe Probleme mit ihnen gegeben, schließlich Rückkehrwünsche, Verhaftungen und Deportationen.

„An dieser Stelle wäre die Überlegung am Platze, mit welchen Kräften eigentlich die sowjetischen Großbauten verwirklicht werden, die Staudämme, die Talsperren und die Kanäle?"[10]

Hier spricht sie Befürchtungen an, die ihr nur knapp zwei Jahre später Margarete Buber-Neumann in Ravensbrück aus eigener leidvoller Erfahrung in Stalins Lagern bestätigen wird. Seit 1934 sei auch deutschen Emigranten der Weg aus der Tschechoslowakei in die Sowjetunion versperrt und später selbst die individuelle Rückkehr von Spanienkämpfern nicht mehr möglich gewesen. Aber selbst bei persönlicher Abneigung wünsche sie heute niemand die Aufnahme ins „Vaterland aller Werktätigen".

Die Geschichtsschreibung wird nicht umhin kommen, auch die Asyl- und Einwanderungspolitik der Sowjetunion in dieser kritischen Phase Europas und der Welt zu den Gebieten fundamentaler menschenrechtlicher Defizite zu zählen. Die Ambivalenz der Probleme wird darin sichtbar, daß in den 30er Jahren die inneren Voraussetzungen, solche Verpflichtungen nach gewissen humanitären und völkerrechtlichen Mindeststandards wahrzunehmen, sich stetig und rapide verschlechtert hatten. Es erscheint als wenig tauglich und nicht überzeugend, dies mit dem Hinweis auf Versäumnisse anderer Staaten in diesen Jahren oder auch nach 1945 relativieren und tendenziell rechtfertigen zu wollen. Es ist bezeichnend für die Geisteshaltung der engeren sowjetischen Führung selbst *nach* Stalin, daß die Rede von Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 kein einziges Wort der Entschuldigung bezüglich der Verbrechen gegen kommunistische Parteien und demokratische Bewegungen anderer Länder enthielt.

Nachdem die vom NKWD wie hunderte deutsche und österreichische Antifaschisten an die Gestapo ausgelieferte Margarete Buber-Neumann am 2. August 1940 in Ravensbrück eingetroffen war, entwickelte sich ab Oktober 1940 die enge Beziehung beider Frauen. Von den äußeren Bedingungen ausgehend, gemeinsam verfolgt, entrechtet und ständig existentiell gefährdet zu sein, standen sie sich wechselseitig auch in akut lebensbedrohenden Situationen bei. Die Tschechin wurde im Krankenrevier und die Deutsche als Blockälteste bzw. als Hilfskraft der SS-Oberaufseherin eingesetzt. Beide verband auch die frühere Zugehörigkeit zur kommunistischen Bewegung sowie die antistalinistischen

8 Ebenda, S. 233.
9 Ebenda, S. 240.
10 Ebenda.

Beweggründe, sich davon gelöst zu haben. Daraus erwuchsen Spannungen zu deutschen und tschechischen Kommunistinnen im Lager. Sie mündeten nach 1945 in die Ächtung beider durch die offizielle Geschichts- und Gedenkpolitik in der ČSSR und der DDR. Die im Kalten Krieg auch für fragwürdige politische Zwecke nutzbaren antikommunistischen Auftritte und Publikationen Margarete Buber-Neumanns trugen – vielfach noch durch deren eigene radikale Positionen gefördert – zur Verhärtung dieser Ausgrenzung bei.[11]

Nach dem Tode von Milena war die tschechische Medizinstudentin und Kommunistin Inka Katnarová für Buber-Neumann zur Lebensretterin in einer nahezu ausweglos erscheinenden Krise geworden. Auch diese persönliche Beziehung fiel nach der Befreiung vom Faschismus den bald in den Vordergrund tretenden politischen Konfrontationen zum Opfer. 1963 erschien Buber-Neumanns Buch über ihre in Ravensbrück verstorbene Gefährtin „Kafkas Freundin Milena", das eine Reihe von Übersetzungen erfuhr. Später war sie Gesprächspartnerin in einem Film des Bayerischen Fernsehens über Milena Jesenská. Im Rückblick äußerte sie:

> *„Als ich Milena kennenlernte, dankte ich für das Glück, nach Ravensbrück gekommen zu sein. Das ist keine Phrase, das war so. Milena Jesenská war eine überragende Persönlichkeit. Wir wurden Freunde und blieben es durch vier bittere Lagerjahre. Eine Freundschaft kann unter solchen Umständen zum Inhalt des Lebens werden, kann einen herausheben aus den Schrecken des Lageralltags."*[12]

Judith Buber Agassi, Israel, schrieb in einem biographischen Essay über ihre Mutter Margarete:

> *„Die wichtigste Freundschaft dieser schrecklichen Lagerjahre war jene mit der bedeutenden tschechischen Journalistin Milena Jesenská, welche 1944 im Lager starb und wohl den weiteren Verlauf von Gretes Leben nachhaltig beeinflußt hat."*[13]

Erschließen wir nach mehr als einem halben Jahrhundert über weltanschaulich-ideologische, geographische und Parteigrenzen hinweg die ganze Vielfalt von Tragödien und Bewährung, von Widerstand und Opfern, von Bewahrens- und Erinnerungswertem. Es zeichnen sich neue Herausforderungen ab, in denen ein solcher Umgang mit Vergangenem und mit Vermächtnissen unverzichtbar ist.

Flucht, Vertreibung und Erinnern. Zur politischen und literarischen Reflexion in der deutschen und osteuropäischen Nachkriegsliteratur. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. Jena 2004, S. 83-90.

11 Vgl. Barck, Simone: Margarete Buber-Neumann und die Ravensbrückforschung in der DDR, in: Bircken, Margrid/Liebs, Elke (Hrsg.): Von Potsdam nach Moskau und zurück. Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Margarete Buber-Neumann, Schkeuditz 2002, S. 182-199 (Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V. – Land Brandenburg in Geschichte und Gegenwart, Bd. 7).

12 Buber Agassi, Judith/Platten, Janine (Hrsg.): Margarete Buber-Neumann: Plädoyer für Freiheit und Menschlichkeit. Vorträge aus *35* Jahren, Berlin 1999, S. 124. Vgl. darin auch ihren Aufsatz „Milena – Ein freier Mensch" (S. 279-291).

13 Ebenda, S. 19.

Krise und Wege nach rechts

Erwin Eckert/Emil Fuchs, Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, hg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2002, 646 S., 32 Euro

91 „Wochenberichte" des vom Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands herausgegebenen „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes" werden im vorliegenden Buch in der von Erwin Eckert (5. Oktober 1930 bis 19. August 1931) und Emil Fuchs (1. November 1931 bis 4. März 1933) verfassten bzw. redigierten Form publiziert und bilden einschließlich der über 200 zugehörigen Anmerkungen seinen Hauptteil (S. 59-533). Nach einem Geleitwort des Enkels von Emil Fuchs, Klaus Fuchs-Kittowski, führen die Herausgeber den Leser mit Informationen über den Bund der religiösen Sozialisten, die Lebenswege der beiden evangelischen Pfarrer Erwin Eckert und Emil Fuchs sowie die spezifische Bedeutung der Wochenberichte in die Lektüre der Quellen ein. Die Nachbetrachtungen von fünf Geschichts- und Politikwissenschaftlern bilden anregende Diskussionsbeiträge zum Gegenstand. In einem Anhang stellt F.-M. Balzer die Auseinandersetzungen um Erwin Eckert 1931/32, sein Ausscheiden aus der SPD, dem kirchlichen Dienst und dem Bund sowie den Übertritt zur KPD dar. Ein Abkürzungsverzeichnis, Literaturhinweise, biographische Erläuterungen und ein Personen- und Ortsregister schließen den Band ab.

Im Mittelpunkt der Wochenberichte stehen soziale und politische Wirkungen der Krise in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Entlassungen, Lohnkämpfe, Streiks werden aus allen Gegenden des Reichs mitgeteilt; Senkung der Löhne, der Krisenunterstützungen, der Renten und Pensionen sowie Gehaltskürzungen werden gewachsener Produktivität und steigenden Dividenden gegenübergestellt. Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsdienstpflichtpläne stehen zur Diskussion. Haushaltsdefizite, Währungsspekulationen, sinkende Börsenkurse, Pleiten und die hektische Geschäftigkeit der Politiker, Unternehmer und Bankiers werden sichtbar. Beispielsweise forderten deutschnationale Industrielle auf einer Tagung „zur Minderung der Arbeitslosennot: 1. Weitere Herabsetzung der Löhne und Gehälter 2. Neue Kapitalbildung 3. Sparen der Massen 4. Nationalistische Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik" (S. 133; Woche vom 21. bis 28. April 1931). Eine Woche später: „Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verlangt einschneidende Reformmaßnahmen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung!" (S. 137)

Sprunghaft wachsen lokal, regional oder reichsweit die Zahlen der Arbeitslosigkeit von Arbeitern, Angestellten, Lehrern und weiteren sozialen Gruppen bei gleichzeitigem Widerstand der Arbeitgeber gegen Arbeitszeitverkürzungen. Beträchtliche Teile der Bauernschaft und des Mittelstands verelenden. Im Frühjahr 1932 ist die Lage der Gemeinden alarmierend: „In einer Kundgebung der kommunalen Spitzenverbände wird festgestellt, dass die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden in diesem Jahr nicht imstande ist, ihren Haushalt auszugleichen. Die Hauptbelastung rührt von der anschwellenden Erwerbslosigkeit her." (S. 287; Woche vom 20. bis 26. März 1932)

Beim Blick auf innenpolitische Ereignisse und Tendenzen tritt die bedrohliche Rechtsverschiebung in den Vordergrund. Die Leser der Berichte erfahren von den Positionen und Bestrebungen der Parteien und ihrer Fraktionen, der Verbände, Behörden, Institutionen und Presseorgane, darunter Gewerkschaften, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und Reichsverband der deutschen Industrie, Banken, Einzelkonzerne und Branchenverbände, Regierungen und Ministerien. Brandaktuell werden die alltäglichen terroristischen Ausschreitungen der Nazis geschildert. „Auch in dieser Woche ist fast kein Tag vergangen, an dem nicht Nationalsozialisten Schlägereien und Überfälle provozierten." (S. 102; Woche vom 17. bis 24. November 1930) Angesichts der „Boxheimer Dokumente" der NSDAP mit ihren unverhüllten Mordplänen sowie der Symptome des Zurückweichens von Behörden und Justiz vor dem Terror schrieb Fuchs, die Republik sei vor „die letzte Entscheidung" gestellt, ob sie „Hochverrat als Hochverrat bestrafen oder ob sie sich selbst die Existenzberechtigung absprechen will, indem sie eine Partei schont, die alle Not steuern will einfach durch Mord an ihren Mitbürgern." Denn das sei der Sinn dieser Dokumente. (S. 199; Woche vom 21. bis 28. November 1931)

Entgegen späteren rechtfertigenden Darstellungen konnte bereits für Zeitgenossen kein Zweifel mehr an der menschenfeindlichen Natur der faschistischen Bewegung bestehen. Die zunehmenden Kungeleien der anderen bürgerlichen Parteien mit der NSDAP wurden wachsam registriert. Frühzeitig erschien als Folgerung aus den Analysen die warnende Überschrift „Hitlerregierung droht!“ (S. 393, Woche vom 8. bis 14. August 1932)

Beeindruckend ist die durchgängig weltweite Perspektive und damit ein Horizont, der den Herausforderungen durch Weltwirtschaftskrise, internationale Spannungsherde, Aufrüstung und Kriege Rechnung trägt. Häufig erscheinen Unterabschnitte der Berichte zu einzelnen Ländern oder Regionen. Auf halbem Weg zwischen der genialen Charakteristik im Manifest der Kommunistischen Partei 1848 und den heutigen Globalisierungsdebatten werden die über hundertfünfzigjährige Kontinuität kapitalistischer Expansion sowie ihrer Triebkräfte und die Methoden der Krisenbewältigung in aller Welt mit ihren sozialen, ideologisch-politischen und kulturellen Begleiterscheinungen sichtbar. Auch hier wird die wirtschafts- und sozialpolitische Bandbreite in den Blick genommen: Von den internationalen Börsen-, Bank- und Handelskreisen, über transnational agierende Konzerne und Vereinigungen sowie die autoritären bis terroristischen Antworten der Herrschenden bis zu Aktionen der Arbeiterbewegung und weiteren sozialen Konflikten. Es geht um Weltmarktpreise, Bankenkräche, Zollerhöhungen, Massenelend. Die Schauplätze sozialer Kämpfe in den europäischen Ländern sowie in Nord- und Südamerika und Asien werden einbezogen und an herausragenden Ereignissen vorgestellt.

Auch international wird an unzähligen Nachrichten der Abbau oder die Verweigerung von Demokratie, Rechts und Sozialstaatlichkeit sowie der Vormarsch der äußersten Rechten belegt. Das betraf nicht zuletzt die Diktatur von Mussolini in Italien als Präzedenzfall internationaler Faschisierungsprozesse. Das Scheitern effektiver Abrüstungsschritte wurde ebenso mit großer Besorgnis kommentiert wie die japanische Intervention in China von 1931/32 und Meldungen von dort stattfindenden Kriegsverbrechen.

Nachrichten über den Aufbau in Sowjetrussland und über seine wachsenden Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern speisten die Hoffnung, dass erstmals weltgeschichtliche Alternativen zur Zwangsläufigkeit kapitalistischer Konjunktur-, Krisen- und Kriegszyklen Wirklichkeit werden. Die eigenständige und kritische Position wird sichtbar, wenn von der „Hetze gegen das Weihnachtsfest“ und antikirchlichen Kampagnen in der Sowjetunion oder über den Prozess wegen der „Industriepartei“ und ähnliche Vorgänge unverkennbar reserviert berichtet wird.

Insgesamt erscheinen als besondere Qualität der Berichte und Wert der Neuveröffentlichung: der unbedingte Blickwinkel aus der Lage und von den elementaren Interessen der Lohnabhängigen und aller sozial Schwachen her; die alltägliche Nähe, die Schärfe im Beobachten sowie das sachkundige Verständnis bei der Auswahl und Präsentation repräsentativer Daten und Prozesse einschließlich der solidarischen Unterstützung für soziale und demokratische Abwehrkämpfe; der Umgang mit den Erfahrungen und Lehren kapitalistischer Wege der Krisenbewältigung sowie das Bewusstsein der Gefährdung zuvor erreichter sozialer Standards und der Demokratie; der parteinehmende und humanistische Internationalismus sowie die Zeitzeugen-Qualität bezüglich der immer wieder umstrittenen Frage, ob und inwieweit in der Schlussphase von Weimar die Fratze eines deutschen Faschismus an der Macht bereits zu erkennen und in ihrer barbarischen Qualität abzusehen war!

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 58, Juni 2004, S. 209-211.

Verbrecherische Traditionen und ungesühnte Massenmorde

Ulrich Sander: Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck, PapyRossa Verlag, Köln 2004, 204 S., 14,00 Euro Mörder unterm Edelweiß. Dokumentation des Hearings zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger. Hrsg. Von Ralph Klein, Regina Mentner und Stephan Stracke im Auftrag des AK Angreifbare Traditionspflege, Papy-Rossa Verlag, Köln 2004, 152 S., 12,90 Euro.

Die beiden Publikationen verdienen angesichts der Herkunft und der Traditionen der Bundeswehr, der bis heute ungesühnten Nazi- und Kriegsverbrechen und der beschleunigten Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Aufmerksamkeit.

Ulrich Sander skizziert in „Die Macht im Hintergrund" charakteristische Traditionen, Leitbilder und Personen von Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr. Einleitend bemerkt er, aufgrund seiner Initiativen in den Auseinandersetzungen um ungesühnte Verbrechen der Gebirgsjäger in jüngster Zeit selbst Anfeindungen und juristischer Willkür ausgesetzt gewesen zu sein. In 13 Kapiteln werden gegenwärtige Kontroversen, Herkünfte und durchgängige Linien seit den Zwanzigern sowie absehbare militaristische Perspektiven dargestellt. Das geschieht an repräsentativen Verlautbarungen und Aktivitäten, mit denen beispielsweise nach dem Ersten Weltkrieg, unter Hitler, in der Restaurationsphase um 1950 sowie nach 1990 militärstrategische und rüstungspolitische Weichenstellungen unter maßgeblicher Einflussnahme von Generalität, Rüstungsindustrie und willfährigen Politikern unterschiedlicher Färbungen vollzogen wurden.

Der Autor geht von heutigen, in den letzten Jahren dramatisch veränderten Aufgaben der Bundeswehr aus und bemerkt: „Seit 1990 kann von konkreter Kriegsvorbereitung der Bundeswehr gesprochen werden." (17) Es ist damit auch erkennbar, dass er nicht beabsichtigte – wie es der Untertitel „Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck" vermuten lassen könnte – einen historischen Abriss deutscher Militärpolitik vorzulegen. Vielmehr dienen die geschichtlichen Beispiele und Rückgriffe dazu, heutige Entwicklungen auch aus Überlieferungen, Unbewältigtem und Kontinuitäten zu erhellen. Die kritische Analyse stützt sich auf offizielle Dokumente wie die Verteidigungspolitischen Richtlinien, Traditionserlasse und Aussagen von Militärs und Verteidigungspolitikern sowie Periodika wie die „Information für die Truppe", die Wochenzeitung „Bundeswehr aktuell", den „Reader Sicherheitspolitik", „Die Bundeswehr" und die „Deutsche Militärzeitung". Dazu kommen Materialien einschlägiger Gesellschaften, Arbeitskreise, Organisationen und Tagungen. Sander lässt das seit den Fünfzigerjahren maßgeblich von ehemaligen Offizieren der NS-Wehrmacht initiierte und geformte Netzwerk von Organisationen und Institutionen sichtbar werden, darunter die 1952 gegründete Gesellschaft für Wehrkunde – inzwischen Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, die Clausewitz-Gesellschaft, die Führungsakademie der Bundeswehr, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik, das Deutsche Strategie-Forum, die Deutsch-Atlantische Gesellschaft, die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik, die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Vielfach sind Übergänge und Kontakte zu soldatischen Traditionsverbänden und rechtsextremistischen Zusammenschlüssen belegt, beispielsweise zu Deutschem Marinebund, Kyffhäuserbund, Verband Deutscher Soldaten und Deutschem Luftwaffenring.

Als historische Schlüsselepisoden und Wegzeichen erscheinen die bereits 1925 eingeleiteten Planungen der Heeresleitung für ein Drei-Millionen-Heer und die von Hitler am 3. Februar 1933 – in den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft – durchgeführte Beratung mit den Befehlshabern von Heer und Marine. Nach 1945 bildeten die Klausurtagung ehemaliger Nazigeneräle und -offiziere im Eifelkloster Himmerod im Herbst 1950 und die dort verabschiedete Denkschrift zur Wiederaufrüstung den Durchbruch. Verdrängung der jüngsten Geschichte, Amnestien und Einstellung der Ermittlung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen ebneten diesen Weg, den die Westalliierten als Komponente ihrer Strategie im Kalten Krieg unterstützten. Eine neue Stufe einschließlich der fortschreitenden direkten Beteiligung an der Drohung und Anwendung militärischer Gewalt trat ab 1990 mit der größer und außenpolitisch handlungsfähiger gewordenen Bundesrepublik ein. Sie fand zunächst in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Herbst 1992 ihren Niederschlag. Ab Ende 1998 diente

sich Rot/Grün zum Vollzug dieser Macht- und Interessenpolitik an und sicherte die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 sowie die seitherigen Schritte zur Mitwirkung an militärischen Drohkulissen, Einmischungen und Besatzungsregimes, darunter bisher vor allem in Afghanistan.

Im vierten Kapitel listet Sander Bundeswehrkasernen auf, die bis heute die Namen von Generälen der kaiserlichen und nazifaschistischen Streitkräfte tragen. Er illustriert dies mit biografischen Daten und weist darauf hin, dass ab 1955 das Tragen von Kriegsauszeichnungen beider Weltkriege zugelassen wurde. Bezeichnend ist eine Episode vom 27. Januar 1999, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Der damalige Staatsminister für Kultur, Michael Naumann, „tat kund, die nach Nazi-Generälen benannten Kasernen würden umbenannt: ‚Das ändern wir jetzt. Das schwör' ich Ihnen. In zwei Jahren finden Sie keine mehr.' Doch dieser Schwur lief auf einen Meineid hinaus." (76) Selbst auf diesem elementaren Feld antimilitaristischer Programmatik gab die rot-grüne Koalition die eigenen früheren Forderungen auf. Bald in die Redaktion der Wochenzeitung „Die Zeit" zurückgekehrt, vermochte Naumann nicht einmal in diesem vermeintlich liberalen Blatt seine Ankündigung hörbar zu verfechten.

Exemplarisch werden in den beiden folgenden Abschnitten die Karriere Adolf Heusingers unter Hitler und Adenauer sowie publizistische Militärkonzepte der Sechzigerjahre dargestellt. Die Kapitel 7 bis 13 – fast die Hälfte der Schrift – sind den veränderten Aufgaben, der inneren Entwicklung und den Kontroversen um die Bundeswehr, der Rüstungs- und Sicherheitspolitik sowie den Interventionen und Kriegen seit 1990 gewidmet. Dabei werden alarmierende Erscheinungen von Rassismus und Neofaschismus in der Truppe ebenso berücksichtigt wie das unter Schröder und Fischer nahezu widerstandslos vollzogene, sozialdemokratisch-„olivgrüne" Einschwenken auf den von den USA dominierten Hochrüstungs- und Aggressionskurs. Mit dem Blick auf die in diesem Geist neugefassten Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2003, mit denen „der Krieg von übermorgen geplant" wird, schließt Ulrich Sander seine Darstellung ab. Der publizistischen Feder sind der polemische Geist und die gute Lesbarkeit der Ausführungen zu danken. Ihr ist allerdings auch geschuldet, dass dem Leser einzelne Wiederholungen begegnen, dass der/die Leser/in manche Daten und Quellen vom Autor gern genauer nachgewiesen hätten und man ein Personen- und Sachregister als Hilfe für die Nutzung vergeblich sucht.

Der Sammelband „Mörder unterm Edelweiß" wird von den Herausgebern mit einem Exkurs zur Tradition der Gebirgsjäger seit 1915 und ihrer Traditionspflege seit 1951 – ab 1958 in Mittenwald – eingeleitet. Den Hauptinhalt bilden die Beiträge auf dem Hearing zu den Verbrechen der Gebirgsjäger am Pfingstsonnabend 2003 in Mittenwald, das von dem AK und der VVN-BdA zu den Verbrechen, zu den bis heute ausgebliebenen Ermittlungen, Verfahren und Urteilen sowie zu den Forderungen nach der seit Jahrzehnten überfälligen Wiedergutmachung für die Opfer veranstaltet wurde. Der legendäre Widerstandskämpfer Manolis Glesos übermittelte als Präsident des Nationalrats für die Entschädigungsforderungen Griechenlands gegenüber Deutschland, Athen, ein Grußwort. Peter Gingold sprach seitens der VVN-BdA und Stephan Stracke referierte auf der Grundlage eines reichen Quellenmaterials zu Verbrechen der Gebirgsjäger in Griechenland, darunter zu Massakern 1943 auf Kreta, in Kommeno, auf Kephallonia und Korfu sowie zu Mitwirkung und Exzessen bei der Deportation von Juden 1944.

Im Mittelpunkt stehen die bewegenden Berichte von Zeitzeugen. Christina Dimou, geb. 1930, überlebte das Massaker in Kommeno, bei dem vor ihren Augen ihre Mutter, aber auch ihre zwei Brüder und fünf Cousins getötet wurden und zu den 317 Opfern jenes 16. August 1943 gehören. Amos Pampalom, geb. 1910 [†2006], überstand als italienischer Offizier verletzt den Massenmord der deutschen Wehrmacht an italienischen Kriegsgefangenen im September 1943 auf Kephallonia und schloss sich danach den griechischen Partisanen an. Der Übersetzer und Schriftsteller Argyris Sfountouris, geb. 1940, gehörte mit seinen drei Schwestern zu den Überlebenden der Mordaktion der Waffen-SS am 10. Juni 1944 in Distomo, bei der ihre Eltern und viele Familienangehörige, insgesamt 218 Menschen, darunter 34 Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und zehn Jahren, umkamen.

Dokumentiert werden der Appell des Nationalrats für die Entschädigungsforderungen Griechenlands gegenüber Deutschland „An die deutschen Bürgerinnen und Bürger“, die Ausführungen des Sprechers des Nationalrats, Aristomenis Syngalakis, sowie die Reden von Ludwig Baumann, Mitbegründer und Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e. V., und Ludwig Elm über Positionen von „Juristen und Rechtswissenschaftlern der Ära Adenauer und Strauß zu NS-Verbrechen“. Ergänzend zum Hearing und den Band abschließend wurden aufgenommen: der überarbeitete Beitrag des Anti-Kriegs-Komitees München auf der Kundgebung in Mittenwald, ein Essay von Olga Schell „Dialog der Steine“ und Betrachtungen von Ulrich Sander über die fragwürdige Traditionspflege der Bundeswehr. Das Hearing, Demonstrationen und Kundgebung Pfingsten 2003 in Mittenwald – inzwischen Pfingsten 2004 an gleicher Stelle fortgesetzt – bekräftigten die Forderungen nach beschleunigten Ermittlungen und Verfahren gegen überlebende Täter. Es wäre ein großer Gewinn für die politische Kultur der Bundesrepublik und für den unverzichtbaren antifaschistischen Konsens im zusammenwachsenden Europa, wenn die vom griechischen Nationalrat für Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland bekundeten Positionen breiteste Zustimmung und Unterstützung fänden: „Der Nationalrat für die Entschädigungsforderungen hat lange Zeit auf ein positives Signal von deutscher Seite für die Lösung dieses Problems gewartet. Vergebens! Wir betteln nicht, wir verlangen! Die Plünderung des Reichtums der Nation und des Vermögens der Bürger, der Völkermord durch Hunger und die Hinrichtung griechischer Freiheitskämpfer durch die Nazi-Streitkräfte begründen die Forderung Griechenlands, dass Deutschland seine offenen Schulden gegenüber unserem Land begleicht.“ (91 f)

Marxistische Blätter 4_2004 (Juli), S. 101-104.

Zum Beispiel DDR – totalitär und stalinistisch?

Anmerkungen zu Herkunft und Differenzierung der Totalitarismus-Konzeption sowie ihrer erneuten politischen Instrumentalisierung

Einige Bemerkungen zur Geschichte des Totalitarismuskonzepts

Auszugehen ist von den historisch-politischen Voraussetzungen für die Entstehung der Totalitarismus-Konzeption in den zwanziger Jahren. Es waren zwei herausragende Ereignisse, die zu erklären und zu bewerten damals vordringliche und schwierige Herausforderungen waren: Die Oktoberrevolution und die Entstehung der Sowjetmacht in Rußland 1917 auf der einen, die Errichtung der faschistischen Diktatur Mussolinis in Italien im Oktober 1922 auf der anderen Seite. Erstmalig bezeichneten italienische Antifaschisten das Regime Mussolinis als totalitär. In vielen Ländern nahmen Strömungen, Leitbilder und politische Strategien auffällig zu, die sich links und rechts auf solche Herrschaftsmodelle orientierten. Die NS-Diktatur 1933 gab diesen Interpretationen ebenso weiter Auftrieb wie die Entwicklung der UdSSR unter Stalin. Als Schlüsselbegriff der neuen politischen Theorie oder auch bloß einer entsprechenden kritischen Haltung zu diesen neuartigen Entwicklungen setzte sich der des *Totalitarismus* durch.

Totalitarismus bezeichnet somit von Anbeginn höchst unterschiedliche bis gegensätzliche Richtungen und Regimes und faßt diese nach wirklichen oder vermeintlichen Gemeinsamkeiten und Analogien, schließlich nach bestimmten Kriterien zusammen. Eine unbestreitbare Übereinstimmung bestand in der Wahrnehmung von Zeitgenossen offenkundig darin, daß Bolschewismus wie Faschismus mit liberalen Traditionen und darauf gegründeten bürgerlich-parlamentarischen, rechtsstaatlichen politischen Systemen und Prinzipien, also mit der bürgerlichen Demokratie und ihren Institutionen, brachen oder ihnen als erstrebenswerter Perspektive Absagen erteilten. Übergreifend wird als *totalitär* im Kern der nicht oder kaum beschränkte Zugriff auf die Mitglieder der Gesellschaft angesehen und bezeichnet, der auf Kosten ihrer Würde, ihrer Rechte und Freiheiten sowie ihrer Individualität vollzogen wird.

Das schloß bei beiden neuartigen Herrschaftskonzepten im einzelnen Merkmale ein wie die Abschaffung der Gewaltenteilung und das Entstehen eines mehr oder weniger unbegrenzten Machtmonopols in den Händen einer Partei bzw. kleiner Gruppen oder sogar bloß einer Person der einen, der herrschenden politischen Richtung einschließlich der von ihr vertretenen dominierenden und privilegierten politischen Ideologie. Daraus erwuchs die Beseitigung oder erhebliche Beschränkung von politischen Rechten und Freiheiten sowie des Pluralismus der Meinungen und Konzepte, aber auch das Aufkommen von umfassenden und meist nahezu unkontrollierten Überwachungs- und Sicherheitsapparaten.

Die anfänglich zunächst vor allem im liberalen, pazifistischen und sozialdemokratischen Spektrum aufkommenden Totalitarismus-Konzepte nahmen vorrangig solche antiliberalen und autoritären bis diktatorischen Wesenszüge und Strukturen der politischen Ordnungen in ihre Charakteristik *totalitärer Systeme* auf. In der Regel vernachlässigten sie dabei die erheblichen, weithin gar entscheidenden, Unterschiede oder Gegensätze im Ursprung, in den sozialen und ideellen Grundlagen und Triebkräften sowie in der Gesellschaftsstrategie der jeweiligen Bewegungen oder Regimes.

Es begann die inzwischen mehr als achtzigjährige Geschichte dieses geschichts- und politikwissenschaftlichen Theorems. Dabei entstanden erhebliche Differenzierungen, die von der positiven Selbstcharakteristik des Faschismus durch rechte Politiker und Ideologen – beispielsweise im Begriff des „totalen Staates“ in Italien und bei Carl Schmitt, Ernst Forsthoff u.a. in Deutschland, als „totale Mobilmachung“ bei Ernst Jünger und schließlich mit dem von Goebbels verkündeten „totalen Krieg“ – über faschismuskritische liberale Versionen bis zu sozialistischen und unabhängigen – antistalinistischen – kommunistischen Richtungen und Gruppierungen reichten.

Eine weitere auffällige Erscheinung dieser Theoriegeschichte ist, daß der Einfluß und die jeweiligen Ausprägungen sehr von den gegebenen historisch-politischen Rahmenbedingungen und konkreten Situationen abhängig sind. Darin wird die jeweilige politische Funktionalisierung der Theorie sicht-

bar. Das ist ein Punkt, an dem Kritiker des Totalitarismus-Konzepts mit gutem Grund immer wieder anknüpfen. Nachdem es beispielsweise in den dreißiger Jahren auch in den USA erheblichen Einfluß gewonnen hatte, schienen der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 und die anschließende Periode der Beziehungen zwischen beiden Staaten bis Juni 1941 dieses politikwissenschaftliche Deutungsmodell völlig zu bestätigen. Dem entsprach die vorherrschende Sichtweise auf einer Konferenz US-amerikanischer Politikwissenschaftler im November 1939 in Philadelphia. Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1941 und der Herausbildung der Anti-Hitler-Koalition brachen diese, das sowjetische mit dem hitlerdeutschen Regime parallelisierenden, Wertungen, plötzlich ab und verschwanden bis 1946/47 weitgehend aus dem öffentlichen Diskurs.

Wenig später, mit dem Ausbruch des Kalten Krieges, kamen Totalitarismus-Theorien in der westlichen Welt zu einer neuen Konjunktur, die ab 1947/48 auch in die westdeutsche Restauration einmündete. Sie wurden in der Bundesrepublik der fünfziger und frühen sechziger Jahre in Politik, Wissenschaft, Bildung und Medien vorherrschendend. Der restaurativen Gesamtentwicklung entsprechend traten dabei militante rechte Versionen den Vordergrund: Das Konzept bewährte sich für die daran interessierten Kräfte erneut als politisch instrumentalisierbar. Vordenker des Neoliberalismus wie Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke, Friedrich August von Hayek u.a. trugen seit Ende der dreißiger Jahre – zunächst in der Emigration – mit ihren Vorstellungen nachdrücklich zu rechten Spielarten des Totalitarismuskonzepts und damit einem auch gegen die Sozialdemokratie gerichteten rabiaten Antisozialismus bei. Damit wurde der Antikommunismus unter erheblich veränderten geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Bedingungen angepaßt und modernisiert.

In den Jahren des Kalten Krieges – in der Adenauer-Ära – bedeutete dies auch, daß sich ein unumgänglicher, jedoch im Gefolge der Restauration und der weitgehenden Verdrängung der Nazivergangenheit weithin halbherziger Antinazismus mit verschiedenen, auch militanten Spielarten des Antikommunismus in beliebigen Kombinationen verbinden und dabei dem letzteren unterordnen ließ. Die in Europa und weltweit allgegenwärtige Konfrontation mit der UdSSR und ihren Verbündeten – darunter der DDR – begünstigte die erstrebte Priorität des Antikommunismus. Der zehnte Jahrestag des 20. Juli 1944 konnte beispielsweise im Sommer 1954 in Beziehung zum 17. Juni 1953 gesetzt und auf diesem Weg für das offiziöse bundesdeutsche Selbstverständnis aufgewertet werden.

Die Abhängigkeit vor allem des konservativen totalitaristischen Modells von politischen Bedingungen und Interessen offenbarte sich erneut ab Ende der sechziger Jahre: Mit dem Übergang zur Entspannungs- und gesamteuropäischen Vertragspolitik kam es zu einem rapiden Verlust an Glaubwürdigkeit und Einfluß sowie fast zum Hinscheiden dieser Konzepte. In Veröffentlichungen der siebziger und achtziger Jahre schlugen sich die damaligen Kontroversen nieder. Nunmehr traten auch im Verhältnis zur UdSSR und zur DDR Industriegesellschafts-, Modernisierungs- und Konvergenztheorien in den Vordergrund. Sie hoben wirkliche oder vermeintliche Gemeinsamkeiten und Angleichungsprozesse zwischen Ost und West hervor. Nicht zuletzt durch den analytisch und konzeptionell für Willy Brandt wirkenden Peter Christian Ludz fand dies bezüglich der deutschen Zweistaatlichkeit seinen Ausdruck in Thesen von der fortbestehenden deutschen Kulturnation. Ungeachtet einer gewissen Rückläufigkeit in den rüstungspolitisch wieder verhärteten achtziger Jahren – der Reagan-Ära – blieben solche Tendenzen bis zur Wende von 1989/90 vorherrschend.

Zur Differenzierung innerhalb der Totalitarismuskonzepte und zu Konsequenzen für die Auseinandersetzung mit ihren Vertretern und Thesen

In der marxistisch-leninistischen Lehre wurde das Totalitarismus-Konzept vom Ursprung her und in allen Erscheinungsformen als Spielart des Antikommunismus rundum abgelehnt – es wurde prinzipiell kritisiert oder ignoriert. Diese Haltung nimmt weiterhin offenbar ein Teil der Linken ein. Erklärbar ist dies aus der bundesdeutschen Erfahrung, daß das Konzept überwiegend entschieden antikommunistisch benutzt und selbst gegen den Antifaschismus verfochten wurde und wird. Das reicht von dem vielfach behaupteten, jedoch kritisch zu hinterfragenden angeblichen „antitotalitären Gründungskonsens“ der Bundesrepublik bis in die heutigen offiziösen Angebote von „antitotalitärem Kon-

sens“. Es läßt sich als ideologisch-politische Arbeitsgrundlage des Verfassungsschutzes und damit beispielsweise auch in dem vorherrschenden konservativen Extremismusbegriff nachweisen.

Ein Entweder-Oder scheint jedoch auch in diesem Fall – Totalitarismustheorie: ja oder nein? – nicht überzeugend zu sein. Vielmehr kommt der erheblichen Differenzierung unter den Vordenkern und Anhängern dieses Modells entscheidende Bedeutung zu. Aufmerksamkeit und Anerkennung verdienen die liberal-pazifistischen und die sozialdemokratisch-sozialistischen Traditionslinien und Vorstellungen von Antitotalitarismus seit den zwanziger Jahren. Hier sind Köpfe und Gruppen der sozial- und geisteswissenschaftlichen Emigration zu nennen – beispielsweise Herbert Marcuse und Franz Neumann; darüber hinaus antifaschistische Sozialdemokraten, Sozialisten und unabhängige Kommunisten sowie stellvertretend aus dem Kreis der Schriftsteller und Publizisten: Hellmut von Gerlach, Erika, Klaus und Heinrich Mann, Walter Mehring, Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky und Stefan Zweig.

Karl Jaspers reflektierte in seiner berühmten Schrift „Die geistige Situation der Zeit“ von 1931 das Empfinden der Krise der „gegenwärtigen Daseinsordnung“ und schrieb: „Es ist begreiflich, daß *wir fast alle versagen*. Wie Auswege zu leichterer Möglichkeit erscheinen Bolschewismus und Faszismus. Man kann wieder einfach gehorchen und alles Handeln jeweils dem Einen überlassen, der das Regiment sich erobert hat. Diese Formen weltlicher Diktatur sind Ersatz für die Autorität; aber sie sind es um den Preis des Verzichts fast aller, selbst zu sein.“ (Jaspers 1949, 94)

Bei allen Unterschieden ist den Genannten gemeinsam, daß ihr Antitotalitarismus einerseits wesentlich antinazistisch und nicht nationalistisch ist sowie andererseits ihre Kritik am Kommunismus und an der Sowjetunion vor allem liberal, rechtsstaatlich und menschenrechtlich begründet wurde. Diese Kritik am sowjetischen Modell, an der kommunistischen Bewegung und am Marxismus-Leninismus ist durch den Verlauf der Geschichte in hohem Maße bestätigt worden. Diese antitotalitäre Grundhaltung steht – im Unterschied zu den Konservativen – nicht in der Tradition des Antisozialismus Bismarckscher oder alldeutsch-wilhelminischer Prägung, ist auch keine Verkleidung autoritär-antidemokratischer oder einer anderen Variante hegemonial-militaristischer Politik und ist schließlich kein Erbe oder Fortsetzer der verschiedenen antimarxistischen Schulen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Es ist eine weitere notwendige Differenzierung in den heutigen Kontroversen zum Totalitarismus-Konzept anzusprechen. Es ist unzulässig – wie es sehr oft geschieht –, den Begriff des *Stalinismus* mehr oder weniger mit dem des *Kommunismus* gleichzusetzen, also beide Begriffe – sei es fahrlässig, sei es absichtsvoll – weitgehend synonym zu gebrauchen. Dabei wird das Verständnis von *Stalinismus* extensiv ausgeweitet, um ein entschieden antikommunistisches Welt- und Feindbild zu stützen. Der *Kommunismus* zwischen 1900 und 1990 kann als epochale und globale, weltweit, regional und in einzelnen geschichtlichen Phasen höchst heterogene Strömung oder Herrschaftsform ebensowenig als monolithische, vorwiegend oder gar ausschließlich *stalinistische*, Einheit angesehen werden wie etwa der Weltkapitalismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts pauschal als mehr oder weniger faschistisch bezeichnet werden könnte. Das Pendant zum *Faschismus* kann innerhalb der Konstruktionen von *Totalitarismus* nur der *Stalinismus* (sowie Einzelphänomene beispielsweise des *Maoismus* oder der *Pol-Pot-Clique*), nicht der *Kommunismus* oder *Sozialismus* sein.

Ian Kershaw äußerte in einem Aufsatz über „Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs“: „Der Begriff ‚Stalinismus’ sollte auf die Herrschaft der Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins beschränkt werden.“ (Kershaw 1999, 222) Diese Position erscheint stichhaltig. Sie stimmt mit Aussagen der vielberufenen und oft genug verfälschten Hannah Arendt überein, in deren Werk die Auseinandersetzung mit Rassismus/Antisemitismus, Imperialismus und nazistischem Totalitarismus im Mittelpunkt stand. Die genannte Position schließt zugleich ein, daß es zwischen Nationalsozialismus und einem so charakterisierten Stalinismus, der etwa die drei Jahrzehnte von 1923 bis 1953 umfaßt, zeitweilig und partiell eine große Nähe und einige Übereinstimmungen gab: persönliche Diktatur und Machtmißbrauch, Rechtlosigkeit und Willkür, Menschenverachtung, Massenterror und Lagersystem. Im strengen Sinn darauf bezogen, ist damit eine reale historisch-politische Substanz der Grundidee der Totalitarismuskonzepte gegeben.

Das war jener Abgrund für Hunderte ursprünglich in die Sowjetunion geflüchtete deutsche und österreichische Kommunisten und Antifaschisten, den viele von ihnen sowohl im Herrschaftsbereich Stalins wie in dem Hitlers am eigenen Leib erfahren mußten. Mit ihrer authentischen Erfahrung in den Lagern Stalins begegneten vor allem die von Moskau an die Gestapo ausgelieferten Nazigegner – beispielsweise Margarete Buber-Neumann im KZ Ravensbrück – dem Mißtrauen oder gar der Gegnerschaft dort inhaftierter KommunistInnnen. Ähnliche Erfahrungen mußte auch die mit ihr in Ravensbrück eng verbundene und dort im Mai 1944 verstorbene tschechische Journalistin und Antifaschistin Milena Jesenská machen. (Elm, 2004)

Die geschichtliche Hauptverantwortung für Irrtümer und Fehlurteile seitens vieler überzeugter Kommunisten hinsichtlich der für sie unvorstellbaren Untaten Stalins und dessen willfähriger Gehilfen sowie für unzählige daraus erwachsene tragische Erlebnisse und Schicksale liegt bei der Führung der KPdSU, des Sowjetstaates und jenen weiteren Repräsentanten der internationalen kommunistischen Bewegung, die die Lebenslüge der marxistisch-leninistischen Ideologie und Herrschaftspraxis – das Leugnen oder Verdrängen des Charakters und der Dimension der stalinistischen Verbrechen – letztlich über Jahrzehnte und damit bis in die Phase des Scheiterns des Systems in dieser oder jener Weise aufrechtzuerhalten suchten.

Selbst angesichts weitreichender Analogien zwischen dem Regime Stalins und der NS-Diktatur ist jedoch zugleich auf fundamentale Unterschiede zu verweisen. Dazu gehören die Gegensätze in den Ursprüngen, Grundlagen und gesellschaftlichen Zielen, die schließlich auch in der Gegensätzlichkeit ihres Scheiterns und der Art und Weise der Überwindung des jeweiligen „totalitären Systems“ sichtbar wurden.

Die Nazibarbarei war die Verwirklichung des völkisch-rassistischen – insbesondere antisemitischen –, des hegemonial-militaristischen und überhaupt terroristisch-menschenfeindlichen Programms der faschistischen Bewegung und beträchtlicher Teile der gesamten deutschen bürgerlichen Gesellschaft. Weder in der Herkunft noch in den Nachlässen des Nazismus gibt es Bewahrenswertes. Faschismus ist Aufkündigung der Humanität und aller elementaren Errungenschaften der Zivilisation, ist ein Verbrechen und das Dritte Reich war ein „Verbrecherstaat“ (Karl Jaspers).

Dagegen ist das Schreckensregiment Stalins und seines Umfeldes nicht die Verwirklichung sozialistischer oder kommunistischer Vorstellungen und Ziele, sondern im Gegenteil der radikale Bruch mit Herkunft und Wesen dieser Strömungen, insbesondere mit ihrem ursprünglich und konstitutiv demokratischen und humanistischen Wesen. Es war der Bruch auch mit dem originären Denken und Streben von Marx und Engels sowie verschiedener Schulen und Richtungen des seitherigen marxistischen und sozialistischen Denkens.

Bei der Offenlegung der Geschichte der sowjetischen „Speziallager“ von 1945-1950 in der SBZ wurde deutlich, daß hier das Gulag-System übergegriffen und diese Lager zunehmend der antifaschistischen Intention alliierter Beschlüsse über zeitweilige Internierungslager im Nachkriegsdeutschland entfremdet hatte. In den Kontroversen zum Vergleich von KZ und Speziallager – nicht zuletzt am Beispiel der Lager mit „doppelter Vergangenheit“ wie Buchenwald und Sachsenhausen – schienen die grundsätzlichen Streitfragen der Totalitarismusdebatte auf. Außer den wesentlichen Unterschieden, die sich aus den Fragen, was Ursache und was Wirkung im Verhältnis beider Lagertypen war, ergeben, bleibt die wesentliche Differenz, daß die hohe – viel zu hohe – Sterberate beispielsweise in Buchenwald zwischen 1945 und 1950 nicht durch Mord und Totschlag, nicht mittels Tod durch Arbeit, sondern aus den katastrophalen Ernährungs- und hygienischen Verhältnissen resultierte. Aus der Opferperspektive mögen solche Unterscheidungen als bedeutungslos, vielleicht sogar makaber erscheinen. Sie sind es jedoch nicht, wenn über die geschichtlichen, sozialen und politisch-moralischen Bedingungen und Ursachen von Kriegen und Krisen, über den Charakter der daran ursächlich beteiligten Bewegungen und Ideologien und über gesellschaftliche wie ethische Schlußfolgerungen nachzudenken ist.

Hannah Arendt und andere Autoren haben in Terror und Lagersystem hauptsächliche Kennzeichen des Totalitarismus gesehen. Das spricht für die hier vertretene These über die Nähe von Faschismus

und Stalinismus, aber auch für die unumgängliche Unterscheidung von Stalinismus und Post-Stalinismus, Totalitarismus und Post-Totalitarismus. In der ernstzunehmenden internationalen Debatte nimmt längst die Differenzierung zwischen dem im Sinne Kershaws definierten *Stalinismus* einerseits und poststalinistischen Regimes und Verhältnissen andererseits einen wesentlichen Platz ein. Das betrifft auch die Reichweite des Totalitarismus-Vorwurfs und die dafür maßgeblichen Kriterien. Kershaw selbst äußerte, daß das Potential eines fruchtbaren Vergleichs wesentlich geringer werde, „wenn der Begriff ‚Stalinismus' bzw. ‚stalinistische Herrschaft' auf das sowjetische System nach dem Tod Stalins erweitert oder gar als Synonym für die marxistisch-leninistische Herrschaft schlechthin verwendet wird. Wesentliche Merkmale des ‚poststalinistischen Stalinismus' lassen sich mit den Charakteristiken der NS-Herrschaft wie mit denen der stalinistischen Herrschaft deutlich kontrastieren." Daher könne man „mit Recht daran zweifeln, ob der Totalitarismus-Begriff für beides benutzt werden kann." (Kershaw 1999, 214)

Juan L. Linz hat diese Sichtweise mit seinen Beiträgen zur Differenzierung zwischen totalitären und autoritären Regimes untersetzt. Er führte den Begriff des *„posttotalitären politischen Regimes"* ein: „26 der 27 postkommunistischen Staaten in Europa (die einzige Ausnahme ist Polen) hatten sich während des Stalinismus bzw. vor der jugoslawischen ‚Häresie' jeweils dem totalitären Idealtypus angenähert. Die meisten von ihnen kamen später auch dem posttotalitären Idealtypus nahe. Der Terminus *posttotalitär* als solcher besagt, daß dieser Regimetyp von seinen Gründern ursprünglich nicht als ein bestimmter Typ politischer Ordnung wahrgenommen worden war, sondern daß er im Ergebnis von Veränderungen in einem System entstand, das einmal dem totalitären System nahegestanden hatte." (Linz 2000, 252)

Das entgegengesetzte, in diesem Land bisher auch dank großer finanzieller, personeller und institutioneller Anstrengungen der staatlich verordneten Geschichtspolitik vorherrschende Konzept, wurde bei der deutschen Ausgabe des „Schwarzbuchs des Kommunismus" verfolgt. Nicolas Werth schloß seinen Beitrag über die UdSSR mit dem „Ende des Stalinismus" in den fünfziger Jahren ab und bezieht die poststalinistischen Jahrzehnte nicht mehr als angeblich unveränderte Fortsetzung von „Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion" ein. Dagegen wurden – lediglich in die deutsche Ausgabe! – zwei Beiträge zur DDR aufgenommen, die nie eine Diktatur à la Stalin war und deren Lebenszeit ganz überwiegend der posttotalitären Geschichte zuzuordnen ist. In seinem Beitrag bemühte sich Ehrhart Neubert bei weitgehendem Verzicht auf ein Mindestmaß an Objektivität, die DDR als durchweg kriminelles Unternehmen darzustellen und die erwünschte Plazierung neben Stalin, Mao und Pol Pot zu rechtfertigen. Das geschichtliche Tatsachenmaterial wie die internationale Forschung und Diskussion ignorierend, behauptete er: „Die kommunistische Herrschaft von 1917 bis 1991, in Ostdeutschland von 1945 bis 1989, war aus einem Guß." (Neubert 1998, 834)

Der Platz der Totalitarismuskonzeption im rechten Geschichtsrevisionismus und politische Instrumentalisierunseit den 90er

Seit 1990 kam es zu einer bereits häufig und nicht unzutreffend so genannten Renaissance jener Konzeption und diese Tendenz dauert an. Sie gedieh im Zusammenhang mit der kritischen Aufarbeitung von mehr als sieben Jahrzehnten realsozialistischem Herrschaftssystem, kommunistischer Weltbewegung und Marxismus-Leninismus. Die in der Bundesrepublik nach dem Ende der DDR gegebene Asymmetrie der Debatte führte dazu, daß die Rigorosität des Feindbildes vielfach an die rabiat antikommunistische Atmosphäre der fünfziger Jahre erinnerte.

Dazu haben *zwei* Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur „SED-Diktatur" maßgeblich beigetragen, nachdem es niemals eine vergleichbare Kommission zur Überwindung der Folgen der NS-Diktatur gegeben hat. Die Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" veranstaltete am 3. und 4. Mai 1994 in Berlin eine öffentliche Anhörung *„Zur Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart"*. Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, vertrat einleitend das Totalitarismus-Konzept im Sinne der Nivellierung von Stalinismus und Post-Stalinismus – also eines extensiven Stalinismus-Begriffs – sowie einer weitge-

henden Parallelisierung von DDR und Drittem Reich. Jürgen Kocka äußerte dagegen, daß es zwischen DDR und NS-Regime „zahllose, erhebliche, ins Gewicht fallende Unterschiede“ gäbe: „Je genauer man hinblickt, je gründlicher man das Herrschaftssystem, die Sozial- und Rechtspolitik, die Minderheitenpolitik, die Sozialgeschichte, das Wirtschaftssystem, den Alltag, die Kultur der beiden Diktaturen untersucht, desto mehr treten ihre tiefgreifenden und vielfältigen Unterschiede hervor.“ (Materialien 1995, 592)

Auf Betreiben der Thüringer CDU unter Bernhard Vogel wurde nach dem Beispiel des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden (Schneider, 2004) die Stiftung Ettersberg gegründet. Sie wird seither üppig mit Steuergeldern gefördert. Das 3. Internationale Symposium wird gemeinsam mit der Stiftung zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vom 21. bis 23. Oktober 2004 in Weimar zum Thema „Der Kommunismus im Museum“ durchgeführt.

Die Selbstverständlichkeit, mit der inzwischen die Formel von den *zwei Diktaturen in Deutschland* um sich gegriffen hat und ebenso unablässig wie leichtfertig fragwürdige Parallelisierungen der DDR mit der Nazibarbarei verbreitet werden, gehört zu den auffälligsten Äußerungen der geschichtsideologischen und politischen Grundtendenzen seit den neunziger Jahren. In der Gedenk- und Erinnerungspolitik wurde dies inzwischen in die Formel von den *zwei Diktaturen und ihren Opfern* übersetzt. Wie die Praxis der offiziellen Gedenkkultur in Sachsen, Sachsen-Anhalt und anderswo zeigt, geht die faktische Entlastung der NS-Diktatur und ihrer Täter noch über diese Parallelisierung hinaus. Allein seit Anfang 2004 traten die höchst umstrittenen Bestrebungen wiederholt spektakulär hervor, darunter im Streit um die offizielle sächsische Gedenkstättenpolitik, im Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom November 2003 bzw. 4. Mai 2004 „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen“ sowie in der Resolution der Europäischen Volkspartei (EVP) vom Februar 2004 zur Verurteilung des „totalitären Kommunismus“. (Lieberam, 2004)

Innenpolitisch, beispielsweise in den Berichten der Verfassungsschutzämter, in Wahlkämpfen und in der Auseinandersetzung um die künftige Sozialpolitik à la Hartz IV, werden auf der Grundlage des Totalitarismuskonzepts konstruierte Stereotype und Etiketten zur Diskriminierung und Verfolgung demokratischer Bewegungen und Organisationen benutzt.

Abschließend sei vermerkt, daß bisher das Problem totalitärer Tendenzen oder Gefährdungen in den westlichen Demokratien – beispielsweise im neoliberal gesteuerten Globalisierungsprozeß – noch nicht angesprochen wurde. Aber dieser Problemkreis könnte heute und in Zukunft eine weitaus größere Bedeutung gewinnen. Es zeichnet sich tendenziell ab, daß der künftige totalitäre Zugriff primär weniger als direkte politische Repression, sondern vielmehr verdeckt über die Ausnutzung von Sicherheitsbedürfnissen und über ökonomisch-soziale Eingriffe in die Sphäre und die Rechte der Persönlichkeit erfolgen wird. Darüber hinaus eignen dem Drang der einzigen verbliebenen Supermacht nach militärischer Unverletzbarkeit und gleichzeitiger eigener Fähigkeit zu militärischer Drohung und Intervention an jedem beliebigen Punkt des Erdballs totalitäre Züge. Auch wenn die weitere Aufarbeitung der weltgeschichtlichen Phänomene von Extremismus und Barbarei im vergangenen Jahrhundert andauert und noch der Bemühungen nachwachsender Generationen bedarf, sollte bedacht werden, daß künftige totalitäre Herausforderungen wahrscheinlich mit anderen Rechtfertigungen und in neuartigen Erscheinungsformen auftreten werden als die der Vergangenheit.

Literatur

- Elm, Ludwig: Milena Jesenská – Solidarität angesichts Flucht und Vertreibung 1933 bis 1940, in: Flucht, Vertreibung und Erinnern. Zur politischen und literarischen Reflexion in der deutschen und osteuropäischen Nachkriegsliteratur. Hrsg. vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. Jena 2004, S. 83-90.
- Jaspers Karl: Die geistige Situation der Zeit (1931). Zweiter unveränderter Abdruck der im Sommer 1932 bearbeiteten 5. Auflage, Berlin 1949.
- Kershaw, Jan: Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. In: E. Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. 2., erweit. Aufl., Bonn 1999: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, Bd. 336), 213-222.

- Lieberam, Ekkehard: „Verurteilung des totalitären Kommunismus“. Bewertung einer Resolution der Europäischen Volkspartei vom 3./4. Februar 2004, in: ICARUS, 3/2004, S. 27-35.
- Linz, Juan José: Totalitäre und autoritäre Regime. Hrsg. von Raimund Krämer, Berlin 2000, (Potsdamer Textbücher PTB, Bd. 4).
- Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Neun Bände in 18 Teilbänden. Baden-Baden/Frankfurt a.M.: Nomos Verlag/Suhrkamp Verlag 1995. Bd. IX, 574-777.
- Neubert, Ehrhart: Politische Verbrechen in der DDR, in: Stéphane Courtois, Nicolas Werth u.a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München: Piper, 829-884.
- Schneider, Horst: Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen, Berlin 2004 (SPOTLESS-Reihe Nr. 163).
- Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

Dem Beitrag liegt das Referat „Totalitarismus heute“ auf der Geschichtskonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. (VVN-BdA) zugrunde. Sie fand zum Thema: „Wie gehen Nachgeborene mit Geschichte um? Täter – Mitläufer – Opfer – Widerstandskämpfer: Diskurs über Deutsche im Faschismus“ am 2. und 3. Oktober 2004 in der Gedenkstätte Buchenwald statt.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.

Porträt eines Rechtsintellektuellen

Thomas Wahns: Armin Mohler. Von der CSU zum Neofaschismus, PapyRossa Verlag, Köln 2004, 120 S., 12,50 Euro (Hochschulschriften 54)

Der Autor geht von der zutreffenden und wesentlichen Feststellung aus, dass das Verhältnis von Konservatismus und Faschismus „zu den wichtigsten Fragen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ gehört. Er schließt an meist bereits etliche Jahre zurückliegende Veröffentlichungen zu seinem Gegenstand an und wendet sich dem aus der Schweiz stammenden Armin Mohler (1920-2003) als Autor und Akteur insbesondere im Zeitraum der Sechzigerjahre zu. Die wichtigsten Daten des vorangegangenen Lebenswegs wie der späteren Wirksamkeit des Publizisten und Politikwissenschaftlers Mohler werden genannt Nach der Rückkehr von einem achtjährigen Frankreich-Aufenthalt (1953-1961) war er Mitarbeiter und ab 1964 (bis 1985) Geschäftsführer der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München. Mohler wurde in jenen Jahren im Umkreis von Franz Josef Strauß und der CSU aktiv, publizierte im Bayernkurier und weiteren rechten Periodika, veröffentlichte weitere Bücher, habilitierte sich in Innsbruck und führte dort zeitweilig Lehrveranstaltungen durch.

Bei der erstmaligen Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise der Deutschlandstiftung e. V., München, im Februar 1967 erhielt der inzwischen als Vordenker rechtsextremistischer Bestrebungen namhaft gewordene Autor aus den Händen des Altbundeskanzlers und Namenspatrons den Preis für Publizistik. Die damit unter prominenter bundespolitischer und bayerischer Mitwirkung aufscheinenden Bestrebungen zur Rehabilitierung des verhängnisvollen Bündnisses von Konservativen und Nazis gegen die Weimarer Republik lösten scharfe und nachhaltige Kontroversen aus. Vor allem der Preisträger Mohler hatte dies provoziert, da er die Tabus der Verdrängung und Leugnung sowie die offiziöse antinazistische Tünche mit seinen Beiträgen zur Konservativen Revolution (seine Baseler Dissertation), mit offenen Attacken gegen eine antifaschistische Vergangenheitsbewältigung sowie für eine Rückkehr zu deutscher Macht- und Interessenpolitik verletzt und frühzeitig eine rechtskonservativ-nationalistische Kurskorrektur für die Bundesrepublik eingefordert hatte.

Unter Mohlers „ideologischen Zielsetzungen“ nennt Willms schwerpunktmäßig die Rehabilitierung des deutschen Konservatismus, die autoritär-antidemokratischen Herrschafts- und Politikkonzepte, den Gaullismus als außenpolitisches Modell für die Bundesrepublik sowie die „Entwicklung von Taktiken zur Relativierung und Leugnung von NS-Verbrechen“. Neben einigen einbezogenen Organisationen, Institutionen und Periodika verweisen diese inhaltlichen Hauptfelder auf Kontinuitäten des zwiespältigen Umgangs der Konservativen mit der Geschichte und dem Nachlass der faschistischen Barbarei. Sie münden in den heutigen rechtsgerichteten Geschichtsrevisionismus und schlagen sich in Halbherzigkeiten und Lähmungen gegenüber neuen nazistisch-rassistischen Herausforderungen nieder. Als fraglich erscheint, ob das in diesem Fall wirklich als ein Weg zum Neofaschismus bezeichnet werden kann. Alles in allem ist Mohler doch ein entschieden Rechtskonservativer und Nationalist geblieben, der allerdings in einer Außenseiterposition es sich leistete, in Thesen und Formulierungen auf tagespolitische und wahltaktische Belange oder gar das bundesdeutsche Image im Ausland wenig Rücksicht zu nehmen. Angesichts seiner Rolle als Vordenker der deutschen Rechten über mehr als ein halbes Jahrhundert sind die Zuwendung von Willms zu diesem Rechtsintellektuellen und der von ihm dazu auf solider Quellengrundlage vorgelegte Beitrag zu begrüßen. Dafür sprechen auch Mohlers Verbindungen zu Ernst Jünger, Carl Schmitt, Strauß u. a. Schließlich bezeugen seine Schriften und Aktivitäten die andauernde Verwandtschaft von gutbürgerlichem Konservatismus und Nazismus Angesichts einer andauernden Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit der konservativen Grundströmung in der bundesdeutschen Gesellschaft sind der Studie viele Leser sowie Anstöße für weitere gleichgerichtete Untersuchungen und Veröffentlichungen zu wünschen.

Marxistische Blätter 6_2004 (November), S. 98.

Nach sechzig Jahren: Errungenes und Gefährdetes

Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören.
Winston S. Churchill, Franklin D. Roosevelt und J. W. Stalin, Jalta, Februar 1945

Mit der bedingungslosen Kapitulation der Hitlerwehrmacht am 8. Mai 1945 übernahmen die Hauptmächte der Antihitlerkoalition die Macht in Deutschland. Der Schritt ergab sich folgerichtig daraus, dass der Sieg das Resultat einer außergewöhnlichen weltweiten Anstrengung und Opferbereitschaft bildete. Das gilt für die an der Antihitlerkoalition beteiligten Staaten ebenso wie für die antifaschistische Widerstandsbewegung in vielen Ländern, aber auch für verweigerte Kollaboration oder Beihilfe.

Zäsur der Geschichte Europas und der Welt

Der Absturz der Menschheit in die Barbarei war abgewendet worden. Das bleibt das herausragende Merkmal der damaligen Ereignisse im Vergleich zu anderen weltgeschichtlichen Wendepunkten im 20. Jahrhundert wie die von 1914-18 sowie 1989/90. Es ist bis heute hinsichtlich der Geschichte der faschistischen Diktaturen und der dichten Aufeinanderfolge von zwei verheerenden Weltkriegen die wichtigste, teuer bezahlte Lektion. Das war das moralische Fundament, auf das sich die Erwartungen an einen Neubeginn in Deutschland, aber auch für Gemeinsamkeiten der Völker Europas und der Welt in einer friedlichen und sozial gerechteren Nachkriegsepoche gründeten.

Vom 8. Mai 1945 gingen weltgeschichtliche Wirkungen aus. Das gilt zuerst für die vollständige Niederlage Nazideutschlands und seiner Verbündeten sowie die Beendigung des opferreichsten Krieges der Menschheitsgeschichte, zunächst in Europa und wenig später in Asien. In Jalta und Potsdam beschlossen die Alliierten ihre gemeinsamen Vorstellungen und Ziele für die Nachkriegszeit. Mit Sitz in Berlin nahm der Alliierte Kontrollrat seine Arbeit auf. Im Juni 1945 wurden in San Francisco die Vereinten Nationen (UNO) gegründet, deren Charta im Oktober von Vertretern aus 51 Staaten unterzeichnet wurde. Die vier Besatzungsmächte konstituierten den Internationalen Militärgerichtshof, vor dem im Herbst 1945 Anklage gegen 22 nazistische Hauptkriegsverbrecher erhoben und der Prozess eröffnet wurde. Der Gerichtshof erklärte das Führerkorps der NSDAP, die SS, den Sicherheitsdienst und die Gestapo zu verbrecherischen Organisationen. Im Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der UNO zwei Dokumente, die aus den Erfahrungen mit der nazifaschistischen Diktatur und ihren Verbrechen gegen Menschheit erwachsen waren: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords.

Der Sieg über den Faschismus trug zu einem Aufschwung der nationalen und antikolonialen Befreiungsbewegungen bei, der bald in zahlreichen Ländern zu Unabhängigkeit und staatlichem Neubeginn führte. Die Dritte Welt wurde zu einem zwar heterogenen, doch gewichtigen Faktor der internationalen Beziehungen. Die Sowjetunion hatte eine große Autorität und globale Ausstrahlung gewonnen. Das galt auch für die kommunistische Weltbewegung sowie weitere sozialistische und antiimperialistische Richtungen. Unterstützt von der UdSSR und an ihrem Beispiel orientiert kam es in osteuropäischen und asiatischen Ländern zu antikapitalistischen Umwälzungen und zur Herausbildung des realsozialistischen Weltsystems. Im größeren Teil Europas wurden parlamentarisch-demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse erneuert. Ein kapitalismuskritischer, radikal sozialreformerischer Zeitgeist hatte Europa sowie weite Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erfasst.

Die Alliierten entschieden über territoriale Fragen und die Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen. In ihren Besatzungszonen nahmen sie die Verantwortung für den Vollzug dieses Transfers wahr. Jede seitherige Kontroverse um diese Fragen – auch die heutige um Projekte der Erinnerung an Vertreibungen – hat die Vorgeschichte, die besonderen Gründe und die alliierte Autorität dieser Beschlüsse als Voraussetzungen einer sachgerechten Erörterung anzuerkennen.

Den europäischen Staaten wurden Zukunftschancen neu eröffnet. Der Antifaschismus, schrieb der italienische Philosoph und Publizist Paolo Flores d'Arcais Anfang 2000, ist für die europäischen Demokratien unabdingbar, weil die Grundnorm, „auf der die Rechtmäßigkeit aller juridischen Ordnungen, also der Staaten Europas beruht, der Sieg über den Nazifaschismus ist. Das heißt, die Niederlage

des Nazifaschismus, die ihm die alliierten Heere und der Widerstand bereitet haben." Er fügte hinzu, dass dies kein „allgemeiner Aufruf zum Antitotalitarismus" sei, obgleich der Gulag so verdammenswert sei wie die KZ: „Hingegen ist auf der Ebene historischer Legitimierung der gegenwärtigen europäischen Demokratien nur der Antifaschismus Erbgut und Grundnorm, weil die Kommunisten fester Bestandteil der militärischen Allianz (und der Resistenza) waren, die die Demokratien aufgebaut hat, in welchen wir loben."[1]

Tiefe Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaft

Die Zäsur im Frühsommer 1945 bedeutete nicht nur das Ende einer terroristischen Herrschaftsform und der sie tragenden verbrecherischen Bewegungen und Ideologien. Es war nach 1918/19 und 1930-33 die tiefste Erschütterung der deutschen bürgerlichen Gesellschaft und der Autorität ihrer Oberschichten und Eliten. In der Errichtung der NS-Diktatur Anfang 1933 war die Radikalisierung des politischen Denkens und darauf gründender Politikkonzepte seit der Reichsgründung kulminiert. Sie hatte sich im Niedergang des Liberalismus, in völkisch-rassistisch durchsetztem Nationalismus, Monarchismus, Bismarck- und Soldatenkult, Hochrüstung und Weltmachtsplänen sowie in rabiatem Antisozialismus geäußert. Im Verlauf des Ersten Weltkrieges gewonnene Einsichten in eine unumgängliche Demokratisierung wurden im bürgerlich-aristokratischen Lager nach der Niederlage im Krieg, mit dem Erschrecken angesichts der russischen Oktober- und der deutschen Novemberrevolution sowie der konfliktreichen Anfänge der Weimarer Republik und der Zwänge des Versailler Vertrages beiseite geschoben. Heerscharen völkisch-nationalistischer, antisemitischer und kriegsverherrlichender Publizisten, Schriftsteller, Gymnasiallehrer und Professoren sowie republikfeindliche und antisozialistische Beamte, Juristen und Berufssoldaten leisteten der Labilität der Weimarer Republik sowie zunehmend faschistischen Geisteshaltungen und Parolen Vorschub.

Die Kungeleien aller bürgerlichen Parteien, von Politikern und leitenden Beamten, der Wirtschaft und Reichswehr sowie zahlreicher Rechtsintellektueller mit Hitler und seinem Umkreis ab Sommer 1932 führten zur mehrheitlich konservativen Hitlerregierung und zur geschlossenen bürgerlichen Reichstagsmehrheit für das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933. Die Kapitalismuskritik ab 1945 ist ohne diese Erfahrungen der Vorgeschichte und der Formierung der NS-Diktatur kaum verständlich.

Als der terroristisch-rassistische Flügel der deutschen Rechten in Gestalt der NSDAP und ihrer Gliederungen sich durchgesetzt hatte, fielen rasch und skrupellos vorherige Rücksichten gegenüber Steigbügelhaltern weg. Das ändert nichts daran, dass der Nazismus nicht allein die Staatsmacht hätte übernehmen, eine menschenfeindliche Diktatur ausbauen sowie mit forcierter Aufrüstung den Eroberungs- und Vernichtungskrieg einschließlich rassistischer Massenmorde hätte vorbereiten und durchführen können. Wolfgang Abendroth schrieb anlässlich des 35. Jahrestages, dass die Niederlage 1945 nicht nur die der nazistischen Organisationen war: „Auch die ‚Wirtschaft', die großen Konzerne samt den öffentlich-rechtlich garantierten Verbänden, mit denen das Monopolkapital zur Gewährleistung erst der Wiederaufrüstung und dann der Kriegswirtschaft auch die Produktion der mittleren und kleineren Unternehmungen, auch der Reparaturbetriebe des Handwerks, auch das Verteilungswesen bis zum letzten kleinen Laden, auch die Kreditsteuerung bis zur kleinsten Zweigbank, auch das gesamte Genossenschaftswesen an der Leine führte (und das ganze vorher vom Dritten Reich ‚eroberte' Europa ausgeraubt hatte), hatte trotz (und wegen) der Symbiose mit dem nationalsozialistischen Staatsapparat zur bisher unverhülltesten Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus zunächst verspielt. Für sie alle war das Ende des zweiten Weltkrieges also gewiss eine Niederlage."[2]

Die katastrophale Bilanz lenkte die Blicke auf den Weg seit der gescheiterten Revolution von 1848/49, seit Reichsgründung 1871 und Erstem Weltkrieg. Eindringlich wirkten die Erkenntnisse

---

1 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Februar 2000.

2 Wolfgang Abendroth: Der Tag, an dem 1000 Jahre endlich ihr Ende fanden. In: die tat. antifaschistische wochenzeitung, Nr. 19, 9. Mai 1980, S. I Die Beiträge in dieser dem 8. Mai 1980 gewidmeten Ausgabe lassen bis in die Gegenwart weisende Linien bundesrepublikanischer Auseinandersetzung um NS-Vergangenheit und Rechtsextremismus erkennen.

bezüglich der interessegeleiteten und volksfeindlichen Politik von Großkapital und Aristokratie in den Belangen von Krieg und Frieden, bei der Bewältigung politischer und sozialer Krisen sowie der Auszehrung humanistischer Grundwerte in Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Die Entschlüsse im bürgerlichen Lager, 1945 mit neuen Parteigründungen ins politische Leben zu treten, bildeten Eingeständnisse des Fiaskos von 1933 und des Versagens der früheren Parteiorganisationen und der meisten Spitzenpolitiker.

Besonders tief und nachhaltig war der Rückschlag für die seit 1871 im Deutschen Reich vorherrschende konservativ-nationalistische und antisozialistische Grundströmung. Sie hatte am entschiedensten die Interessen sowie die aggressiven, antidemokratischen und unsozialen Bestrebungen von Agrariertum und Großkapital einschließlich ihres bürokratischen, militärischen, juristischen, journalistischen und akademischen Anhangs artikuliert. Ihr entsprangen die ideologischen und programmatischen Quellen des Nazismus: Völkischer Nationalismus, Autoritarismus und Antiliberalismus, Kult des Soldatentums, Weltmachts-Wahnideen, Antisemitismus, Irrationalismus und militanter Antisozialismus. Die verdiente allgemeine Ächtung des Konservatismus nach 1945 wirkt bis heute nach.

Gesellschaftlicher Neubeginn auf Tagesordnung

Der kapitalismuskritische und gesellschaftsreformerische Zeitgeist der unmittelbaren Nachkriegsphase und Forderungen nach radikalem gesellschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Neubeginn widerspiegelten solche Erfahrungen. Diese Überzeugungen herrschten in den Reihen der politisch Verfolgten, Widerstandskämpfer und Opfer vor. Sie beherrschten die Programme aller zum demokratischen Neuanfang legitimierten Strömungen und Organisationen: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Gruppierungen der christlichen und sozialliberal-pazifistischen Demokratie. Anlässlich des ersten Todestages von Wilhelm Leuschner schrieb sein Mitstreiter, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommende Jakob Kaiser, Mitbegründer der CDU und des FDGB in Berlin, Ende September 1945: „Leuschner hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass er überzeugter Sozialist geblieben ist. Aber wir alle waren ja davon überzeugt, dass die Zukunft des deutschen Volkes weitestgehend von sozialistischen Ideen bestimmt werden wird. Wir sahen in einer gesunden Synthese von Sozialismus und Freiheit den richtigen Weg für das deutsche Volk.“[3]

Die Beschlüsse der Alliierten waren darauf gerichtet, den deutschen Militarismus und Nazismus mit den Wurzeln auszurotten sowie eine erneute künftige Bedrohung der Nachbarn und des Friedens für immer auszuschließen. Das deutsche Volk erhielt die Chance eines Neubeginns auf demokratischer und friedlicher Grundlage einschließlich einer von Grund auf erfolgenden Erneuerung des Bildungswesens, der Medien, der Justiz, der Verwaltung, der Wirtschaft und andere Bereiche. Diese Ziele bestimmten anfänglich die gemeinsame Arbeit im Alliierten Kontrollrat bei der Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Demokratisierung sowie in der Vorbereitung und Durchführung der Prozesse gegen Hauptkriegs- und Naziverbrecher sowie der Nachfolgeprozesse gegen Industrielle und Bankiers, hohe Beamte und Offiziere, Juristen, Diplomaten und Ärzte.

Den deutschen Antifaschisten und allen Demokraten bot dies Rückhalt, ihre radikaldemokratischen und sozialistischen Forderungen und Ziele in Angriff zu nehmen. In allen vier Besatzungszonen war die frühe Nachkriegssituation neben Erscheinungen der Resignation und der Unbelehrbarkeit zunächst vor allem gekennzeichnet von Aufbrüchen zu entschiedenem Neubeginn, Drang zur Ermittlung und Sühne der Nazi- und Kriegsverbrechen, gemeinsame Bemühungen zur Lösung der dringendsten humanitären Probleme, beim Aufbau der Einheitsgewerkschaft sowie in der Arbeit der demokratischen Parteien. Die Autorität der Verfolgten des Naziregimes, der Widerstandskämpfer und Emigranten – einschließlich der Kommunisten – war in der Übernahme öffentlicher Ämter und Verantwortung in Städten und Gemeinden, in den Ländern sowie in den schrittweise aufzubauenden zentralen Verwaltungen und Gremien sichtbar. Programme der Parteien – von KPD und SPD bis zu CDU

[3] Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Hrsg. und eingeleitet von Tilman Mayer, Köln 1988, S. 186 f.

und CSU – und frühe Landesverfassungen enthielten Forderungen nach Bodenreform und Enteignung von Bodenschätzen und Banken sowie der Schwer- und Großindustrie, nach Kontrolle und Beschränkung wirtschaftlicher Macht, nach weitgehender Mitbestimmung sowie nach Reformen in Sozial- und Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Die 1945 geschlagene deutsche Rechte erhielt ihre Chance erst in der restaurativen Wende, die mit der Gründung der Bundesrepublik 1948/49 vollzogen wurde. Diese Rechte inspirierte die bundesdeutsche Gegnerschaft zum Potsdamer Abkommen. Sie vor allem war daran interessiert, die jüngste Vergangenheit und ihre Lehren zu verdrängen und zu verdunkeln – im Einklang mit allen Schichten und Gruppen, die für verhängnisvolle Entwicklungen und Verbrechen mitverantwortlich waren.

Der konservative Geschichtsphilosoph Günter Rohrmoser bemerkte 1980, die „Auseinandersetzung mit dem Faschismus" sei „bisher geistig und politisch nicht geführt worden. Weder die Liberalen, die Konservativen noch die Christen haben sich nach 1945 ernsthaft mit der Frage auseinandergesetzt, was Faschismus war, was Faschismus nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch sein kann und welche Voraussetzungen und Konsequenzen notwendig sind, um eine Wiederholung der Erfahrung zu vermeiden, die wir mit dem Faschismus von 1933 bis 1945 gemacht haben."[4] Es sei jedoch „beeindruckend zu sehen, dass – wenn überhaupt die theoretische Auseinandersetzung mit dem Faschismus nach 1945 geführt wurde – sie weitgehend, von wenigen Historikern abgesehen, von Marxisten geleistet wurde. In der theoretischen Arbeit, die sie dem Faschismusbegriff und seinen Erscheinungen widmeten, sind die Prämissen festgelegt und definiert worden, unter denen wir uns heute mit dem Faschismus auseinandersetzen."[5] Unausgesprochen wurden damit Gründe der Gegnerschaft zur rückhaltlosen Erforschung des Faschismus sowie der offiziösen Tabuisierung des Faschismus-Begriffs berührt.

Später stellte Ralph Giordano eine vernichtende Diagnose. Der Konservatismus stelle die übergreifende Kontinuität „in der deutschen Geschichte der letzten hundert Jahre dar, ohne ihn wäre nichts gelaufen – diese Feststellung gilt auch für die Etappe des Nationalsozialismus, seine kurze Vor- und seine lange Nachgeschichte". Gegen Ende des 20. Jahrhunderts stehe etwa die halbe Nation dem Konservatismus als Gegner gegenüber: „Das ist viel, sehr viel, aber am Ende ist er noch lange nicht, dieser unsterbliche Konservatismus, mit seinem Meisterstück nach dem Zweiten Weltkrieg, dem großen Frieden mit den Tätern, hat er etwas Unumkehrbares geschaffen. Das alles geschah in den ersten zwanzig Jahren nach 1945, aber die Folgen sind akut, und sie werden weit über unsere Tage hinausreichen."[6]

Der grassierende *Diktaturenvergleich* hat seit den Neunzigerjahren Tausende von Dissertationen, Tagungen, Büchern und Aufsätzen hervorgebracht. Er ist die jüngste Phase einer primär antikommunistischen Geschichtspolitik und wurde zu einem Hauptfeld des konservativen Geschichtsrevisionismus. Eine zentrale Frage ist bislang noch nicht ernsthaft gestellt und zu beantworten versucht worden: Woraus erklärt sich die unvergleichliche bestialische Natur des aus der deutschen bürgerlichen Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hervorgegangenen Naziregimes? Das Defizit ist nicht zufällig: Die Prämissen und Feindbilder des Antikommunismus begründen Prioritäten, die – ungeachtet einzelner exzellenter Forschungsergebnisse – im gesellschaftlichen Geschichtsdiskurs wichtige Fragen nicht zulassen oder marginalisieren. Sie beeinträchtigten weiterhin die uneingeschränkte Aufklärung.

Befreiungstag 8. Mai: angefeindet, gefeiert oder ignoriert

Angesichts der Vorgeschichte und des widerspruchsvollen Verlaufs der Nachkriegsgeschichte kann es kaum überraschen, dass der 8. Mai unterschiedlich bis gegensätzlich wahrgenommen und beurteilt wurde und wird. Springender Punkt ist, ob die Kontinuität über die Brüche jener Zeit hinweg Vorrang besitzt und bejaht wird oder ob der Wille zum Abbruch gegenüber dem Vorangegangenen und zu

4 Günter Rohrmoser: Zäsur. Wandel des Bewußtseins, Stuttgart 1980, S. 27.
5 Ebenda, S. 28.
6 Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein, München 1990, S. 166.

entschiedenem Neubeginn vorherrscht. Damit ist das jeweilige Faschismusbild berührt, das bei der konservativen Grundströmung bis heute erheblich defizitär ist. Aus dem Weg in der SBZ und mit der Gründung der DDR ergab sich unter dem bestimmenden Einfluss der SED und ihrer gegen Kapitalismus, Militarismus und Faschismus gerichteten Traditionen sowie aus dem Ziel, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, die Wertschätzung dieses Datums, das frühzeitig und für viele Jahre im zweiten deutschen Staat Feiertag war.

In der Bundesrepublik begründete die Restauration die lange vorherrschende sowie teilweise bis heute andauernde Weigerung, den 8. Mai als *Befreiungstag* anzuerkennen. Folgerichtig waren und sind es neben den Alt- und Neonazis vor allem Konservative, die diese Haltung einnehmen. Hinter Distanzierungen von den *Nationalsozialisten* und ihren ärgsten Verbrechen leben eigene Überlieferungen fort. Das sind insbesondere die Kontinuitäten in den sozioökonomischen Strukturen, aber auch in Institutionen wie Beamtentum, Wehrmacht, Polizei, Justiz, Schule und Hochschule. Dazu kommen tradierte Wertvorstellungen zu Nation und Staat, Geschichte und Herkunft, Krieg und Soldatentum, Autorität und Disziplin u. a. Symptomatisch äußert sich diese Sicht darin, den 8. Mai 1945 als Zusammenbruch oder Katastrophe oder gar als das Ende der Normalität für Deutschland zu kennzeichnen: Nationalistische und klassenmäßige Sichtweisen behaupten sich gegen Internationalismus, Antifaschismus und Humanismus.

Die bürgerlichen Mitte-Rechts-Koalitionen unter Führung der CDU/CSU sowie die Interessen und strategischen Ziele der sie tragenden Schichten prägten in den Fünfziger- und Sechzigerjahren die konservativ-antikommunistische Grundorientierung von Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik. Den Preis für diesen Weg zahlten vor allem die Verfolgten, Emigrierten und Widerständigen der Jahre 1933 bis 1945. SPD und KPD blieben als Vertreter der Hauptströme des antifaschistischen Widerstands und der größten Opfergruppen unter den politisch Verfolgten von der Bundesregierung nach Hitler langjährig bzw. für immer ausgeschlossen. Selbst die wenigen aktiven Nazigegner in Regierungsparteien kamen mit ihren antifaschistischen Forderungen kaum zum Zuge.

Der zehnte Jahrestag im Mai 1955 war für Adenauer kein Anlass für eine Erklärung. In einer Ansprache am 5. Mai 1955 anlässlich der Beendigung des Besatzungsstatuts bemerkte er: „Vor zehn Jahren zerbrach Deutschland und hörte auf, ein sich selbst regierender Staat zu sein. Es war die dunkelste Stunde unseres Vaterlandes.“[7] Wiederum ein Jahrzehnt danach gab Kanzler Ludwig Erhard über Funk und Fernsehen eine Erklärung „zum 20. Jahrestag des Kriegsendes“ ab. Er richtete Angriffe gegen die Sowjetunion und dankte den Verbündeten USA und Großbritannien. Die Rückbesinnung diene „dem Nacherleben der Trauer und des Leids, des Blutopfers von Millionen unschuldiger Menschen“. Am Ende jenes unseligen Krieges hätten „neues Unrecht und Gewalt“ gestanden: „Ja – wenn mit der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Unrecht und Tyrannei aus der Welt getilgt worden wären, dann allerdings hätte die Menschheit Grund genug, den 8. Mai als einen Gedenktag der Befreiung zu feiern.“[8] Erhard fand weder ein Wort zu Eroberungspolitik und Massenmorden noch zum antifaschistischen Widerstand. Wirkliches oder vermeintliches Unrecht nach 1945 wurde ausdrücklicher benannt als die vorangegangenen Verbrechen.

Ab Ausgang der Sechzigerjahre kam es zu einer schrittweisen Öffnung gegenüber den Wahrheiten des Mai 1945. Bundeskanzler Willy Brandt sprach anlässlich des 25. Jahrestages auf einer Gedenkstunde des Bundestages, der sein Vorgänger Kurt Georg Kiesinger und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß fernblieben. 1975 hielten Bundespräsident Walter Scheel und Bundeskanzler Helmut Schmidt Ansprachen. Ein Jahrzehnt später schien die berühmt gewordene Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker die Wende zu bringen, in der er den 8. Mai als Tag der Befreiung und auch den kommunistischen Widerstand würdigte. Erneut demonstrierten MdB der CDU/CSU durch

---

7 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 85, 6. Mai 1955, S. 701.

8 Ebenda, Nr. 81, 11. Mai 1965, S. 641. In einer Erklärung des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Ernst Lemmer, hieß es: „Das deutsche Volk verneigt sich am 8. Mai 1965 vor allen Opfern der Gewalt, gleich wo sie wohnen und von wem sie geschlagen worden sind. Die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge gehören zu ihnen.“ (Ebenda, Nr. 80, 7. Mai 1965, S. 633)

Fernbleiben ihre rechtsextremistischen Aversionen gegen solche Aussagen. Inzwischen wurden seit 1990 unter dem Einfluss des konservativen Geschichtsrevisionismus wesentliche Einsichten zur Unvergleichlichkeit des nationalsozialistischen Verbrecherstaates, zu den Dimensionen der Vernichtung und der Opfer sowie zum antifaschistischen Widerstand erneut zunehmend zurückgenommen.

Sechzig Jahre danach – Bilanz und neue Herausforderungen

Die 248 Mitglieder umfassende konservative Fraktion im deutschen Parlament hat Ende 2003 einen Antrag eingebracht zur „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen". Mit ihrem bereits im Mai 2003 eingereichten Antrag „Gedenken an die Opfer des Bombenkriegs im Zweiten Weltkrieg" sind Haupttendenzen der angestrebten weiteren Revision des Geschichtsbildes von NS-Regime, Zweitem Weltkrieg und Nachkriegsgeschichte unübersehbar. Der erreichte Forschungsstand und die internationale Debatte zu diesen Themenkreisen werden weitgehend ignoriert.

Ist es bloßer Zufall, dass ein roter Faden im Hinblick auf die stigmatisierte Linke erkennbar ist: Er führt von Verfolgung, KZ und Strafbataillonen im Dritten Reich zu Repression, Partei-, Organisations- und Berufsverboten ab 1950 sowie zur seitherigen unablässigen Diskriminierung als vermeintlich extremistisch, verfassungsfeindlich und totalitär. Bereits mit Beschluss der Bundesregierung vom 19. September 1950 war neben der KPD u. a. auch die Unterstützung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) für den gesamten öffentlichen Dienst als „schwere Pflichtverletzung „ und „mit den Dienstpflichten unvereinbar „ erklärt worden. Im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD und anderen Organisationen wurden in den folgenden Jahren mehr Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten sowie weitere Linke und Adenauer-Gegner – darunter viele NS-Verfolgte – eingeleitet als gegen nazistische Täter.

Bezeichnend ist ein Interview, das der Kanzler und CDU-Vorsitzende Adenauer dem Korrespondenten von AFTENPOSTEN/Norwegen, Sinding Larsen, im November 1951 gegeben hatte. Der Journalist hatte nach Maßnahmen gegen „alle Bewegungen, die Spuren von Nationalsozialismus an sich tragen", gefragt. Adenauer redete umgehend vom „Wiederaufleben totalitärer Bewegungen" und versicherte, dass die Bundesregierung „ein Wiedererstarken des Radikalismus" verhindern würde. Die Frage, ob die nazistische Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten werden müsste, sei „nur schwer zu trennen von der von mancher Seite erhobenen Forderung nach einem Verbot der KPD".[9] Der Kanzler lenkte schützend von den Alt- und Neonazis ab und wandte sich vorrangig gegen die Linke. Am Grundverhalten der CDU/CSU hat sich seither nichts geändert.

Ende 2004 richtete die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eine Große Anfrage an die Bundesregierung betreffend „Finanzielle Förderung linksextremistisch beeinflusster Initiativen durch das ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt'". Das im Mai 2000 von der Bundesregierung ins Leben gerufene und von ihr politisch wie finanziell geförderte Bündnis verleiht Preise und Zuschüsse vor allem an Initiativen und Zusammenschlüsse junger Menschen, die sich für Demokratie und Toleranz, somit wesentlich gegen Rassismus, Nazismus und Rechtsterrorismus, engagieren. In 64 Einzelfragen wird versucht, solche meist im linken Spektrum agierenden Vereine, Gruppen und Periodika ins Zwielicht des Extremismusverdachts, der Verfassungsfeindlichkeit und der Gewaltbereitschaft zu setzen. Das geschieht unter dem Beifall jener, die seit Jahren die Umtriebe und terroristischen Exzesse von Nazis und Rassisten mit Indifferenz und Inaktivität passieren lassen. Die Attacke gilt Gruppen, die jahrelang als angefeindete Minderheit Zivilcourage gegen die extreme Rechte gezeigt, Informationen über nazistisch-rassistische Gewalttätigkeiten erarbeitet und im politischen Alltag Solidarität mit Opfern und Bedrohten geübt haben. Darunter befindet sich die VVN-BdA, die seit ihrer Gründung 1947 dafür wirkte, das antifaschistische Vermächtnis zu erfüllen, statt es zu verdrängen und zu vergessen. Sie sieht sich bis heute offiziöser Ächtung und Ausgrenzung ausgesetzt.

---

9 Bulletin ..., Nr. 13, 27. November 1951, S. 86.

Die Bundestagsfraktionen der rot-grünen Regierungskoalition brachten im April 2004 den Antrag „Der 60. Jahrestag des Kriegsendes im Jahr 2005“ ein.[10] Mit dieser Sprachregelung wird sowohl vor den geschichtsrevisionistischen Bestrebungen als auch vor den dreisten Attacken der Nazis und Rassisten zurückgewichen. R. von Weizsäcker über den 8. Mai als Tag der Befreiung zu zitieren, macht die Streichung als Leitmotiv in der Gestaltung des Jubiläums nicht wett. Erneut werden Inhalt und Bedeutung jener Ereignisse unzulässig verkürzt und dem Zeitgeist angepasst. Dem entspricht die fragwürdige Formel, neben der Erinnerung an die Opfer des Holocaust stehe „das Gedenken an die Millionen übrigen (! – *L. E.*) Opfer von Gewaltherrschaft und Krieg“: „Dieses Gedenken darf nicht danach unterschieden werden, welcher Nationalität die Opfer waren und ob sie im Bombenkrieg, im Zuge von Flucht und Vertreibung oder auf andere Weise ihr Leben verloren.“[11] Die Aussage rückt deutsche Opfer an die Spitze und konkretisiert nur deren Schicksal: Der Tod von Millionen eigentlicher Opfer des deutschen Faschismus und Militarismus in vielen Ländern wird unter der Floskel „auf andere Weise“ abgetan. Der Antrag erwähnt weder die Antihitlerkoalition noch den antifaschistischen Widerstand. Die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte erscheinen im heute üblichen, klischierten Schwarz-Weiß-Bild.

Im Umfeld des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus erweisen sich viele Erwartungen von 1945 als nicht oder unzureichend erfüllt: Wirtschaftliche Krisen bei gleichzeitig zunehmenden Klüften zwischen Arm und Reich und sozialer Deklassierung wachsender Bevölkerungsgruppen; weltweit unzählige Spannungen, Konflikte und Kriege, denen vorrangig nicht mit Beseitigung der Ursachen, sondern mit Rüstung, Militarisierung und Interventionen begegnet wird; Stagnation oder Niedergang in Bildung und Kultur sowie neue Offensiven und Positionsgewinne nazistisch-rassistischer und rechtspopulistischer Bewegungen. Den Wahrheiten über Faschismus, Zweiten Weltkrieg und die Befreiung am 8. Mai 1945 sowie über widerspruchsvolle Wege in der Nachkriegsgeschichte kommt gegen andauernde Widerstände und Entstellungen auch künftig eine große und wohl noch zunehmende Bedeutung zu.

Marxistische Blätter 2_2005 (März), S. 19-26.

10 Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15//72974, 28.4.2004.

11 Diese Formulierung ist eine Änderung gegenüber dem ursprünglichen Antrag: Deutscher Bundestag. 15. Wahlperiode, Drucksache 15/73431, 28. 6. 2004, S. 3 (Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien)

Jakob Kaiser – christlicher Antifaschismus und Sozialismus zwischen Adenauer und Ulbricht

„Zwischen Ost und West, das bedeutet ja das Hineingestelltsein zwischen zwei Ideenwelten, zwischen zwei politische und wirtschaftliche Welten, die einander auszuschließen scheinen. Konkreter gesagt: Zwischen zwei Mächten, in denen ein Konfliktstoff gegeneinander angehäuft ist, der wie eine lähmende Last auf der Welt liegt. Am meisten aber auf unserem Volk, auf dessen Boden diese Mächte sich begegnen."

Jakob Kaiser auf einer Tagung der CDU am 6. September 1947 in Berlin

Der gelernte Buchbinder Jakob Kaiser (1888-1961) stammte aus katholischem Arbeiter- und Handwerkermilieu Unterfrankens und empfing dort erste und dauerhafte Prägungen. Längst gibt es eine Reihe von Studien, Beiträgen und Erinnerungen, in denen Lebensphasen und Wirkungsfelder von Kaiser gewürdigt werden. Hervorzuheben sind vier von Werner Conze, Erich Kosthorst und Elfriede Nebgen verfaßte und gemeinsam herausgegebene Bände über charakteristische Perioden seines Lebens und politischen Handelns, die durch jeweils deutliche Zäsuren geschieden sind.[1]

Der Katholische Gesellenverein des Kolpingwerkes (1904), der Volksverein für das katholische Deutschland (1906) und der Graphische Zentralverband der Christlichen Gewerkschaften waren die ersten Organisationen. in denen er Mitglied und politisch aktiv wurde. 1912 begann er als Kartellsekretär in Köln die hauptamtliche Tätigkeit im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Von Kriegsausbruch 1914 bis Ende 1917 diente er an der Front und wurde mehrfach verwundet.

> *„Nach seiner vorzeitigen Entlassung wandte er sich dann wieder der Gewerkschaftsarbeit zu und leitete seit Mitte März 1918 die Jugendabteilung im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. Zusätzlich beteiligte er sich nach der November-Revolution nicht zuletzt auf Bitten des damaligen Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer hin an der Arbeit des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats."*[2]

1912 war Kaiser dem Zentrum beigetreten, in dem er verschiedene Funktionen ausübte, darunter ab 1928 als Mitglied des Geschäftsführenden Reichsvorstandes.

Politisch-ideologisch widerspiegelt der Weg Kaisers das Milieu, dem er entstammte und in dem er seinen beruflichen und politischen Weg wählte: katholisch und sozial, ausgeprägt national denkend sowie anfänglich monarchistisch und eher rechtsstehend, später Antifaschist, sozialer Demokrat und mit weltanschaulich-politischen Begründungen Antimarxist. Er sympathisierte Ende 1932 mit dem innenpolitischen Konzept von Reichskanzler Kurt von Schleicher und Gregor Strasser. Nach Kosthorsts Darstellung hat Kaiser Kontakte der Zentrumsführung mit den Nationalsozialisten und Versuche zu deren politischer Einbindung „im ganzen gebilligt":

> *„Er war, wie das Protokoll einer Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion und des geschäftsführenden Vorstandes der Zentrumspartei vom 19. November 1932 ausweist, dafür, eine Lösung zu finden, die ‚Hitler einschließt'. Er äußerte jedoch bei der gleichen Gelegenheit Bedenken ‚gegen die Führung der Hitlerleute'."*[3]

Im März 1933 wurde Kaiser in den Reichstag gewählt. Er fügte sich der verhängnisvollen Entscheidung der Zentrumsfraktion, am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz für Hitler zuzustimmen. Um die Zwangsvereinigung aller in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) abzuwenden oder zumindest zu beeinflussen, neigte er im Frühjahr 1933 dazu, sich im Einvernehmen mit den anderen großen

---

1 Conze, Werner/Kosthorst, Erich/Nebgen, Elfriede (Hrsg.): Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967-1972: Erich Kosthorst: Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer (1967); Nebgen, Elfriede: Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer (1967); Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949 (1969); Kosthorst, Erich: Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949-1957 (1972).

2 Lange, Erhard M.: Jakob Kaiser (CDU), in: Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, Neunzehn historische Biographien, Brühl! Rheinland 1999, S. 55.

3 Kosthorst, 1967, a. a. O., S. 147.

Verbänden in einer Einheitsgewerkschaft mit den veränderten Verhältnissen zu arrangieren. Im Mai 1933 weigerte er sich, das Dokument zur Auflösung der christlichen Gewerkschaften zu unterschreiben und wurde als deren westdeutscher Landesgeschäftsführer entlassen. Mit Aufgaben zur Abwicklung der christlichen Gewerkschaften und der Klärung der Versorgungsangelegenheiten ihrer ehemaligen Angestellten betraut, konnte er in den folgenden Jahren im Reich Kontakte pflegen und Stimmungen kennenlernen.

Mitte der 30er Jahre entstanden gemeinsam mit ihm nahestehenden Gewerkschaftern Verbindungen zu oppositionellen Kreisen in der Wehrmacht. 1938 wurde er einige Monate (April-Oktober) inhaftiert. Ab Ende 1941 kam er mit seinen gewerkschaftlichen Gesinnungsfreunden wie Wilhelm Leuschner, Max Habermann und Josef Wirmer in Kontakt mit Carl Goerdeler und seinem Verschwörerkreis, darunter ab Herbst 1943 zu Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der Kaiser wiederholt besuchte.[4] In einer Begegnung mit Stauffenberg beeindruckte Kaiser – dem Bericht seiner langjährigen Mitarbeiterin und späteren zweiten Ehefrau zufolge – dessen Bekenntnis zur gewaltsamen Beseitigung Hitlers und die Warnung, es dürfe nicht zu einer Restauration kommen. Es sei

> *„schon damals klargeworden, daß im deutschen Widerstand auf der einen Seite ein gewisser romantisierender Sozialismus stand, während im Kreis Kaiser-Leuschner Männer mit dem konkreten sozialen Willen standen, den Staat der Zukunft nicht zuletzt unter verantwortlicher Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft zu gestalten.“*[5]

Nach dem 20. Juli 1944 konnte Kaiser bis zum Kriegsende in Potsdam-Babelsberg untertauchen. Seine Frau, eine Tochter und weitere Verwandte kamen in Sippenhaft (KZ Buchenwald).[6]

Kaiser nahm nach der Befreiung vom Faschismus als Gewerkschafter, Antifaschist sowie Anhänger der Leitbilder eines christlichen Sozialismus die politische Arbeit an führender Stelle wieder auf. Er begründete die CDUD in Berlin im Juni 1945 sowie im gleichen Jahr den FDGB mit, dessen Vorstandsmitglied er wurde. Er hatte auch, berichtete Conze,

> *„an der Gründungsversammlung der KPD teilgenommen. Kaiser war besonders betroffen von der Begrüßungsansprache Dahrendorfs, die ihm zeigte, daß der Schnitt nicht zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern zwischen diesen beiden und der neuen Christlich-demokratischen Partei liegen würde.“ Das habe ihn und weitere CDU-Gründer veranlaßt, verstärkt „das hervorzuheben, was sie vom ‚Marxismus‘ trennte, ohne die gemeinsame antifaschistische Grundlage zu verlassen – letzteres gewiß nicht nur taktisch, sondern aus ehrlicher Überzeugung, denn diese Parole besaß für alle Politiker des Widerstandes, für alle, die vom Nationalsozialismus ausgeschaltet, unterdrückt, gequält und verurteilt worden waren, in jenen Tagen eine starke Bindekraft. Der Schnitt zum Nationalsozialismus konnte nicht scharf genug gezogen werden.“*[7]

Ende 1945 folgte Kaiser Andreas Hermes als Vorsitzender der CDUD bis zur eigenen Absetzung durch die SMAD im Dezember 1947.

Nunmehr begann eine neue Phase im Wirkungsraum Westberlin und Bundesrepublik, die auch Inhalt und Ziele der Tätigkeit des Politikers Kaiser erheblich modifizierte. Er wurde Mitglied des Parlamentarischen Rates 1948/49, 1949 Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmer (CDA), MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1949-1957), Mitbegründer der Exil-CDU 1950 sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU ab 1950. Im Juni 1954 wirkte er

---

4 Vgl. die frühzeitige Darstellung bei Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954; ähnlich später in der Geschichtsschreibung der DDR: Finker, Kurt/Busse, Annerose: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, 6., überarbeitete Auflage, Berlin 1984.

5 Nebgen, a. a. O., S. 174.

6 M. D. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Eine biographische Dokumentation, mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, hrsg. von Martin Schumacher, 3., erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage, Düsseldorf 1994, S. 242 ff.

7 Conze, a. a. O., S. 19.

an der Gründung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ mit. 1957 zog er sich aus gesundheitlichen Gründen aus der aktiven Politik zurück.

Im Rückblick dominieren äußerlich Gemeinsamkeiten mit Adenauer beim Aufbau der CDU, im Parlamentarischen Rat und in den Bundesregierungen der ersten und zweiten Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Dahinter verbargen sich jedoch dauerhafte und grundsätzliche Meinungsunterschiede. Sie wurzelten in Unterschieden der sozialen und politischen Herkunft, des Verhaltens bis 1945 und gegensätzlicher programmatischer Vorstellungen nach 1945. In der Wahrnehmung vieler Zeitgenossen und auch eines Teils der Zeitgeschichtsschreibung traten die erheblichen Meinungsverschiedenheiten beider angesichts der Rahmenbedingungen des Kalten Krieges und der darin eingebetteten deutschen Zweistaatlichkeit in den Hintergrund oder wurden im Interesse jeweiliger Feind-bilder vernachlässigt oder unterschlagen.

Motive gegenwärtigen Interesses an Jakob Kaiser

Vor diesem Hintergrund seien einige hauptsächliche Motive und Aspekte einer erneuten Zuwendung zum Lebensweg und zur Vorstellungswelt dieses Gewerkschaftsfunktionärs und katholischen Politikers genannt:[8]

Erstens geht es darum, dem Bekenntnis zu einem partei- und richtungsübergreifenden Verständnis von Antifaschismus auch dadurch zu entsprechen, daß das Geschichtsbild, nicht zuletzt in biographischer Hinsicht, fortentwickelt und differenzierter wird. Verfolgung und Widerstand sind zunächst primär in ihrer Zeit und nicht vorrangig nach späteren Verhaltensweisen und politischen Kriterien zu würdigen. Noch weniger dürfen Letztere aus parteipolitischen Präferenzen und dem jeweils gewünschtem Wohlverhalten abgeleitet werden. Es ist auch zu fragen, warum sich antifaschistische Erfahrungen und Gemeinsamkeiten in den Auseinandersetzungen der Nachkriegsjahre vielfach nicht dauerhafter als trag- und belastungsfähig erwiesen haben.

Zweitens verdienen über das vielberufene Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom Februar 1947 hinaus die Ideen und Bestrebungen christlich motivierter Kapitalismuskritik, ihre theoretischen, politischen und ethischen Begründungen von sozialen und sozialistischen Alternativen, Aufmerksamkeit und analytische Zuwendung. Das berührt auch das widersprüchliche Verhältnis dieses christlich motivierten Sozialreformismus zu den religiösen Sozialisten vor und nach der NS-Diktatur. Es schließt den Blick auf die Gründe der Gegnerschaft zu marxistischen und kommunistischen Gesellschaftskonzepten sowie Fragen nach den Ursachen des schließlichen Scheiterns der einen wie der anderen Konzeption ein. Diese Bestrebungen der unmittelbaren Nachkriegsperiode zu würdigen, bedeutet auch, die Breite und Tiefe des gesamtgesellschaftlichen Drangs zu radikaler Erneuerung von Gesellschaft und politischem System nach den Erfahrungen zwischen 1871 und 1945 zu verdeutlichen.

Drittens sind angesichts der Konfrontation mit der neoliberalen Globalisierung in der Gegenwart die Lektionen der Geschichte im Hinblick auf die Chancen und Wege künftiger kapitalismuskritischer Bestrebungen und demokratisch-sozialistischer Alternativen neu zu ermitteln. Das Scheitern mächtiger antikapitalistischer Bewegungen und Potentiale im vergangenen Jahrhundert einerseits und die neuerliche Brutalisierung der nunmehr global vorherrschenden kapitalistischen Herrschaft und Ordnung andererseits legen es nahe, in neuer Weise und möglichst unvoreingenommen alle geistigen und ethischen Vermächtnisse und Ressourcen der Kapitalismuskritik zu erschließen und in die Meinungsbildung über Entwürfe alternativer Wege und Modelle einzubeziehen. Politisch geht es um den Pluralismus der Subjekte von zukunftsfähigen antikapitalistischen, demokratisch legitimierten Veränderungen.

Viertens schließlich fordern konservative Tendenzen in der Geschichtsschreibung Erwiderungen und weiterentwickelte Einschätzungen. Die parteipolitische Hauptkraft der deutschen Rechten, die CDU/CSU, ist in den letzten Jahren verstärkt bemüht, den eigenen Neubeginn nach 1945 als

---

[8] Von solchen Motiven ließ sich offensichtlich auch Gerhard Fischer in Beiträgen und Aussagen zu Kaiser seit den 90er Jahren leiten, darunter über dessen Verhältnis zu Adenauer im Protokollband einer Tagung des Südwestfunks Baden-Baden und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 1997: Als die Mauer wuchs. Zur Deutschlandpolitik der Christdemokraten 1945-1970, Potsdam 1998, S. 155-174.

maßgeblich aus antifaschistischem Widerstand hervorgegangen und daraus gespeist darzustellen. Den Verfolgten und Widerstandskämpfern in der Gründergeneration dieser Parteien und ihr nahestehender Verbände und Gruppierungen wird eine größere Aufmerksamkeit und Wertschätzung zuteil.[9] Angesichts des heutigen internationalen Wissens und Urteils über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg erscheint es konservativen Politikern und Intellektuellen als unumgänglich, diese jahrzehntelang vernachlässigte Komponente des eigenen antitotalitären Anspruchs nachzubessern sowie verstärkt in die Selbstdarstellung einzubringen. Der Generationswechsel und der Wandel der zeitgeschichtlichen Bedingungen sowie der bevorzugten Herrschaftskonzepte eröffnen ihnen dafür neue Spielräume.

Erst recht ist angesichts der apologetischen Intentionen solcher Bemühungen bezüglich der Entstehung und Frühgeschichte der Bundesrepublik nachzuweisen, daß in ihr sozioökonomisch, personell und geistig die Kontinuitäten über die Zäsur von 1945 hinweg eindeutig dominierten. Vertreter des Widerstands, die Bestrebungen nach einem radikalen Abbruch gegenüber der Vorgeschichte und erst recht grundsätzliche antifaschistische Schlußfolgerungen für einen echten gesellschaftlichen Neuanfang blieben in den Unionsparteien und ohnehin in Adenauers Regierungskoalitionen in der Minderheit und peripher. Spätestens seit der Gründungsphase der BRD verloren sie nachhaltig an Einfluß. Der Weg Jakob Kaisers ist dafür durchaus repräsentativ und nicht frei von tragischen Zügen. Die tiefen und dauerhaften Spannungen in seinem Verhältnis zu Adenauer sind adäquate individuelle Äußerungen der damaligen konträren Erfahrungshorizonte und Zielvorstellungen.

Seit 1990 wird vorwiegend versucht, Kaiser kurzschlüssig und pauschalisierend in eine konservative und bedingungslos antikommunistische Deutung deutscher Zeitgeschichte seit 1945 einzuordnen. Im Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des 12. Deutschen Bundestages vom 31. Mai 1994 gehört

> *der Widerstand führender christlicher Demokraten (Andreas Hermes, Jakob Kaiser u. a.)“ zu „den Grundlagen des demokratischen, antitotalitären Wiederaufbaus im Nachkriegsdeutschland“.*[10]

Unter Einbeziehung von Sachverständigen und Zeitzeugen führte die Kommission am 13. November 1992 in Bonn eine Öffentliche Anhörung über „Die Veränderung des Parteiensystems 1945-1950“ durch. Zur CDU-Gründung in Berlin bemerkte Alexander Fischer, es verdiene

> *„Beachtung, daß die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Berliner Gründerkreises während des Dritten Reiches unterschiedlichen Gruppen der Widerstandsbewegung gegen die NS-Diktatur angehört hat.“*[11]

Er benannte damit einen auffälligen Unterschied zum gleichzeitigen Gründerkreis, den Adenauer im Westen um sich scharte. Erika Wolf, Teilnehmerin an der Gründungsversammlung der CDU am 22. Juli 1945 am Schiffbauerdamm in Berlin, erinnerte an das Bekenntnis zur einheitlichen Gewerkschaftsbewegung und zur Bodenreform.[12] Günter Buchstab, Konrad-Adenauer-Stiftung, sprach über Forschungen zur Frühgeschichte der CDUD in SBZ und DDR.

---

9 Vgl. bspw.: Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Freiburg/Basel/Wien 2004; darin der Beitrag von Tilman Mayer über Jakob Kaiser (S. 324-329).

10 Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, Bd. I, S. 215.

11 Ebenda, Bd. II, 1.

12 Erika Wolf äußerte, sie möchte *„auch etwas zur Bodenreform sagen, weil ich von ihr eine ganze Menge miterlebt habe. Hermes hat in der Tat immer gesagt, daß eine Bodenreform notwendig sei. Gleichzeitig fügte er hinzu, daß sie natürlich nicht entschädigungslos vor sich gehen könne.“* (Ebenda, S. 42). Der Zentrumspolitiker Andreas Hermes war vor 1933 Präsident des Reichsverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, MdL und MdR, Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bzw. Finanzen. Auf Initiative von Walter Ulbricht wurde er im Sommer 1945 als erster Vorsitzender der CDUD von der SMAD bestätigt; er wurde wegen der Differenzen in der Entschädigungsfrage der Bodenreform im Dezember 1945 von dieser Funktion abgelöst. Ihm folgte Jakob Kaiser als Parteivorsitzender.

Zwei einschlägige Expertisen wurden von Michael Richter vorgelegt.[13] Es gab, hieß es in einer Expertise zur frühen Kirchenpolitik von KPD bzw. SED,

> *„durch die Erfahrung gemeinsamer Haft von Kommunisten und Christen in nationalsozialistischen Gefängnissen und Lagern ein gewisses gegenseitiges Grundvertrauen in die persönliche Integrität des anderen. Auf der Basis einer weltanschaulich-religiösen Toleranz wurde in der Annahme einer zumindest partiellen gesellschaftlichen Zielidentität von Christentum und Sozialismus eine Kooperation für möglich gehalten. Die Notwendigkeit der ‚geistigen' Entnazifizierung der Deutschen bot sich für eine solche Zusammenarbeit geradezu an."*[14]

Allerdings habe die SED-Führung im Sommer 1946 mit Aussagen zum Verhältnis von SED und Christentum auf Kaiser reagiert, der Wahlkämpfe in der SBZ unter der Auseinandersetzung zu „Christentum oder Marxismus" führen wollte. Im folgenden Jahr

> *„ließ der Vatikan Kaiser wissen, daß die weitere Benutzung des Begriffs ‚christlicher Sozialismus' unerwünscht sei. Offenbar fürchtete man in Rom, daß die Trennlinien zwischen Katholizismus und Sozialismus dadurch verwischt werden könnten."*[15]

Ergänzend wird in der Expertise angemerkt, der sozialpolitische Berater des Papstes, Gustav Gundlach, habe dieses Verbot überbracht; seither hätten katholische Kreise nicht mehr gewagt, das Wort „Sozialismus" zu gebrauchen.

Wege in Berlin (1945-1947) und Bonn (1948–1957)

Die ursprüngliche Vorstellung von Kaiser, nach der Befreiung eine Partei der Arbeit zu gründen, war insbesondere durch den Wiederbeginn von SPD und KPD erledigt. Überzeugt von der Idee der Einheitsgewerkschaft nahm er an der Vorbereitung und Gründung des FDGB teil. Als Mitbegründer der Union in Berlin gehörte er zum christlich-sozialen Flügel, der sich – in völligem Gegensatz zu Adenauer – vorzugsweise auf ein Zusammengehen mit den Organisationen der Arbeiterbewegung orientierte. Das äußerte sich zunächst in der Mitwirkung in dem von der KPD initiierten und später von der SED geführten Block demokratischer Parteien. Die Konstruktion barg für Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und andere Politiker der CDU wie der LDP neben Chancen auch die möglichen und schließlich zwangsläufigen Herausforderungen und potentiellen Sprengsätze, aus denen spätere Trennungen und Konfrontationen hervorgingen.

Nicht zuletzt für Kaiser blieb der kräftige nationale Impuls wirksam und erklärt wesentlich das Bemühen, den Aufbau und die Arbeit der reichsweiten christlich-demokratischen Parteiorganisation von der bisherigen Hauptstadt Berlin aus in Angriff zu nehmen. Von 1946 bis 1949 war er Stadtverordneter in Berlin. Die sozialen wie die patriotischen Motive des christlichen Gewerkschafters halfen ihm über zweieinhalb Jahre, die spezifischen Bedingungen und Probleme zu bewältigen, die sich aus dem sowjetischen Einfluß in der Vier-Sektoren-Stadt einschließlich darin eingebetteter privilegierter Umstände für die deutschen Kommunisten im sowjetischen Sektor ergaben. Mit seinem Vorschlag einer *Nationalen Repräsentation* aus Vertretern der deutschen Parteien, im März 1947 unterbreitet, hielt er weiter an Versuchen zu gesamtdeutschen politischen Lösungen fest. Dieses Herangehen hatte bereits bei Kurt Schumacher keine Chance und offenbarte weitere Differenzen zu Adenauer, der sich entscheidend von rheinischem Mißtrauen gegen Berlin und primär antikommunistischem gegen die *Sowjets* und die KPD bzw. SED leiten ließ.

Auf dem 2. Parteitag der CDUD im September 1947 in Berlin war Kaiser als Vorsitzender wiedergewählt worden. Seine Weigerung, die von der SED ins Leben gerufene Volkskongreßbewegung zu

---

13 Richter, Michael: Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und Berlin 1945–1950; Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU; in: Ebenda, Bd. II, 4, S. 2.509 ff., 2.587 ff. Eine weitere einschlägige Expertise findet sich: Ebenda, Bd. VII, 1, S. 504 ff.: Buchstab, Günter: Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR.

14 Goemer, Martin G./Kubina, Michael: Die Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei- und Staatsführung in der Zeit von 1945/46 bis 197 1/72, in: Ebenda, Bd. VI, 1, S. 630.

15 Hehl, Ulrich von/Tischner, Wolfgang: Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945-1989, in: Ebenda, Bd. VI, 2, S. 886.

unterstützen, führte im Dezember 1947 zur Absetzung durch die SMAD. Es folgte der Rückzug auf Westberlin und die Bundesrepublik. Der Versuch, in der Berliner Union und durch sie eine Brückenfunktion zwischen Ost und West wahrzunehmen, war an der Gegensätzlichkeit mächtigerer Kräfte gescheitert und verlor generell bald an Erfolgsaussichten. Namens der fünf nicht stimmberechtigten Vertreter Westberlins erklärte Kaiser am 8. Mai 1949 im Parlamentarischen Rat deren vorbehaltlose Zustimmung zum Grundgesetz und maßte sich an, dieses Votum zu einem im Namen von 20 Millionen Deutschen in Berlin und den Ländern der SBZ zu erklären.

Die Übernahme des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in den Koalitionsregierungen unter Adenauer von 1949 bis 1957 hing unzweifelhaft mit Kaisers gesamtdeutschen Ambitionen und Engagements seit 1945 zusammen. Er nahm nunmehr die Bundesrepublik als Provisorium und als *Kernstaat* für ein späteres Gesamtdeutschland hin. Adenauer vermochte damit, einen ebenso gewichtigen wie unbequemen Parteifreund einzubinden, mit dem erhebliche Differenzen andauerten oder neu auftraten, beispielsweise bei der Politik rascher und unwiderruflicher Westbindung, in der Reaktion auf die Stalin-Note vom März 1952 oder in der Lösung der Saarfrage.

Andererseits bedeutete der Eintritt Kaisers in das Adenauer-Kabinett und die Übernahme des gesamtdeutschen Ressorts die nachhaltige Konfrontation mit der DDR. Die Tätigkeit des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands (seit 1952 bis 1975) bei diesem Ministerium sowie zwei Jahre später die Gründung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ verhärteten dieses Verhältnis auf weite Sicht. Ulbricht und die SED-Führung konnten Kaiser und sein Ministerium tatsächlich nur als Teil und Instrument der Adenauerschen Politik gegen die DDR ansehen und reagierten entsprechend darauf. Dazu kam, daß der Politiker Kaiser als zwangsläufige Folge seiner Unterordnung unter Adenauer wesentlich an antifaschistischem und sozialreformerischem Profil verlor. Er erlebte Globke als engsten Mitarbeiter des Kanzlers und saß bereits im zweiten Kabinett Adenauer mit drei ehemaligen NSDAP-Mitgliedern – Kraft , Oberländer und Schröder – zusammen. Bei der wichtigen Moskau-Reise im September 1955 bedurfte der Kanzler des gesamtdeutschen Ministers nicht. Dessen Rückzug 1957 trug auch Symptome der Enttäuschung und der Resignation.

Dem Vergessen dürften – aus welchen Gründen auch immer – nicht anheimfallen die frühen Beiträge Kaisers zur Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand und insbesondere an jene seiner nächsten Kampfgefährten, die ihren Einsatz mit dem Leben bezahlt hatten wie Max Habermann, Julius Leber und Wilhelm Leuschner. Anläßlich des ersten Jahrestages des Attentats vom 20. Juli 1944 hob er hervor, daß in der aktiven Opposition gegen das Hitlersystem

> *eine Reihe von Arbeiterpersönlichkeiten einen ehrenvollen Platz“ einnahmen. „Schon 1936 fiel mir ein in Zürich erschienenes erschütterndes Buch ‚Die Moorsoldaten‘ in die Hand, das auch von Wilhelm Leuschners Verhalten in dem Konzentrationslager in Papenburg mit tiefster Achtung berichtete. Soviel mir bekannt, ist es von einem Kommunisten geschrieben. (Wolfgang Langhoff – L. E.) Die Leiden der Lagergenossen in dem berüchtigten Konzentrationslager waren ihm stets gegenwärtig. Und ich erinnere mich heute noch mit Bewegung der Stunden, in denen wir am Moskauer Sender das Lied hörten: ‚Wir sind die Moorsoldaten, wir ziehen mit dem Spaten ins Moor, ins Moor ...‘“*[16]

Wenig später erinnerte Kaiser an Leuschner – der „im Mittelpunkt des Goerdeler-Kreises“ gestanden habe – aus Anlaß von dessen erstem Todestag.

> *Leuschner hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er überzeugter Sozialist geblieben ist. Aber wir alle waren ja davon überzeugt, daß die Zukunft des deutschen Volkes weitestgehend von sozialistischen Ideen bestimmt werden wird. Wir sahen in einer gesunden Synthese von Sozialismus und Freiheit den richtigen Weg für das deutsche Volk.“*[17]

---

16 Die Arbeiterschaft und der 20. Juli 1944. Mutige Männer! Das Volk, Berlin, 20. Juli 1945. Zit. nach: Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot, Eine Werkauswahl, hrsg. und eingeleitet von Tilman Mayer, Köln 1988, S. 180 f.

17 Kämpfer der Gewerkschaftseinheit. Zum Todestag von Wilhelm Leuschner – 29. September 1944, in: NEUE ZEIT, 28. September 1945, in: Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot, a. a. O., S. 186 f.

Aus gleichem Anlaß und an gleicher Stelle gedachte Kaiser am 30. Oktober 1945 Max Habermanns, der in der Gestapo-Haft freiwillig aus dem Leben geschieden war.

Christlicher Sozialismus

Wie hat Kaiser 1945–1947 in Reden und Artikeln seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen umrissen und begründet? Unmittelbar nach der Übernahme des Vorsitzes in der CDUD leitete er beim Jahresausklang 1945 diesen Auftrag wesentlich aus seinem „Weg des Kampfes gegen die Tyrannei" ab, für den „ihm der beste Teil des Volkes" vertrauen werde.

> *„Den Ewiggestrigen, die glauben, an die Zeit vor 1933 wieder anknüpfen zu können, muß gesagt werden, daß der wirtschaftliche Weg unseres Volkes* ***ein mehr oder weniger sozialistischer*** *sein wird. Diese Erkenntnis hat nichts mit überlebter Dogmatik zu tun, sie ist nur das Ergebnis wirklichkeitsnaher Einsicht."*[18]

Der soziale demokratische Gedanke habe in der Union mit an erster Stelle zu stehen. Diese Positionen finden sich in seiner Rede auf der ersten Delegiertenkonferenz des FDGB vom 9. bis 11. Februar 1946 in Berlin. Als

> *Führer meiner Partei" und „ als einer der Euren" wolle er sagen, „ daß auch die Union, an der man aus diesem oder jenem Grunde immer wieder Spuren der Reaktion entdecken möchte, in voller Klarheit die Zeitenwende bejaht, soweit sie eine Wende zum Zeitalter des werktätigen Volkes ist (lebhafter Beifall)."*[19]

Ihre Mitglieder erstrebten eine sozialistische Ordnung, die ein „von christlichem Verantwortungsgefühl bestimmter und diktierter Sozialismus" ist und die die drängendsten Lebensfragen „nach dem Gesichtspunkt der sozialen Erfordernisse des gesamten Volkes" löse. Der Kreis von Menschen, die sich „zu einem praktischen Sozialismus" bekennen, habe sich beträchtlich erweitert. Das entspräche dem Erfordernis, „Partei- und Klassenhader immer mehr" zu tilgen. Kaiser bekannte sich zur politischen Bedeutung der Gewerkschaften. Diese werde

> *„aber um so größer sein, je freier und je unabhängiger sich die Gewerkschaften von parteipolitischen Bindungen halten (Beifall). Parteipolitik greift so oder so stärker auf weltanschauliche Gebiete über, und da scheiden sich dann die Geister. Der Mann marxistischer Weltanschauung denkt kollektivistischer, der christliche Arbeiter möchte im persönlichen und geistigen Leben die Freiheit der Persönlichkeit stärker gewahrt sehen. Er hat auf dem Gebiet der Kulturpolitik andere Auffassungen. Er steht der Stellung der Kirchen anders gegenüber."*[20]

Warum sollten – fragte er – solche Verschiedenheiten in die gewerkschaftliche Arbeit einbezogen werden, die vor das Forum eigenständiger Parteien gehören und dort auszutragen seien.

Als repräsentatives Zeugnis kann eine programmatische Rede Jakob Kaisers im CDU-Vorstand am 13. Februar 1946 angesehen werden. Darin betonte er, daß die Union bereits ihrer Zusammensetzung nach keine bürgerliche Partei sei, vor allem jedoch,

> *„weil sie die alte bürgerliche Gesellschaftsordnung als überlebt ansieht."*

Er erinnerte an die Erschütterungen und Umgestaltungen seit 1914. Das Bürgertum habe Rettung gesucht bei einem Abenteurer, dem der Mittelstand, der arbeitslose Angestellte sowie Finanz- und Wirtschaftskreise verfielen – letztere, um ihn „zur Rettung der bürgerlichen Ordnung" einzusetzen.

> *„Die bürgerlichen Parteien zerfielen vor der großen Hoffnung auf Rettung durch den Erlöser Hitler in nichts."*

Widerstand habe es nur durch gläubiges Christentum und aus gewerkschaftlichen Kreisen gegeben.

---

18 Zum Weg der Union, NEUE ZEIT, 30. Dezember 1945, ebenda, S. 199.
19 Rede auf der Delegiertenkonferenz des FDGB, ebenda, S. 207.
20 Ebenda, S. 210.

„Man kann sagen, daß der Verfall weiter Schichten des deutschen Volkes, vor allem der bürgerlichen Kreise an Hitler, der letzte Versuch dieser Kreise war, die bürgerliche Ordnung zu retten.“

Der, dem sie sich „in ihrer Verranntheit anvertrauten“, habe die Reste bürgerlicher Ordnung verspielt.[21]

Einer gründlichen Analyse ermangelnd und äußerliche Symptome der Lage von 1945/46 überschätzend, äußerte Kaiser:

„Die letzten Reste eines bürgerlichen Daseins im deutschen Volke sind vernichtet. Und blind wäre derjenige, der sich einer Partei verschreiben würde, die eine Restauration der bürgerlichen Gesellschaft zu schaffen sich bemühen wollte. Ihre letzten Säulen sind vom Irrwahn des Hitlerkrieges zerstört worden. Wir dürften von einer solchen Partei wohl mit Recht sagen, daß es sich hier um eine bemitleidenswert reaktionäre Partei handeln würde.“[22]

Er mache sich keiner radikalen oder revolutionären Gesinnung schuldig, wenn er sage, daß die Zeit der bürgerlichen Ordnung vorbei sei. Die Zeichen der Zeit bedeuteten, daß

„unsere Tage im Zeichen des werktätigen Volkes im weitesten Sinne des Wortes „, daß „wir im Zeitalter des Durchbruchs der Massen des werktätigen Volkes als bestimmende Faktoren des Lebens der Nation“ stehen.

An anderer Stelle sprach er davon, daß das deutsche Volk sich in gleicher Not befinde und keine „Unterscheidungen des Besitzes“ mehr existieren würden. Er wolle nicht falsch verstanden werden, so leitete Kaiser eine weitere, historisch-politisch weitgehende Aussage ein,

wenn ich sage, daß uns hier in Berlin, wo Ost- und Westeuropa im großen geschichtlichen Treffen der Nationen aufeinanderstoßen, diese Zeitenwende vom bürgerlichen Zeitalter zum Zeitalter des werktätigen Volkes unter dem Erlebnis der Begegnung mit dem vom Willen des werktätigen Volkes geformten Rußland stärker noch aufgeht, als es vielleicht im übrigen Deutschland der Fall ist.“[23]

In Ost und West finde „die Auseinandersetzung mit dem sterbenden bürgerlichen Zeitalter“ statt, wie auch Veränderungen in England und Frankreich zeigen würden. Die bürgerliche Ordnung habe der sozialistischen Platz zu machen.

Unter dem Leitgedanken „Unser Sozialismus ist ein Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ skizzierte Kaiser hauptsächliche Quellen, Merkmale und Ziele seines Gesellschaftskonzepts. Es setze in christlicher Verantwortung

„die unabänderliche Bedeutung und Würde der Persönlichkeit“ und die Überzeugung voraus, „ daß das Bewußtsein von der Würde und Bedeutung der freien, für ihre Entscheidung verantwortlichen Persönlichkeit das Kernstück eines echten Sozialismus zu sein hat.“[24]

Stichwortartig seien in diesem Rahmen weitere Komponenten des Kaiserschen Sozialismuskonzepts – und möglichst authentisch in seiner Begrifflichkeit – auf der Grundlage jener programmatischen Ausführungen genannt:

- „die Verbindung von Sozialismus und Demokratie“;
- „im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft“ werde „alles Wirtschaften einzig und allein dem Menschen untergeordnet“; „weise vorausschauende Wirtschaftslenkung“ solle wirtschaftliche Krisen und Spannungen lösen;

---

21 Christlicher Sozialismus und Einheit, NEUE ZEIT, 14. Februar 1946, ebenda, S. 216 f.
22 Ebenda, S. 217.
23 Ebenda.
24 Ebenda, S. 219.

- „Aufgabe und Ziel dieser Ordnung wird es sein, für das gesamte Volk wieder einen ausreichenden Lebensstandard zu schaffen“;
- das Privateigentum werde bejaht, „soweit es der Person des Menschen einen eigenen Lebensbereich sichert“; „Privateigentum wird aber da zu einer öffentlichen Gefahr, wo es Macht über Menschen verleiht, oder wo es einzelnen ermöglicht, willkürlich über Gaben der Natur zu verfügen und andere von ihnen auszuschließen.“ Deshalb werde gefordert: „Gemeinschaftseigentum an Bodenschätzen, scharfe Bindung allen Grundeigentums und schärfste Kontrolle des Großeigentums, soweit es noch in privaten Händen ist“; „Brechung der Macht der Syndikate und der Kartelle“;
- „Das Werden der neuen Ordnung denken wir uns als eine Ordnung, die von unten nach oben wächst.“ Dazu gehöre „die bewährte Einrichtung der Betriebsräte“; es gelte, „der Demokratie in den einzelnen Unternehmen eine einheitliche Richtung und eine einheitliche Stoßkraft zu geben“; die „demokratisierten Unternehmungen“ seien zu verbinden und „zu einer höheren einheitlichen Wirkung zusammenzuführen“; das sei „nicht zuletzt Aufgabe der Gewerkschaften“;
- als „Konsequenz unseres christlichen Sozialismus“ die Forderung nach einem neuen und umfassenden Sozialrecht, eingeschlossen „eine einheitliche deutsche Lohnordnung, eine einheitliche Arbeitsordnung, einen einheitlichen Arbeitsschutz und eine fortschrittliche Arbeitsgerichtsbarkeit“;
- daneben soll Raum bleiben, „in dem der gewerbliche Mittelstand, das Handwerk und andere vergleichbare Stände und Berufe, ihre gesellschaftlich und wirtschaftlich unentbehrlichen Funktionen auszuüben vermögen“: „Wir wollen ja keinen Klassensozialismus, der nur der Arbeiterschaft Vorteile bringen soll.“

Der Vorsitzende der CDUD schloß seine Programmrede mit dem Wunsch ab,

> *„daß der Zusammenklang des christlichen und sozialistischen Willens unsere Partei zur Heimat eines großen Teils unseres Volkes macht. Und zwar des werktätigen Volkes im weitesten Sinne des Wortes. Unter Einschluß aller Bürger, die nicht zurückverlangen nach der Klassenordnung eines vergangenen bürgerlichen Zeitalters. Sondern die bereit sind, mit den Bauern, Handwerkern und Arbeitern eine Gemeinschaft zu bilden, die vom christlich-sozialistischen Geiste geprägt ist. Unter Einschluß auch und vor allem aller geistigen Kräfte im Volk, die sich willig den Notwendigkeiten einer neuen Ordnung öffnen.“*[25]

Gegenspieler und Weggefährte Adenauers

Die fundamentalen Meinungsverschiedenheiten mit Adenauer brachen bald offen aus. Am 3. April 1946 traf dieser sich in Stuttgart mit acht führenden Vertretern der CDU und CSU aus Großhessen, Nord-Baden, Württemberg, Bayern und der britischen Zone, um den weiteren Zusammenschluß zu beraten. Es wurde vereinbart, die reichsweite Vereinigung der Union voranzutreiben. Berlin dürfe in keinem Fall künftiger Sitz einer Parteileitung für Deutschland werden. Adenauer sollte Kaiser diese Beschlüsse übermitteln.

Er wurde weiter ersucht, Herrn Jakob Kaiser mitzuteilen, daß trotz der größten Hochachtung vor seiner Person und der Mannhaftigkeit, mit der er auf seinem schweren Posten ausharre, die Anwesenden sich nicht einverstanden erklären könnten mit verschiedenen Sätzen, die Herr Kaiser in der letzten Zeit in öffentlichen Reden programmatisch ausgesprochen habe oder die in dem von der CDU-Leitung Berlin herausgegebenen Material enthalten seien. Es wurden insbesondere in dieser Hinsicht folgende Ausführungen angeführt, mit denen man nicht einverstanden sei.

1) auf deutschem Boden bezw. in Berlin müsse eine Synthese zwischen Ost und West erfolgen, 2) die bürgerliche Epoche sei zu Ende, 3) das kommunistische Manifest sei eine Großtat.

Dr. Adenauer wurde weiter ersucht, Herrn Jakob Kaiser als einstimmige Ansicht der Versammelten mitzuteilen, daß Ausführungen wie: ‚Wir sind sozial‘ oder ‚Christlicher Sozialismus‘ nicht am Platze seien. Es handele sich dabei nach der Ansicht der Anwesenden um Schlagworte ohne besonderen

[25] Ebenda, S. 230.

Inhalt, die aber geeignet seien, Verwirrung und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter den Anhängern der CDU bezw. der Bayerischen Christlich Sozialen Union hervorzurufen.“[26]

Einig sei man über die Notwendigkeit eines sozialpolitischen Programms. In einem ausführlichen Schreiben vom 8. April 1946 informierte Adenauer die Teilnehmer des Treffens über die Gespräche mit Kaiser am 6. und 7. April, der beim letzteren von Hermann Katzenberger und Karl Arnold begleitet wurde.

> *„Es wurden auch die Beanstandungen verschiedener Stellen in Reden des Herrn Kaiser oder in dem von Berlin aus versandten Material besprochen. Herr Kaiser erklärte dazu, daß man einen anderen Eindruck bekommen würde, wenn man den ganzen Zusammenhang, in dem diese Worte ausgesprochen seien, miterlebt habe. Man solle auch bedenken, daß sie in Berlin unter ganz anderen Einflüssen arbeiten müßten, als wir in den übrigen Zonen.*[27]

Bereits im Mai 1946 schrieb Adenauer an Kaiser,

> *„daß sowohl im Westen wie im Süden gegen Berlin und auch teilweise gegen die Richtung der CDU in Berlin erhebliche Bedenken bestehen.“*

Hermann Katzenberger, Berlin, ließ er Anfang Dezember 1946 wissen, daß sowohl der reichsweite Anspruch als auch

> *„gewisse Formulierungen des Herrn Kaiser in seinen Reden bei dem größten Teil der Union der britischen Zone auf erregten Widerspruch stoßen.“*

Gleichzeitig schrieb er an Heinrich Vockel, Berlin, daß Vorgänge in der Berliner CDU und Äußerungen Kaisers

> *„auf die Union der britischen Zone geradezu wie Sprengpulver“ wirken.*

Die andauernden Auseinandersetzungen griffen auch auf Beratungen des interzonalen Arbeitsausschusses der Union über, beispielsweise als es Anfang Februar 1947 um den Vorsitz des auswärtigen Ausschusses ging, um den sich Kaiser nachdrücklich, aber vergeblich, bewarb. Er achte Kaiser wegen seines Auftretens gegenüber den Russen und seiner nationalen Gesinnung, er befinde sich jedoch

> *„mit seinen Ansichten über Sozialismus nicht im Einklang mit der überwiegenden Mehrheit unserer Partei,*

mit dieser Aussage warnte Adenauer Anfang November 1947 einen Briefpartner, der Kaiser als Redner eingeladen hatte.

Die Differenzen setzten sich ungeachtet gleichzeitiger gegenseitiger Rücksichtnahmen fort, bis die SMAD und die SED Ende 1947 mit der Absetzung Kaisers auf ihre Weise halfen, innerparteiliche Konflikte der Union zu „bewältigen“. Gemeinsam mit dem CSU-Vorsitzenden Josef Müller telegrafierte Adenauer am 16. Dezember 1947 an Kaiser:

> *„Wir beglückwünschen die CDU Berlins und der Ostzone und Sie persönlich zu Ihrer Haltung in der Frage des Volkskongresses. Sie entspricht vollständig der Auffassung unserer Parteien. Wir bleiben in Treue mit Ihnen und der CDU der Ostzone und Berlins verbunden.“*[28]

---

[26] 6. April 1946: Aktennotiz über ein bizonales CDU/CSU-Treffen in Stuttgart, in: Adenauer. Briefe 1945–1947, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1983, S. 208 f

[27] 8. April 1946: An die Teilnehmer eines bizonalen CDU/CSU-Treffens in Stuttgart, in: Ebenda, S. 204 f. *„Ich habe Herrn Kaiser ausdrücklich erklärt, daß es für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen sei, daß nach einer Wiedererrichtung Deutschlands die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz finde. Dabei sei es ganz gleichgültig, ob und von wem Berlin und der Osten besetzt sei.“* (S. 205) Adenauer unterstützte allerdings den entschiedenen Widerspruch Kaisers gegen den beim Stuttgarter Treffen vorgeschlagenen künftigen Parteinamen „Christliche Union“. Tatsächlich wurde in der Folgezeit auf die Streichung von *demokratisch* verzichtet.

[28] 15. Dezember 1947: Adenauer gemeinsam mit Dr. Josef Müller: An Jakob Kaiser, Berlin, in: Adenauer. Briefe 1947-1949, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1984, S. 122.

Es kann nicht überraschen, daß Kaiser zufolge der christliche Sozialismus das Ziel des marxistischen Sozialismus, die „Diktatur des Proletariats“, ablehne. Überhaupt bekannte er wiederholt und offen die Gegnerschaft zum Marxismus und dessen Sozialismus-Modell in Theorie und Praxis. Diese Gegnerschaft basierte offenkundig nicht auf einer differenzierten Kenntnis des marxistischen Schrifttums und entbehrte generell eines theoretischen Gehalts. Sie bediente sich religiöser und ethischer Erwägungen und Argumentationen und war vom Erfahrungshorizont des katholischen Sozialpolitikers bestimmt. Der damit verbundene weitgehende Verzicht auf eine sozialwissenschaftlich fundierte Kapitalismuskritik verstärkte die utopischen und illusionären Züge des katholischen Politikers, der letztlich der bürgerlichen Gesellschaft – die er radikal reformiert und „sozialistisch“ modernisiert sehen wollte – verhaftet blieb. Das alles gehört unzweifelhaft zu den Gründen der raschen Auszehrung der alternativen Vorstellungen Kaisers in seinem ab 1948 erheblich veränderten politischen Umfeld und Aufgabenbereich. Andererseits verdienen sowohl die christlich motivierte Kapitalismuskritik als auch der Rang der Demokratie sowie der Würde und der Rechte der Persönlichkeit in Kaisers Sozialismusbild spätestens seit 1990 neue Aufmerksamkeit und sind in künftigen alternativen Gesellschaftskonzepten dialektisch zu rezipieren.

8. Mai 1945: Von den Schwierigkeiten beim Umgang mit deutscher Geschichte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 63-79.

Laudatio auf Michael Wegner

Unsere Tagung ist dem slawistischen Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Michael Wegner anläßlich seines 75. Geburtstages gewidmet. Man darf diese Widmung und die Tagung selbst als teilweise Vorwegnahme der abschließend vorgesehenen Lobrede betrachten. Das gilt insbesondere für die anerkennenden Worte, die Fachkollegen heute in diesem Auditorium für den Jenaer Jubilar und seine wissenschaftlichen Leistungen gefunden haben. Stellvertretend sei auf die soeben gehörten Ausführungen von Prof. Roland Opitz zu besonders beachtenswerten Arbeitsergebnissen von Michael Wegner verwiesen.

Michael Wegner wurde am 1. März 1930 in Kaunas geboren. Die Ereignisse der folgenden Jahre griffen unmittelbar in das Leben des Heranwachsenden ein: Umzug der Familie nach Thüringen im März 1941 und Rückkehr nach Litauen im Sommer 1942; Anfang 1945 führte der Weg wiederum – und dieses Mal endgültig – nach Thüringen. Mehrsprachig – deutsch, russisch und litauisch – aufgewachsen zu sein, wirkte schließlich nach dem Abitur in Arnstadt auch in der Wahl des Studienfaches nach. Von 1949 bis 1954 studierte er in Jena slawische Philologie und erlangte das Diplom der Philosophischen Fakultät in Russisch und Bulgarisch. Auf Vorschlag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hatte er ab 1950 dem Studentenrat bis zu dessen Auflösung 1952 angehört. Nach dem Studienabschluß war er als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Slawistik tätig und nahm Lehraufgaben in russischer Literaturgeschichte und im Sprachunterricht wahr. Wegner wurde 1959 mit der Dissertation „N. G. Tschernyschewski und G. W. F. Hegel. Die ästhetischen Anschauungen Tschernyschewskis in ihren Beziehungen zur Ästhetik Hegels“ promoviert. Zum Oberassistenten ernannt, hielt er Vorlesungen und Übungen zur russischen Literatur. Ab 1961 folgte die Wahrnehmung einer Dozentur für russische Literatur des 19. Jahrhunderts.

Dr. Wegner habilitierte sich 1967 mit der Schrift „Deutsche Arbeiterbewegung und klassische russische Literatur (1900-1914)“. Er wurde Dozent für slawische Literaturen (russische Literatur) an der Philosophischen Fakultät der Universität Jena. Innerhalb der vergleichenden Literaturwissenschaft spezialisierte er sich auf deutsch-slawische Literaturbeziehungen. 1969 erfolgte die Berufung zum ordentlichen Professor für vergleichende Literaturwissenschaft; neben diesem Lehrgebiet wurde von ihm das der russischen Literaturwissenschaft wahrgenommen. Nunmehr oblagen ihm verantwortlich alle Aufgaben eines Hochschullehrers in der Lehre und Forschung einschließlich der Einbeziehung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses, darüber hinaus bei nationaler und internationaler Forschungskooperation sowie bei Tagungen und Publikationen. Eine Reihe Dissertationen A und B (Habilitation) wurden von ihm betreut und zum erfolgreichen Abschluß geführt.

Michael Wegners Wirken umfaßte vielfältige und anspruchsvolle Gebiete wie Methodologie vergleichender Literaturforschung, deutsch-slawische (russische) Literaturbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Theorie und Geschichte des russischen Romans im internationalen Kontext und utopisches Denken in der russischen Literatur. Er leitete und realisierte mehrere Forschungsprojekte. Dazu gehörte „Utopien in der russischen Literatur“ ab 1988 als Gemeinschaftsprojekt mit dem Institut für Slawische Philologie der Georg-August-Universität Göttingen (Prof. Dr. R. Lauer). Das mit wechselseitigen Tagungen in Jena und Göttingen begonnene Vorhaben endete unter dem Einfluß der Veränderungen von 1991/92, ohne erfolgreich abgeschlossen zu werden.

Aus der kreativen Arbeit in der Forschung sowie mit Gewinn für die Lehrverpflichtungen ergaben sich Studien- und Archivaufenthalte in der UdSSR, Jugoslawien und im Thomas-Mann-Archiv Zürich. Gastvorlesungen – auch Vorlesungszyklen – führten ihn an Universitäten der Bundesrepublik, Österreichs, der Schweiz sowie ost- und südosteuropäischer Länder. Er hielt mehrfach Hauptvorträge auf internationalen Konferenzen. Wegner wirkte als Mitglied der UNESCO-Kommission zur Erforschung und Verbreitung der slawischen Kulturen sowie als Vorstandsmitglied der Internationalen Dostojewski-Gesellschaft und der Kommission zur vergleichenden Erforschung der slawischen Literaturen beim Internationalen Slawistenkomitee. Namhafte Slawisten anderer Länder – darunter der Bundesrepublik – waren im Laufe der Jahre seiner Einladung zu Tagungen und Vorlesungen in Jena gefolgt.

Die umfangreiche Publikationsliste unseres Jubilars als Autor und Herausgeber umfaßt Monographien, Editionen, Beiträge in Büchern sowie in Tagungs- und Sammelbänden, lexikalische und Zeitschriften-Artikel, Tagungsberichte und Rezensionen. 1975 wurden er und fünf Kollegen in Anerkennung der Beiträge zur Erforschung und Verbreitung der russischen Literatur mit dem Nationalpreis der DDR geehrt.

Frühzeitig und über längere Zeiträume hatte der Hochschullehrer auch akademische Leitungsfunktionen wahrzunehmen. Die wichtigsten waren: Kommissarischer Direktor des Instituts für Slawistik (1960-1962), Stellv. Direktor für Erziehung/Ausbildung an der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft (1969-1972), Sektionsdirektor (1972-1976) sowie Prorektor für Gesellschaftswissenschaften (1978-1987). Als Prorektor trug er dazu bei, das sozial- und geisteswissenschaftliche Potential an der Alma mater Jenensis in disziplinärer Vielfalt, mit einem reich gefächerten Ausbildungsangebot und mit interdisziplinären Forschungs- und Publikationsvorhaben fortzuentwickeln. Das geschah auch gegen Bestrebungen, ein vereinseitigendes, die Idee der Universitas litterarum beeinträchtigendes Übergewicht der Natur- und Technikwissenschaften plus Medizin durchzusetzen. Michael Wegner förderte Mitte der 80er Jahre die Bildung gesellschaftswissenschaftlicher Forschungszentren. Dazu gehörte beispielsweise das für die philosophische und literarische Klassik, die von diesem durchgeführten interdisziplinären Jenaer Klassikseminare und die auch vertraglich geregelte Zusammenarbeit mit den Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar. Er nahm sich dieser hochschul- und wissenschafts-politischen Aufgaben im kollegialen Zusammenwirken mit der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates und den Sektionsdirektoren an. Mit ihnen setzte er sich für ein hohes Niveau der akademischen Qualifizierungsschriften ein.

Die Wende in Gesellschaft und Hochschule um 1990, das Ende der DDR, bald auch der UdSSR und des von ihr geführten Staatenverbunds, bedeuteten auch für Michael Wegner eine tiefe Zäsur mit unwiderruflichen Wandlungen. Im Unterschied zu seinen Kollegen in Rußland und anderen osteuropäischen Ländern kam es im Gefolge dieser Veränderungen 1991 zur Entlassung, die unter dem rechtlich fragwürdigem Vorwand der Abwicklung vollzogen wurde. Hiesige akademische Kollegen, mit denen er in dieser oder jener Weise langjährig verbunden war, reagierten sehr unterschiedlich auf diese Veränderungen.

Der damals etwa 60jährige sah sich außerstande und war offenkundig nicht einmal ernstlich gewillt, die nunmehr von neuen Obrigkeiten erwünschten oder erwarteten, raschen ideell-moralischen Wenden und politischen Anpassungen zu vollziehen. Aber auch die von nicht wenigen genutzte Gelegenheit, sich weitgehend zurückzuziehen, ließ er aus. Ab 1990/91 gehörte er zum Kern einer kleinen Gruppe – bereits oder bald – *ehemaliger* Hochschullehrer und Mitarbeiter der Jenaer Universität sowie weiterer interessierter BürgerInnen, die sich zunächst in einem informellen Gesprächskreis zusammenfand.

Im Mai 1992 war Michael Wegner unter den Gründern des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., das sich zur parteinahen Stiftung der PDS in Thüringen entwickelte und sich auf diesem Weg 2000 in Thüringer Forum und schließlich im vergangenen Jahr in Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. umbenannte. Mehr als zehn Jahre gehörte er dem Vorstand des Vereins an und engagierte sich dort vor allem für wissenschaftliche Vorhaben, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen und für die Publikationen. Er unterstützte das Bemühen des Vereins, mit den verfügbaren Kräften ein möglichst vielseitiges Angebot in der politischen Bildung zu unterbreiten. In den Veranstaltungen bereicherte er oft mit seinen Problemstellungen und Überlegungen die jeweiligen Debatten.

Hervorzuheben ist die Initiative, mit der M. Wegner seine wissenschaftliche Arbeit nach 1990 fortsetzte und seine fachliche Kompetenz in die Arbeit des Thüringer Forums einbrachte. Er leitete die Arbeitsgruppe „Osteuropa“, die mehrere wissenschaftliche Tagungen vorbereitete, durchführte und nicht zuletzt durch den Teilnehmerkreis und die Veröffentlichung der Ergebnisse weit über Jena hinaus wirkte. Geschichte und Gegenwart finden sich in den zwischen 1994 und 2004 erschienenen Protokollbänden von sechs Tagungen über: Rußland und Europa; Rußland im Umbruch; Weimar und der Osten (I und II); Rußland – Ein starker Staat?, sowie Weimar und der Osten (insbesondere die

Beziehungen des Thüringer Raumes zu Sankt Petersburg). Vor allem bei diesen Projekten förderte er das Zusammenwirken mit der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft.

Aus der Feder des Jubilars erschienen darüber hinaus seit Anfang der 90er Jahre weitere Aufsätze und Besprechungen zu russischer Geschichte und Ideengeschichte, zu deutsch-russischen Wechselseitigkeiten in Philosophie und Literatur sowie zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen. Die kritische Beschäftigung mit Fjodor Dostojewski, Thomas Mann und Georg Lukács wurde mit bemerkenswerten Beiträgen fortgesetzt: In Jena erschien 2001 das Heft „Georg Lukács. Der Kampf mit dem Drachen". Dessen theoretisches Werk – so der Autor – *gehört zweifellos zu den hervorragendsten Zeugnissen des humanen Sozialismus im 20. Jahrhundert, es verkörpert eine wertvolle Tradition unverfälschten marxistischen Denkens und ist eine Quelle von demokratisch-sozialistischen Ideen unserer Zeit.*"[1]

Besondere Beachtung verdient die Edition „Fjodor Dostojewski: Tagebuch eines Schriftstellers. 1873 und 1876-1881. Eine Auswahl", die von Michael Wegner 2003 im Aufbau-Verlag erstmals auf moderner textologischer Grundlage herausgegeben und mit einem Vorwort versehen wurde.

Mit der Wertschätzung dieses Lebensweges und seines wissenschaftlichen Ertrags verbinden wir den Glückwunsch zum 75. und die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlbefinden des Jubilars, für das Gelingen seiner weiteren Pläne und Vorhaben sowie alles Gute im Kreis der Familie, der Freunde und Kollegen!

Blick nach dem Osten. Studien zur russischen Kultur, Politik und Geschichte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 129-132.

[1] Wegner, Michael: Georg Lukács. Der Kampf mit dem Drachen, Jena 2001, S. 9.

Zeitgeschichte als Wissenschaft. Versuchungen und Gefahren

„Ich hatte zu viele erlebt, die vor diesen verfluchten Ausschüssen krochen, krochen und jammerten, wie sie die Roten hassten und niemals rot waren oder gewesen waren, oder bedauerten, dass sie es gewesen waren, denn als sie es waren, da waren sie jung und töricht gewesen und bitte vergebt uns, dass wir je etwas Anständiges gedacht oder geträumt oder geatmet oder zu tun vorhatten, eine anständige Regung hatten oder einen anständigen Gedanken, und dass sie die Roten mehr hassten, als irgendein anderer sie hasste, und so weiter zum Erbrechen.“ Howard Fast: SILAS TIMBERMAN (1955)

Zunächst danke ich für die Einladung und verbinde damit meine Anerkennung für die Idee und die Bemühungen, Manfred Behrend und Gerhard Fischer mit einem solchen Ehrenkolloquium im Kreis ihnen nahestehender und verbundener Kollegen und Freunde zu würdigen. Beiden spreche ich meine Glückwünsche zu dem ansehnlichen persönlichen Jubiläum aus und wünsche Ihnen Gesundheit, alles Gute im Familien- und Freundeskreis und weiterhin aufgeschlossene Teilnahme an Disputen um Vergangenes sowie um gegenwärtiges und künftiges Geschehen in diesem Land und darüber hinaus.

Für mich folgte das Kennenlernen wie die Zusammenarbeit mit beiden Jubilaren dem Wechsel der politischen Systeme und der zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen: Mit Manfred Behrend in den siebziger und achtziger Jahren insbesondere im Rahmen der zunehmend interdisziplinären Konservatismusforschung in der DDR einschließlich einer intensiven Kooperation mit polnischen und darüber hinaus mit weiteren ausländischen Partnern. Er begleitete das mit eigenen Beiträgen und Tagungsberichten, als Diskussionsteilnehmer und Rezensent. Mit Gerhard Fischer ergaben sich gemeinsame Aktivitäten erst ab Mitte der neunziger Jahre. Die Arbeit in antifaschistischen Verbänden und verwandte Interessen im Umgang mit der Geschichte der DDR und der Bundesrepublik sowie mit einer radikal veränderten historisch-politischen Situation führten uns zusammen. Ein substanzieller Zusammenhang in diesem Dreiecksverhältnis lässt sich in den Objekten unserer Interessen in personalisierter Form andeuten. Manfred Behrend und mir – und nicht wenigen anderen Zeitgenossen – galt Franz Josef Strauß als ergiebiger und beredter Zeuge für die zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen. Die Begegnungen mit Gerhard Fischer brachten ähnliche und eindringliche Aufmerksamkeit beispielsweise für Konrad Adenauer und Jakob Kaiser zu Tage.

Das Anregende am Thema besteht für mich darin, dass diese Erörterung eigene frühere Entscheidungssituationen und seitherige Erfahrungen berührt. Mitte der sechziger Jahre hatte ich nach Abschluss einer Dissertation über die linksliberalen Parteien im deutschen Kaiserreich zu entscheiden, ob die Forschung in solchen vergangenen Epochen fortzusetzen sei. Als Forschungsschwerpunkt der Historiker in Jena bot sich die Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland bis 1945 auch als günstiges Arbeitsumfeld an. Andererseits war da die Versuchung – oder Verführung – der Zeitgeschichte, die ich hier als das Zeitgeschehen seit der Zäsur von 1945 verstehe. Neben der parteiengeschichtlichen Forschung in Archiven, Protokollen von Reichstag und Parteitagen, Zeitungen und Zeitschriften, Programmen, Flugschriften und Biographien u. a. m. zu den Jahren zwischen 1890 und 1918 hatte sich damals parallel längst ein starkes Interesse an zeitgenössischen Entwicklungen in der Bundesrepublik ergeben. Erste Tagungsbeiträge und Artikel waren dazu bereits seit 1960 entstanden.

Der speziellere Gegenstand des Interesses wurden die westdeutschen Hochschulen in ihrem Verhältnis zur allgemeinen und zur eigenen NS-Vergangenheit sowie nazistische, konservative und weitere rechte Gruppierungen, Organisationen und Bestrebungen unter Studierenden und Hochschullehrern. Das ging ab Anfang der siebziger Jahre in die Zuwendung zum zeitgenössischen Konservatismus über, der später in Zusammenarbeit mit KollegInnen verschiedener Disziplinen auch in seiner Herkunft und zunehmend im internationalen Vergleich untersucht und dargestellt wurde.

Bezüglich der Zeitgeschichte als *Wissenschaft* ist vorauszusetzen, dass sie als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft deren grundlegende Kriterien zu erfüllen hat. Sie wurde längst in die Begrifflichkeit des marxistischen Denkens aufgenommen. Friedrich Engels begann 1895 die Einleitung zur Neuveröffentlichung „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx mit dem Satz:

„Die hiermit neu herausgegebene Arbeit war Marx' erster Versuch, ein Stück Zeitgeschichte vermittelst seiner materialistischen Auffassungsweise aus der gegebenen ökonomischen Lage zu erklären." Er bemerkte wenig später relativierend, dass man bei „der Beurteilung von Ereignissen und Ereignisreihen aus der Tagesgeschichte" nie imstande sein wird, bis „auf die letzten ökonomischen Ursachen zurückzugehn".[1] Der Überblick über die ökonomische Geschichte einer gegebenen Periode sei nie gleichzeitig, sondern nur nachträglich zu gewinnen. Für „die laufende Zeitgeschichte" müsse vor allem die am Anfang einer Periode vorgefundene ökonomische Lage als gegeben angesehen werden. „Die materialistische Methode wird sich daher hier nur zu oft darauf beschränken müssen, die politischen Konflikte auf Interessenkämpfe der durch die ökonomische Entwicklung gegebenen, vorgefundenen Gesellschaftsklassen und Klassenfraktionen zurückzuführen und die einzelnen politischen Parteien nachzuweisen als den mehr oder weniger adäquaten politischen Ausdruck dieser selben Klassen und Klassenfraktionen."[2]

In einem lexikalischen Beitrag würdigte Wolfgang Küttler diese theoretisch-methodologischen Bemühungen: „Engels ging in den 1890er Jahren auf wichtige Vermittlungsprobleme zwischen allgemeiner Theorie und historischer Forschung ein, die sich aus einer wachsenden Schere zwischen Revolutionserwartung und tatsächlichem Geschichtsverlauf ergaben: das ‚Unschärfemoment' ökonomischer im Verhältnis zu zeithistorischen Analysen, die Spannung der Analyse von Lang- und Kurzzeitprozessen (MEW 22, 509-512) wie auch die stets nur tendenzielle Wirkung von ökonomischen Gesetzen, außerdem die Wechselwirkung von ökonomischen und politischen, rechtlichen und kulturellen Verhältnissen einschließlich der aktiven Rückwirkung dieser auf jene."[3]

Besonderheiten der Zeitgeschichtsschreibung

Die Betrachtung soll in diesem Rahmen eher der Spezifik der Zeitgeschichte nachgehen und auch das kann nur einige ausgewählte Aspekte betreffen. Manches davon gilt übrigens auch für die Politikwissenschaft, insofern sie – und das ist zu einem beträchtlichen Teil der Fall – gegenwartsbezogen betrieben wird und mit der Zeitgeschichte Hand in Hand geht. Anfechtungen der Politikwissenschaft bezüglich ihres Platzes in der Hierarchie der Wissenschaftsdisziplinen hängen offensichtlich mit dieser Problematik zusammen. In den vielgestaltigen Übergängen und Wechselbeziehungen zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft kann die Funktionalisierung des Totalitarismus-Theorems in seiner Geschichte seit den zwanziger Jahren als Exempel der Abhängigkeit einer solchen Theorie von den zeitgeschichtlichen und politischen Rahmenbedingungen angesehen und als Demonstrationsobjekt für den Einfluss jeweiliger Interessen und entsprechende Instrumentalisierungen herangezogen werden.

Die Versuchung der Zeitgeschichte – auch im Sinne der Attraktivität als Gegenstand – ergibt sich aus der jeweils eigenen Nähe zum Geschehen und damit zum eigenen alltäglichen und stets sich vervollkommnenden Erfahrungshorizont. Die Aktualität und erlebte Dynamik des Beobachtungsfeldes wirkt stimulierend. Dies umso mehr, als der Beobachter und analysierende Zeitgenosse sich selbst mit seinen Beiträgen in die Ereignisse und Debatten einbringen kann. Das Objekt der Beobachtung und der versuchten wissenschaftlichen Analyse und Beurteilung ist noch in Bewegung und dauernder Veränderung, ist nichts Abgeschlossenes. Bei der Anwendung seines Fortschrittsverständnisses ist der Zeithistoriker mehr als seine Kollegen in den anderen Teildisziplinen auf hypothetische Annahmen angewiesen. Das ist weniger problematisch, solange er sie als solche wahrnimmt und benutzt. Wenn aber beispielsweise die Bestimmung der Epoche als die des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum (Real-) Sozialismus nicht nur als eine Hypothese unter anderen, sondern als die einzig gültige, nicht mehr zu hinterfragende Aussage über den zwangsläufigen Verlauf der Weltgeschichte ausgege-

---

1 MEW 7, Berlin 1960, S. 511. Engels verwendet wiederholt in diesem Text die beiden synonym gebrauchten Begriffe *Zeit-* oder *Tages*geschichte. Der im gleichen Jahr – 1895 – erschienene Sechzehnte Band (Turkestan – Zz) der Vierzehnten Auflage von Brockhaus' Konversations-Lexikon nennt den Begriff der *Zeitgeschichte* nicht.

2 MEW, a. a. O., S. 511 f.

3 Wolfgang Küttler: Geschichte, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Unter Mitwirkung von mehr als 800 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Bd. 5: Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat, Hamburg 2001, S. 435.

ben wurde, dann waren strengere, eigentlich unverzichtbare wissenschaftliche Forderungen an Zeitgeschichte bereits aufgegeben worden. Die schließlich geschichtlich widerlegte These beeinträchtigte durch ihren fundamentalen und globalen Anspruch alle auf ihr fußenden oder sich auf sie berufenden Forschungen und Darstellungen zu speziellen Gebieten und Gegenständen.

Im kritischen Rückblick auf die marxistisch-leninistische Konservatismusforschung ist beispielsweise festzustellen, dass weniger die quellengestützten Forschungen und Publikationen zum eigentlichen Gegenstand, als vielmehr einige aus dem generellen und vorgegebenen geschichtsphilosophischen Gebäude des Marxismus-Leninismus zugrundegelegten oder abgeleiteten Prämissen sich als fehlgeleitet und irrig erwiesen. Als methodisch hilfreich für die Ermittlung wahrscheinlicher Trends in der jeweiligen Gegenwart hat es sich erwiesen, die Publikationen und Aussagen der Vordenker – möglichst der klügsten Köpfe – der hauptsächlichen Richtungen des politischen, sozialtheoretischen und geschichtsphilosophischen Denkens zu analysieren sowie ihre Problemstellungen, Wertungen und Prognosen einzubeziehen. Darüber hinaus können publizistische Kontroversen aufschlussreich sein, in denen grundsätzliche und längerfristige Interessenlagen und Bestrebungen verschiedener, daran beteiligter Richtungen, Gruppen und Personen aufscheinen.

Vor allem über den subjektiven Faktor seiner Adressaten, der Hörer und Leser, der Schüler und Studenten, kann der Zeithistoriker sich – allerdings hoffentlich mit höchst bescheidenen Erwartungen – als Mitgestalter des zeitgenössischen Geschehens sehen, das sich in der gleichzeitig unter den eigenen Augen immer neu zuwachsenden, neu entstehenden Vergangenheit verfestigt und stabilere Umrisse und Ausgestaltungen annimmt. Wenn er gleichzeitig politische Bindungen eingeht und in deren Kontext wirksam wird, verstärken sich einerseits die gestalterischen Ambitionen des *Zeitgenossen* und können andererseits dem *Wissenschaftler* sich neue Fallen stellen und die Tücken solchen Engagements offenbaren.

In der zeitlichen Nähe zum Gegenstand wurzeln nicht nur die Versuchungen, sondern auch Schwierigkeiten und Gefahren. Zunächst bedeutet diese fachliche Wahl, dass klassische Quellen der Geschichtsforschung wie das Archivgut in der Regel nicht oder nur sehr eingeschränkt und vielleicht auch nur zufällig zur Verfügung stehen. Damit sind auch darauf gründende Ansprüche auf eine quellenkritische Arbeitsweise beeinträchtigt. Dem entspricht zwangsläufig, dass verfügbaren Quellen aller Art vielfach noch die beim Fortgang der Geschichte eintretende Reifung und Klärung abgeht. Die Aufgabe der „kritischen Historisierung“ (C. Kleßmann) ist bei dem noch stattfindenden Geschehen schwieriger zu bewältigen als bei dem mehr oder weniger abgeschlossenen und retrospektiv zu Besichtigenden. Die jeweiligen zeitgenössischen Medien und manchmal nur zeitbedingte, bloß kurzzeitig gültige oder wichtige Dokumente und Stellungnahmen erlangen einen verhältnismäßig hohen Wert in den Analysen und Darstellungen. Aussagen und Handlungen zeitgenössischer Akteure – wie Staatsmänner und weitere Spitzenpolitiker – besitzen ein relativ hohes Gewicht, ohne dass das subjektive Moment des Wissens oder Irrens sowie die Folgen und die Wirkungen ihres Agierens, auch der Erfolg oder das Scheitern, bereits hinlänglich – also auch empirisch – in Rechnung gestellt werden können.

Dazu kommen die Gefährdungen, die sich möglicherweise aus dem eigenen parteiischen, also auch voreingenommenen Standort sowie der davon beeinflussten Wahrnehmung, Auswahl und Interpretation ergeben. Der Zeithistoriker ist auch Zeitgenosse, Staatsbürger und steht in der Regel nicht völlig außer- oder oberhalb der geistig-politischen Grundströmungen seiner Zeit; ist vielleicht sogar in Institutionen, Parteien oder Verbände/Vereine eingebunden. Die damit zugleich gegebene emotionale Komponente ist ein weiteres für objektive Geschichtsbetrachtung und -darstellung bedrohliches Moment. Unzweifelhaft besitzen die Emotionen in der Regel eine ungleich größere Intensität bezüglich der Zeit, in der der Einzelne lebt und arbeitet, im Vergleich zu früheren, meist abgeschlossenen Zeitaltern, denen man sich als Forscher und Autor zuwendet und nähert. Die eigenen Überzeugungen und Leitbilder wirken auf die Auswahl, die Gewichtung und Bewertung von Ereignissen, Personen und Handlungen ein. Der Beeinflussung seitens jeweils aktuell verbreiteter oder gar vorherrschender, jedoch keineswegs hinreichend verifizierter Urteile, kann sich ein Autor nicht immer entziehen. Der

Ausweg sollte nicht vorrangig in der Aufforderung bestehen, sich als Bürger und Zeitgenosse möglichst bindungs- und meinungslos zu verhalten. Es gilt jedoch, die eigene Position – die mögliche eigene Befangenheit! – im Verhältnis zum Forschungsobjekt kritisch reflektieren und sie bei der Ausführung des Vorhabens zurücknehmen und zugunsten sachgerechter Sicht- und Urteilsweisen beherrschen zu können.

Das marxistisch-leninistische Leitbild von Wissenschaft und der entsprechende Idealtypus des Wissenschaftlers ließ – in der Praxis noch weniger als in der Theorie – kaum eine konstruktive Auflösung dieses Spannungsverhältnisses zu. Dazu gehört die ihm immanente Schwierigkeit, eine geschichtsoptimistische Grundüberzeugung und offen bekannte Parteilichkeit mit jenem Mindestquantum an Skepsis und Reserviertheit verbinden zu können, das für eine wissenschaftlich anspruchsvolle Zeitgeschichtsschreibung unabdingbar ist. Sie befähigt, tagespolitisch gewichtig erscheinenden oder ideologisch geforderten Auflagen und Erwartungen gegenüber sich distanziert oder gar kritisch verhalten und sie in Frage stellen zu können. Es geht um die subjektiven Voraussetzungen, eine bestimmte persönliche Unabhängigkeit des Urteilens auch gegen mächtige äußere Einflüsse und Nötigungen der verschiedensten Art zu bewahren. Verallgemeinert geht es um die Dialektik von Politik, Ideologie und Wissenschaft in ihrer je eigenen Verfasstheit und spezifischen Funktion bei gleichzeitiger intensiver Wechselseitigkeit und gegenseitiger Durchdringung dieser großen Felder des gesellschaftlichen Überbaus.

Der Zeithistoriker ist im Unterschied beispielsweise zu seinen Kollegen von der Ur- und Frühgeschichte, des Mittelalters und aller früheren Epochen und Geschichtsperioden damit konfrontiert, dass zu seinem Gegenstand und seinen Auslassungen mehr oder weniger große Gruppen von Zeitgenossen mit eigenen Erfahrungen und empirisch fundierten Meinungen mitreden können. Ihre Sichtweisen begründen Erwartungen und bringen verschiedenartige Interessen zum Ausdruck. In den akademischen, politischen und sozialen Hierarchien kann der Respekt vor Persönlichkeiten sowie ihren Lebenswegen, Leistungen und gesellschaftlichen Positionen einschließlich bestimmter Rücksichtnahmen zu Verzeichnungen, Auslassungen oder Überhöhungen führen. War das nicht in der DDR im Fall von NS-Verfolgten und Widerstandskämpfern so, insbesondere wenn sie leitende Positionen einnahmen? Andererseits haben prominente westdeutsche Historiker erst vor wenigen Jahren öffentlich eingeräumt, dass sie sogar erheblich NS-belasteten Professoren und Doktorvätern jahrzehntelang überfällige aufklärerische, aber unbequeme Fragen nach ihrer Rolle vor 1945 erspart haben. Der Drang zur Wahrheit hat nicht unbedingt in jeder Situation den Vorrang beim Abwägen von Entscheidungen und bei Verhaltensweisen eines Forschers und Autors. Es ist unverkennbar, dass ein Roman Herzog bis heute zumindest durch Unterlassungen die überfällige Aufarbeitung und uneingeschränkte Darstellung des geschichtsnotorischen Skandals der bundesdeutschen Staats- und Rechtswissenschaft blockiert, der den Namen seines früheren Chefs, Doktorvaters und von ihm geschätzten Kollegen Theodor Maunz trägt und in dessem Wirken für NSDAP, CSU und DVU schließlich spektakulär sichtbar wurde.

Damit ist exemplarisch bereits berührt, dass der Zeithistoriker bei seinen Themen direkt und vermittelt sich mit den historiographischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen von mehr oder weniger mächtigen Institutionen, Gruppen, Branchen, Verbänden, Parteien u. a. konfrontiert sehen kann. Widersteht er den Versuchungen der Macht oder arrangiert er sich in einer ihm irgendwie zulässig erscheinenden und irgendwie zu rechtfertigenden Weise damit? Die Kontinuitäten in den Westzonen und in der Bundesrepublik über die Zäsur von 1945 hinweg und in Schlüsselpositionen aller gesellschaftlichen Bereiche und Strukturen haben in ihren jahrzehntelangen Auswirkungen auf zeitgeschichtliche Forschung, Lehre und Bildung dazu ein geradezu unerschöpfliches Anschauungs- und Beweismaterial hervorgebracht. Wenn es einmal ebenso rigoros offengelegt und dargestellt wird wie es bisher für alle Gebiete der DDR erfolgte, dann wird das Gesamtbild deutscher Zeitgeschichte weitere bemerkenswerte Bereicherungen und Offenbarungen erfahren.

Christoph Kleßmann wies 2002 in einem Beitrag über „Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung“ darauf hin, „wie stark die öffentliche Resonanz wissenschaftlicher Forschung von Konjunktu-

ren der gesellschaftlichen und politischen Großwetterlage abhängig ist, wie sehr Zeithistoriker als Wissenschaftler und Zeitzeugen – die sie ja auch noch oft selbst sind – in der Auswahl ihrer Themen von solchen Konjunkturen mitbestimmt werden und in welchem Ausmaß Publikationen interessegeleitet sein können."[4]

Zeitgeist als virulentes Phänomen

Das alles lässt sich auch am Phänomen des *Zeitgeistes* veranschaulichen und debattieren. Vorausgesetzt, dass man diese Kategorie nicht als eine bloße Fiktion oder essayistische Figur ansieht, was allerdings kaum als berechtigt erscheint. Immerhin findet sie sich bereits 1841 lexikalisch erwähnt und folgendermaßen skizziert: „Unter *Zeitgeist* wird die einer Zeit eigentümlich angehörende, herrschende Denkungsart und Handlungsweise der Menschen genannt, also ihre geistige Stimmung und die daraus hervorgehenden, bei Betrachtung des Allgemeinen vorwaltenden Taten."[5] Beispielsweise kann hinsichtlich 1945 und der unmittelbaren Nachkriegszeit – also etwa 1945 bis 1947/48 – vom damaligen kapitalismuskritischen, radikal sozialreformerischen und sozialistischen Zeitgeist gesprochen werden. Wir alle sind mit dem Zeitgeist und dessen Wirkungen konfrontiert, der sich im Verlauf und Ergebnis der Umbrüche von 1989/90 bisher zunächst durchsetzte. Er hat – zumal in der Bundesrepublik – der offiziösen Zeitgeschichtsschreibung und ihrer Umsetzung in Politik, Medien und Bildung die inhaltlichen Haupttendenzen bis zu den aktuellen Geßlerhüten, Tabus und Sprachregelungen vorgegeben.

Der Begriff erfasst nach meiner Überzeugung wirkliche, empirisch nachweisbare sozialpsychologische, ideell-moralische und ideologische Phänomene, die regional, national und international auftreten können. Erfahrungen und Erlebnisse von Millionen Menschen sowie deren subjektive Verarbeitung durch größere soziale Gruppen oder gar beträchtliche Teile der Gesamtbevölkerung zeitigen die Dominanz bestimmter Stimmungen und Urteile, Erwartungen und Leitbilder. Es entstehen Wechselwirkungen zum Denken und Handeln vieler Einzelner – darunter Politiker, Publizisten, Lehrer, Autoren u. a. –, die deren Wahrnehmungen, Begriffe, Bewertungen und Aktivitäten mehr oder weniger zu beeinflussen vermögen.

Der Verweis auf den jeweiligen Zeitgeist und seine Wirkungsmacht kann auch apologetischen Bedürfnissen dienen, beispielsweise wenn der Weg von Parteien, Verbänden und Institutionen, aber auch von Persönlichkeiten, im deutschen Kaiserreich ab 1971 oder in der Schlussphase der Weimarer Republik damit entlastet und die jeweils eigene Verantwortung relativiert werden soll. Nicht zuletzt bei Historikern, Juristen, Germanisten und Vertretern anderer Disziplinen zwischen 1914 und 1945 werden nicht selten antiliberale und nationalistische, schließlich vielfach prä- und profaschistische Irrwege aus dem Einfluss des Zeitgeistes oder als erzwungene substantielle bzw. taktische Zugeständnisse an ihn verständnisinnig zu erklären versucht. Für Intellektuelle der DDR oder im linken Spektrum der Bundesrepublik vor und nach 1990 sind solche nachsichtigen Deutungen allerdings kaum vorgesehen und deshalb schwerlich auffindbar.

Die Zeitgeschichte ist vom jeweiligen Zeitgeist insofern auch erheblich betroffen, als er die atmosphärischen Rahmenbedingungen und Spielräume des Geschichtsdiskurses beeinflusst. Bei dessen Vermittlung in den Köpfen wirken die vorgegebenen Prägungen der Begriffe und Kategorien erheblich ein. Ihre Handhabung verrät Akklamation oder Dissidenz, Konformismus oder Widerspruch und Aufmüpfigkeit. In der DDR äußerte sich das relativ offen und direkt in der geforderten Parteilichkeit marxistisch-leninistischer Forschung und Lehre. Seit den neunziger Jahren ist zu beobachten, wie unter einer scheinbar unverändert fortbestehenden pluralistischen Oberfläche zu Themen und Problemen der Zeitgeschichte atmosphärisch, argumentativ und mittels Sprachregelungen ein enormer Gleichschaltungs- und Anpassungsdruck erzeugt wird. Er wirkt aus dem politischen Raum unüberseh- und hörbar hinein in Medien und Redaktionen, Verlage, Forschungs- und Publikationsvorhaben,

---

4 Christoph Kleßmann: Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51-52, 23. Dezember 2002, S. 5.

5 Bilder-Conversations-Lexikon für das deutsche Volk. Ein Handbuch zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse und zur Unterhaltung. In vier Bänden. 4. Band S-Z. Leipzig 1841, S. 787.

Schulen sowie in die politische und Weiterbildung. Die Tendenz wird weithin verinnerlicht und so erlebt die Fangemeinde von Funk und Fernsehen beispielsweise in diesen Tagen und Wochen, dass sich kaum einmal ein Publizist oder kommentierender Wissenschaftler dazu verleiten lässt, nicht nur von ‚Kriegsende' 1945, sondern gleichgewichtig auch von Zerschlagung des Faschismus, von Befreiung und damals notwendig erscheinendem gesellschaftlichen Neubeginn zu sprechen.

Zur Veranschaulichung der Behauptung lassen sich exemplarisch einige Stichworte der zeitgeschichtlichen Diskussionen der letzten zehn bis fünfzehn Jahre nennen. Jeder kann sich dabei *einerseits* den Grad von Unvoreingenommenheit und Toleranz bei deren öffentlicher Erörterung oder *andererseits* die Symptome der Intoleranz oder gar der Denunziation und Hysterie vergegenwärtigen, die sich beim Vortragen jeweils alternativer oder auch bloß komplexerer, ambivalenter, mehrschichtiger Sichtweisen ergeben: Hitler-Stalin-Pakt, Jalta, Potsdamer Abkommen, Umsiedlung – Vertreibung, Beneš-Dekrete, „Zwangsvereinigung" 1946, 17. Juni, Mauerbau, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Jugendweihe, Dimitroff-Formel, Antifaschismus der DDR, antitotalitärer Konsens usw. usf. Die vom mainstream sichtbar abweichende Position kann – wie ich es in Verbindung mit dem letzten Stichwort persönlich erlebt habe – für den Eintrag in den Verfassungsschutzbericht und sicherlich damit für die fernere Überwachung des Geschichtsbildes durch diese längst rechtsstaatlich fragwürdig gewordene Institution führen.

Aber auch der Umgang mit Kategorien und generellen Begriffen der Geschichts- und Politikwissenschaft gehört in diese Erscheinungsformen verdeckter Parteilichkeit und faktischer Aushöhlung von Liberalität und Pluralismus, die zugleich Denkrichtungen, Gesellschaftskritik und Alternativen ausgrenzen. Das ließe sich exemplarisch beschreiben an dem Gebrauch von *Diktatur* und *Demokratie, Reform* und *Revolution, Imperialismus* und *Militarismus, Völkermord/Genozid.* Solchen gewichtigen Begriffen kommen geradezu Steuerungsfunktionen für die selektive Wahrnehmung und die vorbestimmte Deutung zeit-historischer Ereignisse, Persönlichkeiten oder Handlungen zu. Gelegentlich ist die politische Willkür in der Unverhältnismäßigkeit der Zu- oder Aberkennung entsprechender Prädikate sowie der darin sichtbare Verlust an Objektivität frappierend.

Die Tatsache, dass in der bundesdeutschen Geschichts- sowie Erinnerungs- und Gedenkpolitik seit den neunziger Jahren und ungeachtet des Wechsels parlamentarischer Mehrheiten und Regierungskoalitionen die Formel von den „zwei deutschen Diktaturen und ihren Opfern" sich nahezu unwidersprochen und bisher tendenziell als strategische geschichtsideologische Wegweisung behaupten konnte, erscheint als der eklatanteste Beweis der oben skizzierten Tendenzen und Phänomene. Die unbedingte Zusammenfassung unterschiedlicher, ja gegensätzlicher zeitgeschichtlicher Sachverhalte im Korsett des Totalitarismus-Konzepts verleitet dazu, vom *spezifischen* sozialen und historisch-politischen Wesen zu abstrahieren und Ereignisse, Bewegungen, Persönlichkeiten oder Ideen zu nivellieren, um eine tatsächlich nicht vorhandene Verwandtschaft oder Identität zu konstruieren. Peter Steinbach kommt beispielsweise bei totalitarismustheoretischen Betrachtungen zur „Wahrnehmung von Diktaturen im 20. Jahrhundert" zu der erstaunlichen Behauptung: „Die politischen Konsequenzen moderner Diktaturen sind in der Regel ganz unabhängig von den Zielen und Werten, denen sie sich verschreiben."[6] Die Antagonismen zwischen den von ihm addierten Regimes sowie ihre qualitativ, also fundamental, unterschiedenen Ursprünge, Funktionen und Verläufe werden eingeebnet. Die Frage nach Analogien politischer Konsequenzen bei *Diktaturen* und *Demokratien* – beispielsweise im Falle militärischer Interventionen und Okkupationen – wird in der Regel und ziemlich einvernehmlich gar nicht erst gestellt.

Immerhin bemerkte Richard J. Evans kürzlich zum Vergleich von „zwei deutschen Diktaturen" und zur „doppelten Vergangenheitsbewältigung": „Die Debatten, die seit etwa fünfzehn Jahren zu diesem Thema in Deutschland geführt werden, sind oft eher moralisch und politisch denn wissenschaftlich und historisch geprägt." Die „innerdeutsche Nabelschau" sei zwar nach den Erfahrungen der Deutschen verständlich. Es sei jedoch „nicht ganz klar, inwieweit uns diese Debatten weiterführen kön-

6 Peter Steinbach: Zur Wahrnehmung von Diktaturen im 20. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, a. a. O., S. 43.

nen.“ Der Erkenntnisgewinn vergleichen-der Studien zu Teilaspekten der DDR und des Nationalsozialismus „ist nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich“.[7] Evans begründete sein alternatives Herangehen, „die DDR nicht in erster Linie mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich zu vergleichen, sondern mit den anderen, zur gleichen Zeit von der Sowjetunion beherrschten Ländern Ostmitteleuropas, zum Beispiel mit Polen, Ungarn, Rumänien oder der Tschechoslowakei“.[8] Bei ihm – und kaum je bei einem altbundesdeutschen Historiker – ist auch zu lesen, dass die DDR nicht von Anfang an ohne jede Legitimität war und dass es in den Anfangsjahren jungen Deutschen noch möglich war, in ihr – und nicht in der Bundesrepublik – „den wahren Vertreter des Antifaschismus“ zu sehen.

Nehmen wir diese Erwägungen von Evans als Beleg dafür, dass nicht nur die Zeitgeschichte, sondern auch das jeweils über sie Geschriebene im Fortgang der Ereignisse sich als offen erweist. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der *Zeitgeist* –wie seine Name sagt – eine wechselhafte und launische Erscheinung ist. Daraus ergibt sich die Vergänglichkeit mancher von ihm begünstigten Sichtweisen und Urteile zu Geschichte und Gegenwart. Die spezifischen Probleme der Zeitgeschichtsschreibung werden bleiben, aber ihre jeweiligen Prämissen und Chancen wandeln sich.

Pankower Vorträge. Zeitgeschichte. Zeitzeugen der Geschichte. Kolloquium, Heft 75, Helle Panke e. V., Berlin 2005, S. 6-15.

7 Richard J. Evans: Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert? In: Ebenda, B 1–2, 3. Januar 2005, S. 3.
8 Ebenda, S. 4.

Zu aktuellen Erscheinungen deutscher Geschichtspolitik

Seit Herbst vergangenen Jahres hat es mehrfach Streit in Belangen der Erinnerungskultur und der Geschichtspolitik gegeben, darunter in der weiterhin unzureichend geklärten Hohmann/Günzel-Affäre, im Streit um die offizielle sächsische Gedenk- und Erinnerungskultur, beim Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zur weiteren Gedenkstättenförderung und in den andauernden Debatten um das Gedenken an Vertreibung sowie an den Bombenkrieg und seine Opfer. Eine Sonderbriefmarke für Kurt Georg Kiesinger im April und die Teilnahme des Hans Filbinger an der Bundespräsidentenwahl im Mai erinnerten daran, wie wenig einflußreiche Kräfte sich von dem heutigen Wissen um die Nazibarbarei und um fundamentale Versäumnisse im Umgang damit nach 1948/49 bisher beeindrucken ließen oder gar zu selbstkritischen Folgerungen veranlaßt sehen.

In den letzten Tagen kulminierte die bereits im vergangenen Jahr begonnene, längst ins Peinliche abgeglittene Selbstbeweihräucherung, die als „Wunder von Bern" oder erinnernd an die „Helden von Bern" daherkommt. Sie wird in unzähligen Inszenierungen verschiedener Genres – darunter verschiedentlich unfreiwillig als Realsatire – aufdringlich dargeboten. Es wirkt immerhin tröstlich, daß einer der drei noch lebenden Mitglieder der damaligen deutschen Weltmeister-mannschaft im Fußball, Hans Schäfer, sich in einem Gespräch von diesem unglaubwürdigen Rummel distanzierte.[1] Übrigens: Wenn manchen der 4. Juli 1954 in Bern als der eigentliche Gründungstag der Bundesrepublik gilt, so liegt darin das Eingeständnis, daß dem staatlichen Neubeginn im Sommer 1949 keine massenwirksamen Ideen und Leitbilder einer wirklichen Neugründung innewohnten und die Bundesrepublik auf die Wiederkehr des Nationalismus als integrieren-dem Impuls angewiesen war.

Zwiespältig war die Fülle des im Rückblick auf die Invasion im Juni 1944 Angebotenen. Einerseits die bemerkenswerte Würdigung dieses Beitrags zur Befreiung Europas von Faschismus und Krieg sowie der dabei erbrachten Opfer. Andererseits wurde häufig der Zusammenhang mit vorangegangenen oder gleichzeitigen kriegsentscheidenden Leistungen der UdSSR vernachlässigt und das Geschehen an der verspäteten Zweiten Front in seiner kriegsgeschichtlichen Bedeutung überhöht. Die Einladung des russischen Präsidenten Putin durch Präsident Chirac zu den Feiern Anfang Juni in der Normandie möge „als diplomatische Geste angehen", befand die maßgebliche Tageszeitung dieses Landes:

> *„Doch die Betonung der großen Verdienste der Sowjetarmee im Zweiten Weltkrieg müssen die eben erst der kommunistischen Diktatur entkommenen Osteuropäer als Verhöhnung empfinden. Chirac sprach von der ‚zentralen Rolle' der Sowjetunion im Kampf gegen den Nationalsozialismus."*[2]

Die habe es natürlich gegeben, aber im Osten Europas erinnere man sich vor allem an ihre spätere Rolle. Unbestreitbare geschichtliche Wahrheiten sollen der heutigen, möglichst europaweiten antikommunistischen Gleichschaltung geopfert werden.

In diesen Monaten wird auch der verhängnisvollen Ausgangspunkte vor 90 Jahren gedacht: Vor wenigen Tagen des Attentats von Sarajevo und in den nächsten Wochen der Schritte in den Ersten Weltkrieg – dem Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts und damit dem Ausgangspunkt von unzähligen Krisen, Kriegen, Diktaturen und rassistisch-kolonialistischen Verbrechen der folgenden Jahrzehnte. Das gilt in besonderem Maße für den Weg in den Zweiten Weltkrieg, an dessen offenen Ausbruch mit dem verbrecherischen Überfall Deutschlands auf Polen vor 65 Jahren bald zu erinnern ist. Es geht angesichts dieser Daten auch um durchgängige sozioökonomische, personelle und politisch-ideologische Linien in der Generalität und dem Offizierskorps seit dem kaiserlichen Heer und Marine, seit Reichswehr und Wehrmacht.

---

1 Sie haben uns links liegen lassen, in: Die Zeit, 28, 1. Juli 2004. Schäfer begründete im Interview seine Ablehnung des medialen Getöses: „Weil der Erfolg von 1954 mit einem Wunder gar nichts zu tun hat. Das ist für mich kein Wunder. Es war einfach eine großartige Leistung einer großartigen Mannschaft, die dabei auch viel Glück gehabt hat. Ich distanziere mich übrigens auch von dem Begriff Helden. Ich weiß nicht, was unser Sieg mit Heldentum zu tun hat."

2 rve. Verhöhnung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 5. April 2004.

Die langwierigen und keineswegs abgeschlossenen Auseinandersetzungen um die Wehrmacht erklären sich wesentlich aus Kontinuitäten und Unbewältigtem nach 1945 und sie werden aus neuen Ambitionen hinsichtlich heutiger und künftiger äußerer Machtpolitik und Interventionsbereitschaft gespeist. Pfingsten 2003 habe ich in Mittenwald an Hearing, Demonstrationen und Kundgebungen gegen die ungesühnten Verbrechen der Gebirgsjäger und für legitime Wiedergutmachungsforderungen der griechischen und weiteren Opfer teilgenommen.[3] Drastisch wurde einem bewußt: Nach fast 60 Jahren hat dieses Land seine Schuld noch nicht uneingeschränkt anerkannt und aufgearbeitet, aber sich inzwischen wieder auf den jahrzehntelang als überwunden geglaubten Weg neuerlicher machtpolitischer Anmaßungen, aggressiver Handlungen und langjähriger Okkupationen begeben.

Gerade der Umgang mit dem 20. Juli seit 1945 kann als ein Lehrstück für Erinnerungskultur und Geschichtspolitik betrachtet werden und ist damit selbst auch längst Gegenstand von Analysen und Darstellungen geworden. Seine höchst problematischen Seiten setzen sich in dem Bestreben einflußreicher Kräfte fort, ihn überhaupt als *den* deutschen Widerstand zu stilisieren oder gar für neue weltweite militärische Abenteuer zu instrumentalisieren. Das geschieht wesentlich zu Lasten des frühen und breiten, in der Weimarer Republik begonnenen und vor allem von den Strömen der Arbeiterbewegung getragenen Widerstands und seiner unzähligen Opfer bereits vor und erst recht nach 1933. Die Überhöhung des 20. Juli dient auch dazu, die restaurative Entwicklung nach 1945 und die heute dominierenden Sozial-, Eigentums- und Herrschaftsstrukturen zu legitimieren. Sie speist direkt und indirekt die überkommene großbürgerlich-konservative Feindseligkeit gegenüber radikaldemokratisch, kapitalismus-kritisch und sozialistisch inspiriertem Antifaschismus.

Bemerkenswert erscheint in diesem Kontext eine Beobachtung zu einer neuen Veröffentlichung von Peter Reichel[4] zur Erinnerungskultur: Er lege

> *„überzeugend dar, daß der 20. Juli erst in dem Moment als Tag des Gedenkens Aussicht auf Erfolg hatte, als die Matrix des Antitotalitären gefunden worden war. Mit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 konnte die Erinnerung zurückgeschrieben werden zu den Attentätern, ihren Motiven, Hoffnungen und Ängsten.“*[5]

Die Aussage bestätigt einmal mehr, daß Antifaschismus niemals – und bis heute nicht! – eine primäre und konstitutive Wertorientierung der Bundesrepublik war. Vielmehr wurden antinazistische Komponenten des Geschichtsbildes und der Erinnerungs- und Gedenkkultur zögernd und widerstrebend, nennenswert nur als Teil der antikommunistisch dominierten Totalitarismuskonzeptionen aufgenommen. Der gestrige Beitrag von Helmut Kohl zum 20. Juli kann als aktuelle Bestätigung dieser Aussage betrachtet werden. Das Attentat gegen Hitler stifte Orientierung

> *„für den Umgang mit Totalitarismus und Extremismus“*: *„Niemals darf die Erinnerung an den gesamten Widerstand gegen die deutschen Diktaturen verblassen. Es gilt, das Vermächtnis des antitotalitären Widerstandes aktiv zu bewahren, indem wir stets gegen Unrecht, Willkür, Totalitarismus und Diktatur aufstehen.“*[6]

Es ist allerdings begrüßenswert, daß zumindest die wesentlich an den Täterkreis des 20. Juli geknüpften Legenden über eine angeblich antinazistisch-humanistische Mehrheit der aristokratisch-bürgerlichen Oberschicht durch neue Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen weiter wirksam entkräftet wurden. Zutreffend bemerkt Stephan Malinowski in einem soeben erschienenen Beitrag zum 20. Juli:

---

3 Mörder unterm Edelweiß. Dokumentation des Hearings zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger, hrsg. von Klein, Ralph/Mentner, Regina/Stracke, Stephan im Auftrag des AK Angreifbare Traditionspflege, Köln 2004.

4 Reichel, Peter: „Erfundene Erinnerung“. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, München 2004. Siehe dazu auch die Rezension von Manfred Weißbecker in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 1 1!2004, S. 1067 f.

5 Jeismann, Michael: Opfermotiv als Heldengeschichte. Das Filmbuch zum 20. Juli: Peter Reichel über Erinnerungspolitik, in: FAZ, 5. Juli 2004.

6 Kohl, Helmut: Das Vermächtnis des 20. Juli 1944, in: FAZ, 9. Juli 2004.

„Wäre das Handeln der Verschwörer tatsächlich charakteristisch für die ‚Haltung' im Adel bzw. in den adlig-bürgerlichen Oberschichten gewesen, hätte es weder den Nationalsozialismus an der Macht noch den Vernichtungskrieg gegeben."[7]

Tatsächlich hätten sich – wie auch die zahlreichen adligen Namen in der Mitgliederkartei der Nazipartei ausweisen – nur sehr wenige Familien des alten preußischen Adels „dem allgemeinen Strom in die NSDAP, die SS und selbst in die kleinbürgerlich-proletarische SA verschlossen."

Es gibt übrigens eine frühe und recht eindeutige Äußerung von Konrad Adenauer zu diesem Problemkreis. Er war von Maria Pia Gräfin von Fürstenberg-Herdringen im Oktober 1946 wegen kritischer Bemerkungen zu Franz von Papen angegriffen worden. Nachdem er seine Position wiederholt und erläutert hatte, schrieb er:

„Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, wie tief empört ich – der ich den Wert der Tradition kenne und schätze – über die Haltung des größten Teils Ihrer Standesgenossen während der nationalsozialistischen Zeit bin; sie sind unter Verleugnung ihrer Tradition aus einer völlig unbegründeten Abneigung gegen eine wirkliche Demokratie einem verbrecherischen Abenteurer nachgelaufen und haben dadurch vor Gott eine schwere Schuld auf sich geladen."[8]

Auf die Erwiderung der Gräfin erbat Adenauer zunächst Antwort auf zwei Fragen, darunter: „Ist es richtig, daß Sie anläßlich des 20. Juli 1944 eine Dankesmesse für Hitler in Ihrer Schloßkapelle haben lesen lassen?"[9]

Unsere Würdigung der Attentäter des 20. Juli 1944 gründet sich wesentlich darauf, daß ein Erfolg ihres Handelns möglicherweise hätte dazu beitragen können, Verbrechen und Opfer des letzten Kriegsjahres zu vermeiden oder zumindest erheblich zu vermindern. Um so schwerer wiegt die Schuld der Täter in den Monaten der unabwendbaren und absehbaren vollständigen Niederlage Nazideutschlands und seiner Verbündeten. Um so tragischer erscheint das Schicksal der Millionen Opfer von 1944/45. Wir haben in Thüringen mit Buchenwald, Mittelbau-Dora, Jonastal und anderen Stätten – insbesondere in Außenkommandos von Buchenwald und bis zu den Todesmärschen im Frühjahr 1945 – eine Reihe solcher Orte entfesselter Vernichtung von menschlicher Würde, Gesundheit und Leben. Der im vergangenen Jahr erschienene Heimatgeschichtliche Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 bis 1945 in Thüringen sollte in den Monaten bis zum 60. Jahrestag

---

7 Malinowski, Stephan: Es war *kein* Aufstand des Adels, in: Cicero. Magazin für politische Kultur, 7/2004, S. 132. Exemplarisch erwähnt er den Beitrag von Marion Gräfin Dönhoff – „umgeben von der Aura der Gräfin, die ‚dabei' war" – zur Legendenbildung: „Über den NSDAP-Beitritt ihrer Brüder in den Jahren 1933 und 1935 hat Dönhoff ebenso den Mantel des Schweigens geworfen wie über die politische Rolle des Adels generell." (Ebenda, S. 130) Malinowski gründet sein Urteil auf eigene gründliche Forschungen zu diesem Themenkreis: „Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat", Berlin 2003. Der frühere Feuilletonchef der Zeit, Fritz J. Raddatz, hatte in seinen Erinnerungen in ähnlicher Weise die Geschichtsverzeichnung durch Dönhoff kritisiert. Eckart Conze bestätigte in einem Aufsatz vom vergangenen Jahr diese Sicht: „Aufstand des preußischen Adels. Marion Gräfin Dönhoff und das Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik", in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, H. 4/2003. Ein Rezensent referierte: „Insgesamt habe Marion Gräfin Dönhoff dem deutschen Adel nach 1945 geholfen, eine tragfähige Identität in der Bundesrepublik herauszubilden. Mit Hinweis auf den 20. Juli 1944, auf den hohen Blutzoll des Adels und auf die dadurch bewiesene Zugehörigkeit zum ‚moralisch besseren Deutschland' hätten die Adeligen in der Nachkriegszeit dem Vorwurf begegnen können, zu den Totengräbern der ersten deutschen Republik gezählt zu haben. Dabei blendete die Gräfin im Kampf gegen das Junker-Verdikt vollkommen aus, daß der Adelsmarschall der Deutschen Adelsgenossenschaft, Adolf Fürst zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, nach dem gescheiterten Attentat 1944 dem ‚Führer' den Abscheu des Standes vor dem ‚verruchten Verbrechen' bekundet hatte. Uber die überproportional vielen Adeligen unter den SS-Führern wurde ebenfalls großzügigst hinweggesehen. Und so fort." (Blasius, Rainer: Nur für große Geister. Marion Gräfin Dönhoff, der preußische Adel und der 20. Juli, in: FAZ, 15. Oktober 2003).

8 22. Oktober 1946: An Pia Gräfin Fürstenberg-Herdringen, in: Adenauer: Briefe 1945– 1947. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1983, S. 351.

9 3. Dezember 1946: An Pia Gräfin Fürstenberg-Herdringen, in: Ebenda, 5. 374. Deren Erwiderung („Meine Intention war die Danksagung gegen Gott, daß er einen Tyrannenmord verhinderte") bestätigte den Sachverhalt in einer im Herbst 1946 geboten erscheinenden, rechtfertigenden Umschreibung (Ebenda, S. 703).

der Befreiung umfassend für die aufklärerisch-antifaschistischen Anliegen und Vorhaben genutzt werden.[10] Beispielsweise auch für den vom Thüringer Landtag im Zusammenwirken mit der Gedenkstätte Buchenwald eingeleiteten Schülerwettbewerb.

In Dutzenden Ländern wäre jede *einzelne* Stätte einer Barbarei solchen Ausmaßes der herausragenden Erinnerung und des Gedenkens sicher. In der Bundesrepublik arbeiten interessierte Gruppen unter dem Vorwand eines Diktaturenvergleichs daran, die spezifische Art und die Größenordnung der nazistischen Verbrechen gegen die Menschheit zu relativieren und im Interesse der überkommenen vorherrschenden Feindbilder zu verdrängen. Unsere Tagung möge auch dazu beitragen, solchen Bestrebungen im Interesse geschichtlicher und gesellschaftlicher Wahrheiten mit Tatsachen- und Beweismaterial sowie mit fundierten Argumenten wirksam entgegenzutreten.

Terror und Widerstand im faschistischen Deutschland nach dem 20. Juli 1944. Ein historisches Thema im Spiegel von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, 7-12.

[10] Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Bd. 8: Thüringen. Mit einem Vorwort von Frank Spieth, DGB-Landesvorsitzender Thüringen, hrsg. vom Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten und dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945. Redaktion: Ursula Krause-Schmitt, Heinz Koch, Frankfurt a. M. 2003.

Reinhard Höhn: Mit Himmler im mörderischen Endeinsatz – belohnt in der Bundesrepublik

Im Oktober 1944 war von Professor Reinhard Höhn zu lesen:

> *„Im Schwur auf den Führer kommt nicht nur der Gedanke zum Ausdruck, daß der Soldat ähnlich wie in der Monarchie einen Herrn besitzt, dem er in Treue verbunden ist, sondern die Verpflichtung auf die nationalsozialistische Idee, als deren Exponent der Führer dem Soldaten entgegentritt. Als politischer Willensträger seines Volkes schwört der Soldat dem Führer, militärisch diese Weltanschauung zu verteidigen. Die literarisch zum Teil vertretene Ansicht, daß mit dem Wegfall des Führers auch der Eid seine Bedeutung verlieren würde, ist falsch. Der Eid auf den Führer verpflichtet nicht nur zu Lebzeiten des Führers, sondern über dessen Tod hinaus zu Treue und Gehorsam gegenüber der nationalsozialistischen Idee und damit gegenüber dem neuen von der Bewegung gestellten Führer.“*[1]

Das war wenige Wochen nach dem Scheitern des Attentats vom 20. Juli und angesichts einer für die NS-, Wehrmachts- und SS-Führung politisch und militärisch aussichtslosen Situation das massenmörderische Konzept aus der Feder eines Schreibtischtäters vom engsten Umkreis Himmlers. Es wird in verhängnisvoller Weise im opferreichen letzten Jahr der hitlerfaschistischen Diktatur auf dem europäischen Schauplatz des Zweiten Weltkriegs verfolgt und verwirklicht.

Höhn starb 95jährig im Mai 2000: Seine Forderungen nach bedingungsloser Aufopferung für den nationalsozialistischen Verbrecherstaat hatten 1944/45 für Millionen verhängnisvolle Konsequenzen. Für sich selbst sah er sie – als der Ernstfall eintrat – wie andere Nazi- und SS-Führer sowie Wehrmachtsgeneräle offensichtlich nicht als bindend an.

Knapp acht Jahre später begann die zweite Spitzenkarriere, nachdem er – wie zahlreiche seiner früheren Weggefährten – „eine geradezu chamäleonhafte Wandlung durchgemacht“[2] hatte. Im Januar 1953 übernahm der ehemalige exponierte Nazi-Spitzel, hohe SS-Führer und Himmler-Gehilfe Höhn die Geschäftsführung der 1946 von Unternehmern in Hamburg gegründeten und inzwischen dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) verbundenen Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V. In dieser Eigenschaft bereitete er die Gründung der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg vor. Sie wird im März 1956 errichtet und Höhn für Jahrzehnte ihr alleiniger Vorstand. Es folgen – ebenfalls von ihm geleitet – 1959 die Wirtschaftsakademie für Lehrer e. V. und 1961 die Akademie für Fernstudium e. V.

Höhn entwickelte und verbreitete ein Führungs- und Managementkonzept für die Wirtschaft unter den Bedingungen der bundesdeutschen Gesellschaft, das als „Harzburger Modell“ durch den von ihm geleiteten Bildungsverbund und seine zahllosen Veröffentlichungen verbreitet wurde.

> *„Während der 60er Jahre nahm die Akademie* für *Führungskräfte der Wirtschaft einen raschen Aufschwung, insbesondere seitdem ab 1962 die Chefseminare* für *Spitzenkräfte der Wirtschaft hinzugekommen waren. Hunderte von Unternehmen stellten sich auf das neue Führungssystem um. 1972 nahm das neue Betriebsverfassungsgesetz, insbesondere in den §§ 81-84, wesentliche Gedanken aus dem Harzburger Modell auf Die Gedanken von Reinhard Höhn sind zur Grundlage zahlreicher Führungsrichtlinien in der Wirtschaft und im Bereich der öffentlichen Verwaltung geworden.“*[3]

Der Weg eines Schreibtischtäters

Wer war dieser Rechtsprofessor, geboren am 29. Juli 1904 in Gräfental/Thür. und gestorben am 14. Mai 2000 in Pöcking am Starnberger See? Dem Nachruf der Familie zufolge verschied er nach „ei-

---

1 Höhn, Reinhard in: Das Reich, Berlin, 1. Oktober 1944, 5. 6 (Zit. nach: Poliakov, Léon/Wulff, Joseph: Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente (1956), Berlin 1975, S. 363).

2 August W. Holldorf.

3 Eine soziale Erfindung. Zum 25jährigen Dienstjubiläum von Professor Dr. Reinhard Höhn, in: management heute, 2/1978, S. 4.

nem langen, bewegten und außergewöhnlichen Leben als engagierter Wissenschaftler und bis zuletzt den Menschen positiv zugewandt".[4]

Werfen wir einen Blick darauf, was Höhn als unbestreitbar „engagierter Wissenschaftler" zwischen 1933 und 1945 getan und wie er sich als Berater und Gehilfe des Reichsführers SS „den Menschen positiv zugewandt" hat. Mit der Entschlüsselung der rechtfertigenden Formeln liegt es nahe, die geradlinige Fortsetzung seines Weges – wiederum als scheinbar unentbehrlicher Erfolgs-mensch – in der Bundesrepublik näher zu betrachten.

Bereits 1922 war Höhn Mitglied des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes geworden. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Kiel, München und Jena, wo er 1928 promoviert wurde.[5] Im gleichen Jahr nahm er als Referendar bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Meiningen seine berufliche Tätigkeit auf. Als Mitglied des Jungdeutschen Ordens 1923-1932 wird er Mitarbeiter von dessen Führer Arthur Mahraun. Er setzt seinen Weg bei der äußersten Rechten folgerichtig mit dem Eintritt in die NSDAP im Mai und in die SS im Dezember 1933 fort. Ab 1932 arbeitet Höhn bereits mit dem Nachrichtendienst der SS zusammen, tritt im September 1933 hauptamtlich in den Sicherheitsdienst (SD) der SS sowie 1934 in das von Reinhard Heydrich geleitete SD-Hauptamt in Berlin ein. Im Herbst 1933 gewann er den ihm aus gemeinsamen Gymnasialzeiten in Meiningen bekannten Thüringer Archivar Wilhelm Engel für die Mitarbeit im SD und förderte 1935 dessen Wechsel in das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, wo Engel „allerdings insgeheim auch als Vertrauensmann des SD wirken sollte".[6]

Der Staats- und Verwaltungsrechtler macht mit seinem ideologisch-politischen Profil rasch akademische Karriere: Dozentur und Habilitation in Heidelberg 1934, außerordentlicher Professor 1935 (ordentlicher Professor 1939) und Direktor des (ab 1939 dem Reichsführer SS direkt Unterstellten) Instituts für Staatsforschung an der Universität Berlin (bis 1945).

Gleichzeitig wurde Höhn 1935 Leiter der Hauptabteilung II 2 „Deutsche Lebensgebiete – Beobachtung" im SD-Hauptamt (RSHA). Dazu schrieb Georg Biemann:

> *„Es handelte sich dabei um eine Art SS-‚Meinungsforschungsinstitut', das durch eine totale Bespitzelung alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfaßte. Zeichneten sich in der Bevölkerung Unzufriedenheit als Folge staatlicher Maßnahmen und daraus herrührende desintegrative Tendenzen ab, so war dies für Höhns Abteilung von zentralem Interesse. Die dort angefertigten ‚Stimmungsberichte' dienten den obersten staatlichen Organen als Korrektiv und als Entscheidungshilfe für Maßnahmen der Gegensteuerung Diese Tätigkeit Höhns hatte folglich die Funktion der System- und Herrschaftsstabilisierung."*[7]

Ab 1936 war Otto Ohlendorf sein Mitarbeiter, der später als SS-Einsatzgruppenführer in Südrußland und der Ukraine für die Ermordung von 90.000 Menschen verantwortlich war, dafür 1948 verurteilt und 1951 hingerichtet wurde. Die Handlungen Ohlendorfs im Osten hatten durchweg den auch von Höhn vertretenen Forderungen und Zielen entsprochen.

Höhn wurde 1936 Mitglied der Akademie für deutsches Recht, Gaugruppenverwalter für Hochschullehrer im Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRWB) und Hauptschriftleiter von dessen Zentralorgan „Deutsches Recht" sowie Mitherausgeber von „Reich – Volksordnung – Lebensraum".

---

4 Anzeige in Frankfurter Allgemeiner Zeitung (FAZ) vom 19. Mai 2000.

5 Stellung des Strafrichters in den Gesetzen der französischen Revolutionszeit Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde bei der juristischen Fakultät der Universität Jena, eingereicht von Reinhard Höhn, Bad Salzungen, Berlin und Leipzig 1929.

6 Wahl, Volker: Thüringische Archivgeschichte 1933/34, in: Landesgeschichte und Archivwesen. Festschrift für Reiner Groß zum 65. Geburtstag, hrsg. von Wißuwa, Renate/Viertel, Gabriele/Krüger Nina, Dresden o. J., S. 586; Ders.: Wilhelm Engel (1905-1964). Ein Forscherschicksal im 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch 2002 des Hennebergisch Fränkischen Geschichtsvereins, Bd. 17, Kloster Veßra, S. 9-34.

7 Biemann, Georg: Führer und Geführte. Zum dreißigsten Gründungstag der „Akademie für Führungskräfte", Bad Harzburg, in: Deutsche Volkszeitung/die tat, Nr. 13, 28. März 1986.

Auf der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Polizeirecht der Akademie für Deutsches Recht im Oktober 1936 forderte Höhn, die Polizei müsse

> *„den Feind nicht nur im unmittelbar drohenden gefährlichen Einzelfalle fassen, sondern ihn nach einem großen Gesamtplan systematisch auch dort vernichten wollen, wo er nicht gerade mit einer einzelnen Tat gefährlich wird". Die Volksgemeinschaft sei vor der Zersetzung „durch übertriebene Fürsorge für das Schwächliche, Kranke und Entartete und durch ungehindertes Einströmen artfremden Blutes" zu bewahren; die Kriminalität werde als „asoziale Erscheinung", als „Berufsverbrechertum ausgemerzt".*[8]

In Gestapokellern und im seit Anfang 1933 wuchernden KZ-System war längst die Verwirklichung dieses Vernichtungsprogramms eingeleitet worden, das später in zuvor unvorstellbarer Weise eskalierte. Best wurde Vorsitzender jenes Ausschusses und Höhn sein Stellvertreter.

Später wurde Höhn Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der im September 1939 gegründeten Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e. V., deren „Führungsring" als Vertreter der Reichskanzlei, mehrerer Ministerien und Institutionen u.a. angehörten: Werner Best, Admiral Otto Groos, Roland Freisler, Willy Meerwald, Wilhelm Stuckart und Theodor Vahlen. Er wurde Berater Himmlers und Leiter des Amtes III im Reichssicherheitshauptamt (Bekämpfung des inneren Feindes) und kletterte die Stufen der SS-Hierarchie hinauf: 1934 SS-Obersturmführer, 1939 SS-Standartenführer, 1944 SS-Oberführer (= Generalleutnant) und ausgezeichnet mit dem Ehrendegen des Reichsführers SS. In zahlreichen Veröffentlichungen – Monographien, Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriften-Aufsätze – vertritt Höhn als SS-Intellektueller die schärfsten rassistisch-eliminatorischen und machtpolitisch-aggressiven Positionen der NS-Diktatur. Er ist mit den ihm nahestehenden Ideologen im engsten Umkreis der Führungen von Staat, NSDAP, Gestapo, SD und SS als Koautoren oder Herausgebern verbunden, darunter Best, Theodor Maunz und Stuckart.[9] Höhn ist an Intrigen gegen den aus der Konservativen Revolution kommenden Carl Schmitt beteiligt, an Kontroversen somit, die Herbert zutreffend als „ideologische Differenzen innerhalb des Nationalsozialismus" bewertet.[10] Seit Mitte der 30er Jahre gehörte Höhn damit zur

> *„Kerntruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs-, Deportations- und Vernichtungsstrategie. Daß sie einmal die kriminellen Vollzugsorgane der Massenmorde einer verbrecherischen Staatsführung werden würden, war den Bürgersöhnen aus ‚guten deutschen Familien' nicht an der Wiege gesungen worden."*[11]

Rüthers nennt einen skrupellosen völkischen Radikalismus als den Kerngehalt ihres Konzepts:

> *„Mit unverhüllter Brutalität wurde von dieser Gruppe, in der Höhn eine maßgebliche Rolle spielte, eine Theorie zur Rechtfertigung der deutschen Vertreibungs- und Ausrottungspolitik gegen ‚rassisch Minderwertige' in ganz Europa konzipiert und öffentlich verkündet. Die Notwendigkeit der Vertreibungen, ‚Umvolkungen' und Völkermorde wurde ausdrücklich hervorgehoben."*[12]

Mit dem Beitrag – gemeinsam mit SS-Obersturmführer Dr. Helmut Seydel – „Der Kampf um die Wiedergewinnung des deutschen Ostens. Erfahrungen der preußischen Ostsiedlung 1886 bis 1914"

---

8 Zit. nach: Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989, Bonn 1996, S. 174 f. Nach Herbert waren Werner Best, Höhn und Wilhelm Stuckart – der unmittelbare Vorgesetzte von Hans Globke – als engste Mitarbeiter von Himmler auch als Prototypen der jüngeren Generation führender SS-Intellektueller miteinander verbunden, die die rational geführte, jedoch bedingungslos rassistisch und terroristisch orientierte Machtausübung begründeten und verfochten.

9 Vgl. die bibliographischen Angaben in: Höhn, Reinhard, in: Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1940/41, hrsg. von Gerhard Lüdtke, Berlin 1941, Spalte 744 f.

10 Diese Rivalitäten und Intrigen sowie die Mitwirkung Höhns sind detailliert dargestellt bei: Koenen, Andreas: Der Fall Carl Schmitt. Sein Aufstieg zum „Kronjuristen des Dritten Reiches", Darmstadt 1995, S. 692 ff., 713 ff., 722 ff., 737 ff., 749 ff., 796 ff.

11 Rüthers, Bernd: Reinhard Höhn, Carl Schmitt und andere – Geschichten und Legenden aus der NS-Zeit, in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), H. 39/2000, S. 2.867.

12 Ebenda.

beteiligte sich Höhn an dem Sammelband „Festgabe zum 40. Geburtstage des Reichsführers SS Heinrich Himmler“. Den ideologischen Bedürfnissen des 1939 begonnenen Eroberungs- und Vernichtungskrieges entsprechend, entwickelte er mit Best, Stuckart u. a. ein Konzept völkischer Großraumpolitik, das

> *„die aus rassistischen und traditionell großraumpolitischen Faktoren zusammengesetzten Antriebskräfte der deutschen Expansionspolitik in ein Legitimationsgerüst einband, das auf eine spezifische Weise völkischen Radikalismus und ‚vernünftiges‘ Verwaltungshandeln miteinander verknüpfte und zugleich eine in dieser Form ungewöhnliche und zudem öffentlich und schriftlich formulierte theoretische Rechtfertigung des Völkermords aus der Perspektive der SS beinhaltete“.*[13]

Frühzeitig interessierten Höhn Führungsfragen, damals zunächst bei den Strategien und Maßnahmen, andere Völker zu unterwerfen, auszubeuten und zu vernichten. So hieß es in einem Aufsatz „Reich – Großraum – Großmacht“ von 1942, daß „das Wesen der Reichsmacht“ auf der Führung beruhe:

> *„Wie innerhalb des Reiches die Führung weit über die äußeren Formen bloßer Befehlsgewalt hinausgeht, so unterscheidet sich die außenpolitische Macht des Reiches von den Methoden bloßer Gewalt- und Unterwerfungspolitik. Sie beruht vielmehr auf der tieferen Einsicht, daß es zur Lösung der Gesamtaufgaben innerhalb eines neuen Europas der Mitwirkung aller Völker bedarf die sich aus der inneren Bejahung dieser Aufgaben dem Reich zur Seite stellen.“*[14]

1944 widmete Höhn eine Veröffentlichung „Dem Reichsschatzmeister der NSDAP, Franz Xaver Schwarz, in Verehrung und Dankbarkeit“.[15] Einer im gleichen Jahr erschienenen Broschüre lag ein Vortrag zugrunde,

> *„der vom Verfasser am 13. März 1944 in Gegenwart des Deutschen Staatsministers für Böhmen und Mähren SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank vor führenden Persönlichkeiten des deutschen und tschechischen öffentlichen Lebens im Prager Presseklub gehalten wurde.“*

Er polemisierte gegen England, das die Völker Europas zum Volksaufstand führen wolle, aber am „Feldherrentum des Führers“ scheitere.

> *„Es ist der Volksaufstand für Europa, dessen Träger heute das Deutsche Reich ist, dem sich die Völker in den unmittelbar bedrohten Gebieten schon angeschlossen haben und in dessen Reihen die Besten der übrigen Völker Europas kämpfen.“*[16]

An anderer Stelle ist über das Wirken Höhns in dieser Phase zu lesen:

> *„Als Staatsrechtler plädierte H. für die ‚Unterwerfung‘ des Individuums unter die nat. -soz. ‚Volksgemeinschaft als Artgemeinschaft‘ suchte das Führerprinzip, rechtsphilosophisch zu begründen und setzte sich gegen Kriegsende für die Verschärfung des Strafrechts auch bei ‚geringsten Straftaten‘, ein. ‚Wir müssen radikal vorgehen, und Todesurteile sind das beste Mittel, jede Art von Auflehnung zu vereiteln.“*[17]

Einmal mehr wird Höhn bis fünf nach zwölf als skrupelloser Durchhalte.. Ideologe des Infernos erkennbar.

---

13 Herbert, a. a. O., S. 297.

14 Zit. nach: Biemann, a. a. O. Biemann merkte zutreffend an: „Es galt also, Führungsmethoden‘ zu finden, die die Völker der überfallenen Nachbarstaaten dazu bringen konnten, an ihrer eigenen Versklavung ‚mitzuwirken‘.“

15 Höhn, Reinhard: Revolution, Heer, Kriegsbild, Darmstadt 1944. In dem „aus dem Erlebnis unserer Zeit“ geschriebenen Buch ging es ihm beim Wandel des Kriegsbilds zwischen Friedrich II. und Napoleon darum, den Blick zu schärfen „für den Zusammenhang zwischen Heer und Staatsform, Krieg und Weltanschauung in unserer Zeit“.

16 Höhn, Reinhard: Die englische Ideologie vom Volksaufstand in Europa, Volk und Reich Verlag Prag, Amsterdam/Berlin/Wien 1944, S. 56. Im besetzten Prag war auch Hanns Martin Schleyer tätig, seit 1943 in führender Position im Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren.

17 Höhn, Reinhard, in: Das große Lexikon des Dritten Reiches, hrsg. von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig, München 1985, S. 269. Sehr vage bleibt die Aussage zur Nachkriegskarriere: „1956 übernahm er dann die Leitung einer der bedeutendsten europ. Managerschulen.“ (Ebenda).

Die zweite Karriere und deren Kritiker

Nach 1945 hielt sich dieser Exponent des Staatsterrorismus zunächst zurück. Unzweifelhaft blieben unter den für seinesgleichen vorübergehend unsicheren Zeiten alles in allem die auf Dauer entscheidenden Beziehungen bestehen, darunter die schützenden Fittiche der ihm aus der Tätigkeit bei Himmler bekannten und verpflichteten bald wieder etablierten „Wirtschaftsführer" Spitzenbeamten Militärs, Juristen und akademischen Kollegen. Bald erscheinen weitere Veröffentlichungen; der mitleidlose Propagandist und Handlanger schwerster Verbrechen gegen die Menschheit erhält den Status als ordentlicher Professor „zur Wiederverwendung".

Höhn stand ab 1956 als Vertrauensmann des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) jahrzehntelang an der Spitze des Harzburger Konglomerats von Bildungseinrichtungen für Manager, Wirtschaftsfunktionäre und Lehrer; im hohen Alter schließlich noch als Ehrenpräsident Er brachte andere schwerbelastete SS-Täter wie Dr. Franz Six an der Akademie als Lehrkräfte unter.

> *„Den Erfolg der Akademie bewirkten nicht zuletzt zahlreiche alte SS-Kameraden, die jetzt in leitenden Funktionen großer Unternehmen deren Führungsnachwuchs nach dem von Höhn konzipierten ‚Harzburger Modell' ausbilden ließen. Aber nicht nur sie beschickten die Akademie, sondern neben Unternehmen, Verbänden und Parteien aus dem bürgerlichen Lager wurden auch führende SPD-Funktionäre, Gewerkschaftler, später daneben Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr dort geschult."*[18]

Die Rede ist hier vom „normalen" bundesdeutschen Milieu der Nachkriegsjahrzehnte, in dem der ehemalige SS-Mann und NS-Aktivist Hanns Martin Schleyer im Daimler-Benz-Konzern aufsteigen und in den 70er Jahren Doppelpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) werden konnte. Sein Nachfolger sieht noch mehr als 20 Jahre später keinen Anlaß für kritische Rückblicke. Anläßlich des 95. Geburtstages von Höhn im Juli 1999 würdigte Dieter Hundt, Präsident des BDA, die andauernde Bedeutung des von dem Jubilar entwickelten Harzburger Modells und stellte fest, daß „die Einführung und Nutzung moderner Technologien den Höhnschen Mitarbeiter und das Harzburger Führungsmodell nahezu zwingend voraussetzt".

Dem schloß sich im gleichen Tenor ein Nachruf an, der an den „Erfinder des ‚Harzburger Modells"' (das „nichts an Relevanz eingebüßt" habe), den Management-Wissenschaftler und Gründer der Harzburger Akademie für Führungskräfte anerkennend erinnerte:

> *„Seit ihrer Gründung haben mehr als 600.000 Manager die Harzburger Akademie besucht. Bis zuletzt war Höhn als Vorsitzender des Beirats der Akademie tätig."*[19]

Weder bei Hundt noch in den Nachrufen der FAZ oder von Dagmar Deck-stein in der Süddeutschen Zeitung vom 22. Mai 2000 fiel auch nur ein Wort über die kriminelle Rolle Höhns zwischen 1933 und 1945. Diese Beobachtung veranlaßte Uwe Wesel zu einer Zuschrift zum Ableben des letzten der

> *„prominentesten Rechtsprofessoren des Dritten Reiches"*. **„***Und nun ist doch noch einer da gewesen, dem nichts passiert ist. Der sich auch nie öffentlich geäußert hat und nie gefragt wurde*". *Höhn War „intelligent und ehrgeizig, autoritär, rassistisch, antiliberal, antidemokratisch völkisch. Und wie die anderen verantwortlich für jene Atmosphäre, in der die Justizkatastrophe des Dritten Reiches passieren konnte, die Zerstörung von Recht und Menschlichkeit."*[20]

---

18 Rüthers, a. a. O., S. 2869. „Der historische Zusammenhang zwischen dem Führerprinzip in der SS und der Führungslehre der Akademie in Bad Harzburg war und ist ausgeblendet." (Ebenda, S. 2867).

19 Nachruf: Reinhard Höhn, in: FAZ, 19. Mai 2000.

20 Ebenda, 23. Mai 2000. Wesel zufolge war Höhn – „enger Vertrauter von Reinhard Heydrich und Heinrich Himmler" – „als hoher SS-Offizier im Nachrichtendienst auch zuständig für die Beobachtung der Universitäten, an denen er Hunderte Professoren als ‚Vertrauensmänner' gehabt hat". (Ebenda) Dieses Spitzelgeschehen und die Rolle aller Beteiligten wurde offenbar nach 1945 ungeachtet der Opfer ebenso nachsichtig ~ diskret behandelt, wie es Hildegard Hamm-Brücher rückblickend auf ihre Erfahrungen an der Universität München schilderte; denn „selbst in unserem naturwissenschaftlich, auch deswegen überwiegend antinazistisch geprägten Institut hat es, wie sich ab

Opfer, Verfolgte, Antifaschisten hatten angesichts der Nachkriegskarriere wiederholt an die Blutspur Höhns im Dritten Reich erinnert. Beispielsweise wurde er 1959 in einer Dokumentation von Léon Poliakov und Joseph Wulff als einer aus der obersten SS-Führung und als wissenschaftlicher Berater Himmlers genannt: Im Kapitel „Recht" erscheint er als dritter Autor nach Carl Schmitt und Otto Koellreutter, u. a. vor Ernst Forsthoff, Ernst Rudolf Huber und Theodor Maunz.[21] Der Münchner Publizist Rolf Seeliger bemerkte einleitend zu seiner Dokumentenreihe „Braune Universität", daß eine Diskussion über den Wandel zur Braunen Universität

> *„bisher ängstlich vermieden worden" ist. „Verschweigen, Verschleiern der Tatbestände und krampfhafte Rechtfertigungsversuche sind dazu angetan, den allgemeinen Zynismus zu vermehren."*[22]

Er stellte Höhn 1964 im ersten Heft vor. Das Reich werde, so zitierte Seeliger ihn aus dem Jahre 1942,

> *„gewissermaßen die Startbahn für ein neues Europa. Es stellte in der Behandlung der Europa bedrängenden Fragen. des Judenproblems, des Europa zersetzenden Bolschewismus ... klare Richtlinien auf die jedermann unmißverständlich sind und die man heute bereits weitgehend als anerkannt betrachten darf."*[23]

Der im zweiten Heft (1965) von Seeliger vorgestellte Rechtsprofessor Walter Hamel, Marburg, rechtfertigte sich taktisch geschickt durch die Bemerkung, daß – der inzwischen längst wieder wohlsituierte – Höhn Hamels Polizeibegriff seinerzeit als „liberalistisch" angeprangert hatte.

Höhn saß – seines Rückhalts in den Reihen der Mitglieder und Sympathisanten des „Freundeskreises Himmler der deutschen Wirtschaft" vor und nach 1945 sowie seitens weiterer konservativer Führungskreise gewiß – alle Enthüllungen und Proteste ohne nennenswerte Konsequenzen aus. In den 90er Jahren findet sich in der bereits genannten Best-Studie von Ulrich Herbert Wesentliches über Höhn. Tim Schanetzky bezog ihn in einen Beitrag über „Unternehmer: Profiteure des Unrechts" ein, der in einem Sammelband zu „Hitlers Eliten nach 1945" erschien.[24]

Zum kritiklosen Nachruf der FAZ schrieb Professor August W. Holldorf, daß angesichts der Beweihräucherung eines

> *„der übelsten Ideologen und Opportunisten des Dritten Reiches" dem „informierten und kritischen Leser fast der Atem" stockt. „Besonders peinlich, daß auch Mitglieder oder gar ‚Führungskräfte' der großen Parteien sich von Höhn haben schulen lassen. Es wäre sicher eine lohnende Aufgabe, diesen Komplex einmal gründlicher zu durchleuchten."*[25]

Die große Einzelstudie steht noch immer aus, obwohl es dafür seit 1990 eine neue Aktualität und Dringlichkeit gibt. Es lohnt sich, wie in vergleichbaren Fällen – beispielsweise Theodor Maunz – nach den Ursachen des geringen Aufklärungsdranges zu fragen, die im weiten Feld des Einflusses mächtiger Interessengruppen sowie des akademischen Opportunismus wurzeln.

Februar 1943 anläßlich der Verhaftungen und Prozesse im Gefolge der Flugblattaktion der Studenten der WEISSEN ROSE herausstellte, natürlich auch Spitzel gegeben. Soviel ich weiß, wurde nach 1945 nie nach ihnen gesucht." (Hamm-Brücher, Hildegard: Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz 1921-1996, 2. Aufl., Köln 1997, S. 62) Die für Jie Westzonen und die Bundesrepublik charakteristischen Unterlassungen schützten Höhn und seinesgleichen jahrzehntelang äußerst wirksam.

21 Poliakov, Léon/Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und seine Denker (1959), Wiesbaden 1989, S. 333-335.

22 Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeleitet von Rolf Seeliger, H. 1, München 1964, S. 7.

23 Ebenda, S. 30.

24 Frei, Norbert: Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, in Zusammenarbeit mit Freimüller, Tobias/Miquel, Marc von/Schanetzky, Tim/Scholten, Jens/Weiß, Matthias, Frankfurt a. M./New York 2001, S. 115 ff.

25 FAZ, 31. Mai 2000. Längst waren auch Beziehungen von SPD-Politikern zu Höhn bekannt und kritisch erörtert worden: Elm, Ludwig: Ein Brief an den Standartenführer. Die Verbindungen des Nazi-Professors Reinhard Höhn und die „Toleranz" der SPD-Spitze, in: Forum, Berlin, 2. Februarheft 1972.

Es geht – nach der Studie von Herbert über Best – um einen weiteren Prototyp der SS-Intellektuellen, einen jener belesenen und gewandten Wortführer staatlich organisierter Bestialität, um Exempel von ideologischen Gehilfen des Staatsterrorismus im vergangenen „Jahrhundert der Extreme“ (Eric Hobsbawm).

Das Beispiel einer Karriere in den obersten Etagen des Herrschaftssystems sowohl im Dritten Reich wie in der Bundesrepublik, im engsten Umfeld der wirtschaftlich Mächtigen somit und als deren Vertrauensmann, verweist auch auf Grenzen und tatsächliche Funktionen des grassierenden „Diktaturenvergleichs“: Insbesondere in Deutschland ist angesichts bestürzender Kontinuitäten über 1918/19, 1933 und 1945 hinweg eine unbeschränkte Ausweitung der Komparativistik politischer Systeme auf das gesamte offiziös gepflegte Demokratie-Diktatur-Schema unumgänglich. Nur auf diesem Weg können alle wesentlichen Seiten des geschichtlichen Prozesses hinreichend einbezogen werden. Nur so können auch die bereits wirksamen und die weiter absehbaren neuartigen Phänomene totalitärer und barbarischer Züge des Neoliberalismus aus geschichtlichen Erfahrungen sowie tradierten sozioökonomischen und geistesgeschichtlich kulturellen Zusammenhängen heraus identifiziert und angemessen beurteilt werden.

Publikationen von Reinhard Höhn (Auswahl):

• Arthur Mahraun – der Wegweiser der Nation, 1929.

• Der bürgerliche Rechtsstaat und die neue Front, Berlin 1929.

• Vom Wesen der Gemeinschaft, 1934.

• Die Wandlung im staatsrechtlichen Denken, Hamburg 1934.

• Die Volksgemeinschaft als wissenschaftliches Grundprinzip, in: Süddeutsche Monatshefte, 1.934 f. Nachdruck in: Poliakov, L./Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und seine Denker, Wiesbaden 1989, S. 333-335.

• Rechtsgemeinschaft und Volksgemeinschaft, Hamburg 1935 (Der deutsche Staat der Gegenwart, hrsg. von Carl Schmitt 1935, H. 14).

• Der individualistische Staatsbegriff und die juristische Staatsperson, 1935.

• Verfassungskampf und Heereseid – Der Kampf des Bürgertums um das Heer, Leipzig 1938.

• Grundfragen der Rechtsauffassung (zusammen mit Theodor Maunz und Ernst Swoboda), 1938.

• Der Soldat und das Vaterland während und nach dem Siebenjährigen Krieg, Weimar 1940.

• Frankreichs Demokratie und ihr geistiger Zusammenbruch, 1940.

• Das ausländische Verwaltungsrecht der Gegenwart. Wesen, Aufgabe und Stellung der Verwaltung in Italien, Frankreich, Großbritannien und USA, Berlin 1940.

• Der Kampf um die Wiedergewinnung des deutschen Ostens. Erfahrungen der preußischen Ostsiedlung 1886 bis 1914, in: Festgabe zum 40. Geburtstage des Reichsführers SS Heinrich Himmler, Darmstadt 1941.

• Reich, Großraum, Großmacht, Darmstadt 1942.

• (Mit Wilhelm Stuckart und Herbert Schneider) Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgesetze Norwegens. Sammlung der wichtigsten Gesetze, Verordnungen und Erlasse, in dt. und norweg. Sprache, Darmstadt 1942.

• Die englische Ideologie vom Volksaufstand in Europa, Amsterdam-Berlin-Wien 1944.

• Revolution, Heer und Kriegsbild, Darmstadt 1944 („Dem Reichsschatzmeister der NSDAP, Franz Xaver Schwarz, in Verehrung und Dankbarkeit“).

• Scharnhorsts Vermächtnis, Bonn 1952.

• Sozialismus und Heer, Bde. I und II, Bad Homburg vor der Höhe 1959, Bd. III 1969.

• Die Führung mit Stäben in der Wirtschaft, Bad Harzburg 1961.

• Menschenführung im Handel, 1962.

• Heer und Krieg im Bild des Sozialismus (1848-1870), 1959.

• Die Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie mit dem Moltkeschen Heer (1870-1878), 1959.

• Die Armee als Erziehungsschule der Nation – das Ende einer Idee, 1963.

• Führungsbrevier der Wirtschaft, Bad Harzburg 1966.

• Spiegel des Schaffens. Eine Bibliographie der Schriften und Aufsätze von Reinhard Höhn, Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft e. V., Wirtschaftsakademie für Lehrer e. V., Akademie für Fernstudium e.V.; 2., ergänzte Ausgabe, Bad Harzburg 1984.

Terror und Widerstand im faschistischen Deutschland nach dem 20. Juli 1944. Ein historisches Thema im Spiegel von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, 71-83.

Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter

Die Frage, wer oder was jeweils in einer bestimmten geschichtlichen Situation als *konservativ*, was als *liberal* gelten kann, ist im Laufe der Zeiten und in unterschiedlichen Räumen in immer neuer Weise aktuell und wird jeweils immer wieder kontrovers beantwortet. Oscar Stillich konnte seiner 1908 und 1911 erschienenen Darstellung des deutschen Parteienwesens noch die klassische Zweiteilung nach Konservatismus und Liberalismus zugrundelegen.[1] Seither verwischen sich die Linien. „Konservativ und liberal" lautete ein Aufsatz Oswald Spenglers von 1911, aus dessen Konzept im folgenden Jahrzehnt das umfängliche Erfolgswerk einer „Morphologie der Weltgeschichte", überschrieben „Der Untergang des Abendlandes", hervorging. Es wurde Äußerung und Zeugnis der weltgeschichtlichen Krise des Liberalismus sowie des geistig-moralischen Aufbruchs ins Zeitalter der Extreme. Letzterer findet sich wenig später bereits fortgeschritten in Moeller van den Brucks „Das dritte Reich". Darin sind *Liberal* und *Konservativ* Kapitelüberschriften, neben und zwischen den ebenso lakonischen Titeln *Revolutionär, Sozialistisch, Demokratisch, Proletarisch, Reaktionär* und *Das dritte Reich.* Auch in den folgenden Jahrzehnten führten Bedürfnisse des Selbstverständnisses und der Standortbestimmung hinsichtlich der widersprüchlichen Wechselbeziehungen dieser Richtungen immer wieder zu Reflexionen und Kontroversen.

Seit geraumer Zeit folgt die Frage nach *Konservativität* den Erörterungen um den *Neoliberalismus* nach Häufigkeit, Lautstärke und Intensität allerdings mit erheblichem Abstand. Am ehestens kann der Neokonservatismus in den USA dabei als Gegenstand des öffentlichen, natürlich auch internationalen Interesses leidlich mithalten, insbesondere seit dem 11. September 2001 und im Vorfeld der diesjährigen Präsidentschaftswahlen. Die Unterscheidungen sind auch hier relativ: Der *Libertarismus* – die Neoliberalen der USA – ist selbst Richtung oder Verbündeter des Neokonservatismus. In der Besprechung einer kritischen Auseinandersetzung mit den Neokonservativen der USA wird als deren

> *„überragendes Ziel" genannt „die Begründung einer konkurrenzlosen **Pax Americana** für das 21. Jahrhundert, mit dem Ziel, die Zonen liberaler und marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme in der Welt systematisch auszuweiten".*

Dies schließe eine globale militärische Dominanz der USA und das Ziel ein, „möglichst die Vereinigten Staaten gegen jeden Angriff sicher zu machen, zugleich jeden Teil der Welt für eine amerikanische Intervention offenzulassen".[2]

Es gibt offensichtlich hinreichend Anlaß, nach dem Verhältnis von *Konservatismus* und *Neoliberalismus* im allgemeinen und in gegenwärtigen Entwicklungsprozessen insbesondere zu fragen.

Dem Historiker sollte – zumal bei den einleitenden Ausführungen – zugebilligt werden, daß er sich dem Themen- und Problemkreis aus der Vergangenheit nähert. Es entspricht auch der Aussage der Autoren einer aktuellen Studie zum Neoliberalismus:

> *„Der Neoliberalismus läßt sich im Grundsatz erst verstehen, wenn er historisch eingebettet wird, wenn verständlich ist, welcher Entwicklung er in wessen Interesse ein Ende setzen will." Es gehe dem Neoliberalismus „um handfeste Interessen" und er ist „in erster Linie eine Ideologie mit dem Ziel der grenzenlosen Restaurierung des Kapitalismus.*"[3]

Das kann auch als ein möglicher Zugang in der interdisziplinären Debatte gelten.

Vorausgesetzt wird, daß die *Globalisierung* ein unvermeidlicher Prozeß ist, dessen Ursprünge im ausgehenden 16. Jahrhundert zu finden sind und der in einer dann fortgeschrittenen Phase bereits von Karl Marx und Friedrich Engels 1848 und später in hauptsächlichen Triebkräften und Tendenzen

---

1 Stillich, Oscar: Die politischen Parteien in Deutschland, Leipzig, Bd. 1: Die Konservativen, 1908; Bd. II: Der Liberalismus, 1911.

2 Junker, Detlef: Der Mächtige allzu allein. Eine vernichtende Kritik an der Politik der Neokonservativen, in: FAZ, 10. September 2004 (Besprechung von: Halper, Stefan/Clarke Jonathan: America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004).

3 Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg 2002, S. 9.

zutreffend charakterisiert wurde. Selbstverständlich sind die veränderten Voraussetzungen und Bedingungen seit dem Übergang ins 21. Jahrhundert zu analysieren und zu bewerten. Die theoretischen und politischen Kontroversen zur Globalisierung haben sich nicht am „ob", sondern am „wie" und „wohin", also vor allem in der Kritik an der angeblichen Alternativlosigkeit ihrer im Sinne des herrschenden Neoliberalismus eingeleiteten Wege und Wirkungen zu entwickeln. Auch dazu bedarf es dessen fundierter, allseitiger Einschätzung.

Als Zäsur und eigentlicher Ausgangspunkt bietet sich die Weltenwende von 1945 an. Bei diesem Herangehen wird davon ausgegangen, daß im weiteren Verlauf unserer Tagung Analysen und Betrachtungen zu Gegenwärtigem im Mittelpunkt stehen. Die Ausführungen orientieren sich an drei Schwerpunkten: *Zunächst* werden neoliberale Entwürfe der 40er und 50er Jahre an ausgewählten Autoren und Vorstellungen in Erinnerung gerufen und in einigen Haupttendenzen charakterisiert.

Anschließend ist der Blick zu richten auf die Verbindung von konservativen Interessen- und Führungsgruppen mit den Angeboten neoliberaler Vordenker in der Gründungsphase der Bundesrepublik, die in gesellschaftspolitische Restauration sowie industrielle und wissenschaftlich-technische Modernisierung mündete.

Schließlich soll eine Beschreibung des widerspruchsvollen Wechselverhältnisses von *Konservatismus* und *Neoliberalismus* versucht werden, die in gegenwarts- und zukunftsbezogene Untersuchungen und Wertungen eingehen kann.

In einer Vorbemerkung sind zunächst kurzschlüssige Analogien zwischen *(Neo)-Konservatismus* und *Neoliberalismus* als Kategorien scheinbar gleichartiger Ebenen und Reichweiten auszuschließen: Sie ergeben sich aus grundlegenden Unterschieden in der historischen Zuordnung.

Der *Liberalismus* als Strömung der Politik und politischen Theorie, damit auch als historisch-politische Bewegung der antifeudalen, aufsteigenden Bourgeoisie, ist wesentlich dem ausgehenden 18. und dem 19. Jahrhundert zuzuordnen. *Neoliberalismus* ist nicht der Liberalismus der Gegenwart bzw. der neuesten Geschichte. Er ist eine einflußreiche Richtung oder Schule der Nationalökonomie, der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik, die sich seit den 30er Jahren vorrangig als Alternative einerseits zum Staatssozialismus – zur „Zentralverwaltungswirtschaft" – also zum sowjetischen oder marxistisch-leninistischen Modell der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik –, aber auch andererseits zu faschistischem bzw. kriegswirtschaftlichem Zentralismus, Interventionismus und Dirigismus, im weiteren Sinne schließlich auch zum Keynesianismus, entwickelte. Der Name schließt unter diesen Prämissen apologetisch an einzelnen Vorstellungen und Komponenten des historischen Liberalismus an, um diesen jedoch gleichzeitig kritisch in seine geschichtlichen Grenzen zu verweisen. Friedrich August von Hayek, hat in einer Studie der 70er Jahre über „Liberalismus" dessen unterschiedliche Traditionen und Ausprägungen beschrieben und ihn ebenfalls wesentlich dem 19. Jahrhundert zugeordnet. Auch in Europa, bemerkte er, „befolgt keine der Parteien, die sich ‚liberal' nennt, heute die liberalen Prinzipien des 19. Jahrhunderts".[4]

Im Unterschied dazu ist *Konservatismus* im wesentlichen nicht einer bestimmten Epoche zuzuordnen, sondern ist spätestens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und bis heute eine der grundlegenden, dauerhaften und internationalen Strömungen der Politik, der Ideologie und des politischen Denkens – neben dem Sozialismus/Kommunismus, Sozialreformismus, Liberalismus und rechtem Extremismus/Faschismus. Typologisch gesprochen, ist Konservatismus damit dem Neoliberalismus übergeordnet. Das ist ein erheblicher Gesichtspunkt, wenn später das Wechselverhältnis zu erörtern ist und gesamtgesellschaftliche Wirkungen zu bewerten sind.

Neokonservatismus ist eine dem Konservatismus unter- und zugeordnete relative Begriffsbestimmung. Sie bezeichnet seine jeweilige Anpassung, selbst Erneuerung, unter veränderten Bedingungen und in neuen Epochen als Voraussetzung seiner Fortexistenz und andauernden Relevanz. Das gilt sinngemäß für *Alt- oder Jungkonservatismus* oder gar für *Konservative Revolution.* Wir finden dieses sprachliche Bedürfnis in ähnlicher Weise auch bei *Neue Rechte – New Right* oder *Nouvelle Droite.*

[4] von Hayek, Friedrich A.: Liberalismus, Tübingen 1979, S. 8.

Bei Letzteren wird allerdings in der Regel bereits wesentlich der Übergang vom Rechts- oder Nationalkonservatismus ins Spektrum der extremen Rechten angesprochen.

(I) Einige Bemerkungen zu den neoliberalen Entwürfen der 40er und 50er Jahre – am Beispiel ausgewählter Autoren und Aussagen und mit Anmerkungen zu theoretisch-ideologischen Haupttendenzen

Die 30er und frühen 40er Jahre sind die Jahre der Krise und eines nahezu tödlichen Irrwegs beträchtlicher Teile des deutschen und weithin auch des internationalen Konservatismus und zugleich die Phase der Ausarbeitung der Grundideen und Konzepte des Neoliberalismus. Das erfolgte durch Friedrich August von Hayek (1899-1992), Wilhelm Röpke (1899-1966), Alexander Rüstow (1885-1963) u.a. zunächst wesentlich in der Emigration – besonders in der Türkei, England und der Schweiz. Im Reich stehen für diese Richtung exemplarisch die *Freiburger Schule* des *Ordoliberalismus* mit Franz Böhm (1895-1977), Walter Eucken (1891-1950) und Alfred Müller-Armack (1901-1978).[5] Der Aufstieg des Neoliberalismus und seine konservative Grundorientierung fallen mit den Rückschlägen, der Defensive und langwierigen Anpassungszwängen des Konservatismus zusammen. Sie münden bald in eine restaurative Phase und in unbestreitbar konservative Züge der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik.

Von Anbeginn thematisierten die Begründer des Neoliberalismus nicht nur die wirtschaftspolitischen und -theoretischen Probleme, sondern Grundfragen der sozialen Beziehungen, des politischen Systems und der Gesellschaft überhaupt. Sie machten für den von ihnen konzipierten Neubeginn einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch geltend. „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ lautete die grundlegende, 1942 in Zürich erschienene Schrift von Röpke. Dort folgte zwei Jahre später von ihm „Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform“. Im gleichen Jahr 1944 kam in England von Hayeks „Der Weg zur Knechtschaft“ heraus. Darin wurde die grundsätzliche Auseinandersetzung um Individualismus und Kollektivismus, Planwirtschaft im Verhältnis zu Demokratie, Rechtsstaat und Totalitarismus, um Eigentum, Sicherheit und Freiheit geführt und mit einem „Ausblick auf die internationale Ordnung“ beendet. Milton Friedman schrieb die Einleitung zur Neu-Herausgabe und deutschen Erstausgabe von 1971. Alexander Rüstow veröffentlichte 1945 in Istanbul seine Abhandlung „Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus“.

Röpkes Diagnosen werden von einer grundsätzlich geschichtspessimistischen Sichtweise beherrscht, die dem originären konservativen Denken wenn nicht entlehnt, doch zumindest zutiefst verwandt ist. Sie enthält eine hohe Wertschätzung der Tradition und der Überlieferung sowie der sozialen Hierarchien und der Autoritäten; sie ist durch Fortschrittsskepsis und Krisenbewußtein, anthropologische Fundierung und Biologismus sowie Elitarismus gekennzeichnet. Vom

> *„fortschrittstrunkenen neunzehnten Jahrhundert“ trenne die Einsicht, „daß wir keineswegs der schwindelnde Gipfel einer ständig aufwärtsführenden Entwicklung sind, daß die einzigartigen mechanisch-quantitativen Errungenschaften technischer Zivilisation uns nicht von den ewigen Problemen einer geordneten Gesellschaft und einer der menschlichen Würde angemessenen Existenz entbinden können“*.[6]

Die allgegenwärtige Krise sei aus einem „jähen Absturz“ erwachsen: im engeren Sinn ab Ende 1929, als allgemeine Kulturkrise seit August 1914. Er interpretiert sie vor allem als „geistig-moralische Seite der Weltkrise“, erkennbar im Verlust echter Autoritäten, in Nihilismus, Aktivismus und Prinzipienlosigkeit, Dekadenz und geistigem Chaos. Es sei sicher, daß

---

5 Personelle Verbindungen dieser Schule der Wirtschaftstheorie zur Universität Jena waren: Walter Eucken als Sohn des Philosophen Rudolf Eucken (Nobelpreis für Literatur 1908) und zeitweilig an der 1923 modernisierten Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Jena tätig, der ab 1924 vorübergehend in Jena wirkende Wilhelm Röpke und der 1937 nach Jena berufene Franz Böhm, Schwiegersohn von Ricarda Huch.

6 Röpke, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942, S. 11. Es folgt eine urkonservative Sentenz: „So wie die Sonne Homers auch uns noch immer lächelt, ist alles Wesentliche, um das das Leben schwingt, sich gleich geblieben, Nahrung und Liebe, Arbeit und Muße, Natur und Kunst.“ (Ebenda)

„die Degenerationserscheinungen im geistig-moralischen Bereich" wahrscheinlich „zum letzten Ursprung der Weltkrise leiten und daß sie in einzelnen Ländern tatsächlich den Schlüssel zur Erklärung des Zusammenbruchs liefern".[7]

Die Ursachen der totalen Krise seien darüber hinaus auch in „soziologischen Verfallserscheinungen" zu suchen. In Anlehnung an Ortega y Gasset sieht Röpke diese vor allem in der Vermassung und gleichzeitigen Auflösung „in Haufen von abstrakten Individuen". Er beklagt den Mangel an Ehrfurcht, die „Aufweichung aller Normen und Werte" und einen generellen „soziologischen Entartungsprozeß" einschließlich der Proletarisierung, des Verfalls der Familie und des Dorfes. Dazu kämen die „Krankheitserscheinungen im engeren Bereich des Staats- und Wirtschaftssystems der Völker", wozu die Krise der Demokratie ebenso gehören würde wie eine seit 1917 aufkommende kollektivistische Herrschaftsform.

*„Die Rebellion gegen das abendländische Wirtschaftssystem hat zum **Antikapitalismus** in seinen mannigfachen und nach dem Radikalismus abgestuften Formen, zum **Sozialismus** und **Kollektivismus** geführt, so wie die Krisis der Demokratie im Totalitarismus mündet.*"[8]

Röpke plädierte für einen „neuen Typus der Wirtschaftspolitik", der *konservativ* und zugleich *radikal* sei und dessen Programm sich

„gegen den Kollektivismus einerseits und gegen den gründlicher Revision bedürftigen Liberalismus andererseits" richte. Er könne als „‚konstruktiver' oder ‚revisionistischer Liberalismus', ‚ökonomischer Humanismus' oder, nach meinem eigenen Vorschlag, ‚Dritter Weg'" genannt werden und zur Überwindung der unfruchtbaren Alternative zwischen Laissez-faire und Kollektivismus "führen.[9]

Zwei Jahre später mündete Röpkes Zivilisationskritik wiederum in ein Plädoyer für eine Wirtschaftspolitik nach dem Kriege ohne die

„in den Fehlentwicklungen des historischen Liberalismus und Kapitalismus wurzelnden Schwächen". Es gelte, die Menschen zu überzeugen, „daß es auf die Fragen, die die Kollektivisten an uns stellen, noch immer und heute erst recht eine liberale Antwort gibt, wenn auch eine entschieden andere als die des historischen Liberalismus, ja daß dies die einzige Antwort ist, die vereinbar ist mit einer Civitas Humana."[10]

Die über die Wirtschaft hinausgehende, gesellschaftliche Perspektive ist auch in Röpkes „Die Krise des Kollektivismus" von 1947 und in zahlreichen weiteren Veröffentlichungen sichtbar. Charakteristisch wird nunmehr die scharfe Kritik am demokratischen Sozialismus.

„Der ‚Mittelweg' des gemäßigten Sozialismus bringt also die Marktwirtschaft um die Möglichkeit, gegenüber dem Kommunismus ihre volle wohlstandschaffende Kraft zu beweisen." Er „enthüllt sich also als ein sehr schlüpfriger Pfad, der am Abgrund endet. Er ist kein Weg, auf dem man verweilen kann."[11]

Es wird sichtbar, daß damit das wirtschaftstheoretische Äquivalent zu Adenauers primär gegen die Sozialdemokratie gerichteter politischer Strategie angeboten wurde. Folgerichtig trafen beide mit ihren Konzepten in dieser Phase zusammen und verbündeten sich.

Hayek ergriff, von einzelnen Kollegen und privaten Sponsoren unterstützt, die Initiative für ein Treffen am Genfer See im April 1947, das – benannt nach dem Tagungsort – zur Konstituierung der elitären, internationalen Mont-Pèlerin-Gesellschaft führte.

---

7 Ebenda, S. 22.
8 Ebenda, S. 36 f.
9 Ebenda, S. 40 ff.
10 Röpke, Wilhelm: Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich 1944, S. 395.
11 Röpke, Wilhelm: Die Krise des Kollektivismus, Erlenbach-Zürich 1947, S. 117 f.

„Eingeladen hat er all jene Wissenschaftler, die das liberale Denken in den schwierigen Zeiten der Weltkriege, der Weltwirtschaftskrise, der Ausbreitung von Faschismus und Kommunismus hochgehalten sowie das Vertrauen zur Kraft des Wettbewerbs nicht verloren haben. Vertreter der liberalen Gruppe an der London School of Economics, an der auch der Philosoph Popper und Hayek selbst unterrichten, des Wiener Seminars, der Universität Chikago und des deutschen Ordoliberalismus."[12]

Nach der Gründung der Bundesrepublik fungierten Lehrstühle, Institute, akademische Schulen und insbesondere die 1953 gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) als Denkfabriken, Foren und Multiplikatoren der neoliberalen Ideen und Orientierungen. In den 90er Jahren beginnend und unübersehbar beim Übergang ins 21. Jahrhundert wird das Erbe des Neoliberalismus – seine frühen Quellen – in konservativen Kreisen revitalisiert und neu erschlossen. Es ist bezeichnend, daß biographische Artikel zu Hayek, Mises und Röpke ganz selbstverständlich in ein lexikalisches Werk zum Konservatismus aufgenommen wurden.[13] Es wurden Kontinuitäten seit den 50er Jahren sichtbar, als die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) im Frühsommer 2001 die Alexander-Rüstow-plakette an Kurt Biedenkopf und im Oktober 2004 an Bernhard Vogel verlieh. Die ASM verleiht seit 1964 diese Auszeichnung, die u. a. Ludwig Erhard (1967), Karl Schiller (1973), Alfred Müller-Armack (1976) und Otto Graf Lambsdorff (1986) erhalten haben. Biedenkopfs Rede erschien unter dem Titel „Sozialmacht bedroht die persönliche Freiheit".[14]

Dem authentischen neoliberalen geistigen Erbe und Auftrag sehen sich auch die Mont-Pèlerin-Gesellschaft, das Ludwig-von-Mises-Institut in Auburn (Alabama), das Friedrich A. v. Hayek Institut in Wien, die Friedrich A. v. Hayek-Stiftung, die 1998 gegründete Friedrich-August von Hayek-Gesellschaft und die von ihr verliehene Hayek-Medaille (2003 an den Ökonomie-Nobelpreisträger Gary S. Becker, USA, verliehen), das Walter-Eucken-Institut in Freiburg sowie die Ludwig-Erhard-Stiftung verpflichtet. Das genannte Wiener Institut brachte soeben erstmals in deutsch eine 1945 erschienene Kurzversion von „Der Weg zur Knechtschaft" von Hayek heraus.[15]

Auffälliges Symptom einer tiefen und nachhaltigen Erneuerung der neoliberalen Komponenten des modernen Konservatismus ist die Profilierung der seit 1970 erscheinenden konservativen Zeitschrift „criticén". Deren bisheriger Untertitel „Magazin für Politik und Kultur" bzw. „Magazin für Wirtschaft, Politik und Kultur" lautet seit Heft 176, Winter 2002/2003 „Das Magazin für Mittelstand, Marktwirtschaft und Freiheit". Der Pflege des geistig-politischen Erbes von Mises, Röpke, Hayek, Friedman, Ronald Reagan, Margaret Thatcher u. a. kommt darin nunmehr ebenso eine herausragende Rolle zu wie den Kontroversen um gegenwärtige neoliberale Theorie und Politik sowie ihre Widersacher. Das Heft 178/179, Sommer/Herbst 2003, bildete mit dem thematischen Schwerpunkt „Neustart für Deutschland – Wege aus der Krise" ein radikales neoliberales Plädoyer. Der rote Faden von den 20er Jahren bis in die Gegenwart wurde kürzlich in einem Beitrag zu Röpke benannt:

„Eine ‚konservative Revolution' steht heutzutage nicht auf der Tagesordnung. Allerdings sehen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts viele westliche Gesellschaften erneut mit einer lärmenden antikapitalistischen Globalisierungskritik konfrontiert, die in all ihrer Naivität aus dem zivilisatorischen Bankrott der antikapitalistischen und antiliberalen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts offenbar nur wenig gelernt hat."[16]

---

12 Horn, Karen: Als Hayek die Mont-Pèlerin-Gesellschaft gründete, in: FAZ, 29. März 1997.

13 Von Schrenck-Notzing, Caspar (Hrsg.): Lexikon des Konservatismus, Graz/Stuttgart 1996.

14 FAZ, 16. Juni 2001.

15 von Hayek, Friedrich August: Der Weg zur Knechtschaft. Deutsche Erstausgabe der Reader's Digest condensed version aus dem Jahre 1945, Friedrich A. v. Hayek Institut, Wien 2004.

16 Hennecke, Hans Jörg: „Ulrich Unfried" und der „Tat"-Kreis. Wilhelm Röpke über Anti-kapitalismus und Globalisierungskritik am Ende der Weimarer Republik, in: criticón, 182/183, Sommer/Herbst 2004, S. 46.

(II) Zur Verbindung der Nachfrage konservativer Interessen- und Führungsgruppen nach wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepten mit den Angeboten neoliberaler Vordenker in der Gründungsphase der Bundesrepublik, die in die gesellschaftspolitische und geistig-kulturelle Restauration und in die industriegesellschaftliche Modernisierung mündeten

Im Frühsommer 1947 wurde Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU der Britischen Zone und Landtagsabgeordneter in NRW, durch verschiedene Bekannte und Briefpartner – darunter Paul Silverberg, Lugano, und Maurice W. Altaffer, US-Generalkonsul in Bremen – auf Veröffentlichungen von Röpke aufmerksam gemacht. Das geschah teils durch Zusendung von Büchern, teils durch Hinweise auf Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung. In einer Erwiderung schrieb Adenauer, der sich bereits am 12. November 1946 im nordrhein-westfälischen Landtag einmal auf Röpke berufen hatte: „Herrn Roepke würde ich sehr gerne persönlich kennen lernen.“[17]

Im August 1947 sandte er das Buch von Röpke „Die deutsche Frage“ an Generalkonsul Altaffer zurück und äußerte:

> *„Ich habe das Buch mit größtem Interesse gelesen und stimme den Ausführungen Röpke's in weitestem Maße, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, zu. Es ist sehr bedauerlich, daß das Buch in Deutschland selbst nicht in großem Umfange verbreitet werden kann. Ich hoffe, daß wenigstens die Übertragungen ins Englische und Französische Verbreitung finden. Die Lösung der deutschen Frage kann ja nur erfolgen von innen her, d.h., wenn man die deutsche Entwicklungsgeschichte und die deutschen Veranlagungen kennt.“*[18]

Im Dezember 1947 bezog sich Adenauer auf Röpke, um sozialdemokratisch intendierte Orientierungen im Frankfurter Wirtschaftsrat in personeller und konzeptioneller Hinsicht zu kritisieren.[19]

Die frühe Kritik am „neuen Liberalismus“ oder Neoliberalismus in den Nachkriegsjahren wurde noch von den verbreiteten Überzeugungen vom Scheitern des Wirtschaftsliberalismus und zumindest der Notwendigkeit der Verbindung planwirtschaftlicher, lenkender staatlicher Einflußnahme mit marktwirtschaftlich-liberalen Elementen gespeist. Heinz-Dietrich Ortlieb schrieb 1947 zu den Auffassungen der „Neu-Liberalen“:

> *„Aber Röpke wirft, genau so wie Hayek, gerade dem demokratischen Sozialismus vor, utopisch zu sein. Es gäbe nur die Möglichkeit des Entweder-Oder. Entweder* ***freie Konkurrenzwirtschaft*** *oder* ***kollektivistische Befehlswirtschaft****, eine Synthese von beiden in Form einer freiheitlichen Planwirtschaft sei ein Widerspruch in sich. Dies wird behauptet, obwohl die Wirklichkeit das Gegenteil beweist.“*[20]

Es gäbe nie eine völlig ungebundene Marktwirtschaft und selbst der Bolschewismus bediene sich marktwirtschaftlicher Methoden.

Als frisch gekürter Direktor des Zwei- (später: Drei-) Zonenwirtschaftsrates in Frankfurt traf Ludwig Erhard auf seiner ersten Auslandsreise im April 1948 von Mailand kommend in Genf mit Röpke zusammen und „gewann einen Bruder im Geiste fast fürs Leben“. Volker Hentschel verband diese Anmerkung mit der Aussage, daß Erhard die Schriften von Röpke nach dem Krieg wie eine Offenbarung gelesen habe; er sei „wohl von niemanden so sehr beeinflußt worden wie von Wilhelm Röpke“.[21]

Das erscheint insofern glaubhaft, als Erhard in seinem Institut für Industrieforschung, Berlin und Nürnberg, zwischen 1942 und Anfang 1945, gefördert von der Reichsgruppe Industrie und der Reichswirtschaftskammer durchaus noch anderen wirtschaftspolitischen Vorstellungen anhing.

---

17 8. Juni 1947: An Generalkonsul Maurice W. Altaffer, in: Adenauer. Briefe 1945–1947, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1983, S. 514 und 756 (Anm. 565).

18 10. August 1947: An Generalkonsul Pvlaurice W. Altaffer, in: Ebenda, Briefe 1947-1949, Berlin 1984, S. 44.

19 Ebenda, S. 123.

20 Ortlieb, Heinz-Dietrich: Neuer Liberalismus? In: Das sozialistische Jahrhundert, H. 17/18, Juli 1947, S. 259.

21 Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Berlin 1998, S. 77.

Nach der Währungsreform lud Adenauer den bisher von der FDP protegierten, parteilosen Erhard in Gremien der CDU der britischen Zone ein.

> *„Bisher fehlte dem marktwirtschaftlich orientierten Flügel der CDU die herausragende Führungsfigur Pferdmenges und andere Repräsentanten der Wirtschaft wirkten zwar unablässig im Hintergrund, und ohne ihre sachverständige Unterstützung wäre Adenauer bei seinem Ringen mit dem sozialistischen Parteiflügel gar nicht soweit gekommen, wie er dies Anfang 1948 erreicht hatte, in Ludwig Erhard erkennt Adenauer nun den idealen Verbündeten.“*[22]

Die gemeinsamen marktwirtschaftlichen Positionen führten zu den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU vom Juni 1949. Das war nicht nur das entscheidende pro-grammatische Dokument der Union für den ersten Bundestagswahlkampf es bedeutete auch den faktischen Sieg über das berühmte Ahlener Programm und besiegelte das Schicksal der vor allem von Jakob Kaiser repräsentierten Bestrebungen eines christlichen Sozialismus innerhalb der Unionsparteien. Nach Henning Köhler stand Erhard im Sommer 1949 im Mittelpunkt des Wahlkampfes:

> *„Der Frankfurter Wirtschaftsdirektor erwies sich im Wahlkampf von 1949 als einmaliger Glücksfall für die CDU/CSU, der ganz entscheidend zum Erfolg beitrug.“*[23]

Mit der rein bürgerlichen Mitte-Rechts-Koalition vom September 1949 wurden diese gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen befestigt und langfristig abgesichert. Sie mündeten in die Restauration und entschieden über die Grundlagen und die Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik. Der rechts-konservative Koalitionspartner Deutsche Partei (DP) hatte beispielsweise im Parlamentarischen Rat die Art. 14 und 15 GG bedingungslos abgelehnt.

Das „Soziale“ an der Marktwirtschaft war mehr den Zeitumständen und den späteren zeitweiligen ökonomischen Spielräumen als der reinen Lehre des Neoliberalismus geschuldet. Das gilt zunächst für den kapitalismuskritischen, radikal sozialreformerischen Zeitgeist der unmittelbaren Nachkriegsperiode. Später wirkte die Systemauseinandersetzung unter den Bedingungen des Kalten Krieges und des globalen Wettstreits zugunsten sozialer Zugeständnisse und wachsender Wohlfahrt beträchtlicher Gruppen der Gesellschaft.

Auf Vorschlag von Röpke berief Adenauer im Sommer 1950 den Frankfurter Professor für Privat- und Gesellschaftsrecht, Walter Hallstein, zum Leiter der deutschen Delegation für die Schuman-Plan-Verhandlungen und ernannte ihn zum Staatssekretär und Leiter der im Mai geschaffenen Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten. Hallstein schlug seinerseits Anfang 1952 Prof. Franz Böhm als deutschen Delegationsführer für die Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel vor. 1953 bis 1965 gehörte Böhm dem Bundestag an. Müller-Armack übernahm im Herbst 1952 die Leitung der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium; ab 1958 war er dort Staatssekretär (bis 1963).

Auf die ideellen und konzeptionellen Zusammenhänge zwischen der Vorstellungswelt des *Ordoliberalismus* und dem Konzept einer *Formierten Gesellschaft,* das um 1965 im Umkreis von Erhard entwickelt wurde und rasch scheiterte, kann hier nur verwiesen werden. Eine detailliertere Erkundung dazu dürfte durchaus unter ideologie- und theoriegeschichtlichen Aspekten von Interesse sein.

Anfang 1980 bejahte Hayek, inzwischen 1974 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet, die ihm von Strauß zugesprochene Urheberschaft am Wahlslogan „Freiheit oder/statt Sozialismus“ Heute könne

> *„man nurmehr die konservativen Parteien unterstützen, denn alle anderen Parteien seien mehr oder weniger sozialistisch. Ich halte den Sozialismus für eine solche Gefahr, daß ich mich in England als Konservativen betrachte, obwohl ich nie Gelegenheit hatte, an der aktiven Politik teilzunehmen.“*[24]

---

22 Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Bd. 1: Der Aufstieg, 1876-1952, München 1994, S. 603.

23 Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1997, Bd. 1, S. 505.

24 „Sozialismus zerstört die persönliche Freiheit“. Nobelpreisträger Friedrich A. von Hayek: Schmidt ist kein Sozialist, Strauß der einzige Liberale unter den deutschen Politikern, in: Die Welt, 28. Januar 1980.

Es sei ein Glücksfall, daß Kanzler Helmut Schmidt „klarerweise kein Sozialist“ ist. Noch deutlicher:

> *„Der einzige echte Marktwirtschaftler und der einzige führende deutsche Politiker, den ich von meinem Standpunkt aus als Liberalen bezeichnen würde, ist Franz Josef Strauß. Er ist der einzige liberale Politiker von großem Format in Deutschland, der gegen sozialistische Parteien kämpft.“*[25]

Im folgenden Jahr rechtfertigte Hayek bedingungslos soziale Ungleichheit selbst in ihren extremen Erscheinungsformen und Wirkungen als „höchst erfreulich“ und „einfach nötig“. Er griff Leitbilder der sozialen Gerechtigkeit aufs schärfste an. Für eine auf egalitäre Ideen gegründete Welt sei das Problem der Übervölkerung unlösbar:

> *„Wenn wir garantieren, daß jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen die Übervölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.“*[26]

Investiert werden sollte nur in Ländern, die „bereit sind, den kapitalistischen Weg zu wählen.“ Von der Idee der sozialen Gerechtigkeit halte er gar nichts; der Begriff sei „in einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit freier Berufswahl völlig sinnlos“. Sein größtes Verdienst sehe er darin, „Schriftsteller, Journalisten und Redner dazu zu bringen, sich zu schämen, diesen Begriff jemals wieder zu verwenden.“[27]

Gleichheit vor dem Gesetz sei die einzige Gerechtigkeit, die es für ihn gäbe. Er bewundere Frau Thatcher und hoffe auf ein Umdenken in den USA unter Ronald Reagan.

Der 100. Geburtstag von Ludwig Erhard war Anlaß für ein Wissenschaftliches Symposion am 13. März 1997 in Bonn. Am gleichen Tag wurde die Ausstellung des Hauses der Geschichte „Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland von 1945 bis 1961“ durch den Bundesminister für Wirtschaft, Günter Rexrodt, eröffnet. Seine Schlußbemerkung resümierte die beabsichtigte Lektion:

> *„Jeder, der glaubt, unsere wirtschaftlichen Probleme ließen sich mit mehr Staat und mit mehr Wirtschaftslenkung lösen, sollte sich diese Ausstellung anschauen!“*[28]

Mit der finanziellen Unterstützung durch den Arbeitgeberverband Gesamtmetall wurde im Oktober 2000 die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegründet, deren neoliberaler Auftrag und bisherige Tätigkeit in einer soeben erschienenen Studie der Hans-Böckler-Stiftung analysiert und bewertet wird.[29]

Friedrich Merz forderte ein „Ende der Sozialdemokratisierung der CDU“ und erklärte:

> *„Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft, wie sie Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und Walter Eucken formuliert haben.“*[30]

Europäische konservative Parteien gründeten 2002 das „Europäische Ideen-Netzwerk“. Dessen alljährliche Sommeruniversität fand Mitte September 2004 in Berlin statt. Dabei ging es der Vorsitzenden der CDU, Angela Merkel, zufolge vorrangig um die Frage, wie Wettbewerbsfähigkeit zu stärken ist, um in der Globalisierung zu bestehen.

Angesichts solcher politischer und entsprechender rechtsintellektueller Bemühungen ist hinsichtlich der Auseinandersetzung mit dem *Neoliberalismus* ein bereits bezüglich des *Konservatismus* geäußerter Gedanke zu bekräftigen: Die intelligenten und kreativen Vordenker und Repräsentanten dieser

---

25 Ebenda.

26 von Hayek, F. A.: Ungleichheit ist nötig. Das Gespräch, in: Wirtschaftswoche, 11, 6. März 1981, S. 38.

27 Ebenda.

28 Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Ludwig Erhard und seine Politik, Bonn o. J. (Nach-Denken), S. 145.

29 Speth, Rudolf: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, August 2004 (Hans-Böckler-Stiftung).

30 Merz, Friedrich: Was die Sozialdemokratisierung bedeutete, in: FAZ, 11. Oktober 2003.

Richtungen knüpfen mit ihren Diagnosen und Folgerungen auch an den widerspruchsvollen Seiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit an, sei es das Menschenbild, das Fortschrittsverständnis, die spezifische Natur des Politischen, die Schwierigkeit von „Wirtschaftspolitik", die Probleme der Demokratieentwicklung u. a.

Im sozialen Wesen und in den Funktionen des Neoliberalismus ist seine potentielle oder effektive Öffnung zu rechtskonservativen Positionen und zur Synthese mit ihnen, selbst bis zu Übergängen ins rechtsextremistische Spektrum, angelegt. Hayeks Sympathiebekundungen für Strauß, Thatcher und Reagan signalisierten das bereits unmißverständlich. Es bleibt hinzuzufügen, daß unter dem Einfluß von Friedman und seiner Chicagoer Schule ausgerechnet unter der Pinochet-Diktatur in den 70er Jahren ein Exempel und der Auftakt für einen internationalen Aufschwung des Neoliberalismus realisiert wurde. Schui und Blankenburg benennen für die jüngsten Entwicklungen die FPÖ, die Forza Italia und den Front National als „politischen Arm der neoliberalen Bewegung": Besondere Beachtung verdienten

> *„ihre Wirtschafts- und Sozialprogramme, die der restlosen Beseitigung des Sozialstaates, der Freiheit des Unternehmertums, des Marktes, der Auslese durch die Konkurrenz nicht wenig das Wort reden".*[31]

Es erscheint dann keineswegs als unerklärlich, wenn eine Überschrift nach den Wahlen am 19. September 2004 in Sachsen und Brandenburg lautet „Wirtschaft reagiert gelassen auf NPD-Erfolg".[32]

Damit sind auch Fragen nach den rechtsextremistischen und totalitären Potentialen und Tendenzen von Neoliberalismus und Globalisierung sowie den davon ausgehenden Gefährdungen im zeitgeschichtlichen und gesamtgesellschaftlichen Kontext aufgeworfen. Einige Konsequenzen und absehbare Wirkungen von Hartz IV offenbaren bereits jetzt unverkennbar totalitäre Züge, indem von den politisch und wirtschaftlich Mächtigen Zugriffe auf Rechte und Sphären der Persönlichkeit durchgesetzt werden, die mit fundamentalen menschen- und bürgerrechtlichen Normen und Leitbildern kaum noch zu vereinbaren sind. Bald werden Hunderttausende und Millionen davon betroffen sein und die Problemstellung wird in den Vordergrund der Kontroversen um gesellschaftliche Alternativen treten.

(III) Das widerspruchsvolle Wechselverhältnis von Konservatismus und Neoliberalismus – Ausgangs- und Bezugspunkt gegenwarts- und zukunftsbezogener Untersuchungen und Wertungen

Versuchen wir, einige Momente im vielschichtigen Wechselverhältnis zwischen Konservatismus und Neoliberalismus zusammenzufassen und damit ihr Zusammenspiel in der Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik besser zu verstehen:

Seinem großen Werk „Die Verfassung der Freiheit", zuerst 1960 in Chicago und London, 1971 in deutsch erschienen, fügte Hayek ein „Nachwort *Konservatismus* und *Liberalismus"* an. Es verdient unsere spezielle Aufmerksamkeit. Es gehe ihm darum, die von ihm vertretene Position klar von der des Konservatismus zu trennen.

> *„Der eigentliche Konservativismus ist eine legitime, wahrscheinlich notwendige und sicherlich weit verbreitete gegnerische Einstellung zu starken Veränderungen. Er hat seit der Französischen Revolution anderthalb Jahrhunderte lang in der europäischen Politik eine wichtige Rolle gespielt. Bis zum Aufstieg des Sozialismus war sein Gegensatz der Liberalismus."*[33]

Er – Hayek – bezeichne seine Position als „liberal" und glaube, daß sie „sich vom wahren Konservativismus ebenso stark unterscheidet wie vom Sozialismus."

---

31 Schui/Blankenburg, a. a. O., S. 162.

32 FAZ, 21. September 2004. Der langjährige Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Rüdiger Pohl, habe sich dazu geäußert: „Ultrarechte Strömungen seien zumeist sehr kurzlebig und nähmen in ihrer Konzeptionslosigkeit kaum Einfluß auf die praktische Politik. Gefährlicher sei der wachsende Einfluß der PDS. Ihre ‚Programmatik der Umverteilung' ignoriere den globalen Wettbewerb und erschwere die Reformen."

33 von Hayek, Friedrich A.: Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 481.

Sein Haupteinwand gegen den Konservatismus sei, daß er keine Alternative bieten kann zu der Richtung, in der wir uns bewegen. Es wäre immer wieder das Schicksal des Konservatismus, auf einem nicht selbst gewählten Weg mitgeschleppt zu werden. Der Liberale müsse nicht zuerst fragen, wie schnell oder langsam, sondern wohin wir uns bewegen. Er will nicht stillstehen, sondern in anderer Richtung fortschreiten. Konservative würden sich täuschen, wenn sie „die Übel unserer Zeit" der Demokratie zuschreiben.

> *„Jedenfalls scheinen die Vorteile der Demokratie als Methode zu friedlicher Änderung und politischer Erziehung so groß im Vergleich zu den Vorteilen anderer Systeme, daß ich für den antidemokratischen Hang des Konservativismus keine Sympathie aufbringen kann. Nicht wer regiert, sondern was die Regierung zu tun berechtigt ist, scheint mir das wesentliche Problem zu sein."*[34]

Der „unannehmbarste Zug der konservativen Einstellung" sei die Neigung, neue Kenntnisse abzulehnen, weil ihnen manche der daraus sich ergebenden Folgen nicht behagen.

Aus konservativem Mißtrauen gegen Neues und Fremdes ergäben sich auch „seine Feindseligkeit gegen den Internationalismus und seine Neigung zu einem betonten Nationalismus". Zum „engen Zusammenhang zwischen Konservativismus und Nationalismus" ergänzte Hayek, daß der „Hang zum Nationalismus oft die Brücke vom Konservativismus zum Kollektivismus bildet".

Schließlich befinde sich der Liberale in der Mittelstellung zwischen dem „gröberen Rationalismus des Sozialisten" und dem Mystizismus, zu dem Konservative oft Zuflucht nehmen. Der Konservatismus unterscheide sich von Liberalen durch die Furcht vor Veränderungen und Neuem, durch Vorliebe für Autorität und durch mangelndes Verständnis der Wirtschaftskräfte. Es wird deutlich, daß Hayeks Konservatismuskritik relativ ist: Sie wendet sich gegen eigentümliche, partielle und zeitweilige Momente, die zurückzudrängen und zu überwinden stets auch Triebkräfte und Ziele neokonservativer Aufbrüche sind. Zwangsläufig scheinen in ihr auch Widersprüche und Reibungsflächen zwischen den jeweils spezifisch konservativen und neoliberalen Intentionen auf, die ihrer Synthese schließlich nicht dauerhaft entgegenstehen.

Die Erfahrungen weisen alles in allem neben Besonderheiten und Unterschieden auf Gemeinsamkeiten und Momente der gegenseitigen Ergänzung von Konservatismus und Neoliberalismus hin. Die Vordenker des Neoliberalismus haben diese Problematik selbst wiederholt ausdrücklich reflektiert. Röpke äußerte auf der 7. Tagung der ASM am 8. Mai 1957 zum Thema „Marktwirtschaft ist nicht genug":

> *„Liberale Vorliebe für Bewegung und Fortschreiten und fortgesetztes Sich-Messen aller Kräfte ist ein unentbehrliches Gegengewicht, aber wenn sie sich selber keine Grenze an der Achtung vor dem Dauernden, Bewährten und zu Bewahrenden setzt, ist ihr Ende Auflösung und Zerstörung."*[35]

Zeitgeschichtlich nachweisbares Zusammenwachsen und -wirken von Konservatismus und Neoliberalismus weisen bereits darauf hin, daß die Gemeinsamkeiten bzw. verwandte Züge und Bestrebungen offenbar die entscheidenden Moment in diesem Wechselverhältnis, im Bruch mit dem historischen Liberalismus und gegen Bewegungen des Fortschritts darstellen. Dazu gehören:

1. Übereinstimmende geschichtsphilosophische Quellen und Grundlagen, darunter Geschichtspessimismus und Fortschrittsskepsis, Anthropologismus und skeptisches Menschenbild, Neigungen zu Biologismus und Sozialdarwinismus;

2. Gegnerschaft zu Ideen und Bewegungen der sozialen Gleichheit – von der Aufklärung und dem historischen Liberalismus bis zu Marxismus, Sozialismus und Kommunismus; damit ein entschiedener Antisozialismus und Antikommunismus bis zu Gewerkschaftsfeindlichkeit und Gegnerschaft zu radikal- und basisdemokratischen Bewegungen;

---

34 Ebenda, S. 488.

35 Röpke, Wilhelm: Marktwirtschaft ist nicht genug, in: Hat der Westen eine Idee? Ludwigsburg 1957, S. 9.

3. Kritik am antifeudalen, progressiven Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts als Ausdruck der grundsätzlichen Abkehr von diesem Erbe und als Indiz des gesellschaftspolitischen und ideell-moralischen Antiliberalismus der bürgerlichen Oberschichten seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert;

4. militante politische Tendenzen und Feindbilder in beiden Strömungen, die als rechte Spielarten der Totalitarismuskonzeption gegen jeden Kollektivismus, „Sozialismus", „Gleichmacherei" u. ä. in Erscheinung treten; generell ist somit eine weitgehende Identität der politischen Gegner der Konservativen und der Neoliberalen sowie bei den Letzteren übereinstimmender Bereitschaft zu rechtsgerichteter Radikalisierung gegeben;

5. Apologie sozialer Ungleichheit einschließlich der exklusiven Wahrung von Eigentum und darauf gründenden Privilegien, maximaler Privatisierung und unbeschränktem Unternehmertum, fortschreitende Umverteilung von unten nach oben sowie Abbau des Sozialstaats, vorrangige Vertretung der Interessen der Oberschichten und ihrer Privilegien, somit der sozialen Hierarchien, restriktives Verständnis von Mitbestimmung und Demokratie im Bereich der Wirtschaft und darüber hinaus;

6. Elitarismus und Autoritarismus, die offen oder verdeckt demokratieskeptische bis -feindliche Positionen einschließen und die Öffnung zu autoritären und militaristischen Herrschaftskonzepten ermöglichen; in den jeweiligen Begründungen wie Leitbildern jedoch durchaus differenziert ausfallen und wirken können.

Die hauptsächlichen Unterschiede zwischen Konservatismus und Neoliberalismus sind relativ und wirken ambivalent: einerseits bedeuten sie eine gegenseitige Ergänzung und die Kompensation von Schwachstellen der jeweils anderen Richtung – andererseits äußern sich in ihnen Widersprüche und Interessenkollisionen, die immer neu zu regulieren und im übergeordneten Systeminteresse zu bewältigen sind. Das betrifft u. a.:

1. Die Priorität des Bewahrens und des Respekts vor dem historisch Gewachsenen im Konservatismus auf der einen Seite und der Drang zu Neuem, zu Wandel und Risiko, zu Modernisierung, Expandieren usw. im Neoliberalismus;

2. die Schlüsselrolle des Politischen im konservativen Denken und Handeln, die sich damit vor allem beziehen auf Staat, Nation und äußere Handlungsfähigkeit, auf Macht- und Interessenpolitik, auf Sicherheit im Innern und nach außen sowie die vorzügliche Aufmerksamkeit für deren Instrumente wie Armee, Polizei, Sicherheitsdienste, Justiz, Beamtentum; dies im Unterschied zur zentralen Bedeutung des Wirtschaftlichen – nicht zuletzt der betriebswirtschaftlichen Rechnungen und Bilanzen – im neoliberalen Konzept;

3. die Unterschiede in den jeweiligen hauptsächlichen sozialen Milieus, wobei aus den Bedürfnissen und Erwartungen der Mitgliedschaft und der Wähler bei den Konservativen sich ernst zu nehmende sozialkonservative Richtungen entwickeln können und immer wieder entwickelt haben – von der Bismarckschen Sozialgesetzgebung bis zu Leitbildern des preußischen oder christlichen Sozialismus und zu sozialstaatlichen Leitbildern; im Unterschied zu den Neoliberalen sind die Konservativen in der Konkurrenz mit anderen Parteien und Richtungen darauf angewiesen, direkt und nennenswert Masseneinfluß zu erlangen und zu sichern;

4. verschiedene und durchaus wechselnde Gewichtung in der jeweiligen Sicht des Platzes und der Rolle von Individuum und Kollektiv/Gemeinschaft, von Individualismus und Kollektivismus – einschließlich der Bedeutung entsprechender Strukturen und Institutionen wie Familie, Vereine, Verbände, Parteien usw.;

5. mehr oder weniger ausgeprägte Unterschiede im Verhältnis zu Nationalem und Internationalem und zu Religiosität – zumal bei Letzterem auch die geschichtlich gewachsenen spezifischen Einfluß- und Wirkungsmöglichkeiten der Konservativen im Bund mit konfessionellen Bewegungen, Einrichtungen und Wertvorstellungen zu berücksichtigen sind.

Angesichts der Schlüsselrolle des Antikommunismus in der Geschichte der politischen Ideologie und der Politik in der Bundesrepublik ist die ausgeprägte und verbindende Rolle dieser Übereinstimmung

hervorzuheben. Das befindet sich im Widerspruch zu dem liberalen Anspruch; es belegt jedoch gerade den Bruch mit dem historischen Liberalismus. Neoliberale Autoren wie Eucken, Hayek, Mises, Röpke gehören zu den Urhebern und entschiedenen Verfechtern rechts-konservativer Spielarten der Totalitarismuskonzeption. Das gilt beispielsweise für die 1938/39 in Genf entstandene, aber erst posthum 1978 veröffentlichte Streitschrift von Ludwig von Mises gegen den „Kollektivismus".[36] Es ist auch der beherrschende Grundzug in Hayeks „Weg zur Knechtschaft" von 1944, worin er grobschlächtige Parallelisierungen von Sozialismus und Kommunismus einerseits und Nationalsozialismus bzw. Faschismus andererseits bis zur Gleichsetzung dieser gegensätzlichen Strömungen und Systeme vertritt.

In dem bereits erwähnten Referat von 1957 äußerte Röpke zur Systemauseinandersetzung,

> *„daß der Kampf der freien Welt mit dem Kommunismus kein gigantisches Turnier um die bessere Güterversorgung ist, was ihn für den Westen nur um so schwerer macht, da er gerade auf diesem Felde am wenigsten zu schlagen sein wird.'"*[37] *Es sei vielmehr ein „Konflikt zweier unversöhnlicher Moralsysteme"*, *ein Ringen „um die geistig-moralischen Möglichkeiten menschlicher Existenz schlechthin. Die Gefahr des Kommunismus „ist – was den durch die Angst vor den Nuklearwaffen völlig konfus Gewordenen nachdrücklich zu sagen ist – weit schrecklicher als die der Wasserstoffbombe weil die moralisch-seelische Vernichtung unvergleichlich furchtbarer ist als die physische, der wir im natürlichen Verlauf der Dinge ohnehin tapfer ins Auge sehen müssen."*[38]

Der in den konkreten Erscheinungsformen wechselnde und anpassungsfähige, durchaus auch widerspruchsvolle Bund von konservativen Kräften mit neoliberaler Programmatik und Politik gehört zu den Ursprüngen und Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Systems der Bundesrepublik. Die im Grundgesetz vorgegebene und jahrzehntelang für die BRD charakteristische, ausgeprägte sozialstaatliche Komponente entsprang wesentlich den Zeitumständen nach 1945 und später den Gegebenheiten und Erfordernissen des Systemwettbewerbs, Umverteilung von unten nach oben, zunehmende soziale Ungleichheit und wachsende Kluft zwischen Reich und Arm im nationalen, kontinentalen wie im globalen Rahmen sind übergreifende strategische Ziele der neoliberalen Konservativen wie der konservativen Neoliberalen. Sie werden begünstigt von den seit 1989/90 weltweit eingetretenen Veränderungen und in unseren Regionen rigoroser denn je seit 1945 verfolgt.

Neoliberalismus ist konservativ: Seine Vordenker und Repräsentanten sind nach dem Ende des Kapitalismus der freien Konkurrenz und nach der weltgeschichtlich progressiven Rolle der Bourgeoisie angetreten. Die tiefste Wurzel der konservativen Grundanschauungen und Konzepte der Neoliberalen ist darin zu sehen, daß sie ihre theoretischen und politischen Herausforderungen auf dem Boden der seit dem 20. Jahrhundert gegebenen, historisch gewachsenen kapitalistischen Eigentums- und wirtschaftlichen wie politischen Machtverhältnisse, der ihnen entsprechenden sozioökonomischen Strukturen und Hierarchien sowie der fundamentalen geistig-kulturellen Überlieferungen der bürgerlichen Oberschichten angenommen haben und sich in deren Dienst stellen.

> *„Daß ökonomischer Liberalismus und kulturell-gesellschaftlicher Konservatismus sich gut vertragen, ist nichts Neues und auch nichts Besonderes. Es ist eher die Regel als die Ausnahme."*

Warnfried Dettling fügt dieser Feststellung in der Besprechung des soeben erschienenen Buches von Hans-Olaf Henkel die Bemerkung hinzu, die Selbstverständlichkeit überrasche, *„mit der hier ein traditionelles Verständnis von Kultur und Gesellschaft gepflegt wird, mit all den Ressentiments, die im Umlauf sind. Henkel und andere möchten, so scheint es, am liebsten beides. die Modernisierung der Ökonomie und die Konservierung der Gesellschaft."*[39]

---

36 von Mises, Ludwig: Im Namen des Volkes oder Die Gefahren des Kollektivismus. Mit einem Vorwort von Alfred Müller-Armack, Stuttgart 1978. Siehe auch Baader, Roland (Hrsg.): Logik der Freiheit. Ein Ludwig-von-Mises-Brevier, Thun 2000, besonders: Die Feinde des Liberalismus, S. 139-238.

37 Röpke, Wilhelm: Marktwirtschaft ..., a. a. O., S. 17.

38 Ebenda.

39 Dettling, Warnfried: Ranzige Kost. In seinem neuen Buch serviert Hans-Olaf Henkel die alten Vorurteile gegen Politiker und Parteien, in: Die Zeit, Nr. 43, 14. Oktober 2004.

Es ist vor allem Liberalität für die Stärkeren auf dem Boden eines gesamtgesellschaftlichen Antiliberalismus. Es ist Liberalität als Variante innerhalb großbürgerlicher, prinzipiell konservativer Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeptionen. Hier scheint der Freiheitsbegriff der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) sowie das Demokratie- und Rechtsverständnis eines Berlusconi oder Bush auf. Tatsächlich können sich diese Gruppierungen in ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik und Praxis der wohlwollenden Aufmerksamkeit neoliberaler Wortführer sicher sein.

Seit 1990 gehören die die Sozialstaatlichkeit befördernden Voraussetzungen der Vergangenheit an, und der Neoliberalismus kann in der EU und mit neuen Stufen der Globalisierung seinen eigentlichen Bestimmungen hocheffektiver Kapitalverwertung und der Erzielung maximaler Renditen unbeschränkter und wirksamer nachgehen. Die gleichzeitige Zunahme autoritärer und machtpolitischer – selbst völkerrechtswidriger und militaristischer – Züge des Herrschaftssystems im konservativen Sinn weist auf die inneren Zusammenhänge und die absehbare Aktualität des hier zu erörternden Themas.

Resümieren wir: Das neoliberale Zeitalter zeichnet sich gesamtgesellschaftlich durch primär konservative Perspektiven aus. *Neoliberalismus* weist konservative Bestandteile und Tendenzen auf und hat auf dieser Grundlage weitreichende Gemeinsamkeiten mit der eigentlichen konservativen Grundströmung. Er ergänzt und verstärkt deren dominierende Rolle. Beide wurzeln im wesentlichen im gleichen sozioökonomischen Milieu, empfangen von dort Triebkräfte, Richtungen und Ziele. Neoliberales verhärtet unsoziale, gewerkschaftsfeindliche und antisozialistische Bestrebungen. Er vervollständigt und präzisiert mit seiner wirtschaftswissenschaftlichen Kompetenz konservative Programmatik und Politik auf dem Gebiet der Wirtschaftstheorie und -politik sowie überhaupt der Strategien im Bereich der Ökonomie und des Sozialen. Die neoliberalen Beiträge und Impulse sind seit 1945 wesentliche Momente der Anpassungs- und Erneuerungsfähigkeit des Konservatismus geworden. Sie sollen es wiederum in einer wesentlich veränderten Welt und in den bevorstehenden Auseinandersetzungen um die Plazierungen in Konkurrenz, Wettbewerb und verschärften Globalisierungsprozessen sein.

Konservative Perspektiven im neoliberalen Zeitalter. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 7-26.

Laudatio auf Michael Wegner

Unsere Tagung ist dem slawistischen Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Michael Wegner anläßlich seines 75. Geburtstages gewidmet. Man darf diese Widmung und die Tagung selbst als teilweise Vorwegnahme der abschließend vorgesehenen Lobrede betrachten. Das gilt insbesondere für die anerkennenden Worte, die Fachkollegen heute in diesem Auditorium für den Jenaer Jubilar und seine wissenschaftlichen Leistungen gefunden haben. Stellvertretend sei auf die soeben gehörten Ausführungen von Prof. Roland Opitz zu besonders beachtenswerten Arbeitsergebnissen von Michael Wegner verwiesen.

Michael Wegner wurde am 1. März 1930 in Kaunas geboren. Die Ereignisse der folgenden Jahre griffen unmittelbar in das Leben des Heranwachsenden ein: Umzug der Familie nach Thüringen im März 1941 und Rückkehr nach Litauen im Sommer 1942; Anfang 1945 führte der Weg wiederum – und dieses Mal endgültig – nach Thüringen. Mehrsprachig – deutsch, russisch und litauisch – aufgewachsen zu sein, wirkte schließlich nach dem Abitur in Arnstadt auch in der Wahl des Studienfaches nach. Von 1949 bis 1954 studierte er in Jena slawische Philologie und erlangte das Diplom der Philosophischen Fakultät in Russisch und Bulgarisch. Auf Vorschlag der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft hatte er ab 1950 dem Studentenrat bis zu dessen Auflösung 1952 angehört. Nach dem Studienabschluß war er als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Slawistik tätig und nahm Lehraufgaben in russischer Literaturgeschichte und im Sprachunterricht wahr. Wegner wurde 1959 mit der Dissertation „N. G. Tschernyschewski und G. W. F. Hegel. Die ästhetischen Anschauungen Tschernyschewskis in ihren Beziehungen zur Ästhetik Hegels“ promoviert. Zum Oberassistenten ernannt, hielt er Vorlesungen und Übungen zur russischen Literatur. Ab 1961 folgte die Wahrnehmung einer Dozentur für russische Literatur des 19. Jahrhunderts.

Dr. Wegner habilitierte sich 1967 mit der Schrift „Deutsche Arbeiterbewegung und klassische russische Literatur (1900-1914)“. Er wurde Dozent für slawische Literaturen (russische Literatur) an der Philosophischen Fakultät der Universität Jena. Innerhalb der vergleichenden Literaturwissenschaft spezialisierte er sich auf deutsch-slawische Literaturbeziehungen. 1969 erfolgte die Berufung zum ordentlichen Professor für vergleichende Literaturwissenschaft; neben diesem Lehrgebiet wurde von ihm das der russischen Literaturwissenschaft wahrgenommen. Nunmehr oblagen ihm verantwortlich alle Aufgaben eines Hochschullehrers in der Lehre und Forschung einschließlich der Einbeziehung und Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses, darüber hinaus bei nationaler und internationaler Forschungskooperation sowie bei Tagungen und Publikationen. Eine Reihe Dissertationen A und B (Habilitation) wurden von ihm betreut und zum erfolgreichen Abschluß geführt.

Michael Wegners Wirken umfaßte vielfältige und anspruchsvolle Gebiete wie Methodologie vergleichender Literaturforschung, deutsch-slawische (russische) Literaturbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Theorie und Geschichte des russischen Romans im internationalen Kontext und utopisches Denken in der russischen Literatur. Er leitete und realisierte mehrere Forschungsprojekte. Dazu gehörte „Utopien in der russischen Literatur“ ab 1988 als Gemeinschaftsprojekt mit dem Institut für Slawische Philologie der Georg-August-Universität Göttingen (Prof. Dr. R. Lauer). Das mit wechselseitigen Tagungen in Jena und Göttingen begonnene Vorhaben endete unter dem Einfluß der Veränderungen von 1991/92, ohne erfolgreich abgeschlossen zu werden.

Aus der kreativen Arbeit in der Forschung sowie mit Gewinn für die Lehrverpflichtungen ergaben sich Studien- und Archivaufenthalte in der UdSSR, Jugoslawien und im Thomas-Mann-Archiv Zürich. Gastvorlesungen – auch Vorlesungszyklen – führten ihn an Universitäten der Bundesrepublik, Österreichs, der Schweiz sowie ost- und südosteuropäischer Länder. Er hielt mehrfach Hauptvorträge auf internationalen Konferenzen. Wegner wirkte als Mitglied der UNESCO-Kommission zur Erforschung und Verbreitung der slawischen Kulturen sowie als Vorstandsmitglied der Internationalen Dostojewski-Gesellschaft und der Kommission zur vergleichenden Erforschung der slawischen Literaturen beim Internationalen Slawistenkomitee. Namhafte Slawisten anderer Länder – darunter der Bundesrepublik – waren im Laufe der Jahre seiner Einladung zu Tagungen und Vorlesungen in Jena gefolgt.

Die umfangreiche Publikationsliste unseres Jubilars als Autor und Herausgeber umfaßt Monographien, Editionen, Beiträge in Büchern sowie in Tagungs- und Sammelbänden, lexikalische und Zeitschriften-Artikel, Tagungsberichte und Rezensionen. 1975 wurden er und fünf Kollegen in Anerkennung der Beiträge zur Erforschung und Verbreitung der russischen Literatur mit dem Nationalpreis der DDR geehrt.

Frühzeitig und über längere Zeiträume hatte der Hochschullehrer auch akademische Leitungsfunktionen wahrzunehmen. Die wichtigsten waren: Kommissarischer Direktor des Instituts für Slawistik (1960-1962), Stellv. Direktor für Erziehung/Ausbildung an der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft (1969-1972), Sektionsdirektor (1972-1976) sowie Prorektor für Gesellschaftswissenschaften (1978-1987). Als Prorektor trug er dazu bei, das sozial- und geisteswissenschaftliche Potential an der Alma mater Jenensis in disziplinärer Vielfalt, mit einem reich gefächerten Ausbildungsangebot und mit interdisziplinären Forschungs- und Publikationsvorhaben fortzuentwickeln. Das geschah auch gegen Bestrebungen, ein vereinseitigendes, die Idee der Universitas litterarum beeinträchtigendes Übergewicht der Natur- und Technikwissenschaften plus Medizin durchzusetzen. Michael Wegner förderte Mitte der 80er Jahre die Bildung gesellschaftswissenschaftlicher Forschungszentren. Dazu gehörte beispielsweise das für die philosophische und literarische Klassik, die von diesem durchgeführten interdisziplinären Jenaer Klassikseminare und die auch vertraglich geregelte Zusammenarbeit mit den Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar. Er nahm sich dieser hochschul- und wissenschafts-politischen Aufgaben im kollegialen Zusammenwirken mit der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates und den Sektionsdirektoren an. Mit ihnen setzte er sich für ein hohes Niveau der akademischen Qualifizierungsschriften ein.

Die Wende in Gesellschaft und Hochschule um 1990, das Ende der DDR, bald auch der UdSSR und des von ihr geführten Staatenverbunds, bedeuteten auch für Michael Wegner eine tiefe Zäsur mit unwiderruflichen Wandlungen. Im Unterschied zu seinen Kollegen in Rußland und anderen osteuropäischen Ländern kam es im Gefolge dieser Veränderungen 1991 zur Entlassung, die unter dem rechtlich fragwürdigem Vorwand der Abwicklung vollzogen wurde. Hiesige akademische Kollegen, mit denen er in dieser oder jener Weise langjährig verbunden war, reagierten sehr unterschiedlich auf diese Veränderungen.

Der damals etwa 60jährige sah sich außerstande und war offenkundig nicht einmal ernstlich gewillt, die nunmehr von neuen Obrigkeiten erwünschten oder erwarteten, raschen ideell-moralischen Wenden und politischen Anpassungen zu vollziehen. Aber auch die von nicht wenigen genutzte Gelegenheit, sich weitgehend zurückzuziehen, ließ er aus. Ab 1990/91 gehörte er zum Kern einer kleinen Gruppe – bereits oder bald – *ehemaliger* Hochschullehrer und Mitarbeiter der Jenaer Universität sowie weiterer interessierter BürgerInnen, die sich zunächst in einem informellen Gesprächskreis zusammenfand.

Im Mai 1992 war Michael Wegner unter den Gründern des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., das sich zur parteinahen Stiftung der PDS in Thüringen entwickelte und sich auf diesem Weg 2000 in Thüringer Forum und schließlich im vergangenen Jahr in Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. umbenannte. Mehr als zehn Jahre gehörte er dem Vorstand des Vereins an und engagierte sich dort vor allem für wissenschaftliche Vorhaben, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen und für die Publikationen. Er unterstützte das Bemühen des Vereins, mit den verfügbaren Kräften ein möglichst vielseitiges Angebot in der politischen Bildung zu unterbreiten. In den Veranstaltungen bereicherte er oft mit seinen Problemstellungen und Überlegungen die jeweiligen Debatten.

Hervorzuheben ist die Initiative, mit der M. Wegner seine wissenschaftliche Arbeit nach 1990 fortsetzte und seine fachliche Kompetenz in die Arbeit des Thüringer Forums einbrachte. Er leitete die Arbeitsgruppe „Osteuropa“, die mehrere wissenschaftliche Tagungen vorbereitete, durchführte und nicht zuletzt durch den Teilnehmerkreis und die Veröffentlichung der Ergebnisse weit über Jena hinaus wirkte. Geschichte und Gegenwart finden sich in den zwischen 1994 und 2004 erschienenen Protokollbänden von sechs Tagungen über: Rußland und Europa; Rußland im Umbruch; Weimar und der Osten (I und II); Rußland – Ein starker Staat?, sowie Weimar und der Osten (insbesondere die

Beziehungen des Thüringer Raumes zu Sankt Petersburg). Vor allem bei diesen Projekten förderte er das Zusammenwirken mit der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft.

Aus der Feder des Jubilars erschienen darüber hinaus seit Anfang der 90er Jahre weitere Aufsätze und Besprechungen zu russischer Geschichte und Ideengeschichte, zu deutsch-russischen Wechselseitigkeiten in Philosophie und Literatur sowie zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen. Die kritische Beschäftigung mit Fjodor Dostojewski, Thomas Mann und Georg Lukács wurde mit bemerkenswerten Beiträgen fortgesetzt: In Jena erschien 2001 das Heft „Georg Lukács. Der Kampf mit dem Drachen“. Dessen theoretisches Werk – so der Autor –

> *„gehört zweifellos zu den hervorragendsten Zeugnissen des humanen Sozialismus im 20. Jahrhundert, es verkörpert eine wertvolle Tradition unverfälschten marxistischen Denkens und ist eine Quelle von demokratisch-sozialistischen Ideen unserer Zeit.“*[1]

Besondere Beachtung verdient die Edition „Fjodor Dostojewski: Tagebuch eines Schriftstellers. 1873 und 1876-1881. Eine Auswahl“, die von Michael Wegner 2003 im Aufbau-Verlag erstmals auf moderner textologischer Grundlage herausgegeben und mit einem Vorwort versehen wurde.

Mit der Wertschätzung dieses Lebensweges und seines wissenschaftlichen Ertrags verbinden wir den Glückwunsch zum 75. und die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlbefinden des Jubilars, für das Gelingen seiner weiteren Pläne und Vorhaben sowie alles Gute im Kreis der Familie, der Freunde und Kollegen!

Blick nach dem Osten. Studien zur russischen Kultur, Politik und Geschichte. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2005, S. 129-132.

1 Wegner, Michael: Georg Lukács. Der Kampf mit dem Drachen, Jena 2001, S. 9.

Was erinnern und wie gedenken?

Konservativ-nationalistische Geschichtspolitik soll Werte und Leitbilder der größer gewordenen Bundesrepublik neu ordnen

Die GRÜNEN im Europaparlament führten am 12. November 1990 – wenige Wochen nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik – in Bonn ein Hearing mit NS-Verfolgten durch. Die RednerInnen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Israel, Niederlande und Polen äußerten Befürchtungen und Ängste über einige Symptome und Tendenzen der staatlichen Einigung Deutschlands. Myriam Ohringer, Niederlande, die als jüdische Verfolgte in ihrer Heimat im Widerstand gewesen war und aktiv in der Anne-Frank-Stiftung sowie im Mauthausen- und im Sachsenhausen-Komitee mitarbeitete, berichtete, daß sie im April 1990 auf der Fahrt zur Befreiungsfeier in Sachsenhausen in Berlin einen neonazistischen Überfall erlebt hatte und fügte hinzu: „Dieses Ereignis fiel zusammen mit dem Bekanntwerden der Massengräber auf dem Gebiet des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen. Jetzt müssen wir feststellen, daß die Opfer des Stalinismus in den Vordergrund gerückt werden. Alles, was mit der Nazizeit und ihren Opfern zusammenhängt, wird so vom Tisch zu fegen versucht.“[1]

Im Sommer 1990 erhobene Forderungen, in die Präambel des Einigungsvertrages angesichts des Wiedererstehen eines größeren deutschen Staates eine Aussage aufzunehmen, die die aus der vergangenen NS-Barbarei dauerhaft erwachsenden Verpflichtungen bekräftigt, waren von der Bundesregierung und ihrer parlamentarischen Mehrheit abgewiesen worden. Andererseits setzten die gleichen Kräfte, die dies verhinderten, in ostdeutschen Verfassungen primär antikommunistisch motivierte Aussagen durch. Beispielsweise spricht die Präambel der Thüringer Verfassung vom 25. Oktober 1993 vom „Bewußtsein des kulturellen Reichtums und der Schönheit des Landes, seiner wechselvollen Geschichte, der leidvollen Erfahrungen mit überstandenen Diktaturen“.

Im November 1992 veranstalteten antifaschistische Verbände und Lagergemeinschaften einen Gedenkstättenkongreß in Braunschweig, der von der Vorsitzenden des Auschwitz-Komitees in der BRD, Esther Bejarano, eröffnet wurde. Der niedersächsische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jürgen Trittin, ging in seinen Ausführungen davon aus, daß „im Ausland sehr genau beobachtet wird, wie wir mit unserer eigenen Geschichte umgehen“. Auch die in Westdeutschland marginalisierte antifaschistische Tradition sei kritisch zu hinterfragen, jedoch: „Das ist etwas anderes, als sich leichtfertig in den Chor jener einzureihen, die nun lautstark bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Bewältigung der SED-Diktatur oder auch – in einem Atemzug – die Bewältigung der Geschichte unter den Diktaturen der SED und der NSDAP fordern.“ Solle das eine Kompensation für die Versäumnisse nach 1945 sein? Er fürchte, das sei eine zu optimistische Sicht: „Die vehemente Geschichtsaufarbeitung der SED-Zeit folgt den gleichen Einstellungsmustern, die zur Verdrängung der NS-Zeit führten“.[2] Heute wissen wir: Spätestens ab 1999 waren Führungsgruppen der GRÜNEN auf diese „Einstellungsmuster“ eingeschwenkt oder nahmen sie mindestens unkritisch hin.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) hatte bereits Ende 1991 in einem umfänglichen Leitartikel zur „doppelten Vergangenheit“ ihren Unwillen über die „Singularitätsthese“, also über Feststellungen zur Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen, geäußert; das Jahrhundert habe „eben nicht nur eine, sondern zwei Gewaltherrschaften hervorgebracht“. Wie der Vergleich ausfalle, sei jedenfalls offen.[3] Der Wunsch, die deutsche Geschichte zu entlasten, war unverkennbar und inspirierte weitere Bemühungen. Namen von Antifaschisten wurden in den neuen Ländern getilgt und Kampagnen zur Herabsetzung der Traditionen insbesondere des kommunistischen Widerstandes

---

1 Kein schöner Land – Offene Wunden von Anfang an. Restauration einer Großmacht mit Vergangenheit? Die deutsche Wiedervereinigung aus der Sicht von WiderstandskämpferInnen und Nazi-Opfern. Dokumentation eines Hearings der GRÜNEN IM EUROPAPARLAMENT. Hrsg. von Claudia Roth und Petra Hanf, Bonn o. J., S. 16. Unter den Autoren sind Esther Bejarano, Emil Carlebach und Alfred Hausser.

2 Dokumentation des Kongresses: „Zukunft der Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus“ vom 6.-8. November 1992, Braunschweig 1993, S. 6 f.

3 Konrad Adam: Blinde Flecke. Die doppelte Vergangenheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 31. Dezember 1991.

inszeniert. An diesen ausgewählten Zeugnissen sollte daran erinnert werden, daß ab 1990//91, frühzeitig und zielstrebig, politisch motiviert und unbeeindruckt von wesentlichen Einwänden und Argumenten ein revisionistisches Erinnerungs- und Gedenkkonzept verfolgt und seither bis zu einem gewissen Maße durchgesetzt wurde.

Die Übergabe der neugestalteten Neuen Wache in Berlin, Unter den Linden, als „Ort der Erinnerung und des Gedenkens an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" hatte im November 1993 den unbedingten Willen der vom Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden Kohl repräsentierten konservativen Kräfte demonstriert, die Täter und Nutznießer der faschistischen Barbarei im öffentlichen Raum weitgehend unkenntlich zu machen sowie die Fragen nach Schuld und Sühne zu verwischen. Der vielgestaltige und fundierte Widerspruch wurde weitgehend mißachtet: Als „Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland" erfüllt sie längst die ihr zugewiesene geschichtsideologische Funktion.[4] In Sachsen verhieß der Name „Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft" die Absicht, die Spezifik und die außergewöhnliche Dimension der NS-Verbrechen in einer allgemeinen Gewalt- und Verbrechensgeschichte aufgehen sowie als bleibende, besondere geschichts- und erinnerungspolitische Herausforderung verschwinden zu lassen.

Übrigens: Noch zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im Mai 1995 war die PDS die *einzige* Partei, die im Bundestag Anträge für Gedenktage zur Erinnerung an die Opfer und an die Befreiung eingebracht hatte: 27. Januar und 8. Mai. Inzwischen hatten sich auch der Zentralrat der Juden in Deutschland und weitere Gruppen und Persönlichkeiten hinter die Forderung nach einem solchen Gedenktag gestellt. Wenige Monate später dekretierte Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. In diesen Tagen erleben wir eine eindrucksvolle Bestätigung der damaligen Initiativen: Die UNO hat den 27. Januar zum internationalen Gedenktag zur Erinnerung an den Holocaust und alle Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Ein abfälliger Kommentar in der FAZ vom heutigen Tag erinnert in bezeichnender Weise an die gegensätzlichen Konzepte in der Erinnerungs- und Gedenkkultur dieses Landes.

Enquête-Kommissionen verordnen Geschichtsbilder

Den beiden Enquête-Kommissionen des 12. und 13. Bundestages zur „SED-Diktatur" war eine Schlüsselfunktion zugefallen, diese geschichtsideologischen Bemühungen zu bündeln und zu Schlußfolgerungen für künftiges offizielles Gedenken zu führen. Am 7. März 1994 fand in der Gedenkstätte Sachsenhausen eine Öffentliche Anhörung über die „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten" statt. Sie wurde vom Innenausschuß des Bundestages unter Beteiligung der ersten Enquête-Kommission zur DDR veranstaltet. Einleitend äußerte Günther Morsch, Leiter der Gedenkstätte, damit führe der Bundestag *erstmalig* eine parlamentarische Aussprache zu Gedenkstätten durch und höre dazu Experten an. Die unwidersprochen gebliebene Feststellung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als dies: Rund 45 Jahre lang hatten die wechselnden parlamentarischen Mehrheiten *keinerlei* Anlaß für eine solche Initiative gesehen – ebensowenig wie dafür, *vor* 1990 auch nur ein einziges Mal eine Enquête-Kommission zur Aufarbeitung von Vergangenem einzusetzen. Hätten nicht die Geschehnisse bis zum Frühjahr 1945 oder die frühe bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte dringliche und erhebliche Anlässe geboten? Offenbar gab es bei den tonangebenden Kräften im Lande daran weder ein politisches noch ein aufklärerisch-wissenschaftliches und humanistisches Interesse. Beredter als mit diesem jahrzehntelangen Schweigen lassen sich Herkunft und Grundlagen der Bundesrepublik kaum charakterisieren.

---

[4] Zur spektakulären Vorgeschichte der Kohlschen konservativen Gedenk- und Erinnerungskonzeption gehören die zielstrebig inszenierten Auftritte mit dem französischen Präsidenten F. Mitterand 1984 in Verdun und im Mai 1985 mit US-Präsident R. Reagan in Bitburg. In seinen soeben erscheinenden Erinnerungen 1982-1990 schildert er seine Motive von 1985 und die heutige Sicht auf die Auseinandersetzungen. Unverändert erscheinen dabei im Jahre 2005 Hitler als Haupttäter und die „Deutschen" als Opfer: „Wir wollten auf dem Friedhof in Bitburg der Kriegstoten gedenken – jener, die in dem von Hitler entfesselten Krieg in ganz Europa und darüber hinaus sterben mußten, und der Deutschen, die Hitler in diesen Krieg gezwungen hatte und die ihr Leben lassen mußten." (Zit. nach dem auszugsweisen Abdruck in: FAZ vom 27. Oktober 2005).

Vorbereitend waren für jene Anhörung Sachverständigen und Institutionen/Organisationen fünf Fragen zugesandt worden, deren vorrangige politische Zielorientierung bereits in der ersten unmißverständlich war (und in den folgenden unbeirrt fortgesetzt wurde): „Welche Rolle sollte im öffentlichen Bewußtsein und in der politischen Bildungsarbeit das Gedenken an Opfer des nationalsozialistischen Terrors sowie der stalinistischen und der SED-Gewalttaten spielen?“ Viertens wurde gefragt: „Wie sind Gedenkstätten zu gestalten, in denen an nationalsozialistischen Terror, an stalinistische Gewalttaten sowie an SED-Unrecht erinnert werden muß?“[5] Einige Adressaten konnten sich kritischer Erwiderungen auf das erkennbar fragwürdige Konzept nicht enthalten.

Die Wahl Sachsenhausens als Tagungsort – wie dann im Oktober 1996 Buchenwalds durch die zweite Enquête-Kommission – schien manchem Außenstehenden ein erfreuliches Symptom neuartiger antinazistischer Motivation zu sein. Eine solche optimistische Deutung ging an den eigentlichen Bestrebungen der Initiatoren vorbei und findet im tatsächlichen Verlauf der Veranstaltungen auch keine Bestätigung. Maßgeblich war das am Totalitarismus-Konzept orientierte Anliegen, an Stätten mit „doppelter Vergangenheit“ die DDR unablässig neben die NS-Diktatur zu stellen und maximal Gemeinsamkeiten oder weitreichende Analogien zu konstruieren und zu suggerieren. Dem diente auch die Sprachregelung, den Diktatur-Begriff bezüglich des vergangenen zweiten deutschen Staates zu verabsolutieren und als erwünschten Standardbegriff durchzusetzen. Eine bevorzugte Berücksichtigung fanden die ehemaligen Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht, obwohl die SED auf sie überhaupt keinen Einfluß hatte und sie zum Besatzungsregime in der Vorgeschichte der DDR gehörten. In Ermangelung solcher Lager in der DDR wurden jedoch die „Speziallager“ einbezogen, um die Parallelisierung mit den KZ in die Debatten, Anklagen und die Gestaltung der Gedenkorte einzubringen. Hier wurden Grundlagen für das künftige historisch-politische Selbstverständnis der größer gewordenen Bundesrepublik und deren langfristiges Konzept der Erinnerungs- und Gedenkpolitik gelegt.

Eine der neun Arbeitsgruppen der Enquête-Kommission 1995–1998 erarbeitete Vorschläge für die Gedenkpolitik. Sie fanden einschließlich der Sondervoten im Schlußbericht vom Juni 1998 in einem eigenen Abschnitt ihren Niederschlag: „VI. Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer“. Darin ist beispielsweise zu lesen, daß die Deutschen „mit der Erinnerung an zwei deutsche Diktaturen und ihre Opfer leben“ müssen und „die Aufarbeitung und Erinnerung an die beiden Diktaturen“ Teil des „demokratischen Selbstverständnisses im vereinten Deutschland“ sei: „Die Erinnerung an die beiden Diktaturen, die die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat verbunden hat, schärft das Bewußtsein für den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie. Dies, wie die notwendige Aufklärung über die Geschichte der beiden Diktaturen, ist der Kern des antitotalitären Konsenses und der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen.“[6]

In der Plenardebatte zum Schlußbericht der Enquête-Kommission am 17. Juni 1998 wurde von mir als Obmann der PDS unter drei hauptsächlichen Gründen, den Gesamtbericht abzulehnen, genannt: „Zweitens. Mitglieder der Kommission und manche Experten und Zeitzeugen trugen dazu bei, daß

---

5 Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Neun Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1995, Bd. IX: Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland, S. 225. In der von Gerhard Schoenberner als Leiter unterzeichneten Stellungnahme der Gedenkstätte der Wannsee-Konferenz hieß es beispielsweise zu der Fragestellung, daß sie „nach unserem Eindruck den komplexen Gegenstand und die Probleme, die er stellt, nicht voll erfaßt, sondern von vornherein unzulässig eingrenzt. Wir können nicht verhehlen, daß uns die Formulierung der Fragen ernstlich irritieren und zum Widerspruch herausfordern, denn sie verraten ein politisch bestimmtes und eingeschränktes Erkenntnisinteresse, durch das – wenn man sich streng an sie hält – die gewünschten Antworten bereits vorgegeben werden.“ (Ebenda, S. 437 f.). Detailliert wurden Aspekte und Erfahrungen beider Enquête-Kommissionen zum Problemkreis Antifaschismus/Antitotalitarismus dargestellt in: Ludwig Elm: Das verordnete Feindbild. Neue deutsche Geschichtsideologie und „antitotalitärer Konsens“, Köln 2001.

6 Materialien der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Acht Bände in 14 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1999, Bd. I, S. 587.

die tendenzielle Parallelisierung von DDR und nationalsozialistischem Verbrecherstaat heute in Politik, Medien, in Teilen von Bildung und Wissenschaft nahezu alltäglich und unwidersprochen stattfindet. Sie vergiftet das politische Klima, indem Feindbilder aus den kältesten Jahren des kalten Krieges wiederbelebt und übrigens – ob beabsichtigt oder fahrlässig – tendenziell die nazistische Eroberungs- und Ausrottungspolitik verharmlost werden."[7] Unter drittens wurde „die Verzerrung des Bildes der Zeitgeschichte seit 1945" genannt, die unzureichende und vorwiegend unkritische Einbeziehung der Geschichte der Bundesrepublik sowie die Tatsache, daß Vergleiche der Aufarbeitung von Vergangenem nach 1945 und nach 1989/90 „häufig hinsichtlich der Nachkriegsperiode oberflächlich und unscharf" bleiben: „Ich schließe mich der heute und hier bereits geäußerten kritischen Bewertung des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegsperiode ausdrücklich an."[8] Diese Sichtweise und ihre unveränderte Aktualität wurden kürzlich durch die Motivation und den Verlauf des Kongresses „Tabus der bundesdeutschen Geschichte" – vom 21. bis 23. Oktober 2005 in Hamburg – nachdrücklich bestätigt.

„Diktaturen"-Gleichnis verhöhnt viele Millionen NS-Opfer

Das Grundkonzept, zusammenfassend und gemeinsam an „zwei deutsche Diktaturen" zu erinnern und demzufolge der „Opfer der beiden Diktaturen" unablässig miteinander verbunden zu gedenken, signalisiert den fortgeschrittenen Stand der rechtsgerichteten geschichtspolitischen Konzeption einschließlich der Aufnahme in der Mehrheit der Medien und in der Bildung. Es bildet den Kern des modernen Geschichtsrevisionismus und ist entscheidendes Konstrukt, geschichtliche Sachverhalte einzuebnen und vermittels der entsprechenden Gedenk- und Erinnerungskultur nachhaltig die nazistischen Menschheitsverbrechen zu relativieren, ihre Quellen zu verdunkeln und ihren Täterkreis zu entlasten. Dieses rechtstotalitaristische Geschichtskonzept richtet sich gegen Geist und Buchstaben der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 1993 über die „ganz besondere geschichtliche Bedeutung" sowie den „europäischen und internationalen Schutz" des Gedenkens in den Stätten der NS-Konzentrationslager.

„Rot gleich braun, sonst gibt's kein Geld", so war etwas drastisch, jedoch im Kern nicht unzutreffend, ein Bericht über die Tagung des Bundes der Antifaschisten (BdA) „Antifaschistische Gedenkstätten zwischen Abwicklung und Neugestaltung" im Juni 1998 überschrieben.[9] Im November 1999 wandten sich der Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes (IVVdN) und der BdA in einer Erklärung zur Zukunft der Gedenkstätten erneut gegen Tendenzen einer Relativierung des faschistischen Terrors.

Die rot-grüne Bundesregierung übernahm unkritisch die von ihrer Vorgängerin überkommenen Vorstellungen. Sie unterrichtete den Bundestag im Sommer 1999 über die künftige Gedenkstättenförderung des Bundes. In den Eckpunkten ging sie von den Vorarbeiten der Enquête-Kommissionen und im ersten von acht Grundsätzen von der Aufgabe der „Pflege der Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur sowie das Gedenken an deren Opfer" in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland aus.[10] In der Geschichtspolitik sind seit Anfang der neunziger Jahre das Werden und Wachsen einer Großen Koalition unübersehbar. Sie ist auch in Personal und Politik der 1998 per Stiftungsgesetz errichteten Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erkennbar.

Diesen Kurs der Gedenkstätten- und Erinnerungspolitik will die CDU/CSU offensichtlich noch weiter verschärfen. Der Anfang November 2003 von ihrer Bundestagsfraktion eingebrachte – und dann vorübergehend zurückgestellte – Antrag „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktatu-

---

7 Ebenda, S. 827.

8 Ebenda.

9 Jana Frielinghaus: Rot gleich braun, sonst gibt's kein Geld. Die Totalitarismus-Doktrin hat die KZ-Gedenkstätten erreicht. Beratung in Berlin, in: junge Welt, 22. Juni 1998.

10 Deutscher Bundestag. 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1569 vom 27. Juli 1999: Unterrichtung durch die Bundesregierung: Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 3.

ren“ enthält den einleitenden Satz: „Zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinten Deutschlands gehört das Gedenken an die Opfer der beiden totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts: Nationalsozialismus und Kommunismus.“[11] Nunmehr ist bereits von „Diktaturgeschichte in Deutschland“ die Rede – als ob es sich um einen mehr oder weniger einheitlichen und damit auch in sich ziemlich homogenen historisch-politischen Vorgang handeln würde. Die Plenardebatte dazu hatte sinnigerweise am 30. Januar 2004 stattfinden sollen, was zusätzlich den Grad der antikommunistisch intendierten Abstumpfung illustriert hätte.

Zu diesem Zeitpunkt – Anfang 2004 – wurde die Öffentlichkeit durch den Eklat mit den vorläufigen Resultaten dieser Geschichtspolitik in Sachsen und den daraus erwachsenden Kontroversen konfrontiert. Der Zentralrat der Juden, die VVN-BdA, die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz sowie weitere Verbände und Gruppen von NS-Opfern traten nach längeren vergeblichen Bemühungen um eine für sie annehmbare Erinnerungskultur und Gedenkstättenpolitik in Sachsen aus den zuständigen Gremien aus. Sie wollten und konnten nicht weiter hinnehmen, daß vor allem mittels unablässiger Parallelisierungen mit der DDR die NS-Verbrechen dauerhaft verharmlost und nivelliert werden. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, hatte die Zumutungen sächsischer Unionspolitiker und die gravierenden Meinungsunterschiede unmißverständlich beim Namen genannt. Der einflußreiche rechtskonservative Flügel der CDU in diesem Bundesland wirbt im Herbst 2005 für ein schärferes nationalistisches Profil und signalisiert die tieferen ideologischen Ressentiments und Idole, aus denen auch rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen schöpfen.

Inzwischen gab es auch in Sachsen-Anhalt langwierige Auseinandersetzungen um die grundsätzliche und langfristige Weichenstellung in der Orientierung und Ausgestaltung von Gedenkstätten, die teilweise bis heute andauern. Exemplarisch sei erinnert an den Umgang mit dem ehemaligen KZ Lichtenburg und der ihm gewidmeten Ausstellung, an die Gestaltung der JVA „Roter Ochse“ in Halle sowie an die Gründung und widerspruchsvolle Wirksamkeit der Stiftung Saalecker Werkstätten.

Im Mai 2004 brachte die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag eine veränderte Fassung des oben genannten Antrags ein. Nunmehr wurde der Verweis auf das sächsische Vorbild gestrichen, einige stilistische Änderungen vorgenommen und eine Ergänzung eingefügt: „Das nationalsozialistische Regime hat mit dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden ein singuläres Verbrechen begangen, das immer ein spezielles Gedenken erfordern wird.“[12] Es ist eine äußerst minimierte Korrektur: Unverändert wurden weder die grundlegende menschheitsfeindliche Natur faschistischer Ideologie und Herrschaftspraxis benannt noch die unzähligen, in zahlreichen Ländern begangenen weiteren Verbrechen und deren Millionen Opfer auch nur der Erwähnung wert befunden.

Anfang 2004 erschien das Übersichtswerk „Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR“. Namens der auftraggebenden Institutionen beginnen Rainer Eppelmann, Thomas Krüger und Markus Meckel das Geleit mit den Worten: „Die Aufarbeitung beider Diktaturen des 20. Jahrhunderts ist Teil des demokratischen Selbstverständnisses im vereinten Deutschland.“ Noch mehr: „Aufklärung über die beiden Diktaturen, die Feindschaft gegen Demokratie und Rechtsstaat gemeinsam hatten, sind der Kern des demokratischen Konsenses sowie der Erinnerungskultur.“[13] Die – geringfügig variiert – wiederkehrenden Formeln dogmatisierter, konformistischer Geschichtsideologie verschließen sich einer offenen Diskussion, die wirklich pluralistisch und problemhaltig, auch auf internationaler Ebene, sein könnte. Im einleitenden Beitrag vertritt Bernd Faulenbach eine auf den Holocaust verengte Sicht auf die NS-Verbrechen, beschönigt die westdeutsche Nachkriegsgeschichte hinsichtlich des Umgangs mit der Nazi-Vergangenheit und behauptet demgegenüber in der nunmehr vorherrschenden, herabsetzenden Weise: „Im Geschichtsbewußtsein der DDR spielte der Holocaust keine herausragende Rolle.“ Wahrheitswidrig wird behauptet, dieser

---

11 Deutscher Bundestag. 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1874, 4.11.2003, S. 1.

12 Ebenda, Drucksache 15/3084, 4.5.2004, S. 1.

13 Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Hrsg. von Annette Kaminsky, bearbeitet von Ruth Gleinig, im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundeszentrale für politische Bildung, Leipzig 2004, S. 7. Im einzelnen wird in dem Band die zwiespältige Natur der forcierten und asymmetrischen bundes-deutscher Geschichtspolitik seit 1990 sichtbar.

sei erst in den achtziger Jahren aufgrund „spezifischer Interessen der SED-Führung“ zum Thema gemacht worden.[14]

Ein geradezu makaber anmutendes Beispiel aus zahllosen Fragwürdigkeiten und Verbiegungen, die mit dieser Veröffentlichung zur Gedenkpolitik in den neuen Ländern seit 1990 sichtbar werden, findet sich zum Ort Steinpleis in Sachsen: „Im hinteren Teil des Ortsfriedhofes befindet sich auf der linken Seite eine Grabstätte, in der zwei unbekannte, vermutlich jüdische Häftlinge ihre letzte Ruhestätte fanden. Die Opfer waren im Januar 1945 an der Eisenbahnlinie Leipzig-Hof aus einem Transportzug mit Häftlingen aus dem Konzentrationslager Auschwitz geworfen und tot aufgefunden worden. Die Inschrift auf dem Grabstein wurde nach 1990 erweitert und zugleich den Opfern des Stalinismus gewidmet. Sie lautet: ‚Zum Gedenken / an alle Opfer / des Faschismus / und Stalinismus.‘“[15] Soll das ein Weg sein, künftig in diesem Lande summarisch der „Opfer von zwei Diktaturen in Deutschland“ zu gedenken? Vielleicht soll auf solchen Wegen die extrem ungleiche – besser: unvergleichliche – Opferbilanz „beider deutscher Diktaturen“ unkenntlich gemacht und schließlich im Interesse eines antikommunistischen Weltbildes eingeebnet werden?

Der Verein „Gegen das Vergessen – Für Demokratie e. V.“ hatte im Juni 1999 in Buchenwald eine Tagung zur Gedenkstättenarbeit durchgeführt. Aus Berichten ging hervor, daß bereits dort von Ansätzen gesprochen worden war, daß in lokalen und regionalen NS- bzw. KZ-Gedenkstätten der alten Bundesländer auf die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft und deren Gedenkstätten hingewiesen werden solle.

In der Debatte des Bundestages vom 25. Juni 1999 zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas unterstützte Heinrich Fink den vorliegenden Entwurf Eisenman II. Damals ergriff auch ein Martin Hohmann das Wort: „Fast drei Generationen Bußzeit bis heute. Es sollten nicht sechs oder sieben werden.“ Die Wähler würden „nur hinter vorgehaltener Hand“ über das Mahnmal reden und es überwiegend ablehnen. „Nicht wenige empfinden das geplante Mahnmal als ein Kainsmal, als Ausdruck der Selbstächtung. Tut die Politik, tut die Medienöffentlichkeit gut daran, über diese schweigende Mehrheit hinwegzugehen?“[16] Das rechtsextremistische Ressentiment fand – einschließlich seiner antisemitischen Momente – den Beifall von Abgeordneten der CDU/CSU und hatte keinerlei Konsequenzen für die Kandidatur und Wiederwahl Hohmanns 2002.

Was verband die Affäre Hohmann mit den Wegen sächsischer Gedenkpolitik unter den CDU-Ministerpräsidenten Biedenkopf und Milbradt, die Anfang 2004 zu jenem Eklat führten? Es seien einige Aspekte genannt, die auch künftig auf die Auseinandersetzungen um die Erinnerungskultur einwirken und für unsere weiteren Verpflichtungen und Ziele wesentlich sind:

Die darin in beiden Fällen sichtbar gewordene Geschichtsideologie wurzelt in der breiten und diffusen Grauzone zwischen Konservatismus, Nationalismus, Nazismus und Rassismus, die unter einem heterogenen Spektrum der Bevölkerung und bis in eine Reihe von Parteien, Verbänden, Medien usw. wirkt. Um das nicht eingestehen zu müssen, werden auffällige Symptome und umstrittene Äußerungen als individuelle Entgleisungen, Zufälliges, Mißverständnisse und Kommunikationsdefizite bagatellisiert. Wir haben jedoch davon auszugehen, daß es sich um verbreitete und verhältnismäßig stabile Grundstimmungen in dieser Gesellschaft handelt. Die Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen 2004 haben das ebenso bestätigt wie einige bis heute ungeklärte Fälle der Unterstützung von Positionen der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag durch Abgeordnete aus mindestens einer anderen Partei. Angesichts der Zählebigkeit, der Breite und Tiefe dieser nationalistischen und antisemitischen Ressentiments sind die konservativen Kräfte unfähig und unwillig zu einer grundsätzlichen ideell-moralischen Klärung und weichen regelmäßig auf taktische und diplomatische Korrekturen, auf administrative Lösungen und die für sie – nicht zuletzt gegenüber dem Ausland – entscheidende äußere Imagepflege aus.

---

14 Bernd Faulenbach: Diktaturerfahrungen und demokratische Erinnerungskultur in Deutschland, in: Ebenda, S. 20 f.

15 Ebenda, S. 341.

16 Das Parlament, Nr. 28, 9. Juli 1999, S. 10.

Es war bezeichnend, daß der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, Gerhard Besier, die überfällige Kritik an der sächsischen Gedenkstättenpolitik „nicht nachvollziehen“ konnte sowie ein Hubertus Knabe, der sich als übereifriger, jedoch wissenschaftlich fragwürdiger Stasiakten-Deuter einen zweifelhaften Namen gemacht hat, Günter Nooke beim Unionsantrag zur Gedenkstättenpolitik gegen Kritiker beistand. Die seit 1990 in diesem Lande erneut dominierenden konservativen Spielarten der Totalitarismuskonzeption und ihre politische Instrumentalisierung bleiben die eigentlichen Quellen und Triebkräfte der fragwürdigen Orientierungen in der offiziellen Erinnerungskultur und Gedenkstättenpolitik. Sie erhalten Auftrieb durch die krisenhafte Entwicklung von Wirtschaft und Sozialsystemen sowie die äußere Macht- und Interventionspolitik. Die Preisgabe oder Aushöhlung traditioneller sozialdemokratischer, antifaschistischer und pazifistischer Positionen unter der rot-grünen Bundesregierung begünstigten und verstärkten diese Trends. Der noch unter dieser Regierung anläßlich des 50jährigen Bestehens der Bundeswehr im Oktober 2005 inszenierte Große Zapfenstreich ließ die Ungeister der Vergangenheit sowie die an Opfern und Folgen unwägbaren Wirkungen des modernen Militarismus in der Zukunft düster aufscheinen.

Europas Rechte will Vergangenes deuten und die Zukunft gewinnen

Inzwischen werden längst auch auf europäischer Ebene veränderte geschichtsideologische Tendenzen sichtbar. Die Erweiterung der EU vor allem aus dem jahrzehntelang zum sowjetischen Einflußbereich gehörenden Kreis baltischer sowie ost- und südosteuropäischer Länder bringt neue Erfahrungshorizonte und Sichtweisen in die internationalen Geschichtsdebatten ein. Das wurde auch im Umkreis des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus deutlich. In der Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur dieser Länder gehen restaurative Kräfte über die notwendige und legitime kritische Geschichtsaufarbeitung – beispielsweise der Stalin-Ära – hinaus und reetablieren konservative und rabiat antisozialistische Deutungen der Vergangenheit. Sie begegnen sich darin mit Bestrebungen der Rechten in den Gründungs- und Stammländern der EU und der NATO, insbesondere in der Bundesrepublik. Diese Tendenzen werden verstärkt durch die Einbeziehung rechtspopulistischer, teilweise direkt aus dem Erbe faschistischer Bewegungen erwachsener Parteien in Regierungskoalitionen wie in Italien oder Österreich. Im öffentlichen Geschichtsbewußtsein Spaniens wurde die grundsätzliche Aufarbeitung der Jahrzehnte der Franco-Diktatur noch nicht einmal ernstlich begonnen.

Die Europäische Volkspartei (EVP) verabschiedete auf ihrem 15. Kongreß in Brüssel am 5. Februar 2004 die Resolution „Verurteilung des totalitären Kommunismus“ und brachte sie in das Europaparlament ein. Darin werden ebenfalls „Nazismus und Kommunismus“ als „zwei gleich inhumane totalitäre Regime“ weitgehend gleichgesetzt. Die Hauptaussagen verraten die Handschrift der bundesdeutschen Rechten und Gleichgesinnter in anderen Ländern. Auch die von allen Fraktionen des Europäischen Parlaments – mit Ausnahme der Linksfraktion – am 12. Mai 2005 angenommene Entschließung zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges enthält Gleichsetzungen von Nazideutschland und der Sowjetunion, die den maßgeblichen und opferreichen Beitrag der UdSSR zur Befreiung schmälern. Die Veränderungen von 1989/90 als eigentliche Befreiung Europas darzustellen, setzt die menschheitsgeschichtliche Tragweite der Zäsur vom Mai 1945 herab.

Solche geschichtsideologische Bestrebungen auf internationaler Ebene zusammenzuführen und zu fördern, ist das erklärte Ziel der Ende der neunziger Jahre von der Thüringer CDU nach dem Muster des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden gegründeten Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung, die im November 2002 eine Reihe internationaler Symposien eröffnet hat. Im vergangenen Jahr wurde das Thema „Der Kommunismus im Museum“ mit Vertretern einschlägiger Museen und Gedenkstätten aus baltischen sowie ost- und südosteuropäischen Ländern behandelt. Das wiederum in Weimar am 21./22. Oktober 2005 durchgeführte 4. Internationale Symposium lautete: „Der Kommunismus in der deutschen Erinnerungskultur – Eine Zwischenbilanz in vergleichender Perspektive“. Auch dazu waren Referenten aus Budapest, Warschau und Moskau eingeladen. Aus diesem Anlaß bedauerte der Vorsitzende der Stiftung, Hans-Joachim Veen (CDU), daß die Auseinandersetzung mit NS-Diktatur und Holocaust die Aufarbeitung der DDR überlagere. Hauptanliegen und Schwerpunkte der Stiftung Ettersberg bestätigen die von Anbeginn begründete Vermutung, daß die antitotalitaristisch daherkommende Inszenierung entschei-

dend dazu dient, den Realsozialismus – und darunter insbesondere die DDR – unablässig und meist wissenschaftlich fragwürdig neben die NS-Diktatur zu stellen. Wiederum wird bedenkenlos in Kauf genommen, daß dies tendenziell und nachhaltig dazu beiträgt, die unvergleichlichen faschistischen Verbrechen zu relativieren.

Andererseits wurde im Thüringer Gesetz über die Errichtung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora vom 17. März 2003 im § 2, Stiftungszweck, „vergessen", die Erinnerung an den Widerstand sowie seine weitere Erforschung und Darstellung, sowohl im Lande als auch im KZ selbst, unter den vorrangigen Aufgaben zu nennen. Nicht vergessen wurde dagegen, daß „die Geschichte der politischen Instrumentalisierung zu Zeiten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik darzustellen" ist. Immer wieder überwältigt die antikommunistische Grundstimmung der Bundesrepublik die ohnehin unzulänglichen antinazistischen Bekundungen und Rituale der Mehrzahl ihrer politischen Wortführer und Repräsentanten.

Mit herausragenden Veranstaltungen auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene wurde ab Anfang 2005 der 60. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und der Befreiung vom Faschismus begangen. Die Auseinandersetzung ist weiterzuführen, warum in den offiziösen Sprachregelungen dieses Landes das Ereignis auf „Kriegsende" reduziert und die wesentliche gleichzeitige Bezugnahme auf die Zerschlagung des Faschismus, die Befreiung von ihm, eliminiert wurde. Das geschah auch in den Verlautbarungen der rot-grünen Regierung.

Jedoch: Die Befreiungstage der KZ und der 8. Mai 1945 werden überragende europäische und weltpolitische Daten und auch künftig Anlaß für Gedenken, Erinnerung und neue historisch-politische Erörterungen sein. Da immer weniger Zeitzeugen unter uns weilen und noch weniger von ihnen weiterhin geschichtliche Erfahrungen und Lehren weitergeben können, gewinnen Mahnmale, Gedenkstätten, Traditionspflege und überhaupt konkretes geschichtliches Wissen an Bedeutung. Darin sehen wir auch den Wert des vom Thüringer Verband VdN-BdA e. V. gemeinsam mit dem Studienkreis deutscher Widerstand, Frankfurt a. M., erarbeiteten Heimatgeschichtlichen Wegweisers zu 1933 bis 1945[17] sowie weiterer einschlägiger Veröffentlichungen. Ein entscheidendes Anliegen dieser Bemühungen sowie jeder weiteren öffentlichen Erörterung besteht darin, den nachwachsenden Generationen dieses Wissen und das daraus erwachsende Verantwortungsgefühl und Handeln für Menschenwürde, Demokratie und Frieden immer neu und nachhaltig zu vermitteln.

Überarbeitete Fassung des Referates *„Konservative Grundtendenzen in der Geschichts- und Erinnerungspolitik der Bundesrepublik, insbesondere in den neuen Bundesländern"*, vorgetragen in einer gemeinsamen Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. und des ELBE-SAALE-Bildungsvereines e. V. am 03.11.2005 in Naumburg.

[17] Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Bd. 8: Thüringen. Mit einem Vorwort von Frank Spieth, DGB-Landesvorsitzender Thüringen. Hrsg. vom Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten und dem Studienkreis deutscher Widerstand 1933–1945. Redaktion: Ursula Krause-Schmitt, Heinz Koch, Frankfurt a.M. 2003.

„... und ich beschloß, sie umbringen zu lassen“

Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 2006

> „Jetzt will man sie vollends vernichten, diese Frau, deren schmächtiger Körper eine so glühende, große Seele, einen so kühnen, glänzenden Geist trägt, und die vor der Geschichte der menschlichen Kultur ruhmvoll bestehen wird, wenn die 42-cm-Helden der militaristischen Barbarei in Verachtung oder Vergessenheit versinken.“
>
> *Karl Liebknecht**Fehler! Textmarke nicht definiert.**, Armierungssoldat und Untersuchungshäftling, am 17. Juli 1916 in einem Schreiben an das Königl. Gouvernementsgericht Berlin zur erneuten Verhaftung von Rosa Luxemburg*

Die hervorragenden Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die führenden Köpfe des Spartakusbundes und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wurden am 15. Januar 1919 in Berlin ermordet. Der Sohn Wilhelm Liebknechts, des Kampfgefährten von August Bebel, Karl Marx und Friedrich Engels, der Rechtsanwalt, der Reichstags- und preußische Landtagsabgeordnete, und die in Russisch-Polen verfolgte, zunächst in die Schweiz und dann nach Deutschland emigrierte revolutionäre marxistische Theoretikerin und Publizistin hatten das gemeinsame Geburtsjahr 1871. Sie vollendeten ihre kämpferischen Lebenswege am gleichen Tag, gefangen und wehrlos, durch das Verbrechen bewaffneter und verhetzter Täter in den Uniformen des Deutschen Reiches. Wir gedenken ihrer und vergegenwärtigen uns ihr Vermächtnis.

Erst nach dem Ausbruch des Weltkrieges und mit der Abkehr der Mehrheitssozialdemokratie von den Beschlüssen und Erklärungen der SPD und der II. Internationale gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, die buchstäblich bis zum Vorabend des Kriegsbeginns verkündet worden waren, rückten Liebknecht und Luxemburg enger zusammen. Bedingungsloser Antimilitarismus und großer persönlicher Mut gegenüber bisherigen Weggefährten wie gegen die herrschende Reaktion bildeten die Voraussetzungen dieses hohen Einsatzes. Begleitet von Gleichgesinnten wie Franz Mehring, Clara Zetkin und anderen wurden sie und zahlreiche Mitstreiter von der Militärdiktatur und deren, während der Kriegsjahre unter Wilhelm II. in breitester Front vereinten, politischen Stützen mit Haß, Verleumdungen, Anklagen, Prozessen und Haftstrafen verfolgt.

Ihre Verbundenheit zeitigte eindrucksvolle Zeugnisse der Solidarität. „Was ist mit Liebknecht?“ war ein illegales, von Rosa verfaßtes Flugblatt des Spartakusbundes vom Juni 1916 überschrieben, mit dem gegen das eingeleitete gerichtliche Verfahren und angestrebte Urteil mobilisiert werden sollte. Der „verhaßte Vorkämpfer des Sozialismus, der unbeugsame Verteidiger der Arbeiterklasse“ solle gemeuchelt und von der öffentlichen Bühne beseitigt werden: „Arbeiter! Liebknechts Sache ist eure Sache. In Liebknecht will man euch treffen, euch meucheln, euch zum Verstummen bringen. In Liebknecht soll die Auflehnung des deutschen Proletariats gegen das Verbrechen des Krieges niedergestampft werden. Werdet ihr das dulden? Nein und tausendmal nein!“

Bereits selbst inhaftiert, protestierte Liebknecht am 17. Juli 1916 dagegen, „daß am 10. Juli meine Freundin Rosa Luxemburg verhaftet“ wurde. Öffentliche Mitteilung darüber werde verhindert und die Schande verhehlt: „Diese Schergen der Freiheit, diese Henker der Wahrheit – das ist das ‚Deutsche Reich‘! Sie sind’s, die im Krieg nach dem Zepter der Welt greifen! Ein Sieg in ihren Händen wäre ein Verhängnis für das deutsche Volk, eine Heimsuchung für die Menschheit.“ Die Macht in Rosa Luxemburg werde die Kerkermauern sprengen und triumphieren.

Karl Liebknecht war als Verfasser der Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ unmittelbar nach ihrem Erscheinen im Frühjahr 1907 vom preußischen Kriegsminister beim Oberreichsanwalt angezeigt und des Hochverrats bezichtigt worden. Die Schrift wurde beschlagnahmt und gegen den Autor Anklage erhoben. Am 12. Oktober 1907 wurde Liebknecht vom Reichsgericht in Leipzig der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens für schuldig erklärt und zu Festungshaft von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, die er bis zum 1. Juni 1909 auf der Festung Glatz verbüßte. Er widerstand dem nationalistischen

und militaristischen Taumel in den Wochen und Monaten des Kriegsbeginns und stimmte am 2. Dezember 1914 im Reichstag als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Im Mai 1915 erschien sein berühmtes Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“.

Karl und Rosa 1905, 1911 und 1916 in Jena

Wir erinnern daran, daß Luxemburg und Liebknecht in ihrem unermüdlichen und selbstlosen politischen Wirken auch Spuren in der Geschichte Thüringens hinterlassen haben. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im September 1905 in Jena hielt Rosa zwei Reden: Über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften sowie über die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung. Die Auseinandersetzung mit ihren innerparteilichen Gegnern bildete – für sie höchst charakteristisch – ein durchgängiges Anliegen, das sie mit Angriffslust, Ironie und zwingenden, präzisen Argumentationen verfolgte. Wir sehen die russische Revolution, sagte sie, und wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten: „Heine hat das rote blutige Gespenst heraufbeschworen und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als – das war der Sinn seiner Worte – dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige, staatsmännische Heine, aber wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkauft sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für die eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer.“ Dabei gehe es augenblicklich nicht einmal darum, den Massenstreik, geschweige denn die Revolution zu proklamieren. Karl Liebknecht sprach in mehreren Diskussionsbeiträgen in Jena zu Gewerkschaften und Maifeier, zum Massenstreik, zur antimilitaristischen Propaganda und zur Klassenjustiz.

Auch an den Debatten eines weiteren sozialdemokratischen Parteitages in Jena vor dem Ersten Weltkrieg, vom 10. bis 16. September 1911, nahmen Karl und Rosa als entschiedene Vertreter des linken Flügels teil. Beide sprachen zur akuten Marokkokrise, den friedensbedrohenden Machtdemonstrationen der Reichsregierung (Kanonenboot nach Agadir) und den darin liegenden Gefahren verschärfter europäischer Spannungen. Rosa Luxemburg kritisierte die unzureichende Aktivität des Parteivorstandes in diesem außenpolitischen Konflikt, der sich in der Tat geschichtlich als ein Markstein auf dem Weg in den Weltkrieg erwiesen hat. Sie hatte auch Anlaß, persönliche Angriffe seitens des Vorstands und aus dem rechten Flügel der Partei abzuwehren. Karl Liebknecht ergriff außerdem das Wort zur Jugendarbeit sowie – als Begründung eines entsprechenden Antrags – zur zaristischen Gewaltpolitik gegen Finnland.

Liegt der hundertste Jahrestag des SPD-Parteitages von 1905 in Jena gerade wenige Monate zurück, so steht der neunzigste eines anderen denkwürdigen Datums in einem Vierteljahr bevor: Die Osterkonferenz vom 23. und 24. April 1916 in Jena, die Karl Liebknecht mit über fünfzig jungen Leuten der sozialistischen und antimilitaristischen Bewegungen aus dem ganzen Reich – darunter aus Erfurt, Gera, Gotha, Jena und Weimar – illegal zusammenführte. Karl Liebknecht war bereits Pfingsten 1911 Redner auf der Kundgebung des 2. Thüringer Arbeiterjugendtages in Ilmenau gewesen. In seinen Notariatsräumen in Berlin beriet er am 1. Januar 1916 mit einem kleinen Kreis gesinnungsverwandter Sozialdemokraten den weiteren Kampf gegen Krieg und Militarismus, der den Hauptinhalt des Treffens in Jena bildete.

Aus Thüringen hatte an der Beratung am Neujahrstag der Jugendfunktionär Curt Böhme aus Jena teilgenommen. Er erhielt von Liebknecht nach Abschluß der Jenaer Osterkonferenz – während der Rückkehr vom Spaziergang zum Jenzig am Ostermontag – das Manuskript für das Antikriegsflugblatt zum 1. Mai zur Herstellung und Verbreitung. Es wurde – wie bereits das Flugblatt Liebknechts vom Mai 1915 – unter strengster Geheimhaltung bei dem Sozialdemokraten August Gretscher in Jena-Ost (heutige Karl-Liebknecht-Str. 85) gedruckt, nach Berlin gebracht und dort verteilt. Böhme wurde noch im gleichen Jahr unter militärische Schutzhaft gestellt und von der sozialdemokratischen Parteiführung gemaßregelt. Der spätere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete (1924-1931) war 1944/45 wiederum Häftling, nunmehr im Polizeigefängnis Jena und im KZ Buchenwald; von 1948

bis 1956 wirkte Böhme als Oberbürgermeister von Gera. Weitere Konferenz-Teilnehmer verbüßten Haftstrafen, wurden Kriegsopfer oder gingen ebenfalls den Weg in den Widerstand gegen den Faschismus, der zu erneuter Verfolgung und Haft – im Fall von Georg Schumann bis zur Hinrichtung in Dresden am 11. Januar 1945 – führte.

Verlauf und Beschlüsse der Jenaer Osterkonferenz waren von den antimilitaristischen und internationalistischen Positionen der kämpferischen Linken in der europäischen Arbeiter- und Friedensbewegung geprägt. In der angenommenen Resolution hieß es: „Die deutsche Jugendkonferenz bekennt sich heute während des Weltkrieges mit besonderem Nachdruck zum Antimilitarismus im Sinne der Beschlüsse der internationalen Jugendkonferenzen von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910), Bern (1915). Heute, während des Weltkrieges, ist es die vornehmste Aufgabe auch der proletarischen Jugendbewegung, mit allen Kräften und Mitteln den Krieg zu bekämpfen und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Abschließend wurde appelliert, die bevorstehenden Maifeiern als Friedensdemonstrationen zu gestalten.

Das von Liebknecht verfaßte Flugblatt „Auf zur Maifeier!“ ging davon aus, daß der 1. Mai zum zweiten Mal „über dem Blutmeer der Massenmetzelei“ aufsteige und die sozialistische Internationale darniederliege. Es rief zum Widerstand gegen die Kriegspolitik, ihre Opfer und sozialen Folgen, auf und schloß mit dem Appell: „Fort mit den ruchlosen Verbrechen des Völkermordes! Nieder mit seinen verantwortlichen Machern, Hetzern und Nutznießern! Unsere Feinde sind nicht das französische, russische oder englische Volk, sondern das sind deutsche Junker, deutsche Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuß: die deutsche Regierung! Auf zum Kampfe gegen diese Todfeinde jeglicher Freiheit, zum Kampfe um alles, was das Wohl und die Zukunft der Arbeitersache, der Menschheit und der Kultur bedeutet!“ Das Flugblatt und Liebknechts Aufrufe gegen den Krieg und die Regierung am Abend des 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin führten zu Verhaftung, Prozeß und erneuter Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Haft, die er bis Oktober 1918 im Zuchthaus Luckau verbüßte, und die ausgefüllt waren mit dem Abfassen von Briefen, Eingaben, Mitteilungen und Artikeln.

Die Namen von Rosa und Karl haben auch deshalb ihre Strahlkraft behalten, weil unterschiedliche, ja gegensätzliche Traditionslinien vom damaligen Geschehen über die folgenden Jahrzehnte mit ihren Erschütterungen, Verbrechen und Opfern bis in die Gegenwart führen. Die Persönlichkeit Rosa Luxemburgs bildete in der Tat für die deutsche Rechte aller Schattierungen eine schwer erträgliche Herausforderung: jüdisch, marxistisch, „ausländisch“, wissenschaftlich gebildet, erfolgreiche Autorin und Rednerin. Sie erwies sich als dermaßen emanzipiert und couragiert, daß sie sich schon als junge Frau selbst durch die an Alter, Ämtern und Auszeichnungen überlegenen Männer nicht mehr autoritär und patriarchalisch beeindrucken und bevormunden ließ. Kaum ins Deutsche Reich gekommen, sah sie sich 1898 bereits als „jüdisches Frauenzimmer“ von den vordrängenden, organisierten und aggressiv auftretenden Antisemiten rassistisch attackiert.

Chancen und Glorifizierung eines Täters 1919 bis 1970

Die Kontinuitäten über die zurückliegenden 87 Jahre werden in diesem Land auch auf der Täterseite eklatant sichtbar. Waldemar Pabst, Hauptmann und Stabschef der Gardekavallerieschützendivision, Kommandeur des Tätertrupps im Eden-Hotel, Berlin, und Hauptverantwortlicher der Exzesse vom 15. Januar 1919, realisierte den Mordaufruf der Antibolschewistischen Liga vom Dezember 1918, in dem gegen Spartakus gehetzt und gefordert wurde: „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht!“ Pabst absolvierte nach jenen Morden eine antirepublikanische und rechtsextreme Karriere, die für größere Kreise mit vergleichbarer Herkunft, Prägung und Statusproblemen seit dem Ende von Krieg und Monarchie charakteristisch war. Es geht um eine soziale und politische Gruppe, die schließlich erheblich zum Aufkommen des Faschismus und zum Scheitern der Weimarer Republik beitrug. Pabst war 1920 führend am Kapp-Putsch beteiligt, agierte in und mit konterrevolutionären bis präfaschistischen Zusammenschlüssen wie Antibolschewistische Liga, Einwohnerwehren, Juniklub, Nationale Vereinigung, Nationalklub und Gesellschaft zum Studium des Faschismus (1931-1933). Vorsitzender der

Letzteren war übrigens Karl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der mit Pabst auch im Nationalklub verbunden war. An antidemokratischen Umtrieben in Tirol und Österreich beteiligt, pflegte der berufsmäßige Staatsterrorist Ende der zwanziger Jahre auch Verbindungen zum längst von ihm geschätzten italienischen Faschismus.

Nach 1945 konnte Pabst seine fürs bürgerliche Deutschland des vergangenen Jahrhunderts ziemlich normale Karriere als Geschäftsmann in Düsseldorf fortsetzen. In einem Interview mit dem neofaschistischen „Studenten-Anzeiger“ (München) vom 15. Januar 1962, äußerte er, den Mord an Liebknecht und Luxemburg bewußt geplant zu haben, und bekannte sich uneingeschränkt zu der Tat. Auf einer Versammlung der KPD habe er beide reden hören und den Eindruck gewonnen, daß sie die geistigen Führer der Revolution seien, „und ich beschloß, sie umbringen zu lassen.“ Das sei auch moralisch-theologisch vertretbar gewesen: „Entscheidend ist und war einzig und allein: Bestand die Notwendigkeit, die unter erheblichen Mühen gefangengenommenen führenden Kommunisten ... dasjenige Ende finden zu lassen, mit dem jeder Führer einer Revolution im Verlauf von Straßenkämpfen zu rechnen hat? Ich muß diese Notwendigkeit, und zwar im allerhöchsten Maße, für die damalige Situation bejahen.“ Hier wurde der faschistische Umgang mit politischen Gegnern und rassistisch Verfolgten, der schließlich in die Vernichtungsorgien zahlreicher KZ, sonstiger Haftanstalten und Tatorte sowie in unzählige Geisel- und Gefangenenmorde mündete, vorweggenommen. Tatsächlich führt in der deutschen Geschichte ein durchgehender blutroter Faden vom 15. Januar 1919 bis zum Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 sowie schließlich zum Ende der Barbarei am 8. Mai 1945.

Pabst hatte die dreiste Rechtfertigung des Mordes im antikommunistischen Klima der Bundesrepublik als für sich selbst ungefährlich angesehen, und er behielt darin recht. Sowohl vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als auch von Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul – im Auftrag der Witwe Sophie Liebknecht – waren Strafanzeigen gegen Pabst wegen der öffentlichen Billigung von Mord gestellt worden. Die Ermittlungen wurden ergebnislos eingestellt. Die zuständigen Juristen konnten sich durch einen dieses Verhalten billigenden Kommentar im regierungsoffiziellen Bulletin vom 8. Februar 1962 bestärkt und bestätigt sehen. Anläßlich des Ablebens des fast neunzigjährigen Pabst (29. Mai 1970) hieß es über ihn in einem in der „Welt“ veröffentlichten Nachruf: „Ein im Krieg und Frieden ganz besonders verdienter Offizier, ein begeisterter Soldat ging in Gottes ewigen Frieden ein nach einem kämpferischen Dasein, in dem er ohne Rücksicht auf Gunst oder Mißgunst den Weg ging, den er für sein Vaterland und für die freie Menschheit für richtig hielt.“

Der an der Humboldt-Universität wirkende Historiker Heinrich August Winkler erwähnte in einem im Jahr 2000 erschienen Abriß deutscher Geschichte vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis 1933 den Mord und die milden Haftstrafen für zwei Mittäter bei völliger Straflosigkeit der Hauptverantwortlichen, und fügte hinzu: „Die ermordeten kommunistischen Führer waren mitverantwortlich für das Blut, das während der Januarkämpfe vergossen wurde. Das galt vor allem für Karl Liebknecht, der wider alle Vernunft zum Sturz der Regierung aufgerufen hatte.“ Rosa Luxemburg habe die revolutionären Massen gepriesen, obwohl diese der „besseren Einsicht der sozialistischen Theoretikerin“ zuwidergehandelt hätten. Winkler äußert dieses Verdikt über revolutionäres Handeln um die Jahreswende 1918/19 in Kenntnis sowohl der Vorgeschichte der bürgerkriegsartigen Erschütterungen seit 1914 als auch der katastrophalen mittel- und langfristigen Wirkungen des damaligen Triumphs einer rachsüchtigen und mörderischen Gegenrevolution. Der staatstragende Historiker teilt den antikommunistischen Grundkonsens der Herrschenden und ihren Anspruch auf die Legitimität der Restauration und Kontinuität ihrer Besitzstände, Privilegien und Leitbilder.

Internationalismus und Menschlichkeit angesichts eines Genozids im frühen 20. Jahrhundert

An einem Thema der heutigen internationalen Geschichtsdiskussion sei exemplarisch illustriert, auf welches internationalistische und humanistische Erbe wir im Wirken von Karl und Rosa zurückgreifen können. Es geht um den Massenmord an der armenischen christlichen Minderheit in der Türkei während des Ersten Weltkrieges 1915/16 sowie dessen heutige Darstellung und Bewertung, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem vorzubereitenden, umstrittenen Beitritt der Türkei zur Europäischen

Union. Das damalige Verbrechen in dem mit dem Deutschen Reich verbündeten und wirtschaftlich wie militärisch eng verflochtenen Osmanischen Reich hatte eine jahrzehntelange Vorgeschichte in Gestalt von Pogromen, Massakern und Repressionen. Im Oktober 1896 schrieb Rosa Luxemburg auf Grund solcher Anlässe eine Artikelserie in der in Dresden erscheinenden Sächsischen Arbeiter-Zeitung zur Situation in der Türkei und zu deren inneren nationalen Konflikten. Sie kam zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratie prinzipiell immer auf Seiten der freiheitlichen Bestrebungen stehe: „Die christlichen Nationen, gegebenenfalls die Armenier, wollen sich von dem Joch der türkischen Herrschaft befreien, und die Sozialdemokratie muß sich rückhaltlos für ihre Sache erklären." Ihre fundierte und folgerichtige Position wurde von Wilhelm Liebknecht im Zentralorgan „Vorwärts" angegriffen, was Luxemburg zu einer Erwiderung und einer prinzipiellen Kritik an der Türkei-Politik sozialdemokratischer Führungskreise veranlaßte.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist es nicht uninteressant, am Beispiel dieses erheblichen historisch-politischen Themenkreises die Namenspatronin der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einem ihrer prominenten Zeitgenossen, dem Namensgeber einer anderen parteinahen Stiftung in der Bundesrepublik, zu vergleichen. Der Pfarrer, Publizist und Politiker Friedrich Naumann (1860-1919) war in jener Zeit Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins (1896-1903), gehörte danach den Führungsgremien freisinniger Parteien und in seinem letzten Lebensjahr dem Gründerkreis der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik an. Nicht zuletzt unter dem Einfluß des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, erhielt die FDP-nahe Stiftung seinen Namen. Naumann verfolgte das widersprüchliche Konzept einer sozialliberalen inneren und großmachtpolitischen äußeren Orientierung des Deutschen Reiches. Die Arbeiterschaft sollte auf diesem Wege gesellschaftlich integriert sowie als Träger der Monarchie und „nationaler" äußerer Macht- und Interessenpolitik formiert werden. Damit wollte Naumann als entschiedener Anhänger des deutschen Kaisertums und weltweiter deutscher Expansionspolitik den bestimmenden Einfluß der junkerlich-aristokratischen und rechtskonservativen Kreise auf Wilhelm II. und die Reichsregierung zurückdrängen. Bedingungslos stellte er sich hinter die koloniale Expansion, die Flotten- und Heeresrüstung und den Drang nach deutscher Weltgeltung. Nicht zufällig setzte sich das widerspruchsvolle Programm Naumanns in den späteren unterschiedlichen bis gegensätzlichen Wegen damaliger junger Schüler und Anhänger wie der Journalisten Theodor Heuss und Otto Nuschke fort.

Seinem strategischen Konzept folgend, unterstützte der politisierende und publizierende Pfarrer Naumann bedingungslos die Nahostpolitik des Kaisers sowie der Reichs- und Heeresleitung, die inzwischen längst zu einem Hauptweg der Militärbündnisse und der Expansion des deutschen Kapitals geworden war. Von ihnen übernahm er die Verharmlosung oder gar Rechtfertigung türkischer Repressionen und Pogrome gegen die christliche armenische Minderheit. Das löste unter seiner überwiegend protestantischen Anhängerschaft wiederholt empörten Widerspruch und scharfe Kontroversen aus. In der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Die Hilfe" vom 18. September 1898 wandte sich Naumann gegen solche kritischen Stimmen und plädierte dafür, die „alte preußische Politik der Türkenfreundschaft" fortzusetzen, um „beim Zerfall der Osmanenmacht unsere Hand im Spiel" zu haben. Er verstieg sich zu einer skrupellosen Rechtfertigung seiner eigenen Haltung mit den Worten: „Es handelt sich bei den Armeniern weniger darum, daß sie Christen sind, als daß sie Armenier sind." Es läge bei den Engländern, die Armenier zu vertreten. Während des Weltkrieges mündete das Wirken Naumanns in die berüchtigte Schrift „Mitteleuropa". Als publizistisch-propagandistischer Gehilfe des Reichsamtes des Innern, des Auswärtigen Amtes, der Obersten Heeresleitung und weiterer nationalistischer und militaristischer Institutionen und Verbände entwickelte er eine große Geschäftigkeit für die deutschen Waffen. Er ist mit seinen nationalistischen, monarchistischen und militaristischen Leitbildern und Bestrebungen durchaus repräsentativ für den Niedergang und selbst für tragikomische Irrwege des deutschen „Liberalismus".

Heinrich Vierbücher war als Dolmetscher und Übersetzer 1915 bis 1918 in der Türkei Augen- und Ohrenzeuge der Verbrechen an den Armeniern geworden. Als Aktivist in der gewerkschaftlichen und der Friedensbewegung in der Weimarer Republik sowie als Antifaschist veröffentlichte er nach Reden und Aufsätzen zu diesem Problemkreis 1930 die Schrift „Armenien 1915. Was die kaiserliche

Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken“, neu veröffentlicht 2004 im Donat Verlag, Bremen. Die an historisch-politischen Fakten, an Zeugen und eigenen Erfahrungen reiche und eindringliche Darstellung übte scharfe Kritik an der Politik von Kaiser und Reichsregierung sowie Deutscher Bank und Krupp als Nutznießern der nahöstlichen Expansionslinie des Deutschen Reiches. Vierbücher nannte Friedrich Naumann unter denjenigen, die „in Deutschland über das türkische Problem eine Meinungsfabrikation betrieben, die an Gefährlichkeit mit der Arbeit der Alldeutschen wetteiferte.“ Und: „Kein Wort der Verurteilung fand der Herr Pfarrer für den ihm zweifellos bekannten Armeniermord von 1915.“

Auf dem Höhepunkt des Verbrechens in der Türkei brachte Karl Liebknecht Anfang 1916 im Reichstag die Anfrage ein: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist? Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?“ Dem Reichskanzler sei bekannt, antwortete der Vertreter des Auswärtigen Amtes am 11. Januar 1916 im Reichstag, „daß die Pforte vor einiger Zeit, durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebietsteile des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen hat.“ Dazu fände „wegen gewisser Rückwirkungen dieser Maßnahme“ ein Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen statt.

Angesichts der völlig unbefriedigenden Entgegnung bat Liebknecht unter „Heiterkeit“ im Hause (! – L. E.) um das Wort zur Ergänzung und fragte: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Professor Lepsius geradezu von einer Ausrottung der türkischen Armenier gesprochen – (Glocke des Präsidenten. Redner versucht weiterzusprechen. – Rufe: ‚Ruhe! Ruhe!‘)“. Liebknecht wurde zu diesem Thema das Wort entzogen. Die Reichsregierung hatte die verlogene türkische Darstellung der Konflikte übernommen. Sie war nicht bereit, inmitten des Krieges einer verbündeten Macht gegenüber ernsthaft auf der Klärung dieser Fragen oder gar einer Initiative zugunsten der armenischen Minderheit zu bestehen. Rund ein Jahrhundert später nehmen es deutsche Bundesregierungen aus Staatsräson und wiederum unter Zurücksetzung humanitärer Erwartungen hin, daß türkische Politiker andauernde Verbrechen gegen die kurdische Bevölkerung leugnen oder mit Fälschungen zu rechtfertigen suchen.

Das Anliegen Liebknechts wurde von keinem weiteren Abgeordneten der sozialdemokratischen oder einer anderen Fraktion unterstützt. Das Deutsche Reich lud auch aufgrund der engen militärischen Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung endgültig eine erhebliche Mitschuld an den von Staats wegen organisierten Verbrechen an einer Minderheit auf sich, denen nach heutigen begründeten Schätzungen eine bis anderthalb Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Namen einzelner mutiger Helfer wie Pfarrer Johannes Lepsius (1858-1926) aus Halle und Karen Jeppe (1876-1935) aus Dänemark verdienen Erinnerung und Würdigung. Das gilt für die Politiker und Publizisten verschiedener Länder, die sich bei ihrem Engagement gegen Anfeindungen und Ausgrenzungen vom vorrangigen Maßstab elementarer Menschenrechte für Minderheiten und Schwächere leiten ließen. In dem von der Fraktion der CDU/CSU im Februar 2005 im Bundestag eingebrachten Antrag zum Gedenken an die armenischen Opfer (Drucksache 15/4933) wird die einzige kritische Intervention im Reichstag – die von Karl Liebknecht – ebensowenig erwähnt wie das historisch-politische und moralische Versagen der je eigenen Vorgängerparteien und deren politischer Repräsentanten. Das gilt auch für alle Reden der Fraktionen in der dazu am 21. April 2005 im Bundestag geführten Debatte. Bei Geschichtsdiskussionen im politischen Raum finden – entgegen oft vollmundiger Appelle an die Adresse politischer Gegner – Wahrheitsliebe und Objektivität immer wieder ihre parteipolitischen und ideologischen Grenzen.

* * *

Am Beginn des Jahres 2006 können wir feststellen, daß in den intensiven geschichtsideologischen Auseinandersetzungen seit Anfang der neunziger Jahre gegen einen massiven antikommunistischen

Druck Namen und Symbole der besten sozialdemokratischen, kommunistischen und antimilitaristischen Traditionen verteidigt werden konnten. In Erfurt, Gera, Jena, Suhl, Weimar und anderen Städten und Gemeinden Thüringens tragen weiterhin Straßen die Namen von August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin. Sehen wir unsere Aufgabe darin, diese wichtigen äußeren Zeichen unseres Erbes mit Inhalt, mit dem Wissen über das Wollen und Wirken jener Sozialisten und Kriegsgegner zu erfüllen und ihr ideell-politisches Vermächtnis in die heutigen Auseinandersetzungen einzubringen. Die parteinahe Stiftung der Linkspartei hat nun auch in Thüringen den Namen Rosa Luxemburgs angenommen. Damit wird ein hoher aufklärerischer und kultureller Anspruch bekundet, dem – wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen – auch in den eigenen Reihen keineswegs selbstverständlich oder gar im Selbstlauf, ohne nachdrückliches Bemühen, entsprochen werden kann. Mögen von Begegnungen wie der heutigen Anstöße für diese Anliegen ausgehen, ohne deren Verwirklichung auf Dauer die unverzichtbare geistig-kulturelle Dimension einer kapitalismuskritischen und sozialistischen Alternative weder behauptet noch erfolgreich verwirklicht werden kann.

Für den Druck bearbeitete Fassung einer Ansprache auf einer gemeinsamen Veranstaltung von DGB, Jungsozialisten, Linkspartei.PDS, SPD und WASG zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, 15. Januar 2006, Erfurt.

Angenehme Begegnung, kein Umdenken

Konrad Adenauer und die Kommunisten – eine schwierige Beziehung

Der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer (1876-1967) hatte vor einem halben Jahrhundert einiges mit dem Kommunismus auszutragen: Moskau-Besuch im September 1955, internationale Wirkungen des XX. Parteitags der KPdSU ab Februar 1956 und endlich das erstrebte Verbot der KPD durch Abschluss des bereits im November 1951 beim Bundesverfassungsgericht (BVG) eingeleiteten Verfahrens.

Der Standort und das Herangehen des Politikers wurzelten in seinem Werdegang seit dem Ersten Weltkrieg. Mit der Wahl zum Oberbürgermeister von Köln im Kriegsjahr 1917 hatte er die Treue zu Kaiser und Reich geschworen. In den Wirren nach Krieg und Revolution sah er die Bedrohung der Republik vorrangig seitens des Bolschewismus. Er wurde Präsident des Preußischen Staatsrats (und blieb es bis 1933) und gehörte zu den führenden Politikern der katholisch-konservativen Zentrumspartei. Wenigstens zwei Mal war er als Kandidat für die Reichskanzlerschaft im Gespräch. Adenauer hatte Sympathien für die Diktatur Mussolinis und respektierte später Franco, den er noch bei seiner letzten Auslandsreise im Februar 1967 aufsuchte. In der Schlussphase der Weimarer Republik hatte er wiederum die größere Gefahr von seiten der Linken gesehen. Er unterstützte die verhängnisvollen Fehlentscheidungen der Führung des Zentrums bei der Wahl von Hermann Göring zum Reichstagspräsidenten, bei Verhandlungen zur Einbeziehung der NSDAP in die preußische und die Reichsregierung sowie schließlich bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz für Hitler am 23. März 1933.

Wer war Adenauer?

Im März 1933 wurde Adenauer als Oberbürgermeister abgesetzt. Als katholischer Spitzenpolitiker und Repräsentant einer großen Partei der Republik war er Hetzkampagnen und Verfolgungen der lokalen und regionalen Naziorganisationen ausgesetzt. Nach dem Röhm-Putsch 1934 wurde er vorübergehend verhaftet und für unbestimmte Zeit aus dem Regierungsbezirk Köln ausgewiesen – „aufgrund der Communistenverordnung“, wie er in einem Brief dieser Zeit die Verordnung des Reichspräsidenten „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 nannte.

Adenauer lehnte Kontakte zum Widerstand oder gar dessen Unterstützung ab. Gelegentliche anerkennende Bemerkungen Hitlers über kommunalpolitische Leistungen des ehemaligen Kölner OB wirkten schützend. Doch bei der flächendeckenden Verhaftungswelle nach dem 20. Juli 1944 kam auch er nach zwei Hausdurchsuchungen in das Lager Messe Köln, einem Außenposten des KZ Buchenwald. Nach eigenem Zeugnis rettete ihn der seit Jahren inhaftierte Kommunist Eugen Zander, der als Lagerältester mit zwei Ärzten die Verlegung des ihm aus Köln bekannten, inzwischen 68-jährigen Politikers in ein Krankenhaus durchsetzte. Im Juli 1952 schrieb Adenauer an seinen Schwager Willi Suth, Oberstadtdirektor in Köln, Zander „hat seinerzeit als Kapo im Konzentrationslager Messe sehr viel Gutes getan. Ich glaube, daß er mir das Leben gerettet hat“.

Zander selbst kam noch nach Buchenwald. Gemeinsam mit seinem Kampf- und Leidensgenossen Ewald Bieg schrieb er von dort am 12. April 1945: „Aus dem K. L. Buchenwald senden Ihnen, werter Herr Dr. Adenauer, die besten Grüße und Wünsche für eine erfolgreiche und glückliche Zukunft in unserem vom Nazi-Terror befreiten Vaterland. Bald hoffen wir auch wieder in unserem geliebten Köln zu sein.“ Adenauer notierte dazu: „Grüße der Kommunistischen Lagerleitung Messe-Köln“. Der Biograf Hans-Peter Schwarz bemerkte zum Frühsommer 1945, dass die Haft „auch Adenauers Bild von den deutschen Kommunisten nicht unbeeinflusst gelassen „ habe. Und der Autor fragte: „Hat ihn die Begegnung mit Männern wie Zander nachdenklich gemacht?“ Die spätere Entwicklung offenbarte die Grenzen der Bereitschaft und Fähigkeit, umzudenken.

Als Vorsitzender der CDU der Britischen Zone tolerierte Adenauer aus zeitgeistigen Erwägungen deren kapitalismuskritisches Ahlener Programm von Februar 1947. Aus ähnlichen Motiven hatte er sich im Juni 1946 in einem Leserbrief an das erst seit wenigen Wochen erscheinende Neue Deutschland gegen den Vorwurf verteidigt, er würde in seinen Reden die Verantwortung des Großkapitals

für den Faschismus vernachlässigen. Der Militarismus habe den Nationalsozialismus ins Leben gerufen: „Das Großkapital ist zurzeit in Deutschland erledigt, der militaristische Gedanke aber noch keineswegs. Im übrigen habe ich in der Rede mit großer Entschiedenheit und Deutlichkeit gegen Großkapital, Trusts und Konzerne Stellung genommen."

Antikommunismus pur

Mit der restaurativen Wende von 1948/49 kehrte der militante Antikommunismus in seine ideologisch- politische Schlüsselrolle zurück. Hauptanliegen Adenauers im ersten Bundestagswahlkampf und bei der anschließenden Regierungsbildung war eine breite, bis nach rechtsaußen reichende bürgerliche Sammlung. Sie sollte ausschließen, dass SPD und KPD, die hauptsächlichen parteipolitischen Repräsentanten des Antifaschismus, Mehrheiten bilden oder überhaupt Einfluss gewinnen konnten.

Im ersten Deutschen Bundestag war Heinz Renner (KPD) der schlagfertige Kontrahent Adenauers. Beide kannten sich aus dem Rheinischen Provinziallandtag vor 1933. Im verbalen Schlagabtausch mischten sich politische Schärfe, Witz und letztlich auch Achtung des Gegners.

Beispielsweise in der Bundestagsdebatte über die westdeutsche Aufrüstung am 3. April 1952. Er glaube nicht an einen heißen Krieg, versicherte der Kanzler, weil die Westmächte und auch NATO-Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower, „wie sie in der feierlichsten Weise erklärt haben, einen solchen Krieg nicht wollen. (Abg. Renner: Alle Generäle schwören Frieden!) Ich bin weiter der Auffassung, dass auch nicht einmal die sowjetrussischen Generäle Krieg wollen, Herr Renner, (Abg. Renner: Das ist das einzige, was stimmt! – Große Heiterkeit) und zwar deswegen nicht, ... weil jetzt schon der Westen so stark ist, dass Sowjetrussland keinen Krieg vom Zaune brechen wird. (Unruhe links.) Es kommt ein Weiteres hinzu, was uns, glaube ich, berechtigt, mit Optimismus in die Zukunft zu sehen. Sowjetrussland hat große innere Aufgaben zu erfüllen, (Abg. Renner: Friedensaufgaben! – Zustimmung bei der KPD) Aufgaben, zu denen es Kapital und Menschen braucht. (Zuruf von der KPD: Gute Erkenntnis! – Abg. Rische: Da haben Sie mal endlich recht! – Gegenrufe von den Regierungsparteien.)" Der antifaschistische Widerstandskämpfer und Emigrant Renner, nach der Befreiung Oberbürgermeister von Essen, Landtagsabgeordneter und Minister in NRW, war in den folgenden Jahren auch den antikommunistischen Repressionen der Adenauerschen Politik ausgesetzt. Ihm wurden die Haftentschädigung verweigert, die Verfolgtenrente aberkannt und erfolgte Leistungen zurückgefordert.

Adenauer, unbeirrt in seiner Politik, veranlasste für ihn wenig später in der sozialen Notlage eine Hilfe. „Ich glaube, er kommt doch noch in den Himmel", bemerkte Renner daraufhin gegenüber einem Publizisten. Adenauer kondolierte beim Ableben 1964 mit den Worten: „Meine Begegnungen mit dem Menschen Heinz Renner habe ich nicht vergessen."

Bereits im September 1950 waren mit dem „Adenauer-Erlass" die KPD und weitere linke Organisationen offiziell diskriminiert worden; die Mitgliedschaft in ihnen sei mit den Verpflichtungen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes unvereinbar. Wenige Wochen nach Gründung des BVG 1951 beschloss die Bundesregierung den Antrag auf Verbot der KPD.

Der gleichzeitige Antrag auf Verbot der nazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) hatte wie zuvor die Aufnahme von zwei rechtsextremen Organisationen in die Liste des „Adenauer-Erlasses" eine Alibifunktion gegenüber dem Ausland. Dort wurde das Aufleben alt- und neonazistischer Umtriebe im Umfeld der westdeutschen Staatsgründung mit Besorgnis und Warnungen verfolgt.

Moskauer Gespräche

Die Gespräche in Moskau und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion im September 1955 hatte keine Auswirkungen auf die strikt antikommunistische, konfrontative Linie der Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung. Adenauer reagierte höchst skeptisch und eher beiläufig auf die Abrechnung des XX. Parteitages der KPdSU mit Stalin und den unter ihm begangenen Verbrechen. Das Protokoll seines turnusmäßigen Arbeitsgesprächs mit dem Bundespräsidenten

Theodor Heuss am 19. März 1956 hielt als Bemerkung des Kanzlers zu den „Russen“ fest: „Diese würden ihr ‚Theater‘ fortsetzen und stempelten nun Stalin als Mörder, um sich in der westlichen Welt als Demokraten einzuschmuggeln. Pineau und Mollet laufen sozusagen nach Moskau, und die Engländer bereiten sich auf einen herzlichen Empfang von Bulganin und Chruschtschow vor. All das kann nur auf Kosten Deutschlands gehen.“

Im regierungsamtlichen Bulletin war die Rede von einem großangelegten Versuch, „die Einheit der freien Welt aufzuweichen und zu erschüttern“. Hinsichtlich der Möglichkeiten der Wiedervereinigung sei die Lage unverändert und es könne mit dem „SED-Regime“ keine Verhandlungen geben. Das Bulletin veröffentlichte Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und Marxismus-Leninismus.

Die gesprächs- und verhandlungsfeindliche Linie wurde auch bei der Hochschul- und Wissenschaftspolitik, der Kulturpolitik und beim Austausch auf kommunaler Ebene fortgesetzt. Beispielsweise hatte der Kanzler im Juli 1954 die Minister- und Senatspräsidenten wissen lassen, dass gegen Auftritte des Moskauer Balletts in der Bundesrepublik „erhebliche politische Bedenken“ bestünden. Solche Bemühungen seien „Teil einer sowjetischen Kulturoffensive“, die die politischen Ziele der Sowjetunion fördern solle. Solchen „sowjetischen Täuschungsmanövern“ sei entgegenzutreten.

Am 20. Januar 1955 sprach der Kanzler mit dem Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Blocks/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), Theodor Oberländer, über „den geistigen Kampf gegen den Kommunismus“. Als Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte gehörte Oberländer neben Waldemar Kraft (GB/BHE) und Gerhard Schröder (CDU) seit 1953 zu den drei ehemaligen Mitgliedern der NSDAP in der Bundesregierung. Nunmehr waren die antibolschewistischen Erfahrungen des Teilnehmers am Hitlerputsch 1923, nazistischen Volkstumsexperten und Wehrmachtsoffiziers im Osteinsatz gefragt. Oberländer trat 1956 zur CDU über.

Verlauf und Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU bewirkten kein Umdenken hinsichtlich des angestrebten Verbotes der KPD, obwohl die Bedenken dagegen bis zum Präsidenten des BVG, Hermann Höpker-Aschoff (FDP), MdB 1949-1951, reichten. Der Bundesminister des Innern, Schröder, wies vor der Bundespressekonferenz am 23. April 1956 neue Stellungnahmen der KPD zurück: „Was ist von dem Versuch der KPD zu halten, die Moskauer Aufweichungsoffensive in den Karlsruher Gerichtssaal zu tragen?“ Beiden Parteien ginge es nur um „gewisse taktische Änderungen der kommunistischen Politik unter strenger Aufrechterhaltung ihrer Ziele und Prinzipien“. Nach Schröder trat auf der Pressekonferenz der ehemalige Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium (1933-1945), Hans Ritter von Lex, auf. Er – nunmehr Staatssekretär im Bundesinnenministerium – war der Beauftragte der Bundesregierung für den Prozess gegen die KPD. Und er bekräftigte die Vorwürfe gegen die KPD.

Verlauf und Ergebnis des KPD-Verbots erinnern an die Bemerkung von Karl Marx zum Kölner Kommunistenprozess von 1852, der die preußische Regierung warnte, mit „so infamen und zugleich so waghalsigen Mitteln gegen die Angeklagten ... ihren europäischen Ruf aufs Spiel gesetzt“ zu haben. Die Bundesrepublik befand sich jedenfalls damit in der Gesellschaft von Rechtsdiktaturen wie Portugal, Spanien und der Türkei. Die Forderungen, das bis heute fortgeltende Verbot aufzuheben und Wiedergutmachung zu leisten, ist aktuell und dringlich – auch für die künftige Rolle der Bundesrepublik in Europa und darüber hinaus.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. August 2006, S. 24.

Der Übergang zur Restauration nach 1945

Der 8. Mai 1945 ist nicht nur symbolträchtiges Datum der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, der totalen Niederlage Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten sowie der Befreiung vom Faschismus, sondern auch des politischen und ideell-moralischen Fiaskos des deutschen Konservatismus. Dazu kamen bald darauf dessen Verluste an geschichtlich-sozialer und territorialer Kernsubstanz durch die Oder-Neiße-Grenze, die Bodenreform und die Enteignung von Industrie- und Bankkapital in der SBZ sowie mit dem Ende von Junker- und Preußentum als staatstragender Faktoren zunächst in allen vier Besatzungszonen, dann in beiden deutschen Staaten.

Die Auswirkungen des nationalgeschichtlichen Debakels prägen den Nachkriegskonservatismus und seine Wirkungsbedingungen; sie sind bis in die Gegenwart wahrzunehmen. Der in der unmittelbaren Nachkriegsperiode in Westeuropa vorherrschende progressiv-sozialreformerische Zeitgeist verschärfte diese Ächtung. Thomas Mann hatte ihm Ende 1945 gegenüber deutschen Kriegsgefangenen in den USA mit Betrachtungen über die Widersprüchlichkeit „zwischen den Hauptelementen der Demokratie, Freiheit und Gleichheit, dem liberalen Prinzip also und dem sozialistischen", Ausdruck verliehen: „Die Wahrheit ist lebendig, i. e. dem Wechsel unterworfen, und das ist auch die Demokratie. Das Gleichgewicht, das zwischen Freiheit und Gleichheit zu halten ihr Problem, ihr schwieriges Kunststück ausmacht, ist labil, ist dem Wechsel unterworfen. Es gibt Verlagerungen des Schwerpunktes, – und wir alle fühlen, dass heute der Schwerpunkt der Demokratie sich von der Freiheit weg nach der Seite der Gleichheit, der ökonomischen Gerechtigkeit und der sozialen Disziplin verschoben hat." Die Gleichheit sei heute der Demokratie wichtiger als die Verschiedenheit. „Alle Probleme um die heute die Menschheit sich müht, die politischen, ökonomischen und kulturellen, lassen sich zurückführen auf das eine: ein neues, der Weltstunde angemessenes Gleichgewicht von Freiheit und Gleichheit zu finden; das Völker- und Staatenleben in einen Sozialismus überzuführen, der die Rechte des Individuums, den Wert des Ungleichen zu ehren weiß."[1] Damit wurde eine epochale Herausforderung, aber – unausgesprochen – auch das Dilemma der Konservativen in jener Zeit, in deutlicher Weise umschrieben ...

In allen vier Besatzungszonen Deutschlands übernahmen neben bürgerlichen Politikern und Sozialdemokraten im antifaschistischen Widerstand bewährte Kommunisten verantwortliche Positionen in Kommunen und Ländern. Für eine historisch kurze Frist von zwei bis drei Jahren dominierte ein antifaschistischer Konsens, der – von den Besatzungsmächten gefördert – den überkommenen Antikommunismus zeitweilig zurückdrängte und von häufig unbestimmten, ohnehin im einzelnen unterschiedlichen Erwartungen an gesellschaftspolitische Um- und Neugestaltungen gespeist wurde. Vielfach realisierte ein breites politisches Spektrum vor allem auf kommunaler und Länderebene antifaschistische Initiativen, Beschlüsse und Aktivitäten.

Die deutsche Rechte reorganisierte sich angesichts der Ausgangssituation vom Mai 1945, insbesondere des Fiaskos ihres extremistischen – nationalsozialistischen, nationalkonservativen und militaristischen – Flügels sowie in einer radikal veränderten zeitgeschichtlichen Situation und internationalen Kräftekonstellation. Das geschah anfänglich wesentlich in defensiver und verdeckter Weise. Unter den gegebenen Voraussetzungen kam jenen weniger diskreditierten Richtungen und Politikern der Rechten eine Sammlungs- und Leitfunktion zu, die von den Nazis vielfach selbst diskriminiert und verfolgt worden waren und deren Wirken in der Erinnerung der Zeitgenossen hauptsächlich mit der Weimarer Republik assoziiert wurde. Das wurde wie in der Politik und im öffentlichen Leben von vergleichbaren Rückbesinnungen sowie Anpassungsprozessen im Protestantismus und Katholizismus begleitet ...

Adenauer warb ab Sommer 1945 für die „Gründung einer neuen Partei, der Christlichen-Demokratischen Partei" sowie dafür, „den Namen Zentrum und seine Organisation zu Gunsten der neuen Partei aufzugeben ..." Leitend war für ihn ab 1945 das Motiv bürgerlich-antisozialistischer Sammlung, deren konfessionelle Firmierung – nunmehr das katholische und protestantische Lager umfassend – er

[1] Thomas Mann: Welt-Zivilisation, in: OST UND WEST, Berlin, H. 2, August 1947, S. 5 f.

zugleich als wünschenswert und erfolgversprechend ansah: „Ich und sehr viele mit mir würden es sehr bedauern, wenn gegenüber einer so starken Verbindung, wie sie die Sozial-Demokraten und Kommunisten darstellen, die Vertreter der christlichen Grundsätze sich in deren Parteien zersplittern und somit ihre Bedeutung und ihren Einfluss selbst mindern würden ...“[2]

Adenauer kam verschiedentlich nicht umhin, dem kapitalismuskritischen Zeitgeist der unmittelbaren Nachkriegsperiode Rechnung zu tragen. Ein aufschlussreiches Zeugnis ist ein Leserbrief an das Neue Deutschland im Juni 1946. Die Zeitung der erst wenige Wochen zuvor gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hatte Ausführungen des Vorsitzenden der CDU der britischen Zone kritisiert, da sie die Verantwortung des deutschen Großkapitals für Aufkommen und Herrschaft des deutschen Faschismus verdrängen würden. Adenauer schrieb zu seiner Rechtfertigung, er habe „erklärt, dass der Militarismus den Nationalsozialismus ins Leben gerufen habe, und dass die Wirtschaft ihn erst unterstützt habe, als er gewissermaßen die Approbation des Militarismus, insbesondere der Reichswehr, gefunden habe. Das Großkapital ist zur Zeit in Deutschland erledigt, der militaristische Gedanke aber noch keineswegs. Im übrigen habe ich in der Rede mit großer Entschiedenheit und Deutlichkeit gegen Großkapital, Trusts und Konzerne Stellung genommen ...“[3]

In persönlichen Äußerungen Adenauers nach 1945 finden sich in auffälligem Unterschied zu seinen offiziellen Reden durchaus zutreffende Einsichten und Schuldzuweisungen bezüglich der jüngsten deutschen Geschichte sowie Aussagen zu Charakter und Dimension der Verbrechen ...

Herausgefordert von „zahlreichen Beschimpfungen“ in einem Brief von Pia Gräfin Fürstenberg-Herdringen vom 9. Oktober 1946 anlässlich kritischer Äußerungen Adenauers zu Franz von Papen schloss er seine Entgegnung mit den Worten ab: „Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, wie tief empört ich – der ich den Wert der Tradition kenne und schätze – über die Haltung des größten Teiles Ihrer Standesgenossen während der nationalsozialistischen Zeit bin; sie sind unter Verleugnung ihrer Tradition aus einer völlig unbegründeten Abneigung gegen eine wirkliche Demokratie einem verbrecherischen Abenteurer nachgelaufen und haben dadurch vor Gott eine schwere Schuld auf sich geladen.“[4] Im Lichte solcher Aussagen vergrößert sich der Widerspruch zwischen persönlichem Wissen und Erkennen auf der einen und dem späteren öffentlichen Auftreten und politischen Handeln des ersten langjährigen CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlers auf der anderen Seite: Bei der Verdrängung der NS-Vergangenheit, in seiner nahezu grenzenlosen Nachsicht gegenüber nazistischen Tätern unterhalb der engsten Führungsgruppe um Hitler sowie seiner entscheidenden persönlichen Verantwortung für weitreichende personelle Kontinuitäten in den Machtzentren und in leitenden Positionen aller gesellschaftlichen Bereiche über die Zäsur von 1945 hinweg, für ausgebliebene oder erheblich verzögerte Ermittlung, Sühne und Aufarbeitung von Verbrechen, für schwerwiegende Defizite bei der Anerkennung des Widerstandes und von Opfergruppen sowie bei der Rehabilitierung und Wiedergutmachung von NS-Verfolgten im In- und Ausland ...

Im Umgang mit dem Ahlener Programm trug Adenauer als Vorsitzender der CDU der britischen Zone den zunächst vorherrschenden, entschieden sozialreformerischen, kapitalismuskritischen bis sozialistischen Vorstellungen in der eigenen Partei und Wählerschaft taktisch Rechnung, indem er auf offene Konfrontationen verzichtete und diesen Vorstellungen schließlich auf kaltem Wege und mit der zielstrebigen Durchsetzung des von ihm verfochtenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzepts die Grundlagen entzog. Bruno Heck (CDU) erinnerte später einmal daran, dass Adenauer das kapitalismuskritische und auf entschiedenen gesellschaftspolitischen Neubeginn orientierte Programm vor allem für die Auseinandersetzung mit der SPD nützlich fand; es sollte besonders für die politische Agitation in der Öffentlichkeit genutzt werden.

Die bedingungslose Weigerung, die von Andreas Hermes und Jakob Kaiser in Berlin konstituierte „Reichsleitung der CDU“ als überregionales Führungsgremium anzuerkennen, bildete einen frühen

---

2 21. August 1945: An Oberbürgermeister Karl Scharnagel, München, im Adenauer: Briefe 1945-1947. Bearbeitet von Karl Mensing, Berlin 1983.

3 Neues Deutschland, 14. Juni 1946.

4 22. Oktober 1946: An Pia Gräfin Fürstenberg-Herdringen, in: Ebenda, S. 351.

Bestandteil von Adenauers ambitionierten Plänen einer unbedingten Westbindung und großbürgerlichen Interessenvertretung, die in seinem machtpolitischen Instinkt wurzelte. Er vermochte sie bald schrittweise und keineswegs geradlinig, aber zielsicher durchzusetzen. Auf diesem Weg wurde ab 1948/49 der Bruch der CDU- Führung mit Vorstellungen des christlichen Sozialismus vollzogen, die u. a. an Traditionen der christlichen Gewerkschaften, der Christlich-Sozialen Reichspartei (1920-1933) und selbst der radikaleren Vorstellungen der religiösen Sozialisten um Erwin Eckert und Emil Fuchs angeknüpft und in der unmittelbaren Nachkriegsphase vorübergehend – vor allem durch Jakob Kaiser und die Sozialausschüsse repräsentiert – Auftrieb erhalten hatten ...

Im geistig-kulturellen Bereich verdichteten sich die Anzeichen dafür, dass in den Westzonen im Vorfeld der westdeutschen Staatsgründung die Konservativen eine ernstzunehmende historisch-politische Selbstkritik nicht für notwendig hielten. Mit dem Übergang zur Restauration konnten sie sich ihr ohnehin auf weite Sicht entziehen ...

Aus der restaurativen Grundorientierung konservativer Kräfte erwuchsen zwangsläufig die rasch wirksamer werdenden Bemühungen, die Entnazifizierung auszuhöhlen und zu beenden. Das gleichzeitige Konzept unbedingter Westbindung – so war bald erkennbar – war nur um den Preis einer zumindest vorläufigen Spaltung Deutschlands zu realisieren. Die Bildung der Bi- und Trizone ab Anfang 1947, das Scheitern des Versuchs einer gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 in München und die Übergabe der Frankfurter Dokumente zur Bildung eines westdeutschen Staates, die am 1. Juli 1948 seitens der Militärgouverneure der Westzonen an die Ministerpräsidenten ihrer Länder erfolgte, leiteten unwiderrufliche Grundprozesse für die folgenden Jahrzehnte ein. Die Ministerpräsidenten beriefen einen Verfassungskonvent, der im August 1948 in Herrenchiemsee einen Verfassungsentwurf erarbeitete. Es war ein Signal hinsichtlich des Charakters der nun eröffneten Entwicklungen, dass diesem Gremium bereits überwiegend Juristen und Rechtswissenschaftler angehörten, die im Dritten Reich konform mit der Diktatur gewirkt hatten. Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat in Bonn zusammen. Seine 65 Mitglieder erarbeiteten unter der Präsidentschaft Konrad Adenauers das Grundgesetz, das am 8. Mai 1949 mehrheitlich (53:12) angenommen und am 23. Mai verkündet wurde sowie am folgenden Tag in Kraft trat ...

Die gesellschaftlichen, politischen und geistig-kulturellen Prozesse in den Westzonen waren ab 1947/48 in ihren vorherrschenden Inhalten und Richtungen zunehmend restaurativ und konservativ geworden. Der zuvor ab Frühsommer 1945 vorherrschende Zeitgeist eines unumgänglichen radikalen, nicht nur politischen, sondern auch gesellschaftlichen Neubeginns verlor seinen bestimmenden Einfluss. Die von ihm zeitweilig überlagerten und verdrängten Differenzierungen der sozioökonomischen und politischen Herkünfte, der Interessen sowie näheren und ferneren Ziele, traten wieder stärker hervor. Die ursprünglich auf breitesten, schichten- und ideologienübergreifenden Konsens angelegten Zusammenschlüsse – Einheit der Arbeiterparteien, der Gewerkschaftsbewegung oder der mit christlichem Anspruch wirkenden politischen Organisationen – hatten zwar im DGB und in den Unionsparteien dauerhaft Gestalt angenommen. Diese Strukturen vermochten jedoch nicht mehr zu verhindern, dass zunehmend wiederum nach innen und außen ausgegrenzt oder abgespalten wurde sowie programmatische und konzeptionelle Einengungen und Verhärtungen stattfanden.

Die Neuformierung und die beginnende Tätigkeit der Parteien und Verbände, Organisationen und Institutionen verstärkten dies. Darauf wirkten die Modifizierungen des andauernden Besatzungsregime, die durch Wahlen und Mitwirkung von Parteien vollzogene Neukonstituierung sowie die Übernahme von Mit- und Eigenverantwortung in Kommunen, Ländern und Verwaltungen auf Zonenbasis ein. Die spontane, bewusst anerkannte oder kalkulierend hingenommene Autorität von Antifaschisten aus allen politischen und konfessionellen Richtungen wurde mit den verstärkt hervortretenden sozialen, politischen und geistig-kulturellen Unterschieden relativiert und nachhaltig zurückgedrängt. Traditionelle programmatische, politische und kulturelle Besonderheiten meldeten sich verstärkt zurück, als es darum ging, die eigene Identität zu schärfen und sich gegenüber politischen Rivalen und Gegnern zu behaupten und bestmöglich zur Geltung zu bringen. Das waren die zwangsläufigen gesellschaftspolitischen Tendenzen und Erscheinungsformen der Wende zur Restauration, also des aus inneren und äußeren Ursachen ausbleibenden Übergangs zu grundlegenden ökonomischen, sozialen

und kulturellen Erneuerungen und Umgestaltungen sowie der zeitgemäß erneuerten Wiederherstellung der Grundlagen und hauptsächlichen Strukturen der deutschen bürgerlichen Gesellschaft.

Die Entstehungsbedingungen und Grundtendenzen der sich 1948/49 konstituierenden Bundesrepublik verstärkten und verfestigten dies. Entwürfe für Sozialisierungen, Bodenreform, Reform der Justiz und des öffentlichen Dienstes, Neugestaltung des Bildungswesens und weitere, in Widerstand und Emigration überwiegend als selbstverständlich erstrebten, ursprünglich auch noch nach der Befreiung von weiten Bevölkerungskreisen erwarteten grundlegenden gesellschaftlichen Erneuerungen, blieben auf der Strecke.

Selbst der Großgrundbesitz feudalen Ursprungs und die in Jahrhunderten der Leibeigenschaft, der Frondienste, feudaler Kriege und unbeschränkter aristokratisch-gutsherrlicher Willkür sowie die durch Aufrüstung, Kriege, Zwangsarbeit, Arisierung und nazistische Massenbeeinflussung oder gar durch Dotationen Hitlers erworbenen und gewachsenen Besitz- und Reichtümer von Konzernen, Unternehmen, Banken, Versicherungen, Verlagen und Familien blieben schließlich im wesentlichen unangetastet. Das galt – wie sich bald erweisen sollte – ebenso für großbürgerlich-aristokratische Macht- und Sozialstrukturen und Moralnormen oder militaristische und monarchistische Nostalgien als mächtige, manifeste wie latente, konservativ-antidemokratische Potentiale des offiziösen Verständnisses von freiheitlich-demokratischer Ordnung und Rechtsstaatlichkeit. Alle diese Komponenten und Tendenzen gingen in die Verfassungswirklichkeit ein ...

Ein seiner völkisch-rassistischen und offen gewalttätigen Auswüchse und Erscheinungsformen entkleideter Nationalismus und Antikommunismus wurden – ergänzt von weiteren zeit- und situationsbedingten Modifikationen – in ihrer konservativen und fortschrittsfeindlichen Substanz kaum verändert. Kennzeichen des „restaurativen Charakters der Epoche“ (Walter Dirks) waren, Helga Grebing zufolge, „das Wiederanknüpfen aller politischen Kräfte an die Zeit vor Hitler und der Versuch der Wiederherstellung der aus dieser Zeit stammenden Positionen, Rechte und Besitzstände“. Das habe auch die Bemühungen begünstigt, konservative Haltungen vor Hitler zu rekonstruieren, umsomehr, da „alsbald der Antikommunismus die Reflexion über die Grundlagen einer postfaschistischen deutschen Demokratie ersetzte ...“[5]

Die Zäsur nach 1945 erwies sich schließlich gegen Ende der unmittelbaren Nachkriegsperiode als offensichtlich halbherzig und unzureichend. Die zeitweilig durchaus entschiedenen Eingriffe der Besatzungsmächte und deutscher antifaschistischer Kräfte hatten nicht vermocht, dauerhafte und nachhaltige gesamtgesellschaftliche Wandlungen herbeizuführen. Dazu hätte es des Zusammenschlusses und des vereinten Handelns der daran interessierten und hinter solchen Bestrebungen stehenden, inneren Kräfte bedurft ... Die Handlungsspielräume der Nutznießer der Restauration erweiterten sich, als die Entnazifizierung endete und einige ihrer konstruktiven Resultate aufgehoben wurden oder versandeten, und sie nahmen zu mit der jahrelangen Einstellung systematischer staatlicher Ermittlungen zu NS-Verbrechen und dem Verzicht auf deren Sühne, mit der jeweils frühestmöglichen und extensiv ausgelegten Amnestie und Straffreiheit ab Dezember 1949 sowie schließlich mittels der Gesetzgebung zu Art. 131 GG ab 1951 ...

Die innerdeutschen und außenpolitischen Konstellationen und das primär antikommunistische Totalitarismuskonzept begünstigten nachhaltig diese Bestrebungen. Bildung, Medien sowie politik- und geschichtswissenschaftliche Literatur der beginnenden Adenauer-Ära wurden von rechtsgerichteten Spielarten des Totalitarismuskonzepts dominiert. In den ersten Jahren seines Erscheinens ab 1951 griff selbst das regierungsamtliche Bulletin mit gezeichneten oder redaktionellen, scharf antikommunistischen Propagandaartikeln direkt und massiv in die Steuerung der Medien und die gewünschte Massenbeeinflussung ein. Der beginnende Kalte Krieg sowie der im Juni 1950 in Korea ausbrechende heiße Krieg sowie weitere Kolonial- und Interventionskriege bildeten förderliche äußere Bedingungen dieser zynischen Geschichtsvergessenheit ...

---

5 Helga Grebing: Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945, Frankfurt a. M. 1971, S. 16.

Die zunächst in ihren Chancen und Perspektiven verunsicherte und bedrohte Rechte wurde bald mit ihren sozialen Milieus – den Mehrheiten des Besitz- und Bildungsbürgertums, der höheren Beamtenschaft und Justiz, der Offizierskreise und Aristokratie sowie des Klerus – der eigentliche Nutznießer sowie zunehmend wesentlicher Akteur der Restauration in der frühen Bundesrepublik.

Adenauer war ihr Mann. Er habe unter den Nazis gelitten und sei ohne Sympathien für sie, resümierte Sebastian Haffner 1958: „Doch ‚stets ein Mann der Rechten' und (was für ihn spricht) keineswegs verbittert durch seine subjektiven Erfahrungen, hat er die Masse der Nazis eigentlich immer als irregeleitete Kinder und nicht als gefährliche Verbrecher angesehen und sich mit unnachsichtiger Strenge nur gegen die Kommunisten gewandt." Während er Wiedergutmachung an Israel und „Entschädigung einzelner Naziopfer" durchsetzte, „hat er andererseits nichts dafür getan, frühere Nazis aus Regierungsstellen oder dem öffentlichen Leben im allgemeinen zu entfernen ..."[6]

Die Nachkriegskarriere Adenauers erwuchs aus der von ihm erstrebten, weithin durch ihn geprägten und schließlich auch repräsentierten gesellschaftspolitischen Restauration im Prozess der Gründung der Bundesrepublik sowie in deren Frühgeschichte, also der „Adenauerschen Kanzlerdemokratie" oder „Adenauer-Ära". Sie gründete sich unter den damaligen Zeitumständen auf seinen Lebensweg als katholischer Nazigegner und zeitweilig von der NSDAP Verfolgtem, aber gleichzeitig und vor allem auf seine Reputation als zuverlässiger Mann der konservativen Grundströmung der deutschen Rechten seit dem Ersten Weltkrieg und als ausgewiesener Interessenvertreter der ihm nahe stehenden, vor, während und nach der NS-Diktatur wirtschaftlich mächtigen und letztlich politisch tonangebenden Schichten, Gruppen und Persönlichkeiten.

Einflussreichster parteipolitischer Repräsentant des der Restauration immanenten, teils latenten, teils manifesten Konservatismus wurde von Anbeginn die CDU/CSU. Sie besaß sozial, politisch und geistig-kulturell in den besitzenden Schichten ihre entscheidende Stütze sowie in christlichen, insbesondere katholischen Regionen und Schichten, hauptsächliche Wählerpotentiale. Sie vor allem verkörpert im politischen System die Herkünfte, die sozioökonomischen Grundlagen und die fundamentale Interessenlage der deutschen bürgerlichen Gesellschaft nach Hitler.

Die programmatischen Düsseldorfer Leitsätze der CDU vom Juni 1949, der Erfolg in der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 und die daraus hervorgehende Mitte-Rechts-Regierung unter Adenauer wurden zum Dreh- und Angelpunkt der restaurativen Wende. Dieser Ausgangspunkt prägte den gesellschaftspolitisch konservativen Grundcharakter der Bundesrepublik und Haupttendenzen ihrer weiteren Entwicklung ...

Frühzeitig vertrat Adenauer entschieden rechtsgerichtete Versionen des Radikalismus- bzw. Extremismuskonzepts. Die antitotalitäre Attitüde erschien geeignet, sich verbal vom Nazismus abzugrenzen, nicht zuletzt das Ausland vom vorrangigen Blick auf die jüngste Geschichte und andauernde nazistische Umtriebe abzulenken sowie innenpolitisch die Linke als Hauptfeind zu bestimmen ...

Vor allem in der Gründung der Union und ihrer Politik einschließlich der politischen Instrumentalisierung der christlichen Konfessionen, der Europa- und Abendlandideologien, sowie in der sozialstaatlichen Ausgestaltung der sozioökonomischen Kontinuität, verbargen sich die verdeckte und zeitgemäß angepasste Fortsetzung des rechten, autoritären und entschieden antikommunistischen Hauptstrangs der deutschen bürgerlichen Gesellschaft. Es gab, bemerkte Axel Schildt, die „in ihrer Mehrheit konservativ gestimmte Bevölkerung": „Während der Nationalsozialismus als ein verhängnisvolles Resultat moderner Entfremdung überwunden worden sei, drohe nun eine weitaus größere Gefahr aus dem Osten. Dieses vorherrschende Deutungsmuster drückte die konservative Hegemonie innerhalb der antikommunistischen Integrationsideologie aus, die sich nicht nur gegen den äußeren Feind richtete, sondern auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung Verwendung fand"[7] ...

---

6 Sebastian Haffner: Die deutsche Frage. 1950-1961: Von der Wiederbewaffnung bis zum Mauerbau, Berlin 2002, S. 139 f.

7 Axel Schildt: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 12 Konrad Adenauer: Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 140.

Mit der Präsidentschaft im Parlamentarischen Rat 1948/49 war Adenauer im unmittelbaren Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik bereits in eine Schlüsselposition gekommen, die in seiner Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 ihren sinnfälligen Ausdruck fand. Ab Frühsommer 1949 nutzte er rigoros die Chancen für den eigenen Weg zur Kanzlerschaft und die dominierende Rolle der Union bei der Konstituierung der Bundesrepublik. Er orientierte sich bereits im ersten Bundestagswahlkampf im Sommer 1949 auf einen Schlussstrich in der gesellschaftspolitischen und ideell-moralischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Angesichts der Vorgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts konnte und wollte er sich nicht auf grundsätzliche Klärungen um Ursachen und Triebkräfte der Fehlentwicklungen sowie Schuldfragen im Kontext von zwei Weltkriegen, Krisen und Faschismus einlassen. Dies umso weniger, als die kurzfristige Formierung einer bürgerlichen Mehrheit im Bundestag und die darauf gegründete politische Handlungsfähigkeit einer daraus hervorgehenden Regierungskoalition von ihm als vordringliche und langfristig entscheidende Herausforderung angesehen wurde. Die Wählerstimmen für diese rechtsbürgerliche Strategie und die ihr untergeordneten nächsten politischen Ziele konnten aussichtsreich und hinreichend nur durch unmittelbar versöhnliche Gesten gegenüber Millionen Mitläufern sowie der Masse der Täter, Gehilfen und Stützen des Naziregimes gewonnen werden ...

Nach der Vereidigung des Kanzlers und der Bundesminister am 20. September 1949 gab Adenauer seine erste Regierungserklärung ab. Sie zeichnete sich nach den noch nicht einmal ein halbes Jahrzehnt zurückliegenden weltgeschichtlichen Erschütterungen sowie in einer Situation national- und europapolitischer Umbrüche und Weichenstellungen durch historisch-politische Ignoranz und die weitgehende Verdrängung bedrückender Sachverhalte, Probleme und Erfordernisse aus. In seiner gesamten Rede findet sich kein Wort über die Aggressionen Nazideutschlands gegen zahlreiche europäische Länder, deren jahrelange Okkupation und die Millionen Opfer in Polen, der UdSSR, in Jugoslawien und vielen weiteren Ländern; kein Wort über das Jahrhundertverbrechen gegenüber dem europäischen Judentum; kein Wort über das Schicksal von Millionen Zwangsarbeitern und von Zehntausenden Opfern politischer und rassistischer Verfolgung seit dem 30. Januar 1933. Unerwähnt blieben die Vertreibung von politisch und rassistisch Missliebigen und Angefeindeten seit 1933, die Emigration, der antifaschistische Widerstand und die Leistungen wie Opfer der Antihitlerkoalition. Da der neugekürte Regierungschef sich nicht zu jüngst stattgefundenen unvergleichlichen Verbrechen und zu riesigen und vielgestaltigen Opfergruppen äußerte, sah er auch keinen Grund, zu den Herausforderungen von Schuld und Sühne, zu Wiedergutmachung und Rehabilitierung, zu nunmehr unumgänglichen, umfassenden Ermittlungen zu Verbrechen oder gar zu unverzüglicher und schonungsloser Geschichtsaufarbeitung Stellung zu nehmen ...

Der im Urteil der Geschichte zwangsläufig als ignorant und ethisch empörend zu bewertende Umgang des Bundeskanzlers und der von ihm geführten Koalition mit der jüngsten Geschichte und ihren Lektionen war kein Versehen oder bloß zufällige und rasch vorübergehende Unzulänglichkeit ...

Es war unmöglich, in diesem Lande restaurative Politik und gleichzeitig die schonungslos kritische Analyse und Bewertung der jüngsten deutschen und europäischen Geschichte in Angriff zu nehmen. Das eine schloss das andere aus. Vielmehr bedurfte diese gesellschaftspolitische Strategie auch des Abbruchs der hauptsächlichen antifaschistischen, kapitalismuskritischen, radikaldemokratischen, und pazifistischen Ansätze und Bestrebungen, die in Emigration, Untergrund und bis in die unmittelbare Nachkriegszeit vorherrschend oder zumindest höchst einflussreich gewesen waren. Die Grundorientierung schloss sogar mit verhängnisvoller Folgerichtigkeit perspektivisch eine weitgehende und zunehmende Frontstellung gegen Hauptkräfte des Antifaschismus ein ...

Die inzwischen legendenumwobene Rückkehr zu bürgerlich-parlamentarischen und rechtsstaatlichen Strukturen und Verfahrensweisen ist im kritischen Rückblick auf die damaligen historisch-politischen Ausgangspositionen und Rahmenbedingungen sowie auf die seinerzeit überhaupt vorhandenen Handlungsspielräume oder Alternativen zu beurteilen.

Im wohlverstandenen Eigeninteresse blieb der Wiederaufbau einer parlamentarisch-demokratischen Republik und des Rechtsstaates die naheliegende und einzig realistische politische Organisationsform

einer gesellschaftlichen Restauration. Die sozialstaatliche Komponente erleichterte neben wiedergewonnenen Bürger- und Freiheitsrechten die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise zu dem eingeschlagenen Weg. Sie wurde ihnen auch als Alternative zu sozialistischen Umgestaltungen und in Konkurrenz dazu offeriert. Das alles schloss außenpolitisch die vorrangige Bindung an die Westmächte sowie ihre internationalen Organisationen und Beziehungen ein ...

Inzwischen hatten auch politisch deutlich rechts stehende Organisationen, Politiker und Denker begriffen, dass parlamentarisch-demokratische Strukturen und Regeln durchaus mittels der realen sozioökonomischen Machtpositionen und Einflussmöglichkeiten sowie darauf gründender Rechtsverhältnisse beherrscht sowie gegen gelegentlich unwägbares politisches und Wahlverhalten von Massen gesteuert werden können. Die Demokratie, ihre Institutionen und ihre Spielregeln in der Vergangenheit pauschal abzulehnen und zu bekämpfen, wurde als historisch bedingt und schließlich sogar als kurzsichtig und eigenen Ambitionen abträglich erkannt. An den jeweils zeitgemäßen Interessen und Bedürfnissen, aber auch national und international vorliegenden Erfahrungen orientiert, erweisen sich längst auch konservative Kräfte als lern- und anpassungsfähig ...

Rechtsgerichtete, militant antikommunistische Spielarten der Totalitarismuskonzeption empfahlen und bewährten sich, den restaurativen gesellschaftspolitischen Kurspolitik und geschichtswissenschaftlich zu fundieren sowie für Bildung und Medien aufzubereiten: Sie enthielten eine zumindest minimale, innen- und insbesondere außenpolitisch unumgängliche und wünschenswerte Distanzierung vom Nazismus, seiner Herrschaftspraxis und seinen Exzessen. Zugleich konnte stets die Dominanz der antikommunistischen Komponente in den je gewünschten Erscheinungsformen und Abstufungen gewährleistet werden. Die weitgehende Verdrängung der NS-Vergangenheit auf der einen und die aktuell-politische Situation des Übergangs in den Kalten Krieg bewirkten, dass sich in jenem Antitotalitarismus der frühen Bundesrepublik die Hauptstoßrichtung absichtsvoll und geradezu zwangsläufig gegen die UdSSR und ihre Verbündeten – vor allem die DDR – sowie gegen die Linke in der Bundesrepublik und in den westeuropäischen Ländern kehrte ...

Die im offiziösen Bild der Zeitgeschichtsschreibung behauptete antitotalitäre Gründungskonsens erweist sich bei näherer Betrachtung als Legende. Zunächst verklärt er die Option zur westdeutschen Staatsgründung 1948/49 zu einer heroischen Verwirklichung von Demokratie und Rechtsstaat, die vor allem dem Mut und der Weitsicht Adenauers und seiner damaligen Weggefährten zu verdanken sei. Darauf gründen sich spätere Urteile bis zu der Groteske, rund ein halbes Jahrhundert danach in einer bundesweiten Umfrage den ersten Bundeskanzler zum größten Deutschen aller Zeiten zu erklären. Selbst wenn das Totalitarismuskonzept hypothetisch einmal prinzipiell vorausgesetzt wird, müsste ein ernstzunehmender Antitotalitarismus wenige Jahre nach Hitler in diesem Land zumindest eine unmissverständliche und dominante antifaschistische Komponente aufweisen. Davon kann in der Adenauerschen Koalition ab September 1949 und ihrer Politik keine Rede sein. Da Adenauers Strategie vorrangig auf bürgerliche und antisozialistische Sammlung sowie den darauf gegründeten Führungsanspruch in der Gesellschaft gerichtet war, ist die mit seinem Namen verbundene Periode bundesdeutscher Geschichte in der Tat von keiner die politischen Lager überwölbenden und vorwärtsweisenden gesellschaftlichen Leitidee geprägt. Diese Folgerung drängt sich auch aus der Analyse von Inhalt und Funktion des langjährig vorherrschenden antiliberalen Antikommunismus auf.

Marxistische Blätter 5_2006 (September), S. 33-41.

Schritte auf dem deutschen Sonderweg

Vor hundert Jahren: Auflösung und Neuwahl des Reichstag Am 13. Dezember 1906 lehnte eine Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag den von der Regierung unter Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow eingebrachten Nachtragshaushalt für die als Schutzgebiete bezeichneten Kolonien ab. Die Forderungen ergaben sich aus dem Krieg gegen die aufständischen Hereros und Hottentotten seit 1904 in Südwestafrika, dem heutigen Namibia. Bülow, seit 1900 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, verkündete nach der Abstimmungsniederlage die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Meist hatte er sich auf eine rechte Mehrheit stützen können, die von der seit 1871 unveränderten Wahlkreiseinteilung und dem Mehrheitswahlrecht in der Mandatsverteilung begünstigt wurde. Zu ihr gehörten die Deutsch- und die Freikonservative Partei, die Nationalliberalen und das Zentrum.

Die ungewöhnliche Konstellation entwickelte sich aus einer länger andauernden Kritik des Zentrums an Missständen deutscher Kolonialpolitik und an Ausschreitungen gegen Aufständische und Bevölkerungsgruppen im südwestafrikanischen Kolonialkrieg. Sie führte die traditions- und einflussreiche katholisch-Konservative Partei in diesen Fragen zeitweilig parlamentarisch an die Seite der SPD. In der Reichstagswahl 1903 hatten die Sozialdemokraten den Stimmenanteil auf 31,7 Prozent und das Zentrum auf 19,7 Prozenterhöhen können; mit 181 Mandaten übertrafen sie sie – abzüglich der 25 Abgeordneten der Polen und Elsass-Lothringer – die der anderen Parteien.

Der Anlass der Reichstagsauflösung verriet nicht die hauptsächlichen politischen und strategischen Motive dieses Schrittes. Maßgebliche Führungskreise des Reiches hatten im Einklang mit Wilhelm II. den stetig zunehmenden Masseneinfluss der Sozialdemokratie spätestens seit der Reichstagswahl 1903 mit wachsendem Unbehagen verfolgt und überlegt, wie dieser Entwicklung begegnet und eine Wende eingeleitet werden könnte. In seinen 1930 erschienenen „Denkwürdigkeiten“ schrieb Bülow, dass er seit 1903 überzeugt war, „im passenden Augenblick eine Reichstagsauflösung herbeizuführen, um einen besser zusammengesetzten Reichstag zu erhalten“. Zudem beunruhigten der Verlauf der russischen Revolution 1905 und die davon beeinflusste Massenstreikdebatte in der SPD die Herrschenden. Längst war den agrarisch-preußischen und konservativ-protestantischen Kreisen auch die wiederholte Obstruktion des Zentrums lästig und sollte bei Gelegenheit in die Schranken gewiesen werden.

Bereits ab Herbst 1906 hatten in der Reichskanzlei Vorbereitungen für die regulär 1908 anstehenden Wahlen begonnen. Ein Komitee und ein Fonds „Patria“ sollten das Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie rechtzeitig fördern. Angesichts des nationalistischen und antisozialistischen Klimas im Reich wies der sozialdemokratische Parteivorstand schon auf dem Mannheimer Parteitag im September 1906 darauf hin, dass zunehmend „alle Nichtsozialdemokraten gegen unsere Kandidaten stimmen“ und die Chancen von Stichwahlerfolgen sinken werden.

Der Freisinn wird national und staatstragend

Inzwischen zeichneten sich mögliche neue parlamentarische Mehrheiten ab. Im Linksliberalismus – dem nach der Abspaltung der Nationalliberalen verbliebenen liberalen Lager – hatte ein Wandel zugunsten der Unterstützung deutscher Welt-, Kolonial- und Rüstungspolitik eingesetzt. Diese Gruppierung war seit der Spaltung der Deutschen Freisinnigen Partei 1893 mit der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der vor allem im südwestdeutschen Raum beheimateten Deutschen Volkspartei im Reichstag vertreten. Nach ständig abnehmenden Wähler- und Mandatszahlen hatten sie 1903 gemeinsam 9,3 Prozent der Stimmen und 36 Mandate – letztere ausschließlich in den Stichwahlen – gewonnen.

Die forcierte Expansions- und Rüstungspolitik hatte seit Ende des 19. Jahrhunderts wie im rechten Flügel der SPD auch und erst recht Wirkungen in der liberalen Bourgeoisie und ihren Organisationen gezeitigt. Friedrich Naumann verband an der Spitze des Nationalsozialen Vereins (1896-1903) monarchistische Positionen mit den widersprüchlichen Zielen äußerer weltpolitischer Machtentfaltung und innerer sozialliberaler Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft. Anschließend brachte er seine

Vorstellungen in die Freisinnige Vereinigung ein. In ihr wirkte Theodor Barth als Politiker und Publizist in ähnlicher Weise für die liberale Unterstützung der deutschen weltpolitischen Ambitionen und die innere parlamentarisch-demokratische, antijunkerliche Umgestaltung des politischen Systems. Am britischen und US-amerikanischen Beispiel orientiert, vertrat er damit auch die Interessen der der Partei verbundenen Kreise des Handels-, Bank- und Exportkapitals. Darüber hinaus einte Barth und Naumann das Bestreben, die überkommene, politisch sterile Frontstellung gegen die Sozialdemokratie durch eine Öffnung gegenüber ihrem revisionistischen Flügel aufzubrechen. Die dort wahrnehmbaren neuen Töne und politischen Verhaltensweisen – auch gegenüber deutscher Kolonial- und Weltpolitik – kamen diesem Konzept entgegen.

Der langjährige Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion, Eugen Richter, blieb zeitlebens – auch als Verfasser antisozialistischer Schriften – ein bornierter Kämpfer gegen die gesamte Sozialdemokratie. Zugleich war er im Reichstag im Sinne freisinniger Traditionen der letzte namhafte bürgerliche Gegner der unter Bismarck eingeleiteten Kolonialpolitik. Mit seinem Tod am 10. März 1906 entfiel sein persönliches Gewicht, das bisher gegen eine imperiale Umorientierung des Freisinns gewirkt hatte. Die an der Partei- und Fraktionsspitze nachrückende Politikergeneration drängte nahezu ausnahmslos zum Anschluss an die machtpolitischen Haupttrends des Herrschaftssystems. Im Wahlkampf befanden sich nunmehr auf der einen Seite Sozialdemokratie und Zentrum, die als Verräter der in den „Schutzgebieten“ kämpfenden Truppe angegriffen wurden. Ihnen standen auf der anderen Seite die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen im neuartigen Bunde mit den drei freisinnigen Parteien gegenüber.

Die Auseinandersetzungen innerhalb des linksliberalen Lagers verschärften sich mit der Auflösung und Neuwahl des Reichstages. Dem sich schon länger abzeichnenden Zerfall sollte eine bereits vorher von den Parteiführungen eingeleitete „Einigung der Liberalen“ entgegenwirken. Die Bemühungen hatten zu einer gemeinsamen Tagung der drei Parteien am 10. und 11. November 1906 in Frankfurt a. M. geführt, auf der ein engeres politisches Vorgehen vereinbart wurde. Dessen vorherrschende Tendenzen waren die Öffnung zur Rüstungs-, Kolonial- und Weltpolitik auf nationalistischer Grundlage und die Wahrung antisozialistischer Grundpositionen. Das schloss einen erklärten Monarchismus ebenso ein wie die Zurücknahme republikanischer und demokratischer Forderungen und Ziele.

Die liberaldemokratische, entschieden antijunkerliche Minderheit sah sich zu schärferem Widerspruch herausgefordert. Als ihre Wortführer profilierten sich neben Barth der Vorsitzende des Sozialliberalen Vereins zu Berlin, Rudolf Breitscheid, der Publizist Hellmut von Gerlach und der Schriftsteller Ludwig Quidde. Der ihnen zunächst nahestehende F. Naumann schwenkte mit den Entscheidungen zugunsten des konservativ-liberalen Blocks auf die Positionen der Führungen und der Mehrheit auf den Weg nach rechts ein.

In der von ihm herausgegebenen Wochenschrift fragte Barth, ob der unmittelbare Anlass der Reichstagsauflösung den Wahlkampf beherrschen und die neue Mehrheit zusammenführen könne: „Diese vereinzelte Kolonialfrage trennt das Zentrum und die Konservativen, aber hundert andere wichtige Fragen, die ganze politische Grundanschauung verbindet die Rechte mit dem Zentrum. In dieser einen Frage haben die Sozialdemokraten anders gestimmt als der Freisinn, aber in zahllosen, sehr viel bedeutsameren Fragen stimmten sie zusammen.“ Der Freisinn solle sich nicht dazu verleiten lassen, „aus dem Hurrapatriotismus Wahlerfolge ziehen zu wollen“: Wollte er „der Reaktion Handlangerdienste leisten, so hätte er als politische Potenz ausgespielt. Wenn er in dieser Krisis sich dagegen als Hort demokratischer Ideen bewährt, so kann er Mittelpunkt einer neuen Linken werden, die Deutschland auf der Bahn der politischen Entwicklung ein gutes Stück voranbringt.“[1]

Als hohle Redensart bezeichnete Franz Mehring den Vorwand, die Regierung wolle sich vom Alpdruck ultramontaner – also römisch-katholischer – Herrschaft befreien. Der Vorwurf der Nebenregierung träfe auch auf andere konservative Gruppen zu. Der biedere Freisinn freilich böte sich „der Regierung zu allen möglichen Heldentaten“ an. „Aber darauf, dass er sich immer wieder einfangen lässt, wenn zur Jagd gegen die Schwarzen und die Roten geblasen wird, beruht die letzte Hoffnung

[1] Theodor Barth: Die improvisierte Reichstagsauflösung, in: Die Nation, Nr. 11, 15. Dezember 1906, S. 163.

der Regierung, mit halbwegs heiler Haut aus dem Abenteuer zu kommen, in das sie sich mit der Auflösung des Reichstags gestürzt hat, und wenn man nach der bisherigen Taktik des Freisinns urteilen darf, so scheint ihr damit nicht jede Aussicht eines Erfolges zu fehlen."[2]

Tatsächlich verkündete Otto Wiemer nur wenige Stunden nach Auflösung des Parlaments für die Freisinnige Volkspartei, dass sie auf seiten der Regierung und des Direktors des Kolonialamtes, Bernhard Dernburg, stehe und den Wahlkampf gegen das „schwarz-rote Kartell" führen werde. Bereits am 14. Dezember lagen in der Reichskanzlei „Vorschläge für die Führung des Wahlkampfes durch die Regierung" vor, nach denen die Regierung nicht neutral bleiben, sondern mittels der ihr unterstehenden Behörden bis in die Wahlkreise auf den Wahlkampf Einfluss nehmen solle. Das geschah beispielsweise gegenüber andauernden antiliberalen Schikanen der Bürokratie oder bei der Ablehnung liberaler Kandidaten jüdischer Konfession durch konservative Antisemiten. Die Mittel des in der Reichskanzlei eingerichteten Wahlfonds wurden gegen gemeinsame Gegner und vor allem in den Wahlkreisen eingesetzt.

Wahlkampf im Zeichen des Nationalismus und Antisozialismus

Die vorrangig antisozialistische Zielsetzung des Wahlkampfes wurde um die Jahreswende unübersehbar. Die Leitung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bat den Reichskanzler, zu den Wahlen noch eine Botschaft an das Volk ergehen zu lassen. Der Reichsverband war 1904 als Reaktion auf den Wahlerfolg der SPD im Vorjahr unter dem bestimmenden Einfluss schwerindustrieller, konservativer und nationalliberaler Kreise entstanden. Er verfügte im Dezember 1906 über etwa 144.000 Mitglieder und ein reichsweites Netz von Landes- und Provinzialausschüssen, Geschäftsstellen, Ortsgruppen, Vereinen und Periodika. Bülows Antwort ging als „Silvesterbrief" in die Geschichte ein. Er beschwor die nationalistischen und antisozialistischen Gemeinsamkeiten aller bürgerlichen Parteien: „Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, dass die Reaktion im Reich von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Überzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie."[3]

Als fahrig und abenteuerlich bezeichnete Mehring diesen Wahlaufruf, bei dem bereits die Adresse „eine Blamage ersten Ranges" sei, denn „in den mehr als vierzig Jahren ihrer Geschichte ist die Sozialdemokratie noch nie auf einen so elenden und verächtlichen Gegner gestoßen wie dieser Verband."[4] Bülow fasele über die Sozialdemokratie auf dem Niveau des Reichsverbandes. Jedoch: „Es ist vielleicht der einzige Schimmer von Licht in dem Wahlaufruf des Reichskanzlers, dass er die verdummenden Wirkungen des Sozialistenhasses außerordentlich hoch einschätzt, und den „steigenden Widerwillen gegen das sozialdemokratische Treiben" für einen tüchtigen Feldwebel hält, der den braven Freisinn zur willenlosen Hilfstruppe der Regierung gedrillt hat."[5] Eine Woche später sah Mehring die Freisinnige Zeitung „in ihrem taumelnden Gange zur Wahlurne geleitet auf der einen Seite von den Kriegervereinen, auf der anderen Seite vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie". Auch der Flottenverein, ein Kolonialpolitisches Aktionskomitee und weitere rechtsgerichtete Gruppen und Institutionen unterstützten Kandidaten des Freisinns.

Die vereinte Kampagne von Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen erreichte am 25. Januar 1907 – dem Tag der Hauptwahl – ihren Höhepunkt und setzte sich in den Absprachen und taktischen Manövern für die Stichwahlen am 5. Februar fort. In Dutzenden Wahlkreisen verhalf das auf die bürgerliche Sammlung gerichtete Wahlverhalten der Liberalen Kandidaten der Rechtsparteien zum Erfolg und trug dazu bei, sozialdemokratische Stichwahlerfolge und Mandate zu verhindern.

In dem mit hoher Wahlbeteiligung neugewählten Reichstag verfügten die Parteien des konservativ-liberalen „Bülow-Blocks" mit 220 von 397 Mandaten über eine klare Mehrheit. Die SPD stürzte von 81 auf 43 Mandate ab; das Zentrum wahrte seine Wählerschaft und vermehrte seine Mandate von 100

---

2 Franz Mehring: Die Auflösung des Reichstags, in: Die Neue Zeit, Nr. 12, 18. Dezember 1906, S. 386.
3 Zit. nach: Vorwärts, 3. Januar 1907.
4 Franz Mehring: Bülows Wahlparole, in: Die Neue Zeit, Nr. 14, 2. Januar 1907, S. 449.
5 Ebenda, S. 452.

auf 105. Was als nationaler und antisozialistischer Erfolg erscheinen konnte und von interessierten Kreisen so interpretiert wurde, erwies sich bei näherer Betrachtung als weitgehend gescheitert. Die SPD hatte absolut an Stimmen gewonnen, war jedoch im Stimmenanteil von 31,7 Prozent auf 29 Prozent zurückgefallen. Die erhebliche Einbuße an Mandaten war vor allem dem koordinierten Stichwahlverhalten der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterpartei geschuldet. In einer wiederum veränderten innenpolitischen Situation gewann die SPD bei der Reichstagswahl 1912 34,8 Prozent der Stimmen und zog mit 110 Abgeordneten in den Reichstag ein.

Die Wortführer des Block-Freisinns triumphierten über den Gewinn an Stimmen (10,9 Prozent) und Mandaten (49) sowie den neuen Status als Teil der Regierungsmajorität. In den politischen Konsequenzen und in der geschichtlichen Wirkung sollte sich zeigen, dass für die zeitweiligen und bescheidenen äußeren Erfolge ein zu hoher Preis an liberalem und progressivem Profil und Potential bezahlt worden war.

Die Urteile von Luxemburg und Bebel

Auf einer Versammlung in Berlin am 6. März 1907 charakterisierte Rosa Luxemburg die historisch-politische Tragweite der Reichstagswahl. Den Verlust sozialdemokratischer Mandate führte sie vor allem darauf zurück, dass der Mittelstand, das Kleinbürgertum, nunmehr auch den letzten bürgerlichen Widerstand gegen die Weltpolitik aufgegeben und sich gegen die Arbeiterpartei entschieden habe. Unter der symbolhaften Parole der Kolonialpolitik sei die bürgerliche Sammlung gegen die Sozialdemokratie erfolgt. Der Ausgang der Wahl zeige, ihren geradezu prophetischen Worten zufolge, „dass die nächste politische Entwicklung unter dem Zeichen der Weltpolitik steht. Weltpolitik bedeutet Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik. Das ist der Strudel, dem der Kapitalismus entgegenstürmt und in dem er mit Mann und Maus unterzugehen verdammt ist.“ Die letzten Reste der Opposition des Bürgertums seien bei der Wahl geschwunden: „Weltpolitik und Liberalismus lassen sich nicht vereinen.“[6] Als grundsätzlicher Gegner der Kolonialpolitik sei nur die Sozialdemokratie noch Oppositionspartei: „Wir haben in Deutschland keinen Liberalismus und im deutschen Reichstag keine bürgerliche Opposition mehr.“[7]

In ihrer Begrüßungsansprache auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rußlands im Mai 1907 in London betonte R. Luxemburg die Wirkungen der russischen Revolution auf die deutsche innenpolitische Entwicklung. Sie habe den bürgerlichen Klassen die Furcht eingeflößt, die sie zu einem reaktionären Block gegen die Sozialdemokratie zusammenführte: „Wenn man in wenigen Worten die politische und historische Bilanz der letzten Reichstagswahlen zieht, so muss man sagen, dass Deutschland nach dem 25. Januar und dem 5. Februar 1907 das einzige moderne Land war, in dem es weder Spuren bürgerlichen Liberalismus noch einer bürgerlichen Demokratie im eigentlichen Sinne dieses Wortes gab: Sie stellten sich endgültig und unwiderruflich auf die Seite der Reaktion im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat. Gerade der Verrat des Liberalismus lieferte uns vor allem bei den letzten Wahlen der Macht der junkerlichen Reaktion aus, und obwohl die Liberalen gegenwärtig in größerer Zahl in den Reichstag eingezogen sind, stellen sie jetzt doch nur traurige, mit einem liberalen Aushängeschild maskierte Lakaien der Reaktion dar.“[8]

August Bebel nannte auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen im September 1907 den konservativ-liberalen Block eine „politische Missgeburt allerersten Ranges“. Er diene dazu, dass die Liberalen im chauvinistisch-militaristischen Wettrennen mit dem Zentrum die Militär-, Marine- und Kolonialforderungen erfüllen und dafür neue Steuern bewilligen. Es sei zu fragen, wie die Linksliberalen eine solche „Selbstprostitution“ betreiben können. „Sie müssen doch aus alter Erfahrung wissen, dass, wenn sie mit den Konservativen aus einer gemeinsamen Schüssel essen, die Konservativen den größten Löffel haben, so dass die Freisinnigen immer zu kurz kommen.“[9]

---

6 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2: 1906 bis Juni 1911, Berlin 1972, S. 195.
7 Ebenda, S. 196.
8 Ebenda, S. 207 f.
9 Protokoll über die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitags zu Essen, Berlin 1907, S. 320.

Reichsvereinsgesetz und Ende des Bülow-Blocks 1909

Das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 wurde das wichtigste Resultat der konservativliberalen Gesetzgebung. Überfällig war, dass einheitliche reichsweite Regelungen geschaffen wurden und einige bisherige Beschränkungen für Vereine entfielen. Nunmehr konnten Jugendliche nach Vollendung des 18. Lebensjahres und Frauen Vereinen als Mitglieder beitreten. Das vor allem gegen die Arbeiterjugendbewegung gerichtete Vereins- und Versammlungsverbot für Jugendliche unter 18 Jahren wurde aufrechterhalten. Umstritten blieb auch § 7, der „Sprachenparagraph", der für öffentliche Veranstaltungen und Verhandlungen auch in gemischtnationalen Gebieten die deutsche Sprache vorschrieb. Weitere mit Zugeständnissen an die Freisinnigen verbundene Gesetze der Blockära betrafen entschärfte Kriterien der „Majestätsbeleidigung" und die Neufassung des Börsengesetzes. Den sozialdemokratischen Antrag, die strafrechtlichen Bestimmungen zur „Majestätsbeleidigung" völlig zu streichen, lehnten die liberalen Monarchisten mit den Konservativen ab.

Das Erfordernis einer Wahlrechtsreform in Preußen erhielt publizistisch und innenpolitisch Auftrieb. Die Erwartungen, das offen undemokratische Dreiklassenwahlrecht zu überwinden, scheiterten am Widerstand der gesamten Rechten. Bülow scheute sich, den Block vorzeitig an diesen Interessengegensätzen scheitern zu lassen. Die Mehrheit des Freisinns verhielt sich wiederum unentschlossen, als die Wahlrechtsfrage zum Kernproblem der preußischen Innenpolitik wurde und die SPD mit Massenaktionen die Führung dieser demokratischen Bewegung übernahm. Ende Oktober 1908 löste der Kaiser mit einem Interview für den Daily Telegraph, London, eine außen- wie innenpolitische Krise aus, die als Affäre seines „persönlichen Regiments" in die Geschichte einging. Anmaßende Töne gegenüber Großbritannien trugen zur weiteren außenpolitischen Isolierung Deutschlands bei. Hellmut von Gerlach attackierte Bülow ob des fahrlässigen Umgangs mit dem „kaiserlichen Aktenstück": „Vielleicht präparierte er irgendeine Festrede oder er saß über Ausschnitten aus dem ‚Vorwärts' und der ‚Leipziger Volkszeitung', mit deren Zusammenstellung er im Reichstag zum 101. Male die Sozialdemokratie zu vernichten gedachte." Er sei der Hauptschuldige an dem Skandal und habe mit „verbrecherischem Leichtsinn" den deutschen Interessen geschadet.[10]

Der „Bülow-Block" zerbrach im Sommer 1909 an der Reichsfinanzreform, die aufgrund der Verschuldung des Reiches durch die Aufrüstung und wachsende Haushaltsdefizite unaufschiebbar geworden war. Die Deutschkonservative Partei ließ im Bund mit dem Zentrum und weiteren Gruppen das darin vorgesehene Erbschaftssteuergesetz scheitern. Als es um die Belange des Eigentums und der Steuerprivilegien sowie um eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten ging, rückten alle konservativen Kräfte – einschließlich des Zentrums – wieder enger zusammen. Damit war auch das politische Schicksal Bülows entschieden, der Mitte Juli vom Kaiser entlassen wurde. Ihm folgte Theobald von Bethmann Hollweg, unter dem das Deutsche Reich den außen- und rüstungspolitisch längst eingeleiteten verhängnisvollen Weg in den Ersten Weltkrieg fortsetzte.

Demokratische Vereinigung 1908 und Fortschrittliche Volkspartei 1910

Die liberaldemokratische Minderheit setzte ihre Kritik am Block-Freisinn angesichts dessen Kapitulation beim Vereinsrecht und in der preußischen Wahlrechtsfrage fort. Sie profilierte sich als eine linke Alternative im bürgerlichen Lager und bemühte sich um Gemeinsamkeiten mit der Sozialdemokratie. Der Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung im April 1908 brachte die Trennung. Nach der Ablehnung eines Antrags von Barth, die Blockpolitik der Fraktionsgemeinschaft zu verurteilen, traten er, Breitscheid, Gerlach und etwa 20 weitere Delegierte aus der Partei aus. Diesen Schritt vollzog am 25. April 1908 auch die Generalversammlung des Sozialliberalen Vereins zu Berlin. Der Verein konstituierte sich am 16. Mai als Demokratische Vereinigung und wählte Breitscheid zum Vorsitzenden. Am 25. Oktober 1908 wurde die Umwandlung in eine Partei auf Reichsebene beschlossen und im April 1909 in Berlin der erste Parteitag durchgeführt. Mit dem Tod von Barth (2. Juni 1909) verlor die junge Partei bald darauf einen ihren führenden Köpfe.

[10] Hellmut von Gerlach: Adieu Bülow! In: Die Welt am Montag, 2. November 1908.

Die kleine republikanische Partei erzielte in der Reichstagswahl 1912 nur knapp 30.000 Stimmen und kein Mandat. Breitscheid wechselte zur SPD. Die Demokratische Vereinigung ist im Kontrast zur Gesamtentwicklung im bürgerlich-junkerlichen Herrschaftssystem jener Zeit sowie als Versuch einer radikaldemokratischen und antimilitaristischen Alternative zu würdigen. Ihr Scheitern bezeugt den verhängnisvollen Weg nach rechts, den die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Bürgertums eingeschlagen hatte.

Auf dem Weg der „Einigung der Liberalen“ schlossen sich die drei freisinnigen Parteien im Reichstag ab Februar 1907 als Fraktionsgemeinschaft zusammen. In der gemeinsam im Bülow-Block verfolgten Politik reiften die Voraussetzungen für einen organisatorischen Zusammenschluss, zu dem sich die Parteitage ab Sommer 1909 bekannten. Delegationen der drei Parteien vollzogen am 6. März 1910 die Konstituierung der Fortschrittlichen Volkspartei. Sie bestand bis zum Ende eines mörderischen, opferreichen Weltkriegs, an dem sie selbst und die von ihr vertretenen Kräfte spätestens seit 1906/07 erheblichen Anteil und Mitschuld hatten. Durchaus repräsentativ dafür ist der Weg von Friedrich Naumann, dessen Bild in der Bundesrepublik nicht zuletzt unter dem Einfluss seines Schülers und Anhängers, des Publizisten und späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss, verklärt wurde. Der kritische Blick auf den Politiker und politischen Schriftsteller Naumann lässt die bis heute geübte Wertschätzung als Namenspatron der parteinahen Stiftung der FDP als höchst zwiespältig und fragwürdig erscheinen.

Unübersehbar sind die Wirkungen der liberalen Kapitulation am Beginn des 20. Jahrhunderts auf die folgende nationalistische, antiliberale und militant antikommunistische Prägung der herrschenden Ideologie und Politik im Deutschen Reich. Nach einer kurzen Scheinblüte der hauptsächlichen Nachfolgerin – der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – um 1919/20 gab es in der finalen Krise der Weimarer Republik sowie im Widerstand gegen den aufkommenden und den herrschenden Faschismus keine nennenswerte liberale Kraft mehr. Die Auswirkungen reichen bis in die restaurativen Ursprünge und in die Grundlagen der Bundesrepublik; sie sind bis in die Gegenwart wirksam und spürbar. Der frühzeitige und umfassende Niedergang des deutschen Liberalismus ist ein Grundzug des verhängnisvollen deutschen Sonderweges. Die Ereignisse zwischen 1906 und 1909 bildeten eine charakteristische Phase auf dem Weg in die folgenden Katastrophen.

Marxistische Blätter 6_2006 (November), S. 77-83.

Hochschul- und wissenschaftsgeschichtliche Forschung und Öffentlichkeitsarbeit, ...

insbesondere anläßlich des 425-jährigen Bestehens der Alma mater Jenensis 1983 und des 40. Jahrestages der Neueröffnung 1985

Nach etwa einjähriger Tätigkeit hat die von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss berufene Expertenkommission zur Neuausrichtung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte am 15. Mai 2006 ihre Empfehlungen zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vorgelegt und damit neue Kontroversen ausgelöst. Bereits Anfang April hatte Franziska Augstein die Beratungen der Kommission und insbesondere die Situation und Haupttendenzen des Umgangs mit der DDR kritisch kommentiert. Museale Einrichtungen würden „oftmals ausgesprochen dilettantisch“ betrieben, im Zweifelsfall nehmen es die Betreiber „mit der historischen Wahrheit nicht so genau“ und es käme weniger auf die Wahrheit, als „auf den Effekt beim Publikum“ an.

> *„Die Leute, die die Erinnerungsorte betreiben, wünschen sich indes, daß die DDR-Diktatur auf eine Stufe mit Nazismus und Stalinismus gestellt werde.“*

Auch die politische Rechte wolle, „aus alter Treue zum Antikommunismus“ nicht von der Totalitarismustheorie lassen.[1]

Es sei weitgehend unstrittig, meinte immerhin die wiederum konformistisch zusammengesetzte Kommission in ihren Empfehlungen für einen Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, daß es unangemessen ist, sich weiterhin vorrangig auf Repression und Überwachung im SED-Staat zu konzentrieren. In einer zukunftsfähigen öffentlichen Auseinandersetzung müsse der Alltag in der DDR besser sichtbar gemacht werden. Der Vorsitzende, Martin Sabrow (Potsdam), gehört der FAZ zufolge „zu den Weichzeichnern der SED-Diktatur“; er lehne den vorwiegend entlarvenden Gestus ab, der in den fünfziger und seit den frühen neunziger Jahren vorherrscht. Nunmehr räumt auch diese großbürgerliche Zeitung ein, daß „die Geschichte der DDR mehr als die Geschichte ihrer schrecklichen Verfolgungsbehörde“ war:

> *„Die große Mehrheit der Deutschen unter Honecker saß weder im Gefängnis, noch bestand sie aus überzeugten Kommunisten.“*[2]

Das Blatt für „kluge Köpfe“ (Eigenwerbung) erreicht den Wissensstand, den zumindest ostdeutsche Mehrheiten seit Jahrzehnten haben. Es wurde begriffen, daß die Glaubwürdigkeit und damit die Wirksamkeit der eigenen Geschichtsdeutung nicht den eigenen, hochideologisierten Feindbildern zum Opfer fallen dürfe.

Beeindruckend ist für den zeitgenössischen Beobachter, wie in einer vermeintlich liberalen und pluralistischen Demokratie die Geschichtspolitik durch Staatsakte, Parteien, Politiker und Medien auf der Grundlage eines rigorosen Antikommunismus gesteuert und instrumentalisiert wird. Dabei ist durch die anpassungswillige Mitwirkung vieler Beteiligter in den zeitgeschichtlichen Debatten längst eine intolerante und diskursfeindliche Atmosphäre entstanden. Sie erwächst aus offiziösen Sprachregelungen, voreilig und voreingenommen fest-geschriebenen Urteilen sowie subtilen oder plumpen Ausgrenzungen alternativer, gesellschaftskritischer Denkrichtungen und Urteile. Ungeachtet einzelner begrüßenswerter Tendenzen wird auch das vorläufig vorliegende Konzept der erwähnten Kommission den Mindestanforderungen an eine wissenschaftlich begründete Gesamtanalyse und -beurteilung von Geschichte und Gesellschaft der DDR nicht gerecht. Das ist wohl auch gar nicht beabsichtigt. Geschichts- und Politikwissenschaft sowie historisierende Politiker und Publizisten sollen Beiträge zum triumphalistischen Selbstverständnis der Bundesrepublik leisten, deren Herkunft und Weg als „zweite deutsche Demokratie“ auch durch Schwarz-Weiß-Bilder als makellos erscheinen soll. Dies umso mehr, als chronische gesamtgesellschaftliche Krisenprozesse und Deformationen

---

1 Augstein, Franziska: Nachgebaute Erinnerung, in: Süddeutsche Zeitung, 8./9. April 2006.

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 16. Mai 2006.

immer stärker den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Voraussetzungen zukunftsträchtiger Perspektiven aushöhlen.

Wir haben uns auch bei den hochschulgeschichtlich orientierten Tagungen stets davon leiten lassen, die Tatsachen und Erfahrungen sowie die Einsichten des universitären Alltags von Lehre und Forschung zu erschließen, kritisch zu sichten und zu bewahren sowie diese gegen wiederum ideologisch überfrachtete, vereinseitigte Sicht- und Darstellungsweisen zu setzen. Das gilt für die Veranstaltung im November 1995 anläßlich des 50. Jahrestages der Wiedereröffnung der Universität Jena sowie die beiden seit Herbst 2001 in Vorbereitung auf die 450-Jahrfeier der Alma mater Jenensis im Jahre 2008 durchgeführten Konferenzen.[3] Der neuesten Universitätsgeschichte wandten wir uns nach 2000 in chronologischen Schwerpunktsetzungen zu. Gleichzeitig weckten neue Forschungsergebnisse und Publikationen immer wieder quer zu einer solchen Ordnung der Dinge das Interesse und bereicherten das Wissen oder die Problemsicht. Das gilt beispielsweise für das seit den neunziger Jahren durch Projekte der Universität Erreichte, darunter zu den Jahren unter der NS-Diktatur, zum Neubeginn 1945 und in Gestalt von Erfahrungen und Urteilen von Hochschullehrern aus den Jahrzehnten der DDR. Durch Teilnahme und Beiträge – bisher von Helmut Metzler und Ludwig Elm – wurde an den Helenenauer Workshops zur DDR-Wissenschaftspolitik und -geschichte mitgearbeitet, die unter maßgeblicher Mitwirkung von Clemens Burrichter von der RLS Berlin und Brandenburg sowie „Helle Panke“, Berlin, durchgeführt werden. Der 6. Workshop hatte sich im Oktober 2005 dem Thema „Die achtziger Jahre – zwischen Erosion und Aufbruch“ gewidmet.

Die genannten Intentionen widerspiegeln sich auch im Thema dieser Konferenz und in den Beiträgen. C. Burrichter hat diese Herangehensweise mit seinen Mitherausgebern und zahlreichen Mitautoren in dem kürzlich erschienenen Handbuch „Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat –Politik“ einschließlich der von ihm und Reinhard Mocek verfaßten Abschnitte zur Forschungs- und Wissenschaftspolitik in beiden deutschen Staaten nachgewiesen.[4] Sie wurde auch in seinem Beitrag zu unserer Tagung über die Wissenschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in den achtziger Jahren sichtbar. Es ist ein Herangehen, das aus Unvoreingenommenheit, Sachkenntnis und Differenzierungsvermögen erwächst. Dazu bedarf es allerdings auch der Standfestigkeit gegenüber den Versuchungen des Zeitgeistes auf der Grundlage gesicherten Wissens sowie eigener Überzeugungen und Leitbilder.

Dieses Verständnis findet sich auch in den weiteren ausgewählten Themen und Ausführungen, mit denen dem rationellen Kern in den oben erwähnten Empfehlungen einer allerhöchsten Kommission faktisch Rechnung getragen wurde. Es ging um hochschul- und wissenschaftspolitische Prozesse, Projekte und Erfahrungen der siebziger und achtziger Jahre am Beispiel Jena. Matthias Steinbach erläuterte seine Interviews mit Jenaer Professoren, unter denen sich immerhin auch je ein früherer Rektor, ein Prorektor und ein Dekan befanden. Es wurden im Rückblick wesentliche interdisziplinäre Projekte kritisch erörtert und gewürdigt wie das Klassikseminar (Friedrich Tomberg), die Friedensforschung (Helmut Metzler), die Peter-Weiss-Rezeption (Jens-Fietje Dwars) und philosophische Fragen der Naturwissenschaften (Wolfgang Höwing). Grundsätzlich bestätigten die Darlegungen, daß die genannten Problemstellungen und Themengebiete seinerzeit gut gewählt, stichhaltig und entwicklungsfähig waren. Das hätte sich auch unter den radikal veränderten Voraussetzungen seit 1990 erwiesen, wenn den Beteiligten faire Chancen geboten worden wären. In anderen Beiträgen standen disziplinäre Vorhaben, Kontroversen und methodische Fragen im Mittelpunkt, darunter zu Literatur- und Kunstwissenschaft (Michael Wegner) und Rechtswissenschaft (Gerhard Haney).

---

[3] Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90, Jena 1996 (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V.); Gewalten, Gestalten, Erinnerungen. Beiträge zur Geschichte der FSU Jena in den ersten Jahren nach 1945, Jena 2002 (Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Protokolle) Alma mater und moderne Gesellschaft. Hochschulpolitische Reformansätze in jüngerer und jüngster Zeit unter besonderer Berücksichtigung von Jenaer Erfahrungen aus den 50er-60er Jahren, Jena 2004 (Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V.).

[4] Burrichter, Clemens/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006.

Um Erbe und Tradition: 425-Jahrfeier 1983

Bei Erörterungen zur Jenaer Universität der siebziger und achtziger Jahre sollten die Bemühungen jener Jahre um ihre Geschichte, um Erbe und Traditionen, nicht unerwähnt bleiben. Das verbindet sich entscheidend mit dem verdienstvollen Wirken von Siegfried Schmidt (1930-1986) und Günter Steiger (1925-1987) als Universitäts-, Studenten- und Kunsthistoriker sowie Kustos seiner Alma mater. Helga Riege (* 1927) hat als langjährige Leiterin der Abt. Kultur und Öffentlichkeitsarbeit mit ihren Mitarbeitern diese Anstrengungen insbesondere bei Publikationen, Ausstellungen und Tagungen gefördert. Es war nicht zufällig, daß das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen die Konferenz „Kulturerbe und Tradition an der sozialistischen Hochschule“ im Februar 1977 in Jena ausrichten ließ. Neben zeitbedingt vergänglichen oder zu relativierenden Aussagen erschloß das einleitende Referat des Rektors Franz Bolck ein weites Spektrum des Erbe- und Traditionsverständnisses sowie der darauf basierenden zeitgenössischen Arbeitsfelder, Projekte und Ergebnisse.[5] Im gleichen Jahr erschien ein Heft mit Beiträgen zum Neubeginn der FSU nach Faschismus und Zweitem Weltkrieg.[6] Die Medizinische Fakultät legte im folgenden Jahr eine Sammlung mit etwa 35 Beiträgen zur Medizin seit 1945 vor.[7]

In der Universitätszeitung wurde seit Herbst 1982 eine Serie zur Geschichte der Universität publiziert. Siegfried Schmidt eröffnete sie mit einem an die Ursprünge und den jahrhundertelangen Weg erinnernden, programmatischen Beitrag. Inzwischen wurde in damals unerwarteter Weise seine Aussage bestätigt, die Geschichte der Jenaer Universität sei

> *„in hohem Maße geradezu als ‚Lehrbeispiel‘ für die Dialektik des Geschichtsprozesses geeignet. In ihrer 425jährigen Geschichte war sie geprägt vom wissenschaftlichen Streben, vom politischen Kampf von Erfolgen, aber auch von Enttäuschungen und Rückschlägen vieler Generationen.“*[8]

Es folgten bis Herbst 1983 Beiträge über Reformation und Universität sowie Die Weigel-Ära (Werner Mägdefrau), Die „Ahnengalerie“ der Hohen Schule (Horst Hölzel), Vernunft und Menschenerziehung – Aufklärung im Jena des 18. Jahrhunderts (S. Schmidt), Ernst Abbe – ein bedeutender Hochschullehrer, Industriephysiker und Industrieller (Joachim Wittig), Bürgerliche Wissenschaftspolitik. Wissenschaftsbeitrag der Jenaer Universität zur Zeit der Weimarer Republik (Jürgen John), 425 Jahre Universitätsbibliothek Jena (Lothar Bohmüller), Die Jenaer Universität unter dem Faschismus 1933 bis 1945 (J. John), Die Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel der Entwicklung der landwirtschaftlichen Institute und Einrichtungen der Universität (Jochen Oehme), Ernst Haeckel – Forscher, Darwinist und Künstler (Horst Franke), Die Dokumente zur Promotion von Karl Marx in Jena 1841 (Günter Steiger), Die Universität Jena auf dem Weg des Antifaschismus und des sozialistischen Humanismus (Ludwig Elm), Entscheidende Jahre im Kampf um die sozialistische Gestaltung der Alma mater. Universität Jena in der ersten Hälfte der 60er Jahre (Reinhard Jonscher), FDJ-Arbeit von solcher Art, die Wissenschaft und Leben, Theorie und Praxis verbindet (Gerhard Fließ), Von der „Freien Studentenschaft“ zur „Freischar zu Jena“. Zum 70. Jahrestag eines historischen Pfingsttreffens in Jena und demokratische Aktivitäten Jenaer Studenten vor dem ersten Weltkrieg (Rosaline Eschke/ Bernd Katzschmann), Als die Chemie aufhörte, bloß eine Dienerin der Medizin zu sein. Die Zeit Johann Friedrich Göttlings (Roland Colditz).

Anläßlich der 425-Jahrfeier von 1983 erschien eine einbändige Universitätsgeschichte, die vom Gründungsjahrzehnt 1548-1558 bis 1980/81 reichte. Das Autorenkollektiv unter Leitung von Siegfried Schmidt konnte sich auch auf eine Vielzahl von Zuarbeiten aus den Sektionen, Instituten und Kliniken stützen. Die Darstellung widerspiegelt eine weite Auffassung von Erbe und Tradition ebenso

---

5 Kulturerbe und Tradition an der sozialistischen Hochschule. Materialien der Konferenz des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen vom 10. und 11. Februar 1977 in Jena. Herausgeberkollegium: Ludwig Elm, Werner Kahle, Siegfried Schmidt, Bolko Schweinitz, Günter Steiger, Dieter Strützel, Jena 1977, S. 18-41.

6 Neubeginn. Die Hilfe der Sowjetunion bei der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1977 (Jenaer Reden und Schriften).

7 Entwicklung der Medizin in Jena 1945-1975, Jena 1978 (Jenaer Reden und Schriften).

8 Schmidt, Siegfried: Das 425. Gründungsjubiläum der Universität Jena und die Aufgaben der Universitätsgeschichte, in: Sozialistische Universität (im folgenden: SU), 3, Oktober 1982, S. 7.

wie das von den Autoren geteilte bzw. respektierte, offiziöse Selbstverständnis der gesellschafts- und hochschulpolitischen Voraussetzungen und Perspektiven um 1980.[9] Die Veröffentlichung der Photographien aller Mitglieder des Akademischen Senats der 300jährigen Alma mater Jenensis von 1858 bildete einen besonders originellen, hochschul- und kunstgeschichtlichen Beitrag zur Tradition der Universitätsjubiläen.[10]

Im unmittelbaren Vorfeld der Jubilarfeier wurde im Oktober 1983 der Entwurf eines Beschlusses von Rektor und Senat „Erbe und Traditionspflege an der Friedrich-Schiller-Universität Jena“ zur Diskussion veröffentlicht. Er knüpfte an einer entsprechenden Entschließung von 1975, der genannten Konferenz von 1977 und den seitherigen Ergebnissen der Bemühungen auf diesen Gebieten an. In drei Abschnitten wurden als Hauptgebiete Erbe und Tradition als organischer Bestandteil des akademischen Lebens, als Gegenstand der Forschung und hinsichtlich der Rolle der Universität in Jena und in der Region genannt. Das unter den Forschungsaufgaben angestrebte Zentrum für klassische deutsche Philosophie und Literatur wurde 1986 konstituiert und insbesondere durch seine Klassikseminare und die daraus hervorgegangene Schriftenreihe öffentlich und nachhaltig wirksam.[11]

Die Festwoche zum Jubiläum fand vom 25. September bis 3. Oktober statt. Die Fakultäten des Wissenschaftlichen Rates verliehen die Ehrendoktorwürde an den Pathologen und langjährigen Rektor, Franz Bolck, die HNO-Ärztin Rosemarie Albrecht, den Literaturwissenschaftler und Hochschulpolitiker Wilhelm Girnus und den Chemiker Gerhard Keil. Als ausländische Wissenschaftler empfingen diese Ehrung der Mathematiker Aleksander Pelcynski (Polen), der Mediziner Jewgeni I. Tschasow (UdSSR) und der Chemiker Otto Vogl (USA). Die Ehrenmedaille der FSU erhielt u.a. der Historiker Max Steinmetz für seine Verdienste um die Erforschung und Darstellung der Geschichte der Jenaer Universität.

Ab 1983 erschienen die Hefte einer neuen Schriftenreihe zur Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte.[12] Tagungen, Sondervorlesungen und Veröffentlichungen waren seit den siebziger Jahren u. a. Ernst Abbe, Gottlob Frege, Johann Wolfgang Doebereiner, Paul Johann Anselm Feuerbach, Ernst Haeckel, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Friedrich Wilhelm Joseph Schelling und Otto Schott gewidmet. Darüber hinaus wurden Publikationen zu Disziplinen, Kunstschätzen und bewahrenswerten Traditionen, aber auch von und zu Persönlichkeiten wie Theo Becker, Franz Bolck, Günther Drefahl, Ricarda Huch, Heinz Kessler und Friedrich Zucker, herausgegeben. Eine Reihe von Medaillen und Münzen würdigten Persönlichkeiten, künstlerisches Erbe und Traditionen der Universitätsgeschichte. Aus Anlaß des 35. Jahrestages der Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) fand am 12. Oktober 1984 ein Treffen von Absolventen der Jenaer ABF statt. Gerhard Fließ stellte eine Veröffentlichung mit den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprachen, einer Rede des Direktors Heinz Kessler von Ende 1950, Äußerungen von Zeitzeugen sowie einer Chronologie zur ABF-Geschichte in Jena zusammen.[13]

Bilanz und Standortbestimmung 1985

Ein sichtbares Zeichen, friedliche und gegenseitig nutzbringende zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu fördern, setzte die Universität am 17. September 1985 mit der Verleihung der Ehrendoktor-

---

9 Alma mater Jenensis. Geschichte der Universität Jena, hrsg. von Siegfried Schmidt in Verbindung mit Ludwig Elm und Günter Steiger, Weimar 1983.

10 Wahl, Volker: Das Fotoalbum der akademischen Senatsmitglieder von 1858. Dokumentation zur Frühgeschichte der Fotografie in Jena, Jena 1983.

11 Vgl. den Wortlaut des Beschlußentwurfs in: SU, 4, Oktober 1983, S. 7.

12 Alma mater Jenensis. Studien zur Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte, hrsg. i.A. des Rektors von Siegfried Schmidt unter Mitwirkung von Leni Arnold, Heft 1, Jena 1983; Heft 2, 1983. Die Universität Leipzig gab 1987-1989 drei Hefte einer solchen Schriftenreihe heraus; Heft 1 enthält einen Beitrag von Günter Steiger über Carl Ludwig Sand sowie einen Nachruf auf Steiger aus der Feder von Werner Fläschendräger: Leipziger Beiträge zur Universitätsgeschichte, H. 1, Leipzig 1987, D. 62-65 sowie S. 93.

13 Lebendiges Erbe. Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zum 40. Jahrestag der Neueröffnung der Alma mater Jenensis. Zusammengestellt und bearbeitet von Gerhard Fließ, Jena 1985 (Jenaer Reden und Schriften).

würde an Otto Wolff von Amerongen, Vorsitzender des Vorstandes der Otto Wolff AG, Präsident des Industrie- und Handelstages und Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft in der Bundesrepublik. In der vom Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates, Manfred Weißbecker, vorgetragenen Laudatio wurden Wolffs Verdienste um den Welthandel und die Völkerverständigung gewürdigt.[14]

Der 40. Jahrestag der Neueröffnung der Universität Jena wurde am 14. Oktober 1985 mit einer Festveranstaltung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen im traditionsreichen Volkshaus begangen. Die Festrede hielt Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED. Ihm war zuvor die Ehrendoktorwürde der Mathematisch-Naturwissenschaftlich-Technischen Fakultät verliehen worden.[15]

Dem ehemaligen Chef der Sowjetischen Militäradministration in Thüringen (SMATh), Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko, war gelegentlich seines Besuches anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung des KZ Buchenwald im April 1965 die Ehrenmedaille der Friedrich-Schiller-Universität verliehen worden. Er weilte im Mai 1975 – 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – erneut in Jena und überließ der Universität einen größeren Aufsatz zu ihrem Neubeginn 1945.[16] Kolesnitschenko war Gast der 425-Jahrfeier 1983. Die Universität widmete ihm 1983 eine von Heinz Rodewald, Berlin, entworfene Medaille aus Meißner Porzellan. Sie zeigt auf der Vorderseite sein Porträt aus der Zeit des Dienstes in der Roten Armee; auf der Rückseite finden sich die stilisierte Nordseite des Universitätshauptgebäudes, die Inschrift der Universität, die Jahreszahlen 1945 und 1985 sowie „Neueröffnung".

Bemerkenswerte Informationen aus neu erschlossenen Quellen vervollkommnen Einzelaspekte seiner Biographie. Auf der Grundlage von Dokumenten-Veröffentlichungen aus sowjetischen Archiven[17] wurde bekannt, daß Kolesnitschenko 1947 und 1948 Eingaben zu Problemen der Besatzungspolitik an die Abt. für Auswärtige Beziehungen des ZK der KPdSU gerichtet hatte. In ein 60seitiges „Memorandum zu Fragen der politischen Praxis in Deutschland" vom November 1948 nahm er einen längeren Auszug aus seinem vorjährigen Schriftstück auf. Er erwähnte darin, daß Werner Eggerath unmittelbar nach seiner Wahl zum thüringischen Ministerpräsidenten ihn nach Möglichkeiten zur Entlassung inhaftierter Deutscher gefragt habe.

Kolesnitschenko wies auf weitere Bemühungen von Angehörigen sowie von Politikern und SED-Organisationen um die Freilassung von Verhafteten hin. Die Gesuche bezeugten,

> *daß man sowohl in der breiten Masse der Deutschen als auch im fortschrittlichen Teil der deutschen Bevölkerung das Vorgehen unserer Sicherheitsorgane mißbilligt; ganz zu schweigen davon, daß diese Methoden der antisowjetischen Propaganda sowohl in unserer Zone als auch im übrigen Deutschland Nahrung geben"*. Er glaube, daß *„das ‚rätselhafte Verschwinden von Deutschen'"* zum Verlust an Popularität führe; es mache *„die Deutschen uns gegenüber nur mißtrauisch und läßt sie glauben, daß die NKGB-Organe auf dem Territorium Deutschlands Willkür üben"*.[18]

Der General formulierte Mindesterwartungen an den Umgang mit Verhafteten und gegenüber den Angehörigen. Wären sie damals beachtete worden, hätten noch wesentliche Korrekturen der sowjetischen Besatzungspolitik und insbesondere der Praxis der Speziallager in der SBZ stattfinden

---

14 Vgl. die Berichte über die Ehrenpromotion in: SU, 3, 10. Oktober 1985, S. 1 f.

15 40 Jahre Hochschulwesen der DDR. Festveranstaltung aus Anlaß des 40. Jahrestages der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 14. Oktober 1985 in Jena, Jena 1985 (Jenaer Reden und Schriften).

16 Kolesnitschenko, Iwan S.: Der Neubeginn der Friedrich-Schiller-Universität Jena nach dem zweiten Weltkrieg, in: Neubeginn, a. a. O., S. 9-26.

17 Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter S. Tulpanov, hrsg. von Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov, Norman M. Naimark, Bonn 1997, S. 196 f. (Archiv f. Sozialgeschichte, Beiheft 20).

18 Badstübner, Rolf: Vom „Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 240.

können. Dazu kam es nicht. Für das Bild vom Ehrenbürger der Stadt Jena, Ehrensenator der Universität und seinen Platz in der Universitätsgeschichte ist das bisher geheime Wissen indes nicht unerheblich.

Aus neueren Quellenveröffentlichungen liegen authentische Einblicke in das Engagement von Otto Schwarz im Präsidialrat und in der Volkskammerfraktion des Kulturbundes vor. Zu den Auseinandersetzungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 an den Universitäten und Hochschulen der DDR – darunter in Jena – hatte Werner Fritsch bereits vor zehn Jahren geschrieben und dies – gemeinsam mit Werner Nöckel – für unsere Universität später noch dokumentarisch erweitert.[19] Nunmehr wird nach einem halben Jahrhundert wieder der verschiedenen Erschütterungen und dramatischen Ereignisse des Krisen-jahres 1956 gedacht. Otto Schwarz gehörte damals der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Präsidialrat des Kulturbundes an. In der Präsidialratssitzung am 20. April 1956 kritisierte er die Bürokratisierung, insbesondere im Bereich der Forschung. Schwarz warnte vor Euphorie bezüglich der Kernenergie, da „die Lösung dieses Problems durch einen Engpaß hindurchgeht, der lebensgefährlich für die ganze Menschheit" und dessen Überwindung noch nicht absehbar ist.[20]

Am 21. Juni 1956 ging es im Präsidialrat um gesamtdeutsche Themen. Otto Schwarz sprach über den seit 1952 in der Bundesrepublik bestehenden Deutschen Kulturtag. Das war ein gesamtdeutsch orientierter Gesprächskreis von Intellektuellen, der unter Adenauers Mitte-Rechts-Regierungen diskriminiert und schließlich auch nicht sonderlich wirksam wurde. Als Gast des Präsidialrates beteiligte sich der Vorsitzende des westdeutschen Kulturbundes und Darmstädter Verleger, der spätere Ehrendoktor der Universität Jena (1964), Johann Fladung, an der Debatte. Er benannte differenzierte und widersprüchliche Tendenzen in Gruppen der Intelligenz der Bundesrepublik. Viele von ihnen begrüßten die Wendung in der Sowjetunion und der DDR seit dem XX. Parteitag der KPdSU. Dies geschähe jedoch nicht ohne die Skepsis,

> *„ob es eine ernsthafte Wende ist und nicht die Gefahr des Rückfalls in vergangene Zeiten besteht". „Sie sagen. Wir möchten, daß Ihr recht habt."* Fladung fügte hinzu, *„Sie müssen auch mich verstehen, daß das zunächst nur ein Wunsch ist. Ob es echt ist, werden wir erleben."*[21]

Die Vorbehalte erwiesen sich im weiteren Fortgang der Geschichte als durchaus begründet.

Schließlich sollte nicht unerwähnt bleiben, daß Helmut Kohl im ersten, vor zwei Jahren erschienenen Band seiner Erinnerungen (1930-1982) in bemerkenswerter Weise eines Lehrers am Gymnasium Ludwigshafen gedachte:

> *„Eine der seltsamsten Erfahrungen meines Lebens ist, daß in dieser Nachkriegszeit, in der alles umgestülpt schien, eines Tages in unserem Gymnasium ein neuer Lehrer auftauchte, der großen Eindruck auf mich machte: Dr. Otto Stamfort, Jude und Kommunist, Mathematiker und Physiker."* Dieser habe unweit seines Elternhauses gewohnt. *„Ich besuchte meinen Mathelehrer, den überzeugten Marxisten, wöchentlich in seiner Wohnung, um mit ihm und einem kleinen Kreis von anderen Schülern über Politik und Philosophie zu diskutieren – parallel zu meinen Besuchen bei Finck im Pfarrhaus. Bei Stamfort lernte ich übrigens Max Reimann kennen, den Vorsitzenden der KPD."*[22]

---

19 Fritsch, Werner: Chancen hochschulpolitischer Veränderungen in der DDR, in: Universität im Zwiespalt von Geist und Macht, a. a. O., S. 87-95; Antistalinistische Opposition an der Universität Jena und deren Unterdrückung durch SED-Apparat und Staatssicherheit (1956-1958). Eine Dokumentation von Werner Fritsch und Werner Nöckel, hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 2000.

20 Prokop, Siegfried: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz, Berlin 2006, 5. 247 (Edition Zeitgeschichte Bd. 32).

21 Ebenda, S. 262. Alt-Rektor Otto Schwarz verstarb 83jährig am 7. April 1983; vgl. den Nachruf in: SU, 18, 17. Mai 1983, S 1.

22 Kohl, Helmut: Erinnerungen 1930–1982, München 2004, 5. 61. *„Otto Stamfort, Jahrgang 1901, war 1933 nach Frankreich emigriert. Nun rief er in der Französischen Zone die Freie Deutsche Jugend, den kommunistischen*

Nicht wenige von uns erinnern sich gern und dankbar an das Wirken von Otto Stamfort (1901–1981), des antifaschistischen Emigranten und Kommunisten. Er war nach dem Wechsel in die SBZ in den fünfziger und sechziger Jahren an der Jenaer Universität als Prorektor für Studienangelegenheiten und Hochschullehrer für Methodik des Mathematikunterrichts tätig.

Abschließend sei noch einmal bekräftigt: Es ist beabsichtigt, den Zyklus von Konferenzen der RLS Thüringen zur Jenaer Universitätsgeschichte seit 1945 im Jahr 2007 mit einer Tagung zur Wende an der Friedrich-Schiller-Universität und in ihrem lokalen Umfeld – also etwa zu den Jahren 1988 bis 1992 – fortzusetzen und abzuschließen. Es besteht ein großes Interesse der Veranstalter an persönlichen Erinnerungen und Erfahrungen, aber auch am jeweiligen Blick auf die von der Zäsur ausgehenden Wirkungen auf Institutionen, Forschungsgebiete, Ausbildungsrichtungen und individuelle Schicksale von Studierenden, Mitarbeitern und Hochschullehrern. Der Veranstalter ist an Anregungen für das Konzept der Konferenz sowie an Angeboten für Mitarbeit und Beiträge interessiert. Hiermit ist die Voreinladung für die Mitwirkung sowie für die Teilnahme an dieser weiteren Zusammenkunft ausgesprochen.

Gemeinschaftlich bewegte Wissenschaft, Resultate und Erfahrungen gesellschaftswissenschaftlicher Forschung in den 1970er und 1980er Jahren an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2007, S. 133-142.

Jugendverband, ins Leben. Seine Frau, Hilde Stamfort, gehörte der pfälzischen Bezirksleitung der KPD an. 1947 trat Otto Stamfort an die Spitze des FDJ-Landesverbands. Mich versuchte er nie umzubiegen. Er respektierte, daß ich politisch auf einem anderen Dampfer war." (Ebenda) Nach dem Weggang in die SBZ im Mai 1948 hätten sie noch viele Jahre miteinander korrespondiert, und 1969 habe Stamfort ihm zur Wahl als Ministerpräsident gratuliert. In Jena *„zählte übrigens Michael Kohl, der von 1974 bis 1978 Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn war, ebenfalls zu den Schülern Stamforts, wie ich zufällig bei einer Begegnung mit meinem Namensvetter herausfand* „ (Ebenda, W. 62)

Der Genozid an den Armeniern 1915/16 ...

... im Osmanischen Reich dem Verbündeten des deutschen Kaiserreichs während des europäischen Völkermordens

Der historische Hintergrund

Noch ein Jahrhundert danach gibt es andauernde Kontroversen um die Frage, ob 1915/16 in der Türkei ein Völkermord an der armenisch-christlichen Minderheit stattgefunden hat. Während die Frage in der Türkei offiziell verneint wird sowie andere Antworten unterdrückt und kriminalisiert werden, steht für die überwältigende Mehrheit der Historiker, Publizisten und Politiker außerhalb des Landes, für eine kleine, mutige Minderheit in der Türkei sowie für die armenische Diaspora in allen Teilen der Welt das Ja fest. Die christlichen Armenier waren wie andere ethnische und religiöse Minderheiten im Osmanischen Reich – Bulgaren, Griechen, Serben u. a. – als Staatsbürger nicht gleichberechtigt sowie der Willkür und Ausplünderung seitens Grundbesitzern, Bürokratie und der herrschenden politischen Kaste ausgesetzt. Immer wieder kam es lokal und regional zu Ausschreitungen und Massakern, darunter mit zahlreichen Opfern 1895/96 und 1909.

„*Osmanisches Reich* oder Türkei, Großsultanat (Kaiserreich), umfasst einen Teil der Balkanhalbinsel, Kleinasien, Teile von Armenien und Kurdistan, Mesopotamien, Syrien, den westl. Küstenstrich Arabiens, Ägypten und Tripolis."

„In Europa gehören zum O. R., außer dem tributären Fürstentum Bulgarien sowie den von Österreich-Ungarn besetzten Gebieten Bosnien, Herzegowina und Novipazar, an unmittelbaren Besitzungen 168.000 qkm mit 5,6 Mill. E. (27 auf 1 qkm); sie bestehen aus den Landschaften Albanien, Macedonien, dem südl. Thrazien sowie der Insel Kreta. Der festländische Teil ist keine natürliche Einheit, sondern ein willkürlich herausgeschnittener Teil der Balkanhalbinsel."

(Brockhaus' Konversationslexikon. Vierzehnte vollständig neubearbeitete Auflage. Zwölfter Band, Leipzig, Berlin und Wien 1894, S. 672 ff.: *Osmanisches Reich*)

Das um 1300 von der Dynastie der Osmanen begründete türkische Großreich umfasste seit Jahrhunderten Im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika zahlreiche Territorien, Nationalitäten und Konfessionen. Es war infolge seiner erstarrten feudalabsolutistischen Grundstruktur seit Beginn des 19. Jahrhunderts in chronische krisenhafte und Zerfallsprozesse eingetreten und zum Schlüsselproblem der *orientalischen Frage* geworden. Es kam zu Kriegen, darunter – unterstützt von Großbritannien und Frankreich – 1853-1856 sowie erneut 1877/78 mit Russland, 1876 mit Serbien und Montenegro; wiederholt wurden Aufstände in unterdrückten Regionen blutig niedergeschlagen (Bosnien, Herzegowina, Bulgarien, Makedonien). Nach dem russisch-türkischen Krieg hatte Russland im Frieden von San Stefano im März 1878 ein Schutzrecht für die im Osmanischen Reich bedrängten Armenier erwirkt. Der Berliner Kongress europäischer Großmächte im Juni/Juli 1878 legte der Türkei Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten sowie anderen Mächten zur Kontrolle über deren Erfüllung auf. Sie waren in der Folgezeit aufgrund der Macht- und Rechtsverhältnisse sowie von Sonderinteressen und Rivalitäten von keiner Seite eingehalten worden. Die Jungtürkische Revolution 1908 beendete das barbarische Regime von Sultan Abdul Hamid II. Die neue, radikal nationalistische Führung enttäuschte jedoch bald und schließlich auf zuvor unvorstellbare Weise die Erwartungen der Minderheiten auf gesicherte Lebens-, Menschen- und Bürgerrechte. Das Osmanische Reich verlor bis zum Ersten Weltkrieg weiterhin an Territorien, Zusammenhalt und Autorität.

Repression, Ungerechtigkeit und Verelendung bildeten auch den Nährboden für armenischen Nationalismus sowie prorussische und vereinzelte extremistische Zusammenschlüsse und Aktivitäten von Armeniern. Sie dienten den Herrschenden immer wieder als Vorwand für Unterdrückungsmaßnahmen und Ausschreitungen. Nach der Jungtürkischen Revolution und territorialen Verlusten in den Balkankriegen von 1912/13 bildeten das Kriegsrecht, das Verbot der Parteien sowie die rigorose Türkifizierung die fortschrittsfeindliche Reaktion auf die Auflösungserscheinungen der ehemaligen Weltmacht. Ein militanter türkischer Nationalismus, ethnisch-kulturell und konfessionell untersetzt, wurde zum politisch-ideologischen Kern der Strategie und Politik der herrschenden Junta. Diese initiierte und leitete schließlich – im Schatten des Ersten Weltkrieges – die als Umsiedlung inszenierte und bis heute offiziell verharmlosend so bezeichnete planmäßige Vertreibung und Vernichtung der Mehrheit der armenischen Bevölkerung.

Der Theologe und Orientalist Johannes Lepsius, Sohn des Begründers der Ägyptologie in Deutschland, Karl Richard Lepsius, wurde seit den 1880er Jahren im Nahen Osten seelsorgerisch, karitativ und politisch tätig. Er war Mitbegründer der Deutschen Orientmission sowie 1914 der Deutsch-Armenischen Gesellschaft in Berlin; 1896/97 schuf er unter dem Eindruck einer Welle von Massakern und Ausschreitungen das Armenische Hilfswerk. Lepsius wurde zu einem herausragenden Ankläger der Verbrechen des Osmanischen Reiches gegenüber der christlich-armenischen Minderheit und mutigen Initiator solidarischer Hilfe. Seit 1896 publizierte er Berichte und Dokumentationen über diese Vorgänge. Sie erschienen in mehreren Ländern; die Schrift über den Völkermord von 1915/16 wurde im August 1916 von der deutschen Zensur verboten. 1919 brachte er im Auftrag des Auswärtigen Amtes *Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke* heraus.

Deutsches Kaiserreich als Verbündeter von Abdul Hamid II. und Jungtürken

Die vom Berliner Kongress 1878 europäischen Großmächten zugewiesene Mitverantwortung für Entwicklungen im Osmanischen Reich gewann politisch und moralisch für das Deutsche Reich an Gewicht, als es in der Folgezeit eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet entwickelte. Die unter persönlicher Protektion Wilhelms II. verfolgte Expansionslinie im Nahen Osten und der zunehmend engere Zusammenschluss des Deutschen und des morschen wie gewalttätigen Osmanischen Reiches zeitigten langfristige außen- und innenpolitische Wirkungen. Die Erschütterungen und unablässigen schweren Menschenrechtsverstöße im Herrschaftsbereich der Hohen Pforte wirkten auf Debatten und Auseinandersetzungen im wilhelminischen Deutschland ein. Das trat bereits in der Phase verschärfter Repressionen und opferreicher Verfolgungen der Armenier 1895/96 deutlich hervor, die in deutschen Parteien und Medien kontroversen Widerhall auslösten.

„Es war am 30. September 1895, als die in Konstantinopel ansässigen Armenier dem Großwesir eine Petition zu überreichen suchten, in welcher die Klagen und Forderungen des armenischen Volkes mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Berliner Vertrags vom Jahre 1878 dargelegt waren. Der Zug der Armenier wurde aufgehalten und zersprengt, etliche erschossen, 500 Demonstranten aber arretiert. Das war das Signal zu den allgemeinen Metzeleien, die in zehn Provinzen des türkischen Reichs über die wehrlose armenische Bevölkerung verhängt wurden.“ (E. Bernstein/O. Umfrid, 2005, S. 60) Otto Umfrid verband seine Anklage im September 1896 in Stuttgart mit der Kritik an deutschen Politikern, Beamten und Militärs: „Welche Begeisterung wäre durch das deutsche Volk gebraust, wenn man erfahren hätte, dass ein kaiserliches Telegramm den Abscheu über unerhörte Taten ausgesprochen und dem blutigen Frevel Halt geboten hätte! Statt dessen stehen unsere Beamte in den Diensten der Türkei und unsere Offiziere lassen sich dazu herbei, die türkischen Mordwaffen zu schärfen. Statt dass man die Beziehungen mit jener blutbefleckten Mißregierung abgebrochen hätte, wagt man es, dem deutschen Volk zu sagen, dass wir in einem Freundschaftsverhältnis zum osmanischen Reiche uns befinden. Kann auch ein ehrlicher Mensch der Freund eines Mörders heißen?“ (Ebenda, S. 66)

Die Spannungen und Exzesse dauerten mit wechselnder Intensität an, ohne von offizieller deutscher Seite nennenswerte Schritte gegenüber Konstantinopel auszulösen. Die mehrwöchige und mit großem Gefolge inszenierte Nahostreise Wilhelm II. im Oktober/November 1898 bezeugte das Gegenteil von jener Haltung, wie sie Umfrid als begrüßenswert bezeichnet hatte. Sie führte ihn nach Konstantinopel (Istanbul), Jerusalem, Damaskus sowie weiteren Städten und historischen Plätzen. Wenig mehr als zwei Jahre nach der Welle blutiger Exzesse gegen Armenier ließ sich der deutsche Kaiser vom Hauptverantwortlichen für die Verbrechen, Sultan Abdul Hamid II., prunkvoll und freundlich empfangen und erwiderte dies mit seinen Auftritten und Gesten. Es wurde ein Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen sowie das Ende der achtziger Jahre unter Federführung der Deutschen Bank eingeleitete und mit einer Reihe deutscher Unternehmen realisierte Projekt der Bagdadbahn weiter befördert.

Als das übrige Europa 1898 wegen der antiarmenischen Massaker eine Intervention forderte, schrieb später Henry Morgenthau, während des Weltkriegs Botschafter der USA in der Türkei und einer der prominentesten Zeugen der Geschehnisse von 1915/16, „war Kaiser Wilhelm II. nach Konstantinopel

gereist, hatte Abdul Hamid besucht, die höchsten Orden an dessen Brust geheftet und ihn auf beide Wangen geküsst. Der gleiche Kaiser, der dies 1898 fertig gebracht hatte, saß 1915 noch auf dem Thron und war nun Verbündeter der Türkei. Somit waren die christlichen Bevölkerungsgruppen den Türken zum ersten Mal seit 200 Jahren auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Endlich war die Zeit gekommen, aus der Türkei ein Land ausschließlich für Türken zu machen." (J. Berlin/A. Klenner, 2006, S. 366)

Der Literatur- und Philosophiehistoriker und Schriftsteller Georg Brandes sprach auf Einladung des Vereins armenischer Studenten in Europa am 2. Februar 1903 in Berlin über „Armenien und Europa". Er sah sich zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen die andauernde barbarische Unterdrückung der Armenier veranlasst. Es gehe um Verbrechen, die in Europa weithin unbekannt geblieben waren: „Wie Sie alle wissen, ist das türkische Armenien während der letzten zehn Jahre der Schauplatz solcher Greuel gewesen, derengleichen die beglaubigte Weltgeschichte kaum aus den rohesten Zeiten vermeldet. Bevor wir es erlebten, hatte keiner für möglich gehalten, daß eine ganze Bevölkerung solchermaßen Gegenstand von Aussaugungen, Folter und Massenmord werden könnte. Das Blut von Hunderttausenden schreit zum Himmel." (G. Brandes, 2005) Die freundschaftliche Verbundenheit mit Deutschland habe der Türkei bei allem freie Hand gelassen. Europa werde den hinsichtlich des armenischen Volkes im Osmanischen Reich übernommenen Verpflichtungen in keiner Weise gerecht. Brandes würdigte einzelne kritische Stimmen wie die von Eduard Bernstein und Johannes Lepsius und fügte hinzu: „Nichtsdestoweniger wäre ohne das herzliche Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem türkischen Kabinett das gröbste politische Verbrechen des letzten Jahrhunderts eine Unmöglichkeit gewesen." (Ebenda)

Das Bündnis beider Staaten wurde im Weltkrieg fortgesetzt und intensiviert, nachdem die Türkei im Herbst 1914 an der Seite Deutschlands und Österreichs in den Krieg eingetreten war. Die deutsche Verantwortung erhöhte sich auch dadurch, dass die 1878 gleichfalls als Schutzmächte der Armenier benannten Staaten Russland und Großbritannien als Feindstaaten des Osmanischen Reiches ihre Mitverantwortung nicht mehr wahrnehmen konnten. 1913 nahm eine deutsche Militärmission in Konstantinopel ihre Arbeit auf, die während des Krieges auf etwa 800 Offiziere und 12.000 Soldaten anwuchs. Die starke deutsche Militärpräsenz wirkte auf allen Stufen und Gliederungen der militärischen Hierarchie und Heeresteile sowie bis in die Provinzen des islamischen Landes. Unter diesen Voraussetzungen berührten alle folgenden Geschehnisse im Kriegsverlauf – an den Fronten wie im Innern der Türkei – auch das Bündnis, die Rolle und die Verantwortung des Deutschen Reiches.

Es gibt von deutschen Diplomaten, Militärs und Dienststellen hinsichtlich der Exzesse gegen die Armenier durchaus etliche Zeugnisse der Bestürzung, Kritik und Besorgnis angesichts menschenverachtender Willkür und möglicher politischer Auswirkungen sowie Vorschläge für Schritte gegenüber dem osmanischen Partner. Zugleich nahmen Generäle, Offiziere und Soldaten des deutschen kaiserlichen Heeres an Untaten gegenüber Wehrlosen teil oder wurden im Zusammenwirken mit dem türkischen Militär und Behörden mitschuldig. Informationen über Charakter und Ausmaß der mörderischen Verfolgungen ebenso wie diese Mithaftung wurden durch die Reichsregierung und militärische Führung gegenüber der Bevölkerung im Deutschen Reich verboten und unterbunden. Repression und *Burgfrieden* sicherten, dass die Parteien, Politiker und Presse – von seltenen Ausnahmen abgesehen – die Desinformationen und Lügen hinnahmen bzw. unterstützten. Diesen komplexen und kritikwürdigen Vorgängen und Sachverhalten wird hierzulande bis heute in historisch-politischen und geschichtswissenschaftlichen Darstellungen bis in Medien, politische Bildung und Schulbücher unzureichend entsprochen.

Der Genozid von 1915/16

Die vereinzelt mögliche oder erfundene, jedenfalls absichtsvoll übertriebene Gefahr eines Aufstandes von Armeniern während des Krieges war der Gegenstand einer dreitägigen geheimen Beratung der maßgeblichen Politiker des jungtürkischen Komitees „Einheit und Fortschritt" Mitte Februar 1915 unter dem Vorsitz von Innenminister Talât Pascha. Sie wurde zum Vorwand verhängnisvoller Entscheidungen. Zwar trugen einzelne Teilnehmer – u. a. mit Hinweis auf den ungewissen Verlauf und

Ausgang des Krieges – Bedenken gegenüber einer umfassenden Vernichtungsstrategie vor, die meisten Redner plädierten jedoch für eine totale Vernichtung ohne Rücksicht auf Alte, Kinder und Frauen; der äußere Krieg böte dafür günstige Bedingungen. Am Ende der Beratung wurde das Programm zur weitgehenden Ausrottung der Armenier einstimmig angenommen und eine Kommission zur Vorbereitung und Ausführung der Maßnahmen eingesetzt. Am 15. April 1915 erging ein geheimes Schreiben an die Gouvernements und Kreise, in dem das Vorgehen „gegen unsere heimtückischen und ungläubigen Feinde“ sowie der Beginn des Programms, „dieses fremde Element auszurotten“, für den 24. April bei Sonnenaufgang angekündigt wurde.

Die Verhaftung armenischer Geschäftsleute, Politiker und Intellektueller am 24. April 1915 in Konstantinopel eröffnete die bald landesweiten Ausschreitungen sowie Deportationen der armenischen Bevölkerung aus Städten, Dörfern und Provinzen. Nach Übergriffen und Exzessen in den jeweiligen Ortschaften gerieten sie zu Todesmärschen, deren Reihen in Richtung auf die syrische Wüste durch Durst, Hunger, Krankheiten, Überfälle, Entführungen, Vergewaltigungen und Morde gelichtet wurden. Ihre Stationen und Zielorte wurden Sterbefelder und Friedhöfe. Armenier wurden entrechtet und enteignet sowie Hunderte ihrer Dörfer, christlichen Klöster und Kirchen zerstört. Inzwischen ist der 24. April der international begangene Tag des Gedenkens an die Leiden und Opfer des armenischen Volkes im Osmanischen Reich.

Gegen die Vorbehalte des deutschen Botschafters gestattete die Regierung in Berlin Pfarrer Johannes Lepsius im Juli/August 1915 eine Reise in die Türkei und unterstützte ihn bei seinem Bemühen, eine Audienz bei Enver Pascha, einem Hauptverantwortlichen des Regimes, zu erhalten. Der Minister und führende Vertreter von „Einheit und Fortschritt“ gewährte dem deutschen Pfarrer mit Rücksicht auf den bündnispolitischen und internationalen Hintergrund das Gespräch. Lepsius verwies in einer leidenschaftlichen Anklage auf die bis dahin bekanntgewordene Drangsalierung und Tötung von Hunderttausenden unter dem Vorwand ihrer Umsiedlung. Den mutigen, aber schließlich vergeblichen Auftritt von Lepsius hat Franz Werfel in einem Kapitel seines Romans dokumentarisch nachgestaltet. Der Schriftsteller lässt aufscheinen, wie alle menschlichen Erwägungen an dem von Enver Pascha personifizierten machtpolitischen Zynismus und barbarischen Nationalismus der Junta abprallten.

„Ich werde Ihnen eine Gegenfrage stellen, Herr Lepsius. Deutschland besitzt glücklicherweise keine oder nur wenig innere Feinde. Aber gesetzt den Fall, es besäße unter anderen Umständen innere Feinde, nehmen wir an Francoelsässer, Polen, Sozialdemokraten, Juden, und zwar in größerer Menge, als das der Fall ist. Würden Sie da, Herr Lepsius, nicht jegliches Mittel gutheißen, um ihre schwerkämpfende, durch eine Welt von äußeren Feinden belagerte Nation vom inneren Feinde zu befreien? Würden Sie es dann auch so grausam finden, wenn man die für den Kriegsausgang gefährlichen Bevölkerungsteile einfach zusammenpackte und in entlegene, menschenleere Gebiete verschickte?“

(Enver Pascha gegenüber J. Lepsius, Sommer 1915 nach F. Werfel, 1933)

Die deutsche Reichsregierung und vor allem das Auswärtige Amt gehörten von Anbeginn zu den über das unmenschliche Vorgehen der türkischen Behörden und der mit ihrem Einvernehmen agierenden paramilitärischen Trupps von Türken, Tscherkessen und Kurden am besten informierten Institutionen der Welt. Das ergab sich aus Berichten der Botschaft und der Konsulate sowie der Dienststellen des Heeres. Die Verantwortung dafür, die Verbrechen zu dulden und zu beschweigen, wiegt umso schwerer. In den Vorgaben des Kriegspresseamtes für die Pressekonferenzen ausgewählter Journalisten hieß es am 7. Oktober 1915, dass die „freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei“ wegen der „Armeniergreuel“ „nicht nur nicht gefährdet, sondern im gegenwärtigen, schwierigen Augenblick nicht einmal geprüft werden“ dürfen. Wenn später Angriffe wegen „deutscher Mitschuld“ kämen, „muss man die Sache mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandeln und stets hervorheben, dass die Türken schwer von den Armeniern gereizt wurden.“ Die amtliche Zensurstelle reichte am 23. Dezember 1915 nach: „Über die armenische Frage wird am besten geschwiegen. Besonders löblich ist das Verhalten der türkischen Machthaber in dieser Frage nicht.“ (J. Berlin/A. Klenner, 2006, S. 372)

Eine mutige und offensive Position nahm der „Botschafter in außerordentlicher Mission in Konstantinopel“, Wolff-Metternich, in einem Bericht an Reichskanzler Bethmann Hollweg vom 7. Dezember 1915 ein. Unmittelbar nach Gesprächen mit leitenden türkischen Politikern bestätigte er die Meldun-

gen über Charakter und Ausmaß der „Armeniergreuel“, übermittelte einen Textvorschlag für eine wahrheitsgemäße und kritische, offiziöse Erklärung in der regierungsnahen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* und forderte weniger Rücksichtnahme auf die türkische Führung. Leitende Beamte des Auswärtigen Amtes merkten an, der vorgeschlagene Text sei „vor Veröffentlichung zu mildern“ und der Schluss müsse „freundlicher für die türkische Regierung gehalten sein“. Die interne Stellungnahme des Reichskanzlers vom 17. Dezember brach die Initiative und die Erwägungen brutal ab. Er ging davon aus, dass die Schelte „eines Bundesgenossen während eines laufenden Krieges“ in der Geschichte noch nicht dagewesen sei: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht. Bei länger andauerndem Kriege werden wir die Türken noch sehr brauchen.“ (J. Berlin/A. Klenner, 2006, S. 370)

Nicht zufällig kamen frühzeitig Vermutungen über eine Mit-Urheberschaft Deutschlands am Massenmord und Befürchtungen über deren spätere internationale Offenlegung auf. In seinem Bericht aus Konstantinopel vom Dezember 1915 schrieb Wolff-Metternich auch, es werde „im Lande verbreitet, die Deutschen wünschten die Massakres.“ (Ebenda, S. 368) Florentine Fritzen besprach eine neuere Veröffentlichung einschlägiger Dokumente (W. Gust, 2005) in der FAZ vom 20. Juni 2005: „Unbeschreibliches Elend. Das Wilhelminische Kaiserreich duldete 1915/16 den türkischen Völkermord an den Armeniern“ und bemerkte, dass die Texte von damals den Leser oft schaudern lassen: „Mitunter muß mit Blick auf die Dokumente nicht nur von einer Mitschuld des Deutschen Reiches, sondern sogar von Mittäterschaft gesprochen werden.“ Als Beispiel nannte sie die Unterschrift des Chefs des Verkehrswesens (Eisenbahn-Abteilung) im türkischen Großen Hauptquartier, Oberstleutnant Böttrich, vom Oktober 1915 unter einen Befehl zur Deportation armenischer Eisenbahnarbeiter.

Fundierte Schätzungen von Zeitgenossen und Autoren verschiedener Länder gehen davon aus, dass von den zuvor etwa 2, 5 Millionen Armeniern im Osmanischen Reich 1915/16 bis zu anderthalb Millionen umgebracht wurden. Hunderttausende flohen ins Ausland. Vor allem in Westeuropa und den USA wuchs eine stattliche Dispora heran, aus der inzwischen nicht wenige namhafte Künstler und Wissenschaftler hervorgingen. Die Tragödie gehört zu aufrüttelnden Ereignissen des Übergangs in das „Jahrhundert der Extreme“. Für das Deutsche Reich bedeutete es nach den Exzessen in China 1900 und dem Völkermord an den Hereros in Südwestafrika 1904 bis 1907 sowie eingebettet in den Ersten Weltkrieg einen weiteren Schritt in die Barbarei.

Nach den Verbrechen: Kriegsverlierer und Angeklagte

Das Ende des Ersten Weltkriegs beendete das Osmanische Reich – wie des deutschen Kaiserreichs, der Donaumonarchie und zuvor des zaristischen Völkergefängnisses. Die osmanische Staatsführung kapitulierte Ende Oktober 1918 vor der Entente. Auf Drängen der Siegermächte setzte Sultan Mohammed IV. einen Strafgerichtshof zur Sühne der während des Krieges im Landesinneren begangenen Verbrechen ein. Das Gericht verwarf jene Ausflüchte und Rechtfertigungen, die bis heute zum offiziellen türkischen Geschichtsbild gehören. In drei Verfahren wurden wegen „Ausrottung eines ganzen Volkes, das ein eindeutiges Gemeinwesen darstellte“, 17 Todesurteile ausgesprochen und drei davon vollstreckt. „Die Hingerichteten gelten heute als Helden. Die in Abwesenheit zum Tode verurteilten jungtürkischen Führer mit Innenminister Talât und Kriegsminister Enver an der Spitze waren bereits Anfang November 1918 an Bord eines deutschen Schiffes geflohen. Talât ließ sich in Berlin nieder.“ (C. Schmidt-Häuer, 2005, S. 16) Weithin bereits seit 1915/16, spätestens seit 1919 legt die Vielzahl von Zeugen, Berichten, Dokumenten, Prozessen sowie Beweisen von Kritik und Gegenwehr zwingend nahe, die Gesamtheit und Dimension der Vertreibungen, Massaker, Morde und Verbrechen als Völkermord oder Genozid zu bezeichnen.

General Mustafa Kemal stellte sich 1919 an die Spitze des Widerstands gegen die alliierte Besatzung und für einen souveränen türkischen Staat. Er verletzte die im Vertrag von Sèvres vom 10. August 1920 vorgesehenen territorial-ethnischen Begrenzungen und Rücksichten. Nach militärischen Erfolgen gegen Armenier und Griechen sowie der Abschaffung des Sultanats (November 1922) kam es im Frieden von Lausanne vom 24. Juli 1923 zu Kompromissen mit den ehemaligen Feindstaaten. Die

Alliierten ließen nunmehr das Großverbrechen an den Armeniern unerwähnt und hörten auf, den armenischen Anspruch auf Unabhängigkeit zu unterstützen. Für sie wurden antisowjetische und je eigene außenpolitische Interessen vorrangig. Am 29. Oktober 1923 wurde die Türkische Republik unter ihrem Gründer und Führer M. Kemal – seit 1934 mit dem Ehrentitel Atatürk, „Vater der Türken" – ausgerufen. Er modernisierte das Land und prägte dessen seitherige Geschichte. Ein säkularer, ausgeprägt autoritärer und völkischer Nationalismus wurde zum Kennzeichen des „Kemalismus" als herrschender Staatsideologie.

Nach Jahren der Flucht und des Sinnens auf Rache erschoss der 24jährige Armenier Soromon Tehlerjan am 15. März 1921 in Berlin auf offener Straße den emigrierten ehemaligen Innenminister Talât Pascha, einen der Hauptverantwortlichen für das Geschehene. Tehlerjan hatte bei einem Massaker Eltern und Geschwister verloren. Im Juni 1921 fand vor dem Landgericht Berlin der Prozess gegen ihn statt. Heinz Odermann hat den Prozess und sein zeitgeschichtliches Umfeld geschildert: „Der Minister und sein Mörder. Vor dem Schwurgericht in Berlin: Der Genocid am armenischen Volk" (Neues Deutschland vom 2./3. Juni 2001). Als Zeugen entlasteten den Angeklagten u.a. armenische Überlebende, der ehemalige Konsul in Aleppo, Walter Rößler, Feldmarschall Otto Liman von Sanders, Chef der Deutschen Militärmission und Befehlshaber einer türkischen Armee seit 1915, sowie Johannes Lepsius, Vorsitzender der Deutschen Orient-Mission. Die deutschen Augenzeugen hatten in ihren recht unterschiedlichen Wirkungsbereichen in der Türkei versucht, den Vernichtungsorgien entgegenzutreten. Gegen den Antrag des Staatsanwalts auf Todesstrafe sprach das Berliner Gericht angesichts der Vorgeschichte und der Tatumstände S. Tehlerjan frei. Das war ein menschenrechtlicher Lichtblick bei einer Justiz, die sich in jenen Jahren durch mehrheitlich große Nachsicht gegenüber rechtsextremistischen Straftätern selbst diskreditierte und nachhaltig die Republik als Rechtsstaat beschädigt hatte.

Traditionen der Linken

Die sozialistischen und kommunistischen Bewegungen sowie pazifistische und antifaschistische Richtungen und Gruppen können auf bemerkenswerte politische und ideell-moralische Traditionen der solidarischen Verbundenheit mit dem Schicksal des armenischen Volkes, seinen Forderungen nach Freiheit und Menschenrechten, seinen Kämpfen und Opfern, zurückblicken. Das ist vor allem auch in Deutschland ein auffälliger Unterschied zu den konservativ-nationalistischen und rechtsliberalen Strömungen und Parteien und sei an einigen geschichtlichen Episoden und Zeugnissen belegt. Der armenische Sozialdemokrat Jossif Nersessowitsch Atabekjanz (1870-1916) hatte die Schrift von Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" sowie das Manifest der Kommunistischen Partei in seine Muttersprache übersetzt. Engels dankte in einem Brief aus London vom 23. November 1894 dem sich in Stuttgart aufhaltenden Studenten der Agrarwissenschaften für beide Übersetzungen und „für Ihre interessante Darstellung der armenischen Situation". Mangels eigenen Studiums könne er darüber kein Urteil abgeben: „Und dies um so mehr, als es sich hier um ein unterdrücktes Volk handelt, das das Unglück hat, zwischen der Scylla des türkischen und der Charybdis des russischen Despotismus eingekeilt zu sein; wo der russische Zarismus auf die Rolle des Befreiers spekuliert und wo die knechtische russische Presse nie verfehlt, jedes der armenischen Befreiung sympathische Wort zugunsten des erobernden Zarismus auszubeuten." Seine „aufrichtige Privatansicht" sei die, „daß die Befreiung Armeniens von Türken und Russen möglich wird erst an dem Tag, wo der russische Zarismus stürzt." (F. Engels, 1894)

Rosa Luxemburg schrieb in der in Dresden erscheinenden *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* vom 8., 9. und 10. Oktober 1896 eine Artikelserie „Die nationalen Kämpfe in der Türkei und die Sozialdemokratie". Sie bemerkte einleitend, dass selbst in der sozialdemokratischen Presse die Vorgänge in der Türkei nur zu oft als russisches Intrigenspiel und „die türkischen Greuel" als Erfindung dargestellt würden. Das unterschiede sich nicht von bürgerlichen Stellungnahmen. Sie erfüllte in ihrem Herangehen die Forderung, dass die Sozialdemokratie ihren Urteilen historische, ökonomische und politische Analysen zugrundelegen müsse. Obwohl auch „die verschiedenen moslemitischen Stämme" das Elend eines verfallenden Staatsorganismus erfahren und sich ebenfalls „gegen das türkische Joch empören", fuhr Luxemburg fort, betraf die separatistische Tendenz vor allem die christlichen Länder:

„Hier fiel der materielle Interessengegensatz vielfach mit den nationalen Scheidegrenzen zusammen. Der Christ ist in seinen Rechten zurückgesetzt, sein Eid gilt nichts gegen einen Mohammedaner, er darf keine Waffe tragen, er kann in der Regel kein öffentliches Amt bekleiden. Was noch wichtiger aber – er sitzt oft als Bauer auf dem Grund und Boden eines mohammedanischen Grundbesitzers und wird von mohammedanischen Beamten ausgesaugt.“ Es handele sich im Grunde um einen Klassenkampf. „Die durch ökonomischen und rechtlichen Druck erzeugte Opposition fand hier daher in den nationalen und religiösen Gegensätzen eine fertige Ideologie vor. Die Beimengung des religiösen Elements mußte ihnen einen besonders grellen und wilden Charakter verleihen.“ Im „tödlichen Kampf der christlichen Nationen mit der Türkei“ käme nach den Griechen, Bosniern und Herzegowinern, Serben und Bulgaren, nun die Reihe an die Armenier. (R. Luxemburg, 1972, S. 62)

Den dritten Beitrag leitete Luxemburg mit der Frage nach der Stellung der Sozialdemokratie zu den Ereignissen in der Türkei ein und antwortete: „Prinzipiell steht die Sozialdemokratie immer auf der Seite der freiheitlichen Bestrebungen. Die christlichen Nationen, gegebenenfalls die Armenier, wollen sich von dem Joch der türkischen Herrschaft befreien, und die Sozialdemokratie muß sich rückhaltlos für ihre Sache erklären.“ (Ebenda, S. 63) Dabei dürfe nicht schablonisiert werden, da der nationale Kampf nicht immer die entsprechende Form des freiheitlichen Kampfes sei. Es gehe nicht darum, praktische Forderungen für die Armenier aufzustellen, sondern um den allgemeinen Standpunkt und „dieser gebietet uns, für die Aufständischen und nicht gegen sie aufzutreten.“ Sie erläuterte, dass die erstrebte Befreiung Fortschritte sowohl in den internationalen Beziehungen als auch in der gesellschaftlichen Entwicklung der betroffenen Länder bedeuten würde. Angesichts des unaufhaltsamen Auflösungsprozesses der Türkei sollen Sozialdemokraten „den Selbständigkeitsbestrebungen der christlichen Nationen unsere vollste Sympathie entgegenbringen“ und „als ein Kampfmittel gegen das zaristische Rußland begrüßen und mit Nachdruck für ihre Unabhängigkeit ebenso gegen Rußland wie gegen die Türkei eintreten.“ (Ebenda, S. 67)

Wilhelm Liebknecht polemisierte Mitte November 1896 im Vorwärts, dem Zentralblatt der SPD, gegen die Positionen Luxemburgs in „der orientalischen Frage“ und sprach der gerade 25jährigen, zunächst aus Russisch-Polen in die Schweiz und später nach Deutschland emigrierten Theoretikerin und Publizistin in patriarchaler Manier die Kompetenz in diesen internationalen Themen ab.

„Genosse Liebknecht gibt mir am Ende zu verstehen, daß ich, indem ich mich mit der orientalischen Frage befaßt habe, gewissermaßen in seine Domäne eingedrungen bin und daß ich besser täte, mich nur mit den Greueln in Polen zu beschäftigen. Dies wäre jedenfalls eine neue, den Geschichtsschreibern bis jetzt unbekannte fatale Folge des Krimkrieges, daß in den Sachen, in welchen Genosse Liebknecht zu Zeiten desselben sich eine Meinung gemacht, keine Seele mehr den Mund auftun darf.“

(Rosa Luxemburg, 1972, S. 73)

Nachdem der *Vorwärts* Luxemburgs Entgegnung weder abdruckte noch beantwortete, erwiderte sie aus Dresden. Unbeeindruckt von der herablassenden Zurechtweisung forderte sie, „nicht die Ereignisse in unsere verknöcherten Losungen einzuzwängen, sondern umgekehrt unsere Losungen den lebendigen Ereignissen anzupassen.“ Der *Vorwärts* urteile aus der Perspektive des Krimkrieges, seit dem „volle vierzig Jahre verflossen“ und Plädoyers „für die Integrität der Türkei“ längst überholt seien. Dabei gelte ihm „die ganze wirkliche Entwicklung in der Türkei, welche zu Aufständen und zur Auflösung führt, nichts als eine unliebsame, störende Tatsache, daher wird sie einfach geleugnet. Die Metzeleien werden als eine Lüge, die Aufständischen als ein nichtswürdiges Volk und der Aufstand als ein Theaterstück erklärt.“ (Ebenda, S. 72)

Der *Internationale Sozialistenkongress* 1900 in Paris verurteilte in einer Resolution die Greueltaten gegenüber den Armeniern und kritisierte die Untätigkeit der europäischen Regierungen. Später appellierte das *Internationale Sozialistische Büro* in Brüssel an die Sozialisten aller Länder, wirksam für die unterdrückten Armenier einzutreten. Georg Gradnauer (SPD) forderte am 3. März 1902 im Reichstag, dieser solle dazu Stellung nehmen und die alarmierenden Vorgänge nicht der Regierung überlassen. Er erinnerte an die Exzesse von 1895, damalige Forderungen europäischer Staaten an die Türkei und deren Zusagen: „Leider aber ist von einer Verwirklichung dieser Versprechungen nicht

die Rede, vielmehr zeigte sich, dass auch seit jener Zeit und in steigendem Maße wieder in den letzten Jahren von neuem in jenen Landesteilen furchtbare Verwüstungen, Zerstörungen des Eigentums, furchtbare Metzeleien der Armenier vorgekommen sind.“ (E. Bernstein/O. Umfrid, 2005, S. 77) Deutschland habe dabei eine besondere Pflicht, nachdem der Kaiser anlässlich seiner Orientreise die engen Beziehungen des deutschen und des türkischen Volkes gerühmt habe. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes solle zu den Nachrichten und notwendigen Schritten Stellung nehmen.

In einer Berliner Volksversammlung sprach Eduard Bernstein am 26. Juni 1902 über „Die Leiden des armenischen Volkes und die Pflichten Europas“. Es seien „die Verfolgungen, die grausigen und gewalttätigen Misshandlungen, deren Opfer das armenische Volk gewesen ist und noch ist, so unerhörter Natur, dass sie die Teilnahme und den Protest aller Kulturnationen herausfordern.“ (E. Bernstein/O. Umfrid, 2005, S. 23) Eindringlich mahnte er die Verantwortung Europas – insbesondere auch Deutschlands – an, „das sich als sehr schlechter Hüter der Armenier bewährt hat“. Bernstein analysierte die Geschichte, die tiefen inneren Widersprüche und den Niedergang der Türkei, die sich als Staatswesen seit dem 18. Jahrhundert in stetig fortschreitendem Verfall befinde. Die Ausbeutung, Entrechtung und Misshandlung der ethnischen und religiösen Minderheiten überschritten längst erträgliche Grenzen. Die Reichsregierung wiche klärenden Stellungnahmen aus: „Nein, das armenische Volk darf nun und nimmer darüber zu Grunde gehen, dass augenblicklich deutsches Kapital in Kleinasien Interessen wahrzunehmen hat.“ (48 f.) Die Versammlung stellte sich mit einer Resolution hinter die Positionen und Forderungen des Redners.

Die Veröffentlichung des Vortrags von Bernstein und hauptsächliche Aussagen kritisch rezipierend, bemerkte Franz Mehring: „Alledem können wir vollkommen beistimmen, und wir heben gern hervor, dass es zu Bernsteins Verdiensten um die Partei gehört, schon vor Jahren den ‚völlig unrichtigen Ansichten über das politische Wesen der Türkei‘ entgegengetreten zu sein.“ (F. Mehring, 1902, S. 493)

In einem Essay zu E. Bernstein berichtet Helmut Donat, der in verdienstvoller Weise als Verleger, Herausgeber und Autor darum bemüht ist, das Wirken von bürgerlich-demokratischen Persönlichkeiten, Politikern und Autoren des Pazifismus, Kosmopolitismus und Antifaschismus, zu erinnern und zu bewahren: „Dem Ziel, sich endlich der unterdrückten Armenier anzunehmen, diente ein internationaler Kongress, der vom 17. bis 19. Juli 1902 in Brüssel tagte und als ‚Kongress der Freunde Armeniens‘ in die Geschichte eingegangen ist.“ Mehr als zweitausend Zustimmungserklärungen aus verschiedenen Parteien vieler Länder gingen ihm zu; unter den Teilnehmern befanden sich neben vielen Prominenten Jean Jaurès und Bertha von Suttner. In das abschließend benannte Komitee wurden – in Abwesenheit – auch August Bebel und Eduard Bernstein gewählt. (E. Bernstein/O. Umfrid, 2005, S. 96 f.)

Angesichts der Eskalation während des Weltkrieges stellte Karl Liebknecht im Reichstag am 11. Januar 1916 die Kleine Anfrage, ob dem Reichskanzler bekannt sei, „daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist? Welche Schritte hat der Herr Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Sühne herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?“ Nach einer ausweichenden Stellungnahme des Vertreters des Auswärtigen Amtes setzte Liebknecht nach: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Professor Lepsius geradezu von einer Ausrottung der türkischen Armenier gesprochen – (Glocke des Präsidenten. Redner versucht weiterzusprechen. – Rufe: ‚Ruhe! Ruhe‘!“). Der Präsident ließ diese Frage nicht zu. (K. Liebknecht, 1974, S. 438 f.)

Es blieb der einzige Versuch, im Plenum des Reichstages während des Krieges die deutsche Beihilfe zu einem Völkermord, zumindest dessen Hinnahme und Vertuschung, im Herrschaftsbereich einer verbündeten Macht anzuklagen und sich um dessen unverzügliche Beendigung, um Sühne und Wiedergutmachung, zu bemühen. Damit ist ein weiteres Versagen aller bürgerlich-junkerlichen Parteien, aber auch der großen sozialdemokratischen Fraktion angesprochen. Immerhin richtete aus deren Rei-

hen Philipp Scheidemann am 2. August 1916 nochmals eine schriftliche Anfrage an den Reichskanzler zu den an Armeniern verübten Gräueln und unbefriedigenden Erklärungen seitens der Regierung. Er fragte nach Schritten gegenüber der Türkei, „um die Einstellung der Metzeleien zu sichern“ und „die türkische Regierung zu bestimmen, den Schlächtereien ein Ende zu bereiten.“ (J. Berlin/A. Klenner, 2006, S. 376) Die die Regierungspolitik rechtfertigende Stellungnahme des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Zimmermann, vom 29. September 1916 im Reichshaushaltsausschuss war wohl eine Erwiderung auf solche Stimmen und Erwartungen: „Höher als die Armenier, so sehr wir vom rein menschlichen Standpunkt aus ihr Los beklagen, stehen uns unsere Söhne und Brüder, die ihr teueres Blut in den schwersten Kämpfen vergießen müssen und die mit auf die Unterstützung der Türken angewiesen sind.“ (Ebenda, S. 364)

Eine bemerkenswerte Äußerung findet sich in den Kriegsheften der Süddeutschen Monatshefte (Oktober 1915-März 1916, S. 277). Dr. med. Andreas Vischer, Basel, wandte sich gegen einen „in der Balkannummer dieser Zeitschrift“ erschienenen Beitrag, in dem die Armenier diffamiert und faktisch die türkische Vorgehensweise rechtfertigt wurden. Über die „unerhörten Maßregeln“ der türkischen Regierung gegen die Armenier lägen Veröffentlichungen sowie Berichte deutscher Konsuln vor. Er habe von 1905 bis kurz vor Ausbruch des Weltkrieges in Urfa als Arzt der deutschen Orient-Mission gearbeitet, kenne die dort lebenden Nationalitäten und „halte die gegenwärtig gegen die Armenier angewandten Maßnahmen in keiner Weise für berechtigt, auch nicht im Interesse der Türkei. Es ist auch für Deutschland beklagenswert, daß die türkischen Bundesgenossen jetzt gegen die Armenier in so grausamer Weise vorgehen, ohne daß es verhindert werden kann. Nach meiner Meinung sollte aber die Tatsache nicht bestritten oder beschönigt werden, denn die Wahrheit findet doch ihren Weg, und ich finde es namenlos traurig, wenn dem wehrlosen Volk in seinem furchtbaren Unglück das Mitgefühl versagt werden soll.“

Wege zum Pazifismus und Antifaschismus

In der Weimarer Republik wurden das Schicksal der Armenier sowie Mitschuld und Versagen der deutschen Politik in sozialistischen, pazifistischen und antifaschistischen Richtungen und Gruppen als eindringliche historische Lektion und Verpflichtung wachgehalten. Hervorragend wirkten dabei Persönlichkeiten, die als Zeugen der Geschehnisse während des Krieges in der Türkei weilten und ihre authentischen Erfahrungen in die Auseinandersetzungen mit einer aggressiver werdenden deutschen Rechten einbrachten. Heinrich Vierbücher war dort von 1915 bis 1918 als Dolmetscher und Übersetzer tätig gewesen. Nach 1919 engagierte er sich als Aktivist in der gewerkschaftlichen und Friedensbewegung sowie als Antifaschist; nach dem Zeugnis von Zeitgenossen mit hohem Einsatz und großer Ausstrahlung als Redner. 1930 erschien seine Schrift „Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat: Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken“. Die an Fakten, Zeugen und eigenen Erfahrungen reiche und eindringliche Darstellung übte scharfe Kritik an der langjährigen bluttriefenden Willkürherrschaft von Abdul Hamid II. und der Verbrechen des ihm folgenden jungtürkischen Regimes, aber auch an der Politik von Kaiser Wilhelm II., Reichsregierung und Heeresleitung sowie an der Deutschen Bank und Krupp als hauptsächlichen Nutznießern der nahöstlichen Expansionslinie des deutschen Imperialismus. Es werden alldeutsche Ideologen zitiert, die vor 1914 und während des Ersten Weltkrieges auf islamistische Massen des Nahen und Mittleren Ostens setzten, die gegen Großbritannien und Frankreich, zugunsten deutscher Weltpolitik zu mobilisieren seien.

Vierbücher setzte sich auch mit dem heutigen Namenspatron der FDP-nahen Stiftung, Pfarrer Friedrich Naumann, als früherem nationalsozialen, später freisinnigen Politiker und Publizisten sowie Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) von 1918/19, auseinander. Er nannte ihn ausdrücklich unter jenen, die „in Deutschland über das türkische Problem eine Meinungsfabrikation betrieben, die an Gefährlichkeit mit der Arbeit der Alldeutschen wetteiferte.“ Naumann gehöre – so die treffende Charakteristik – zu jenem „Politikertyp, der sich im ewigen Widerstreit von Weltgefühl und Nationalismus im entscheidenden Moment immer zum Nationalismus schlägt“ und „einen großen Schuldanteil an der späteren Katastrophe“ habe. Noch mehr: „Kein Wort der Verurteilung fand der Herr Pfarrer für den ihm zweifellos bekannten Armeniermord von 1915.“ (H. Vierbücher, 2004, S.

15 f.). In einem Vorwort von 1985 bekräftigte Walter Fabian aus der bundesrepublikanischen Erfahrung die Kritik an Naumann, „dessen verhängnisvolle außenpolitische Position bis heute von der deutschen Geschichtsschreibung und den meisten demokratischen Politikern übersehen oder bewußt verschwiegen wird." (Ebenda, S. 8) An Letzterem hat sich nach weiteren dreißig Jahren im Wesentlichen nichts geändert.

Walter Fabian, 1902 geboren, erinnerte sich an Gerüchte und Meldungen über das Verbrechen an den Armeniern während des Weltkriegs, die jedoch von den Nachrichten über die Massenschlachten und Opfer an den Fronten in Europa verdrängt worden seien. Mit dem Dichter und Publizisten Armin T. Wegner nannte er einen im vorliegenden Kontext ebenfalls herausragenden Namen: „Erst nach dem Ende des Krieges vernahmen wir den alarmierenden Aufschrei des expressionistischen Dichters Armin T. Wegner. Genaues erfuhr ich dann, als ich im Dezember 1922 zusammen mit Wegner – er als Vorsitzender des Bundes der Kriegsdienstgegner, ich als Vorsitzender des Deutschen Pazifistischen Studentenbundes – zu den großen Internationalen Friedenskongressen reiste, die in Den Haag und Amsterdam stattfanden." (Ebenda, S. 7)

Wegner hatte als Sanitäter bei den deutschen Truppen in der Türkei Exzesse an den Armeniern sowie deren fortlaufend dezimierte Elends- und Todeszüge erlebt und in Fotos festgehalten. Seine Bilder gehören zum beweiskräftigsten Anklagematerial und trugen 1921 im Berliner Prozeß gegen Tehlerjan auch zu dessen Entlastung bei. Der prominente Journalist und Pazifist Hellmut von Gerlach berichtete: „Im Oktober 1915 besuchte mich der mir bis dahin unbekannte Armin T. Wegner. Er kam direkt aus der Türkei und war völlig erschüttert von den Armeniergreueln, die er erlebt hatte. Unsagbares richtete türkischer Fanatismus an. Wir Deutschen müssten gegen diese Unmenschlichkeiten vorgehen, wenn wir als Bundesgenossen nicht in den Ruf der Mitschuld kommen wollten." (H. v. Gerlach, 1994, S. 116) Gerlach hat daraufhin in der Schweizer Presse diese Angaben voll bestätigt gefunden, darunter bezeugt von kirchlichen Kreisen der ganzen Welt und den Berichten von J. Lepsius: „Kein Zweifel: das Schauerlichste, was überhaupt der Weltkrieg gezeitigt hatte, spielte sich in der Türkei ab. Unser Bundesgenosse rottete systematisch, auf ministerielle Anordnung, die Armenier aus. Mann, Weib, Kind – nichts wurde verschont." (Ebenda) Die Zensur unterband jegliche Berichte über die Verfolgung der Armenier. „Die ungeheure Masse des deutschen Volkes hat nie erfahren, was sonst die ganze Welt wusste: dass die schlimmsten Menschenschlächter unsere Bundesgenossen, die Türken, gewesen sind." (Ebenda, S. 117)

Wegner erfuhr späte Ehrungen in Armenien sowie in Israel, nachdem er 1933 seine Stimme auch gegen die beginnenden Judenverfolgungen erhoben hatte und selbst Haft und Folter durch die Nazis ausgesetzt war. In der Rheinsberger Tucholsky-Gedenkstätte wird durch Veranstaltungen und Publikationen auch an ihn erinnert. Bei einer solchen Gelegenheit äußerte der im italienischen Exil geborene und in Rom lebende Sohn Wegners, Michele Wegner, er glaube, dass sein Vater in Italien mehr gehört werde als in Deutschland. Jedenfalls sei er – Michele – in Italien „viele Male zu Ausstellungen über ‚Armin T. Wegner und Armenien' in Museen oder Schulen eingeladen worden, in Padua befaßte sich ein wissenschaftlicher Kongreß mit seinem Werk." (Neues Deutschland vom 15. März 2001)

Der Lebensweg des Theologen Otto Ludwig Umfrid bezeugt ebenfalls den Zusammenhang einer konsequent pazifistischen Orientierung mit solidarischen Stellungnahmen zum Schicksal der Armenier, die sich schließlich gegen Rassismus und Kriegspropaganda der deutschen Rechten vor und nach 1914 richtet. Der 1857 Geborene war ab 1890 Stadtpfarrer in Stuttgart und trat 1894 in die Deutsche Friedensgesellschaft ein, deren Wirken er in Württemberg und darüber hinaus unterstützte. Er warb für die Verständigung mit Frankreich und Russland, sprach auf deutschen und internationalen Friedenskonferenzen und gehörte zum engeren Kandidatenkreis für den Friedensnobelpreis 1914. Das Engagement brachte ihm Anfeindungen selbst aus seiner Landeskirche ein. Angesichts der offiziellen jahrzehntelangen deutschen Hinnahme oder gar Unterstützung der osmanischen Barbarei hatte Umfrid im September 1896 weitsichtig ein gültiges Werturteil geäußert: „Seit wann sind denn die Deutschen so herzlos geworden? Seitdem sie nichts Höheres mehr kennen als ihre Nation. Gewiss die nationale Einheit ist ein Gut; wohl uns, dass wir sie haben; wir denken nicht daran, sie feil zu bieten, aber sie ist nicht das höchste Gut. Deutschland geht nicht über alles, die Menschheit steht

höher.“ In seiner innersten Natur berge der Deutsche „ein gut Stück gesunden Weltbürgertums“; dieses Wesen könne er nicht mit „dem Rock des Königs“ ausziehen. (E. Bernstein/O. Umfrid, 2005, S. 65) Umfrid starb 1920 und wurde bald vergessen. Der in seinem Sinne wirkende Sohn, Pfarrer Hermann Umfrid, wandte sich 1933 gegen die Verfolgung von Juden; von der Gestapo Anfang 1934 verhaftet und misshandelt sowie von seiner Kirchenleitung als Nazigegner und Sohn eines „Friedenshetzers“ im Stich gelassen, nahm er sich das Leben.

Der Sozialdemokrat Georg Gradnauer wurde nach Ämtern auf Reichsebene und in Sachsen 1933 rassistisch und politisch verfolgt und war von Anfang 1944 bis Kriegsende im KZ Theresienstadt. Heinrich Vierbücher war als bekannter Pazifist und Nazigegner ab Anfang 1933 bis zu seinem Tode 1939 Verfolgungen und Überwachung ausgesetzt. Helmut Donat würdigte seinen Lebensweg und sein politisches Wirken gegen die militaristische und faschistische Rechte der Weimarer Republik. Er schildert die Verdienste der Friedensbewegung und engagierte Persönlichkeiten jener Jahre, die die verpflichtende Erinnerung an den Völkermord im Osmanischen Reich als Teil des Weltkriegsgeschehens einschlossen, und fragte 2004, wann „wird ein Abgeordneter des deutschen Bundestages im Parlament zur Sprache bringen, dass die Bundesregierung im Europäischen Rat durch ihre Stimmenthaltung die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern im Jahre 1915 hintertreibt?“ (H. Vierbücher, 2004, S. 84)

Auf dem Internationalen Schriftstellerkongress in Paris 1935 sprach der armenische Dichter und Schriftsteller Wagram Alasan, der nachdrücklich an die vorrevolutionäre Vergangenheit erinnerte: „Infolge der unerträglichen feudal-kapitalistischen Verhältnisse im Rußland des Zaren und in der Türkei des Sultans, zweier Völkergefängnisse, waren Kultur und Literatur der kleinen Völker, darunter des armenischen, schrecklichen Verfolgungen ausgesetzt. Schulen wurden geschlossen, Zeitungen verboten, Kulturschaffende und Schriftsteller verfolgt oder zum Hungertode verurteilt.“ Er nannte Namen armenischer Autoren, die der zaristischen oder der osmanischen Verfolgung ausgesetzt waren und deren Opfer wurden. „Unter dem Schrecken des blutigen Weltgemetzels fielen Dutzende armenische Schriftsteller und Künstler zum Opfer.“ (Paris 1935, Berlin 1982, S. 327) Das Pathos sowjetischen Stils, mit dem Alasan die Oktoberrevolution und Sowjetarmenien pries, konnte wohl auf manchen Zuhörer kaum glaubhaft wirken und erscheint im Rückblick als zeitbedingt und zumindest illusionär. Zwiespältig und tragisch nimmt sich insbesondere der zeitgeschichtliche Hintergrund aus, da die stalinistische Diktatur am Vorabend der Moskauer Schauprozesse und massenhafter blutiger Säuberungen – selbst unter eigenen Anhängern – bald das vorbehaltlose Bekenntnis zur Sowjetmacht die damit verbundenen Anklagen gegen eine unheilvolle Vergangenheit unglaubwürdig, zumindest zwiespältig, werden ließ.

Kontroversen seit den 1980er Jahren

Bereits im Vorfeld der Epochenwende lenkte die Sowjetrepublik Armenien Ende der achtziger Jahre die internationale Aufmerksamkeit auf sich. Der historische Konflikt mit Aserbaidschan um die mehrheitlich von Armeniern bewohnte Enklave Berg-Karabach hatte Formen der militärischen Auseinandersetzung angenommen und forderte tausende Opfer und hunderttausende Flüchtlinge. Auch die geschichtlichen Streitfragen mit der Türkei brachen neu auf. Ralph Giordano hatte auf der Grundlage von Akten des Auswärtigen Amtes 1986 einen dokumentarischen Fernsehfilm über die armenische Frage gedreht. Mit einem schweren Erdbeben in der Region 1988 trugen Naturgewalten dazu bei, die dort lebenden Menschen sowie ihre alten und neuen humanitären Probleme nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Im Politischen Ausschuss des Europäischen Parlaments stimmten Abgeordnete der CDU/CSU wie E. Brok, E. B. Blumenfeld, O. Habsburg, E. A. Klepsch, Marlene Lenz und H.-G. Poettering am 25. Februar 1987 gegen eine überfällige Stellungnahme zur Anerkennung längst erwiesener geschichtlicher Sachverhalte. Das Europaparlament bekundete jedoch mehrheitlich in einer Entschließung zur politischen Lösung der armenischen Frage vom 18. Juni 1987 die „Auffassung, dass die tragischen Ereignisse, die von 1915-17 stattgefunden und sich gegen die Armenier des Osmanischen Reiches gerichtet haben, Völkermord im Sinne der von der Vollversammlung der UNO am 9. Dezember 1948

angenommenen Konvention zur Verhinderung und Verfolgung des Völkermordverbrechens sind". (Armenische Frage – türkisch behandelt, 1988, S. 73) Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft sei auch vom türkischen Eingeständnis des Genozids abhängig. Die letztere Forderung wurde angesichts des türkischen Widerspruchs im Oktober 2001 gestrichen.

Die Vereinigte Gesetzgebende Versammlung von Kalifornien hatte bereits Anfang 1981 mit Zustimmung des Senats in einem Beschluss den Gouverneur des Staates aufgefordert, „den 24. April 1981 und jeden 24. April danach zum Tag der Erinnerung zu erklären für alle Opfer von Völkermord; insbesondere aber für die Opfer des armenischen Volkes." Der 24. April solle als Gedenktag beschlossen werden angesichts dessen, dass der „am armenischen Volk in der Türkei begangene Völkermord als einwandfrei belegte Tatsache dokumentiert ist mit 1,5 Mio. massakrierten Armeniern in den Jahren 1915-1918" sowie, „dass dieser Völkermord bis heute von allen türkischen Regierungen geleugnet wurde". (Armenische Frage – türkisch behandelt, 1988, S. 111) 1987 wandte sich die Reagan-Administration gegen eine solche vom US-Kongress beabsichtigte Stellungnahme zu diesem Gegenstand. Wenige Jahre später scheiterte erneut eine Resolution des Kongresses zugunsten der Erinnerung an 1915, da nach türkischem Einspruch Präsident Clinton beim Parlament „wegen bedeutsamer nationaler Interessen" interveniert hatte. Inzwischen war bereits auf die ursprünglich vorgesehene Einbeziehung des Problemkreises in das Holocaust-Museum in Washington verzichtet worden.

Am 29. Mai 1998 verabschiedete die französische Nationalversammlung ein Gesetz mit der Feststellung: „Frankreich erkennt öffentlich den armenischen Genozid von 1915 an." Frankreich folgte damit Empfehlungen aus Gremien der EU und einem vergleichbaren Beschluss des italienischen Parlaments. Türkische Politiker und Medien reagierten entrüstet; einzelne Stimmen kündigten die Untersuchung französischer Verbrechen im Algerienkrieg an. Der türkische Präsident Süleyman Demirel kritisierte in einem Brief an Präsident Jacques Chirac den „fehlerhaften Schritt". Anlässlich der „Weltkonferenz Armenien 2000" in Halle und Wittenberg äußerte Frank Ebbinghaus in der FAZ vom 13. September 2000, dass der damalige Völkermord ungesühnt blieb und weltweit kaum Anerkennung findet: „Kein amtierender deutscher Politiker würde es offiziell wagen, Bluttat und Täter beim Namen zu nennen. Früher wie heute regiert die Rücksichtnahme auf den Bündnispartner." Symptomatisch war wohl auch, dass diese vom Mesrop Zentrum für Armenische Studien an der Universität Halle-Wittenberg ausgerichtete Tagung nicht sonderlich besucht und wahrgenommen wurde.

Anfang 2001 wandte sich Mihran Dabag, Direktor des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum, gegen „die amtliche Leugnung" und begründete, warum „auch Deutschland den Genozid an den Armeniern anerkennen sollte". Kaum ein Geschichts- oder Schulbuch in Europa einschließlich Deutschlands verzeichne die Verfolgung und Ermordung der Armenier 1915. „Leider findet in der Berichterstattung deutscher Zeitungen vor allem die Besorgnis darüber ein Echo, daß die europäisch so sorgsam in einem Vakuum gehaltenen und gepflegten Beziehungen zur Türkei Schaden nehmen könnten." (FAZ vom 9. Februar 2001) In Zuschriften zu diesem Beitrag bezweifelte Cavlan Tanyer von der Türkischen Botschaft in Berlin die wissenschaftliche Solidität der Darlegungen Dabags. Dem gegenüber schrieb Gerayer Koutscharian namens des Zentralrats der Armenier in Deutschland, dass bei der „Demokratisierung der türkischen Gesellschaft nicht auf eine bewußte und öffentliche Distanzierung der heutigen Türkei von den Verbrechen des Vorgängerstaates" verzichtet werden könne.

Im April 2001 nahm der Bundestag eine Petition armenischer Vereine und von tausenden Einzelpersonen zur Kenntnis, die eine klare Stellungnahme des deutschen Parlaments forderten. Seitens des zuständigen Bundestagsauschusses, aber auch weiterer Abgeordneter sowie des Kanzlers G. Schröder und des Außenministers J. Fischer, überwogen Vorbehalte und eine wiederum realpolitisch begründete Ablehnung. Die CSU befürwortete im bayerischen Landtag einen solchen Schritt, ohne die damalige deutsche Mitverantwortung zu benennen. Gunnar Heinsohn, Professor der Xenophobie- und Völkermordforschung in Bremen, entwarf im April 2002 zum Genocid von 1915 einen Text „Wie eine Resolution des Deutschen Bundestages lauten könnte". Darin heißt es: „Der Bundestag weiß um die logistische Hilfe des Deutschen Kaiserreiches bei der Ermordung der Armenier, um die eiserne

Weigerung, den verbündeten türkischen Tätern Einhalt zu gebieten, um die aktive Vertuschung der Verbrechen vor der Welt und um die Rettung der Haupttäter auf einem deutschen Zerstörer.“ Es gibt „eine nie gesühnte deutsche Mitschuld an den Verbrechen der Osmanen und Jungtürken.“ (E. Bernstein/O. Umfrid, 2005, S. 143) Der Hamburger Rechtsprofessor Otto Luchterhandt setzte sich im gleichen Band mit den andauernden Vorwänden auseinander, im Unterschied zu Parlamenten verschiedener europäischer Staaten seitens des Deutschen Bundestages die Benennung als Völkermord weiterhin zu verweigern.

Als erstes und bis heute einziges Bundesland hatte Brandenburg 2002 im Geschichtslehrplan der allgemeinbildenden Schulen bei der Behandlung von Kriegen, Ausrottung und Völkermord exemplarisch in einer Klammer den „Genozid an der armenischen Bevölkerung Kleinasiens“ genannt. Der vereinzelte aufklärerische Ansatz ist nach einem Einspruch des türkischen Generalkonsuls getilgt worden. Eine dazu für die Geschichtslehrer vorgesehene Handreichung wurde abbestellt. Die aus der NATO-Mitgliedschaft erwachsende Staatsräson – bezüglich der Türkei bis heute auch beim Kurdenproblem ablesbar – genießt Vorrang selbst gegenüber offenkundigen und höchst bedeutsamen geschichtlichen oder zeitgenössischen Sachverhalten. Die – von Ausnahmen abgesehen – an dem politisch heiklen Themenkreis wenig interessierten Historiker und die Kultusminister der Länder sahen der Farce um die Brandenburger Initiative meinungs- und tatenlos zu.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU brachte im Februar 2005 den Antrag ein „Gedenken anläßlich des 90. Jahrestages des Auftakts zu Vertreibungen und Massakern an den Armeniern am 24. April 1915 – Deutschland muß zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen“. (Drucksache 15/4933) Der Antrag benannte das Ausmaß der Verbrechen und die deutsche Mitschuld. Er vermied weiterhin mit Rücksicht auf den NATO-Partner Türkei die Begriffe „Völkermord“ oder „Genozid“. Die Unionsparteien hatten in den sechzehn Jahren ihrer parlamentarischen Mehrheit – mit der FDP – und der Kanzlerschaft Helmut Kohls auf die in der Türkei herrschenden Kreise und ihr nationalistisches Geschichtsbild Rücksicht genommen und keinerlei Initiative ergriffen. Verwandte politische Grundtendenzen spiegelten auch die von Ankara beflissen übernommene Kriminalisierung der PKK sowie die spätere militärische Kooperation mit der Türkei gegen Syrien wider. Der verspätete Schritt von 2005 und einzelne Aussagen nährten den Verdacht, das Thema in fragwürdiger Weise politisch zu instrumentalisieren. Das betrifft die Vorbehalte konservativer Kräfte gegenüber dem EU-Beitritt der Türkei, die eigenen Ambitionen in der mittelasiatischen Region sowie die Hervorhebung der damaligen Vertreibung, die benutzt wird, um vergleichend die Vertreibung von Deutschen nach 1945 als europäisches Thema aufzuwerten. Nationalkonservative Gruppen benutzen solche Anklagen, um die Verbrechen der Nazibarbarei zu relativieren. CDU/CSU bewiesen seit langem in der Zurückhaltung und Indifferenz, teils sogar Beihilfe bezüglich der Entrechtung und Repression der kurdischen Bevölkerung unter wechselnden türkischen Regierungen den Vorrang bündnis- und außenpolitischer Belange gegenüber menschen- und bürgerrechtlichen Erwartungen.

In der am 21. April 2005 zu dem Antrag geführten Bundestagsdebatte äußerte Christoph Bergner (CDU/CSU), dass diese Erörterung eigentlich „bereits 1916 hier im Reichstag“ hätte stattfinden müssen. Die Zensur habe jedoch die Information der Reichstagsabgeordneten unterbunden. Er unterschlug damit – wie die Redner der anderen Fraktionen – den mutigen Auftritt Karl Liebknechts im Januar 1916 im Reichstag. Bergner und die Sprecher von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verdrängten auf diese Weise auch die unbequeme Wahrheit, dass damals kein einziger anderer Abgeordneter das Anliegen Liebknechts zu unterstützen bereit war. Vielmehr verzeichnete das Protokoll, als Liebknecht zur Ergänzung seiner Anfrage ums Wort bat, „Heiterkeit“. Die makabre Reaktion erinnert an das „Gelächter“, das August Bebel im Herbst 1870 im Norddeutschen Reichstag entgegenschlug, als er vor den verhängnisvollen Konsequenzen einer Annexion Elsass-Lothringens warnte. Die Geschichte hat Bebel wie K. Liebknecht recht gegeben. Der kämpferische Sozialist Karl Liebknecht ist der arroganten Missachtung und Ausgrenzung seitens konservativer sowie rechtsstehender sozialdemokratischer oder ‚liberaler‘ Politiker im Jahre 2015 ebenso sicher wie vor hundert Jahren. Bei solch unkritischem oder unehrlichem Umgang mit den Vorläufern und Traditionen der eigenen Parteien ist es schon nicht mehr überraschend, dass der Sprecher der FDP keinen Anlass sah,

längst überfällige Bemerkungen zur verhängnisvollen, damals auch für viele Christen empörenden, Rolle Friedrich Naumanns bei der Nahostexpansion und den Armenierverfolgungen zu machen.

Im voreingenommenen und selektiven Umgang mit der Geschichte äußern sich konstitutive Defizite an demokratischer und humanistischer Substanz und Lebenskraft der herrschenden politischen Kultur. Das gilt auch für den meist selbstgerecht und lärmend daherkommenden besitzbürgerlichen Freiheitsbegriff. Im Falle der heutigen Türkei gehen die andauernden Kontroversen und türkische Verweigerung in die Auseinandersetzungen um die Bedingungen für den Beitritt zur EU ein. Dies umso mehr, wenn das staatliche Verbot und die strafrechtliche Drohung sich gegen die historische Wahrheitsfindung richtet und obendrein mit nationalistischem Fanatismus bis zu Terrorismus unheilvoll verbindet. Der Mord an dem türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink im Januar 2007, die Gefährdung von Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk und seitherige aufklärungsfeindliche und repressive Vorgänge signalisierten die gesellschaftspolitische und kulturelle Brisanz, die längst auch den europäischen und globalen Raum erfasst hat. Sie kann jederzeit aktualisiert werden, wie gegenwärtige autoritäre und aggressiv-militaristische Grundtendenzen des türkischen Regimes erkennen lassen. Sie sind Teil des tatsächlichen Zustandes der NATO, deren Führungsmacht sie im Kontext ihrer totalitären Globalstrategie toleriert und fördert. Das gilt auch für die grobe und andauernde Geschichtsfälschung der AKP sowie der türkischen Exekutive zu 1915/16 einschließlich der Vorgeschichte, die sie anmaßend und sich einmischend sowie keineswegs wirkungslos gegenüber anderen Staaten vertritt. Geschichtliche Erfahrungen wie bedrohliche zeitgenössische Prozesse verdeutlichen die unteilbare Verantwortung, die hinsichtlich des eigenen Anspruchs wie der Entscheidungen den staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Partnern der heutigen Türkei, nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, sowie der EU und der UNO zukommen.

Auswahlbibliographie

- Armenische Frage – türkisch behandelt. Dokumentation über eine antiarmenische Hetzkampagne in Berlin-West sowie über die vom Europa-Parlament verabschiedete Resolution zur Armenischen Frage. Hrsg. von der Armenischen Kolonie zu Berlin e.V. – Armenisch-Apostolische Kirchengemeinde Berlin, Bremen 1988. Das Heft dokumentiert u.a. „eine bislang auf deutschem Boden einzigartige und beispiellose Hetzkampagne gegen die Armenier“ der privaten türkischen Kabel-TV-Anstalt ATT („Türkisches Fernsehen in Europa“) 1987 in Berlin-West.
- Armenischer Kulturverein Hamburg (Hrsg.): Der Völkermord an den Armeniern. Festabend zu Ehren von Ralph Giordano am 4. Oktober 1986 in Hamburg. Mit e. Anhang: Text zu der WDR-Fernseh-Dokumentation von Ralph Giordano „Die armenische Frage existiert nicht mehr – Tragödie eines Volkes“ (ARD – 21. April 1986), Bremen 1986
- Bahar, Alexander: Der verdrängte Völkermord an den Armeniern im ersten Weltkrieg, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 24, Berlin 2005, S. 5-42 (Edition Organon)
- Berlin, Jörg/Adrian Klenner (Hrsg.): Völkermord oder Umsiedlung? Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich. Darstellung und Dokumente, Köln 2006
- Bernstein, Eduard/Otto Umfrid: Armenien, die Türkei und die Pflichten Europas. Hrsg. von Helmut Donat. Mit Beiträgen von Georg Gradnauer, Gunnar Heinsohn, Otto Luchterhandt, Steffen Reiche und Helmut Donat, Bremen 2005
- Brandes, Georg: Appell an Europas Gewissen. Eine Klage aus dem Jahr 1903 über die Massaker, denen lange vor dem Ersten Weltkrieg schon große Gruppen des armenischen Volkes zum Opfer fielen (aus dem Dänischen), in: FAZ vom 2. Juli 2005
- Engels an Jossif Nersessowitsch Atabekjanz in Stuttgart, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 39, Berlin 1973, S. 327
- Gerlach, Hellmut von: Die große Zeit der Lüge. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1871-1921), Bremen 1994
- Gust, Wolfgang: Der Völkermord an den Armeniern. Die Tragödie des ältesten Christenvolkes der Welt, München 1993

- Gust, Wolfgang (Hrsg.): Der Völkermord an den Armeniern 1915/16. Dokumente aus dem Politischen Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Springe 2005
- Guttstadt, Corry (Hrsg.): Wege ohne Heimkehr. Die Armenier, der Erste Weltkrieg und die Folgen, Hamburg 2014
- Hosfeld, Rolf: Tod in der Wüste. Der Völkermord an den Armeniern, München 2015
- Kieser, Hans-Lukas: Der verpaßte Friede. Mission, Ethnie und Staat in den Ostprovinzen der Türkei 1839-1938, Zürich 2000
- Lepsius, Johannes M.: Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke. (Hrsg. i. A. des Auswärtigen Amtes 1919) Mit einem Vorwort zur Neuausgabe von Tessa Hoffmann und einem Nachwort von M. Rainer Lepsius, Bremen 1986
- Liebknecht, Karl: Der Anfragenfeldzug. Kleine Anfragen im Deutschen Reichstag. 11. Januar 1916, in: Ders., Gesammelte Reden und Schriften. Bd. VIII, August 1914 bis April 1916, Berlin 1974, S. 438-441
- Luxemburg, Rosa: Die nationalen Kämpfe in der Türkei und die Sozialdemokratie; Zur Orientpolitik des „Vorwärts“ (1896), in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 1 – 1893-1905. Erster Halbband, Berlin 1972, S. 57-68, 69-73
- Mangelsen, Jochen: Ophelias lange Reise nach Berlin. Eine Familiensaga, Bremen 2001
- Mehring, Franz: Eine Wunderkur, Die Neue Zeit, 16. Juli 1902, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 14: Politische Publizistik 1891-1904, Berlin 1964, S. 493-499
- Schaefgen, Annette: Schwieriges Erinnern: Der Völkermord an den Armeniern, Berlin 2006
- Vierbücher, Heinrich: Was die kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat: Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken (1930). Mit einem Geleitwort von Walter Fabian und einem Nachwort von Helmut Donat, Bremen 2004
- Werfel, Franz: Die vierzig Tage des Musa Dagh, Roman (1933)

Wesentlich überarbeitete und ergänzte Auflage von: Ders., Der türkisch armenische Geschichtsstreit um den Völkermord von 1915 und die Positionen der Linken, Jena 2007, 19 S. (RLS Thüringen e. V. TEXTE & ARGUMENTE).

Konservative Gegnerschaft zum Urteil von Nürnberg unter Adenauer und Strauß

Der Kölner Rechtswissenschaftler Claus Kreß wies in einem publizistischen Grundsatzbeitrag zum 60. Jahrestag des Nürnberger Urteils darauf hin, daß der Bundesgerichtshof 1958

> *„den Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim von Merkatz (DP, später CDU)“* zitiert habe, *„mit dem Ausspruch. bei der Nichtanerkennung der Nürnberger Urteile durch die Bundesregierung gehe es um ‚ein Stück unserer deutschen Würde‘. “*[1]

Kreß erwähnt nicht ausdrücklich, daß es sich um einen Abgeordneten einer der vier Regierungsparteien handelt. Unerwähnt blieb auch der in diesem Kontext erhebliche Sachverhalt, daß von Merkatz seit Juni 1955 dem Kabinett angehörte, darunter 1956/57 als Bundesminister der Justiz. Die Äußerung des konservativen Politikers war ebenso folgerichtig wie sein Weg von der Deutschen Partei (DP) zur CDU: Die DP war bereits im Bundestagswahlkampf 1949 für Generalamnestie und für die Wahrung der „Ehre des deutschen Soldatentums“ eingetreten und damit problemlos neben CDU, CSU und FDP der vierte Partner in der Bonner Koalition geworden. Das wiederholte sich 1953 und 1957, nachdem inzwischen ihre einschlägigen Positionen und Forderungen längst Regierungspolitik geworden und in beträchtlichem Maße verwirklicht waren.

Allerdings waren 1945/ 46 – in der Zeit des ersten und wichtigsten Nürnberger Prozesses – Äußerungen Konrad Adenauers noch stärker von den jüngsten persönlichen Erfahrungen und dem vorherrschenden Bild der Bilanz von NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg geprägt. Das gilt für seine Feststellungen im Brief an Pastor Bernhard Custodis vom 23. Februar 1946 zur Schuld des deutschen Volkes und darüber, daß bereits vor dem Ende von Drittem Reich und Krieg schwerste Verbrechen bekannt geworden waren, darunter die in den Konzentrationslagern, in Polen und Rußland, bei Judenpogromen und Geiselmorden begangenen Grausamkeiten, sowie die durchgängige Mißachtung von Menschenrechten. Gegenüber Oberleutnant a. D. Friedrich Wilhelm von Seydlitz-Kurzbach bemerkte Adenauer Ende Juni 1946, er hoffe bezüglich des Umgangs mit den Angehörigen des Generalstabs, „daß nach Abschluß des Nürnberger Prozesses eine gewisse Entspannung auf diesem Gebiet eintritt“. Vielleicht sei es dann möglich, einige jüngere Angehörige des Generalstabes von der „Diffamierung“ zu befreien. Jedoch:

> *„Ich bin der Auffassung, daß man bezüglich der leitenden Männer des Generalstabes anders denken muß. Sie hatten die Pflicht, gegenüber den Absichten der Nationalsozialisten, die nur zum Untergang Deutschlands führen konnten, rechtzeitig Front zu machen, evtl. ihren Abschied zu nehmen. “*[2]

In einem Brief vom 22. Oktober 1946 wiederholte Adenauer – zu jener Zeit Vorsitzender der CDU der Britischen Zone – seine zuvor öffentlich geäußerte Stellungnahme zum Nürnberger Prozeß und zu den Urteilen vom 1. Oktober:

> *„Der Prozeß hat 10 Monate gedauert. Die Berichterstattung über ihn sowohl durch den Rundfunk wie durch die deutsche Presse war sehr schlecht. Wir sind daher nicht in der Lage, uns ein selbständiges Urteil über den Urteilsspruch zu bilden. Wir können nicht sagen, daß der eine zu leicht, der andere zu schwer bestraft worden sei. “*

Sollte Franz von Papen an der Ermordung des österreichischen Kanzlers Dollfuß beteiligt gewesen sein, müsse er deswegen zur Verantwortung gezogen werden.

> *„Im übrigen begrüße ich das Nürnberger Verfahren als einen völkerrechtlichen Fortschritt, allerdings unter der Voraussetzung, daß in Zukunft derartige Verfahren gegenüber allen*

---

1 Kreß, Claus: Leipzig – Nürnberg – Rom, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 2. Oktober 2006.

2 27. Juni 1946: An Oberleutnant a.D. Friedrich Wilhelm von Seydlitz-Kurzbach, in: Adenauer. Briefe 1945-1947, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1983, S. 271 f. Ende Juli erwähnt Adenauer in einem Brief, daß er sich „bei einer hohen englischen Stelle“ für die Freilassung von Abwehr-Offizieren verwenden konnte und ihm deren baldige Entlassung zugesichert wurde (Ebenda, S. 297).

Kriegsverbrechern angewendet werden und man sich nicht darauf beschränkt, einmal ein solches Verfahren an dem zerschlagenen Deutschland zu statuieren.“[3]

Die grundsätzliche Zustimmung ist zu würdigen, obgleich die Indifferenz gegenüber den in Nürnberg gefällten Urteilen und ihre Relativierung seitens eines deutschen Politikers im Oktober 1946 fragwürdig sind. In den nach dem Ende der Kanzlerschaft erschienenen Erinnerungen Adenauers finden sich für 1945/46 keine Bemerkungen zum ersten Nürnberger Prozeß und seinem Urteil. In den öffentlichen Auftritten und im politischen Handeln des Bundeskanzlers Adenauer ab September 1949 sind die konstruktiven Momente seiner frühen Nachkriegsaussagen kaum wiederzuerkennen In den Vordergrund traten die Bemühungen um einen Schlußstrich bei der Ermittlung und Sühne von NS-Verbrechen, um Straffreiheit und Amnestien sowie um die Begnadigung und baldmöglichste Haftentlassung der bereits verurteilten Nazi- und Kriegsverbrecher.

Rückblickend rechtfertigte Adenauer die von ihm ab Herbst 1949 verfolgte Vergangenheitspolitik mit den Worten:

„War die Bundesregierung einerseits bereit, dort, wo es vertretbar war, Vergangenes vergangen sein zu lassen, da viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld genügend gebüßt hatten, so war sie andererseits doch unbedingt entschlossen, aus der Vergangenheit die nötigen Lehren zu ziehen gegenüber all denjenigen, die an der Existenz unseres Staates rüttelten, mochten sie nun zum Rechtsradikalismus oder zum Linksradikalismus zu rechnen sein.“[4]

In einem Satz wurde von ihm die weitreichende Nachsicht gegenüber der Masse der NS-Täter mit Schlußfolgerungen für die Verfolgung der Linken verbunden. Die „subjektiv nicht schwerwiegende Schuld“ sah Adenauer neben der Wirtschaft vor allem auch in der Wehrmacht sowie in den überwiegend von konservativen Herkünften geprägten Kreisen der Beamtenschaft, der Justiz, der Professoren und Lehrer.

In der Gegnerschaft zu den Urteilen vom 1. Oktober 1946 und zu den Nachfolgeprozessen setzte sich die zum Potsdamer Abkommen folgerichtig fort. Sie erwuchs aus der Restauration, widerspiegelte die darin enthaltenen gesellschaftlichen Kontinuitäten und bildete einen Bestandteil ihrer historisch-politischen Legitimationsversuche. Letztere waren darauf gerichtet, durchgängige konservativ-nationalistische Linien seit dem Kaiserreich zu entlasten und zu bewahren. Im Kern richteten sich die Bemühungen auf Traditionen des Soldaten- und Beamtentums sowie der Justiz und der intellektuellen Staatsdiener, besonders an den Hochschulen. Die restaurativen Geschichtsbilder und Gesellschaftskonzepte bildeten das geistige Substrat der Angriffe auf die Nürnberger Prozesse, ihre Urteile sowie ihre legitimen, antinazistischen und antimilitaristischen Komponenten und Wirkungen. In diesen Grundtendenzen wurden die Gemeinsamkeiten der geschichtlich und politisch-moralisch in eine prekäre Situation geratenen konservativen Kräfte mit den alt- und neonazistischen Richtungen tradiert und reproduziert.

Bundesminister: Wir erkennen nur deutsche Richter an

Bei Betrachtungen zur Frühgeschichte der Bundesrepublik verdient die rechtskonservative Deutsche Partei eine besondere Aufmerksamkeit. Sie war von Anbeginn ein von Adenauer umworbener Partner und erfüllte in der Bundesregierung eine Vorreiterrolle in dem Bestreben, die Achtung oder gar weitere Verfolgung belasteter Staatsdiener des Dritten Reiches zu beenden, ergangene Urteile zu annullieren oder die Verurteilten zu amnestieren sowie die völlige staatsbürgerliche und gesellschaftliche Rehabilitierung dieser Personengruppen durchzusetzen. Mit diesen Hauptanliegen stimmten der Kanzler sowie die Mehrheiten von CDU, CSU und FDP völlig überein. Die tendenziell rechtsextreme Partei fungierte in der Koalition als Widerpart liberalkonservativer und antifaschistischer Bestrebun-

---

[3] 22. Oktober 1946: An Pia Gräfin Fürstenberg-Herdringen, in: Ebenda, S. 350. Im Mittelpunkt dieser brieflichen Kontroverse stand Adenauers Kritik an dem in Nürnberg freigesprochenen F. von Papen. Die aggressiven Töne im Schreiben der Gräfin veranlassten ihn, ihr seine tiefe Empörung „über die Haltung des größten Teils Ihrer Standesgenossen während der nationalsozialistischen Zeit“ mitzuteilen; sie seien aus Abneigung gegen die Demokratie „einem verbrecherischen Abenteurer nachgelaufen und haben dadurch vor Gott eine schwere Schuld auf sich geladen.“ (S. 351)

[4] Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945-1949 (1965), Augsburg 1996, S. 239.

gen und förderte damit das Image der Regierung bei alt- und neonazistischen sowie erklärt konservativen Wählergruppen. Sie lenkte mit ihrer unverblümten und verbal unzweideutig rechtsgerichteten Programmatik und Politik vom wesensgleichen Gehalt der flexibler und subtiler daherkommenden Reden und Taten des Kanzlers und anderer Spitzenpolitiker ab. Das war für Adenauer in taktischer Hinsicht innen- wie außenpolitisch nützlich. Er bediente sich ebenso virtuos wie skrupellos der damit gegebenen politischen Möglichkeiten.

Der Vorsitzende der DP, der spätere Bundesminister (1949-1955) und niedersächsische Ministerpräsident (1955-1959), Heinrich Hellwege, hatte auf dem Parteitag in Celle am 5. Juni 1947 über die Situation und Aufgaben der Jugend gesprochen. Im Verlauf seiner völkisch-nationalistischen und antisozialistischen Ausführungen beschwor er die „Ehrfurcht, die wir vor der Pflichterfüllung jedes Soldaten zu empfinden haben". Sich oberflächlich vom nazistisch geprägten Militarismus distanzierend, nannte er „Tapferkeit und Treue", die „Standhaftigkeit vor dem Tode und in der Todesgefahr" als „Höchstwerte des männlichen Seins zu allen Zeiten", die „zu den edelsten Antrieben, die den Menschen beseelen", gehören. Die DP sei solidarisch „mit dem anständigen, wahren deutschen Soldaten und Offizier":

> *„Nur eine minderwertige Gesinnung kann die Ehre des deutschen Soldaten und des deutschen Offiziers in Zweifel ziehen."*

Ihre Ehre und ihre Forderungen seien auch die der Deutschen Partei.[5] In den Politischen Grundsätzen der DP in Hamburg von 1948 wurde zum „Schutz des Reiches" die „volle Parität für Deutschland" bei der europäischen Regelung der Wehrfragen gefordert und bekannt: „Das Andenken an die Gefallenen ist uns heilig. Es wurde – wie bei anderen, vergleichbaren Bekenntnissen – keine einzige andere Opfergruppe genannt.

In ihren Programmpunkten von 1949 forderte die rechtskonservative Partei die Erhaltung des Berufsbeamtentums und die Gleichstellung der ehemaligen Berufssoldaten, die „Anerkennung der Ehre des reinen Soldatentums und der Rechte der ehemaligen Soldaten" sowie die Beendigung der Entnazifizierung. Unter den Punkten, die Hellwege am 14. September 1949 Adenauer als Voraussetzungen für den Eintritt seiner Partei in die Bundesregierung nannte, befanden sich Forderungen nach Abschluß der Entnazifizierung, Amnestie sowie Versorgung der Wehrmachtsangehörigen „unter möglichster Aufrechterhaltung des seit 1918 entwickelten Rechtszustandes". Bei 19 von Hellwege genannten Punkten äußerte Adenauer noch am gleichen Tag zu 18 seine Zustimmung und nur in einem Fall – der Mitbestimmungsfrage – Vorbehalte.[6]

Neben Hellwege – Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates – gehörte Hans-Christoph Seebohm, Bundesminister für Verkehr, als zweiter Vertreter der DP der Bundesregierung seit September 1949 an. Er hielt auf einer Kundgebung am 2. Dezember 1951 in Kassel anläßlich eines Bundesparteitages eine programmatische Rede. Seinen eigenen, einleitenden Worten zufolge sprach er nicht nur als Vertreter der DP, „sondern auch als einer der führenden Manner der Sudetendeutschen Landsmannschaft" Nach Bekenntnissen zu Nation und Volk, Konservatismus, Soldatentum und Heimat, folgten Ausführungen zur Tradition. Er forderte „Gleichberechtigung für alle Menschen im staatlichen Bereich":

> *„Wer sich jedoch gegen seine Mitmenschen oder wer sich gegen sein Volk versündigt, den soll die Strafe treffen, die dieses Volk über ihn verhängt nach seinen geltenden Gesetzen durch seine Gerichte. Wir werden niemals ein anderes Urteil über Deutsche anerkennen als ein Urteil, das nach deutschem Recht von deutschen Richtern gefällt wurde."*[7]

---

5 Soweit nicht anders angegeben, wurden diese und weitere Textstellen zeitgenössischen Flugschriften und Flugblättern der Deutschen Partei entnommen.

6 Vgl. Faksimile des vollständigen Schreibens von H. Hellwege und die Antwort K. Adenauers. In: Adenauer. Briefe 1949–1951, bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S. 104-107.

7 Seebohm, Hans-Christoph: Das Recht auf Heimat; Die Kasseler Rede; Verkehrspolitische Probleme in europäischer Sicht. Drei Vorträge, o. O. u. J., S. 16.

Das war die erklärte Position eines Mitglieds des Kabinetts Adenauer Ende 1951 zu den Nürnberger und sämtlichen weiteren alliierten Prozessen im In- und Ausland in den unmittelbar vorangegangenen Jahren sowie zu deren Urteilssprüchen. Sie hat kaum Aufsehen erregt, weil sie der Öffentlichkeit nichts Neues über die in der Bundesregierung vorherrschenden Auffassungen verriet. Darüber hinaus aber auch, weil sie in der Wahrnehmung sofort hinter der sich direkt anschließenden, provozierenden Aussage zurücktrat:

> *„Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß deutsche Menschen, die aus unserer großen geschichtlichen Tradition heraus leben, zu den Symbolen des Volkes eine klare und eindeutige Beziehung haben. Wir neigen uns in Ehrfurcht vor allen deutschen Menschen, die ihr Leben für ihr Vaterland geopfert haben, und vor jedem deutschen Symbol unseres Volkes, unter dem sie sich opferten."*

Seebohm schloß dieser Verbeugung vor dem Hakenkreuz die Wertschätzung für die unter diesem Zeichen erworbenen Orden und Ehrungen mit den Worten an,

> *„daß Auszeichnungen, die sich ein Mensch durch seinen persönlichen Einsatz und seine persönliche Tapferkeit erworben hat, mit Blut, mit Opfern, ja mit dem Einsatz seines Lebens, daß solche Auszeichnungen sein persönlicher Besitz sind und daß niemand das Recht hat, an diesen Auszeichnungen herumzudeuteln oder herumzudrehen."*[8]

Die Forderung nach dem Deutschlandlied als Hymne der Bundesrepublik rundete das tendenziell rechtsextremistische Plädoyer des DP- und Vertriebenenpolitikers und Bundesverkehrsministers ab.

Ausgelöst durch eine Große Anfrage der Fraktion der SPD, erörterte der Bundestag am 16. Januar 1952 das „Bekenntnis des Bundesministers Dr. Seebohm zum Hakenkreuz-Symbol". Adolf Arndt (SPD) zitierte bei der Begründung der Anfrage einleitend die genannte Passage nach der Aufzeichnung des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR). Darin findet sich ein Einschub, der offensichtlich in freier Rede vorgenommen wurde und die kritisierte pronazistische Tendenz noch eindeutiger erkennen ließ:

> *„Wir neigen uns in Ehrfurcht vor jedem Symbol unseres Volkes – ich sage ausdrücklich: vor jedem! –, unter dem deutsche Menschen ihr Leben für ihr Vaterland geopfert haben."*[9]

Arndt nannte „das Hakenkreuz ein uns und Europa aufgezwungenes Schandmal des Mordes". Mit nachträglichen Sprachregelungen habe Seebohm nicht mehr auslöschen können, daß seine Worte weithin „als Bekenntnis zum Hakenkreuz" verstanden werden mußten. Da es sich nicht um die erste Entgleisung des Bundesverkehrsministers handelte, richte sich die Frage nach den Konsequenzen nicht an ihn, sondern an den Bundeskanzler.

Adenauer ging davon aus, daß es seitens der SPD um die Frage der Entlassung seines umstrittenen Ministers gehe. Ihm sei in dieser Angelegenheit auch eine Note des französischen Hohen Kommissars zugegangen. Der Kanzler lenkte mit anderen Aussagen Seebohms und mit darin enthaltenen, angeblich unklaren und mißverständlichen Formulierungen, vom Kern der Kontroverse ab. Er schloß mit der Feststellung, daß für „einen Mann, der sich in Ehrfurcht vor dem Hakenkreuz neigt", es in einem von ihm geleiteten Kabinett keinen Platz gäbe. Damit nahm Adenauer die unglaubwürdigen Rechtfertigungsversuche Seebohms und weiterer Politiker der Koalition als vermeintlich stichhaltig hin und bediente sich ihrer. Es kam weder für den Urheber des Skandals noch für dessen Partei zu Konsequenzen. Der Machtpolitiker Adenauer wußte, daß ihm solche Partner und Verlautbarungen beträchtliche konservative bis nazistische Wählerpotentiale zu sichern halfen.

In der Debatte traten H.-J. von Merkatz und Margot Kalinke (beide DP) für ihren angegriffenen Parteifreund ein. Auf eine kritische Bemerkung von Heinz Renner (KPD) zur Redezeit der Fraktion der DP teilte Bundestags-Vizepräsident Hermann Schäfer (FDP) mit, daß Frau Kalinke Redezeit von der

---

8 Ebenda.

9 Deutscher Bundestag, 185. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 16. Januar 1952, S. 7.869.

CDU erhalten habe. Die Episode belegte, wie sich die Parteien der Koalition gegen antifaschistische Kritik zusammenschlossen. Der Kanzler habe sich nicht eindeutig vom Inhalt der Rede Seebohms abgesetzt, bemerkte Otto-Heinrich Greve (SPD); ein noch größerer Skandal als dessen Rede sei es, „daß er heute noch Mitglied der Bundesregierung ist." Wenn er sich schon verneigen wolle, fuhr Greve unter stürmischem Beifall der SPD fort, dann hätte Seebohm „sich vor den Millionen Opfern verneigen sollen, die uns das Hakenkreuz gebracht hat!" Aber das läge nicht in seiner politischen Linie oder der seiner Partei:

> *„Haben Sie schon einmal etwas davon gehört, daß Herr Dr. Seebohm und seine politischen Freunde die Opfer des Nationalsozialismus in der Weise respektierten, wie es in Deutschland angesichts der Schuld, die wir auf uns geladen haben, getan werden sollte?"*[10]

Der Bund Junger Deutscher, die Jugendorganisation der DP, druckte in ihrem Mitteilungsblatt „Wir Jungen – Der Junge Deutsche" vom Juni 1952 (S. 4) erneut einen Beitrag „Wir Jungen – und die Generale" ab, in dem die preußischen Traditionen beschworen wurden:

> *„Und die Soldaten, die Offiziere, die Generale der preußischen und deutschen Armee mit einer Tradition von über 200 Jahren? Haben sie nicht fast ohne Ausnahme den guten preußischen Geist verkörpert?"*

Der Bundeskanzler habe jüngst in einer Erklärung vor dem Bundestag sich vor diese Soldaten und Offiziere gestellt.

> *„Falkenhausen, Ramcke, Manstein, Kesselring und die vielen anderen, die man jahrelang durch die Gefängnisse schleppte und zum Teil heute noch als Kriegsverbrecher hinter Mauern und Gitter hält ... sind Ehrenmänner."*

Sie seien es wie „die Offiziere der ehemals feindlichen Armeen" und hätten „ihr Vaterland ebenso tapfer, treu und ehrlich verteidigt". Ignoranz und gröbste Geschichtsfälschungen begleiteten die nunmehr gefragte Rolle von Hitlers Generalen beim Aufbau der Bundeswehr.

Generalfeldmarschall a. D. Albert Kesselring dankte Bundesminister Hellwege in einem persönlichen Schreiben vom 4. Dezember 1952 für dessen Glückwünsche anläßlich seiner Freilassung sowie – auch namens „meiner Schicksalsgenossen" – dafür, „daß Sie und Ihre Partei auch schon früher der Kriegsverbrecherfrage großes Interesse entgegengebracht haben". Kesselring war für seine Verbrechen als Kommandeur der deutschen Streitkräfte in Italien 1943/44 und an der Westfront 1945 von einem britischen Militärgericht am 6. Mai 1947 in Venedig zum Tode verurteilt, später begnadigt und im Juli 1952 aus der Haft entlassen worden. Bereits im folgenden Monat wurde er Präsident des im Vorjahr neubegründeten Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten.

In einem redaktionellen Beitrag „Zur Frage der ‚Kriegsverbrecher'" wurde Ende 1952 im regierungsoffiziellen Bulletin über die Intensität und bisherige Ergebnisse einschlägiger Bemühungen berichtet:

> *„In einer Vielzahl von Schreiben an die Hohen Kommissare und die Regierungen der Gewahrsamstaaten hat die Bundesregierung seit Ende 1949 um generelle Maßnahmen zugunsten der noch inhaftierten deutschen Staatsangehörigen und um eine Bereinigung dieses Problems gerungen."*[11]

Dies sei auch mündlich gegenüber ausländischen Regierungsmitgliedern und über deutsche Auslandsvertretungen sowie durch praktische Vorschläge und Hilfsmaßnahmen geschehen. Dabei ging es darum, die Vollstreckung von Todesstrafen zu verhindern, erkannte Strafen herabzusetzen sowie menschliche und politische Gesichtspunkte für Freilassungen vorzubringen. Größte Hilfe böte die dafür eingerichtete Zentrale Rechtsschutzstelle in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium und dem Auswärtigen Amt.

---

10 Ebenda, S. 7.873.

11 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 193, Bonn, 6. Dezember 1952, S. 1.693.

„Insgesamt sind seit Anfang 1950 etwa dreiviertel der Inhaftierten entlassen worden. Am 1. April 1950 befanden sich 3.649 Gefangene in Haft. Die Zahl der Inhaftierten beträgt heute noch 936. Nur etwa ein Viertel von ihnen gehörten zur kämpfenden Truppe.“[12]

Die Leiden und die Sichtweise von Millionen Opfern spielte in solchen Verlautbarungen keine oder höchstens vereinzelt eine untergeordnete Rolle.

Unter der Überschrift „Das Eintreten der Deutschen Partei für die Kriegsverurteilten“ wurde ein Brief des Parteivorsitzenden und Bundesministers, den Hellwege am 9. Februar 1953 an einen ehemaligen Wehrmachtsoffizier gerichtet hatte, als Flugschrift verbreitet. In dem unzweifelhaft auf Stimmengewinn in der bevorstehenden Bundestagswahl zielenden, umfänglichen Papier wurden das Eintreten der DP und der Bundesregierung „für eine insgesamt gerechte und alsbaldige Lösung des Problems der Kriegsverurteilten“ aufgelistet. Dazu gehörten u.a. eine Große Anfrage der DP und die dazu am 17. September 1952 im Bundestag geführte Debatte, Interventionen bei den Hohen Kommissaren der Westmächte sowie verstärkte Bemühungen um Freilassungen in der Weihnachtszeit. Im Bundestag sei „das geschehene Unrecht, besonders was die Rechtsmethoden der alliierten Gerichte angeht, scharf angeprangert“ worden. Bei den Hemmnissen müßten „Vergeltungssucht und Ressentiments“ in den Ländern der Alliierten in Rechnung gestellt werden.

Die DP setzte mit weitgehendem Rückhalt beim Kanzler, in der Bundesregierung und in den Koalitionsparteien diese Bemühungen in den folgenden Jahren auch für die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS verstärkt fort. Darüber legte MdB Herbert Schneider (DP) in einem Brief vom 23. Juli 1957 an den Interessenverband der Waffen-SS, die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (Hiag) Bremen, ausführlich Rechenschaft ab. Die Ziele seien bei der Novellierung des 131er-Gesetzes noch nicht voll erreicht worden. Er versicherte dem Adressaten,

„daß Sie sich auch im kommenden Bundestag nicht nur auf mich, sondern –und das ist das Entscheidende – auch auf meine Fraktionskollegen, was die Waffen-SS betrifft, verlassen können. Die Deutsche Partei bedauert mit Ihnen, daß es 12 Jahre nach dem Kriege in der Bundesrepublik immer noch Menschen erster und zweiter Klasse gibt.“

Die Auflösung der DP um 1960 sowie der Übergang ihrer Bundesminister und der Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder zur CDU erwuchs folgerichtig aus der programmatischen und politischen Annäherung des vorangegangenen Jahrzehnts. Das gilt auch für die Vergangenheitspolitik als einem Schlüsselbereich im Geschehen der Nachkriegsperiode.

Unbelehrbarer Reichsfinanzminister der Jahre 1932 bis 1945

Einen Beitrag von spezifischem Gewicht leistete als Betroffener und Autor der 1949 in Nürnberg zu zehn Jahren Haft verurteilte und bereits 1951 entlassene Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Reichsfinanzminister unter den Kanzlern von Papen, Schleicher und Hitler sowie schließlich noch einige Tage Leitender und Außenminister der Regierung Dönitz im Mai 1945. In seinen Erinnerungen erscheinen im Kapitel „Nürnberg“ die Stationen seiner Haft nach 1945, als Zeuge wie Angeklagter, ausgefüllt mit Ressentiments, unverändertem Hochmut und fehlender selbstkritischer Reflexion bis zu schamloser Selbstrechtfertigung und Lüge. Es sei „in der Atmosphäre einer Gewaltherrschaft“ möglich gewesen,

„daß Menschen in gehobenen Stellungen an den Zentralpunkten der Politik von der ‚Endlösung der Judenfrage‘ im Sinne der physischen Ausrottung und von den Geschehnissen in den zu Vernichtungslagern bestimmten KZ keine oder eine sehr späte und unvollkommene Kenntnis gehabt haben.“

Es wäre angesichts der damaligen Verhältnisse

12 Ebenda.

„begreiflich, daß selbst Menschen in leitenden Stellungen von Vernichtungslagern und dem Massenmord an Juden keine Kenntnis erhielten.“[13]

Die Behauptungen sind angesichts der Zugehörigkeit zur Reichsregierung über die Gesamtdauer von NS-Diktatur und Zweiten Weltkrieg eine dreiste Zumutung. Dabei berichtete Schwerin von Krosigk durchaus über seine zahlreichen Reisen in besetzte und verbündete Länder, bei denen es nach Kriegsbeginn 1939 um den Aufbau und das Funktionieren von Zollgrenzschutz und Finanzverwaltungen ging. Bald nach dem Überfall auf die Sowjetunion gehörten beispielsweise auch Lettland und Estland ins Reiseprogramm des Reichsfinanzministers. Dort hatten unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch antisemitische terroristische Exzesse und Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung stattgefunden. Zu den Untergebenen und Gesprächspartnern Schwerin von Krosigks in Riga zählte der Chef der Finanzabteilung im Reichskommissariat Ostland, Regierungsrat Friedrich Karl Vialon, dem auch die Eintreibung des Goldes und weiteren Vermögens der ermordeten Juden oblag. Es war taktisch geschickt, in den 1977 erschienenen Erinnerungen Vialon zu erwähnen, der es nach der Tätigkeit im Bundesfinanzministerium (ab 1950) und im Bundeskanzleramt zum Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1962-1966) in Bonn gebracht hatte.

Schwerin von Krosigk fand unmittelbar nach der Entlassung Betätigung und Auskommen in dem von Verbänden der Wirtschaft gegründeten Institut für Finanzen und Steuern in Bonn. Das waren Kreise, die persönlich, politisch und geschichtsideologisch mit der von ihm vertretenen Apologie prinzipiell übereinstimmten und an deren Verbreitung interessiert waren. In der Feindseligkeit gegen Nürnberg wird hinter hochtrabenden rechtlichen Bedenken und Einwendungen zugleich der ordinärste Eigennutz sichtbar. Vermutlich waren auch die persönlichen Erfahrungen in und um Nürnberg mit im Spiel, als sich der um die Finanzierung von Nazidiktatur und Krieg verdiente Aristokrat 1981 als Verfasser von Berichten über große Schauprozesse vorstellte. Die 21 von ihm präsentierten Fälle reichen von Jesus und Pilatus über Sokrates, Hus, More, Maria Stuart und Strafford bis zu Pétain, zu Stalins Schauprozessen und Freisler. Den Abschluß bilden die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Um den eigenen Vorbehalten und Abneigungen einen objektiveren Anschein zu geben, berief er sich auf Autoren des westlichen Auslands, die „die Fragwürdigkeit der rechtlichen Fundamente und der politischen Wirkungen der Prozesse aufgezeigt“ hätten.[14] Allzu viel sei „in Nürnberg noch durch Rache bestimmt“ gewesen.

Ministerielle Karrieren endeten nicht nur in Nürnberg, sondern konnten auch dort ihren Ausgang nehmen. Der Student, nazistische Nachwuchswissenschaftler und Rechtsanwalt der dreißiger Jahre, Alfred Seidl, war 1945/ 46 Verteidiger von Rudolf Heß und Hans Frank, später von weiteren NS-Verbrechern in Nachfolgeprozessen.

„Dies allein wirft ihm niemand vor. Jeder Angeklagte hat ein Recht auf Strafverteidigung. Kein Strafverteidiger darf mit seinem Mandanten identifiziert werden. Die Verteidigung kann, ja sie muß einseitig zugunsten des Angeklagten sein. Die Seidl’schen Plädoyers allerdings verlassen jede forensische Notwendigkeit und offenbaren mit ihrer Diktion eine Gesinnung, die von der zynisch-brutalen Rechtfertigungsideologie der verbrecherischen Nazis kaum mehr zu unterscheiden ist.“[15]

Seidl wurde 1950 Mitglied der CSU und 1958 des Bayerischen Landtags, 1974 Staatssekretär im Bayerischen Justizministerium und 1977 bayerischer Innenminister. Mit nazistischen Kreisen engagierte er sich jahrelang für die Freilassung und Rehabilitierung seines früheren Mandanten Heß. Nach

---

13 Graf Schwerin von Krosigk, Lutz: Memoiren. Stuttgart 1977, S. 271 ff.

14 Graf Schwerin von Krosigk, Lutz: Die großen Schauprozesse. Politische Justiz von der Antike bis zur Gegenwart (1981), Bergisch Gladbach 1983, S. 361.

15 Schöfberger, Rudolf: Vorwort. In: Seidl, Alfred: Die Kontinuität einer Gesinnung. Vom NS-Verteidiger zum Innenminister. Eine Dokumentation, München 1978, S. 5 f. (Pressedienst Demokratische Initiative – PDI –, Sonderheft 7). Die Charakteristik wird unter „Seidl und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse“ S. 28-47, mit Auszügen aus Verteidigungsreden in Nürnberg, und einem dazugehörigen Anhang, S. 48-60, belegt.

seinem Ableben 1993 machte der Vorsitzende der Deutschen Volksunion (DVU) und Herausgeber der faschistischen Nationalzeitung, Gerhard Frey, bekannt, daß es von ihm mit Seidl „dreieinhalb Jahrzehnte des harmonischen und vielfältigen Zusammenwirkens“ gegeben habe. Der CSU-Politiker habe ihn juristisch und politisch beraten und im Naziblatt publiziert. Kurz zuvor konnte Frey über die gleiche Erfahrung mit dem prominenten Rechtswissenschaftler Theodor Maunz berichten, der im Ressort Kultus ebenfalls in München – 1957 bis 1964 – mit dem Mandat der CSU-Minister gewesen war.

Nachhaltige Fundamentalkritik der Rechten an Nürnberg

In Pamphleten und Verlautbarungen aus der Feder rechtsintellektueller Publizisten und Schriftsteller – darunter Ernst Jünger, Klaus Mehnert, Armin Mohler, Carl Schmitt, Caspar von Schrenck-Notzing und Hans Zehrer – wurden jahrzehntelang Motive und Argumente der deutschen Rechten gegen Nürnberg artikuliert. In mehreren Auflagen erschien Mitte der sechziger Jahre C. von Schrenck-Notzings Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Nachkriegspolitik. Neben „Entnazifizierung ohne Strick“ polemisierte er gegen die Nürnberger Prozesse als „Entnazifizierung mit Strick“, die im April 1949 mit dem Urteil im Wilhelmstraßenprozeß endete:

> *„Es war höchste Zeit, da sich die Hohe Kommission bald Gedanken machen mußte, wie sie die Verurteilten wieder los werden könne. 1951 wurde von McCloy eine weitgehende Amnestie erlassen. Seither schläft das Nürnberger Recht, wie das Potsdamer Abkommen, einen Dornröschenschlaf und harrt des Tages, da ein roter Prinz kommen wird, um es wachzuküssen.“*[16]

Mehnert beschrieb in jener Zeit die Nürnberger Prozesse als die „massivste Schocktherapie der ersten Besatzungsjahre“. Ihm zufolge raubten ihnen einige Merkmale die Glaubwürdigkeit, darunter eine fragwürdige Rechtsgrundlage. Nürnberg sei „ganz eindeutig ein Tribunal der Sieger über die Besiegten“ und daher nicht unparteiisch gewesen. Die sowjetische Beteiligung habe den Prozessen „in den Augen vieler Deutscher den Charakter eines reinen Racheaktes, wenn nicht einer Farce“ gegeben.[17] Ein Antikommunismus, der den Überfall auf die Sowjetunion und die dort verübten Verbrechen inspiriert und begleitet hatte, diente in seiner nahtlosen, lediglich semantisch entnazifizierten, Fortsetzung nach 1945 dazu, Aufklärung, Schuld und Sühne abzuweisen.

Die neofaschistische Gesellschaft für freie Publizistik führte im Mai 1976 in Kassel einen Kongreß über „Das Sieger-Tribunal. Nürnberg 1945/46 – Dreißig Jahre danach“ durch. Unter den Rednern befanden sich Rechtsanwalt Rudolf Aschenauer, der in Nürnberg die SA verteidigte, und seine Rückerinnerung als Verteidiger unter die Überschrift stellte „Nürnberg – keine Quelle des Rechts“. Beiträge leisteten die rechtswissenschaftlichen Professoren Bolko Freiherr von Richthofen und Fritz Münch. Der frühere antisemitische Autor und Hochschullehrer Richthofen war in Nürnberg als Berater der Verteidigung tätig gewesen. Später erhielt er Forschungsaufträge der Deutschen Forschungsgemeinschaft, des Bundesvertriebenenministeriums und des Auswärtigen Amtes. Er berichtete dem rechtsextremistischen Auditorium, daß ihm bei der Begegnung mit Robert Kempner in Nürnberg klar gewesen sei,

> *„nicht vor einem Vertreter von Wahrheit und Gerechtigkeit zu stehen, sondern vor einer der Persönlichkeiten, die erfüllt von einem hemmungslosen Rachewillen gegen die große Mehrheit aller einstigen deutschen Führungsschichten das Ansehen Deutschlands und der Deutschen in der Welt sowie deutsche Belange so stark wie nur irgend möglich zu schädigen trachteten.“*[18]

Das Tagungsprotokoll wurde im Sinne der Veranstalter und Teilnehmer durch Dokumente ergänzt. Darunter finden sich die Erklärung der Gesamtverteidigung gegen das Statut des Internationalen Militärgerichtshofes vom 19. November 1945, Auszüge aus den Erinnerungen des nationalkonservati-

---

16 Schrenck-Notzing, Caspar: Charakterwäsche Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Fünfte Auflage, Stuttgart 1965, S. 195.

17 Mehnert, Klaus: Der deutsche Standort. Stuttgart 1967, S. 141.

18 Freiherr von Richthofen, Bolko: Als Zeuge in Nürnberg. In: Dehoust, Peter (Hrsg.): Die Niederwerfung des Reiches. Krieg – Verrat – Prozesse. Revisionistische Thesen zur Zeitgeschichte, Coburg 1984, S. 317.

ven Publizisten Hans-Georg von Studnitz und des stellvertretenden Reichspressechefs Helmut Sündermann sowie das Schlußwort Hermann Görings. Die Veröffentlichung illustriert die Geistesverwandtschaft von Konservativen mit Alt- und Neonazis, die die Zäsur von 1945 überdauerte, im Umgang mit Gemeinsamkeiten ihrer Herkunft und in der Abwehr antifaschistisch-demokratischer und humanistischer Analyse und Kritik.

Die konservative Mehrheit der Inhaber rechtswissenschaftlicher Lehrstühle repräsentierten im akademischen Raum die Kontinuitäten seit Kaiserreich und Weimarer Republik; sie lehnte die Nürnberger Prozesse und ihre Urteile grundsätzlich ab. Hermann Jahrreiß kann exemplarisch als Vertreter dieser großen, durchaus heterogenen Gruppe betrachtet werden. Er war Ordinarius für öffentliches Recht und Völkerrecht seit 1932, von 1937 bis 1962 an der Universität Köln, und leitete eine Sparte im nationalsozialistischen „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften". Jahrreiß verteidigte Alfred Jodl und war Sprecher der Gesamtverteidigung in Nürnberg. Der in langjährigen Staatsdiensten erfahrene Hochschullehrer war 1958 bis 1960 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und anschließend Vizepräsident der Europäischen Rektorenkonferenz.

Schließlich sei auf die Traditionslinien antifaschistischer Kritik an der offiziellen Feindseligkeit gegenüber den Nürnberger Prozessen hingewiesen. Sie verdienen an anderer Stelle eine eigenständige und weiterführende Würdigung, da sie an bemerkenswerte bundesdeutsche Alternativen im Geschichtsbild und im Verständnis des Völkerrechts erinnern, die mit den Intentionen der Alliierten von 1945/46 und den jahrzehntelang in Westeuropa vorherrschenden Anschauungen weitgehend übereinstimmen. Stellvertretend dafür werden an dieser Stelle zwei Grundsatzbeiträge von Heinz Düx, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht in Frankfurt a. M., von 1980/81 genannt. Vor der VVN Nürnberg hatte er den Nürnberger Prozeß, seine positiven Auswirkungen im Völkerrecht und die destruktive Rolle von Politik, Justiz und Rechtswissenschaft in der Bundesrepublik dargestellt:

> *„Man muß leider feststellen, daß diese aus dem Völkerrecht resultierende Rechtssituation in unserem Lande von der sog. herrschenden Meinung einfach negiert worden ist. Das Motiv für dieses Verhalten kann nur in der breiten Verstrickung maßgeblicher Vertreter der herrschenden Meinung in die NS-Gewaltverbrechen zu suchen sein."*[19]

Düx erneuerte wenig später diese Analyse und Kritik am bundesdeutschen Umgang mit den Nazi- und Kriegsverbrechen, in dessen Verlauf und Ergebnis schließlich selbst die Richter des Volksgerichtshofes unbehelligt geblieben sind.

> *„Vor der Geschichte wird die Ahndung der NS-Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik stets mit dem Makel der Täterbegünstigung verbunden sein."*[20]

Die deutsche Rechte konnte 1945 und danach keinen radikalen Bruch mit der Vorgeschichte und ihren Resultaten vollziehen, ohne sich selbst, ihren Herkünften und Grundsätzen, untreu zu werden. Deshalb stand sie den antifaschistischen und allen konsequenten humanistischen Entscheidungen und Folgerungen verständnislos und feindselig gegenüber. Die Gegnerschaft zu den Nürnberger Prozessen und ihren Urteilen ist als konstitutiver Grundzug der Restauration und der aus ihr hervorgegangenen Bundesrepublik in die Geschichte eingegangen.

Der Nürnberger Prozeß, Genutzte oder vergessene Geschichtslektion? Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V., Jena 2007, S. 67-81.

[19] Düx, Heinz: Wie die Nazi-Verbrecher in der Bundesrepublik begünstigt werden. Bonn sträubt sich nach wie vor, das Völkerstrafrecht zu akzeptieren! Zum Nürnberger Prozeß vor 34 Jahren, in: die tat, Nr. 2, 11. Januar 1980, S. 6.

[20] Düx, Heinz: Ein Militärtribunal als Vorbild für die Justiz. Um am Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß vorbeizukommen, wird mit Unterstellungen gearbeitet – Bilanz 35 Jahre nach dem Urteil, in: die tat, Nr. 40, 2. Oktober 1981, S. 12.

Warum NPD verbieten?

Man könnte auch fragen, warum ein politisches Gemeinwesen eine Verfassung braucht. Was verbindet beide Fragen, die anscheinend recht Verschiedenes ansprechen?

Es geht darum, ob eine zivilisierte Gesellschaft eines Mindestmaßes an humanistischen, rechtlichen und freiheitlichen Grundlagen des Zusammenlebens bedarf. Der deutsche Faschismus hat sich als vorsätzlicher, fundamentaler und von jeder moralischen Hemmung freier Angriff auf elementare Bedingungen von Menschlichkeit, Kultur und Fortschritt erwiesen.

Der Neofaschismus in der Bundesrepublik basiert nicht auf dem Grundgesetz. Das nahezu unbehinderte Wirken neonazistischer Parteien, Organisationen, Verlage, Periodika und Akteure seit 1949/50 wurzelt vielmehr im restaurativen Charakter der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Die Kontinuität belasteter Führungskreise in allen gesellschaftlichen Bereichen war nur um den Preis der Verdrängung des Geschehenen sowie der Nachsicht gegenüber Millionen Tätern und Mitläufern zu haben.

Das Verbot der nazistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) 1952 hatte vor allem eine Alibifunktion gegenüber dem Ausland, das verbreitet Besorgnis über alt- und neonazistische Umtriebe hegte. Hauptanliegen der Mitte-Rechts-Regierung unter Adenauer war, die KPD zu verbieten und weitere linke Organisationen zu diskriminieren, darunter die VVN.

Die von Willy Brandt geführte Bundesregierung versicherte in einer Note an den Generalsekretär der UNO vom 31. Juli 1970 – die an sämtliche UN-Mitgliedsstaaten weitergeleitet wurde –, sie unternähme „seit Jahren wirksame Maßnahmen für das Verbot nazistischer und rassistischer Organisationen und Gruppen und für deren gerichtliche Verfolgung.“

Das „ausdrückliche Verbot von nazistischen Organisationen“ und Bemühungen, nazistischen Tendenzen vorzubeugen, folgen aus dem Grundgesetz sowie daraus, „dass die von den alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung auch weiterhin in Kraft ist.“ Damit wurde der antifaschistische Art. 139 GG bekräftigt.

Bis heute hat sich an dieser historisch-politischen und Rechtslage nichts geändert.

Das dieser Artikel obsolet sei, wurde unter dem Beifall konservativer und nazistischer Kräfte ausgerechnet von prominenten Staats- und Rechtswissenschaftler und CSU-Politiker Theodor Maunz behauptet, dem nach seinem Ableben 1993 der DVU-Vorsitzende und Herausgeber der faschistischen National-Zeitung, Gerhard Frey, langjährige und vertrauensvolle Kontakte bescheinigte.

Exzesse sind Kampfansagen gegen das Grundgesetz. Sie richten sich dagegen, dass die Menschenwürde unantastbar ist (Art. 1, Abs. 1), und gegen die „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Abs. 2).

Jede Bewegung, Partei oder Gruppe, die sich nach ihren Erklärungen. Symbolen und Taten zu faschistischen Überlieferungen bekennt, ist im Lichte der geschichtlichen Erfahrungen als demokratiefeindlich und menschenverachtend zu beurteilen. Das bestätigen hetzerische und bluttriefende Songs, Drohkulissen martialischer Aufmärsche. bandenmäßige Einschüchterungen von Gemeinden und Wohngebieten sowie rechtsterroristische Ausschreitungen. Das Bekenntnis zu nationalsozialistischen Traditionen und Idolen, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Rechtfertigung und Verklärung der Naziwehrmacht, hemmungslose soziale Demagogie sowie Gewaltbereitschaft und aggressive Exzesse sind Kampfansagen gegen das Grundgesetz. Sie richten sich dagegen, dass die Menschenwürde unantastbar ist (Art. 1. Abs. 1). und gegen die ,.unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Abs. 2).

Die NPD betreibt rechtsextreme Sammlungen. um mit einem wachsenden Droh- und Gewaltpotential gesellschaftliche Spannungen zu schüren und den eigenen Einfluss zu vergrößern. Bereits der Verbotsantrag von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat von Anfang 2001 enthielt umfangreiches Beweismaterial über „die aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung der NPD“. die sich „in den letzten Jahren zunehmend offensiv zu den Zielen des Nationalsozialismus“ bekenne. Die damalige Folgerung: „Ein milderes Mittel als ein \‘erbot steht zur Abwehr der von der NPD ausgehenden Gefahr nicht zur Verfügung“ Entscheidend für das klägliche Scheitern des Verbotsverfahrens 2003 war die Verfilzung von Verfassungsschutz und Nazikreisen, zu der auch das Land Thüringen mit skandalösen Praktiken beigetragen hatte. Diese Zustände sind zu beenden. Das Fiasko von 2003 hat der NPD und weiteren Nazis und Rassisten Auftrieb gegeben und zugleich die Beweislast für ein Verbot weiter vergrößert.

Die von unserem Thüringer Verband unterstützte Initiative der VVN-BdA für ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD steht in der Tradition des Schwurs der befreiten Häftlinge Buchenwalds vom 19. April 1945 und bekräftigt dessen unveränderte und dringliche Gültigkeit: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

nie wieder! Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten e. V. (TVVdN/BdA), 8. Jahrgang, Nr. 1, 2007, Mai/Juni, S. 1-2.

„Vereinigung“ war nicht vorgesehen – es ging um Übernahme und Ausgrenzung

Die mit dieser Tagung angesprochene Wendezeit habe ich von ihrem ungefähren Beginn im Frühjahr 1989 bis zu ihrem Ausgang – im engeren Sinn – etwa Ende 1991 in folgenden hauptsächlichen Eigenschaften und damit verbundenen Umständen und Konsequenzen erlebt:

- Hochschullehrer an der Sektion Marxismus-Leninismus (ML) und Mitglied des Beirats für ML beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR in Berlin, Stellvertretender Direktor der Sektion für Forschung 1989/90;
- Mitglied des Wissenschaftlichen Rates für Grundfragen des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus bei der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR in Berlin (Leiter: Manfred Buhr, Direktor des Instituts für Philosophie der AdW);
- Leiter des Interdisziplinären Zentrums für Konservatismusforschung (IZK) – eines von drei gesellschaftswissenschaftlichen Forschungszentren an der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) – (und seiner Nachfolgeeinrichtung Abteilung für vergleichende Ideengeschichte ab Januar 1991) sowie der 1978 bis 1990 bestehenden DDR-weiten, interdisziplinären Arbeitsgruppe Konservatismusforschung;
- Mitglied des Akademischen Senats der FSU ab der Neuwahl am 26. Januar 1990 bis Mai 1991 (von Februar 1969 bis Mai 1978 hatte ich dem Senat als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften angehört);
- nach Abwicklung der Sektion und Ablauf der Warteschleife zum 30. September 1991 in den Altersübergang – Vorruhestand – entlassen.

In diese damalige Phase fallen einige wissenschaftliche, wissenschaftspolitische und politische Ereignisse, Veranstaltungen und Aktivitäten, an denen ich mitverantwortlich war bzw. durch Teilnahme und Beiträge mitwirkte, und die durch die sich abzeichnenden und dann eintretenden historisch-politischen Veränderungen beeinflußt oder gar geprägt waren. Dazu gehörten beispielsweise:

- Tagungen des Beirats für ML am 18. Mai 1989 in Berlin und der Direktoren der Sektionen und Institute für ML am 26./27. Juni 1989 in Weimar;
- Vorträge und Gespräche über Konservatismusforschung in der DDR im Politischen Klub der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der Konrad-Adenauer-Stiftung und am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bonn, Mitte Juni 1989;
- Referat und Podiumsdiskussion auf dem Internationalem Symposium des DGB-Landesbezirks anläßlich des Antikriegstags „Vor fünfzig Jahren: Ausbruch des 2. Weltkrieges“, Berlin (West), 30. August 1989;
- Konferenzen mit den polnischen Partnern – Gesamtpolnische Akademische Forschungsgruppe „Deutsche Problematik“ – vom 5. bis 7. September 1989 in Warnemünde anläßlich des 50. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf Polen (5. Bilaterale Tagung) und vom 19. bis 21. Oktober 1989 in Wrocław;
- VII. Philosophiekongreß der DDR, 1. bis 3. November 1989 in Berlin, und Briefwechsel mit dem Neuen Deutschland (ND) – besonders zu Stalinismus und Kampuchea;
- Gesprächsleitung beim Podiumsgespräch „DDR – politische Organisation der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ am 8. November 1989 in der Aula, Universitätshauptgebäude;
- Arbeitsberatung des IZK in Jena am 24./25. November 1989 mit einer Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e. V. (VVN-BdA) der Bundesrepublik zu dem in beiden deutschen Staaten vordrängenden Rechtsextremismus;
- Teilnahme am Runden Tisch der Zeiss- und Universitätsstadt am 1. Dezember 1989 im Plenarsaal des Rathauses – als Vorsitzender des Kulturbundes in Jena;
- Debatten und Auseinandersetzungen im Kulturbund, darunter als Mitglied des Präsidialrates (Berlin, 28. November) und der Bezirksleitung (Gera, 30.

- November) sowie als Vorsitzender der Kreisleitung in Jena am 21. November und 19. Dezember 1989;
- Konferenz des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) in Hannover am 27. und 28. Januar 1990;
- Abberufung aller Hochschullehrer der Sektionen, Institute und Abteilungen für ML durch die Regierung de Maizière am 25. Mai 1990;
- III. Internationales Konservatismus-Kolloquium „Konservatismus und Fortschritt. Anschauungen und Wirkungen 1790 bis 1990“, Jena, 13. bis 15. Juni 1990;
- Tagungen in Kraków „Der europäische Einigungsprozeß und die Vereinigung Deutschlands“ am 23./24. Oktober sowie „Transnational Future of Europe“ in Lublin vom 7. bis 9. Dezember 1990;
- Tagungen in Frankfurt a. M., Rastatt und Bonn 1990/91; Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen in Tübingen und München;
- Bildung des „Gesprächskreis Landgrafen“ 1991 und daraus hervorgehende Gründung des Jenaer – später: Thüringer – Forum für Bildung und Wissenschaft e. V. am 26. Mai 1992 – Vorsitzender von Gründung bis Anfang 1994; aus dem Forum ging nach 2000 die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. hervor.

Frühzeitig ergab sich die Beteiligung am Streit um die Einschätzung der in der DDR und an ihren Hochschulen eingetretenen Situation sowie um den Umgang mit der jüngsten Geschichte, darunter

- lokale hochschul- und kommunalpolitische Vorgänge und Themen (Jenaer Volkshaus, Jenaer IG „Territoriale Rationalisierung“, Runder Tisch Jena, Entfernung Marx-Büste u. a.);
- Beiträge zur Vergangenheitsbewältigung in Deutschland Archiv 7/1991 sowie mit dem Buch „Nach Hitler. Nach Honecker“, Berlin, Ende 1991;
- Beitrag auf der Tagung der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste „Humanismus in der Verantwortung – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus“, Oktober 1991 in Berlin;
- Mitarbeit ab Juni 1991 am Projekt Wartburg ’92 der Geschichtswerkstatt Marburg zur Kritik des Korporationsstudententums (Tagung in Marburg im Juni und Sammelband Oktober 1992).

Abwicklung und Übernahme

Die Abwicklung der Sektionen, Institute und Abteilungen für ML war in ihrer politischen und rechtlichen Begründung auch im Kreis der direkt und existentiell Betroffenen nicht ernsthaft umstritten. Das unterschied sie von der Mehrzahl der anderen Einrichtungen (Fakultäten, Sektionen, Institute etc.), in denen dieses Instrument für Zwecke der personellen „Säuberung“ in rechtlich fragwürdiger Weise benutzt wurde, da die Institutionen – z. B. historische, erziehungs- und rechtswissenschaftliche Institute oder Fakultäten – aufrechterhalten und fortentwickelt werden sollten. Angesichts der veränderten Voraussetzungen sowie der Stellen- und Finanzierungsfragen begriffen viele, daß drastische Eingriffe in den Personalbestand unvermeidlich waren. Die ab Januar 1991 auftretenden Struktur- und Namensfragen werden oft als bloße Tarn- und Rettungsmanöver dargestellt. Tatsächlich ging es zunächst darum, zumindest für eine Übergangszeit den Platz innerhalb veränderter Universitätsstrukturen zu klären. Dahinter standen sozial und menschlich begreifliche sowie arbeitsrechtliche Probleme der noch gegebenen oder künftigen Tätigkeit sowie der individuellen Zukunftssicherung im Verlauf einer gesellschaftlichen Umbruchssituation.

Der exponierte Platz der eigenen Sektion, zwischen Mai und Dezember 1990 als erste und ziemlich umstandslos und rigoros der Abwicklung zu verfallen, vermittelte allerdings auch bemerkenswerte politische, psychologische und menschliche Erfahrungen. Der Professorenstand war noch nie und nirgends ein auffälliger Hort solidarischer Leitbilder und Verhaltensweisen. Das kann oberflächlich anders erscheinen, solange der jeweilige Kreis noch durch gemeinsame Gruppen- und Sonderinteressen im Verhältnis – vielleicht gar im Gegensatz – zu anderen Gruppierungen und Institutionen verbunden ist. Das ändert sich, wenn es darum geht, das Eigene neben und gegen andere zu bewahren und zu sichern. Diese Verhaltensweisen beeinträchtigten bald erheblich ein koordiniertes Verhalten gegenüber den einheimischen Verfechtern rascher, restaurativer Veränderungen sowie

altbundesdeutschen Interventionen und Eroberungen; sie erleichterten deren relativ raschen und – zumindest auch in Jena – nahezu widerstandslosen Erfolg.

Auf der anderen Seite war auch das in wenigen Wochen und Monaten veränderte Verhalten der großen Mehrheit der westdeutschen Kollegen symptomatisch. Das ließ sich beispielsweise in der kurzen Zeitspanne zwischen der Beteiligung und den positiven Reaktionen beim III. Internationalen Konservatismus-Kolloquium im Juni und dann ab dem 3. Oktober 1990 an den Einblicken im Senat erleben und beobachten. Die administrative „Vereinigung" fand weithin als Übernahme eines universitären Ausbildungs- und Forschungspotentials sowie zielstrebige Ausgrenzung größerer Gruppen von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern statt. Mit den Machtverhältnissen und maßgebenden politischen Vorgaben änderte sich bemerkenswert rasch auch der Umgang mit Gruppen und Persönlichkeiten in den bald neu konstituierten östlichen Bundesländern.

Insbesondere während der Zugehörigkeit zum Senat in der akuten Phase des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik und der Umsetzung der sich daraus ergebenden Konsequenzen an den Hohen Schulen des Beitrittsgebiets ergaben sich authentische Erfahrungen in einer radikal veränderten Situation. Der vorherrschende bleibende Eindruck betrifft die Selbstverständlichkeit, mit der sich altbundesdeutsche Kollegen berufen und legitimiert sahen, die Institutionen in Besitz zu nehmen und den weiteren Fortgang zu bestimmen. Dafür genügten ihnen ihr bisheriger Erfahrungshorizont sowie ihre vorgefaßten, unter anderen Voraussetzungen geprägten Meinungen und die in der Regel bereits zuvor feststehenden Urteile und Ziele. Der verbreitete Mangel an umfassenden und differenzierten Kenntnissen über die DDR und ihre hauptsächlichen gesellschaftspolitischen Strukturen und Mechanismen wurde von den tonangebenden Akteuren nicht als Problem angesehen. Das zeigte sich auch in der rein formellen und deshalb sehr zügigen Erledigung der Gesprächsrunden mit Hochschullehrern und Mitarbeitern der verschiedenen Einrichtungen und Gebiete.

Eine Neugier auf Anderes, ein ernsthaftes Eingehen auf ostdeutsche Erfahrungen und Sichtweisen oder eine wirkliche Problemsicht bezüglich der Bilanzen, der eintretenden Umbrüche und deren vielschichtige Wirkungen war kaum zu bemerken. Das alles wurde erleichtert durch die Orientierungskrise auf ostdeutscher Seite einschließlich der Zwänge und Versuche, das Geschehen vorangegangener Jahrzehnte kritisch zu bilanzieren sowie die raschen Veränderungen und neuartige Herausforderungen relativ kurzfristig zu bewältigen.

Die mit dem 3. Oktober eintretende, radikale Veränderung läßt sich am Beispiel der eigenen Sektion veranschaulichen: Der Minister für Bildung und Wissenschaft, Hans-Joachim Meyer, hatte Anfang Juni 1990 aufgrund von Einsprüchen und Vorschlägen einiger Rektoren eine differenziertere Verfahrensweise mit den Hochschullehrern der ML-Einrichtungen zugelassen. Es kam in Jena zu einer gründlichen Evaluierung durch den Akademischen Senat, der dafür zwischen Juni und September eine Kommission einsetzte. Sie unterbreitete eine Liste individueller Entscheidungsvorschläge. Das interessierte ab Oktober unter den zugereisten Akteuren niemand mehr. Der nunmehr vorherrschende Geist und Stil bedeutete, daß bereits das Bemühen einer solchen Evaluierung überflüssig und entbehrlich gewesen war. Der wirkliche oder vermeintliche Sieger der Geschichte weiß kraft seines Erfolgs und von vornherein, was richtig ist. Es gab doch Schubfächer, Etikettierungen und Stempel, nach denen das Aussortieren und Bewerten ohne konkrete Ansicht und Prüfung vollzogen werden konnten. Wenn ein solches Verständnis und Herangehen bereits für die Politik problematisch ist, so ist es völlig fragwürdig für die Wissenschaft. Deren Vertreter beeilten sich ab Oktober 1990 überwiegend, die Vorgaben und Erwartungen der Politik mit Eifer und Ehrgeiz ziemlich unreflektiert, in den Grenzen des selbst Erfahrenen und längst Bekannten – nicht unbedingt auch Bewährten – und vorrangig eng fachbezogen zu erfüllen. Dabei wurden selbst Rivalitäten und konkurrierende Ambitionen aus den Herkunftsregionen und -institutionen mit eingebracht.

„Die Wahrheit wird euch frei machen" ist auf der im Juni 1992 im Foyer der Aula angebrachten Tafel zu lesen. Der Appell wendet sich seit dem Anlaß, sie anzubringen – eine Tagung der Jenaer Universität zur Aufarbeitung von gerade Vergangenem – und an diesem Ort selbstredend vorrangig an die akademische Welt. Wer wollte dem ethisch unangreifbaren Appell widersprechen? Jedoch –sich den

Widerspruch zu ersparen oder sich selbst von dieser Maxime leiten zu lassen, sind zwei recht verschiedene Dinge. Das Dilemma läßt sich auch so lösen, daß der wunderschönen Erkenntnis möglichst hörbar zugestimmt wird und die Konsequenzen daraus anderen zugewiesen werden. War die Grundintention des Leitspruchs bereits früher gültig? Beispielsweise nach 1945 und 1949? Wenn dies bejaht wird, dann müssen die Zustände im Hochschulraum der Westzonen und in der Bundesrepublik seit den späten vierziger bis zumindest den siebziger Jahren sehr unfrei gewesen sein. Oder es findet sich eine Deutung der „Wahrheit" wie der „Freiheit", die eine zu den heute vorherrschenden Darstellungen der Geschichte der Bundesrepublik geeignetere – wohlwollendere – Charakteristik erlaubt?

In seiner Abschiedsrede vom 22. Februar 2007 bekannte sich der langjährige Kanzler der Jenaer Universität, Klaus Kübel, zu der Aufgabe der Universität, „die Entwicklung von Staat und Gesellschaft mit kritischem Verstand zu begleiten" und fuhr fort:

> *„Hier kann die Universität auf bedeutende Traditionen zurückblicken. Dies befähigte sie, 1989/90 aus eigenem Antrieb, nicht vom Staat verordnet, den Erneuerungsprozeß kraftvoll auf den Weg zu bringen. Ich denke dabei zum Beispiel an Ihre verdienstvolle Tätigkeit, Herr Professor Jorke. Für kritische Geister muß in der Universität immer Raum sein."*[1]

Es blieb jedoch bei dem Beispiel aus der Vorgeschichte des Wirkens von Kanzler Kübel; aus seiner Amtszeit wurde keines hinzugefügt. Das erscheint bei einer Art Rechenschaft über mehr als 16 Jahre recht bemerkenswert. Wer sich seines Beginns Ende 1990 erinnert, der weiß um die faktisch maßgebliche administrative Rolle des in die Leitung der Universität entsandten Staatskommissars, mit dessen Einsetzung und Wirken nicht nur einige vorangegangene reformerische Bestrebungen beendet, sondern faktisch auch die gewählten akademischen Gremien und Repräsentanten weithin in eine nachgeordnete und vor allem ausführende Rolle gedrängt wurden.

In der Regionalpresse war Anfang 1991 die Aussage des frischgebackenen Universitäts-Kanzlers wiedergegeben worden, daß, wer sich für den Sozialismus eingesetzt habe, nicht mehr Recht sprechen oder lehren könne. In einem Leserbrief machte ich auch als Senatsmitglied Einwände gegen solche pauschalisierende Positionen geltend und fügte hinzu:

> *„Es könnte gerade auch einem an einer westdeutschen Universität promovierten Juristen nicht entgangen sein, daß in der Bundesrepublik viele Jahre Juristen und Rechtswissenschaftler Recht sprechen und lehren konnten, die dies – meist bis fünf nach zwölf – in dem ‚Verbrecherstaat' (Karl Jaspers) von 1933 bis 1945 getan haben. Es scheint aktuell und lohnend zu sein, die einschlägigen Tatsachen und Erfahrungen wieder in Erinnerung zu rufen. Manches davon wirkt bis in die Gegenwart. Das Wissen darum sollte zumindest vor einem allzu selbstgerechten und pauschalen Urteil bei der Aufarbeitung des Nachlasses der DDR bewahren."*[2]

Eine restaurative Revolution?

In Berichten und Darstellungen zur „friedlichen Revolution" in der DDR, zu Mauerfall und Ablösung des Politbüros, zu den Schritten zur Reform der DDR sowie bald auf dem Weg zur staatlichen Vereinigung, finden sich häufig kritische oder gar abwertende Aussagen bezüglich des geringen, jedenfalls keineswegs vorantreibenden Anteils der Mehrzahl der Hochschullehrer, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studierenden. Das wird u. a. und nicht grundlos auf Privilegien dieser Gruppen, ideologische Prägungen oder auch die Ferne zu Alltagserfahrungen und -problemen der Mehrzahl der DDR-Bürgen zurückgeführt. Vernachlässigt werden dabei Aspekte und Faktoren, die der selektiven und euphorischen Betrachtungsweise des dominierenden bundesdeutschen Selbstverständnisses zuwiderlaufen: Der intellektuellen Reflektion eignet auch eine skeptische, differenzierende und verschiedene Seiten und Momente abwägende Herangehensweise. Für einen größeren Teil der ostdeutschen Intellektuellen ließen sich die genannten und weitere Ereignisse des Herbstes 1989 nicht auf die im heutigen Geschichtsbild hervorgehobenen und bei jeder Gelegenheit wiederholten und verabsolutierten

---

1 Qualität, Qualität, Qualität. Abschiedsrede von Dr. Dr. h.c. Klaus Kübel vom 22. Februar, in: Uni-Journal Jena, 04/07, S. 33.

2 Keine Pauschalurteile, in: Thüringische Landeszeitung (TLZ), 24. Januar 1991.

Gesichtspunkte und Vorgänge oder gar auf die triumphalistische Selbstbestätigung der Bundesrepublik reduzieren. Die seitherige widerspruchsvolle Entwicklung in der vergrößerten Bundesrepublik und Tendenzen ihrer internationalen Rolle geben solchen skeptischen Haltungen durchaus recht. Sie fanden schließlich auch im politischen und Wahlverhalten sowie in Ergebnissen von Umfragen seitens eines mehr oder weniger großen Teils der Ostdeutschen ihre Bestätigung.

Den Würdigungen der „Erneuerung" der Universität seit 1990/91 liegt vielfach ein ziemlich eindimensionales Verständnis der dazu vorausgesetzten Kriterien und der darunter zu subsumierenden Sachverhalte zugrunde. In der bereits erwähnten Ausgabe des Uni-Journals findet sich ein Bericht über „Amazonia Jena", die 2002 gegründete „erste Akademische Damenverbindung Jenas". Es folgt der unvermeidliche Kommentar, daß in der DDR ‚jegliche Verbindungen untersagt" waren, deren Traditionen im Exil weiter lebten. Wie fast immer bleibt unerwähnt, daß unmittelbar nach 1945 klare Mehrheiten in Hochschule und Gesellschaft aller vier Besatzungszonen davon ausgingen, daß nach den vorliegenden desaströsen Erfahrungen das Korporationsstudententum sich in Deutschland völlig diskreditiert habe und keine Zukunftsberechtigung mehr besitze. Das veränderte sich im restaurativen gesamtgesellschaftlichen Prozeß, der sich allerdings auf die drei Westzonen und die Bundesrepublik beschränkte. Da der DDR offenbar alles vorzuwerfen ist, was sie von der Bundesrepublik unterschied, erscheint das Fehlen des obskuren, politisch-moralisch verrufenen und katastrophal gescheiterten Verbindungsstudententum nunmehr als einen ihren Makel und die Wiederkehr seit 1990 wird unter „Erneuerung" gefeiert.

Die rigorose Verdrängung des marxistischen, also kapitalismuskritischen, radikaldemokratischen und sozialistischen Denkens aus den Universitäten und Hochschulen den neuen Bundesländer läuft ebenfalls unten diesem summarischen Etikett. Inzwischen folgte – bis auf bundesweit sehr wenige Ausnahmen – das altersbedingte Ausscheiden der ohnehin niemals zahlreichen linken Lehrstuhlinhaber in den alten Bundesländern. Die Rückkehr zu den antimarxistischen und antisozialistischen Maßstäben und Leitbildern akademischer Personalpolitik im wilhelminischen Kaiserreich, in der „ersten" und der frühen „zweiten deutschen Demokratie" erscheint im konservativen und konformistischen Grundverständnis bundesdeutscher Politik und Ideologie ebenfalls als „Erneuerung". Es sei daran erinnert, daß mit der Errichtung der NS-Diktatur – auf barbarische sowie offen kultur- und wissenschaftsfeindliche Weise – die vorherige Marginalisierung sowie die frühe und durchgängige Ausschaltung des zahlenmäßig geringen linken – also auch erklärt antifaschistischen – Flügels unter den Hochschullehrern erhebliche, die ohnehin geringe demokratische Widerstandskraft lähmende Auswirkungen gezeitigt hatte.

Heute kann die Kompatibilität dieser personalpolitischen Strategie zum entfesselten Kapitalismus sowie zu einer von ihm dominierten Strategie und Ideologie der Globalisierung kaum als zufällig angesehen werden. Die Verlautbarungen der Mehrzahl wirtschaftswissenschaftlicher Ordinarien und Institute zu wirtschafts- und sozialpolitischen Schlüsselproblemen vermitteln einen Eindruck vom herrschenden Leitbild des Hochschullehrers, seines Arrangements mit den Mächtigen und von den ihm zugedachten Funktionen. Aber auch für den seitherigen Umgang mit der Geschichte der DDR – und der Bundesrepublik! – erwies sich das damalige Vorgehen als förderlich, um eine weitgehend antikommunistische Hegemonie zu sichern, zu deren Hauptmerkmalen erwiesenermaßen nicht gerade Objektivität und ausgewogene Urteile gehören.

Keineswegs unbegründet ließe sich einwenden, daß der bis 1989 im internationalen Staatssozialismus herrschende Marxismus-Leninismus sich in Gehalt und Funktionen in einem höchst problematischen Verhältnis selbst zum originären Werk und Wirken von Karl Marx, Friedrich Engels und weiteren namhaften marxistischen Denkern in aller Welt befunden habe. Die Feststellung kann jedoch nicht zugleich bedeuten, daß es in der vergangenen, jahrzehntelang und weltweit geistig und politisch einflußreichen Strömung keinerlei Differenzierungen und überhaupt keine der kritischen Sichtung und Analyse lohnenden Inhalte und zu würdigenden Leistungen gegeben habe. Mit dem rigorosen personellen Wechsel in Schlüsselpositionen der Wissenschaft, Bildung, Kulturpolitik und Medien wurde auch die Bereitschaft sowie Potential und Kompetenz zur kritischen und selbstkritischen Aufarbeitung des Vorangegangenen mißachtet und ausgeschaltet. Es wurde der Weg bereitet, nicht nur not-

wendige und legitime Analyse und Kritik, sondern auch überkommene altbundesdeutsche Voreingenommenheiten und Einseitigkeiten, Vorurteile und Tabus, ziemlich widerspruchslos und nicht selten auf fragwürdigem Niveau zu verbreiten. Unterhalb der ausgewechselten Führungsebenen bildeten Konformismus und Anpassungsbereitschaft, aber auch existentielle Ängste, Nöte und Zwänge weitere Momente, die einen raschen äußerlichen Erfolg der Inbesitznahme begünstigten.

Die bis heute andauernde Verbannung der Jenaer Marx-Büste ist somit durchaus symptomatisch für einen fundamentalen ideen- und hochschulgeschichtlichen Prozeß. Im Wechsel der Rektoren, Prorektoren und Dekane sind dabei zugleich Konstanten erkennbar. Obwohl jener Auslagerung von Anbeginn auch unverkennbar provinzielle Züge eigen sind, ist mit der Fortdauer dieses Zustands für die Zeit der bevorstehenden 450-Jahrfeierlichkeiten der Alma mater Jenensis zu rechnen. Für eine vorherige Korrektur – die Weitsichtigere und Couragiertere ohne Zweifel befürworten würden – ist es wohl bereits zu spät. Die erwünschte Beiläufigkeit eines Einlenkens ließe sich nun kaum noch überzeugend vermitteln und das Eingeständnis, daß man der geistigen Welt längst etwas schuldig sei, darf keinesfalls durchscheinen.

Das Vorgehen an den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen ab dem 3. Oktober 1990 folgte unvermittelt den politischen Vorgaben. Es gibt bis heute kaum kritische Erörterungen darüber, inwieweit die für Übernahme und Ausgrenzung, für die Folgen der legitimen wie der gesetzwidrigen Abwicklungen beauftragten und verantwortlichen, aber auch die weiteren daran beteiligten Wissenschaftler, ihre spezifische Verantwortung verstanden und wahrgenommen haben. Letztere umfaßt selbst verschiedene Momente, darunter die die Politik beratende, sie kritisch begleitende und als Korrektiv intervenierende Rolle. Darüber hinaus die sämtliche Wissenschaftsgebiete und -institutionen betreffende Problematik, daß grundsätzliche und abrupte Eingriffe in wissenschaftliche und Bildungsprozesse anderer Kompetenzen und Herangehensweisen bedürfen als der bei den Auflösung bzw. Neueinrichtung von Verwaltungen, Wirtschaftseinheiten, Sicherheitsorganen u.a. Dazu gehört, daß insbesondere dann, wenn jahrzehntelange und komplexere gesellschaftliche und geistig-kulturelle Prozesse abgebrochen und radikale Um- und Neugestaltungen eröffnet werden, die Analyse des Bisherigen und die Klärungen hinsichtlich der Voraussetzungen und Faktoren des zu Beginnenden selbst intensiver Zuwendung und ideellen Bemühungen bedürfen.

Ist beispielsweise die Politikwissenschaft ihrem Anspruch auf eine ernstzunehmende eigenständig-kritische Beratung der Politik in jener Phase wirklich gerecht geworden (wie sie es sich selbst seither immer wieder bestätigt hat)? Dafür hätte es einer gewissen Souveränität und Standfestigkeit gegenüber dem politisch-ideologischen mainstream sowie den von ihm ausgehenden oder beförderten Kampagnen bedurft. Von solchem Insistieren war in Jena und anderswo in der Regel nichts zu bemerken. Die Probleme, die sich aus einer halbkolonialen Entmündigung und Bevormundung der großen Mehrheit der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger ergeben mußten, waren offensichtlich ungeachtet einschlägiger geschichtlicher und internationaler Erfahrungen für Ordinarien der Sozialpsychologie oder der politischen und Geschichtswissenschaft nicht im entferntesten erkennbar – oder es erschien nicht opportun, der nationalistischen und antikommunistischen Euphorie ernsthaft entgegenzutreten. Ähnliche Fragen können an die Rolle der Rechtswissenschaft bei der massenhaften und diskriminierenden Anwendung von Sonderrecht in den neuen Ländern gestellt werden. Oder bei Medizinern sowie Sozial- und Bildungspolitikern, warum ihre Stimmen vermißt wurden, als eine ignorante Anschluß- und Einverleibungspolitik alle Erfahrungen der DDR auf einschlägigen Gebieten pauschal denunzierte und beiseite schob.

Nicht nach 1949, aber nach 1990: Diskriminierung angemessen

Der langjährige Direktor der Jenaer Universitätskinderklinik, Professor Wolfgang Plenert, dankte im Februar 1996 in einem Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) für ein kostenloses Probeabonnement und schrieb:

> *„Leider gehöre ich zu den ‚Strafrentnern' der verblichenen DDR und kann mir deshalb ein Abonnement nicht erlauben."*

Er wolle sich jedoch zu einer Stellungnahme von Friedrich Karl Fromme äußern, bei der „uns auch hier der Tritt vom Pferdefuß des bornierten Wessi nicht erspart“ blieb, wenn er schrieb:

> *„‚Ebenso wie der fachlich ausgewiesene Professor, der nicht einmal der SED angehörte, der sich der Stasi nicht zur Verfügung stellte, dessen Arbeit allerdings auf irgendeine Weise dem SED-Regime von Nutzen war ... Ich gehöre zu den ‚fachlich ausgewiesenen Professoren‘, die nicht einmal der SED angehörten und sich nicht der Stasi zur Verfügung stellten, doch wie sollte ich verhüten, daß meine Arbeit nicht ‚auf irgendeine Weise dem DDR-Regime von Nutzen war‘? Ich bin Kinderarzt und war die letzten zwei Dezennien meines Berufslebens Chef der Jenaer Universitäts-Kinderklinik: Nach Meinung von Fromme hätte ich mich bemühen müssen, daß möglichst viele Säuglinge und krebskranke Kinder starben, damit dem SED-Regime kein Nutzen erwuchs?“*[3]

Die makabre Folgerung brachte die Logik eines prominenten bundesdeutschen Publizisten und überhaupt einer politisch und medial lautstark und hartnäckig vertretenen Tendenz auf den Punkt. Wie viele andere Betroffene erlebte Plenert die Beendigung der – bis heute andauernden – beruflichen und gesellschaftlichen Diskriminierung nicht mehr und für viele weitere ist die gleiche Aussicht gegeben. Bis heute wird die pauschale Denunziation des Lebenswegs und der Tätigkeit loyaler Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Hochschullehrer und weiterer Fachkräfte in der DDR fortgesetzt. Dafür wird der Begriff des Täters in einer Weise extensiv benutzt, wie es in den Geschichte der Bundesrepublik nicht einmal bei viel dringlicherer Veranlassung der Fall gewesen war.[4] Die unablässige und zumindest tendenzielle Parallelisierung von DDR und NS-Diktatur dient als zeitgeschichtliche Folie für solche Zerrbilder und deren politische Instrumentalisierung. Ein Ende ist angesichts des Einflusses der daran interessierten Kräfte und ihrer andauernden maßgeblichen Motive nicht abzusehen.

Die grobe, vom Bundesverfassungsgericht prinzipiell längst als verfassungswidrig beurteilte, rentenrechtliche Diskriminierung von ehemaligen Hochschullehrern und weiterer Gruppen der Intelligenz der DDR dauert an. Neben der vorsätzlichen und erheblichen sozialen und beruflichen Demütigung und Deklassierung sollten weitere darin enthaltene Momente nicht übersehen werden oder unerwähnt bleiben. Welches Feindbild liegt einer solchen nachhaltig diskriminierenden Politik zugrunde oder – wenn das zu weit ginge – welche Art von Selbstüberhebung und Ignoranz? Warum stehen bis zur Stunde Erläuterungen darüber aus, wieso auch schwerwiegende Belastungen aus den Jahren der NS-Diktatur nur in sehr wenigen Ausnahmefällen zu Sanktionen bezüglich des Status und der erworbenen Anwartschaften führten, dies aber bei entsprechenden Berufsgruppen in der DDR im Regelfall als angemessen zu betrachten und hinzunehmen sei?

Dabei waren und sind nennenswerte Unterschiede zwischen den Kanzlern Kohl, Schröder und Merkel, zwischen den Spitzenpolitikern weiterer Parteien wie Joseph Fischer, Theodor Waigel, Edmund Stoiber oder Guido Westerwelle, nicht zu bemerken. Auch unter hunderten MdB der Regierungsparteien, die solide Informationen über den Mißbrauch der Rente als Strafrecht erhalten haben, fanden sich keine, die dazu Fragen gestellt, geschweige denn Einwände erhoben hätten, wohl aber solche, die beflissen haltlose Rechtfertigungen ablieferten. Darüber hinaus wäre es wohl auch naiv, von den etablierten Hochschullehren, ihren Gremien und Verbänden, irgendein Interesse oder gar Aktivitäten bezüglich der willkürlichen und herabsetzenden Verfahrensweise gegenüber Kollegen vergangener Jahre aus dem zweiten deutschen Staat zu erwarten. Dazu sind bisher nicht einmal die Stimmen früherer ostdeutschen Wissenschaftler und nunmehr seit Jahren prominenter bundesdeutscher Politiker wie Hans-Joachim Meyer, Dagmar Schipanski oder Wolfgang Thierse zu vernehmen.

---

3 Prof. Dr. Wolfgang Plenert: Von der Universitäts-Kinderklinik in die Strafrente, in: FAZ, 23. Februar 1996 (Zuschrift).

4 Von „Täterschutz durch bundesdeutsches Recht“ spricht die Verfasserin eines einschlägigen Beitrags, in dem nicht nur überkommene Normen des bundesdeutschen Rentenrechts, sondern auch die abwägenden und fundierten Gesichtspunkte des Bundesverfassungsgerichts ignoriert oder ins Zwielicht gerückt werden: Finger, Evelyn: Versäumte Gerechtigkeit. Tätern und Funktionären der DDR geht es gut. Demnächst sollen ihre Opfer entschädigt werden – halbherzig und viel zu spät, in: DIE ZEIT, Nr. 22, 24. Mai 2007.

Darüber hinaus ist zu fragen, inwieweit die spezifisch bundesdeutsche hochschulpolitische und wissenschaftsethische Tradition seit 1949 eine hinreichende moralische und politische Legitimation für das anmaßende Gebaren der Mehrzahl ihrer Vertreter im ostdeutschen Bildungswesen und Wissenschaftsbetrieb ab Oktober 1990 rechtfertigten. Jahrzehntelang waren zentrale Themen deutscher Vergangenheit zwischen 1933 und 1945, erst recht Probleme der personellen und institutionellen Kontinuitäten, Hinterlassenschaften und Nachwirkungen jener Geschehnisse, in Gesellschaft und Hochschule der Bundesrepublik von Lehrstuhlinhabern, Institutionen und wissenschaftlichen Gesellschaften verdrängt, gemieden und verfälscht worden. Die weitgehende Schonung der mehr oder weniger belasteten Schreibtischtäter und Mitläufer, die Fortsetzung ihrer Karrieren sowie in der Regel ihre äußerlich und materiell honorige Verabschiedung in den Ruhestand – nicht selten obendrein in diverse Ehrenämter – wurden zu charakteristischen Momenten bundesdeutscher Gesellschafts- und Hochschulgeschichte.

Über eine lange Nachkriegsperiode hatten selbst höchst belastete Professoren ihre Karrieren auf Lehrstühlen, in Institutionen und im öffentlichen Leben fortgesetzt. Sie wurden zu Vergangenem nicht gefragt, brauchten nicht auf die selbstverständlich verschlossen gebliebenen Archive und Akten zu reagieren und korrumpierten auf diese Weise selbst ihre Hörer, Schüler und die Öffentlichkeit. Die hehren und angeblich bedingungslos verfolgten Kriterien der Eignung für den akademischen Beruf waren zwar bei feierlichen Anlässen und Gelegenheiten wie seit eh und je verkündet und beschworen worden – jedoch in der Regel ohne ernsthafte Folgerungen innerhalb des eigenen Standes. Das von Ernst Klee erarbeitete und herausgegebene Personenlexikon dokumentiert insbesondere auch für die Intelligenz der Bundesrepublik das Ausmaß einer soziologisch, politisch-moralisch und wissenschaftsethisch nahezu unbeschränkten Kontinuität.[5]

Es bezeichnet drastisch die damit angesprochene Asymmetrie, daß die Eingriffe, Abbrüche und Ausgrenzungen in den neuen Bundesländern im wesentlichen in zwei bis drei Jahren erledigt wurden. Andererseits haben Mediziner, Historiker, Rechtswissenschaftler und weitere Disziplinen und Wissenschaftsgebiete in der Bundesrepublik vielfach erst in den darauf folgenden Jahren – beim Ausgang des 20. und des Übergangs zum 21. Jahrhundert – sich im Rahmen ihrer Gesellschaften und Kongresse der grundsätzlich kritischen Erörterung und Bewertung der Irrwege und Schuld während der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs zugewandt.

Die Erfahrungen von 1990 und aus der unmittelbar folgenden Zeit fordern dazu heraus, die Komponenten und Wirkungsmechanismen der herrschenden politischen Ideologie und Moral näher zu analysieren und zu beurteilen. Sie wurzeln in bürgerlich-antisozialistischen, nationalistischen und machtpolitischen Traditionen und Herkünften; sie wurden modifiziert, angepaßt und angereichert unter den Bedingungen der insgesamt erfolgreichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik seit ihren Anfängen und wiederum nach der epochalen Wende um 1989/90. Seitherige markante Züge sind die ebenso zielstrebige wie zügige Rückkehr Deutschlands zu auswärtiger Interessen-, Macht- und Interventionspolitik, die auf wenig intellektuelle Gegenwehr, jedoch wiederum rasch auf akademische Beihilfe stieß. Darüber hinaus sind der Umgang mit dem ehemaligen Jugoslawien, mit Tschechien und Polen und anderen Ländern bei gleichzeitiger weitreichender Willfährigkeit im Verhältnis zu den USA Indizien machtpolitischer Ambitionen. Im Innern nimmt die Apologie der Ungleichheit und wachsender Ungerechtigkeit bis zu Deklassierungen, Ausgrenzungen und wachsender Armut großer sozialer Gruppen zu.

Weder die politisch und wirtschaftlich Mächtigen, noch die tonangebenden Gruppen der Intelligenz zeigen sich an zukunftsfähigen Konzepten zur Entwicklung und Gestaltung der Gesellschaft, der sozialen und kulturellen Beziehungen sowie der demokratischen und humanistischen Substanz des politischen Systems sonderlich interessiert. Die Voraussetzungen solcher Konzepte wie die schonungslose Analyse der Eigentums- und Machtverhältnisse, der Verteilung und Entwicklungstendenzen von Reichtum und Armut, von Bildungs- und Aufstiegschancen sind kaum gefragt und werden nur unzureichend erforscht und dargestellt. Auch dabei könnte die differenzierte Sichtung von Erfahrungen

5 Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Augsburg 2003.

der DDR und des internationalen Staatssozialismus – die Irrtümer, Fehlentwicklungen und Gründe des Scheiterns eingeschlossen – hilfreich sein. Das Desinteresse an grundsätzlichen Kontroversen und alternativen Überlegungen zur Perspektive der Arbeit, der Bildung, der sozialen Gerechtigkeit sowie zu Wegen der Abrüstung und dauerhaftem Friedens erscheint als nachträgliche Erklärung der destruktiven Verfahrensweisen mit kreativen Potentialen aus den Hinterlassenschaften den DDR.

Geschichte der FSU wird neu geschrieben

Die soeben in zwei umfänglichen Bänden erschienenen Beiträge zur Geschichte der Universität Jena von 1945 bis 1990 verdienen gründlich und – angesichts ihrer vielschichtigen Ebenen und Bezüge bis in Politikfelder, Wissenschaftsgebiete, Ausbildungsrichtungen und Biographien hinein – vielgestaltig berücksichtigt und erschlossen zu werden. Überwiegend basieren sie auf einer reichen Quellengrundlage und unterbreiten aus den historischen, gesellschaftlichen und geistig-kulturellen Voraussetzungen und Bedingungen abgeleitete, nachvollziehbare Darstellungen und Wertungen. Das ist – unterschiedlich in den einzelnen Artikeln – nicht frei von vorherrschenden geschichtsideologischen Prämissen und Urteilen, die nicht sämtlich als hinreichend objektiv und dauerhaft gültig anzusehen sind. Rektor Klaus Dicke kann im Geleitwort zu diesem Angebot eine Maxime bekennen, denen die bundesdeutsche akademische Welt in ihrer überwältigenden Mehrheit jahrzehntelang nicht gerecht wurde, als es um *eigene* Herkünfte, Interessen und Ambitionen ging: Die Universität wolle

> *„um ihres Erbes und um ihres Auftrags willen von sich aus das ihr Mögliche tun, ihre Geschichte dem Gegenwartsbewußtsein präsent zu halten, nichts zu beschweigen, und die offene Auseinandersetzung gerade auch über ihre schuldhaften Verstrickungen zu pflegen und wissenschaftlich zu kultivieren.“*[6]

Erste Anmerkungen zu offenen Fragen und Defiziten sollen zur bevorstehenden weiterführenden Erörterung der Forschungsergebnisse, der vertretenen Positionen und der Klärung weiterer Aufgaben beitragen. Die spezifischen antifaschistischen Traditionen, Stellungnahmen und Initiativen in der Jenaer Universitätsgeschichte seit 1945 werden nicht hinreichend erkennbar oder auch völlig ignoriert. Ist das ein nebensächlicher Aspekt in der Geschichte der Hohen Schulen beider deutscher Staaten nach Auschwitz? Es gibt Erwähnungen der zweibändigen Universitätsgeschichte von 1958/1962. Im Einklang mit vorherrschenden Tendenzen findet sich jedoch keine Würdigung des frühen Verdienstes, das keine Universität der Bundesrepublik im Vierteljahrhundert nach 1945 aufweisen kann: Die Einbeziehung der Jahre 1933 bis 1945 in die Darstellung der eigenen Geschichte. Vergeblich sucht man beispielsweise auch die Ehrenpromotion des Kommunisten, antifaschistischen Emigranten, Verlegers und Kulturpolitikers Johann Fladung, Darmstadt, von 1964. Dazu wurde bereits vor wenigen Jahren geäußert:

> *„Die damalige Auszeichnung Fladungs ehrte die Universität selbst. Sie war unvorstellbar in der Bundesrepublik und ist heute im historisch-politischen Selbstverständnis und als Tradition der Jenaer Universität zu verteidigen.*“[7]

Die Konservatismusforschung hat in den mehr als 80 Beiträgen keine Berücksichtigung gefunden. Sie war 1986 neben der Klassischen deutschen Philosophie und Literatur sowie den Forschungen zur Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von den Anfängen bis 1945 – die beide in den Bänden behandelt und als Forschungsschwerpunkte genannt werden – als drittes gesellschaftswissenschaftliches Forschungszentrum konstituiert worden. Die Jenaer Gruppe hatte federführende Funktionen in einer 1978 gebildeten DDR-weiten interdisziplinären Arbeitsgruppe, die größere Projekte

---

6 Dicke, Klaus: Geleitwort des Rektors, in: Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990. Hrsg. von Uwe Hoßfeld, Tobias Kaiser und Heinz Mestrup unter Mitarbeit von Horst Neuper, Köln/Weimar/Wien 2007),Bd. 1, S. 11.

7 Elm, Ludwig: Neubeginn 1945, 400-Jahrfeier 1958 und deutsche Zweistaatlichkeit: Umgang mit eigener Geschichte als Prüfung der Hohen Schulen, in: Alma mater und moderne Gesellschaft. Hrsg.: Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 2004, S. 154; siehe auch: Ders.: Johann (Hans) Fladung – verfolgt in Drittem Reich und Bundesrepublik – Ehrendoktor und Ehrensenator der Universität Jena, in: Prokop, Siegfried/ Zänker, Dieter (Hrsg.): Verlorene Träume. Zum 60. Jahrestag der Gründung des Kulturbundes, Berlin 2006, S. 185-198.

wie drei internationale Kolloquien, mehrere Sammelbände, eine Jenaer Schriftenreihe und die enge Kooperation mit polnischen Partnern ab 1985 wesentlich mittrug. Auch westdeutsche Teilnehmer am III. Internationalen Kolloquium im Juni 1990 hatten dem in Ost und West einzigen interdisziplinären Zentrum zum Konservatismus Voraussetzungen für eine Fortentwicklung in der vergrößerten Bundesrepublik und ihrem europäischen Umfeld bescheinigt. Verleugnet wurden die Positionen und Resultate dieser Forschungsrichtung in der Wendezeit jedenfalls nicht.[8] Allerdings fiel ein im unmittelbaren Vorfeld des genannten Kolloquiums erschienener ideologiegeschichtlicher Abriß eines Autorenkollektivs der Verunsicherung beim Verlag zum Opfer. Es blieb bei wenigen ausgelieferten Exemplaren, die immerhin Intentionen und Forschungsstand zu bezeugen vermögen.[9] Ungeachtet der Auflösung und des völligen Abbruchs 1990/91 sowie des seitherigen weitgehenden Totschweigens dieser Arbeitsrichtung und ihrer Resultate haben sich der Gegenstand seither als höchst aktuell sowie wesentliche Forschungsansätze als entwicklungsfähig erwiesen.

450 Jahre Friedrich-Schiller-Universität Jena im Jahre 2008: Die vorsätzliche und nachhaltige Desavouierung von Hochschullehrern und Mitarbeitern, die während der Jubiläen von 1958 und 1983 Verantwortung trugen und in ihren Aufgabenbereichen, mit Kompetenz und persönlicher Hingabe, die Geschichte der Alma mater Jenensis in jenen Jahrzehnten fortgeschrieben haben und das kommende Jahr noch erleben, wird wohl wie bisher fortgesetzt werden – nicht ohne Ausnahmen, die zugleich eine Alibifunktion für das grundsätzliche Verhalten erfüllen. Selbst zwischen Staaten, die gegeneinander Krieg geführt haben, wird man nach Friedensschlüssen kaum je ein vergleichbares Beispiel jahrzehntelang nachtragender Feindseligkeit und Diskriminierung entdecken können. Was nach 1949 in der DDR politisch und gesellschaftlich versucht und unternommen wurde, scheint – der Optik und dem Verhalten der in der Bundesrepublik herrschenden Schichten, politischen wie akademischen Repräsentanten und Ideologien zufolge – ungleich schlimmer als das zwischen 1914 und 1945 Vorausgegangene gewesen zu sein und verdiene demzufolge, ungleich härter und ausdauernder geahndet werden.

Hoffnungen. Enttäuschungen. Neue Erfahrungen. Deutsche Hochschullandschaft in der „Wende“. Das Beispiel Friedrich-Schiller-Universität. Protokollband der gleichnamigen Tagung am 12. Mai 2007 in Jena. Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. Jena 2007, S. 177-192.

8 Winkel, Gabriele/Tenner, Konstanze: Konservatismusforschung in der DDR 1971-1990. Auswahlbibliographie, Jena 1990, 246 S. (Bibliographische Mitteilungen der Universitätsbibliothek Jena, Nr. 53).

9 Falsche Propheten. Studien zum konservativ-antidemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Ludwig Elm. Zweite, erweiterte und überarbeitete Auflage, Akademie-Verlag Berlin 1990, 481 S.

Liebe zu Deutschland

Der deutsche Konservatismus, die Unionsparteien und ihr fragwürdiger Umgang mit der deutschen Geschichte: über die Anonymisierung der Täter und ihre Umdeutung zu Demokraten.

Reicht der Blick auf unverkennbar rechtsextremistische und rassistische Richtungen, Organisationen und Ideologien nach 1945 und heute aus, um kritische Fragen nach dem Verbleib jenes aggressiven Gewalt- und Vernichtungspotenzials des Hitlerreiches, seiner Ursprünge und Komponenten, befriedigend zu beantworten? Ist tatsächlich davon auszugehen, dass man bei der weiteren ansatzweise erfolgreichen Beherrschung des nazistisch-rassistischen Gefahrenpotenzials – die allerdings bereits gegenwärtig immer weniger zu gelingen scheint – aller nennenswerten Sorgen hinsichtlich der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und einer friedensfördernden Außen- und Sicherheitspolitik enthoben ist?

Der Konservatismus war die Grundströmung in der vielgestaltigen politischen Rechten seit der Reichsgründung 1871 und auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg; er war es in den Jahren der Weimarer Republik und ist es in veränderten Erscheinungsformen seit der national-, europa- und weltgeschichtlichen Zäsur von 1945. Diese konservative Strömung geht einerseits in liberal-, sozial- und religiös-konservative Richtungen und andererseits in ihren nationalkonservativen Flügel und fluktuierende Grauzonen, auf diesem Weg tendenziell in das rechtsextremistische, nazistische und rassistische Spektrum über. Sie hat die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik seit 1949, die Grundlagen, Wesenszüge und politische Ausgestaltung dieses deutschen Staates nach Hitler entscheidend geprägt. Die Wirkungen reichen bis in die Gegenwart und Zukunft.

Kann bei der Frage nach dem konservativen Hauptstrang in der deutschen Rechten seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts etwa von Konrad Adenauer, Fritz Schäffer, Hans-Christoph Seebohm, Kurt Georg Kiesinger, Erich Mende, Hans Filbinger, Karl Carstens, Alfred Dregger, Franz Josef Strauß und Helmut Kohl, von Edmund Stoiber und Angela Merkel, kann von der CDU, CSU und FDP, von Hermann Josef Abs, Friedrich Flick, Hanns Martin Schleyer, Dieter Hundt und den Unternehmerverbänden abgesehen werden? Wie wäre davon zu reden, ohne die Familien, Banken und Unternehmen ins Blickfeld zu rücken, die sich durch feudale und kapitalistische Ausbeutung und Räubereien, durch Rüstungsgeschäfte, Arisierung und Zwangsarbeit bereichert haben, oder ohne die Verlage und Redaktionen zu erwähnen, die ihren Erfolg auch dem Umsatz völkisch-rassistischer sowie imperial-militaristischer Literatur verdanken? Konnte diese konservative Grundströmung wirken ohne alle jene Generäle und Offiziere, Professoren, leitenden Juristen und Beamten, die privilegiert der Barbarei im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie der NS-Diktatur gedient und sie gestützt hatten? Ohne diejenigen also, die – angeblich wieder einmal unentbehrlich – nach 1945 nahezu ungeschoren oder gar in ihrer Karriere befördert weitermachen konnten und deren Erben, Nachfolger und Schüler sich in der Regel in diese Voraussetzungen und für sie keineswegs ungünstigen Konditionen gefügt und damit Überliefertes jahrzehntelang fortgeschrieben haben.

Frieden mit den Tätern

Gibt es eine einzige unter den unzähligen Affären und spektakulären Kontroversen, die ihre Ursache im äußerst fragwürdigen Umgang mit NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg haben, bei der die Führungen der Unionsparteien als hauptsächliche parteipolitische Repräsentanten des Konservatismus zu angemessenen prinzipiellen Einschätzungen und Schlussfolgerungen gekommen wären? Exemplarisch und um zur Prüfung der je eigenen Antworten anzuregen, seien hier aus der unerschöpflichen Liste der Skandale die Fälle Abs, Globke, Heusinger, Oberländer, Höhn, Lübke, Maunz, Krüger, Kiesinger, Filbinger, Sayn-Wittgenstein und Hohmann genannt. Ist innerhalb der letzten 60 Jahre irgendwann der Zeitpunkt eingetreten, von dem an diese konservativen Kräfte begonnen hätten, im Sinne der in Westeuropa seit 1945 vorherrschenden politisch-moralischen Standards des europäischen antifaschistischen Erbes zu entscheiden und zu urteilen? In der offiziellen Erinnerungs- und Gedenkkultur sind seit den achtziger Jahren Veränderungen im Umgang mit der Nazibarbarei und ihren Opfern zu erkennen. Es ist jedoch zu fragen, ob damit tatsächlich der unumkehrbare Durchbruch

zu einer die parteiischen Grenzen und subjektiven Horizonte überschreitenden humanistischen Bewältigung aller damit verbundenen Herausforderungen erfolgt ist.

Verzichten die etablierten politischen Kräfte der Bundesrepublik inzwischen auf – ideologisch und politisch begründete – Einseitigkeit in der Traditionspflege und Gedenkkultur, die bisher nicht ohne Grund, aber maßlos fast ausschließlich der SED vorgeworfen wurde? Kennzeichnet es nicht Jahrzehnte der Geschichte der Bundesrepublik als CDU- (und CSU-)Staat auch auf Landes- und vor allem kommunaler Ebene, dass die Auseinandersetzung mit braunen Traditionen und Hinterlassenschaften in aller Regel gar nicht oder halbherzig und marginal stattfand? So wurde auf der einen Seite der „große Frieden mit den Tätern“ (Ralph Giordano) geschlossen, auf der anderen Seite jedoch über viele Jahre angemessenes Erinnern und Gedenken an Verfolgung, Unterdrückung, Widerstand und Opfer zwischen 1933 und 1945 verweigert.

In der vorherrschenden Geschichtsdiskussion dieses Landes, insbesondere in dem durch die Medien vermittelten offiziösen Diskurs unter Politikern, Publizisten, Schriftstellern, Filmemachern und Wissenschaftlern, ist die vielgestaltige Rechte als Thema höchstens gelegentlich und oft eher zufällig präsent. In der Regel geht es dabei im historischen Rückblick um den Nationalsozialismus und gegenwärtig um den Rechtsextremismus. Es gibt vielfach die Neigung und das Interesse, unter die Begriffe „rechts“ und „politische Rechte“ allein diese Kräfte und Ideologien zu subsumieren. So viel Selbstverleugnung sollte den mächtigen konservativen Kräften in Wirtschaft, Parteien, Staat, Justiz, Sicherheitsorganen, Medien, akademischen Kreisen und im Bildungswesen nicht zugestanden werden. Das wiederbelebte und erneut in den Vordergrund getretene Totalitarismuskonzept hat diese selektive Wahrnehmung verstärkt. Noch mehr: Es verdankt dieser politisch erwünschten Wirkung gerade auch seine Konjunktur und die wohlwollende Protektion von konservativer Seite.

Anonyme Nazis

Die inzwischen verbreitete Sprachregelung, in geschichtlichen Zusammenhängen durchweg „die Nationalsozialisten“ als die Täter zu benennen, verstärkt wohlberechnet solche entlastenden Sichtweisen: Diese Begrifflichkeit wird vorrangig mit Hakenkreuz, Braunhemden und SA- oder SS-Symbolen sowie in besonderem Maße mit den berüchtigtsten Naziführern assoziiert. Viel weniger verbindet sie sich mit Wehrmachtsgenerälen und Offizieren, leitenden Beamten und Juristen, kaum mit Wehrwirtschaftsführern und Professoren – also mit Repräsentanten wie Abs und Schacht, Bütefisch, Flick und Krupp, Heidegger, Maunz und Schmitt. Große Gruppen von Tätern, Handlangern und Nutznießern der NS-Diktatur zu vergessen oder zu anonymisieren, bleibt ein vorrangiges, besonders hartnäckig verfolgtes Interesse des konservativen Geschichtsrevisionismus. Es wurde zum Markenzeichen der staatlichen Geschichtspolitik während der 16jährigen Kanzlerschaft von Helmut Kohl.

Nach den Tätern der Gestapo und des SD, ihren Spitzeln und ihren unzähligen Opfern hat es niemals eine systematische Suche, geschweige denn eine eigene Behörde zur Ermittlung und Verfolgung gegeben. Die Akten nazistischer Täter unterlagen in der Bundesrepublik selbstredend dem Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, deren Aufgabe es war, Ermittlungen zu – ihrer Natur und Dimension nach außergewöhnlichen – staatlichen Verbrechen zu führen, war 1958 verspätet, ursprünglich ungewollt, errichtet worden und hatte nie mehr als 150 Beschäftigte. Ihre Leiter und Mitarbeiter haben dann allerdings mehrheitlich und über viele Jahre eine verdienstvolle Arbeit geleistet.

Jahrzehnte lang verschleppten Bundesregierungen die Übernahme des seit 1945 in US-amerikanischer Verfügung befindlichen Berlin Document Center mit dem vollzähligen Aktenbestand der NSDAP. Aus dem Besitz hätten sich Verpflichtungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen sowie zur Ermittlung und Verfolgung von Tätern ergeben.

Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik tagten im März 1994 Gremien des Bundestages am Ort eines ehemaligen KZ (Sachsenhausen), um über Verpflichtungen des Bundes in der Gedenkstättenpolitik zu beraten. Eigentlicher Anlass war allerdings weiterhin nicht die Auseinandersetzung mit

den Verbrechen der Nazibarbarei, sondern das Bestreben, angesichts der „doppelten Vergangenheit“ dieser Stätte – KZ bis Frühjahr 1945 und danach sowjetisches Internierungslager – das konservative Totalitarismuskonzept zu stützen und einmal mehr die DDR oder den „Kommunismus“ insgesamt neben die NS-Diktatur zu stellen. Mit anderen Worten: Die jahrelang in diesem und in weiteren Konzentrationslagern verübten Verbrechen, ihre Opfer und der vielfach dort fortgesetzte Widerstand waren für die maßgeblichen politischen Kräfte der Bundesrepublik weit über vier Jahrzehnte kein hinlänglicher Grund für solche politisch-parlamentarischen Initiativen gewesen.

Gibt es einen – für den interessiert Zurückblickenden auffindbaren – Zeitpunkt zwischen Frühsommer 1945 und dem Eintritt ins 21. Jahrhundert, an dem jene grundlegende Wende und unwiderrufliche Umkehr des deutschen Konservatismus stattgefunden haben könnte, die – möglicherweise verspätet – als bedingungsloser Bruch mit dem nationalsozialistischen Verbrecherstaat und allem, was zu ihm geführt hat und was nachwirkte, anerkannt zu werden verdient? Wohl kaum in der Gründungsphase der Bundesrepublik und in dem restaurativen und rabiat antikommunistischen Klima der Adenauer-Ära bis in die frühen sechziger Jahre. Vielleicht unter der Wirkung der außerparlamentarischen Opposition und insbesondere der Studentenrebellion der sechziger und siebziger Jahre, die unbestreitbar die Gesellschaft und die politische Kultur der Bundesrepublik veränderten – nicht zuletzt im Verhältnis zu NS-Vergangenheit, Zweitem Weltkrieg, Kolonialismus, rassistischen Regimes und aktuellem Militärfaschismus? Aber auf diese aufklärerischen Bestrebungen wurde mit neokonservativem Aktivismus und massiver Gegenpropaganda reagiert. Erst recht und keineswegs unwirksam nahmen seit den achtziger und neunziger Jahren die Bemühungen zu, kapitalismuskritische Einsichten jener Zeit in der Gesellschaft zurückzudrängen.

Rechte Bürger statt Bürgerrechte

Was verbindet die vielgestaltige Rechte in der Bundesrepublik und rechtfertigt es, sie ungeachtet ihrer unübersehbaren inneren Heterogenität unter einem solchen Sammelbegriff zu vereinen und damit ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten, Verwandtschaften und wenn nicht identischen, so wenigstens ähnlichen Zielen vorauszusetzen? Dazu gehören zunächst die Verbindungen in der gemeinsamen Geschichte seit mindestens anderthalb Jahrhunderten, die fortlebenden oder erneuerten Übereinstimmungen in wesentlichen Interessen sowie Berührungspunkte in den sozialen Milieus und Wertorientierungen, in ideologischen Quellen und Grundlagen wie Konservatismus, Nationalismus – einschließlich völkischer und rassistischer Komponenten –, Militarismus und Antisozialismus. Eine weitere konstitutive Gemeinsamkeit besteht in identischen Feindbildern: die Gegnerschaft zu Kommunisten und Sozialisten, zu Gewerkschaften sowie zu emanzipatorischen und basisdemokratischen Bewegungen, zu Linksliberalen und Pazifisten und nicht zuletzt zu einem konsequenten Antifaschismus. Letztgenanntes gilt insbesondere gegenüber den antifaschistischen Kräften, deren Selbstverständnis von den hauptsächlichen europäischen Traditionen des Widerstandes gegen die Nazibarbarei sowie von der Einsicht in die Schlüsselrolle des weltgeschichtlichen Sieges über Nazideutschland und seine Verbündeten in der jüngsten europäischen Geschichte geprägt ist.

Gleichzeitig vereint die Rechte nach Herkunft, Standort, Instrumentarien und Zielen durchaus unterschiedliche Richtungen und Gruppierungen, die auch – wie in der Vergangenheit – Konkurrenz und Rivalität einschließen sowie Spannungen und Konflikte innerhalb dieses Lagers verursachen und gelegentlich auch verschärfen können. Die Spannweite des rechten Spektrums reicht von den in der Mitte der Gesellschaft angesiedelten liberal- und sozialkonservativen Gruppen und Organisationen über national- oder rechtskonservative Kräfte bis hin zum nazistischen, rassistisch-antisemitischen und rechtsterroristischen Potenzial am äußersten rechten Rand. Auf die grundlegenden Klassifizierungen bezogen bedeutet dies, dass die Rechte national wie international in ihrer Grundstruktur entscheidend vom Konservatismus und Faschismus geprägt wird.

Bliebe die Frage nach dem Platz und der Rolle des Liberalismus, die das deutsche Bürgertum spätestens nach der Reichsgründung auf seine vorwiegend eigennützige Art entschieden hat, indem es sich über einige geschichtliche Phasen schließlich mehrheitlich nach rechts wandte. Der weitgehende Ausfall einer ehemals eigenständigen, vorwärtstreibenden Kraft in den großen Krisen, Erschütterungen

und Umbrüchen in der deutschen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts ist beredt genug. Das schmälert kaum das Verdienst einzelner liberaler Persönlichkeiten, die sich den konformistischen Haupttendenzen widersetzten. Die FDP der Nachkriegsjahre konstituierte sich mehrheitlich als eindeutig rechte Partei – NS-Erbschaften und -Traditionen eingeschlossen. Der Neoliberalismus ist nach Ursprung und sozialem Auftrag wie nach seiner erkennbaren gesellschaftspolitischen Rolle eine der Rechten zugehörige, sie ergänzende und stützende Erscheinung. Dagegen geraten Linksliberale und Pazifisten als progressive Erben des historischen Liberalismus ziemlich zwangsläufig in erklärten Widerspruch zur Rechten und werden folgerichtig in deren Feindbild mit erfasst.

Der Fall Filbinger

Der Verlauf der Auseinandersetzungen um den der Mitwirkung an Todesurteilen der Marine-Kriegsgerichte überführten Hans Filbinger (CDU) sowie ihre Resultate können als exemplarisch dafür angesehen werden, dass der Umgang der Unionsparteien mit Schuld und Sühne bei NS-Verbrechen zwiespältig und inkonsequent blieb. Der promovierte Jurist Hans Filbinger hatte der NSDAP, SA, dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) und dem NS-Rechtswahrerbund angehört. Nach freiwilliger Meldung war er ab August 1940 Soldat, wurde im März 1943 aus der Wehrmacht entlassen und wirkte bis zum Kriegsende als Marinerichter.

Der Schriftsteller Rolf Hochhuth hatte Anfang 1978 einen Auszug aus seinem Roman „Eine Liebe in Deutschland“ vorab drucken lassen. Darin wurde der CDU-Politiker und seit Herbst 1966 – als Nachfolger Kiesingers – amtierende baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger beschuldigt, als ehemaliger Marinerichter 1944/45 mitverantwortlich gewesen zu sein für das Todesurteil gegen einen Marinesoldaten. Hochhuth bezeichnete ihn als einen „furchtbaren Juristen“. Später wurden weitere Fälle der Beteiligung Filbingers an der Verhängung der Höchststrafe sowie andere Fakten seines Wirkens in der faschistischen Militärgerichtsbarkeit bekannt. Filbinger leugnete, rechtfertigte sich, gab nur dokumentarisch Offengelegtes zu, klagte und verlor gerichtliche Auseinandersetzungen. Dabei formulierte er im Mai 1978 – Quintessenz seiner Uneinsichtigkeit – den Satz: „Was damals rechtens war, das kann heute nicht Unrecht sein.“ Er bekundete damit – wie es der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Erhard Eppler ausdrückte – sein „pathologisch gutes Gewissen“. Eppler bezichtigte den Ex-Marine-Richter der „Unfähigkeit zur Selbstkritik“, und Egon Bahr fragte am 7. Juli 1978 im ZDF, „wie viele Todesurteile ein Mensch fällen muss, damit er sich an eins nicht mehr erinnert“. Der Graphiker Klaus Staeck entwarf ein Plakat mit dem Bild vom „Allunionschristen Filbinger (Marinestabsrichter a. D.)“ mit der Unterschrift: „Seit 1933 pausenlos in Sorge um Deine innere Sicherheit“.

Disziplinierte Marine

Monatelang verrieten Spitzenpolitiker und Gremien der CDU/CSU mit ihren Einlassungen und Bemühungen zugunsten ihres prominenten Parteifreundes, dass sich seit den fünfziger Jahren kein grundsätzlich neues Verhältnis zu den Nachwirkungen einer barbarischen Vergangenheit entwickelt hatte. Anfang Juli 1978 gab der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden eine förmliche Ehrenerklärung für Filbinger ab, der seit 1973 einer der Stellvertreter von Kohl war. Nach Auffassung der CDU könne ihm „wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter weder rechtlich noch menschlich ein Vorwurf gemacht werden“. Unter dem Vorwand, „parteiische und selbstgerechte Beurteilungen aus der Distanz über 30 Jahre“ abzuweisen, folgte eine weitgehende Rechtfertigung des Wütens von Militär-, Sonder- und Standgerichten in der Schlussphase von Krieg und NS-Diktatur: „Es muss zum Beispiel daran erinnert werden, dass von Januar bis April 1945 die Hauptaufgabe der deutschen Marine im Ostseeraum darin bestand, Hunderttausende von Flüchtlingen aus Ostpreußen zu retten, was nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht ein Mindestmaß an Disziplin aufrechterhalten worden wäre, für die auch die Marinegerichtsbarkeit mitverantwortlich war.“[1] Die CDU bekräftigte die Verbundenheit mit Filbinger. Franz Josef Strauß sah sich zu einer verbalen

[1] Rolf Hochhuth: Dokumente zur politischen Wirkung. Hrsg. und eingeleitet von Reinhart Hoffmeister. Mit erläuternden Zwischentexten von Heinz Puknus und einem Essay von Rolf Hochhuth, München 1980, S. 251.

Attacke veranlasst, die in die Geschichte der politischen Kultur der Bundesrepublik einging: „Man kann Filbinger aus dem, was er bei Kriegsende unter den damaligen Verhältnissen getan hat, keinen Vorwurf machen. Aber man führt mit Ratten und Schmeißfliegen keine Prozesse.“[2]

Eine Gruppe jüngerer Politiker von CDU und CSU wandte sich im Juni 1978 gegen die überfällige Auseinandersetzung mit Filbingers Vergangenheit, darunter die Mitglieder des Bundestags Norbert Blüm, Gerd Langguth, Franz Ludwig Graf Stauffenberg und Matthias Wissmann sowie Otto Wiesheu, der Vorsitzende der Jungen Union Bayerns und Mitglied des Landtags. Sie rückten die Motive der Kritiker ins Zwielicht und verwiesen darauf, dass das Land „von extremistischen, ja terroristischen Kräften“ herausgefordert würde. Die „unwürdigen Machenschaften einer pharisäischen Vergangenheitsbewältigung“ sollten ihr Ende finden.[3] Die primär gegen eine antifaschistische Geschichtsaufarbeitung gerichteten Vorstellungen und nationalistischen Leitbilder waren offensichtlich längst auch in der nachfolgenden Generation rechtsstehender Politiker verankert.

Ehrenvorsitzender mit Erinnerungslücken

„Uneinsichtig bis zum Ende. Filbinger wird zur Belastung der CDU“, überschrieb Theo Sommer eine umfangreiche Auseinandersetzung mit den Ausflüchten Filbingers und der CDU in *Die Zeit*, Nr. 29 vom 14. Juli 1978. Er sei inzwischen ein „Phantom-Ministerpräsident“ und könnte mit weiteren gerichtlichen Auseinandersetzungen zum Alptraum seiner Partei werden. Filbinger musste Anfang August 1978 von seinem Amt als Ministerpräsident zurücktreten. Er wurde nicht abgelöst, weil er als Marine-Richter kriegsmüde Soldaten zu verurteilen und hinzurichten half oder Soldaten noch fünf nach Zwölf – in britischer Kriegsgefangenschaft – nach NS-Normen verurteilte; er wurde es erst recht nicht, weil er überhaupt als Täter an Verbrechen einer massenmörderischen Diktatur mitgewirkt hatte. Den Amtsverzicht erwartete seine Partei schließlich deshalb, weil im Verlauf einer längeren, quälenden öffentlichen Kontroverse unübersehbar wurde, dass er sich unklug und offenkundig unglaubwürdig rechtfertigte, keine Spur einer selbstkritischen Besinnung erkennen ließ und dabei zunehmend politischen Schaden für die CDU heraufbeschwor. Das geht auch aus den Erinnerungen von Kohl hervor, denen zufolge die Union anfänglich noch hinter Filbinger gestanden habe. „Als aber nach dem ersten Todesurteil noch weitere Urteile bekannt wurden, an die sich Filbinger angeblich nicht mehr erinnern konnte, sah der Landesvorstand Handlungsbedarf und bat den Ministerpräsidenten um Rücktritt. Auch mir schien seine Verteidigung von Anfang an wenig glücklich zu sein.“ In voller Kenntnis der schwer wiegenden Vorwürfe sieht Kohl noch ein Vierteljahrhundert später das Hauptproblem darin, dass Filbinger sein damaliges Handeln nicht „verständlich zu machen“ vermochte. Andernfalls hätte er „die gegen ihn laufende Kampagne durchstehen können“.[4]

Es war unübersehbar, dass die CDU sich schließlich wesentlich aus taktischen und Image-Gründen gegen Filbingers Verbleib im Amt gewandt, jedoch im Grundsätzlichen keineswegs mehr an Einsicht gewonnen hatte als der Hauptdarsteller selbst. Filbinger wurde vom Sonderparteitag der CDU Baden-Württembergs Anfang Juli 1979 gemäß einer einstimmigen Empfehlung des Landesvorstands zum Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Er gründete im gleichen Jahr mit gleichgesinnten Altnazis und Rechtskonservativen das Studienzentrum Weikersheim, dessen Präsident er wurde. In der unumgänglich gewordenen Ablösung vom Amt des Ministerpräsidenten bei gleichzeitiger Beförderung in einen Ehrenvorsitz und Unterstützung dieses erwiesenermaßen Unbelehrbaren bei der Gründung und Leitung einer der CDU nahe stehenden „Denkfabrik“ äußerte sich einmal mehr die prinzipielle Unglaubwürdigkeit des bundesdeutschen parteiamtlichen Konservatismus im Umgang mit der NS-Vergangenheit, ihrem Erbe und ihren andauernden Nachwirkungen.

Faschistische Studenten

Das Studienzentrum Weikersheim entwickelte sich zu einer politisch und wirtschaftlich großzügig geförderten rechtskonservativ-nationalistischen Institution. Es führte Tagungen und Seminare durch,

---

2 Ebenda, S. 253.
3 Dokument der Zeit: Ein Brief in Sachen Filbinger, in: Bayernkurier, 26, 30. Juni 1978.
4 Helmut Kohl: Erinnerungen, a. a. O., S. 494 f.

veröffentlichte die hauptsächlichen Ergebnisse in Protokoll- und Sammelbänden und gab seit 1988 die Weikersheimer Blätter heraus. Seit den achtziger Jahren erlangte es als rechtsintellektuelles nationales und internationales Forum eine größere Bedeutung als beispielsweise die 1966 gegründete, vor allem mit ihren Adenauer-Preis-Verleihungen und ihrer weniger anspruchsvollen, militanten Zeitschrift Deutschland-Magazin in Erscheinung getretene Deutschlandstiftung in München. Bei Filbinger verband sich die Unbelehrbarkeit hinsichtlich der NS-Vergangenheit mit strikt antisozialistischen und antiliberalen Vorstellungen und politischen Konzepten sowie einem extrem konservativen Geschichts- und Gesellschaftsbild. Ausgerechnet er hatte im April 1968 rebellierenden Studenten „einen erschreckenden Rückfall in faschistische Methoden“ vorgeworfen. Die Linke aller Schattierungen stand – beispielsweise bei der Berufsverbotspolitik – undifferenziert im Zentrum seines Feindbildes. Den Landtagswahlkampf 1976 führte er unter der Parole „Freiheit oder Sozialismus“ – nach seinen Worten – „gegen den vereinigten Linksblock“ und gegen die Entspannungspolitik. Eine Reihe evangelischer Pfarrer und Dekane Baden-Württembergs sah sich im März 1976 veranlasst, gegen die „demagogischen Wahlparolen“ der CDU unter Filbinger zu protestieren. Seinem politischen Weltbild entsprachen auch die Leitlinien der politischen Ziele und Bildungskonzepte des Studienzentrums ab 1979.

Der CDU genügten die genannten Zeichen unveränderter Verbundenheit mit diesem NS-Täter angesichts der vorherrschenden Gemeinsamkeiten durchaus noch nicht. Als Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung kam 1980 eine Schrift mit drei Grundsatzbeiträgen zum Fall Filbinger heraus. Wie im Fall Globke war der Rechtfertigungsdrang der Partei offensichtlich. Eine parteipolitische und insbesondere ideell-moralische Niederlage durfte nicht als solche anerkannt und hingenommen werden. Auch in diesem „Fall“ – bei Filbinger in der doppelten Bedeutung des Wortes – sollte der Täter zum Verfolgten, gar zum Retter und im innersten Herzen Widerständigen umgedeutet werden. Die von Eppler angeführte Polemik hätte nicht hauptsächlich der Vergangenheit Filbingers, sondern ihm als typischem „Strukturkonservativen“ gegolten. Damit wurde die von Eppler eingeführte Differenzierung des rechten Hauptlagers nach Struktur- und Wertkonservativen von Seiten der CDU als theoretisch-politische Herausforderung angenommen. Der Leser werde, so Bruno Heck in aufschlussreicher Weise, „einem Mann begegnen, dessen Pflicht es war, Militärjustiz zu praktizieren, in einem Krieg, in dem er den Sieg nicht minder gefürchtet hat wie die Niederlage“.[5] Für die behauptete Furcht vor einem Sieg lieferte Filbingers Lebensweg und Handeln bis zum Mai 1945 allerdings keine Anhaltspunkte; sehr wohl dagegen sprach sein Verhalten vor und nach der Zäsur von 1945 für seine Ängste angesichts einer Niederlage.

Volksgenosse Stroessner

Filbinger gehörte Anfang der achtziger Jahre als Ehrenmitglied auch dem Kuratorium der Ludwig-Frank-Stiftung an. In dieser Eigenschaft unterstützte er deren freundschaftliche Beziehungen zum paraguayischen Präsidenten General Alfredo Stroessner, Diktator des Landes von 1954 bis 1989 und typischer Repräsentant eines militärfaschistischen Regimes in Lateinamerika. An einem von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Seminar in Paraguay im Jahre 1982 nahmen Filbinger, Gerhard Löwenthal sowie das Mitglied des Bundestags und des Europa-Parlaments Heinrich Aigner (CSU) teil, letztgenannter als Chef des Instituts für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung GmbH in Stuttgart. Hier wie auch im Falle von Franco, Salazar, Pinochet und anderen rechten Diktatoren zeigte es sich, dass die Berührungsängste von Unionspolitikern und Wirtschaftskreisen zur äußersten Rechten im Ausland noch geringer waren als zu den rechtsextremen Kräften in Deutschland selbst.

Anlässlich des 70. Geburtstags von Filbinger erschien 1983 eine von Lothar Bossle herausgegebene Festschrift, die den Jubilar und die sich ebenfalls weiterhin verletzt fühlenden Unionspolitiker offenbar nach der als Zumutung empfundenen Konfrontation mit antifaschistischer Geschichtsinterpretation und antifaschistischen Wertvorstellungen aussöhnen und in ihrer Selbstgewissheit bestätigen

[5] Heinz Hürten/Wolfgang Jäger/Hugo Ott: Hans Filbinger – Der „Fall“ und die Fakten. Eine historische und politologische Analyse. Hrsg. von Bruno Heck, Mainz 1980, S. 8.

sollte. Zu den fünf thematischen Schwerpunkten dieser Schrift äußerte sich annähernd die komplette Unionsspitze mit Dregger, Gerstenmaier, Goppel, Heck, Kiesinger, Kohl, Mayer-Vorfelder, Späth, Stoltenberg, Strauß, B. Vogel und Wörner; weitere Autoren waren die Rechtsintellektuellen Peter Berglar, Dieter Blumenwitz, Nikolaus Lobkowicz, Christa Meves, Günter Rohrmoser, Karl Steinbuch und Paul Wilhelm Wenger. Ebenso unbelehrbar wie Filbinger und ihn in dieser Haltung bestärkend sprach Heck von „Geschichtsklitterungen Hochhuths". Als Strukturkonservativer sollte Filbinger von seinen Gegnern in eine ungebrochene Kontinuität des deutschen Konservatismus gestellt werden, der „selbst zu den Voraussetzungen des NS-Staates gezählt wurde". Die CDU habe die geistige Herausforderung „nicht offensiv pariert, obwohl sie mit Filbinger auf der Anklagebank saß ... Das eigentliche Problem und die Fragen, die es zu beantworten gilt, etwa die Frage der geistigen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit allgemein, des Verhältnisses von Konservativismus und Faschismus oder der Diskussion um Totalitarismus und Faschismus, sind der Agitation des Alltags zum Opfer gefallen."[6] Damit traf Heck – obgleich in rechtfertigender Absicht – tatsächlich jene Kernfragen, denen die Unionsparteien bis dahin ausgewichen waren und die sie auch in der Folgezeit unbeantwortet ließen.

Abwehren, rechtfertigen, verharmlosen

Der Umgang der Führungskreise der CDU/CSU mit den Fällen von Globke, Heusinger, Maunz und Oberländer ebenso wie mit dem Fall Filbinger kann als exemplarisch für ihr Verhalten im Zusammenhang mit den Enthüllungen über belastete Altnazis gelten, wobei diese spektakulären Affären wiederum stellvertretend sind für Tausende weiterer Fälle; sie kennzeichnen einen gesamtgesellschaftlichen Prozess, der Voraussetzung, Bestandteil und Wirkung der Restauration war. Die Unionsspitzen saßen aus, wehrten ab, rechtfertigten und verharmlosten, denunzierten die Kritiker, verhinderten Konsequenzen, solange und wo immer dies mit ihren übergeordneten parteipolitischen Interessen vereinbar schien. Wurde das letztgenannte, maßgebliche Ziel in Frage gestellt oder offenkundig beeinträchtigt, dann kam es zu veränderten Verhaltensweisen, die jedoch nie zu prinzipiellen Klärungen und Schlussfolgerungen führten. Mit den Betroffenen und widerstrebenden Gruppen wurden Zugeständnisse und Kompromisse ausgehandelt und durchgesetzt, die äußeren Schaden oder unabsehbar langwierige Kontroversen und Anfechtungen abzuwenden vermochten.

Auch die Affäre Filbinger wurde in den neunziger Jahren als Farce fortgesetzt. Das Verhalten des Hauptbetroffenen zeigte, dass er unverändert unbelehrbar und selbstgerecht geblieben war, sich aber gerade damit auch weiterhin in hohem Maße in Einklang mit seiner Partei sehen konnte. Anlässlich seines 80. Geburtstags wurde am 17. September 1993 mit einem Festakt im Stuttgarter Neuen Schloss eine Hans-Filbinger-Stiftung ins Leben gerufen. Sie sollte insbesondere die weitere Arbeit des Studienzentrums Weikersheim fördern und langfristig absichern. Zu den Initiatoren der Stiftung gehörten die baden-württembergischen Minister Gerhard Mayer-Vorfelder und Erwin Vetter, die Professoren Dieter Blumenwitz, Lothar Bossle, Helmut Engler, Klaus Hornung und Nikolaus Lobkowicz, Präsident der Katholischen Universität Eichstätt, sowie Brigadegeneral a.D. Heinz Karst und der Leiter des von Hase & Koehler Verlages (Mainz). Ministerpräsident Erwin Teufel würdigte den Jubilar umfassend und dankte ihm im Namen der Landesregierung. Aus dem gleichen Anlass erschien eine von Bossle herausgegebene Festschrift „Deutschland als Kulturstaat", unter deren etwa 60 Autoren sich auch Helmut Kohl und Otto von Habsburg befanden.

Filbingers ab Anfang der neunziger Jahre unternommener und in Medien dem Zeitgeist gemäß willfährig kolportierter Versuch, seinen Sturz von 1978 als Resultat von Machenschaften der DDR darzustellen, scheiterte rasch und kläglich. Politiker und Medien bedienten sich auch in diesem Fall unabhängig vom Wahrheitsgehalt zeitweilig willkürlicher Behauptungen und Vermutungen als Material für die gewünschte Stimmungsmache gegen den vergangenen zweiten deutschen Staat. Anlässlich des 85. Geburtstages 1998 wetteiferten unter anderem Ministerpräsident Teufel und die FAZ darum, die geschichtliche Beweislage hinsichtlich seiner Belastung erneut anzuzweifeln, ihn als Opfer von

6 Bruno Heck: Der Sturz eines Ministerpräsidenten, in: Lothar Bossle (Hrsg.): Hans Filbinger. Ein Mann in unserer Zeit. Festschrift zum 70. Geburtstag, München 1983, S. 625.

Verfolgung und Unrecht darzustellen und ihn zugleich als höchst verdienstvollen und beliebten demokratischen Politiker zu würdigen. Fünf Jahre später wurden solche Liebenswürdigkeiten für den 90jährigen wiederholt.

Nichts falsch gemacht

Die gleichzeitig aufgelebte öffentliche Kritik vereitelte immerhin einen förmlichen Festakt in seiner Heimatstadt Freiburg. Der Militärhistoriker Wolfram Wette sprach am 14. September 2003 in Freiburg im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema: „Was Unrecht war, kann nicht Recht sein!“ Er nutzte die Gelegenheit, im Vortrag eine geschichtlich umfassende sowie in den Fakten und Argumenten äußerst fundierte Gesamtansicht des Falles Filbinger seit 1945 und 1978 zu unterbreiten. Filbinger habe, stellte er abschließend mit Blick auf das Tagungsthema fest, am Flug der Zeit nicht teilzunehmen vermocht und sei „bis zum heutigen Tage unbelehrbar geblieben“.[7] Es bleibt hinzuzufügen, dass damit auch die Haltung einer beträchtlichen Zahl von Politikern und Mitgliedern der Unionsparteien charakterisiert wurde. Filbinger sprach in einem Leserbrief an die FAZ vom 4. April 2006 erneut von der 1978 gegen ihn inszenierten „Rufmordkampagne“ und berief sich in diesem Zusammenhang auf die wiederholte Rehabilitierung durch den Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Teufel.

Anlässlich des 100. Geburtstages von Kurt Georg Kiesinger im April 2004 widmete die Deutsche Post dem 1988 Verstorbenen eine Sonderbriefmarke. Die Post beteiligt sich unter der Regie der verantwortlichen Politiker daran, höchst fragwürdige Traditionen und Repräsentanten der Bundesrepublik weiterhin massenwirksam zu glorifizieren. In Beiträgen über den Jubilar wurden die längst widerlegten Apologien wieder aufgetischt und wie in ähnlichen Fällen versucht, die frühere legitime Kritik vorrangig aus Umtrieben seitens der DDR zu erklären. Verschiedene Ehrungen in seiner Geburtsstadt Albstadt-Ebingen lösten Widerspruch aus, zumal sich daran ursprünglich der nicht weniger umstrittene Filbinger – 1966 unmittelbarer Nachfolger Kiesingers als Ministerpräsident – beteiligen wollte. Dem Bericht der FAZ vom 5. April 2004 zufolge verstieg sich der Historiker Philipp Gassert im Rahmen der Rechtfertigungen, die immer wieder von der CDU nahe stehenden Kräften vorgebracht werden, bei gleichzeitiger Denunziation ihrer Kritiker, zu der rhetorischen Frage: „Sind wir in der Lage zu entscheiden, wer Hitler mehr geholfen hat, Heinrich Böll als einfacher Soldat an der Ostfront, Helmut Schmidt, der als Artillerieoffizier mit seiner Batterie vor Leningrad lag und Benutzungs- und Schussvorschriften für die leichte Flak ausarbeitete, oder Kiesinger, der zuletzt als stellvertretender Leiter der Rundfunkabteilung sich mit Propagandasendungen ins Ausland beschäftigte?“

Zusammenfassend lässt sich am Beginn des neuen Jahrhunderts die Haltung der konservativen Kräfte, insbesondere der Unionsparteien, im Umgang mit den Affären Globke, Filbinger, Kiesinger, Lübke, Maunz, Oberländer und anderen folgendermaßen charakterisieren: Nichts sei in der Geschichte der Bundesrepublik nennenswert falsch gemacht worden; wer Adenauer folgte, verdiene ohnehin und unbesehen Absolution, und alle Misshelligkeiten erklären sich im wesentlichen aus den fragwürdigen Motiven und Zielen der politischen Gegner. Einzelne exzessive Momente – Spitzen des Eisbergs – werden als möglicherweise und partiell problematisch und kritikwürdig gekennzeichnet, um mit Hilfe dieser geringen Zugeständnisse die grundsätzliche Apologie um so nachdrücklicher aufrechterhalten zu können.

Quelle: jungle.world2007/20, 16.05.2007. https://jungle.world/artikel/2007/20/liebe-zu-deutschland

[7] Zit. nach dem Wortlaut der Rede in: Dokumentation über den Protest gegen den Filbinger-Auftritt am 11. Oktober 2003 in Karlsruhe, Oktober 2003, S. 42 (VVN-BdA, Kreisvereinigung Karlsruhe).

Die Oettinger-Filbinger-Kontroverse

Klärungen nach Jahrzehnten weiter vertagt

Verläufe und Resultate bei Streitfragen, in denen die NS-Vergangenheit in Selbstverständnis, Geschichtsbild und Personalien der CDU/CSU und ihres Umfeldes unübersehbar aufscheint, sind auch in der vergrößerten Bundesrepublik im Vergleich zur Vorgeschichte grundsätzlich gleich oder sehr ähnlich geblieben. Das bestätigt der Blick auf die jüngste Darbietung in dieser – meist unfreiwillig – öffentlichkeitswirksamen Serie im Frühjahr 2007. Gemeint ist die Debatte, die sich daraus ergab, dass der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) bemüht war, seinen just verstorbenen Amtsvorgänger und Parteifreund Hans Filbinger nunmehr partei- und staatsoffiziell als Nazigegner ins Traditions- und Geschichtsbild eingehen zu lassen. Die Lüge sollte wohl ein weiterer, obgleich bescheidener Baustein für die künftige Legitimation einer Bundesrepublik werden, die den Sozialstaat demontiert, den Wiedereintritt in auswärtige Interessen-, Macht- und Interventionspolitik Normalität werden lässt und das Leitbild vom linken Hauptfeind – im Inneren und international – unverdrossen und bedingungslos wahrt.

Es sei an einige verwandte Anlässe und Streitfälle allein seit 1990 erinnert: Die Enthüllungen des DVU-Vorsitzenden und Herausgebers der faschistischen Nationalzeitung, Gerhard Frey, von Ende 1993 über seine langjährigen und engen Kontakte zu den ehemaligen CSU-Ministern Theodor Maunz und Alfred Seidl; die Verbindungen von Politikern der CSU und CDU zum Vorsitzenden der REP (1985-1994), Franz Schönhuber; die nazistischen Verlautbarungen des CDU-MdB Rudolf Karl Krause aus Sachsen-Anhalt und sein Übergang zu den REP 1993; der Eklat um deutschnationale Ressentiments des sächsischen Justizministers und Fast-Bundespräsidenten Steffen Heitmann (CDU) im Herbst 1993; die massiven Angriffe gegen die Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht und gegen die uneingeschränkte Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz; der ebenso rasche Aufstieg wie Fall des Parlamentarischen Staatssekretärs und Regierungssprechers Otto Hauser (CDU), der 1998 über die NS-Diktatur verharmlosende Auslassungen stolperte; die Lügen aus der hessischen CDU unter Roland Koch um 1999/2000 über angebliche jüdische Spender als Urheber der eigenen parteiegoistischen und gesetzwidrigen Finanzmanipulationen sowie schließlich die vom langjährigen MdB der CDU, Martin Hohmann, und vom – rasch aus der Bundeswehr entlassenen – General Reinhard Günzel 2003/04 ausgelöste Affäre. Sie bildeten die Spitzen der in trüben Fluten von Traditionen, unbewältigten Erbschaften und diffusen konservativ-nationalistischen Ambitionen treibenden Eisberge. Die bis heute ungeklärte Herkunft von Stimmen für die NPD im 2004 gewählten sächsischen Landtag aus anderen Fraktionen lässt die CDU-Fraktion angesichts ihres ideell-moralischen und politisch-ideologischen Zustandes als favorisiert für solche pronazistische Beihilfe erscheinen. Die Fortschreibung vernebelter und geschönter Altfälle – neben Filbinger beispielsweise auch Globke, Kiesinger, Lübke und Oberländer – im vergrößerten Deutschland gehört in diesen Grundzusammenhang.

Worin bestanden dabei in der Regel identische oder höchst ähnliche Momente im Verlauf solcher Episoden und in den teilweise spektakulären Offenbarungen sowie im parteioffiziellen Umgang damit? Sie alle haben eine innerparteiliche Vorgeschichte, in der latent längst alle Ressentiments und verqueren Geschichts- und Politikbilder als unauffälliger, will heißen selbstverständlicher, Bestandteil des geistig-politischen und Parteilebens in der Union vorhanden waren. Daraus folgte, dass aufklärerisches Bemühen jeweils durch zufällige Umstände und vor allem äußere Kräfte ausgelöst wurden. Die Führungen, Funktionärsgruppen, Mitglieder und Anhänger der Union haben kaum jemals dafür Initiativen entwickelt, vielmehr im Gegenteil meist zielstrebig und angestrengt verdeckten und offenen Widerstand geleistet. Das Widerstreben gegenüber antifaschistisch motivierten Bemühungen dauerte selbst dann an, wenn die fragwürdigen Sachverhalte oder Positionen öffentlich benannt sowie der eigenen Meinungsbildung und Beurteilung zugänglich waren. Die Diffamierung der Kritiker gehört traditionell zu den Strategien konservativer Vorwärtsverteidigung. Wiederholt wurde erst dann nachgegeben und werden beispielsweise personelle Konsequenzen gezogen, wenn das Image der Partei beschädigt zu werden drohte oder sich Kollisionen mit handfesten Interessen von Mandats- und Funktionsträgern abzeichneten. Auch das bedeutete keineswegs Drang zu prinzipiellen Klärungen,

zumal in der Regel nicht an den ursprünglichen und grundsätzlichen Problemen – z. B. des Geschichtsbildes –, sondern an der unzulänglichen und politisch abträglichen Erledigung der „Missverständnisse“ in der Öffentlichkeit Anstoß genommen wurde.

Aus allem erwuchs die Neigung, die Problemfälle deklarativ und administrativ zu erledigen. Das hieß je nach Verlauf des Streits und der „Einsicht“ der Betroffenen entweder zu widerrufen und sich von Gesagtem bzw. von Handlungen zu distanzieren oder Ausgrenzung und Ächtung hinzunehmen. Auf diesem Weg beeilten sich dann die politisch tonangebenden Politiker und Führungen, das Ende der Meinungsverschiedenheiten und der Debatten sowie die angeblich bestätigte Einvernehmlichkeit und Geschlossenheit der Partei zu verkünden, weitere, an die Wurzeln gehende Fragen nicht zuzulassen und zur Tagesordnung überzugehen. Es bleibt als interessante und wesentliche Problemstellung die Frage, inwieweit die jeweils führenden Politiker und Gremien der Unionsparteien nur ahnten oder sich in dem Wissen relativ sicher waren, dass ein grundsätzliches Klärungsbemühen hinsichtlich Deutschnationalismus, Kult des Soldatentums und antidemokratischen Feindbildern in den eigenen Reihen, in der Anhänger- und Wählerschaft sowie im sozioökonomischen Hinterland ein ziemlich aussichtsloses und nahezu selbstzerstörerisches Unterfangen wäre.

NS-Jurist Filbinger: typischer Repräsentant der Union

Hans Filbinger starb am 1. April 2007 im 94. Lebensjahr. Der Jurist und Täter der NS-Marinegerichtsbarkeit, Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB), der SA und der NSDAP, hatte in der CDU Baden-Württembergs als Landtagsabgeordneter und Innenminister Karriere gemacht. Im Herbst 1966 folgte er Kurt Georg Kiesinger als Ministerpräsident, als dieser – ehemals leitender Mitarbeiter der nationalsozialistischen Auslandspropaganda unter dem in Nürnberg 1946 gehenkten Ribbentrop – Kanzler der Großen Koalition in Bonn wurde. 1978 wurde die Mitwirkung Filbingers an Todesurteilen gegen Deserteure sowie an der Verfolgung kriegsmüder Soldaten noch im britischen Kriegsgefangenenlager im Mai 1945 bekannt. Filbinger leugnete, was nicht dokumentarisch vorlag, verharmloste und rechtfertigte sich bedingungslos und uneinsichtig. Die Opfer des Faschismus einschließlich derer, gegenüber denen er Mitschuld trug, bewegten ihn so wenig wie 1944/45. Er griff seine Kritiker an und leitete gerichtliche Schritte gegen sie ein.

Seine Partei bestärkte ihn zunächst in dieser Haltung, indem sie ebenfalls sein Wirken bis zum Ende der NS-Diktatur und des Krieges als zeitbedingt rechtfertigte und als etwas, woraus ihm persönlich nichts vorzuwerfen wäre. Erst als seine rechthaberischen Auftritte in der Öffentlichkeit zunehmend ungünstige Rückwirkungen für die Unionsparteien zeitigten, wurde ihm der Rücktritt nahegelegt und durchgesetzt. Robert Leicht rekonstruierte 2007 aus aktuellem Anlass die Vorgänge von 1944/45 und 1978 und bemerkte: „Filbinger ist nicht über sein Leben vor 1945 gestürzt – sondern über seine Lebenslügen danach. Und eine politische Lebenslüge hätte Oettinger selbst vermeiden müssen. Filbinger ist ja am 7. August 1978 nicht von anonymen Mächten gestürzt worden, sondern von seiner eigenen Landespartei und Landtagsfraktion, die damals über fast 57 Prozent der Stimmen und entsprechend viele Mandate verfügte.“[1] Mit der Ehrenpräsidentschaft im CDU-Landesverband sowie der Unterstützung bei der Gründung und Leitung des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim im folgenden Jahr wurde das unveränderte und uneingeschränkte Einvernehmen zwischen CDU/CSU und Filbinger demonstrativ bekräftigt. Das wurde mit Grußbotschaften, Tagungen und repräsentativen Publikationen anlässlich persönlicher Jubiläen 1993, 1998 und 2003 erneuert.

In seiner Trauerrede am 11. April 2007 im Freiburger Münster behauptete Oettinger: „Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regimes. Allerdings konnte er sich den Zwängen des Regimes ebenso wenig entziehen wie Millionen andere.“ Weitere Aussagen bekräftigten diese apologetische Sichtweise. Grundsätzlich befand sich der Redner damit in der geistig-politischen Tradition von CDU und CSU seit 1948/49. Mit Rücksicht auf ihre restaurativen gesellschaftspolitischen Ziele sowie die Mehrheit der eigenen sozialen Basis und Wählerschaft ver-

[1] Robert Leicht: Leben und Lebenslügen. Hans Filbinger beharrte einst – auch gegenüber der ZEIT – auf einer Rehabilitation, die es nicht geben konnte. Auch seinem Totenredner Oettinger fehlte das Gespür für diese Unmöglichkeit, in: DIE ZEIT, 17, 19. April 2007.

drängten sie grundlegende Wahrheiten über die nazistische Barbarei sowie über Schuldfragen und suchten politische und strafrechtliche Konsequenzen gegen die Täter zu verhindern oder zu minimieren.

Die verlogenen Selbstdarstellungen der Belasteten wurden stets bereitwillig als bare Münze übernommen. So hatte der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU) 1983 behauptet, dass Filbinger „von Anfang an ein Nazi-Gegner" gewesen sei. Der heutige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Volker Kauder, bezeichnete ihn 1993 als „ausgewiesenen Gegner des nationalsozialistischen Regimes". Im Vorwort einer Festschrift für Filbinger 1983 schrieb der frühere Generalsekretär der CDU und Bundesminister a. D. sowie damalige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, von „Geschichtsklitterungen Hochhuths" und polemisierte gegen Kritiker, denen zufolge Filbinger „sich zu Unrecht dem Widerstand gegen das NS-Regime" zurechne.[2] „1978 wurde in Umlauf gebracht, Filbinger habe am Ende des Zweiten Weltkriegs als Marinerichter an schändlichen Todesurteilen mitgewirkt." So verbog ein großbürgerliches Blatt 1998 Tatsachen zu Denunziationen und verkündete: „Filbinger ein Nazi? Der Jurist und Volkswirtschaftler Filbinger stand dem Nationalsozialismus von Anfang an ablehnend gegenüber."[3] Um 1994/95 hatten Politiker und Publizisten bereitwillig Filbingers haltlose Versuche kolportiert, sich als Opfer der DDR und ihres Staatssicherheitsdienstes darzustellen. Unwidersprochen blieb ein Leserbrief Filbingers vom April 2006, in dem er von der gegen ihn inszenierten „Rufmordkampagne" von 1978 sprach und sich auf den langjährigen Ministerpräsidenten Erwin Teufel (CDU) berief, der 2003 „die völlige Rehabilitation Hans Filbingers vor aller Öffentlichkeit und mehrfach kundgetan hat".[4]

Die geschichtsfälschende Aussage Oettingers wurde angreifbar als dreister Versuch, einen – auch in wiederholten öffentlichen Erörterungen und zahlreichen Veröffentlichungen – erwiesenen Täter und Mitschuldigen aus parteipolitischen Motiven zum Ehrenmann und Gegner des Naziregimes umzudeuten. Unter Bedingungen einer seit einigen Jahren erhöhten Sensibilität für diese Probleme in größeren Teilen der Öffentlichkeit setzte eine heftige Debatte ein, die von Beifall für die Behauptungen Oettingers bis zu Forderungen nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident reichte.

Unter dem Eindruck der neuen Filbinger-Kontroverse ist für eine gründliche und perspektivische Einschätzung der geschichtsideologischen Gegebenheiten und Grundtendenzen in der Bundesrepublik der Blick auf die Reaktionen, Beiträge und Ressentiments in den Unionsparteien von vorrangigem Interesse. Immerhin war Filbinger aus diesem Kreis geradezu demonstrativ und gegen öffentliche Kritik noch in die Bundesversammlung am 23. Mai 2004 delegiert worden, die den derzeitigen Bundespräsidenten wählte. Es gibt zu denken, dass Oettinger mit seinen prononcierten Feststellungen offensichtlich Filbinger rundum als „einen von uns" positionieren wollte und mit diesem populistischem Kalkül aus dem baden-württembergischen Landesverband und darüber hinaus Zuspruch und Lob für seine Rede erhielt. „Einigen älteren Mitgliedern hatte Oettingers Rede sicher aus dem Herzen gesprochen, viele haben bis heute das Gefühl, man habe Filbinger 1978 zu Unrecht fallenlassen."[5] Der seit 1990 dem Bundestag angehörende Georg Brunnhuber, Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe der CDU, bekundete enthusiastisch: „Für unsere Anhänger hat er einen ganz, ganz großen Schritt getan. Er hat das Tor aufgestoßen." Es sei eine „Meisterprüfung" Oettingers gewesen, die für die „christlich-konservative Seele" bedeutend wäre.

Oettinger begriff nicht sofort – wohl auch unter dem Eindruck solch euphorischer Zustimmungserklärungen – die Tragweite seiner Apologie und reichte zunächst eine Bekräftigung der hauptsächlichen Aussagen nach. Die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, Angela Merkel, rügte öffentlich die in seiner Trauerrede völlig fehlenden kritischen und die Wahrnehmung seitens der Opfer betref-

---

2 Bruno Heck: Der Sturz eines Ministerpräsidenten, in: Lothar Bossle (Hrsg.): Hans Filbinger. Ein Mann in unserer Zeit. Festschrift zum 70. Geburtstag, München 1983, S. 619 f. An der Huldigung mit fast 60 Beiträgen beteiligte sich neben Rechtsintellektuellen u. a. Dregger, Gerstenmaier, Goppel, Kiesinger, Kohl, Späth, Stoltenberg, Strauß, B. Vogel und Wörner.

3 bhr.: Filbinger und die geschmähte Generation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15. September 1998.

4 FAZ, 4. April 2006.

5 Rüdiger Soldt/Stephan Löwenstein: Stoßseufzer aus der CDU, in: FAZ, 18. April 2007.

fenden Aspekte. Sie erfasste rascher und dringlicher die möglichen internationalen, abträglichen Auswirkungen. Ein darauf folgender Brief Oettingers verwies halbherzig auf Rücksichten gegenüber der Familie Filbingers und bedauerte die „Missverständnisse“. Der Generalsekretär der CDU, Ronald Pofalla, lobte den Brief und hielt ihn voreilig für eine hinreichende Klarstellung.

Oettinger kam jedoch um einen Rückzug nicht herum und erklärte am 16. April 2007 vor einer Sitzung des CDU-Präsidiums in Berlin, er halte seine Formulierung nicht aufrecht und drücke sein Bedauern aus. In der Sitzung distanzierte er sich von der Aussage, Filbinger sei ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Die Farce krönend, nahm das Gremium das erzwungene Rettungsmanöver „mit Respekt“ zur Kenntnis. Selbst ein führendes konservatives Blatt kommentierte: „Die Formulierung des Stuttgarter Ministerpräsidenten Oettinger, Hans Filbinger, einer seiner Vorgänger, sei ein Gegner des nationalsozialistischen Regimes gewesen, ist so weit von der historischen Wirklichkeit und Wahrheit entfernt, dass ihr Widerruf nur eine Frage der Zeit war.“ Es sei erstaunlich, „wie elefantenhaft da ein führender Politiker durch die deutsche Geschichte und die seiner Partei getrampelt“ ist: „Dass Oettinger für seine Geschichtsklitterei auch noch Zuspruch von Parteifreunden bekam, ist kein Ruhmesblatt für die CDU in Baden-Württemberg.“[6] In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde bestätigte Oettinger am 25. April 2007 im Landtag seinen Widerruf.

Ebenso verunsichert wie zugleich auf die Fortsetzung der eigenen Karriere bedacht, suspendierte der Ministerpräsident auch noch seine Mitgliedschaft im Studienzentrum Weikersheim. Die weit rechts agierende Einrichtung konnte sich seit ihrer Gründung 1979 der Protektion führender Politiker der Union aus Landes- und Bundesebene sicher sein. So hatte Bundespräsident Karl Carstens, gleichfalls früheres Mitglied der SA und der NSDAP und wie Filbinger dem rechten Flügel der Union zugehörig, diesem anlässlich des 70. Geburtstages 1983 versichert: „Mit dem Studienzentrum Weikersheim haben Sie ein geachtetes Forum geschaffen, das sich der geistigen Durchdringung wichtiger Fragen unserer Zeit widmet. Ich erinnere mich gerne an unsere vielfältigen Begegnungen und Gespräche, nicht zuletzt in Weikersheim.“[7] Aktuell kam eine Einladung von „Jung Weikersheim“ an Hohmann und Ex-General Günzel ins Spiel. Diese Hauptakteure einer braungefärbten Aufführung im Unionsmilieu erinnerten zu einem für Oettinger äußerst ungelegenen Zeitpunkt an das andauernde nationalkonservative geschichtsideologische Dilemma bei Profilierungsversuchen nach rechts außen. Ein Antrag der Linksfraktion im Haushaltsausschuss des Bundestages, die Förderung des Studienzentrums mit Bundesmitteln einzustellen, wurde Ende Mai mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD abgelehnt.

Gleichzeitig kamen aus der CDU Unmutsäußerungen zum öffentlichen und kritischen Eingreifen Merkels. Ein beträchtlicher Teil der Politiker und Mitglieder der Union hielt ein diskreteres Vorgehen für wünschenswert. Die taktische Meinungsverschiedenheit verweist auf unterschiedliche Gewichtungen und Bewertungen der umstrittenen Aussagen. Der prominenteste Wortführer solcher Ressentiments war der Innenminister und frühere langjährige Vorsitzende der CDU im Land Brandenburg, der rechtskonservative Ex-General Jörg Schönbohm: Die konservative Klientel sehe, wie man in der Union miteinander umgehe und ob man zusammenstehe, wenn „der Wind einmal stark ins Gesicht weht“. Merkels Verhalten sei in der Sache schädlich gewesen. Andere CDU-Granden aber, bemerkten Publizisten, schwiegen: Roland Koch, Peter Müller, Jürgen Rüttgers und Christian Wulff.

Bilanz seit 1949 und 1978: Ungenügend!

In einer kürzlich erschienenen Auseinandersetzung zum Umgang der konservativen Kräfte mit der NS-Vergangenheit seit 1945 wird gefragt: „Gibt es eine einzige unter den unzähligen Affären und spektakulären Kontroversen, die ihre Ursache im äußerst fragwürdigen Umgang mit NS-Diktatur und Zweitem Weltkrieg haben, bei der die Führungen der Unionsparteien als hauptsächliche parteipolitische Repräsentanten des Konservatismus zu angemessenen prinzipiellen Einschätzungen und Schlussfolgerungen gekommen wären?“[8] Die Frage wurde verneint. Sie war bereits in Analysen von

---

6 Nm.: Der Widerruf, in: FAZ, 17. April 2007.

7 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 92, 16. September 1983, S. 860.

8 Ludwig Elm: Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel, Köln 2007, S. 9. Vgl. die Ausführungen zur Filbinger-Affäre: S. 209-214, 267-269.

Ralph Giordano und Peter Glotz vor rund zwanzig Jahren verneint worden. Wer wollte behaupten, dass es in den langen Jahren der Kanzlerschaft von Helmut Kohl auf geschichtsideologischem Gebiet eine aufklärerische Wende gegeben hätte? Für die gegenteilige Beurteilung der unter ihm verfolgten Geschichtspolitik ließen sich jedoch rasch zahlreiche Belege beibringen. Selbst seitherige partielle und halbherzige Zugeständnisse im Geschichtsbild sowie in der Erinnerungs- und Gedenkkultur vermochten keine grundsätzlich andere Antwort zu begründen, umso mehr als sie längst durch gegenläufige Tendenzen beeinträchtigt wurden.

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens der CDU ließ die Konrad-Adenauer-Stiftung 2005 an den symbolträchtigen Beispielen Globke und Wehrmachtstradition unverändert ignorant und nicht im mindesten selbstkritisch, Jahrzehnte alte und längst widerlegte Legenden wiederholen und verbreitete sie: „Adenauers Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke personifizierte den Vorwurf von den neuen Karrieren alter Nazis. Globke, kein NS-Parteimitglied, hatte die Nürnberger Rassegesetze kommentiert. Als Beamter im Reichsinnenministerium auf „Horchposten", hatte Globke ... Hunderten Nachricht von ihrer bevorstehenden Verhaftung zukommen lassen und ihnen die Flucht ermöglicht. Doch das zählte nichts für den antifaschistischen Entrüstungsmoralismus. Er richtete sich ebenfalls selbst gegen die Wiederverwendung von jenen Wehrmachtsoffizieren beim Aufbau der Bundeswehr, die teilweise dem Widerstand nahegestanden hatten, keine Hitler-Fanatiker gewesen waren und deren Sachverstand nunmehr unverzichtbar schien."[9] Keine Aussage wird dem heutigen Stand der Forschung und des Wissens oder gar elementaren antinazistischen Ansprüchen gerecht. Es kann keine Rede davon sein, dass solche jüngeren Verlautbarungen endlich einem Mindestmaß an moralischer Verpflichtung gegenüber Millionen Opfern der Rassegesetze und der Wehrmachtsverbrechen genügen würden.

Der Verlauf und die vorläufigen, unbefriedigenden Resultate der von Oettinger ausgelösten Debatte illustrieren und bestätigen das kritische Gesamturteil. Die politischen und intellektuellen Hauptkräfte des deutschen Konservatismus besitzen nach mehr als sechs Jahrzehnten weiterhin keine demokratisch tragfähige und belastbare Analyse und Beurteilung der Ursprünge, des Wesens sowie der unverwechselbaren barbarischen Natur und Dimension der NS-Diktatur und der Gesamtheit der von ihr verübten Verbrechen. Damit verfügen sie auch nicht über ideell-politische Grundlagen und ausreichende Maßstäbe für ein im Kerngehalt antifaschistisches Geschichtsbild sowie für eine offensive Auseinandersetzung mit dem immer bedrohlicher aufkommenden Nazismus, Rassismus und Antisemitismus. Zutreffend sprach der Freiburger Militärhistoriker Wolfram Wette davon, dass Oettinger nur einen formalen Rückzug antrat: „Dabei kann doch nicht erledigt sein, womit Oettinger und Teile der baden-württembergischen CDU noch gar nicht begonnen haben, nämlich ihren erkennbar gewordenen historisch-politischen Nachholbedarf zu befriedigen." Sie hätten bis heute versäumt, sich mit dem Satz Filbingers auseinanderzusetzen „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein." Es bleibe „eine große historisch-politische Aufklärungsarbeit zu leisten".[10]

Gleichzeitig sehen die Konservativen sich durch die Wahrnehmung im Ausland, die Wachsamkeit der Opfer und Widerständigen einschließlich ihrer Hinterbliebenen und politischen Erben sowie das heutige Wissen über die Nazibarbarei zum Lavieren genötigt. Es beunruhigt Rechtsintellektuelle, dass es ein Land verändere, wenn „Politiker über Fragen der Geschichte am besten gar nicht mehr oder nur noch so reden, dass sie keinesfalls, wie aberwitzig indirekt auch immer, in eine gedankliche Erbfolge mit der Nazibrut gestellt werden können." Noch schlimmer ist aus dieser Sicht: „Das bedeutet nichts anderes, als der Linken gleichsam den Generalschlüssel der historischen Deutungsmacht auszuhändigen und damit den politischen Konservatismus einer kulturellen Hegemonie seiner ideologischen Gegner zu unterwerfen."[11]

---

9 Manfred Funke: Die Ära Adenauer: Eine Profilskizze zu Politik und Zeitgeist 1949-1963, in: Günter Buchstab (Hrsg.): Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU. Hrsg. i. A. der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Freiburg-Basel-Wien 2005, S. 180.

10 Wolfram Wette: Der Fall Filbinger-Oettinger. Historisch-politische Defizite sind die Hauptursache der Affäre, in: Frankfurter Rundschau, 21. April 2007. S. auch: Ders., Filbinger – eine deutsche Karriere, Springe 2007.

11 Volker Zastrow: Regieren ohne Loyalitäten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29. April 2007. Bedauernd fuhr Zastrow fort: „Denn die Linke ist durch ihre historische Abkunft gegen entsprechende Vorwürfe gefeit –

Das von konservativen Kräften favorisierte Totalitarismuskonzept vermag die spezifische Herkunft und Funktion sowie vor allem die barbarische Natur der nazifaschistischen Herrschaft, Eroberungs- und Vernichtungspolitik nicht ausreichend zu erhellen. Im Gegenteil. In seinen von den Unionsparteien bevorzugten entschieden rechtsgerichteten Versionen dient es vorrangig dazu, diese Spezifik zu verwischen und durch extensive, vielfach haltlose Analogien mit anderen Herrschafts- und Politikmodellen zu verwässern. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren begleitete und förderte konservativer Antitotalitarismus die Restauration, verdrängte die jüngste Geschichte und gewährleistete den unbedingten Vorrang antikommunistischer Feindbilder. Seit den Neunzigerjahren ist der „Diktaturenvergleich“ zum privilegierten Tummelplatz fortentwickelter geschichtsrevisionistischer Bestrebungen geworden. In diesem Rahmen sind die Parallelisierung von NS-Diktatur und DDR zur extremsten Variante der Entlastung und Relativierung von Faschismus und Militarismus geworden und signalisieren den illiberalen und fortschrittsfeindlichen Niedergang politik-, geschichts- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschungen und Denkmodelle.

Zu den Schlüsselproblemen wiederum aufgeschobener, jedoch schließlich unumgänglicher Klärungsprozesse gehören Themen und Probleme wie: Sozioökonomische und ideologisch-politische Quellen, Triebkräfte und Grundlagen faschistischer Bewegungen und Diktaturen in Vergangenheit und Gegenwart; historische und internationale Tatsachen und Lektionen über die Verwandtschaft und Wechselwirkung von Konservatismus, Militarismus und Rechtsextremismus; Nationalismus und Antisozialismus als konstitutive Komponenten militant rechtsgerichteter Strategien und Herrschaftskonzepte sowie Antimarxismus und Drang zu Irrationalismen in fortschrittsfeindlichen Geschichtsphilosophien und Sozialtheorien.

Der ursprünglich dem Nazismus nahestehende Hermann Rauschning, konservativer Senatspräsident im Freistaat Danzig 1933/34, 1936 in die Schweiz emigriert, schrieb in seiner antinazistischen Streitschrift von 1938 von der Selbsttäuschung weiter „Kreise der ehemals führenden Schichten“. Es gehe um „die schwere und dunkle Frage“: „Wie war die ganze Entwicklung zum 30.1.1933, die eben diesen Gesellschaftsschichten zu danken war, überhaupt möglich?“ Als zu optimistisch hat sich längst seine Folgerung zur Schuldfrage erwiesen: „Niemand wird mehr in Abrede stellen, dass es die restaurativen Kräfte waren, denen im wesentlichen Deutschland sein heutiges Schicksal zu verdanken hat.“[12] Es waren wiederum jene Kräfte, die mit ihrem neuerlichen restaurativen Erfolg in der Bundesrepublik gerade das auf Dauer „in Abrede stellen“, was nur in einer sehr kurzen Phase nach dem 8. Mai 1945 von allen politisch bedeutenden und verantwortungsbewussten Richtungen und Gruppierungen im Sinne der Betrachtungen Rauschnings von 1938 zur Schuldfrage bejaht und vertreten wurde.

Der 30. Januar 1933 und seine Folgen waren nur mit dem vielgestaltigen Rückhalt des Nazismus in der konservativ-nationalistischen Grundströmung der deutschen bürgerlichen Gesellschaft seit 1871 und 1918/19 möglich. Heute und künftig werden demokratische, soziale und liberal-pazifistische Denkweisen und ihre Rolle in der Gestaltung der vorherrschenden Politik – die nachhaltige Zurückdrängung von Rechtsextremismus eingeschlossen – nicht erfolgreich sein können, solange der bestimmende Einfluss des Konservatismus in der Geschichtsideologie und in den politischen Strategien nicht gebrochen und überwunden wird.

Marxistische Blätter 4_2007 (Juli), S. 82-88.

mit Kommunisten identifiziert zu werden bedeutet nun einmal nicht, diskursiv in die Tradition singulärer Verbrechen eingereiht zu werden. Wir dulden im satisfaktionsfähigen Parteispektrum die Nachfolgeorganisation der KPD, nicht aber der NSDAP.“

12 Hermann Rauschning: Die Revolution des Nihilismus (1938), Zürich 1964, S. 127, 132.

Bundes-Kriminellen-Amt

Frühgeschichte des BKA auch amtlich offengelegt

„Das Bundeskriminalamt (BKA) ist in seiner Aufbauzeit und noch bis zum Ende der Sechzigerjahre maßgeblich von früheren SS-Angehörigen geprägt worden, von Personal aus dem Reichssicherheitshauptamt, der Organisationszentrale des Holocaust, sowie von Leuten, die Polizeikarriere im Dienste von Massenmord-Kommandos und bei der Geheimen Feldpolizei im Zweiten Weltkrieg gemacht hatten.“ Mit diesen Worten leitete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 22. September 2007 ihren Spitzenartikel auf der ersten Seite ein, der überschrieben war: „Das BKA deckt seine düstere Vergangenheit auf“. Anlass war ein vom BKA in Wiesbaden veranstaltetes Kolloquium zur 1951 erfolgten Gründung und zur Frühgeschichte dieses Amtes. Das Blatt teilte weitere Untersuchungsergebnisse mit und stellte fest: „Frühere Versuche, die Geschichte des Amtes aufzuhellen und beispielsweise Akten an Historiker herauszugeben, wurden beim Bundeskriminalamt ähnlich wie beim Bundesnachrichtendienst, bei dem Verfassungsschutz und auch dem Auswärtigen Amt bis in die jüngste Zeit systematisch behindert.“ Die Aufzählung harrt der Ergänzung um zahlreiche weitere Institutionen, Gremien und Firmen.

Zur neusten Wahrheitsliebe der Zeitung und zahlreicher Medien ist anzumerken, dass sie selbst über Jahrzehnte und bis in die Gegenwart die Lügen und Verdrängungen unterstützt oder zumindest hingenommen sowie frühere Ansätze zur Aufklärung grob wie subtil behindert haben. Das betraf beispielsweise auch das weitgehende Stillschweigen bei der Einstellung der Verfahren gegen Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Ende der Sechzigerjahre oder den politisch-publizistischen Umgang mit den Nachkriegskarrieren schwer belasteter SS-Täter wie Werner Best und Professor Reinhard Höhn in der Wirtschaft, aber auch weiterer vergleichbarer Personengruppen in Bundeswehr und Sicherheitsorganen, Justiz, Verwaltung, Politik, Gesundheits- und Bildungswesen und Wissenschaft.

Das einschlägige zeitgeschichtliche Bild wurde inzwischen weiter vervollständigt. Eine grafische Übersicht des BKA von 1954 weist namentlich aus, dass 25 von 36 leitenden Mitarbeitern SS-Dienstgrade innegehabt hatten. Sie waren fast alle in Bereichen der Vorbereitung und Ausführung von Massenvernichtung aktiv gewesen, darunter sechs in Einsatzgruppen in Polen und der Sowjetunion, zehn in Himmlers Reichssicherheitshauptamt, Gestapo und Feldpolizei sowie acht an der Führerschule der Sicherheitspolizei in Berlin-Charlottenburg. „Alle diese Leute übernahmen im Bundeskriminalamt leitende Funktionen, bildeten junge Leute aus, prägten das Amt und seine kriminalistische Auffassung bis weit in die Sechzigerjahre hinein.“ Der ehemalige SS-Untersturmführer und SD-Mann Paul Dickopf war nach der Tätigkeit im Bundesinnenministerium (1950/51) zunächst Vizepräsident und von 1965-1971 Präsident des BKA. Bundesinnenminister Hermann Höcherl (CDU) übernahm bei der Amtseinführung im Februar 1965 Dickopfs Lüge, dass er nie mit dem Nationalsozialismus paktiert habe. Filbinger, Globke, Lübke und viele andere lassen grüßen. Die Beamten des SS-, SD- und BKA-Karrierepfads bildeten verschworene Seilschaften und verkörperten die Spitze des Eisbergs allein in dieser Behörde. Globkes Wirken im Bundeskanzleramt trug in der Personalpolitik im Einvernehmen mit Bundeskanzler Adenauer und dessen Mitte-Rechts-Koalition Früchte.

Dieter Schenk, von 1980 bis 1989 als Kriminaldirektor im BKA tätig und auf eigenen Wunsch aus dem Dienst ausgeschieden, hatte 2001 die erste umfassende Darstellung der „braunen Wurzeln des BKA“ vorgelegt. Bis August 2001 wurden ihm Archivalien für diese überfälligen Forschungen verweigert. Es habe ihn im Verlauf seiner Recherchen überrascht und bestürzt, „dass fast die Hälfte der BKA-Vorgesetzten der Fünfziger- und Sechzigerjahre auf schlimme Weise unmittelbar in die Verbrechen der Nationalsozialisten verstrickt war“, der ehemalige SS-Führer und Doppelagent Dickopf habe „das BKA zu einer Versorgungsanstalt für alte Nazis und Verbrecher“ gemacht: „Er konnte diese Rolle aber nur spielen, weil er als CIA-Agent die Rückendeckung der amerikanischen Besatzungsmacht besaß und die Schlüsselpositionen in der Ministerialbürokratie des Bundesinnenministeriums zugleich von NS-Gesinnungsgenossen durchsetzt waren.“

Der TV-Sender 3sat griff in seiner Sendereihe „Kulturzeit“ am 4. Oktober 2007 das Thema BKA-Geschichte mit Dieter Schenk als Gesprächspartner auf. Die Autoren wie die Moderation vermieden allerdings die naheliegenden Fragen nach der politischen Verantwortung und der gesamtgesellschaftlichen Einordnung der bestürzenden Tatsachen. Immerhin wurde in den Debatten der letzten Wochen der Rückhalt der SS-Seilschaften bei den Bundesinnenministern benannt und geäußert, dass nunmehr auch BND, Verfassungsschutz, Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof und weitere demokratie-, rechts- und sicherheitsrelevante Einrichtungen und Bereiche ihre Herkünfte und Altlasten uneingeschränkt und schonungslos offenlegen sollten. Es ist in der Tat nicht nur gleichnishaft, sondern geradezu buchstäblich zutreffend, von „Leichen im Keller“ der „zweiten deutschen Demokratie“ zu sprechen.

Der erste Präsident des Bundesgerichtshofes (1950-60), Hermann Weinkauf, gehörte seit 1933 der NSDAP an und war von 1937 bis 1945 Mitglied des Reichsgerichts. Nach 1945 trug er wesentlich dazu bei, die Verbrechen der NS-Justiz zu verharmlosen und zu verdrängen. Hermann Höpker-Aschoff, erster Präsident des Bundesverfassungsgerichts ab 1951, arbeitete in der für die wirtschaftliche Unterwerfung und Ausplünderung des besetzten Polen im November 1939 gegründeten Hauptreuhandstelle Ost. Otto Köhler hat die jahrzehntelang verbreiteten Lügen über Höpker-Aschoffs angebliche Zurückgezogenheit unter der NS-Diktatur aus Quellen im Bundesarchiv widerlegt: „Die Einsicht und Erfahrung des Mannes, der da 1951 als erster den Talar eines Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts anlegte, war die eines hochrangigen Mitarbeiters der Leichenfledderei und Plünderungsspezialisten.“ Der ehemalige Nationalsozialist, Staatsanwalt und Ankläger in sogenannten Hochverratsprozessen bis 1945 Hubert Schrübber war von 1955 bis 1972 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die dominierenden Kontinuitätslinien von der Wehrmacht zur Bundeswehr sind wiederholt beschrieben und debattiert worden.

In einem Grundsatzbeitrag hat der Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora bei Nordhausen, Jens-Christian Wagner, unlängst den „Fall Lübke“ auf der Basis des heutigen Forschungsstandes dargestellt. Das Bild von der Rolle des zweiten Bundespräsidenten (1959-1969) als Gehilfe der Nazibarbarei verdunkelt sich selbst im Vergleich zu den von der DDR bereits vor mehr als vier Jahrzehnten unterbreiteten Vorwürfen und den damaligen Schriftstücken, die Wagner zufolge meist authentisch waren. Zunächst in der Baugruppe Schlempp beim Bau der Heeresversuchsanstalt und Luftwaffenerprobungsstelle Peenemünde und dann in dem vom Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, im März 1944 gegründeten „Jägerstab“ für die Herstellung von Jagdflugzeugen, war Lübke direkt am Einsatz von Zwangsarbeitern und ihrer Vernichtung durch Arbeit und mörderische Lebensbedingungen beteiligt. Es sei zweifelsfrei nachgewiesen, „dass die Gruppe trotz aller anderslautenden Nachkriegsbehauptungen Schlempps und Lübkes in Peenemünde mindestens ein KZ-Häftlingskommando in Eigenregie beschäftigt hat“ und spätestens ab September 1943 „mindestens eine eigenen Häftlingskolonne für sich arbeiten ließ. Dafür trug Lübke als örtlicher Leiter der Baugruppe die Verantwortung.“

Mitglieder einer der reichsten Familien der Bundesrepublik teilten Anfang Oktober 2007 ihre Bereitschaft mit, ihre Firmengeschichte im Dritten Reich endlich offenzulegen. Ausgelöst wurde der späte Entschluss durch einen Dokumentarfilm, der das Arrangement des „Wehrwirtschaftsführers“ Günther Quandt mit der Nazidiktatur sowie die Bereicherung durch Arisierung, Rüstungsgeschäfte und Zwangsarbeit dargestellt hatte. Zufällig ist nur die zeitliche Nähe zu den Initiativen im BKA. In diesen und weiteren vergleichbaren Fällen sind die in persönlicher Verantwortung betroffenen Personen aus Wirtschaft, Sicherheitsdiensten und Streitkräften, Justiz, Verwaltung, Politik und Wissenschaft überwiegend längst unbehelligt und in allen Ehren in den Ruhestand verabschiedet oder inzwischen auch beigesetzt worden. Viele erheblich belastete Täter und Gehilfen der faschistischen Diktatur hatten die verschiedensten Ehrungen – nicht zuletzt mit dem Bundesverdienstkreuz – entgegennehmen können.

Fragen nach den Gründen und den Umständen der nach fast sechs Jahrzehnten unübersehbaren und nunmehr vielfach lautstarken Wahrheitsliebe offenbaren zugleich andauernde Grenzen und Zwiespältigkeiten. Insbesondere aus den USA und Israel drohen Beeinträchtigungen in den Wirtschafts- und politischen Beziehungen, wenn der bisherige Kurs der Lüge, des Beschweigens oder Verharmlosens

unverändert fortgesetzt würde. Dass die genannten Länder selbst Probleme mit ihrer Vergangenheit haben, hindert sie nicht, Geschichtspolitik gegen Konkurrenten als Waffe einzusetzen. Dazu kommt, dass sowohl lebendig gebliebene Erinnerungen als auch das heutige international vorherrschende Wissen und Urteil über die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg es nahelegen, Ballast aus der Nachkriegsgeschichte abzuwerfen. Es gilt, angreifbare Positionen und unnötige Handicaps beim Anspruch auf eine maßgebliche Rolle in Europa und darüber hinaus zu überwinden.

Gleichzeitig werden weiterhin erhebliche Spuren der NS-Verbrechen beseitigt sowie Aufklärung verweigert und behindert. Das Gebäude des Reichskriegsgerichts in Berlin, in dem zwischen 1939 und 1945 etwa 1400 Todesurteile gefällt wurden, ist von der Bundesvermögensverwaltung an eine Immobilien- und Verwertungsgesellschaft veräußert worden. Luxuriöse Wohnungen lassen Tatorte und ungeheuerliche Geschehnisse vergessen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz verweigert sich – offensichtlich mit Rückhalt beim zuständigen Bundesinnenminister Schäuble (CDU) – noch im Herbst 2007 der überfälligen und unverzüglichen Aufhellung seiner Gründungs- und Frühgeschichte, bei der ebenfalls viele SS- und Gestaposchergen als seit eh und je zuverlässig antikommunistische Mitarbeiter kenntlich würden. Norbert Geis (CDU/CSU) wandte sich am 10. Mai 2007 im Bundestag erneut gegen die Aufhebung aller Urteile der NS-Militärjustiz wegen „Kriegsverrats“ und diffamierte Überläufer zu den Alliierten als Verräter, die vielfach „in einer verbrecherischen Weise“ und „verwerflich“ gehandelt hätten.

Hauptsächliche geschichtsideologische Halbheiten und Fragwürdiges bestehen weiterhin darin, dass trotz der Vielzahl analoger und gravierender Versäumnisse sowie der politisch-moralisch destruktiven Begleiterscheinungen und Wirkungen der Restauration nicht nur Politiker, sondern auch Geschichts- und Politikwissenschaftler und Publizisten vor der unumgänglichen Neubewertung wesentlicher Aspekte der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte zurückschrecken. Legenden um Herkunft und Grundlagen der „zweiten deutschen Demokratie“ sowie um Personen wie Adenauer, Erhard, Heuss, Mende, Strauß und andere sollen von den heute unvermeidlichen Zugeständnissen an geschichtliche Wahrheiten möglichst unberührt bleiben. Die Ignoranz und Verweigerung gegenüber dem historisch-politischen Tatsachenmaterial sind bei den vorrangig betroffenen Parteien CDU, CSU und FDP weiterhin nahezu ungebrochen. Bei ihnen geht es um Fragen an die eigene Rolle in der Adenauerära, aber auch um das überfällige Eingeständnis der Lügen und Verdunkelungen in den darauf folgenden Jahrzehnten.

Die konservativen Kräfte wollen in der historischen Bildung und Erinnerungskultur sowie in der Gedenkstättenpolitik das rechtsgerichtete Totalitarismuskonzept und den darauf gründenden „Diktaturenvergleich“ weiter verstärken. Dem dienen auch wiederholte Klagen über die aus dieser Sicht noch immer unbefriedigende, bisherige Darstellung der DDR in Geschichtsbüchern. Auf diese Weise sollen die nicht mehr zu unterdrückenden Wahrheiten über die Gründungs- und Frühgeschichte der Bundesrepublik paralysiert und antikommunistisch überfrachtet werden. Dagegen ist im Ergebnis der jüngsten und der absehbaren Erkenntnisse in den weiteren historisch-politischen und geschichtsideologischen Kontroversen darauf zu drängen, die unterschlagenen und noch immer weitgehend tabuisierten Grundprozesse der Restauration wahrheitsgemäß und schonungslos darzustellen. Dieses Wissen hat Eingang zu finden in die Schulbücher, die allgemeine politische Bildung und in die Medien. Dabei haben die verhängnisvollen sozioökonomischen, personellen und politisch-ideologischen Kontinuitäten vom nazistischen Verbrecherstaat zur Bundesrepublik in allen gesellschaftlichen Bereichen und Schlüsselpositionen einen wesentlichen Platz in den Bemühungen und aufklärerischen Zielen einzunehmen. Wesentliche Probleme der heutigen Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik und umstrittener Tendenzen ihrer inneren und äußeren Politik sind nur unter Einbeziehung ihrer Ursprünge und Triebkräfte seit 1949 hinreichend zu erhellen.

Marxistische Blätter 6_2007 (November), S. 10-13.

Das Rechte und das Nationale

Jenaer Professoren haben immer wieder mal zu „Nation“ und „Nationalem“ geredet. Beispielsweise der Philosoph Bruno Bauch 1916 vor der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena mit den Worten, dass in und um uns „die lebendigsten und treibendsten Kräfte die nationalen“ seien. Kaum ein Sprachgut stehe so hoch im Werte wie „Nation“, in die der Einzelne hineingeboren werde: „Die Gemeinschaft des Blutes ist das einigende Band im natürlichen Bestande der Nation, und diese ist zunächst selbst ein natürlicher organischer Gemeinschaftsverband, eine Naturgegebenheit.“ Das würde auch in den körperlichen Unterschieden der Völker sichtbar: „Und wenn es anders wäre, wenn man mir meine Deutschheit nicht auf den ersten Blick ansehen würde, so käme ich mir wahrhaft kümmerlich, von Mutter Natur im eigentlichsten Sinne stiefmütterlich behandelt, vor. Ja, wenn nach Generationen einstens mein Totenschädel einem Anthropologen vor die Füße rollen sollte, so würde er diesen wohl höhnend als einen Pfuscher in seinem Fache angrinsen, wenn er in ihm nicht gleich den Germanenschädel erkennen sollte.“[1]

Die Deutschtumsideologie dieses akademischen Lehrers ist bereits während des Ersten Weltkriegs rassistisch durchdrungen. Sie hat das preußisch-deutsche Pathos von Reichsgründung und Bismarckzeit hinter sich gelassen. In Jena führte das bald zu nazistisch-rassistischen Lehrstuhlinhabern wie dem Rektor von 1939-1945, Karl Astel, und Hans F. K. Günther, deren Namen über Thüringen hinaus ab 1933 für die pseudowissenschaftliche Begründung und die massenmörderischen Folgerungen des völkisch-rassistischen Chauvinismus stehen.

Probleme der Linken

Die langjährigen Erfahrungen mit Alldeutschen, Deutschnationalismus, Chauvinismus, Antisemitismus und fundamentalistischem Rassismus bis zu den damit motivierten Vernichtungsorgien zwischen September 1939 und Mai 1945 erklären manche Probleme der Linken mit *Nation* und *Nationalem*. Sie rechtfertigen jedoch nicht Ignoranz oder Voreingenommenheit gegenüber einem äußerst komplexen historisch-politischen und geistig-kulturellen Problemkreis.

Während eines Seminars des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) über „Neue Rechte, Neokonservatismus und Wissenschaft“ im Juni 1986 in Marburg traten die Meinungsverschiedenheiten hervor. Reinhard Kühnl referierte über „Nationale Identität und Neuer Nationalismus“; kurz zuvor war dazu von ihm eine Publikation erschienen.[2] Ein beträchtlicher Teil der Anwesenden stand Kühnls konstruktivem Versuch, eine selbständige und offensive Position bezüglich der realen Erscheinungen Nation und Nationalität sowie gegenüber dem Nationalismus der Rechten zu begründen und Schlussfolgerungen anzuregen, verständnislos oder ablehnend gegenüber. Die Marxistische Gruppe verteilte ein gegen Kühnl und Frank Deppe polemisierendes Flugblatt: „Ist die BRD noch zu retten? Mit linkem Nationalismus gegen die Wende?“ Wiederholt genügte auch in den folgenden Jahren die differenzierte Zuwendung zum umstrittenen Gegenstand, um sich dem pauschalisierenden und denunzierenden Vorwurf des „linken Nationalismus“ ausgesetzt zu sehen.

Die Wende von 1989/90 bescherte den Ostdeutschen nunmehr auch einschlägige Belehrung, deren sie nicht nur nach der Überzeugung von Konservativen, sondern auch mancher Linken bedurften. „Deutschland zum Kotzen“ war ein Leitartikel des *Neuen Deutschland* am 12./13. Oktober 1991 aus der Feder von Jutta Ditfurth überschrieben: „Was bitte ist eine ‚deutsche Linke‘? Wer eine nationalstaatliche Identität braucht, ist in einem erbärmlichen Zustand. Was ist ‚deutsch‘ außer ein Paß-Wort?“ Mindestens – so ließe sich auf einer solchen Ebene erwidern – auch das KFZ-Kennzeichen D. Im gleichen Blatt leiteten Arnold Schölzel und ich drei Jahre später (*ND* vom 8./9. Oktober 1994) mit kontroversen Beiträgen eine der weiteren, seither unregelmäßig, aber verlässlich wiederkehren-

---

1 Bruno Bauch: Vom Begriff der Nation. Ein Kapitel zur Geschichtsphilosophie. Vortrag gehalten in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena, Berlin 1916, S. 3. Bauch (1877-1942) war 1922/23 Rektor der Universität Jena. Sein kürzlich veröffentlichtes Tagebuch einer Reise in die USA im Jahre 1926 enthält unverhohlen rassistische Kommentare: Zweimal Amerika. Deutsche Reisetagebücher 1926 und 1990. Hrsg. von Matthias Steinbach und Sven Schlotter, o. O. 2007.

2 Reinhard Kühnl: Nation – Nationalismus – Nationale Frage. Was ist das und was soll das? Köln 1986.

den, in der Regel am Leitbild des Hornberger Schießens orientierten linken Debatten zum ungeliebten Gegenstand ein.

In Thüringen – und ähnlich anderswo – gab es später Streit um eine Demo unter der Losung „Es gibt 1000 Gründe, Deutschland zu hassen". „Antideutsche KommunistInnen" agierten in diesem Sinn u. a. beim Antirassistischen Ratschlag im November 2001 in Gera. Genüsslich kann die Rechte aller Schattierungen die Parole „Nie wieder Deutschland!" vernehmen, die die Hilf- und Perspektivlosigkeit solcher Ressentiments verrät. Sie ist kapitulanten- und sektenhaft und damit auch nicht internationalistisch. Die Antideutschen stimmen mit den Nationalkonservativen de facto darin überein, dass das Nationale wesentlich mythologisch und schicksalhaft, also eine Angelegenheit der Konservativen und Nazis sei. Begriff und Gegenstand sollen der Rechten überlassen werden. Dieses Feld sei nur zu betreten, um den politischen Gegner zu entlarven und seine nationalistischen Mythen und Konzepte zu zerschlagen.

Zutreffend bemerkte Ronald Lötzsch in einer Studie von 2001: „Die Erforschung und Beschreibung des Phänomens *Nation* als einer spezifischen menschlichen Gemeinschaft wird im heutigen linken Diskurs oft der Auseinandersetzung mit ihrer Instrumentalisierung durch reaktionäre Ideologen nach- bzw. untergeordnet. Wenn so das Wesen dieser gesellschaftlichen Realität verkannt oder gar bewusst entstellt wird, ist eine wirksame Bekämpfung des Nationalismus unter den Bedingungen von Globalisierung und „Europäisierung" und der damit einhergehenden Verunsicherung breitester Volksschichten nicht möglich. Nationalistischer Agitation wird damit sogar Vorschub geleistet."[3]

Im Kontext solcher Tabuisierung wird in der Regel auch auf Differenzierungen und präzise Begriffe verzichtet. So wird vielfach nicht zwischen *Nation* und *Nationalität* unterschieden. Damit können die viele Generationen sowie Regionen aller Kontinente umfassenden, stammesmäßigen, ethnisch-kulturellen und nationalen Formationen, Evolutionen, Erscheinungsformen und Konflikte auch nicht sachgerecht wahrgenommen oder in ihren menschheitlichen Gemeinsamkeiten sowie jeweiligen Besonderheiten beurteilt werden. Zugleich wird die von der Aufklärung ausgehende, vom Liberalismus und Sozialismus aufgenommene und fortentwickelte Auseinandersetzung mit diesen geschichtsrelevanten und allgegenwärtigen Phänomenen vernachlässigt oder ignoriert.

Übrigens setzen Begriff und Gehalt des *Internationalismus* vielgestaltige nationale Gegebenheiten voraus; ohne diese oder bei deren Geringschätzung fällt sein Bedeutungsinhalt selbst gegen Null. Und was sollte aus den „anti-deutschen" Postulaten folgen, falls über den eigenen Tellerrand hinausgeblickt wird? Vielleicht die Empfehlung des Anti-Amerikanischen, Anti-Britischen, Anti-Französischen, Anti-Russischen usw. an die Linke in den jeweiligen Ländern? Soll die europäische Linke im Umgang mit diesem Land auch „anti-deutsch" sein? Die elitäre Arroganz dieser Sichtweise und ihr Doktrinarismus sind zurückzuweisen, da sie an der auch geographisch, sozial und ethnisch-kulturell determinierten Lebenssituation von Millionen Menschen vorbeigeht. Sie offenbart elementare Defizite im Demokratieverständnis, was sich schließlich vielfach auch in der Sprache, im politischen Stil und in den Aktionsformen solcher Gruppen niederschlägt.[4]

Der Internationalismus der Linken in den kapitalistischen Metropolen hat sich vor allem in den Auseinandersetzungen mit den treibenden Kräften imperialer Politik sowie der Militarisierung im *eigenen* Land zu bewähren. Das galt 1914, 1933 und seit 1945 und es ist nicht erkennbar, warum es heute angesichts der noch immer andauernden Rolle der Nationalstaaten nicht mehr gelten sollte. Die Grundidee hatte Karl Marx im November 1847 in London auf einem Solidaritätsmeeting für den polnischen Freiheitskampf ausgesprochen: Polen ist in England zu befreien: „Ihr Chartisten habt daher keine frommen Wünsche zur Befreiung der Nationen auszusprechen. Schlagt eure eigenen inländischen Feinde, und ihr dürft dann das stolze Bewußtsein haben, die ganze alte Gesellschaft geschlagen zu haben."[5]

---

3 Ronald Lötzsch: Nationalismus und nationale Minderheiten. Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat, Berlin 2001, S. 7 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 16). Lötzsch bietet Argumente und reiches historisch-philologisches Material zu Nation und Ethnos, Nation und Staat sowie zu nationalen Minderheiten.

4 Vgl. Isabel Erdem: Anti-deutsche Linke oder anti-linke Deutsche? Eine sachliche Betrachtung, in: *UTOPIE kreativ*, H. 192, Oktober 2006, S. 926-939.

5 Karl Marx/Friedrich Engels: Reden über Polen, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 417.

Nation und Nationalität als historisch-politische Realitäten

Der Nationalismus hätte nie und nirgends auch nur annähernd seine massenhaften und schließlich meist verhängnisvollen Wirkungen zu entfalten vermocht, wenn er bloße Fiktion und böswillige Konstruktion wäre und nicht auch an realen Überlieferungen, an sozialen wie geistig-kulturellen Gegebenheiten und verbreiteten Bedürfnissen hätte anknüpfen können. Noch mehr: Er weist selbst antifeudale sowie bürgerlich-demokratische Ursprünge und Traditionen auf. Im Frühjahr 1847 hatte Friedrich Engels die Misere des „Status quo in Deutschland" darin gesehen, „dass keine einzige Klasse bisher stark genug gewesen ist, ihren Produktionszweig zum nationalen Produktionszweig par excellence und damit sich selbst zur Vertreterin der Interessen der ganzen Nation aufzuwerfen." Er sprach von der „Zerlumpung Deutschlands in achtunddreißig Lokal- und Provinzialstaaten" und fragte nach dem Ausweg: „Es ist nur *ein* Weg möglich. *Eine* Klasse muss stark genug werden, um von ihrem Emporkommen das der ganzen Nation, von dem Fortschritt und der Entwicklung ihrer Interessen den Fortschritt der Interessen aller andern Klassen abhängig zu machen. Das Interesse dieser einen Klasse muss für den Augenblick Nationalinteresse, diese Klasse selbst für den Augenblick Repräsentantin der Nation werden."[6] Diese Erwartung richtete sich 1847 an die Bourgeoisie, deren Versagen 1848/49 langwierige und verhängnisvolle Auswirkungen haben sollte.

Im folgenden Jahr wandten Marx und Engels im Manifest der Kommunistischen Partei diese Perspektive auf das Verhältnis von Arbeiterklasse und Nation an, das von den Eigentums- und Machtverhältnissen geprägt werde. Sie knüpften an der Aufklärung an. In der seit 1751 unter der geistigen Führung von Denis Diderot erscheinenden Enzyklopädie war unter „patrie" zu lesen: „Unter dem Joch des Despotismus gibt es kein Vaterland." Die antike Wertschätzung des *Vaterlands* habe sich am Ideal orientiert: „Es ist eine Mutter, die alle ihre Kinder innig liebt, die nur Unterschiede zwischen ihnen macht, soweit sie solche unter sich machen, und die wohl will, dass es Reichtum und Wohlstand gebe, aber keine Armen, keine Großen und Kleinen, keine Unterdrückten; sie wahrt sogar bei dieser ungleichen Verteilung eine gewisse Gleichheit, indem sie allen den Weg zu den ersten Ämtern erschließt; sie duldet in der Familie nur die Übel, die sie nicht verhindern kann, nämlich Krankheit und Tod; und sie würde glauben, sie hätte, als sie ihren Kindern das Leben schenkte, nichts geleistet, wenn sie nicht zugleich für ihr Wohl gesorgt hätte."[7]

Nationalität bezeichnet das historisch und logisch Ursprüngliche und den spezifischen Kern; sie geht damit in die abgeleiteten und umfassenderen Begrifflichkeiten wie Nation, Nationalstaat, Nationalismus usw. ein. Die Nationalität erfasst und beschreibt vor allem die ethnischen, soziokulturellen und linguistischen Merkmale und Besonderheiten, die sich seit der Menschwerdung bei Gruppen, Stämmen und Völkerschaften herausgebildet haben. Die heidnische oder religiöse Vorstellungswelt geht in dieses Ensemble auch mit Auswirkungen auf die Lebensweise und Kultur ein. Hunderte Ethnien und Nationalitäten lassen die globale menschliche Unteilbarkeit in ihren Eigenarten und Vielfältigkeiten aufscheinen. Die Sprachen sind dafür herausragendes Anschauungsmaterial; sie stehen für die Schöpferkraft der menschlichen Evolution, für Kommunikation und Kooperation im Rahmen der Gesamtheit der sozioökonomischen, sozialen und kulturellen Beziehungen. Daran knüpfen kommunikationstheoretische Versionen der Nationstheorie an.

Das radikal politisierte, bürgerlich-demokratische Nationsverständnis der Französischen Revolution wurde zum weltgeschichtlichen Modell; annähernd vergleichbar erscheint der Beitrag der nordamerikanischen Unabhängigkeitsrevolution. Später wird dieses Erbe vom saturierten Bürgertum zur heroischen Selbstdarstellung beansprucht und für fortschrittsfeindliche Bestrebungen missbraucht. Exemplarisch kann dafür auf die heutige Deutsche Burschenschaft (DB) und weitere konservative Kräfte mit ihrem verlogenen Anspruch auf liberale, demokratische und patriotische Leitbilder und Kämpfe des Vormärz – darunter das Wartburgfest 1817 und das Hambacher Fest 1832 – und der Revolution von 1848/49 verwiesen werden.

---

6 Friedrich Engels: (Der Status quo in Deutschland), in: Ebenda, S. 50 f.

7 Artikel aus der von Diderot und d'Alembert herausgegebenen Enzyklopädie, Leipzig 1972, S. 829. – „La patrie" Das Vaterland ist im Französischem weiblich.

Im Norddeutschen Reichstag wandte sich August Bebel im Herbst 1870 gegen die Pläne zur Annexion Elsass-Lothringens auch mit dem Argument, dass politische Neuordnungen unter nationalen bzw. ethnischen Vorwänden zu endlosen kriegerischen Verwicklungen führen müssten. 1888 beschrieb Fr. J. Neumann die „Nation als politische Einheit, als die Gesamtheit der Angehörigen eines Staates“ und unterschied sie von der Nationalität, die die ethnisch-kulturellen Besonderheiten unabhängig von der Zahl der Individuen betreffe. Er schilderte die Missverständnisse, die sich nach der Annexion Elsass-Lothringens 1871 aus der Konfrontation der gegensätzlichen Nations-Auffassungen Frankreichs und Deutschlands ergaben. Deutsche waren verwundert, dass die Wahl der Nationalität den Bürgern überlassen werden sollte, obwohl sie diese – aus völkischer Sicht – doch unwiderruflich mit ihrer Geburt erlangt hätten.[8]

Selbst im 20. Jahrhundert sowie gelegentlich bis in die Gegenwart finden sich freiheitliche und demokratische Motive und Wirkungen des Nationalismus in nationalen Befreiungsbewegungen, im Antikolonialismus, Antiimperialismus und Antifaschismus. Linke Ignoranz gegenüber den ursprünglichen geschichtlichen wie den zeitgenössischen Sachverhalten verbaut die Zugänge und Grundlagen wirklich überzeugender alternativer Positionen. Ein durchgängiges problematisches, zugleich jedoch höchst charakteristisches Moment der kritisch angesprochenen linken Positionen ist der Unwille, sich den objektiven sozioökonomischen, historisch-politischen und geistig-kulturellen Sachverhalten der Existenz und Wirksamkeit ethnisch-kultureller, nationaler Faktoren, Bindungen und Wirkungen zu stellen.

Nation und Vaterland: Normen politischer Identifikation

Der Begriff der *Nationalität* ist wie der der *Heimat* in hohem Maße dem vorpolitischen Raum zuzuordnen, während *Nation* und erst recht *Vaterland* vorrangig politisch und weitgehend von klassenmäßigen und ideologischen Vorgaben und Leitbildern besetzt sind. Die erst seit dem Ausgang des Mittelalters und mit dem Aufstieg der Bourgeoisie entstehenden *Nationen* knüpfen an dem überkommenen Zusammenhalt ethnisch-sozialer Gemeinschaften an, die ihrerseits den wirtschaftlichen Zusammenschluss, den territorialen Zusammenhalt und die zentralisierte politische Form – den Nationalstaat – befördern und mit prägen. Die Bildung von ethnisch homo- oder heterogenen *Nationalstaaten* war folgerichtig Teil des Niedergangs feudaler und vorfeudaler Dynastien und Despotien, des weltweiten Siegeszugs des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft sowie der ihr adäquaten politischen Organisation. Die nationalen Bindungen wurden im Dienst von Handwerk, Manufaktur, Industrie, Handel und Verkehr wirksam; sie beeinflussen den Geltungsbereich der Geld-, Steuer- und Zollpolitik und gehen in das Hoheitsgebiet und das Machtpotential des Staates ein.

Der hoheitliche Rahmen der Nationalstaaten wurde auch zum entscheidenden Wirkungsfeld des Ringens um Demokratie und sozialen Fortschritt, also um Parteiwesen, Konstitution, Wahlen und Parlamentarismus, Menschen- und Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit. Das gilt auch für die Herausbildung und Entwicklung der Arbeiterbewegung. *Vereinte Nationen (UN)* wird selbstverständlich als Versammlung der *Staaten*welt und höchstens nachgeordnet als Indiz für jeweilige Nationalitäten und Ethnien verstanden.

Die Vordenker nationalistischer Anschauungen und Ziele sind an präzisen Differenzierungen kaum interessiert. Sie suggerieren im Gegenteil wesentliche, wenn nicht gar entscheidende und angeblich auch transzendental wirkende Zusammenhänge zwischen Geburt, Abstammung/Familie und Ethnos bis zu Volk und Staat, bis zur politischen Gemeinschaft, die sich schließlich gegen ethnisch und national unterschiedene Rivalen, Konkurrenten oder Feinde zu behaupten und durchzusetzen haben. Der antidemokratischen und imperialistischen Radikalisierung der Politik um und nach 1900 folgte in der im Deutschen Reich vorherrschenden politischen Ideologie die blutsmäßige, völkische, rassistische Durchdringung des Verständnisses von Nation, Staat und Staatsbürgerschaft mit ihren ausgrenzenden und schließlich massenmörderischen Wirkungen. Es gehört zu den irrationalen Abwegen des Nationalismus, dass Sinnstiftendes und damit Wertorientierungen für Gesellschaft, Politik und Kultur/Geistesleben in der Abstammung, im Ethnischen oder gar im Biologischen gesucht und behauptet werden.

8 Fr. J. Neumann: Volk und Nation. Eine Studie, Leipzig 1888.

In dem vom Staatssekretär im faschistischen Reichsinnenministerium, Dr. Wilhelm Stuckart, und seinem Mitarbeiter, Oberregierungsrat Dr. Hans Globke, verfassten Kommentar zu den Nürnberger Rasse-Gesetzen von 1935 und ihren Ausführungsverordnungen war zu lesen: „Sie beseitigen die bisher verwendeten verschiedenartigen Arier- bzw. Nichtarierbegriffe und unterscheiden künftig zwischen dem Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes, dem Juden und dem deutsch-jüdischen Mischling. Das Reichsbürgergesetz führt die politische Scheidung durch: nur wer deutschen oder artverwandten Blutes ist, kann grundsätzlich Reichsbürger sein. Nur er kann in Zukunft über Wohl und Wehe des deutschen Volkes mitbestimmen. Kein Jude kann daher Reichsbürger sein.“[9] Die mit rassistischer Willkür postulierte Unterscheidung des Bluts wurde zur politischen Grenze, später zu der des Lebensrechts. Mit der Ausgrenzung wurde für Millionen der Weg zur Vernichtung eröffnet – für den stets zuverlässigen Beamten Globke die Perspektive als CDU-Mitglied und Staatssekretär im Bundeskanzleramt unter Adenauer.

Nationalismus – Herausforderung für Frieden und Demokratie

Die exklusive Rolle des Nationalismus in der Massenbeeinflussung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ist nicht zu übersehen. Frühzeitig traten Äußerungen der bürgerlichen Zwiespältigkeit und klassenegoistischen Neigungen im Verhältnis zur Nation und im jeweiligen Patriotismus auf, die Kritiker auf den Plan riefen. 2008 werden es 250 Jahre, dass die erste Ausgabe der bis heute höchst anregenden Schrift des Arztes und politischen Schriftstellers Johann Georg Zimmermann erschien: „Vom Nationalstolz. Über die Herkunft der Vorurteile gegenüber anderen Menschen und anderen Völkern“. Einige Überschriften der dreizehn Kapitel lauten: Von dem Stolze, der sich bei einer Nation auf eingebildete Vorzüge bezieht; Von dem Stolze, der sich auf das eingebildete Altertum und den eingebildeten Adel einer Nation gründet; Von dem Stolze, der von der Unwissenheit der ausländischen Sachen herrührt; Von dem Stolze, der bei einer Nation durch ihre Regierungsform hervorgebracht wird.[10]

Liberale US-amerikanische Autoren wie Carlton I. Hayes, Hans Kohn, Karl W. Deutsch u. a. haben im vergangenen Jahrhundert wesentliche Beiträge zum Nationalismus vorgelegt. Heute geht es um die fernere und nähere Vergangenheit wie die Gegenwart; es betrifft nationale wie internationale Erfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit Militarismus, Kolonialismus, Hegemonismus und Imperialismus, aber auch in inneren Krisensituationen sowie bei der Defensive und Selbstbehauptung von nationalen oder ethnischen Gruppen. Wir sind mit dem Aufleben des Nationalismus in der vergrößerten Bundesrepublik seit 1990 konfrontiert. Wenige Monate nach dem Beitritt der DDR lautete angesichts des ersten Golfkrieges ein Grundsatzbeitrag in der *FAZ* vom 27. Februar 1991: „Was es heißt, ein Deutscher zu sein“, und darin wurde das Ende des „Faschismustabus“ verkündet. Die Deutschtümelei befand sich tatsächlich und folgerichtig seit eh und je auf Kriegsfuß mit dem Antifaschismus. Wolfgang Schäuble sah 1994 die Staatsräson der Bundesrepublik gegründet auf „die Idee der Nation, die den inneren Zusammenhang sichert, und die unauflösliche Westbindung“, die sich auf Europa und die atlantische Gemeinschaft beziehe.[11]

Der Bundesverband Deutscher Banken veranstaltete 2001 sein 9. Gesellschaftspolitisches Forum über „Die Zukunft der Nation: Wer sind wir Deutschen? Was müssen wir sein?“ Der Präsident des Verbandes, Frank Heintzeler, plädierte für mehr Nationalstolz und verkündete: „Die große Mehrheit der Deutschen befindet sich sozusagen auf dem Weg zur Normalität. Auch andere Ergebnisse unserer Umfrage weisen auf ein gewachsenes nationales Selbstbewusstsein der Deutschen hin.“[12] 2006 erschien ein Sammelband von Autoren der CDU/CSU und ihres Umfeldes, in dessen Beiträgen ein „deutscher Patriotismus“ wiederum als unverzichtbar beschworen wurde. „Die Rückkehr nach Berlin könnte die Heimkehr in die deutsche Geschichte bedeuten“, hoffte Arnulf Baring und plädierte für „öffentliche, positive Emotionen“ und seelische Kräfte, um die Frage zu beantworten: „Was hält

9 Zit. nach: Léon Poliakov/Josef Wulf: Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente (1956), Berlin 1975, S. 323.
10 Johann Georg Zimmermann: Vom Nationalstolz. Über die Herkunft der Vorurteile gegenüber anderen Menschen und anderen Völkern (nach der vierten Ausgabe von 1768), Zürich 1980.
11 Wolfgang Schäuble: Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994, S. 94.
12 Neuntes Gesellschaftspolitisches Forum der Banken (Schönhauser Gespräche), Berlin 2002, S. 6.

Deutschland in Zeiten der Not zusammen?“[13] Für die Konservativen bleibt die nationalistische Massenbeeinflussung unverzichtbar.

In der politischen Bildung werden Themen wie die Idee der Nation, Nationalstaat und nationale Identität, Staats- und Nationalbewusstsein und Nationalismus unablässig gepflegt. „Was ist des Deutschen Vaterland?“ fragte – wieder einmal – ein Journalist aus dem Hause Springer Anfang 2007. Er verband die Positionsgewinne des konservativen Geschichtsrevisionismus seit der „Geschichtswende von 1989/90“ mit den Anzeichen für „ein wiedererwachtes, geschichtlich fundiertes Nationalgefühl“. Die „verfassungspatriotischen Abwehrreaktionen gegen alles Nationale“ hätten nachgelassen. Der – alte und neue – Wesenskern eines machtpolitisch instrumentalisierbaren Nationalismus wird in den Worten sichtbar: „Vielfach ist die Beteiligung Deutschlands am Krieg gegen Serbien als innere Begründung der neuen, der ‚postrheinischen‘ Bundesrepublik beschrieben worden. Sie besiegelte tatsächlich einen radikalen politischen Paradigmenwechsel. Das deutsche Nachkriegstabu militärischer Intervention war gebrochen.“[14] Der Luftkrieg habe die deutsche Politik „auf den Boden der Geschichte“ zurückgeholt.

Vielfach wird behauptet, der Bundesrepublik sei jeglicher Nationalismus fremd. Zu diesem Zweck wird vergleichend auf die diskreditierten Erscheinungsformen des Alldeutschtums, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus verwiesen. Solche Kriterien sind allerdings selbst anachronistisch. Von Nationalismus ist zu sprechen, wenn ethnische, nationale oder nationalstaatliche Belange, Interessen oder Vorwände einen hohen oder gar vorrangigen Stellenwert in historischen, gesellschaftspolitischen und ideologischen Fragen erhalten. Erst recht wenn ihnen – latent oder manifest – eine entscheidende Sinngebung in politischen und geistigen Belangen zugestanden wird. Beispielsweise, um an die keineswegs abgeschlossenen Wehrmachtsdebatten zu erinnern, wenn man sich den unter Hitlers Oberbefehl mordend und zerstörend durch andere Länder ziehenden Wehrmachtssoldaten mehr verbunden fühlt als ihren unzähligen – nicht zuletzt zivilen – Opfern verschiedenster Nationalität. Oder wenn eine außen- und sicherheitspolitische Staatsräson der Teilhabe an völkerrechtswidrigen Drohungen, Interventionen und Besatzungsregimes Vorrang gegenüber friedenspolitischen, rechtsstaatlichen und humanistischen Maximen und Verpflichtungen erhält.

Modern ist dieser zeitgenössische Nationalismus zunächst durch die Fähigkeit, diskreditierenden Ballast aus der Vergangenheit abzuwerfen. Darüber hinaus durch das neuartig arrangierte Verhältnis zu europäischen und Globalisierungsprozessen, in die die nationalistische Komponente aufgenommen wird. Die andauernde Schlüsselrolle des Nationalismus im Kontext von Machtpolitik und Massenbeeinflussung ist ungeachtet supranationaler Phraseologien nicht zu unterschätzen. Die USA bieten auf Grund ihres Status als Supermacht die dreisteste und zugleich anschaulichste Spielart dieser Synthese – ihrer tatsächlichen Triebkräfte und Nutznießer, der Methoden und Ziele. Man muss keine Fahne schwenken, um Patriot zu sein, äußerte Norman Mailer im Kontext seiner scharfen Kritik an George W. Bush und seiner Politik seit September 2001. Es sei eine Tatsache, „dass der amerikanische Nationalstolz heute zu einem Großteil auf den drei Säulen Großkapital, Sport und Flagge ruht“. In den längst von Großkonzernen beherrschten USA gebe es eine tief reichende Identitätskrise und „zu viel Patriotismus“. In einem Land, das versagt, habe „der Patriotismus die Tendenz zum Faschismus“: „Wenn in einem Land die Werte verfallen, wird der Patriotismus zum Steigbügelhalter für den Totalitarismus. Das Land wird zur Religion.“ Amerika bedingungslos zu lieben bedeute, alle kritische Urteilsfähigkeit einzubüßen. „Demokratie bedarf aber genau dieser Fähigkeit.“[15]

Eine wesentliche Herausforderung der Analyse und Kritik besteht in der Frage, warum Nation und Nationalität für die Rechte aller entwickelten Länder, für die herrschenden Klassen überhaupt, einen solch hohen Rang besitzen und warum der Nationalismus immer wieder als unersetzlich angesehen sowie als exklusives Medium der Massenbeeinflussung instrumentalisiert wird. Einige Momente seien stichwortartig angegeben:

---

13 Arnulf Baring: Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! In: Matthias Rößler ((Hrsg.): Einigkeit und Recht und Freiheit. Deutscher Patriotismus in Europa, Freiburg-Basel-Wien 2006, S. 256 ff.

14 Eckhard Fuhr: Was ist des Deutschen Vaterland? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1-2/2007, 2. Januar 2007, S. 7. (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*)

15 Norman Mailer: Heiliger Krieg: Amerikas Kreuzzug, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 103.

- Nationalität und in bestimmten Maße auch Nation oder Vaterland sind oder erscheinen weitgehend als klassenindifferent; sie eignen sich in besonderem Maße dazu, die Gesellschaft als organische Einheit zu deuten sowie von den entscheidenden inneren sozialen und Interessengegensätzen, Machtfragen und Konfliktpotentialen abzulenken und in diesem Sinn die jeweilige innen- und außenpolitische Agenda zu manipulieren;
- die Komplexität, der Systemcharakter – d. h. die ganzheitliche Natur des Nationalen – begründen die integrierende Funktion und die potentielle Massenwirksamkeit, indem die ethnischen, kulturellen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten von großen Menschengruppen/Gesellschaften betont und alle Einzelpersonen und Teilgruppen vorrangig in diesen Eigenschaften und Zusammenhängen angesprochen werden; der anthropologische Ansatz kann völkisch, biologistisch und sozialdarwinistisch durchsetzt und radikalisiert werden – bis er in rassistische und faschistische Ideologien, Strategien und Herrschaftspraktiken einmündet;
- aus der Zugehörigkeit zu Gruppen, Stämmen, Völkerschaften und Nationalitäten sowie dem Bewusstsein ihrer Herkünfte, Traditionen und Erbschaften erwachsen personale, soziale und emotionale Bindungen, die in kritischen Situationen für erwünschte Verhaltensweisen und politische Ziele aktiviert werden können; die ethnischen und nationalen Beziehungen sind ihrer Natur nach konservativ und damit in der Regel systemstabilisierend; die in fernen Vergangenheiten wurzelnden sozialen und ethnischen Gemeinschaften eröffnen Spiel-Räume für Mythologien, Legenden, Leitbilder und – z. B. territoriale oder hegemoniale – Ansprüche;
- die nationalistische Mobilisierung korrespondiert mit Möglichkeiten der Konstruktion und Verbreitung von Feindbildern nach innen (vaterlandslos, undeutsch, un- oder antiamerikanisch u. ä.) sowie nach außen („eine Welt von Feinden", Bedrohungsszenarien, internationale Verschwörungstheorien, aggressive und hegemoniale Ziele);
- die Mobilisierungsfähigkeit und die Massenwirksamkeit des Nationalismus erwachsen aus der Summe und dem Zusammenwirken der verschiedenen genannten Momente – diese bilden gemeinsam die spezifische Qualität des Nationalismus für Identitätsbestimmungen, Disziplinierung, Selbstbehauptung und fortschritts- und friedensfeindlichen Aktivismus.

Marxistische Nationstheorie unabdingbar

Die kapitalismuskritische, marxistische Analyse und Charakteristik der ethnischen und nationalen Phänomene sowie darauf fußender Ideologien sind der Weg, um in den unumgänglichen Auseinandersetzungen die nationalistischen Mystifikationen zu zerpflücken, zu widerlegen und ihrer Einflussmöglichkeiten zu berauben. Das reiche Erbe der internationalen Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung, des Antimilitarismus und des Antifaschismus zu Nation und Patriotismus, gegen Nationalismus und Rassismus ist zu bewahren sowie im politischen wie geistig-kulturellem Raum immer neu zu erschließen. Ein glaubwürdiges demokratisches Verständnis geht davon aus, dass für die meisten Menschen ethnische Zusammenhänge wie Herkunft, Muttersprache, Lebensweise und Wertvorstellungen sowie engere zwischenmenschliche Verbindung und Kommunikation wesentliche und prägende Erfahrungen und Besitztümer sind. Das gilt wesensgleich und wechselwirkend für die Beziehungen zur *Heimat* als bleibendem Moment von Herkunft und sozialer wie kultureller Formung.

International anerkannte Denker wie Eric Hobsbawm haben sich längst für diesen Weg entschieden. In Hobsbawms Werk über das vergangene Jahrhundert findet sich auch die Analyse und Kritik des Nationalismus. Bei seiner Charakteristik der europäischen Rechten der Zwischenkriegszeit bemerkte er, dass alle das Militär, die Polizei und weitere Männerbünde favorisierten, weil diese „in der Lage waren, physische Gewalt zu exerzieren": „Und alle tendierten zum Nationalismus; einerseits, weil sie Ressentiments gegen fremde Staaten, verlorene Kriege oder unfähige Imperien hatten, andererseits, weil das Schwenken von Nationalfahnen ein Weg zu Legitimität und Popularität war."[16]

Hobsbawm hatte zuvor selbst spezielle Studien zu Nation und Nationalismus vorgelegt. 1977 sprach er von „der Einsicht, dass die Klasse in den meisten Fällen effektiv innerhalb der Grenzen einer be-

16 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Darmstadt o. J., S. 148.

stimmten Gemeinschaft, eines bestimmten Territoriums, einer bestimmten Kultur, einer rassischen oder sprachlichen Gruppe oder eines Staats existiert, das heißt innerhalb der Grenzen einer potentiellen oder bestehenden ‚Nation' – dazu haben sich viele Marxisten, wenn auch zögernd, durchgerungen."[17] Die Marxisten würden sich der Nationalität und des Nationalismus weiter bewusst bleiben – bis zum Eintreten für die volle Entwicklung jeder Nation und für ihr Recht auf Selbstbestimmung: „Sie werden weiterhin in den meisten Fällen ihrer eigenen Nation zutiefst verbunden sein und für sie eintreten; ihr Einsatz in der europäischen Widerstandsbewegung gegen Hitler spricht für sich selbst." Ihr „Nicht-Nationalismus" lasse sie zugleich Feinde des Großmachtchauvinismus und des Kleinstaatchauvinismus bleiben.[18]

In den achtziger Jahren hatte der britische Historiker Nation und Nationalismus eine größere Studie gewidmet. Darin wurden *Nation, Nationalität, Volk* und *Staat* im geschichtlichen und regionalen Wandel erörtert. Er ging der Geschichte der Begriffe und ihrem Bedeutungswandel nach und betrachtete sie im Kontext liberaler, konservativer und sozialistischer Denker, Bewegungen und Ideologien. Der Vergleich von Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts, ihrer Vorläufer wie ihrer seitherigen Entwicklung durchzieht Hobsbawms Erörterungen, darunter am Beispiel der Iren, Polen, Litauer, Tschechen, Italiener und Deutschen.

Die geschichtlichen, nicht zuletzt sozioökonomischen Prozesse zeitigten widerspruchsvolle Synthesen von Nationalstaat und Nationalitäten. Letztere seien im liberalen Nationsverständnis nicht die ausschlaggebenden Kriterien; es „wurde nie bestritten, dass in den ältesten und anerkanntesten Nationalstaaten wie etwa England, Frankreich und Spanien Menschen der unterschiedlichsten Nationalität, Sprache oder ethnischen Herkunft zusammenlebten." Die nationale Heterogenität der Nationalstaaten, fuhr Hobsbawm fort, wurde bereitwillig hingenommen, da „es viele Regionen in Europa und einem Großteil der übrigen Welt gab, wo ganz offensichtlich auf demselben Territorium ein solches Nationalitätengemisch existierte, dass eine räumliche Entmischung völlig unrealistisch erschien."[19] Im ausgehenden 20. Jahrhundert habe der Nationalismus vor allem negative und separatistische Tendenzen – er sei selbstzerstörerisch in einer Welt von fast 200 Staaten, von denen nur in einer sehr kleinen Anzahl die Gesamtheit der Staatsbürger „einer einzelnen ethnischen oder Sprachgruppe" angehört.

Globale und regionale krisenhafte Prozesse, die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wachsende politische Spannungen und Militarisierung, Abbau sozialer Rechte und extrem zunehmende soziale Ungleichheit, Ausbau der Sicherheitsapparate und -mechanismen sowie Aushöhlung und Beschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten wirken heute und morgen als fördernde Bedingungen für nationalistische Ideologien. Diese sind stets auch Nährboden für Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, für autoritäre Politikkonzepte und Gewaltbereitschaft. Liberalität, Pazifismus und Antifaschismus werden herabgesetzt oder offen denunziert und diskriminiert.

Gleichzeitig erleben wir, dass unter solchen Voraussetzungen unter großen Menschengruppen häufig ethnische sowie überkommene kulturelle und religiöse Bindungen als Angst- und Abwehrreaktionen zunehmen. Es ist der Rückgriff auf elementarste Formen des Zusammenschlusses und der Selbstbehauptung. Sie erhöhen die Anfälligkeit für Ideologien und Manipulationen, die an solchen Wertorientierungen und Optionen anknüpfen und sie für antidemokratische und friedensbedrohende Zwecke und Ziele mobilisieren und ausnutzen. Überzeugenden Positionen der Linken zu diesen komplexen und widersprüchlichen Prozessen und Problemen kommt unter diesen Voraussetzungen in der Welt von heute und morgen eine wesentliche theoretische und größte politische Bedeutung zu.

Marxistische Blätter 1_2008 (Januar), S. 28-36.

---

17 Tom Nairn/Eric Hobsbawm/Régis Debray/Michael Löwy: Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte, Rotbuch Verlag, Berlin 1978, S. 59.

18 Ebenda, S. 75.

19 Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M. – New York, 2. Aufl., 1992, S. 46.

Legal in den Verbrecherstaat?

Zum Anteil aller bürgerlichen Parteien an der Zerstörung der Weimarer Republik und der Errichtung der nazistischen Diktatur 1932/33

„Den Deutschen, denen die Freiheit geschenkt wurde, wurde keine Diktatur aufgezwungen, aber unter dem Namen der Freiheit die Herrschaft politisch diskreditierter Parteiorganisationen und ihrer alten Parlamentarier. Die durch das Schicksal kompromittierten Politiker der Weimarer Zeit konnten nun wieder mit dem geistig heute so arm gewordenen Parteiwesen das politische Treiben fortsetzen, wohlbehütet durch die Amerikaner, solange es die Weltsituation gestattet."
Karl Jaspers, 1960

Der 75. Jahrestag der Bildung der Hitler-Regierung am 30. Januar 1933 erinnert an den Auftakt zur Errichtung der NS-Diktatur, die in den folgenden Wochen und Monaten mittels Terror, Haßpropaganda, Verfolgung und Unterdrückung die Weimarer Republik vernichtete und in der Mitte Europas einen „Verbrecherstaat" (Karl Jaspers) errichtete. Es ist symptomatisch für Grundtendenzen der Geschichtspolitik und Geschichtsideologie in diesem Land, daß am 30. Januar 2008 weder die weithin tonangebende Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) noch das öffentlich-rechtliche Fernsehen – von den privaten Kanälen ganz abgesehen – diesem Anlaß je auch nur einen einzigen Beitrag widmeten.

Hauptsächliche Schritte, das terroristische Regime zu installieren, waren:

- Auflösung des Reichstags am 1. Februar und Neuwahl am 5. März
- Geheime Rede Hitlers am 3. Februar vor den Befehlshabern der Reichswehr
- Verordnung des Reichspräsidenten „Zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4. Februar mit Sonderrechten für Eingriffe in die Presse- und Versammlungsfreiheit sowie für die Verfolgung politischer Gegner; Verbote kommunistischer, sozialdemokratischer und weiterer Zeitungen
- Zusicherung von Straffreiheit für Waffengebrauch gegen „Staatsfeinde" durch den preußischen Innenminister Hermann Göring am 17. Februar („Schießerlaß")
- Treffen Hitlers und Görings mit etwa 20-25 Industriellen am 20. Februar in den Räumen des Reichstagspräsidenten; darunter Robert Bosch und Georg von Schnitzler (IG Farben), Alfried Krupp von Bohlen und Halbach (Vorsitz im Reichsverband der deutschen Industrie), Hjalmar Schacht (Bankwesen), Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke). Der Kreis beschließt eine sofortige Spende für Wahlkampf von Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterpartei (NSDAP) und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP), auch die industrienahe Deutsche Volkspartei (DVP) wurde bedacht
- Aufstellung einer Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm von etwa 50.000 Mann am 22. Februar in Preußen sowie später in den anderen Ländern
- Reichstagsbrand am 27. Februar und Verordnung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg „Zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar, mit der Grundrechte außer Kraft gesetzt werden; die „Schutzhaft" wird unverzüglich zur Verfolgung und Inhaftierung von Kommunisten sowie bald von Sozialdemokraten, Mitgliedern des Reichsbanner und weiteren Nazigegnern angewandt
- Reichstagswahl am 5. März und Annullierung der 81 Mandate der KPD am 9. März; die NSDAP kommt auf diesem Weg zur Mehrheit im Parlament;
- Errichtung von Konzentrationslagern ab 8. März
- „Tag von Potsdam" am 21. März: Konstituierung des neuen Reichstags in der Garnisonskirche Potsdam mit Hindenburg und Hitler
- Debatte und Annahme im Reichstag: „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (Ermächtigungsgesetz)
- Reichsweiter Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April
- „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April, das alle politisch mißliebigen Bürger sowie mit dem „Arierparagraph" sämtliche Juden vom Beamtentum ausschließt
- Errichtung des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapo) am 26. April in Berlin

- Nazistische Inbesitznahme des 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ (Feiertag)
- Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai; Zwangseingliederung der Mitglieder in die am 10. Mai gegründete Deutsche Arbeitsfront“ (DAF)
- Bücherverbrennung am 10. Mai in Berlin u. a. Universitätsstädten
- Einführung der bis 1945 praktizierten „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ am 1. Juni
- Verbot der SPD am 22. Juni und Selbstauflösung aller bürgerlichen Parteien – außer NSDAP – bis Juli; Gesetz gegen die Neugründung von Parteien vom 14. Juli

Antidemokratische und nationalistische Vorgeschichte

Wie wurde der – zwar zeitweilige, aber äußerst opferreiche – Erfolg der Barbarei in Deutschland möglich? Wie kann an NS-Gedenkorten und Mahnmalen, in Museen sowie überhaupt in der historisch-politischen Bildung nachwachsenden Generationen dafür ein Begreifen vermittelt werden? Darauf ist keine einfache Antwort möglich. Zugleich ist Behauptungen vom vermeintlich Unerklärlichen entgegenzutreten. Eine letzte Antwort, eine alles erklärende Formel, stehe bis heute aus, so ist in der diesem Anlaß gewidmeten Titelgeschichte des SPIEGEL (3/2008) wiederum zu lesen; es bleibe – dies unter Berufung auf einen britischen Autor – „etwas Unbegreifliches“. Tatsächlich erscheint ein Verstehen nur mit dem Blick auf eine lange Vorgeschichte möglich und begründbar zu sein.

Einige historisch-politische Voraussetzungen und Faktoren seien hier skizziert:

⇒ Das Scheitern der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 hatte langfristig einen Prozeß des Niedergangs des Liberalismus eingeleitet, zunächst in den deutschen Einzelstaaten und fortgesetzt im Deutschen Reich bis in die Weimarer Republik. Das deutsche Bürgertum nahm gleichzeitig mit seinem wachsenden gesellschaftlichen Einfluß, mit der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Entfaltung und angesichts der aufkommenden Arbeiterbewegung ausgeprägt autoritäre, nationalistische und antisozialistische Züge an.

⇒ Die Umstände der Gründung und der Charakter des Deutschen Reiches von 1871 setzten diese antiliberalen und antisozialistischen Züge fort und verhärteten sie. Mit dem Eintritt in die weltweite Expansions- und Kolonialpolitik sowie dem verschärften internationalen Rüstungswettlauf – Flottenrüstung! – nahmen militaristische, imperiale und rassistische – insbesondere auch antisemitische – Orientierungen in Politik und Ideologie zu. Das Bildungsbürgertum – voran die Professoren – schwenkte mehrheitlich auf die konservativ-nationalistischen und imperialistischen Leitbilder und Ziele ein.

⇒ Deutschland im Ersten Weltkrieg, dem „Urverbrechen“ des 20. Jahrhunderts: Der militaristische und chauvinistische Taumel erfaßte über die bürgerlich-junkerlichen und kleinbürgerlichen Mehrheiten hinaus zunächst auch einen beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der SPD. Die faktische Militärdiktatur stärkte alle antidemokratischen und fortschrittsfeindlichen Kräfte und Ressentiments – sie unterdrückte die pazifistischen und demokratischen Bestrebungen. Die politisch-ideologische Nichtbewältigung der militärischen Niederlage (Dolchstoßlegende!) und des revolutionären Sturzes der Monarchien und Aristokratien sowie die anschließende Gegnerschaft zum Versailler Diktat der Siegermächte und zur Republik mündeten ab 1919/20 in eine Rechtsradikalisierung der vorherrschenden konservativ-nationalistischen Strömung – Konservative Revolution – und in den aufkommende Nationalsozialismus.

⇒ Die im Verlauf des Ersten Weltkriegs eingetretene Spaltung der Arbeiterbewegung dauerte über die gesamte Zeit des Bestehens der Weimarer Republik an. Die Führungen der beiden Hauptakteure – SPD und KPD – hatten daran einen erheblichen, obgleich im einzelnen unterschiedlichen, Anteil. Im großen und heterogenen, sich mehrheitlich stetig nach rechts bewegenden bürgerlichen politischen und geistig-kulturellen Lager wurde die Ächtung und Ausgrenzung liberaler und pazifistischer Ideen und Bewegungen fortgesetzt und verschärft.

⇒ Schließlich treffen diese Voraussetzungen und Momente ab 1929 mit Ausbruch und Verlauf der Weltwirtschaftskrise zusammen: nach jahrelanger Rechtsverschiebung des politischen Systems und Anfeindung der Republik von verschiedenen Seiten trifft der faschistische Generalangriff auf

praktisch ausnahmslos desorientierte und anbiederungswillige, meist durch erhebliche Wählerverluste geschwächte, bürgerliche Parteien. Er findet angesichts der politischen Labilität und des rasch wachsenden Masseneinflusses der Nazipartei wachsenden Rückhalt bei wirtschaftlich Mächtigen. Zugleich dauert insgesamt die Lähmung der Widerstandskraft der in sich zerstrittenen sozialistisch-kommunistischen, antifaschistischen und linksliberal-pazifistischen Richtungen und Organisationen bis zur völligen Niederlage und Zerschlagung der Demokratie an.

Die DNVP unter ihrem nationalkonservativen Vorsitzenden, dem Presse-, Verlags- und Filmmonopolisten Alfred Hugenberg, und der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten hatten bereits am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg den berüchtigten gemeinsamen Aufmarsch mit der Nazipartei und SA veranstaltet, der als „Harzburger Front“ in die Geschichte einging. Dem Menetekel wohnten als Sympathisanten auch H. Schacht, Reichsbankpräsident von 1923-1930 und wiederum ab März 1933, sowie weitere Vertreter von Großkapital, Junkertum und Aristokratie bei. Die Koalition fand sich im Hitlerkabinett vom 30. Januar 1933 wieder, das mehrheitlich konservative – nicht der NSDAP und teils der DNVP angehörende – Minister umfaßte, darunter der Reichswehrgeneral Werner von Blomberg, Hugenberg, von Papen und der Stahlhelm-Führer Franz Seldte.

Seit Beginn der zwanziger Jahre waren auch die anderen bürgerlichen Parteien – meist von steten, teils drastischen Wählerverlusten begleitet – nach rechts gedriftet. Die 1919 mit 75 Abgeordneten in der Nationalversammlung erfolgreich gestartete und bereits 1920 um weit über die Hälfte der Stimmen abgestürzte Deutsche Demokratische Partei (DDP) beanspruchte, die letzte größere Bastion des Liberalismus zu sein. Sie stützte schließlich die Präsidialregierungen und förderte damit den Abbau der parlamentarischen Demokratie. 1930 verband sie sich unter dem Namen „Deutsche Staatspartei“ mit der Volksnationalen Reichsvereinigung (VR), die vom militaristischen und antisemitischen Jungdeutschen Orden (Jungdo) getragen wurde. Sie saß Ende 1932 noch mit zwei Vertretern (1% der Stimmen) im Reichstag. Die Koalitionsparteien der Weimarer Republik wählten 1925 und 1932 mehrheitlich den stockkonservativen Paul von Hindenburg, kaiserlicher Generalfeldmarschall im Ersten Weltkrieg, zum Reichspräsidenten.

SPD und KPD gegen Ausschaltung des Parlaments

Die Reichstagsfraktionen aller bürgerlichen Parteien wählten bei der Konstituierung der beiden letzten Reichstage der Weimarer Republik am 30. August und – wegen personeller Querelen innerhalb der äußersten Rechten mit Ausnahme der DNVP – am 6. Dezember 1932 gemeinsam mit der NSDAP Göring zum Präsidenten des Reichstages. Für diese Schlüsselposition zögerten die Naziparlamentarier ihrerseits nicht, den Vizepräsidenten von Zentrum, DNVP und BVP ihre Stimmen zu geben. Als Wilhelm Frick (NSDAP) am 6. Dezember den Zentrumsabgeordneten Thomas Esser als Vizepräsidenten vorschlug, schloß sich auch die SPD an und Paul Löbe (SPD) sagte: „Wir finden diesen Vorschlag so ausgezeichnet, daß wir uns ihm anschließen. (Heiterkeit. – Zuruf von den Kommunisten: Volksgemeinschaft!)“ Löbe – Reichstagspräsident der Jahre 1920–1932 – wurde noch einmal Vizepräsident. Die Fraktionen von SPD und KPD stimmten im August wie im Dezember je für ihre Präsidentschaftskandidaten – Löbe und Ernst Torgler.

Nach seiner ersten Wahl erklärte Göring: „Ich stelle vor dem ganzen deutschen Volke ausdrücklich fest, daß die heutige Sitzung sowie vor allem die Wahl des Präsidiums eindeutig erwiesen haben, daß der neue Reichstag über eine große, arbeitsfähige Mehrheit verfügt und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstands gegeben ist. (Lebhafter Beifall rechts)“ Das war eine bewußte, jedoch propagandistisch wirksame Lüge. Bereits nach einer zweiten Sitzung am 12. September wurde auch dieser Reichstag aufgelöst. Der VII. und letzte Reichstag brachte es auf insgesamt drei Sitzungen. Am 9. Dezember 1932 wandten sich SPD und KPD gegen die unbestimmte Vertagung des Parlaments. Die bürgerliche Mehrheit lehnte die Festsetzung des nächsten Termins ab und ermächtigte das Präsidium, den Reichstag in Abstimmung mit dem Ältestenrat einzuberufen.

Dieser Reichstag hat den Reichskanzler Kurt von Schleicher nie zu Gesicht bekommen. Die weiteren Entscheidungen von verhängnisvoller Tragweite wurden ohne die Volksvertretung getroffen. Reichstagspräsident Göring versicherte Hindenburg in einer Botschaft vom 18. Januar, daß die NSDAP den

Reichspräsidenten und die Verfassung respektieren werde. Nachdem der Ältestenrat am 21. Januar 1933 auf Antrag der NSDAP die erneute Vertagung beschlossen hatte, erfolgte als weitere Farce am 27. Januar die Einberufung für den 31. Januar – nachdem die Kungeleien hinter den Kulissen im wesentlichen abgeschlossen waren. Der Ernennung Hitlers am 30. Januar folgte am 1. Februar die Verordnung des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen am 5. März 1933. Nur die Fraktionen von SPD und KPD hatten mit – nahezu wortgleichen – Anträgen vom 30. Januar gefordert, der Reichstag möge beschließen, der Reichsregierung Hitler das Vertrauen zu entziehen. Im „Kalenderblatt extra" von Figaro, dem Kulturkanal des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR), wurde am 29. Januar 2008, dem vorherrschenden totalitaristischen Credo folgend, aber fern der geschichtlichen Tatsachen und Verläufe, behauptet, daß NSDAP und KPD den Reichstag lahmgelegt hätten.

Zutreffend hatte Clara Zetkin in ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin am 30. August 1932 die „Ohnmacht des Reichstags und die Allmacht des Präsidialkabinetts" als „Ausdruck des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus" bezeichnet. Die Regierung stütze sich „auf die Reichswehr und alle anderen Machtmittel des bürgerlichen Staates, auf den Terror der Faschisten, die Feigheit des bürgerlichen Liberalismus und die Passivität großer Teile der Werktätigen." Die weitere Entwicklung bestätigte diese Diagnose in zuvor unvorstellbarer Weise. Wenn in der historisch-politischen Literatur – tendenziell der nazistischen Darstellung folgend – sowie in der Publizistik die Vorgänge von Ende 1932/Anfang 1933 als ‚legaler' oder gar ‚demokratischer' Weg zur faschistischen Machtergreifung bezeichnet werden, so läßt das auf ein eigentümliches und zumindest außerordentlich reduziertes Demokratieverständnis schließen. Die dem WAZ-Konzern zugehörende Thüringische Landeszeitung (TLZ) schrieb beispielsweise am 30. Januar 2008, daß Hitler gewählt worden sei und es einen „zunächst legitimen Machtwechsel" gegeben hätte.

Akteure und Schritte auf dem Weg zum Hitlerkabinett

Ab Sommer 1932 hatten sich auch die Führungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (BVP) für die Einbeziehung der NSDAP in die preußische und die Reichsregierung ausgesprochen und bekundeten ihre Bereitschaft, an solchen Koalitionen mit Hitler teilzunehmen. Im Bericht zur Woche vom 8.-14. August 1932 schrieb Emil Fuchs in der Zeitschrift „Der religiöse Sozialist": „An der Stellung des Zentrums hat sich nichts geändert; es verlangt im Reich wie in Preußen eine sichtbare Einbeziehung der Nazis in die Verantwortung. Es scheint sogar bereit, Hitler als Reichskanzler zu tolerieren." Für die Woche vom 13.-20. November registrierte Fuchs: „Hindenburg verhandelt mit den Parteien wegen einer neuen Regierung. Er hat geladen in folgender Reihenfolge: Hugenberg – Prälat Kaas – Dingeldey – Hitler – Staatsrat Schäffer von der Bayerischen Volkspartei. – Sozialdemokraten und Kommunisten werden nicht befragt."

Die von Fuchs kritisch beobachteten und kommentierten Positionen nahmen auch Konrad Adenauer (Zentrum), Kölner Oberbürgermeister und Präsident des Preußischen Staatsrats, und der letzte Vorsitzende der BVP, Fritz Schäffer, ein. Letzterer findet sich in der Bundesregierung unter Kanzler Adenauer ab September 1949 als Vertreter der umbenannten BVP – der CSU – für etliche Jahre als Bundesfinanzminister wieder. Er hatte noch kurz vor dem 30. Januar 1933 und der Zentrumsvorsitzende Ludwig Kaas unmittelbar danach darum gebuhlt, als Koalitionspartner in eine Regierung mit Hitler zu kommen. Übrigens: Bundesinnenminister wird ab Oktober 1950 – nach dem Ausscheiden von Gustav Heinemann – Robert Lehr, der zunächst dem Alldeutschen Verband und ab 1929 der DNVP – dem Koalitionspartner der Nazipartei – angehörte und am 26. Januar 1932 als Oberbürgermeister Düsseldorfs (seit 1924) Hitler im Industrieclub begrüßt hatte. Aus der DNVP kam auch Ernst Bach, Bundesschatzmeister der CDU 1950 bis 1960, Oberbürgermeister in Siegen 1948–1956 sowie MdL in NRW 1958–1965.

In der Wahl am 6. November 1932 hatte die KPD gegenüber der vorangegangenen vom 31. Juli 1932 rund 700.000 Stimmen dazu gewonnen und war mit 100 Abgeordneten ins Parlament eingezogen. Die SPD hatte in dieser Größenordnung Wähler verloren und behauptete sich mit 121 (vorher 133) Mandaten. Spektakulär waren die Verluste der Nazipartei, die in diesem kurzen Zeitraum über zwei

Millionen Stimmen einbüßte und statt mit vorher 230 mit 196 Abgeordneten antrat. Diese Konstellation wurde Ausgangspunkt und offensichtlich auch Anlaß für Repräsentanten von Konzernen, Banken und Junkertum, am 19. November 1932 eine Eingabe an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zu richten. Darin erklärten sie – „durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland“ – eine vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängige Regierung für notwendig und forderten, dem „Führer der größten nationalen Gruppe“ die Leitung eines Präsidialkabinetts zu übertragen.

Auf Initiative des vorletzten Reichskanzlers Franz von Papen kam es am 4. Januar 1933 im Hause des Bankiers Kurt Freiherr von Schröder – Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) und Mitunterzeichner der eben erwähnten Eingabe – in Köln zum entscheidenden Treffen von Papens mit den Naziführern Hitler, Rudolf Heß und Heinrich Himmler. Zwei Tage später war im Organ der Sozialdemokratischen Partei für Thüringen, Das Volk, über die Intrigen gegen den noch amtierenden Kanzler Schleicher und das in vollem Gange befindliche „Kulissen- und Intrigantenspiel“ zu lesen, daß sich die Schwerindustrie mit Papen verbünde, um Schleicher zu Fall zu bringen. Gastgeber von Schröder wurde als „Exponent der Kölner Hochfinanz“ mit Posten in Konzernen wie Flick, Thyssen und Stahlverein sowie in Versicherungen vorgestellt. Er habe „eine starke Stellung in der rheinisch-westfälischen Industrie“ sowie Beziehungen zu Schacht, Adenauer, Paul Silverberg (Braunkohle), Robert Ley (NSDAP) und Heinrich von Gleichen (Herrengesellschaften in Rheinland und Westfalen): „Kurt von Schröder ist also der Typ jener Wirtschafts- und Finanzleute, die im Verborgenen blühen, aber sehr weitreichenden Einfluß besitzen.“

Ab 1933 wurde von Schröder Mitglied der NSDAP und der SS, Leiter der Fachgruppe Privatbanken in der Reichsgruppe Banken, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht und Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Mitglied des Freundeskreises Reichsführer SS der deutschen Wirtschaft; deren Spenden für die SS gingen auf einem Konto seiner Bank ein. Ab 1942 Präsident der Gauwirtschaftskammer Köln/Aachen. Zeuge im Nürnberger IG-Farben-Prozeß 1947 und – wie für zahlreiche Haupttäter – schließlich glimpfliche Behandlung im Entnazifizierungsverfahren. Offenbar gehörte von Schröder zu den ‚Typen‘ und Milieus, die der (westdeutsche) SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher im Blick hatte, als er 1945/46 davon sprach, daß der Faschismus nur als eine Funktion des Hochkapitalismus in seine Machtstellung und Rolle kommen konnte.

Nicht nur die junkerlichen Nachfahren des feudalen Großgrundbesitzes, sondern die Mehrheit der aristokratischen Schichten und Gruppen, nachhaltig erschüttert und desorientiert von Kriegsniederlage, Revolution und Republik sowie dem Verlust einiger Besitztümer und Privilegien, wandte sich sympathisierend und unterstützend der Nazibewegung zu. Wilhelm II. führte im niederländischen Exil diese schillernde Schar an, indem er Hoffnungen in den Faschismus und dessen Beihilfe zur Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie setzte. Sohn August Wilhelm, Prinz von Preußen, trat nach der Zugehörigkeit zum Stahlhelm (ab 1927) bereits 1930 der NSDAP und 1931 der SA bei und wurde zum willfährigen Gehilfen Hitlers und Görings. Er brachte es bis zum MdR, preußischen Staatsrat und SA-Obergruppenführer sowie schließlich – im Mai 1945 – zu einem Platz im alliierten Internierungslager.

Begnügen wir uns dazu mit einem aufschlußreichen und denkwürdigen Urteil Konrad Adenauers. Nachdem er sich in einer Rede im Spätsommer 1946 kritisch zur Rolle Franz von Papens geäußert hatte, wurde er dafür von Pia Gräfin Fürstenberg-Herdringen angegriffen. In einem Brief an sie vom 9. Oktober 1946 bekräftigte er seine kritische Einschätzung Papens und fügte hinzu: „Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, wie tief empört ich – der ich den Wert der Tradition kenne und schätze – über die Haltung des größten Teiles Ihrer Standesgenossen während der nationalsozialistischen Zeit bin; sie sind unter Verleugnung ihrer Tradition aus einer völlig unbegründeten Abneigung gegen eine wirkliche Demokratie einem verbrecherischen Abenteurer hinterhergelaufen und haben dadurch vor Gott eine schwere Schuld auf sich geladen.“

Frühe Verfolgung der Parlamentarier

In seiner umfassenden Dokumentation der Verfolgung der Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik schrieb Martin Schumacher: „Mit der Legalisierung des politischen Terrors wurden Polizeiapparat und Justiz auf ein Ziel fixiert: Ausschaltung und Unterdrückung jeder Opposition. Kommunisten vor allem, Sozialdemokraten, exponierte Angehörige des Zentrums, der BVP und der Deutschen Staatspartei, vereinzelt selbst Mitglieder der DNVP waren vom ersten Tag nach der ‚Machtübernahme' persönlich gefährdet, aber nicht allein aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Reichstag oder in einem Landtag. Minister, Parteiführer und Funktionäre wurden als Nutznießer des Weimarer Systems gebrandmarkt und verfolgt, ‚unter völliger Teilnahmslosigkeit der großen Masse' (W. Hoegner)." Nach dem Reichstagsbrand seien die bisherigen Parlamentarier bzw. Wahlbewerber der KPD steckbrieflich als Mitglieder des Zentralkomitees oder anderer Parteileitungen gesucht und inhaftiert worden. Göring veranlaßte bereits am 30. Januar, die Adressen möglicher Regimegegner festzustellen. Ein Geheimerlaß vom 22. Februar legte den Kreis der für eine Verhaftung vorgesehenen Kommunisten fest.

Die Immunität der Parlamentarier, so ist bei Schumacher weiter zu lesen, ist „schon vor dem ‚Ende der Parteien' – nach der Auflösung des Reichstags am 1. Februar und vor Zusammentritt des neugewählten Reichstags am 21. März 1933 – kein Schutzinstrument für den einzelnen Abgeordneten mehr" gewesen. Unmittelbar nach dem 5. März habe das preußische Innenministerium nachgeordnete Behörden aufgefordert, „sämtliche neugewählten kommunistischen Reichstagsabgeordneten zu verhaften". Ein sozialdemokratischer Antrag vom 21. März auf sofortige Haftentlassung von inhaftierten Abgeordneten der eigenen Fraktion habe am 23. März im Reichstag keine Mehrheit gefunden.

Die bürgerlichen Parteien stimmten am 23. März 1933 ausnahmslos sowie teilweise mit nationalistischen Bekenntnissen und Anbiederungen an die „nationale Revolution" dem Ermächtigungsgesetz zu. Sie vollendeten damit ihre Beihilfe zur Zerstörung der parlamentarischen Demokratie und der Grundlagen von Rechtsstaatlichkeit. Die verhängnisvolle Fehlentscheidung besiegelte zugleich die eigene Entmachtung, die wenige Monate später in ihre Selbstauflösungen mündete. Die durch Verfolgung und Emigration bereits dezimierte SPD-Fraktion lehnte das Gesetz geschlossen ab. Die Tatsache, daß die am 5. März gewählten 81 kommunistischen Abgeordneten durch Repressionen, Flucht und Annullierung der Mandate von der schwerwiegenden Entscheidung am 23. März ausgeschlossen waren, wird bezeichnenderweise in wissenschaftlichen wie publizistischen Beiträgen bis heute vielfach unterschlagen. Die in der Bundesrepublik intensiv fortlebende antikommunistische Tradition erneuert damit die Ausgrenzung von 1933. Die kommunistischen Abgeordneten verloren am 31. März jeden Schutz durch Immunität. 73 der 120 Abgeordneten der SPD nahmen am 10. Juni an der letzten Sitzung der Reichstagsfraktion teil. Das Protokoll vermerkte vierzehn Parlamentarier, die sich zu diesem Zeitpunkt in Schutzhaft bzw. KZ befanden.

Mit der Konstituierung der Landtage ab 1946 und der Bundesrepublik 1949 äußerte sich der restaurative Charakter auch darin, daß Ja-Sager vom 23. März 1933 rasch wieder in Führungspositionen von CDU, CSU und FDP gelangen konnten, angeführt von Theodor Heuss (FDP), Bundespräsident von 1949 bis 1959. Ministerpräsidenten sowie Minister und Abgeordnete auf Bundes- und Landesebene aus diesem Kreis wurden u. a. Paul Bausch, Paul Gibbert, Jakob Kaiser, Heinrich Krone, Ernst Lemmer, Wilhelm Simpfendörfer und Helene Weber (CDU); Michael Horlacher und Hugo Karpf (CSU) sowie Reinhold Maier (FDP).

Eine Reihe Abgeordneter der bürgerlichen Parteien erhielten nach deren Ende (bis Anfang Juli) und bis zur Auflösung des im März gewählten Reichstags am 14. Oktober 1933 den Status von Hospitanten, Gästen oder Mitgliedern der Fraktion der NSDAP. Reichsinnenminister Wilhelm Frick empfing am 19. Oktober 1933 ehemals führende Vertreter von DNVP, Zentrum und BVP. Aus diesem Parteienspektrum kamen zweiundzwanzig Gäste, die dem zwischen November 1933 und April 1945 bestehenden NSDAP-Reichstag angehörten. Dazu gehörten rechtskonservative Politiker, Industrielle, Bankiers und Gutsbesitzer wie H. Claß, O. Farny, E. Forschbach, A. Hugenberg, F. von Papen, E. Graf von Quadt zu Wykradt und Isny, K. F. Freiherr von Schorlemer, K. F. Freiherr von Stauffenberg,

E. G. Stauß und A. Vögler. Selbst aus diesem Kreis waren einige in den folgenden Jahren Repressalien ausgesetzt. In meiner kürzlich erschienenen Darstellung „Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel“, Köln 2007 ist der Fall des Gutsbesitzers und Offiziers Oskar Farny exemplarisch vorgestellt, dessen politischer Weg als MdL und MdR vom Zentrum über die NSDAP im Reichstag (1933–1945) und als Offizier im Krieg nach 1945 zur CDU, in den Bundestag und zum schließlich hochgeehrten baden-württembergischen Landesminister führte.

Für die zuletzt genannte Gruppe und überhaupt für die ab Sommer 1933 entmachteten und gedemütigten konservativen Steigbügelhalter Hitlers erfüllte sich die gespenstische Szenerie und von Karl Marx 1852 prophezeite Apokalypse volksfeindlicher Herrschaftscliquen: „Jede Forderung der einfachsten bürgerlichen Finanzreform, des ordinärsten Liberalismus, des formalsten Republikanertums, der plattesten Demokratie, wird gleichzeitig als ‚Attentat auf die Gesellschaft‘ bestraft und als ‚Sozialismus‘ gebrandmarkt. Und schließlich werden die Hohenpriester der ‚Religion und Ordnung‘ selbst mit Fußtritten von ihren Pythiastühlen verjagt, bei Nacht und Nebel aus ihren Betten geholt, in Zellenwagen gesteckt, in Kerker geworfen oder ins Exil geschickt, ihr Tempel wird der Erde gleichgemacht, ihr Mund wird versiegelt, ihre Federn zerbrochen, ihr Gesetz zerrissen, im Namen der Religion, des Eigentums, der Familie, der Ordnung. Ordnungsfanatische Bourgeois auf ihren Balkonen werden von besoffenen Soldatenhaufen zusammengeschossen, ihr Familienheiligtum wird entweiht, ihre Häuser werden zum Zeitvertreib bombardiert – im Namen des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung. Der Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft bildet schließlich die heilige Phalanx der Ordnung, und Held Krapülinski zieht in die Tuilerien ein als ‚Retter der Gesellschaft‘.“

Die historisch-politische und moralische Schuldfrage

Die an ausgewählten Beispielen angedeuteten historisch-politischen und ideologiegeschichtlichen Sachverhalte und Fakten der finalen Krise und der Liquidierung der Weimarer Republik eröffnen das Bild von der Hauptschuld der konservativen, bürgerlich-aristokratischen Oberschichten – des Besitz- und Bildungsbürgertums –, ihrer Parteien und der Mehrheit ihrer Politiker, leitenden Beamten und Angestellten, Militärs, Juristen und weiteren Intellektuellen, insbesondere des größeren Teils der Gymnasiallehrer und Professoren mit ihrer verhängnisvollen Rolle bei der aufklärungsfeindlichen, völkisch-nationalistischen, rassistischen und antisozialistischen Indoktrination und Erziehung der zwischen 1900 und 1933 heranwachsenden Generationen. Der Nationalsozialismus erntete die Früchte dieser verhängnisvollen Massenbeeinflussung. Die Mehrheit der genannten Schichten und Gruppen ging – teilweise durchaus nicht ohne Bedenken oder Skrupel – den Weg als Stützen, Handlanger und Mitläufer der faschistischen Diktatur, ihrer Unterdrückungs-, Eroberungs- und Vernichtungspolitik, bis 1945.

Als Zeitzeuge und Präsident des Danziger Senats von 1933/34 hat Hermann Rauschning als einer der ersten und prominentesten Dissidenten des Nazismus die Schuldfrage unmißverständlich beantwortet. Nach seinem Rücktritt Ende 1934, dem Bruch mit der NSDAP (der er seit 1926 angehört hatte) und der 1936 erfolgten Emigration in die Schweiz erschien 1938 in Zürich seine Analyse und Kritik „Die Revolution des Nihilismus“. „Die Selbsttäuschung, in der sich weite Kreise der ehemals führenden Schichten befanden“, schrieb er, sei auch nach fünf Jahren schwer begreiflich: „Dahinter steht die schwere und dunkle Frage, die auch den Besonnenen und Geduldigen in Verzweiflung treiben könnte: wie war die ganze Entwicklung zum 30.1.933, die eben diesen Gesellschaftsschichten zu verdanken war, überhaupt möglich?“ Vorausgegangen sei die Mitte des 19. Jahrhunderts „beginnende Entartung und Selbstzerstörung eines deutschen Konservatismus“, die bis zur „Kapitulation der nationalistischen bürgerlichen Rechtskreise vor dem Nationalsozialismus“ führten. Sein Fazit: „Niemand wird mehr in Abrede stellen, daß es die restaurativen Kräfte waren, denen im wesentlichen Deutschland sein heutiges Schicksal zu danken hat.“ Letzteres erwies sich nach 1949 und bis heute als eine zwar verständliche, aber zu optimistische Annahme.

Die Tochter des Botschafters der USA (William E. Dodd, 1933-1938) war im Sommer 1933 im Unterschied zu ihren Eltern und dem Bruder mit Sympathien für den Nationalsozialismus in die Reichs-

hauptstadt gekommen. Die Erlebnisse und Erfahrungen der folgenden Monate und Jahre führten zu einer grundsätzlichen Wandlung ihres Urteils. Nach der Rückkehr in die Heimat 1937 erschienen die Erinnerungen Martha Dodds 1939 in New York und London, eine vollständige deutsche Ausgabe erst 2005. Ab Frühjahr 1934 sei sie – ist darin zu lesen – gegenüber dem Naziregime immer kritischer geworden: „Inzwischen hatte ich auch etwas über die Abkommen erfahren, die die Machtergreifung der Nazis ermöglichten: Kontakte zwischen Hitler, ‚dem reinen Idealisten', der sich für das Wohl des Volkes abmühte, und Thyssen, Krupp, sowie anderen Industriellen und den Junkern. Ich hatte den Reichstagsbrand mitbekommen und wußte um den schrecklichen und tragischen Betrug Hitlers am deutschen Volk."

1933 wurde auch zur Zäsur für den deutschen Konservatismus, der mit seiner Rechtsradikalisierung zu seinen äußersten reaktionären und menschenfeindlichen Konsequenzen gelangt war. Er wurde zur ideologischen Quelle und zum politischen Gehilfen bis Verbündeten des deutschen und internationalen Faschismus. Von kleinen Gruppen und einzelnen Persönlichkeiten abgesehen, ging er sozioökonomisch, personell und ideologisch in Deutschland – tendenziell analog zu Italien, Spanien, Portugal sowie weiteren europäischen Rechtsdiktaturen oder auch dem Vichy-Regime im unterworfenen Frankreich – in das Potential der NS-Diktatur ein. Solche Erfahrungen schlugen sich nach 1945 in der Belastung und weitgehenden Ächtung des Begriffs und eines erklärten Neuanspruchs des ‚Konservatismus' nieder. Dieser geschichtliche und gesellschaftliche Hintergrund ist der Ausgangspunkt meines bereits erwähnten Buches zum deutschen Nachkriegskonservatismus. Die Nach- und Auswirkungen beeinflussen die gesamte Nachkriegsgeschichte – die Jahrzehnte des Kalten Krieges – und sind seither weder hinreichend aufgearbeitet noch politisch abgeschlossen.

Unter anderen Vorzeichen und mit anderen Maßstäben wird die historisch-politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung um Versäumnisse, Fehler und Mitschuld der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften, christlicher Kreise, antifaschistischer Gruppen sowie liberaler und pazifistischer Intellektueller in jener dramatischen Geschichtsperiode andauern. Das gilt insbesondere für SPD und KPD. Der kritische und selbstkritische Anspruch ergibt sich bei beiden Parteien aus der Kluft zwischen Herkunft, Programmatik und Potential auf der einen sowie dem damaligen Festhalten an Fehleinschätzungen, falschen Feindbildern und schwerwiegenden politischen Irrtümern bis 5 nach 12 auf der anderen Seite. Bis heute werden die Klärungsprozesse zusätzlich dadurch erschwert, daß nach den Opfern und Annäherungen im Widerstand zwischen 1933 und 1945 durch unterschiedliche gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen und Wege im Verlauf der Nachkriegsgeschichte neue Konfrontationen aufkamen und bis in die Gegenwart und Zukunft nachwirken.

Umso mehr sollten solche Rückblicke jedoch auch Anlaß dafür sein, den frühen antifaschistischen Widerstand in Städten und Dörfern, in Regionen und im Reich zu erinnern und zu würdigen. Das gilt vor allem den einfachen Leuten und stillen Helden – Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen, Liberale und Humanisten –, die mehr oder weniger auf sich gestellt, unabhängig von Partei- oder Gewerkschaftszentralen oder Behörden, Bischöfen und anderen Obrigkeiten, selbstlos ihre menschliche und politische Pflicht wahrgenommen sowie vielfach selbst teuer dafür bezahlt haben. Diese frühen, breitesten und opferreichsten Traditionen müssen im Mittelpunkt der Erinnerung an deutschen Widerstand in diesem Lande stehen. Sie sind die ursprüngliche und in den Lebenswegen wie Motiven überzeugendste Verkörperung des Widerstehens gegen die Barbarei von ihren Anfängen und Grundlagen her.

Folgerungen und Perspektiven

Abschließend seien wenige hauptsächliche Erkenntnisse und Herausforderungen für die Gegenwart und die Zukunft benannt:

- Der Spitzenplatz, den die aus der deutschen bürgerlichen Gesellschaft hervorgegangene faschistische Diktatur und der von ihr vorbereitete und mit Verbündeten vollzogene Eroberungs- und Vernichtungskrieg in Europa in der Weltgeschichte der Verbrechen gegen die Menschheit einnimmt, bildet in seiner Spezifik und Einmaligkeit eine bleibende Herausforderung für aufklärerische Erinnerung und Gedenken an die Vernichtung europäischen Judentums sowie an weitere Dutzende

Millionen Opfer in vielen Ländern Europas. Bei der seit 1990 grassierenden Inflation von Vergleichen zwischen wirklichen oder vermeintlichen, jedenfalls vielfach wesensgemäß unterschiedlichen, Diktaturen wird beharrlich die Schlüsselfrage ausgeklammert: Wie konnte es im Ergebnis der vorangegangenen historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu einer solchen, in dieser Art unvergleichlichen Bestialität eines Herrschaftssystems in der Mitte Europas im 20. Jahrhundert kommen? Aus der Antwort auf solche Fragen leiten sich die Maßstäbe für die Beurteilung des Umgangs beider deutscher Staaten nach 1949 mit dieser Vorgeschichte und ihren Erblasten sowie für das heutige historisch-politische Selbstverständnis der Bundesrepublik ab.

- Das prinzipiell und konstitutiv menschenfeindliche, jahrtausendelange zivilisatorische und humanistische Errungenschaften der Weltgesellschaft verneinende und zerstörende Wesen faschistischer Ideologie und Politik ist mit ebenso dreisten wie verlogenen Ansprüchen auf Legitimität und Wirkungsmöglichkeiten in heutigen Gesellschaften und Kulturen unvereinbar. Der Alt- und Neonazismus, der Antisemitismus und jeder Rassismus stellen in unserem Land unablässige und fundamentale Angriffe auf den Kerngehalt des Grundgesetzes dar, wie sie insbesondere in Art. 1 zur Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie in allen menschenrechtlichen Bestimmungen und hauptsächlichen Wertvorstellungen festgeschrieben sind.
- Unumgängliche Voraussetzungen dafür, insbesondere in nachwachsenden Generationen, aber auch in Gemeinwesen insgesamt, keine menschenverachtenden sowie auf Gewalt und Terror orientierten Bewegungen aufkommen zu lassen, sind die Anerkennung und bestmögliche Verwirklichung einer Politik der Abrüstung und friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern sowie der Grundsätze und Werte politischer Gleichheit sowie sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Die damaligen Erfahrungen und Lehren des inneren und wechselseitigen Zusammenhangs von Militarismus und Antidemokratismus (bis zu rechtem Extremismus und Faschismus), von Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, wurden in den vergangenen Jahrzehnten und werden global in der Gegenwart nachdrücklich und tragisch bestätigt. Sie gehören in ihren Schlußfolgerungen zum Grundbestand gesellschaftspolitischer Alternativen.
- Geschichtspolitik, Geschichtswissenschaft und historische Bildung haben eine große Verantwortung für den Umgang mit der Vergangenheit, mit Erfahrungen, Erkenntnissen und Lehren. Die Versuchungen, Geschichte im Dienst von Parteipolitik und Ideologien, gar für taktische Bestrebungen in der Tagespolitik, zu interpretieren und zu benutzen, bestehen fort und kommen immer wieder neu auf. Ein aktuelles, destruktives Beispiel ist der seit Jahren auf der Grundlage eines rechtsgerichteten Totalitarismus-Konzepts inzwischen weithin verbreitete „Diktaturenvergleich“ als Instrument der Delegitimierung und weitgehenden Ächtung der DDR. In offiziellen programmatischen Dokumenten zur Erinnerungskultur und Gedenkstättenpolitik erscheint seit fast einem Jahrzehnt die zentrale Formel, daß in diesem Land das Erinnern und Gedenken an „die zwei deutschen Diktaturen und ihre Opfer“ im Mittelpunkt stehen sollten. Die faktische oder weitgehende Parallelisierung von DDR und NS-Diktatur sowie ihrer Opfergruppen stellt eine unablässige und unerträgliche Relativierung der faschistischen Barbarei zwischen 1933 und 1945 sowie ihres europaweiten Wütens dar. Geschichtliche Wahrheiten und ihre teuer bezahlten Lektionen werden dem antikommunistischen politisch-ideologischen Hauptanliegen untergeordnet. Mit der Rückschau auf 1933 und was ihm folgte sind neue Initiativen und nachhaltige Bemühungen für einen antifaschistischen Grundkonsens in Geschichtsbild und Gedenken notwendig.

Als das „Tausendjährige Reich“ am 30. Januar 1943 seinen 10. Jahrestag erlebte, zeichnete sich sein vorzeitiges Ende ab. Am Abend dieses Tages umstellten sowjetische Soldaten den Gefechtsstand des Oberkommandos der 6. Armee im Keller des Zentralen Stalingrader Warenhauses. Generalfeldmarschall Friedrich Paulus verließ das Gebäude am nächsten Tag auf den Weg in die Gefangenschaft, auf dem ihm nach der Kapitulation die Reste seiner Armee folgten. Der Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges war erreicht und der – allerdings noch äußerst opferreiche – Weg zur Niederwerfung der Nazidiktatur eröffnet. Auch der Rückblick auf die tiefsten Niederungen in der deutschen und europäischen Geschichte vermittelt die Einsicht, daß Geschichte immer wieder offen ist und damit stets erneut zuvor unerwartete Wege und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Auswahlbibliographie

Martin Broszat/Norbert Frei (Hrsg.): Das Dritte Reich im Überblick. Chronik – Ereignisse – Zusammenhänge, 2. Aufl., München 1990

Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, hrsg. von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker, Bonn 2002

Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Augsburg 2005

Martin Schumacher (Hrsg.): Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischem Herrschaftsbereich. Dritte, erheblich erweiterte und überarbeitete Auflage, Düsseldorf 1994, 187 und 656 S. (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn)

Quelle: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. Texte & Argumente, Veranstaltung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. (VVN-BdA) in Bochum am 25. Januar 2008 sowie im Bundesausschuß der VVN-BdA e. V. in Magdeburg am 2. Februar 2008.

Ein republikanisch-demokratisches und antimilitaristisches Erbe

Im Mai 1908 entstand die Demokratische Vereinigung (DV)

Die Generalversammlung des Sozialliberalen Vereins zu Berlin beschloss am 16. Mai 1908, sich als Demokratische Vereinigung (DV) zu konstituieren. Sie hatte sich bereits drei Wochen zuvor mit überwältigender Mehrheit für den Austritt aus der Freisinnigen Vereinigung entschieden. Der bisherige Vorsitzende (seit Oktober 1904), Rudolf Breitscheid, wurde wiederum mit dem Vorsitz betraut; seine beiden engsten Weg- und Kampfgefährten – Theodor Barth und Hellmut von Gerlach – gehörten wie drei Frauen und zwei Arbeiter dem 15-köpfigen Vorstand an. Der § 1 des Statuts erklärte programmatisch: „Die Demokratische Vereinigung (Sozialliberaler Verein zu Berlin) bezweckt den Zusammenschluss aller Männer und Frauen, die gewillt sind, energisch an der Demokratisierung von Reich, Staat und Gemeinde mitzuarbeiten."

Am 25. Oktober 1908 wurden von der Generalversammlung die Umwandlung in eine Partei auf Reichsebene und ein Organisationsstatut beschlossen sowie der im Mai gewählte Vorstand bestätigt. In der einstimmig verabschiedeten Resolution hieß es: „Gegenüber der in der preußischen Thronrede für eine unbestimmte Zukunft in Aussicht gestellten organischen Weiterentwicklung des elendsten aller Wahlsysteme hält die Demokratische Vereinigung nur um so nachdrücklicher daran fest, dass nur die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts den Forderungen der Gerechtigkeit und den wahren Interessen Preußens und Deutschlands entspricht." Das erfordere die „energische Handhabung des parlamentarischen Steuerbewilligungsrechts", keine „Neubelastung des Volkes ohne Erweiterung der Volksrechte", Sparsamkeit im Reich „insbesondere auf militärischem Gebiet" sowie „direkte Reichssteuern unter progressiver Heranziehung der Wohlhabenderen".[1]

Der am 2. November 1874 in Köln geborene Rudolf Breitscheid hatte in München und Marburg studiert und abschließend promoviert. Dann war er Redakteur nationalliberaler und alldeutscher Blätter. 1903 trat er der Freisinnigen Vereinigung bei, für die er 1904 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung und in den Brandenburgischen Provinziallandtag gewählt wurde. Von 1905 bis 1910 wirkte Breitscheid als Geschäftsführer des den linksliberalen Parteien – neben der Freisinnigen Vereinigung waren dies die Freisinnige Volkspartei und die vor allem im Südwesten beheimatete Deutsche Volkspartei – nahestehenden Handelsvertragsvereins.

Der Jurist und Publizist Theodor Barth (1849-1909) kam beruflich aus liberalen Kreisen des Handels- und Bankkapitals und war 1881 als Nationalliberaler Mitglied des Reichstags geworden. Von 1883 bis 1907 gab er die liberale Wochenschrift ***Die Nation*** heraus. Seit den 1880er Jahren gehörte er zu den führenden Politikern des Linksliberalismus und wurde um und nach 1900 dessen weitsichtigster politischer Denker. Zeitweilig stritt er mit Friedrich Naumann – von Zeitgenossen als die „Barth-Naumannsche Richtung" umschrieben – für die liberale Öffnung zur Sozialdemokratie und Arbeiterschaft sowie eine ihnen zeitgemäß erscheinende Weltpolitik. Barth gelangte bis zu seinem frühen Tod zu entschieden antijunkerlichen, demokratisch-republikanischen Positionen. In der *Nation* vom 14. März 1903 umriss er mit einem Satz jene strategische Orientierung, die seine Abkehr vom Weg der bürgerlichen Parteien und Verbände sowie der Mehrzahl der Bildungsbürger signalisierte: „Rechts steht der eigentliche Feind des Liberalismus!"

Selbst von junkerlicher Herkunft, hatte Hellmut von Gerlach (1866-1935) von rechtsaußen kommend bis 1908 einen weiten Weg zurückgelegt: Vom Anhänger des christlichsozialen und antisemitischen Hofpredigers Adolf Stöcker über den von F. Naumann geführten Nationalsozialen Verein – dessen einziger Reichstagsabgeordneter er 1903 (bis 1906) geworden war – bis an die Seite von Barth und Breitscheid. Als Politiker und Publizist, darunter Chef der *Welt am Montag* (bis 1931), wirkte er für republikanische Leitbilder, soziale Gerechtigkeit und internationale Verständigung, insbesondere mit Frankreich und Polen.

---

[1] Berliner Volkszeitung, 26. Oktober 1908.

Bruch mit Rechtstrend des deutschen Bürgertums

Die parteipolitische Neugründung ging aus der innenpolitischen Krise um 1906/07 hervor, die in der Auflösung und Neuwahl des Reichstages sichtbar geworden war. Ihre verhängnisvollste Auswirkung bestand darin, dass die Führung und die Mehrheit der Fraktionsgemeinschaft der drei freisinnigen Parteien einen politisch-parlamentarischen Block – den „Bülow-Block" – mit den Nationalliberalen sowie der Deutsch- und der Freikonservativen Partei eingegangen waren. Die antisozialistische Strategie des Reichskanzlers Bernhard von Bülow war aufgegangen und der nationalistische Taumel des Wahlkampfes hatte ein Übriges geleistet.[2] Diese Entwicklung wurde im linksliberalen Spektrum frühzeitig von einer zunächst innerparteilichen, liberaldemokratischen Kritik begleitet. Ihre entschiedensten Sprecher wurden Barth und Breitscheid. Die Zustimmung der Fraktionsgemeinschaft zum Reichsvereinsgesetz im April 1908 sowie ihre sich abzeichnende Kapitulation im Kampf um die überfällige Abschaffung des reaktionären Dreiklassenwahlrechts in Preußen lösten den offenen Bruch aus. Der entscheidende Punkt demokratischer Kritik am Vereinsgesetz war der § 7, der „Sprachenparagraph", der Deutsch zur alleinigen Amtssprache erklärte und damit den Gleichheitsgrundsatz für die nationalen Minderheiten im Reich – insbesondere die große Gruppe der Polen – grob verletzte.

In einer Flugschrift kritisierte Barth, dass die freisinnige Fraktion entgegen aller vorherigen Warnungen mit der Zustimmung zu diesem Vereinsgesetz den liberalen Grundsatz der Rechtsgleichheit aufgegeben habe. Die Blockpolitik könne „kaum abfällig genug beurteilt werden", da der Kampf gegen die Demokratie ihr eigentliches Ziel sei. Gemeinsame Politik mit Bülow heiße für die Freisinnigen, „sich zu Schleppenträgern seiner reaktionären Freunde erniedrigen": „Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist ja überhaupt des Pudels Kern bei der Bülowschen Blockpolitik."[3] Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft sei zu einer Spielart des Nationalliberalismus geworden und vertrete keine demokratischen Ambitionen mehr. Die Demokratisierung bilde jedoch eine historische Notwendigkeit, die man nicht allein der Sozialdemokratie überlassen sollte: „Aus diesem Gedanken heraus haben wir fortgesetzt eine Kooperation mit der Sozialdemokratie für gemeinsame demokratische Kampfziele empfohlen."[4]

Barth hatte Anfang 1908 gegenüber August Bebel Überlegungen für ein Zusammengehen im preußischen Wahlrechtskampf unterbreitet. Unmittelbar nach einer Verständigung im Parteivorstand der SPD mit Vertretern der preußischen Landesorganisation teilte ihm Bebel brieflich am 11. Februar 1908 mit, dass man „aus den Ihnen von mir schon angeführten Gründen, wozu noch einige andere kamen, von einem Zusammengehen mit anderen Parteien" absehen wolle: „Wir haben den dringenden Wunsch, daß Ihre und Ihrer Freunde Agitation vom besten Erfolge begleitet sei, glauben aber, dass diese Agitation Ihrerseits wirksam ohne unsere Mitwirkung betrieben werden kann."[5]

Auch Breitscheid stellte in einer Streitschrift die Entwicklung der Freisinnsmehrheit seit 1906 kritisch dar. Die Zunahme liberaler Mandate beweise nicht „die Stärke des liberalen Gedankens"; vielmehr seien Freisinnige in den Stichwahlen oft als die gegen Sozialdemokraten aussichtsreicheren Kandidaten nominiert und gewählt worden. „Gewiss, die Erfahrung der Vergangenheit hat den deutschen Liberalismus zur Bescheidenheit erzogen. Er ist zum guten Teile fest davon überzeugt, nicht mehr verlangen zu können als die paar Brosamen, die von der Reichen Tisch fallen." Die Träume seiner Jugend seien ausgeträumt.[6] Selbst das Wenige, das erreicht wurde, werde durch die Blockpolitik wieder in Frage gestellt. Auf die Liberalen gestützt, arbeite die Regierung „nach den bewährten konservativ-bürokratischen Rezepten. Freiheitlichen und fortschrittlichen Ideen wird Rechnung getragen werden, nur müssen sie sich von liberalem Doktrinarismus soweit entfernt halten, dass auch der Feudalismus und der Klerikalismus ihnen unbedenklich zustimmen können."[7]

---

2 Vgl. Ludwig Elm: Schritte auf dem deutschen Sonderweg. Vor hundert Jahren: Auflösung und Neuwahl des Reichstags, in: Marxistische Blätter, 6-06, S. 77-83.

3 Theodor Barth: Der Freisinn im Block. Ein Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte des Liberalismus, Berlin 1908, S. 24.

4 Ebenda, S. 25.

5 Bundesarchiv Potsdam, Nachlass Theodor Barth, Nr. 7, Bl. 2.

6 Rudolf Breitscheid: Der Bülowblock und der Liberalismus, München 1908, S. 63.

7 Ebenda, S. 79.

Bemerkenswert erscheint Breitscheids Auseinandersetzung mit der Rolle und Perspektive der SPD, die seinem Übertritt zur Arbeiterpartei im Jahre 1912 vorausging. Gegen das Argument, für größere liberale Konsequenz fehle der Rückhalt in der Bevölkerung, wandte er ein, dass dafür die ernsthafte Probe fehle: „Erst wenn das geschehen, kann sich zeigen, ob tatsächlich nur noch das Proletariat die Basis für eine rückhaltlos liberale Politik bietet und ferner, ob es auf die Dauer die marxistische Sozialdemokratie als die einzige vollwertige Vertreterin seiner Interessen anerkennt.“[8]

Vor den preußischen Landtagswahlen im Juni 1908 trat der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht erneut in den Vordergrund. Franz Mehring bemerkte Ende Mai, dass der Freisinn die schimpflichste Rolle in der Wahlbewegung spiele. Gerade er sei wie keine andere bürgerliche Partei verpflichtet, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten; verrate es aber am schändlichsten. Der „Hass gegen die Sozialdemokratie“ ersticke das Gefühl für die politische Pflicht, und darin hätten die freisinnigen Führer unzweifelhaft ihre Anhänger hinter sich: „Deshalb ist auch die Sezession der Barth und Genossen, so erfreulich sie unterm ästhetisch-moralischen Gesichtspunkt sein mag, politisch von gar keiner Bedeutung. Sie haben nichts hinter sich und werden auch nichts hinter sich bekommen. Seit vierzig Jahren sind alle Versuche, eine bürgerliche Demokratie in Deutschland zu schaffen, in kläglicher Weise gescheitert, selbst wenn sie von Männern wie Walesrode und Guido Weiß unternommen wurden, von Politikern, die den demokratischen Namen mit ungleich größerem Rechte tragen durften als die Barth, Gerlach und Breitscheid.“ Die Ursachen davon wurzeln „tief in unserer ganzen historischen Entwicklung“.[9] Die spätere Entwicklung sollte der skeptischen Diagnose Mehrings recht geben.

Für Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik

Der zweite Parteitag im Mai 1910 in Köln beschloss das Programm. Es enthielt Forderungen und Ziele wie: Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Vertretungskörper, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau, Ablehnung monopolistischer Ringbildungen, Bodenreform, Koalitionsfreiheit, progressive direkte Steuern sowie Beseitigung der Steuern und Zölle auf lebensnotwendige Dinge, Trennung von Staat und Kirche, eine auswärtige Politik des Friedens, der Minderung der Rüstungen und der Konfliktbeilegung durch Schiedsgerichte. Die DV trat als einzige bürgerliche Partei vor 1918 für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau ein. Die zunehmend antijunkerlichen, auf entschiedene Demokratisierung gerichteten Vorstellungen der führenden Köpfe orientierten sich am Beispiel der westlichen Demokratien. Ihre soziale Basis fand die Partei vor allem in Kreisen des Kleinbürgertums und der Intelligenz, unter Angestellten und in der bürgerlichen Frauenbewegung.

Eine Woche nach den von der SPD initiierten großen Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin und weiteren preußischen Städten sprach Rosa Luxemburg am 17. April 1910 in Frankfurt a. M. zum Wahlrechtskampf. Ihre Rede enthielt nach der Kritik an den großen Rechtsparteien – Deutschkonservative und Zentrum – eine glänzende Skizze des historisch-politischen Versagens des deutschen Liberalismus seit 1848/49. Danach habe jedes Jahrzehnt „einen immer tieferen Verfall des Liberalismus“ gebracht. Sie schloss den wenige Wochen zuvor – im März 1910 – erfolgten Zusammenschluss der drei kleinen freisinnigen Parteien zur *Fortschrittlichen Volkspartei* in diesen antidemokratischen Niedergang ein und fügte hinzu: „Alle Achtung vor der ehrlichen Überzeugung und dem Mannesmut der Gerlach, Breitscheid und Genossen, die wenigstens die Konsequenz haben, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter zu fordern und im Kampfe dafür einzutreten. Allein in einem Kampfe wie der gegenwärtige, wo gewaltige gesellschaftliche Mächte gegeneinander ringen, wo nur große Massen in Betracht kommen, da müssen wir den bürgerlichen Demokraten die Worte des römischen Kaisers entgegenrufen, als er seinen allein vom Schlachtfelde zurückkehrenden Feldherrn sah: ‚Varus, wo sind deine Legionen?!‘ Wir sehen tapfere Offiziere, aber leider, die Armee existiert nicht.“[10]

---

8 Ebenda, S. 81.

9 Franz Mehring: Die preußische Wahlbewegung. 23. Mai 1908, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 15, Berlin 1966, S. 351.

10 Rosa Luxemburg: Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 322.

Im Sommer 1911 erreichte die Partei mit etwa 11.000 Mitgliedern ihren Höhepunkt. Mit 29 400 Stimmen in der Reichstagswahl 1912 konnte sie kein Mandat erlangen, verlor eine größere Zahl von Mitgliedern und geriet in eine existentielle Krise. Breitscheid ging zur SPD. Einstimmig erklärten Zentralvorstand und Ausschuss Anfang Februar 1912 in einer Resolution, sie sähen „durch den Verlauf der Wahlen, wie durch die allgemeine politische Situation gleichmäßig den Nachweis erbracht, dass das Bestehen einer nach rechts und nach links unabhängigen, rein demokratischen Organisation eine politische Notwendigkeit ist.“ H. von Gerlach übernahm den Parteivorsitz.

In der von Breitscheid – später Gerlach – ab Januar 1910 herausgegebenen Wochenzeitung *Das Freie Volk* schrieb der jeweilige Herausgeber meist die Leitartikel; zum ständigen Autorenkreis gehörten Tony Breitscheid (Frauenbewegung), Richard Gädke (Militarismus und Friedensbewegung) und Wilhelm Herzog (Kunst und Literatur). Von Heinrich Mann erschien bereits im Mai 1910 ein Beitrag zu „Frankreich und Deutschland“. Mit einer Zuschrift über eine Hamburger Theateraufführung begann Carl von Ossietzky im Februar 1911 seine bald intensiver und politisch gewichtiger werdende Mitarbeit. Er leitete überdies die Hamburger Gruppe der DV und vertrat sie wiederholt auf den Parteitagen.

Die DV verstärkte ihre Orientierung auf ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie für Belange und Ziele der sozialen Gerechtigkeit, Demokratisierung und Friedenspolitik. Gerlach appellierte Anfang Mai 1913 an jede „nichtsozialdemokratische Frauenstimmrechtlerin“, sich der DV anzuschließen, da sie als „einzige bürgerliche Partei“ für das Frauenstimmrecht eintrete. Eine Woche später kritisierte er die „Fortschrittler“, die aus wahltaktischen Gründen die Forderung nach gleichem Wahlrecht aufgeben: „Wer das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unter irgendwelchen Vorwänden ablehnt, der meint es entweder nicht ernst mit der Forderung der Demokratisierung des Wahlrechts, oder er hat nicht den Mut, die Konsequenzen seines Programms zu ziehen.“[11] Unter dem vorherrschenden Nationalismus und Antisozialismus brachten solche Positionen und Forderungen der DV über die offen reaktionären Kräfte hinaus auch den Hass und die Anfeindung seitens der Fortschrittlichen Volkspartei ein, die Gerlach im folgenden Jahr als ihren „intimsten Gegner“ bezeichnete.

Mit den wachsenden Rüstungen, Spannungen und den sich abzeichnenden politisch-militärischen Blockbildungen in Europa schärfte die DV ihr antimilitaristisches Profil. Im April 1913 schrieb Gädke, ehemaliger Oberst und Regimentskommandeur: „Je mehr die Gegensätze zwischen den Völkern sich steigern, je mehr die gegenseitigen Rüstungen wachsen, um so mehr blüht das Geschäft. Der internationale Konzern der Rüstungsindustrie ist der größte Feind der internationalen Friedensbestrebungen, um so gefährlicher und verbrecherischer, als er sich mit Vorliebe in das Gewand des lautesten Patriotismus zu hüllen weiß.“[12] Mitte Mai 1913 referierte Gädke zu den friedenspolitischen Aufgaben auf dem Magdeburger Parteitag, der sich in einer Resolution einstimmig gegen die neue Wehrvorlage und „eine neue Ära des Wettrüstens“ wandte. Von Regierung und Parlament werde erwartet, dass sie ohne Säumen und aufrichtig Schritte zur internationalen Verständigung über neue Rüstungsbeschränkungen unternehmen. Wegen eines antimilitaristischen Artikels *(Das Erfurter Urteil, in: Das Freie Volk, 27/1913)* wurden der Autor Ossietzky und der verantwortliche Redakteur Heinrich Glaser im Mai 1914 zu Geldstrafen verurteilt.

Mit dem Kriegsausbruch im August 1914 gerieten auch – ähnlichen Erscheinungen in der SPD vergleichbar – Funktionäre und Mitglieder der DV in den Sog eines überbordenden Nationalismus, der Apologie der „deutschen Waffen“ und militanter Feindbilder sowie einer davon inspirierten Kriegsbereitschaft. Dem widerstanden Gerlach und wenige weitere Persönlichkeiten. Er schloss sich dem im November 1914 entstehenden pazifistischen Bund Neues Vaterland an. Am 8. August 1914 erschien die letzte Ausgabe der Wochenzeitung der DV. Das Parteileben kam unter den Bedingungen des Krieges und des inneren Ausnahmezustandes faktisch zum Erliegen. Auf einer letzten Zusammenkunft Mitte November 1918 sprach Gerlach zur neuen Situation. Die Versammlung appellierte in einer Resolution an die bisherigen Mitglieder und Anhänger, sich der neuen Deutschen Demokratischen Partei anzuschließen und darin für ihre radikalen sozialen und demokratischen Ziele einzutre-

11 Das Freie Volk, Nr. 19, 10. Mai 1913.
12 Das Freie Volk, Nr. 17, 26. April 1913.

ten. Die damit verbundenen Hoffnungen sollten selbst unter den Bedingungen der bürgerlich-parlamentarischen Republik von Weimar bald enttäuscht und auf dem Weg in den Abgrund von 1933 in einer zuvor unvorstellbaren Weise aufgegeben und zerschlagen werden.

Ausblick

Die Gründer und weitere herausragende Köpfe der DV und ihres kleinen Umfeldes sind in den folgenden Jahrzehnten ihren demokratischen, pazifistischen und antifaschistischen Überzeugungen gefolgt sowie schließlich tragisch verlaufende Wege gegangen. Rudolf Breitscheid, MdR (1920-1933) und Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD (1928-1933), floh am 13. März 1933 mit H. von Gerlach zunächst von Berlin nach München; kurz danach emigrierte er über die Schweiz nach Frankreich. In Paris leitete er den Klub deutscher Sozialdemokraten und wurde Mitglied des deutschen Volksfrontausschusses. Nach gescheiterten Versuchen zum Verlassen Frankreichs verhaftet und im Februar 1941 mit Rudolf Hilferding an die Gestapo ausgeliefert, gelangte Breitscheid in das Gestapo-Gefängnis Prinz-Albrecht-Straße Berlin, im Januar 1942 ins KZ Sachsenhausen und im September 1943 in das KZ Buchenwald, in dem er am 24. August 1944 umkam. Seine Frau Tony begleitete ihn in die KZ-Haft und überlebte die Barbarei.

Hellmut von Gerlach nahm im Mai 1932 (bis Dezember 1932) in der *Weltbühne* den Platz von Ossietzky ein, als dieser – in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur – eine Haftstrafe wegen antimilitaristischer Positionen in einem Beitrag vom März 1929 antreten musste. Gerlach verließ Berlin am Tage des Verbots der *Weltbühne*, emigrierte und starb am 1. August 1935 im französischen Exil. Nach den Worten Maud von Ossietzkys war Gerlach „sein alter Lehrmeister, wie Carl ihn nannte, und einer seiner besten Freunde seit 1912“; er kämpfte bis zuletzt um das Leben und die Freilassung Ossietzkys und unterstützte selbstlos die internationale Kampagne für dessen Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis.

Bereits im Februar 1933 wurde Heinrich Mann aus der Preußischen Akademie der Künste vertrieben und akut bedroht; er ging zunächst nach Frankreich – später in die USA – ins Exil. 1936 war er in Paris Vorsitzender des Ausschusses zur Schaffung einer deutschen Volksfront und verfasste zahlreiche antifaschistische Aufsätze und Schriften. Der 74-Jährige erlebte schließlich noch den Sieg über den Faschismus, das Kriegsende und die Aufbrüche in vielen Ländern zum Neubeginn.

Carl von Ossietzky war noch in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet, ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz, anschließend in das berüchtigte Columbiahaus, dann ins Untersuchungsgefängnis Spandau sowie bald in die KZ Sonnenburg und Esterwegen verbracht worden. Eine breite und nachhaltige internationale Bewegung erkämpfte gegen den Widerstand, die Hetze und Drohungen der nazistischen Machthaber die Verleihung des Friedensnobelpreises für 1935, der ihm am 23. November 1936 zuerkannt wurde. Ossietzky erlag am 4. Mai 1938 den Folgen von Haft und Misshandlungen.

Die Schicksale von Breitscheid, Gerlach, H. Mann, Ossietzky und vielen anderen bestätigten ihre frühen Warnungen und Initiativen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Diese waren von den bürgerlich-aristokratischen Oberschichten Deutschlands sowie ihren politischen, militärischen, juristischen und intellektuellen Anhängern und Handlangern damals und später mit Hass verfolgt und bekämpft worden – zum Schaden der Demokratie, des Friedens und der Menschlichkeit.

Marxistische Blätter 3_2008 (Mai), S. 94-99.

Geheimdienst öffentlich

Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hrsg.), Hauptverwaltung A. Geschichte, Aufgaben, Einsichten. Referate und Diskussionsbeiträge der Konferenz am 17./18. November 2007 in Odense, edition ost, Berlin 2008, 320 S. (Band 1 der Geschichte der HV A) ISBN 978-3-360-01093-3[1]

In den Sammelband führen Bemerkungen des Chefs der Hauptverwaltung A (HV A) im Ministerium für Staatssicherheit der DDR von 1986 bis 1989, Werner Großmann, ein. Es folgt die Ansprache von Alex Ahrendtsen, Stellvertreter des Bürgermeisters von Odense, auf dem am Vorabend für Tagungsteilnehmer im Rathaus von Odense gegebenen Empfang. Daran schließt sich die Einführung von Dr. Thomas Wegener Friis zum Konferenzbeginn an. Friis ist seit 2006 Netzwerkkoordinator des Zentrums für Studien zum Kalten Krieg an der Süddänischen Universität und war Initiator und Organisator der Veranstaltung.

Die Gliederung folgt dem Ablauf in fünf Sektionen: Die Hauptverwaltung A im Überblick; Politische Spionage; Militärspionage; Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsspionage; Gegenspionage und Spionageabwehr. Darin finden sich elf Beiträge der HV A - vom Chef und von leitenden Mitarbeitern bis zu den Kundschaftern Rainer Rupp und Gabriele Gast. Dazu kommen dreizehn Beiträge von vielfach in ihren Ländern maßgeblichen Experten: BRD (7), USA (3) sowie je einer aus Schweden, Niederlande und Großbritannien. Die Prominentesten kamen aus den Vereinigten Staaten: Benjamin B. Fisher, der nach mehr als drei Jahrzehnten geheimdienstlicher Tätigkeit und Verfasser einschlägiger Veröffentlichungen als Chefhistoriker der CIA pensioniert und weiterhin publizistisch aktiv ist. Als Urgestein der deutsch-atlantischen Beziehungen kann Robert G. Livingston bezeichnet werden. Er arbeitete langjährig im diplomatischen Dienst, darunter in Berlin und Bonn, war Vizepräsident und Präsident des Deutschen Marshall-Fonds der Vereinigten Staaten (1974-82) und Gründungsdirektor des American Institute for Contemporary German Studies an der John Hopkins University (1973-1996). Der Autor zahlreicher Publikationen zu deutscher Politik und deutsch-amerikanischen Beziehungen beging in Odense seinen 80. Geburtstag.

Die Vorträge der ehemaligen Mitarbeiter der HV A sowie von Herbert Bertsch (verlesen von Norbert Podewin), Jörg Roesler und Erich Schmidt-Eenboom liegen im Wortlaut vor. Die Ausführungen Roeslers über „Operatives Wissen und praktische Verwertung“ sowie von Bernd Fischer über „Das Wirken der Hauptverwaltung A in der ‚Dritten Welt‘“ waren aus Zeitgründen auf der Tagung nicht vorgetragen worden. Die Beiträge weiterer Referenten werden nach Exposés und Mitschriften referiert, da sie sich dem Veranstalter gegenüber verpflichtet hatten, ihre authentischen Texte für eine von ihm vorgesehene Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus werden die Diskussionsrunden der Sektionen 2-4 wiedergegeben. Das Erscheinen des zuvor von Friis angekündigten Protokollbandes blieb zunächst unbestimmt.

Die beiden Herausgeber hatten 2007 einen reich dokumentierten Band über die deutschen Geheimdienste nach 1945 herausgebracht, der auch Texte weiterer Autoren zu den gegensätzlichen Traditionslinien beider deutscher Staaten enthält.[2] Die darin behandelten Probleme bleiben aktuell. Das Bundeskriminalamt (BKA) begann 2007 mit der offiziellen Aufarbeitung seiner Gründungs- und Frühgeschichte, die auch in den Führungspositionen von schwer belastetem SS- und Gestapopersonal dominiert wurde.[3] Nunmehr erhöht sich der politisch-moralische Druck, vergleichbare Herkünfte von Bundesnachrichtendienst (BND) und Verfassungsschutz offenzulegen. Seit 2006 belegen in den USA freigegebene Akten, schrieb Lutz Hachmeister kürzlich, dass „im Bundesnachrichtendienst weit mehr NS-Schergen beschäftigt waren als bisher bekannt“ gewesen sei: „Die Bundesrepublik hat noch immer einen Geheimdienst, der ohne erkennbare Selbstreflexion damit lebt, dass sich seine historische Identität auf die Mitarbeit von Massenmördern und Kriegsverbrechern gründet.“[4]

---

1 Als zeitgeschichtlich interessierter Teilnehmer in Odense hatte ich bereits unmittelbar danach berichtet: Freie Forschung in Dänemark, in: Ossietzky, 24, 1. Dezember 2007, S. 973-975.

2 Klaus Eichner/Gotthold Schramm (Hrsg.), Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945, Edition ost, Berlin 2007.

3 Vgl. Ludwig Elm, Bundes-Kriminellen-Amt. Frühgeschichte des BKA auch amtlich offengelegt, in: Marxistische Blätter, 6-07, S. 10-13.

4 Lutz Hachmeister, Weiße Flecken in der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 13. Mai 2008.

Beanstandungen zur vorliegenden Dokumentation der Odenser Tagung berühren kaum ihren Wert. Ein Kommentator, demzufolge es sich um ein „Lehrstück in Desinformation“ handele, beeindruckt durch die Dreistigkeit dessen, der nicht einmal die bibliographischen Daten korrekt anzugeben vermag. Vor allem ist daran zu erinnern, dass ein umfänglicher Beitrag in diesem Blatt nach der Konferenz in Odense von Diffamierungen, gravierenden Auslassungen und Arroganz strotzte. Die Leser erfuhren darin nichts von der internationalen Beteiligung an der Veranstaltung, geschweige denn von der Kompetenz und den Aussagen der WissenschaftlerInnen aus den USA, Großbritannien, Niederlande, Schweden und der Bundesrepublik. Es gab keine sachliche Erwägung zu den informativen Berichten der Insider der HV A. Dieses „Lehrstück an Desinformation“ verdient auch künftig exemplarische Beachtung.[5] Kristie Macrakis, Professorin an der Michigan State University, die zu Aufschlüssen der Rosenholzdateien über die wissenschaftlich-technische Spionage gesprochen hatte, äußerte ihr Befremden in einer Zuschrift. Die ausländische Teilnahme scheine wenig zu interessieren. Sie habe als Teilnehmerin viel gelernt und die Chance gehabt, „Motive und Ziele ehemaliger MfS-Angehöriger besser zu verstehen“: „Ich habe früher ähnliche Tagungen in Deutschland besucht, darunter eine, die ich selbst organisiert habe, aber die Presse berichtete nie so feindselig, wie sie es jetzt tat. Der Berichterstattung fehlten Objektivität und Angemessenheit. Die Deutschen brauchen offenbar noch eine Generation, um ihre DDR-Vergangenheit zu bewältigen.“[6]

Die US-amerikanische Hochschullehrerin erfuhr jene bundesdeutsche antikommunistische Hysterie, die vorzugsweise bei den die DDR und die westdeutsche Linke betreffenden Debatten ausbricht. Das war bereits unübersehbar, als die seit 2006 vorbereitete und für Juni 2007 in Berlin geplante Tagung entgegen vorheriger Absprachen durch die Birthler-Behörde und eine dazu inszenierte Medienkampagne verhindert wurde. Für das ideologische Hauptanliegen nahmen deutsche Politiker und Amtspersonen in Kauf, dass die dänischen Veranstalter und alle Teilnehmer in grober Weise brüskiert wurden. Statt des von manchen erhofften Scheiterns und trotz des nunmehr größeren Aufwandes ermöglichte die Süddänische Universität die Durchführung im November 2007. Als der Mitarbeiter jener Berliner Verfolgungs- und Zensurstelle, Helmut Müller-Enbergs, trotz des Verbots seine vorher zugesagte Mitwirkung aufrechterhielt und – persönlich verhindert – sein Referat in Odense verlesen ließ, sah er sich Maßregelungen ausgesetzt. Sein Beitrag „HV A – ein Forschungsgegenstand“ widmet sich der Institution als Ganzem.

Das einleitende Referat Werner Großmanns „Die Hauptverwaltung A im Überblick“ wurde, da er erkrankt war, von seinem ehemaligen 1. Stellvertreter, Horst Vogel, verlesen. Eingebettet in die deutsche und internationale Nachkriegsentwicklung werden darin Bedingungen und Anlässe für den Beschluss des Ministerrats der DDR vom 16. August 1951 skizziert, einen Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN) unter der Leitung des Staatssekretärs im Außenministerium, Anton Ackermann, zu gründen. Die Dienststelle des APN wurde unter der Tarnbezeichnung „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ eingerichtet. Westberlin war seit 1945/46 zu „einem Eldorado unterschiedlichster Geheimdienste“ geworden: „Führend waren besonders die US-Dienste CIC und CIA, die in den USA 1946 gegründete Organisation Gehlen, das 1946 ins Leben gerufene Ostbüro der SPD, die 1948 gegründete Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ).“ (S. 24) Nach dem 17. Juni 1953 wurde das APN – seit Dezember 1952 von Markus Wolf geleitet – als Hauptabteilung des Staatssekretariats für Staatssicherheit mit diesem in das von Willi Stoph geleitete Innenministerium eingegliedert. Mit der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit 1955 wird der Auslandsnachrichtendienst zur Hauptverwaltung A. Neue Aufgaben ergeben sich aus der Aufrüstung in West und Ost sowie der militärischen Blockbildung in Europa, deren mitteleuropäische Grenzen mit dem Beitritt der BRD zur NATO und dem der DDR zum Warschauer Pakt für Jahrzehnte festgeschrieben werden.

Großmann umreißt mit Fakten und Episoden den Beitrag der HV A zur Entspannungspolitik ab 1969/70. „Im April 1972 kommt es auf Antrag des CDU-Fraktionsvorstands im Bundestag zu dem Misstrauensvotum gegen die Ostpolitik. Auch durch die Hilfe der HV A scheitert das Votum gegen

5 Matthias Hannemann, Die Butterfahrt der Stasi-Offiziere, in: FAZ vom 20. November 2007.
6 Professor Dr. Kristie Macrakis. Warum so feindselig? In: FAZ vom 5. Dezember 2007.

Brandt.“ (S. 35) Die Verhaftung von Günter und Christel Guillaume am 25. April 1974 in Bonn wird als „schwerer Schlag für die HV A“ benannt. Der Leser erhält Einblicke in Chancen und Erfolge, aber auch in Rückschläge und Niederlagen bei der Anwerbung und Führung von Agenten. Mit der Bildung der Regierung Modrow am 13. November 1989 endet das Ministerium für Staatssicherheit (MfS); als Nachfolgeeinrichtung der HV A wird das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) gebildet. Dieses wird bereits am 14. Dezember 1989 aufgelöst. Zur Bilanz der HV A bemerkt ihr letzter Chef: „Niemals bestand das Ziel in der Destabilisierung oder gar Liquidierung der BRD oder anderer mit ihr verbündeter Staaten. Nie haben wir von der Partei- und Staatsführung oder seitens des Warschauer Paktes einen solchen Auftrag erhalten.“ (S. 44) Bestimmte Praktiken anderer Dienste seien nicht geduldet worden: „Wir haben z. B. keine Staatsstreiche inszeniert, keinen Mord begangen, keine Sabotage betrieben, keine Killerkommandos ausgebildet und eingesetzt, keine Entführungen durchgeführt, mit keinem Terroristen oder Schwerkriminellen zusammengearbeitet.“ (S. 45 f.)

In der Sektion 2 zur Politischen Spionage bieten Ralf-Peter Devaux zu Bundesregierung und Auswärtigem Amt sowie Kurt Gailat über die Parteien in der Bundesrepublik authentische Einblicke. Nach Devaux galten als Hauptobjekte jene, in denen die Politik im wesentlichen entworfen und entschieden wurde: „Dazu zählten in erster Linie das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Innenministerium, das Wirtschaftsministerium, das Ministerium für ‚Innerdeutsche Beziehungen‘.“ (S. 56) Es sei zu beachtlichen Erfolgen bei der Gewinnung von Quellen gekommen, darunter durch „hervorragend plazierte Quellen im Auswärtigen Amt“. In der 1974 errichteten Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik wurde eine legale Residentur aufgebaut, die „vor allem im Rahmen der diplomatischen Kontakte eine umfangreiche Abschöpfarbeit“ leistete und dabei beachtliche Ergebnisse erzielte: „Sie basierten auch auf der ausgeprägten Bereitschaft nicht weniger prominenter BRD-Gesprächspartner zu vertraulichen Kontakten und auf ihrem starken Interesse, einen direkten Draht zur DDR-Führungsebene haben zu wollen. Meistens wurden von ihnen dabei offizielle BRD-Stellen umgangen.“ (S. 63)

Dem von Gerhard Behnke verlesenen Referat Gailats zufolge, waren die Referate der Abteilung II auf die wichtigsten Parteien sowie ihnen je verbundenen Verbände und Stiftungen, aber auch auf die Landsmannschaften und rechtsextreme Gruppen sowie die Gewerkschaften orientiert. „Hinsichtlich der CDU/CSU wurde in den 50er Jahren vor allem die Methode des Abschöpfens durch Mitglieder und Funktionäre der DDR-CDU angewandt. Die dann zunehmend praktizierte Einschleusung von Perspektiv-IM mit dem Ziel, diese in die Spitzen von CDU/CSU zu bringen, führte zu sichtbaren operativen Erfolgen, die ihre politische Nutzbarkeit und Umsetzung in Strategie und Taktik von Partei- und Regierungsarbeit der DDR erwiesen haben.“ (S. 70 f.) Dem dienten ‚Quellenpositionen‘ – vor allem Sekretärinnen – in der Bundesgeschäftsstelle bei R. Barzel, in Bundestagsbüros von B. Heck, K. Kraske und K. H. Biedenkopf sowie bei W. Marx. Mit dem Ehepaar Guillaume wurde „die Erlangung einer Spitzenposition in unmittelbarer Nähe des damaligen Bundeskanzlers ein nicht geplanter Erfolg, der vom Feind mehr gewürdigt wurde als vom großen Freund.“ (S. 75)

Der Parteien- und Zeithistoriker Herbert Bertsch schildert die Kontaktpolitik der DDR gegenüber der Bundesrepublik (S. 78-108). Darin werden über diese eher informelle Arbeitsweise auch kaum bekannte Details beispielsweise über die Treffen von Kanzler Brandt mit Ministerpräsident Stoph am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai 1970 in Kassel mitgeteilt. Ebenso umfangreich und ergiebig ist Beitrag von Bernd Fischer zum Wirken in der Dritten Welt. (S. 122-152). Rainer Rupp, von 1977 bis 1993 in der Politischen Abteilung im NATO-Hauptquartier in Brüssel tätig, sprach zur Aufklärung der NATO. Er zitierte anerkennende Urteile westlicher Geheimdienstexperten über die effektive Arbeit der HV A und deren Beitrag zur Friedenssicherung. Rupp stellt dies exemplarisch an den Anfang der achtziger Jahre erhöhten Spannungen und Kriegsgefahren in Europa dar, die durch neue Hochrüstungen unter Präsident Ronald Reagan ausgelöst wurden.

Die Herausgeber leiten die letzte Sektion mit Darlegungen zu besonders erfolgreichen Gebieten der HV A ein: Aufklärung und Abwehr der CIA (K. Eichner) sowie Aufklärung und Abwehr bundesdeutscher Dienste (G. Schramm).Bei Eichner findet sich auch Unterhaltsames aus der Observation von CIA-Residenturen u. a. in Berlin, Bonn und Wien. Andererseits benennt er das in den achtziger

Jahren erhöhte gegenseitige Interesse an Gesprächskontakten zwischen Oppositionellen in der DDR und US-Vertretern, wobei exemplarisch die Liste der für Pfarrer Rainer Eppelmann zuständigen Partner von 1978 bis 1990 angeführt wird. Schramm bemerkt, dass es dem BND und anderen Diensten nie gelang, Agenten in der HV A zu plazieren; sie kamen lediglich durch Überläufer zu Erfolgen. Auch R. G. Livingston bestätigte, dass die CIA nie einen Agenten in die HV A – „einen erstklassigen Spionagedienst" – oder in die SED-Führung einschleusen konnte. Gabriele Gast schildert zur „Infiltration des BND" ihre berufliche Karriere und verdeckte Arbeit im BND von 1973 bis 1990. Ihr Ziel war: „Die HV A sollte wissen, was der BND wusste. Denn im Kalten Krieg konnte nur das Wissen um die Absichten des Gegners Sicherheit vor unliebsamen Überraschungen bieten und dazu beitragen, den auf dem atomaren Patt beruhenden prekären Frieden zu bewahren." (S. 276) Erich Schmidt-Eenboom referierte zur DDR-Spionage des BND.

In Ausführungen zu „CIA und Ostdeutschland" äußerte B. Fisher, dass die US-Dienste anfänglich die HV A geringschätzten, bis ihnen klar wurde, dass sie „Operationen von Weltklasseniveau in den Bereichen des Nachrichtendienstes, der Spionageabwehr und der Funkaufklärung geführt hat." Noch mehr: „Die HV A diente als Geheimwaffe gegen Ziele in den USA, Westdeutschland und der NATO, sie beschaffte den Löwenanteil der entscheidenden nachrichtendienstlichen Informationen für den Warschauer Pakt. Alle ostdeutschen Quellen der CIA waren Doppelagenten unter Kontrolle entweder des MfS oder der HV A." (S. 304 f.) Letztere habe damit „die erste Verteidigungslinie der CIA bei der Beschaffung strategischer und taktischer Hinweise und Kriegswarnungen" neutralisiert.

Kurt Gailat schloss seine Ausführungen mit den Worten: „Mit der Zuspitzung der inneren Lage der DDR, die ihre Reflektion in der Zusammenarbeit mit IM-West und vor allem in deren zunehmend ungeschönt ernsten Informationen und Alarmsignalen fand, wurden mehr und mehr Widersprüche zwischen krampfhaftem Verharren auf unhaltbaren Positionen der Partei und den uns zugehenden und der Parteispitze warnend vorgelegten Informationen deutlich. Es gab in der Tat in unseren Reihen Frustration. Dies auch durch die Erkenntnis, im Korsett der Bindung an eigene nicht konsequent hinterfragte Überzeugungen gefangen zu sein." (S. 76 f.) Die Zwiespältigkeit der historisch-politischen Bilanzen der Geheimdienste im Kalten Krieg sprach B. Fisher an. Sein Resümé stimmt nachdenklich und soll die Informationen zum Sammelband mit der Empfehlung zu dessen Lektüre abschließen: „Die CIA verlor den ‚Spionagekrieg', konnte sich aber zum Sieger im Kalten Krieg erklären. Der ostdeutsche Nachrichtendienst verzeichnete viele Erfolge, erwies sich aber nur als Lebenserhaltungssystem für einen todkranken Patienten. Diese Ironie im Ausgang des Kalten Krieges wirft Fragen auf in Bezug auf die Rolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit in internationalen Angelegenheiten." (S. 305)

Marxistische Blätter 4_2008 (Juli), S. 105-109.

Rückblicke auf 1933

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez bemerkte kürzlich, daß die Bundeskanzlerin zu jener politischen Rechten in Deutschland gehört, die Hitler an die Macht gebracht habe. Obwohl polemisch vergröbert, ist die Aussage im Kern zutreffend. Deutsche Politiker und Publizisten behaupteten, Merkel sei von Chávez mit Hitler verglichen oder gar gleichgesetzt worden. Die gefälschte These ist – da unhaltbar – leichter zu denunzieren. Die Episode ist symptomatisch. Die herrschende Geschichtsideologie weigert sich weiterhin, elementare Wahrheiten von 1932/33 einzugestehen. Das verraten Beiträge zu den Vorgängen vor 75 Jahren.

Auch im Jahr 2008 beherrscht das rechtsgerichtete Totalitarismus-Konzept die Äußerungen von Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern zum Scheitern der Weimarer Republik und zur Errichtung der NS-Diktatur. Ihm zufolge hätten Nazis und Kommunisten die parlamentarische Demokratie zerstört. Das Ausmaß der Zermürbung des Gemeinwesens sei laut Spiegel (3/2008) daran zu erkennen gewesen, „daß 1932 mehr als die Hälfte der Wähler für NSDAP und KPD gestimmt hatten – für Parteien also, die sich blutig bekämpften und deren Führungen politische Morde guthießen." Die antikommunistische Deutung läßt sich in ihren Grunddogmen auch von Forschungsergebnissen nicht beirren.

In der Gedenkstunde des Bundestages am 10. April 2008 bediente Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) diese Klischees: „In einer beispiellosen Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung, mit der sich in Straßen- und Saalschlachten zunehmend der Eindruck eines begonnenen Bürgerkrieges verbreitete und Pöbeleien und Prügeleien als Obstruktionsstrategie der Republikfeinde zum parlamentarischen Alltag wurden", sei die Parlamentsverachtung in der Bevölkerung gewachsen. Hätten kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter sowie Gewerkschafter früher und kampflos die Versammlungsräume, Straßen, Wohngebiete und Städte den Nazis überlassen sollen, deren provokatorische Aufmärsche von rechtsbürgerlichen Politikern, Beamten und Juristen immer wieder begünstigt wurden?

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik von Ende 1932 wird unverändert für das „Rot gleich Braun"-Schema strapaziert: Die Nazis beteiligten sich daran, um mit sozialer Demagogie ihren Einfluß unter Arbeitern zu vergrößern. Für die Entscheidung über das Herrschaftssystem im Deutschen Reich war der Konflikt bedeutungslos. Die geschichtsfälschende Parallelisierung richtet sich gegen die Linke von gestern und heute. Die spezifische terroristisch-menschenverachtende Natur der faschistischen Bewegung und Ideologie verschwindet ebenso wie der antifaschistische Widerstand der Kommunisten – der ersten Adressaten eines zunehmend flächendeckenden Terrors. Zugleich wird von den Kräften in Politik, Wirtschaft und Geistesleben abgelenkt, die sich ab 1931/32 auch offen mit dem Nazismus verbündeten.

„Im Gegensatz zu Lenin und anderen Diktatoren", ist im genannten Spiegel-Heft über Hitler zu lesen, „verdankte er seinen Aufstieg demokratischen Wahlen." Es wird unterschlagen, daß es sich um den Unterschied zwischen einer wirklichen Revolution und einer Machtverschiebung innerhalb einer bürgerlich-aristokratisch beherrschten Gesellschaft handelt. Hinzuzufügen ist, daß es Millionen Wähler Hitlers in der Krise der Republik auch deshalb gab, weil sie von den Nutznießern des Bildungsprivilegs seit Jahrzehnten vor allem völkisch-nationalistisch, großmachtpolitisch und antisozialistisch erzogen worden waren. Spiegels Geschichtsbild reproduziert die antikommunistischen Bedrohungslügen von 1932/33. Auch die Motive ähneln sich: Politische Ängste und Desorientierungen dienen dazu, eigene Vorstellungen und Interessen durchzusetzen.

Helmut Schmidt verkündet im Juni 2008 (Zeit-Magazin Nr. 26) unbelehrbar und unwidersprochen, die Weimarer Republik sei zugrunde gegangen wegen der Wirtschaftskrise „und weil Nazis und Kommunisten sie sodann gemeinsam kaputt gemacht haben." Auch die Mär von der Alleinschuld van der Lubbes am Reichstagsbrand wurde wieder aufgewärmt. Sie ist zählebig, weil sie Raum läßt für den Verdacht, daß es Anfang 1933 im kommunistischen Lager Sympathien oder gar Vorbereitungen für Provokationen und Putsche gegeben hätte.

Zur Situation im Januar 1933 war in Heft 27 von GEO Epoche zu lesen: „Der Reichstag, in dem rechte und linke Extremisten die Mehrheit haben, ist handlungsunfähig.“ Der Historiker Michael Stürmer, der beruflich von Tatsachen ausgehen und es besser wissen sollte, schrieb am 5. März 2008 in Die Welt: Während „die Sozialdemokraten im Reichstag zu retten suchten, was zu retten war, blockierten KPD und NSDAP in tobender Wahlverwandtschaft das Parlament“. Tatsächlich waren der im Juli 1932 sowie der im November 1932 gewählte Reichstag handlungsunfähig – allerdings durch eine rechte Mehrheit: Alle bürgerlichen Parteien wählten Hermann Göring beide Male zum Präsidenten des Parlaments. Sie ließen ihre Vizepräsidenten auch von den Nazis wählen und halfen Göring, die Arbeit des Reichstags lahmzulegen. Initiativen von SPD und KPD wurden vom bürgerlichen Block abgelehnt und die Volksvertretung ausgeschaltet, bis hinter den Kulissen das Kabinett Hitler ausgehandelt war. Nur SPD und KPD brachten am 30. Januar 1933 Anträge ein, der Reichstag möge der Regierung Hitler das Vertrauen entziehen.

Die am antidemokratischen Intrigenspiel maßgeblich beteiligten Vorläuferparteien der CDU/ CSU – Zentrum und Bayerische Volkspartei (BVP) – werden in bundesdeutschen Medien kaum erwähnt. Das gilt erst recht für ihre Spitzenpolitiker wie die Parteivorsitzenden Prälat Ludwig Kaas und Fritz Schäffer, aber auch den Kölner Oberbürgermeister (seit 1917) und Vorsitzenden des Preußischen Staatsrats (1920-1933), Konrad Adenauer. Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 gaben alle bürgerlichen Parteien die Republik auf.

Gemeinsam mit NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) brachten Zentrum und BVP eine außenpolitische Entschließung ein, mit der der Reichstag die verlogene friedenspolitische Rede Hitlers am 17. Mai 1933 billigte und „sich geschlossen hinter die Reichsregierung“ stellte. Alle übrigen, nach der bereits im März erfolgten Annullierung der Mandate der KPD im Reichstag verbliebenen Parteien einschließlich der bereits dezimierten SPD-Fraktion, stimmten zu. Der Spiegel (3/2008) bemerkte zwar zu 1933, daß die Rolle der bürgerlichen Parteien „auf ewig ein Schandmal der Geschichte des deutschen Bürgertums bleiben“ wird. Aber die für das Versagen verantwortlichen Parteien und Politiker blieben ungenannt.

Die Anonymisierung der Ja-Sager von 1933 diente ab 1948/49 der Restauration und wird heute als geschichtsideologische Legitimation für CDU/CSU, FDP und ihnen nahestehende Gruppierungen benutzt. In der erwähnten Gedenksitzung des Bundestages meinte selbst Hans-Jochen Vogel (SPD), hier sei „nicht der Ort, über die Gründe zu rechten, aus denen nicht nur die Nationalsozialisten und die Deutsch-Nationalen, sondern auch die Abgeordneten der anderen Parteien“ dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Zutreffend stellte er jedoch fest, daß damit „der Übergang zur Diktatur vollendet und allem, was dann folgte, der Boden bereitet“ war. Die verbreitete Phrase, daß es der Republik an wirklichen Demokraten gefehlt habe, ersetzt die konkret-historische Kritik.

Im Spiegel Spezial Geschichte (1/2008) zu „Hitlers Machtergreifung“ fehlen in der Chronik nur die ersten Monate 1933 Ereignisse, die tatsächlich nur die Machtfrage entscheidend waren und Wesentliches über den entstehenden „Verbrecherstaat“ (Karl Jaspers) verraten: Die geheime Rede Hitlers vor den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar sowie das Treffen Hitlers und Görings mit etwa zwei Dutzend Industriellen und Bankiers am 20. Februar. An Letzterem nahmen u. a. teil: Robert Bosch (IG Farben), Alfried Krupp von Bohlen und Halbach (Reichsverband der deutschen Industrie), Hjalmar Schacht (Bankwesen) und Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke). Unter den mehr als dreißig Beiträgen des Heftes finden sich keine zur Rolle der Reichswehrführung, der Industrie- und Bankkapitäne sowie der Führungen der bürgerlichen Parteien. Es gibt keinen Aufsatz über das geistig-moralische Versagen des Bildungsbürgertums, insbesondere der Mehrheit der Professoren, der Justiz und der höheren Beamtenschaft. Der „Mut zur Lücke“ ist atemberaubend. Längst wissenschaftlich zerpflückte Legenden und Lügen werden fortgeschrieben oder neu aufgelegt. Die meisten beamteten Historiker und wohldotierten Journalisten nehmen an dem aufklärungsfeindlichen Treiben teil oder finden sich damit ohne nennenswerten Widerspruch ab. Das politische und ideelle Widerstehen gegen die fortschrittsfeindliche Deutung der verhängnisvollsten Ereignisse deutscher Geschichte muß einmal mehr vor allem von radikal demokratischen und antifaschistischen Bewegungen ausgehen.

Quelle: 12. August 2008 Mitteilungen der Kommunistischen Plattform.

Geschichtswissenschaftler der DDR nach 1990

An der State University of New York (SUNY) in Potsdam, im Norden des Bundesstaates New York nahe der Grenze zu Kanada gelegen, fand am l. und 2. September 2008 eine Tagung über „The Transformation of Historical Scholarship in Eastern Germany Since 1990“ statt. Die Initiative und Gesamtleitung lagen bei Axel Fair-Schulz, SUNY/Department of History, und Mario Kessler, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam (D) bzw. New York. Als von den damaligen Umbrüchen betroffene Hochschullehrer nahmen Stefan Bollinger, Werner Röhr und Jörg Roesler (alle Berlin), Rainer Schnoor (Potsdam) und Ludwig Elm (Jena) teil. Sie referierten über persönliche Erfahrungen auf den jeweiligen Wissenschaftsgebieten sowie in den Forschungsrichtungen und -institutionen während und nach der Wende von 1989/90 und trugen dazu ihre Einschätzungen und Folgerungen vor.

Die prominentesten Teilnehmer waren Georg Iggers, SUNY in Buffalo, und Konrad Jarausch, University of North Carolina in Chapel Hill. Der wegen jüdischer Herkunft mit der Familie aus Deutschland vertriebene und in den USA stets für Bürgerrechte und internationale Verständigung engagierte G. Iggers wurde weltweit bekannt durch fundamentale Beiträge zur Historiographie. Er erhielt im Oktober 2007 das Bundesverdienstkreuz. Mit K. Jarausch war der renommierteste US-amerikanische Autor zu deutscher Zeitgeschichte seit 1945 als Redner und Partner in den Debatten dabei. Ferner leisteten Marcus Aurin, University of Chikago, und William Pelz, Elgin College/Chikago, Beiträge. Letzterer hat u. a. über die europäische Linke sowie über Wilhelm Liebknecht und die deutsche Sozialdemokratie gearbeitet und publiziert. Die Tagung wurde vom Dekan des Departments of History eröffnet und später auch vom Präsidenten der Universität, John Schwaller, begrüßt.

Mario Kessler referierte einführend zur ost- und westdeutschen Geschichtsschreibung nach 1945 und behandelte schwerpunktmäßig die erste Phase der Nachkriegsgeschichte bis etwa 1961. Ausgehend von 1938 geäußerten Erwartungen des emigrierten antifaschistischen und marxistischen Historikers Arthur Rosenberg an die Geschichtsschreibung nach Hitler skizzierte er deren gegensätzliche Ausgangspunkte und konzeptionelle Grundlinien in der Frühzeit beider deutscher Staaten. Das wurde an der Übersicht zu damals jeweils tonangebenden Historikern veranschaulicht und in die konträren gesellschaftspolitischen Entwicklungen eingeordnet: Weitreichende personelle Kontinuität auf bundesdeutschen Lehrstühlen seit den zwanziger und dreißiger Jahren einschließlich jener Professoren, die sich in dieser oder jener Weise mit der Nazidiktatur arrangiert hatten. Auch schwerwiegendes Versagen im Verbrecherstaat und Mitschuld als Schreibtischtäter schloss im Verlauf der westdeutschen Restauration Verbleib und neue Schlüsselpositionen nicht aus. Hier nannte Kessler u. a. Hermann Aubin. Werner Conze, Günther Franz, Hermann Heimpel und Theodor Schieder. Nicht überraschend erscheint somit, dass die emigrierten Historikerkollegen kaum zur Rückkehr ermuntert wurden. Ausgehend von wissenschaftsmethodischen Kontinuitäten und der intensiven Aufnahme des Totalitarismuskonzepts eröffnete der Referent den Blick auf die ab Ende der fünfziger Jahre einsetzenden Modernisierungen, insbesondere durch die Zuwendung zur Sozialgeschichte. Die Verdrängung der Mitverantwortung von Historikern in der NS-Zeit dauerte – wie der in anderen Wissenschaftsdisziplinen – dank der Anpassung und Beihilfe der Schüler im Wesentlichen noch Jahrzehnte an.

In SBZ und DDR erlangten linke Intellektuelle, die aus Widerstand und Verfolgung, Emigration und Untergrund kamen, in einem entschiedenen Neuansatz geschichtswissenschaftlicher Forschung und Bildung Einfluss und entscheidende Positionen. Als Kommunisten, Sozialisten und bürgerliche Demokraten waren sie überzeugt und bereit, an der radikalen Umgestaltung und Erneuerung von Gesellschaft, politischem System und geistig-kulturellem Leben teilzunehmen. Dabei erscheinen Namen wie Walter Bartel, Ernst Engelberg, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Alfred Meusel, Heinrich Scheel, Albert Schreiner, Leo Stern und Joachim Streisand. Arnold Reisberg und Wolfgang Ruge kamen aus Lagern Stalins in die DDR. Kessler erörterte die Widersprüche und Probleme, die sich aus dem Macht- und Führungsanspruch der SED auf allen Gebieten sowie den inneren und internationalen Gegebenheiten des ostdeutschen Staates zu Lasten der ursprünglichen Vorstellungen und für das Wirken der Historiker der ersten und der nachfolgenden Generation ergaben. Er schloss mit einem kritischen Blick auf den Umgang des bundesdeutschen Establishments mit der ostdeutschen Ge-

schichtswissenschaft um und nach 1990 sowie mit der Frage, was von dieser künftig bleiben oder nachwirken werde.

Das Bemühen um eine differenzierte, kritische wie gerechte Würdigung der Geschichtswissenschaft der DDR sowie begründete Distanz zu dem ab 3. Oktober 1990 erfolgten Abbruch wesentlicher Forschungstraditionen und -projekte bestimmte den Tenor und Hauptinhalt der Referate und der jeweils dazu erfolgten Nachfragen, Einwände und Ergänzungen. Das schloss Kritik – wie sie vor allem von Iggers und Jarausch artikuliert wurde – und Selbstkritik an Defiziten und Fehleinschätzungen der geschichtswissenschaftlichen Forschung und Lehre im realen Sozialismus ebenso ein wie die Hinweise auf gültige Ansätze und Resultate, die seither gegen Totschweigen, pauschale Denunziation und neues politisches Duckmäusertum von Akademikern zu erinnern und zu verteidigen sind. Die Erfahrungsberichte der in den damaligen Umbrüchen unmittelbar Betroffenen behandelten Querschnittsprobleme und Fallstudien: Die deutsche Vereinigung und die Debatte in den westdeutschen Sozialwissenschaften (S. Bollinger), Die Liquidierung der ostdeutschen Wirtschaftsgeschichte: Ein typischer Anschluss-Vorgang (J. Roesler), Konservatismusforschung – Geschichte und Ende eines interdisziplinären Projekts (L. Elm), Der Abbruch der Geschichtswissenschaft der DDR: Das Beispiel der Universität Leipzig (W. Röhr) und Die ostdeutschen Amerika-Studien seit 1989 (R. Schnoor).

G. Iggers ging unter Einbeziehung seiner Kontakte und Gespräche mit ostdeutschen Kollegen in seinem Beitrag der Frage nach, wo sich die Geschichtswissenschaft der DDR zum Zeitpunkt der staatlichen Vereinigung befunden habe. Ebenfalls auf persönliche Eindrücke und Erfahrungen zurückgreifend, erörterte K. Jarausch die Umgestaltung des Hochschulstudiums am Beispiel der Humboldt-Universität. Beide Gelehrte trugen durch ihre weltoffene Herangehens- und Sichtweise – gründend auf umfassende internationale politisch-wissenschaftliche Erfahrungen – sowie eine liberale Skepsis gegenüber bundesdeutscher Selbstgerechtigkeit, ideologischem Eiferertum und autoritärem Politikstil wesentlich zum konstruktiven Verlauf der Veranstaltung bei. In der abschließenden Roundtable-Diskussion bekannte sich Iggers als demokratischer Sozialist, wobei er offensichtlich der sozialdemokratischen Linie am nächsten steht.

Den gleichen Geist sachlicher Herangehensweise atmeten auch die Beiträge von W. Pelz (Die Revanche der Krupps? Betrachtungen über das Ende der DDR-Geschichtsschreibung), A. Fair-Schulz (Die Auflösung des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR) und M. Aurin (Zur kaum bekannten zweiten Wissenschaftskultur in Ostdeutschland nach 1990). Meredith Heiser, Foothill College/Kalifornien, stellte am Abend des zweiten Konferenztages den 1965 verbotenen DEFA-Film „Das Kaninchen bin ich“ von Kurt Maetzig – „The Rabbit is Me“ mit englischen Untertiteln – vor und diskutierte mit interessierten Studenten und weiteren Zuschauern den historisch-politischen Hintergrund und künstlerischen Rang des Werkes. Georg Iggers sprach in einer weiteren Abendveranstaltung über sein ebenso bewegtes wie reiches politisches und wissenschaftliches Leben und präsentierte die unter dem Titel „Two Lives in Uncertain Times“ erschienenen Memoiren von sich und seiner Frau Wilma (die durch Erkrankung an der Teilnahme verhindert war). Auch dieses Angebot fand – wie Teilnahme und Diskussion zeigten – ein erfreuliches studentisches Interesse.

Altbundesdeutsche Historiker waren der Einladung zur Konferenz nicht gefolgt. Die ignorante und desinteressierte – sicher auch politisch berechnende – Verhaltensweise ist noch im Jahr 2008 symptomatisch: Eine mit den um 1990 Betroffenen in einem offiziellen akademischen Rahmen sowie in sachlicher und fairer Weise durchgeführte Veranstaltung zu einem solchen Thema ist noch fast zwanzig Jahre nach der staatlichen Vereinigung in diesem Land kaum vorstellbar und tatsächlich bisher nicht möglich gewesen. Mancher etablierte bundesdeutsche Lehrstuhlinhaber wäre sicherlich dazu persönlich nicht abgeneigt. Die intolerante und aufklärungsfeindliche Atmosphäre in der Bundesrepublik lässt es jedoch auch gesprächsbereiten Kollegen geraten erscheinen, sich vorerst nicht auf bestimmte Themen und Partner einzulassen. Der eigentliche Unterschied besteht offensichtlich darin – und erinnert den Verfasser dieses Berichts an die Erfahrung bei der Tagung zur HV A in Odense im November 2007 *(vgl.MB, 1-08)* – dass bei einem nach Umgang und Rang ansehnlichen Teil US-amerikanischer Wissenschaftler eine *gelebte* – und nicht nur in Lehrbüchern, Festreden und Leitarti-

keln verkündete – Liberalität und Pluralität anzutreffen ist. Sie schließt Achtung auch gegenüber Persönlichkeiten und deren Lebenswegen ein, die von der anderen Seite der früheren Barrikaden kommen, zumindest teil- und zeitweise irrigen Anschauungen anhingen oder sogar noch heute in wesentlichen Fragen andere Sichtweisen und Meinungen vertreten.

Die von Anbeginn in den Traditionen und mit den Prämissen und Inhalten eines militanten Antikommunismus erfolgte Ideologisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik ist insbesondere auch in den zeit- und politiknahen Bereichen weiterhin vorherrschend. Sie ist seit eh und je auch im Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik virulent und wirksam – bis zur nachhaltigen Herabsetzung und Ausgrenzung insbesondere des linken Spektrums. Das wurde um und nach 1990 zielstrebig auf die neuen Bundesländer ausgedehnt und verriet das offizielle Verständnis von *Vereinigung*. Vielfach findet sich in der Berufungspolitik seit 1990 die Kehrseite der rigorosen Verdrängung der von einer marxistischen und antifaschistischen Herkunft geprägten Wissenschaftler. Beispielsweise wurde der Politikwissenschaftler Eckart Jesse an der Universität Chemnitz Lehrstuhlinhaber, der mit einem rechtsgerichteten Totalitarismus- und Extremismuskonzept nicht nur dem deutschnationalen Flügel der sächsischen und Bundes-CDU, sondern auch dem grassierenden Rechtsextremismus direkte und indirekte theoretisch-ideologische Schützenhilfe leistet. Nach zwei Enquete-Kommissionen des Bundestages (zwischen 1992 und 1998) agieren die 1998 errichtete Bundesstiftung zur „SED-Diktatur“ sowie Haupt und Gliederungen der Birthlerschen Untersuchungs- und Verfolgungsbehörde als finanziell, personell und medial aufwändig protegierte Vortrupps militant antikommunistischer Desorientierung und Massenbeeinflussung. Daneben sind ohnehin Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, parteinahe und weiteren Interessengruppen verpflichtete Stiftungen, Verlage und Medien sowie andere Einrichtungen und Gruppen im Sinne der vorherrschenden Geschichtsideologie wirksam. Weitgehend totgeschwiegen und offiziell geächtet wird die nicht zuletzt im Ergebnis der Ausgrenzung aus den Hochschulen entstandene zweite Wissenschaftskultur. Sie findet sich vor allem in der ebenfalls föderal strukturierten Rosa-Luxemburg-Stiftung und weiteren Vereinen und Gruppen. Die Wahlerfolge der Linken veranschaulichen, dass die ihr nahestehenden intellektuellen Gruppen auch eine bemerkenswerte demokratische Legitimation besitzen. Sie vertreten authentisch historisch-politische Erfahrungen, Einsichten und Folgerungen beträchtlicher Teile insbesondere der ostdeutschen Bevölkerung. Das alles lässt die offizielle Geschichtspolitik unbeeindruckt. Seit Jahren die alternativen Initiativen und Resultate völlig ignorierend, scheuen sich die meisten Politiker und Publizisten nicht, insbesondere vor Wahlen und bei innenpolitischen Konfliktsituationen ihre linken Gegner zur angeblich ausstehenden Geschichtsaufarbeitung aufzufordern. Vor allem hei CDU/CSU und FDP erweisen sich die demagogischen Vorwürfe als hauptsächliches und ablenkendes Mittel, weiterhin weder die eigenen Herkünfte vor 1945 noch die Rolle in der bundesdeutschen Restauration ab 1948/49 endlich schonungslos offenzulegen.

Von Politikern und Wirtschaftsbossen bis zu Publizisten, Lehrern und Wissenschaftlern sowie einem Teil der Schriftsteller und Künstler findet sich eine latente, keineswegs offen eingestandene, Parteilichkeit, die sich als Mainstream auch anmaßt und beansprucht, Inhaber und legitimer Repräsentant der offiziellen Verheißungen von freier Rede und Schrift, von liberaler und pluralistischer Öffentlichkeit zu sein. Sie schließen antikommunistisch motivierte Einschränkungen und Verletzungen der proklamierten hehren Prinzipien geradezu selbstverständlich ein. Nicht zuletzt auf dem Gebiet der Geschichtspolitik und Geschichtsschreibung, der historischen Bildung und Unterhaltung sowie den darin einzuschließenden öffentlichkeitswirksamen Gebieten des Erinnerns und Gedenkens zeichnen sich unter diesen Vorzeichen gegenwärtig neue, weitergehende Rechtsverschiebungen ab. In den jüngsten geschichtspolitischen Vorstößen seitens der CDU/CSU und des weiteren konservativ-nationalistischen Umfelds wird die antikommunistische Speerspitze geschärft. Das geschieht sogar zu Lasten der Überlieferung objektiver bürgerlicher Geschichtsschreibung und wird sich damit selbst als ein Zeichen von Unsicherheit und Schwäche erweisen.

Im Einklang mit der bundesdeutschen Geschichte gilt es nunmehr auch im Umgang mit dem Erbe der DDR sowie seinen tatsächlichen oder vermeintlichen Repräsentanten: Marginalisierung und Ausschluss kapitalismuskritischer, radikaldemokratischer und sozialistischer, gar marxistisch intendierter

Geschichtsanalyse und -vermittlung. Die illiberale Grundtendenz verrät ihre äußersten Konsequenzen in der überlieferten und längst erneuerten Feindseligkeit gegenüber den im europäischen Hauptstrom des Antifaschismus und den im ernstzunehmenden Pazifismus wurzelnden historisch-politischen Darstellungen und politischen Konzepten. Alles andere als zufällig somit, dass die vorgestellte Tagung in dieser Weise nicht im deutschen, sondern im nordamerikanischen Potsdam stattfand. Auch für die absehbare Zukunft bedürfen Geschichtspolitik sowie historische Forschung und Bildung in der Bundesrepublik der Stimmen und Einflüsse des liberalen und linken Auslands, um provinzielle Borniertheit zurückzudrängen, eine größere Objektivität herrschender Geschichtsbilder zu erreichen und deren überparteiliche, aufklärerische Verpflichtungen auch in diesem Land zu verwirklichen.

Marxistische Blätter 6_2008 (November), S. 67-70.

„Ein Strafmaß in dieser Höhe war ein Glücksfall“

Klaus-Michael Mallmann/Andrej Angrick (Hrsg.): Die Gestapo nach 1945. Karrieren, Konflikte, Konstruktionen, Darmstadt 2009, 368 S. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 14)

Die als Überschrift gewählte Aussage traf Peter Klein zum Urteil gegen den „Mordgehilfen“ Dr. Otto Bradfisch. Der aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kommende, 1903 geborene Bradfisch, seit 1931 in der NSDAP, hatte als Jurist 1935 beim Regierungspräsidium München-Oberbayern begonnen. Im März 1937 wechselte er zur Staatspolizei – „Stapo“ – Saarbrücken und wurde im Juli Chef der Stapo in Neustadt/Weinstraße. 1938 folgten der Eintritt in die SS und der Dienstgrad Hauptsturmführer. 1941 zog Bradfisch – inzwischen SS-Sturmbannführer – als Leiter des Einsatzkommandos (EK) 8 mit 230 Mann in den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Er forderte „von seinen Männern immer wieder hohe Erschießungsquoten insbesondere von Juden“: „Tatsächlich hatte das EK 8 bis zum 28. Februar 1942 mit 6 0811 Erschossenen zwei Drittel zur Gesamtbilanz der Einsatzgruppe B von 91.012 Mordopfern beigetragen.“ (S. 222) Am 15. August 1941 bot er dem Reichsführer SS Himmler nahe Minsk eine „Schauerschießung“ von Partisanen und Juden. Ab April 1942 setzte Bradfisch als Stapo-Chef von Łódź (Litzmannstadt) sein massenmörderisches Wirken bei der Auflösung des Großghettos (Juden, Sinti und Roma) sowie mit weiteren Massakern fort. Anfang 1945 kommandierte er als SS-Obersturmbannführer Sicherheitspolizei und SD in Potsdam. Mit gefälschtem Namen blieb es bei einer kurzen Gefangenschaft und anschließendem Erwerbsleben als Land- und Bergarbeiter. Ab 1953 war er – wieder unter richtigem Namen – Vertreter bei der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-A. G. Die Amnestiepolitik der Bonner Koalition von CDU, CSU, FDP und Deutsche Partei (DP) und die Schlussstrichmentalität der frühen Bundesrepublik hatte ihn für die eigene Perspektive zuversichtlich gestimmt.

Überraschend kam für Bradfisch die Verhaftung im April 1958 und die Anklage beim Landgericht München gegen ihn und vier weitere Angehörige des EK 8 sowie die Verurteilung im April 1960. Obwohl die Größenordnung der Morde in Weißrussland und die direkte Tatbeteiligung an Erschießungen erwiesen war, wurde er nur wegen „Beihilfe zum Mord“ angeklagt und im Juli 1961 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. 1962/63 folgte das Verfahren wegen der Verbrechen in Łódź. Die nochmalige Haftstrafe von zehn Jahren wurde mit dem vorherigen Urteil zu 13 Jahren Zuchthaus bei Anrechnung verbüßter Haft zusammengefasst. Darauf bezog sich die oben zitierte Äußerung von Klein.

Mit dem Fall Bradfisch sei exemplarisch darauf verwiesen, an welche Art und Dimension von Verbrechen der faschistischen Geheimen Staatspolizei (Gestapo) im vorliegenden Band erinnert wird. Damit sind Maßstäbe für den Umgang mit den Untaten wie den Akteuren nach 1945 und 1949 gesetzt. Die Vergangenheitspolitik und das Rechtsverständnis der Bundesregierungen, sowie deren fundamentale Defizite hinsichtlich eines antifaschistischen Verständnisses der Zeitgeschichte, ließen für die große Mehrzahl der Mordgesellen der NS-Diktatur – darunter Gestapo, SS und SD – die „zweite deutsche Demokratie“ zu einem Glücksfall werden. Das umfasst solche, in Beiträgen des Bandes belegte Momente wie: Die zielstrebige Schlussstrich- und Amnestiepolitik sowie die je frühestmögliche Verjährung von Verbrechen ab Gründung der Bundesrepublik; der jahrelange Verzicht auf systematische Ermittlungen zu den Nazi- und Kriegsverbrechen; die Reduzierung von Mord auf Beihilfe zum Mord (Gehilfen) oder auf Totschlag; die richterliche Übernahme der Lügen vom Befehlsnotstand der Täter; die Weigerung, Täter an die Staaten auszuliefern, in denen sie ihre Verbrechen begangen hatten; die langjährige Behinderung gemeinsamer Strafverfolgung mit Behörden in entscheidend betroffenen Ländern wie Tschechoslowakei, Polen und Sowjetunion; eine Unzahl von Verfahrenseinstellungen, die häufig durch halbherzige und nachlässige Ermittlungen oder offene Begünstigung herbeigeführt wurden; die weithin unkritische und nahezu ausnahmslose Wiedereingliederung bzw. uneingeschränkte Altersversorgung auch dieser Tätergruppen auf der Grundlage von Art. 131 GG. Dazu kam verbreitet die Tendenz, Täter aus dem bürgerlich-aristokratischen und akademischen Milieu nachsichtiger behandeln. Davon profitierten in besonderem Maße auch Führungskräfte von SS, Gestapo und SD.

In der bundesdeutschen Justiz und Rechtswissenschaft – weithin von ehemaligem NS-Personal praktiziert und gelehrt – wurden jahrelang faschistische Sichtweisen, Argumentationen und Sprachrege-

lungen fortgeschrieben, beispielsweise zu „Bandenbekämpfung“ und Geiselerschießungen in okkupierten Ländern oder um so genannte asoziale Gruppen („Zigeuner“, Homosexuelle) zu entrechten. Jahrzehntelang wurde von der angeblichen Rechtsgültigkeit selbst von Urteilen des Volksgerichtshofes und von Standgerichten ausgegangen. Richter bekundeten Respekt vor dem Eid auf den „Führer“, vor bedingungslosem Befehlsgehorsam und Wehrmachtskameraderie. Diese wurden bei der Urteilsfindung oft höher bewertet als die Lebens- und Menschenrechte der Unterdrückten und Opfer.

Der überlieferte, mit Restauration und Kaltem Krieg neu mobilisierte Antikommunismus nährte die Ignoranz gegenüber den Verbrechen und Opfern zwischen 1939 und 1945 in Osteuropa. Im Innern diente er der Entrechtung kommunistischer Nazigegner, Verfolgter und Opfer. Die geistige Verwandtschaft zum nazistischen Antibolschewismus trug dazu bei, die kriminelle Dimension der Besatzungs- und Vernichtungspolitik in der Sowjetunion zu übersehen oder zu relativieren. Mit deutschnationalen Ressentiments rechtfertigen oder verharmlosen bis heute nicht nur konservative und nazistische Gruppierungen die Taten der Wehrmacht. Die Betonung einer Opferrolle der Deutschen mit Verweis auf Bombenkrieg, eigene Kriegstote, Vertreibung, Gefangenschaft und Besatzung wirkte seit eh und je entlastend für alle Täter und Mitläufer.

Der Sammelband enthält nach der Einführung durch die Herausgeber 17 Beiträge von 15 Autoren, darunter je einen von in den USA und Großbritannien sowie zwei von in Polen wirkenden Historikern. Die Gliederung folgt dem Untertitel: I. Karrieren (7), II. Konflikte (7) und III. Konstruktionen (3). Ein Abkürzungsverzeichnis, je ein Personen- und Ortsregister sowie Angaben zu den Autoren runden den Band ab. Neben dem Schwerpunkt Bundesrepublik werden partiell auch Österreich und die DDR als „Nachfolgegesellschaften des Dritten Reiches“ einbezogen. In Anlehnung an den DEFA-Film von Wolfgang Staudte „Die Mörder sind unter uns“ wurde der Bucheinband gestaltet und der Titel der einleitenden Ausführungen gewählt.

Mallmann und Angrick gehen davon aus, dass mindestens 25 000 Angehörige der Gestapo Krieg und Naziregime überlebt hatten. Im Verlauf der Nürnberger Prozesse signalisierten ihnen das Todesurteil gegen ihren Chef Ernst Kaltenbrunner sowie die Verurteilung von Gestapo und SD als „verbrecherische Organisationen“ die Positionen der Siegermächte. „Und als die Amerikaner 1948 im Nürnberger Einsatzgruppenprozess – dem Fall 9 der Nachfolgetribunale – gegen 14 von 24 angeklagten SS-Führern aus Gestapo und SD die Todesstrafe verhängten, wusste endgültig jeder, dass die Alliierten Ernst machten.“ (8) Das Personal der Gestapo war für den Automatischen Arrest vorgesehen, der für einen beträchtlichen Teil zunächst eine zwei- bis dreijährige Internierung bedeutete. Die wenigsten brachen mit ihren nazistischen Grundüberzeugungen oder räumten eigene Schuld ein. Mit dem restaurativen Umschwung in den Westzonen ab 1947/48 nahm in der Bevölkerung die Solidarisierung mit NS-Tätern als angeblichen Opfern der Sieger zu. Einige wurden – wie Klaus Barbie – von den westlichen Geheimdiensten angeheuert oder erhielten in der vom CIA protegierten Organisation Gehlen – dem späteren Bundesnachrichtendienst (BND) – neue Chancen. Andere nutzten die von Vatikan, Roten Kreuz und weiteren Helfern unterstützten Fluchtwege ins Ausland, insbesondere nach Südamerika und in den Nahen Osten. Zugleich verflachte und versandete die Entnazifizierung und führte dazu, Entlastungen auszusprechen und Persilscheine auszustellen. Auf relative geringfügige Bestrafungen wurde die Internierungszeit angerechnet.

Die Herausgeber stellen die nach Gründung der Bundesrepublik rasch fortschreitende Schuldverdrängung, Rehabilitierung und Integration dar, die die Mehrzahl der ehemaligen Gestapo-Mitarbeiter einschloss. Auf der Basis des 131er-Gesetzes vom Mai 1951 erhielten auch sie die Rechte auf Wiedereinstellung, Übergangsgelder und Pensionen. Der Weg in die bundesdeutsche Polizei sowie in BND, BKA und Verfassungsschutz – auch in leitende Funktionen – wurde geöffnet und zügig genutzt. Die gleichzeitige Verfolgung von Kommunisten und weiteren Gegnern der Politik Adenauers, die beginnende Aufrüstung und die weitgehende Rehabilitierung der Wehrmacht, das Beschweigen der Großverbrechen in vielen Ländern Europas sowie Amnestien und Verjährungen von NS-Verbrechen schufen ein politisch-moralisches Klima, in dem schließlich selbst die Vordenker und Akteure in der Zentrale der Vernichtungspolitik - im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) – von Strafen verschont blieben. Bereits vor Jahren wurden diese Vorgänge in einer Studie zu Werner Best dargestellt. (Ulrich

Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Bonn 1996).

Der Weggefährte von Best im engsten Umkreis von Himmler und ebenfalls als Vordenker bestialischer Ausrottungspolitik ausgewiesene Professor Reinhard Höhn bleibt unerwähnt. Das dürften Dieter Hundt und weitere Spitzenpolitiker der Unternehmerverbände zufrieden registrieren: Protegiert von ihren Vorgängern hatte Höhn ab 1953 jahrzehntelang eine zweite exklusive Karriere bei der Manager-Ausbildung ihrer Verbände – von Wirtschaft, Politik und Justiz gegen antifaschistische Kritiker abgeschirmt – absolvieren können. Die Aufsätze zeigen, dass so wie Best als Justitiar bei der Firma Hugo Stinnes unterkam, zahlreiche frühere Gestapo-, SS- und SD-Funktionäre in der Wirtschaft offensichtlich wohlwollend aufgenommen wurden. Angelehnt an Feststellungen U. Herberts wird im Exkurs von Mallmann und Angrick bemerkt, dass „die 1950er Jahre die große Zeit der zweiten Chance für einstige Gestapo-Angehörige“ gewesen sind und viele Beispiele zeigen, „dass den höheren Gestapo-Funktionären in der Regel im Laufe der 1950er Jahre die Rückkehr in die Bürgerlichkeit gelang und dass sie damals in etwa auch die soziale Position wieder erreichen konnten, die ihrer Ausbildung entsprach.“ (21)

Die Autoren legen eine Reihe von Fallstudien und Querschnittsanalysen vor, die das kritische Gesamtbild wesentlich vervollständigen und bestätigen. Einzelfälle stellen Martin Cüppers (Walther Rauff). Stephen Tyas (Horst Kopkow), Jacek Andrzej Młynarczyk (Ludwig Hahn), David M. Mintert (Hans Schumacher), Peter Klein (Otto Bradfisch), K.-M. Mallmann (Albert Rapp) und Stephan Linck („Alte Charlottenburger“) dar. Bernhard Brunner überschrieb seinen Beitrag: „Ganz normale Lebensläufe. Warum die Mitwirkung an der Ermordung der französischen Juden in der Bundesrepublik kein Karrierehindernis war“. Darin bescheinigt er Ernst Achenbach, dem ehemaligen, auch mit Judendeportationen befassten, Leiter der politischen Abteilung der Deutschen Botschaft im besetzten Frankreich, „in der Nachkriegszeit eine beeindruckende Karriere gemacht“ zu haben: Als ehemaliger Geschäftsführer der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ hatte der Rechtsanwalt Achenbach in den fünfziger Jahren enge Beziehungen zur Industrie sowie zu zahlreichen NS-Funktionären und war maßgeblich an den Bemühungen um Generalamnestie und die Protektion von Altnazis beteiligt. Seit 1950 MdL der FDP in Nordrhein-Westfalen und MdB (1957-1976) dieser Regierungspartei ist Achenbach zugleich exemplarisch für die bis heute unaufgearbeitete und auch im vorliegenden Band unzureichend dargestellte Rolle und Verantwortung der Bonner Staatsparteien.

Einige Verfasser behandeln komplexe Themen: Gerald Steinacher (Die Flucht von Gestapo-Angehörigen nach Übersee), Jan Kiepe (Das gesellschaftliche und rechtspolitische Umfeld bei Ermittlungen gegen ehemalige Gestapo-Mitarbeiter), Jürgen Matthäus (Die Sonderkommissionen zur Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen), Annette Weinke (Das verhinderte Verfahren gegen die Bediensteten des Reichssicherheitshauptamtes), Jochen Böhler (Die Ermittlungen zur „Aktion Erntefest“), K.-M. Mallmann (Der Täterdiskurs in Wissenschaft und Gesellschaft), Akim Jah (Aussagemuster von Berliner Gestapobeamten nach 1945) und A. Angrick (Das Nachleben der Gestapo im Film).

Die Einleitung der Herausgeber enthält Abschnitte zu SBZ und DDR sowie zu Österreich. Einige herabsetzende Passagen zur DDR lassen kaum quellengestützte und sachliche Urteile erkennen und bleiben unter dem Niveau der Gesamtveröffentlichung. Es erscheinen die Klischees vom „verordneten Antifaschismus“, von der „Dimitroff-Formel“ und von der „zweiten Diktatur“. Immerhin wird bemerkt, in „politisch wichtigen Sektoren wie Polizei, Justiz, Verwaltung oder Schule wurde kein Nationalsozialist geduldet“. (33) In dem teils herablassenden Exkurs zu Österreich wird die Rolle der Parteien und Politiker konkreter und kritischer benannt als bezüglich der Bundesrepublik. Das verdienstvolle Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien bleibt unerwähnt.

Von Angrick gibt es einen Beitrag über das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und die Gestapo. Darin bescheinigt er dem Braunbuch der DDR von 1965, „besonders erfolgreich“ gewesen zu sein und viele RSHA- und Gestapo-Angehörige zutreffend benannt zu haben. Auch der kritische Leser könne „nicht bestreiten, dass die Hauptthese des ‚Braunbuches‘ trotz aller Polemik zutraf: dass es dem Gros der dort Vorgestellten gelungen war, ohne allzu große Schwierigkeiten wieder Teil der

bürgerlichen Gesellschaft zu werden und seine persönliche Biographie bestenfalls Brüche aufzuweisen hatte.“ (280) Zuvor hatte er bereits festgehalten, dass im Gegensatz zu den Westmächten und der Polizei in der Bundesrepublik das MfS „keine früheren Angehörigen der Gestapo oder des SD als Mitarbeiter anzustellen gedachte.“ Das sei ihnen „aus Prinzip verwehrt“ geblieben. (276) Eine ausdrückliche Würdigung eines solch erheblichen Unterschieds zur Bundesrepublik kann von der heutigen offiziösen Geschichtsschreibung nicht erwartet werden. Es wird jedoch zugestanden: „Summiert man die in der DDR ergangenen Schuldsprüche gegen frühere Angehörige der Gestapo, erscheint die Leistung der DDR-Strafverfolgung gegen Täter, die an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen mitgewirkt hatten, beachtlich.“ (284)

Die Veröffentlichung sollte als wichtiger Beitrag zur diesjährigen aufwändigen, vielfach lückenhaften und beschönigenden Darstellung der 60jährigen Geschichte der Bundesrepublik aufgenommen und für künftige historisch-politische Bildung nachhaltig genutzt werden. Sie ist geeignet, den bundesdeutschen Anspruch, von Anbeginn und durchgängig ein Rechtsstaat gewesen zu sein, zu problematisieren und zu widerlegen.

Marxistische Blätter 4_2009 (Juli), S. 97-101.

Personenregister

A

Abbe, Ernst 195, 196
Abdul Hamid II. 200, 201, 202, 208
Abendroth, Wolfgang 80, 84
Abs, Hermann 9, 236, 237
Achenbach, Ernst 288
Adenauer, Konrad 15, 18, 30, 31, 32, 33, 38, 39, 40, 41, 42, 49, 56, 57, 64, 65, 66, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 96, 97, 99, 110, 111, 113, 115, 116, 117, 118, 121, 122, 127, 136, 151, 152, 177, 178, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 198, 215, 216, 217, 218, 224, 236, 238, 241, 243, 248, 250, 252, 257, 264, 265, 267, 281, 287
Ahrendtsen, Alex 276
Aigner, Heinrich 241
Alasan, Wagram 210
Albrecht, Rosemarie 85, 196
Altaffer, Maurice W. 151
Amerongen, Otto Wolff von 197
Anger, Hans H. 81
Angrick, Andrej 287, 288
Arcais, Paolo Flores d' 7, 106
Arendt, Hannah 100, 101
Arndt, Adolf 218
Arndt, Walther 85
Arnold, Karl 122
Aron, Raymond 50
Aschenauer, Rudolf 222
Astel, Karl 253
Atabekjanz, Jossif Nersessowitsch 205
Aubin, Hermann 282
Augstein, Franziska 193
Aurin, Marcus 282, 283

B

Bach, Ernst 264
Baeumler, Alfred 44, 60
Bahr, Egon 239
Balzer, Friedrich-Martin 93
Bandulet, Bruno 49, 53
Barbie, Klaus 287
Bartel, Walter 282
Barth, Theodor 188, 191, 271, 272, 273
Barthel, Karl 76
Barzel, Rainer 34, 36, 72, 278
Bauch, Bruno 253
Bauer, Otto 32
Baumann, Ludwig 97
Baumgarten, E. 81
Bausch, Paul 266
Bebel, August 170, 171, 176, 190, 207, 212, 256, 272
Becher, Johannes R. 24, 77
Becker, Gary S. 150
Becker, Theo 196
Behrend, Manfred 127
Beitz, Berthold 72
Bejarano, Esther 162
Bender, Peter 71
Beneš, Edvard 89, 132
Benoist, Alain de 49, 50
Berdjajew, Nikolai 50
Berglar, Peter 49, 242
Bergner, Christoph 212
Berlusconi, Silvio 158
Bernstein, Eduard 201, 202, 207
Bertsch, Herbert 276, 278
Besier, Gerhard 168
Best, Werner 140, 141, 143, 144, 250, 287, 288
Bethmann Hollweg, Theobald von 191, 203
Beyer, Anke 11
Biedenkopf, Kurt 150, 167, 278
Bieg, Ewald 177
Biemann, Georg 139
Birthler, Marianne 277, 284
Bismarck, Otto von 12, 100, 107, 156
Blankenburg, Stephanie 154
Bloch, Ernst 83
Blomberg, Werner von 263
Blüm, Norbert 240
Blumenfeld, Erik Bernhard 210
Blumenwitz, Dieter 242
Bobrowski, Johannes 89
Boehm, Max Hildebert 44, 60, 82
Böhler, Jochen 288
Böhm, Franz 148, 152
Böhme, Curt 171, 172
Bohmüller, Lothar 195
Bolck, Franz 195, 196
Böll, Heinrich 243
Bollinger, Stefan 282, 283
Bonald, Louis de 50
Bönninger, Karl 77
Borkowski, Dieter 49
Born, Max 30, 84
Bosch, Hieronymus 47
Bosch, Robert 261, 281
Bossle, Lothar 241, 242
Böttrich, Sylvester 204
Bradfisch, Otto 286, 288
Brandes, Georg 202
Brandt, Willy 18, 19, 21, 48, 49, 73, 99, 110, 224
Breitscheid, Rudolf 188, 191, 192, 271, 272, 273, 274, 275
Breitscheid, Tony 274, 275
Brentano, Heinrich von 30
Breuer, Stefan 44, 45, 61, 82
Brezinka, Wolfgang 49
Brok, Elmar 210
Bruck, Arthur Moeller van den 29, 44, 50, 58, 59, 60, 61, 146
Brundig, Karl 77
Brunner, Bernhard 288
Brunnhuber, Georg 246
Buber Agassi, Judith 92
Buber-Neumann, Margarete 91, 92, 101
Buchner, Max 60

Buchstab, Günter 116
Buhr, Manfred 226
Buhtz, Gerhard 86
Bulganin, Nikolai Alexandrowitsch 179
Bülow, Bernhard von 187, 189, 191, 192, 272
Burghardt, Max 84
Burke, Edmund 50, 54
Burnham, James 50
Burrichter, Clemens 194
Bush, George W. 158, 258
Busse, Ernst 13
Bütefisch, Heinrich 237
Butenandt, Adolf 82

C

Carrell, Paul (d. i. Paul Karl Schmidt) 11
Carstens, Karl 34, 236, 247
Castell, Rolf 80
Chamberlain, Houston Stewart 44
Chateaubriand, François René Vicomte de 50
Chávez, Hugo 280
Chirac, Jacques 134, 211
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 91, 179
Churchill, Winston 65
Claß, Heinrich 27, 44, 266
Clausewitz, Carl von 95
Clinton, Bill 211
Colditz, Roland 195
Conze, Werner 113, 114, 282
Cüppers, Martin 288
Custodis, Bernhard 215
Czepuck, Harri 39

D

Dabag, Mihran 211
Dehoust, Peter 4
Demirel, Süleyman 211
Deppe, Frank 253
Dernburg, Bernhard 189
Deschner, Günther 49
Dettling, Warnfried 157
Deutsch, Karl W. 257
Devaux, Ralf-Peter 278
Dicke, Klaus 234
Dickopf, Paul 250
Dienel, Thomas 4
Dimitroff, Georgi 59, 132, 288
Dimou, Christina 96
Dingeldey, Eduard 264
Dirks, Walter 183
Dirlam, Dorit 60
Disraeli, Benjamin 50
Ditfurth, Jutta 253
Diwald, Hellmut 53
Djilas, Milovan 50
Dodd, Martha 268
Dodd, William E. 267
Doebereiner, Johann Wolfgang 196
Döhring, Bruno 60
Donat, Helmut 207, 210
Dostojewski, Fjodor Michailowitsch 124, 126, 161
Drefahl, Günther 196
Dregger, Alfred 4, 7, 12, 34, 35, 236, 242
Dulles, John Foster 68
Düx, Heinz 223
Dwars, Jens-Fietje 194

E

Ebbinghaus, Frank 211
Eckert, Erwin 93, 182
Eggerath, Werner 197
Eiber, Ludwig 6
Eichberg, Henning 49
Eichmann, Adolf 19
Eichner, Klaus 276, 278
Eisenhower, Dwight D. 66, 68, 69, 178
Eisenman, Peter 167
Eisenreich, Herbert 49
Engel, Erich 84
Engel, Wilhelm 139
Engelberg, Ernst 282
Engels, Friedrich 101, 127, 128, 146, 170, 205, 255
Engholm, Björn 20
Engler, Helmut 242
Eppelmann, Rainer 10, 166, 279
Eppler, Erhard 239, 241
Erhard, Ludwig 18, 19, 48, 71, 72, 73, 110, 150, 151, 152, 153, 252
Esser, Thomas 55, 263
Eucken, Walter 148, 150, 153, 157
Evans, Richard J. 132, 133

F

Fabian, Walter 209
Fair-Schulz, Axel 282, 283
Falkenhausen, Alexander von 219
Farny, Oskar 266, 267
Fast, Howard 127
Faulenbach, Bernd 166, 167
Feder, Gottfried 44
Feuerbach, Paul Johann Anselm 196
Filbinger, Hans 9, 49, 134, 236, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 250
Fink, Heinrich 167
Fischer, Alexander 116
Fischer, Bernd 276, 278
Fischer, Gerhard 127
Fischer, Joseph (Joschka) 12, 96, 211, 232
Fisher, Benjamin B. 276, 279
Fladung, Johann 198, 234
Flick, Friedrich 7, 36, 56, 236, 237
Fließ, Gerhard 195, 196
Foncke, Robert 78
Forschbach, Edmund 266
Forsthoff, Ernst 49, 98, 143
Franco, Francisco 168, 177, 241
Frank, Karl Hermann 141
Franke, Horst 195
Frantz, Constantin 54
Franz, Günther 282
Franzel, Emil 49, 89
Frege, Gottlob 196

Frei, Norbert 38, 39, 65
Freiligrath, Ferdinand 22
Freimüller, Tobias 82
Freisler, Roland 140
Freund, Julien 49
Frey, Gerhard 222, 224, 244
Freyer, Hans 44, 60
Frick, Wilhelm 55, 79, 82, 263, 266
Friedman, Milton 49, 148, 150, 154
Friis, Thomas Wegener 276
Fritzen, Florentine 204
Fromm, Eberhard 60
Fromme, Friedrich Karl 232
Frymann, Daniel (Pseudonym von Heinrich Claß) 27
Fuchs, Emil 93, 182, 264
Fuchs-Kittowski, Klaus 93
Fučik, Julius 90
Fürstenberg-Herdringen, Maria Pia Gräfin von 136, 181
Fürstenberg-Herdringen, Pia Gräfin 265

G

Gädke, Richard 274
Gailat, Kurt 278, 279
Garbe, Detlef 6
Gassert, Philipp 243
Gast, Gabriele 276, 279
Gauland, Alexander 49
Gauweiler, Peter 12
Gehlen, Arnold 49, 50, 60
Gehlen, Reinhard 287
Geis, Norbert 252
Geißler, Heiner 239
Genscher, Hans-Dietrich 34
Gerlach, Hellmut von 100, 188, 191, 209, 271, 273, 274, 275
Gerstenmaier, Eugen 242
Ghirinelli, Antonio 49
Gibbert, Paul 266
Giese, Ernst 86
Gingold, Peter 96
Giordano, Ralph 14, 109, 210, 237, 248
Glaser, Heinrich 274
Gleichen, Heinrich von 56
Glesos, Manolis 96
Globke, Hans Maria 9, 31, 118, 236, 241, 242, 243, 244, 248, 250, 257
Glotz, Peter 19, 20, 248
Gobineau, Joseph Arthur Comte de 44
Goebbels, Joseph 44, 98
Goerdeler, Carl 114, 118
Goetze, Eberhard 84
Goetze, Ursula 84
Goldwater, Barry 54
Goppel, Alfons 242
Göring, Hermann 55, 57, 82, 177, 223, 261, 263, 265, 266, 281
Görres, Joseph 50
Göttlings, Johann Friedrich 195
Gottwald, Herbert 60
Gracián, Baltasar 47, 50
Gradnauer, Georg 206, 210
Grass, Günter 89
Grebing, Helga 183
Greiffenhagen, Martin 14, 35, 60
Greve, Otto-Heinrich 219
Greve, Uwe 52, 53
Gring, Diana 6
Groos, Otto 140
Großmann, Werner 276, 277
Grotewohl, Otto 71
Grunwald, Stefan 12
Guillaume, Christel 278
Guillaume, Günter 21, 278
Günther, Hans 59
Günther, Hans F. K. 82, 253
Günzel, Reinhard 134, 244, 247
Gwiazdomorski, Jan 84
Gysi, Gregor 7

H

Habermann, Max 114, 118, 119
Habsburg, Otto von 210, 242
Hachmeister, Lutz 276
Haeckel, Ernst 195, 196
Haffner, Sebastian 184
Hager, Kurt 197
Häggman, Bertil 49
Hahn, Ludwig 288
Hahn, Otto 30
Haider, Jörg 7, 10
Hallstein, Walter 19, 152
Hämel, Josef 76, 78, 79
Hamel, Walter 143
Hammer, Franz 83
Haney, Gerhard 194
Hansen, Karl-Heinz 20
Harnack, Arvid 85
Hartewig, Karin 6
Härtling, Peter 89
Hauser, Otto 244
Hayek, Friedrich August von 50, 99, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 157
Hayes, Carlton I. 257
Heartfield, John 84
Heck, Bruno 181, 241, 242, 246, 278
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 124, 159, 196
Heidegger, Martin 60, 237
Heimpel, Hermann 282
Heinemann, Gustav 18, 30, 33, 66, 70, 72, 78, 264
Heinsohn, Gunnar 211
Heintzeler, Frank 257
Heisenberg, Werner 30
Heiser, Meredith 283
Heither, Dietrich 11
Heitmann, Steffen 244
Hellwege, Heinrich 64, 70, 217, 219, 220
Henkel, Hans-Olaf 157
Henlein, Konrad 88
Herbert, Ulrich 140, 143, 144, 288
Hermes, Andreas 114, 116, 117, 181
Herzog, Roman 88, 130
Herzog, Wilhelm 274
Hess, Gerhard 81

Heß, Rudolf 221, 265
Heusinger, Adolf 9, 96, 236, 242
Heuss, Theodor 18, 64, 69, 179, 192, 252, 266
Heydrich, Reinhard 139
Heym, Stefan 23
Hilferding, Rudolf 275
Himmler, Heinrich 138, 140, 141, 142, 143, 265, 286, 288
Hindenburg, Paul von 28, 57, 261, 263, 264, 265
Hitler, Adolf 7, 30, 31, 44, 56, 57, 60, 64, 75, 76, 77, 81, 82, 89, 94, 95, 96, 99, 101, 106, 107, 110, 113, 118, 119, 120, 132, 135, 136, 143, 177, 179, 180, 181, 183, 184, 186, 219, 220, 227, 236, 243, 248, 261, 262, 263, 264, 265, 267, 268, 280, 281, 282, 288
Hobsbawm, Eric 144, 259, 260
Höcherl, Hermann 250
Hochhuth, Rolf 19, 239, 242
Hoegner, Wilhelm 32, 266
Hoeres, Walter 49
Hohmann, Joachim 89
Hohmann, Martin 134, 167, 236
Höhn, Reinhard 138, 139, 140, 141, 142, 143, 236, 250, 288
Holldorf, August W. 143
Honecker, Erich 7, 22, 35, 227
Höpker-Aschoff, Hermann 179, 251
Horlacher, Michael 266
Hornung, Klaus 49, 53, 54, 242
Höwing, Wolfgang 194
Hruska, Emil 88
Huber, Ernst Rudolf 143
Huber, Kurt 85
Huch, Ricarda 196
Huchel, Peter 89
Hugenberg, Alfred 57, 60, 263, 264, 266
Hume, David 50
Hundt, Dieter 142, 236, 288
Hus, Jan 221
Huyn, Hans Graf 49

I

Ibrahim, Jussuf 85
Iggers, Georg 282, 283
Iggers, Wilma 283

J

Jäde, Henning 49
Jaeger, Richard 72
Jah, Akim 288
Jahrreiß, Hermann 78, 223
Jarausch, Konrad 282, 283
Jaspers, Karl 33, 100, 101, 229, 261, 281
Jaurès, Jean 78, 207
Jeppe, Karen 175
Jesenská, Milena 90, 91, 92, 101
Jesensky, Jan 90
Jesse, Eckart 284
Jodl, Alfred 223
John, Jürgen 195
John, Otto 73
Jonscher, Reinhard 195
Jorke, Dietfried 229
Jung, Edgar Julius 44, 59, 60
Jünger, Ernst 44, 50, 54, 60, 98, 105, 222
Jünger, Friedrich Georg 50

K

Kaas, Ludwig 56, 264, 281
Kafka, Franz 90, 92
Kaienburg, Hermann 6
Kaiser, Jakob 33, 64, 69, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 127, 152, 181, 182, 265, 266
Kalinke, Frau 218
Kaltenbrunner, Ernst 287
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus 34, 47, 49, 61
Kapp, Wolfgang 172
Kappe-Hardenberg, Siegfried 49
Karpf, Hugo 266
Karst, Heinz 242
Kaschkat, Hannes 49, 53
Katnarová, Inka 92
Katzenberger, Hermann 122
Katzschmann, Bernd 195
Kauder, Volker 246
Kaul, Friedrich Karl 82, 173
Keil, Gerhard 196
Kemal, Mustafa 204, 205
Kempner, Robert M. 222
Kennedy, John F. 73
Kershaw, Ian 100, 102
Kesselring, Albert 219
Kessler, Heinz 196
Kessler, Mario 282
Kiepe, Jan 288
Kiesinger, Kurt Georg 9, 18, 19, 72, 73, 110, 134, 236, 239, 242, 243, 244, 245
Kirk, Russell 50
Klages, Ludwig 60
Klatz, Hanns 46
Klee, Ernst 80, 82, 233
Klein, Peter 286, 288
Klepsch, Egon Alfred 210
Kleßmann, Christoph 129, 130
Kloos, Gerhard 86
Knabe, Hubertus 168
Knigge, Johann 6, 11
Knoeringen, Waldemar von 19
Knütter, Hans-Helmuth 54
Koch, Lasse 11
Koch, Roland 244, 247
Kocher, Robert 11
Kocka, Jürgen 87, 103
Koellreutter, Otto 143
Koestler, Arthur 90
Kohl, Helmut 4, 7, 34, 35, 36, 37, 52, 55, 135, 163, 198, 212, 232, 236, 237, 239, 240, 242, 248
Köhler, Otto 251
Kohn, Alfred 77
Kohn, Hans 257
Kolesnitschenko, Iwan Sasonowytsch 84, 197
König, Lothar 4

Kopelew, Lew 89
Kopkow, Horst 288
Kopp, Hans-Ulrich 53
Korn, Salomon 166
Kosthorst, Erich 113
Koutscharian, Gerayer 211
Kraft, Waldemar 70, 72, 118, 179
Kraske, Konrad 278
Krause, Rudolf Karl 244
Krebs, Felix 11
Kremp, Herbert 49
Kreß, Claus 215
Krieck, Ernst 60
Kristol, Irving 49
Krone, Heinrich 72, 266
Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 220, 221
Krüger, Hans 236
Krüger, Thomas 166
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 237, 261, 268, 281
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 175, 208
Kübel, Klaus 229
Kuche, Lutz 49
Kuczynski, Jürgen 84, 282
Kuehnelt-Leddihn, Erik Ritter von 49
Kühnl, Reinhard 14, 253
Küttler, Wolfgang 128

L

Lagarde, Paul de 44
Lambsdorff, Otto Graf 36, 150
Lammert, Norbert 280
Landmann, Salcia 49
Langbehn, Julius 44
Langguth, Gerd 240
Langhoff, Wolfgang 84, 118
Larsen, Sinding 111
Latussek, Paul 4
Laue, Max von 30
Lauer, Reinhard 124, 159
Leggewie, Claus 46
Lehr, Robert 264
Leicht, Robert 245
Lemmer, Ernst 117, 266
Lenin, Wladimir Iljitsch 280
Lenk, Kurt 14, 59, 60
Lenz, Marlene 210
Lenz, Siegfried 89
Lepsius, Johannes 175, 201, 202, 203, 205, 207, 209
Lepsius, Karl Richard 201
Leuschner, Wilhelm 114, 118
Levy, David 49
Lex, Hans Ritter von 179
Ley, Robert 56, 265
Lieberam, Ekkehard 103
Liebknecht, Karl 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 212
Liebknecht, Wilhelm 170, 175, 206, 207, 282
Linck, Stephan 288
Lindau, Rudolf 77
Linz, Juan L. 102
Livingston, Robert G. 276, 279
Löbe, Paul 263
Lobkowicz, Nikolaus 35, 49, 242
Loewenstern, Enno von 49
Lohausen, Heinrich Freiherr von 49
Lorenz, Konrad 50
Lötzsch, Ronald 254
Löwenthal, Gerhard 241
Lubbe, Marinus van der 280
Lübke, Heinrich 9, 18, 236, 243, 244, 250, 251
Luchterhandt, Otto 212
Ludendorff, Erich 60
Ludz, Peter Christian 99
Lukács, Georg 60, 126, 161
Lummer, Heinrich 12
Lütjens, Günther 73
Lüttgenau, Rikola-Gunnar 6
Luxemburg, Rosa 170, 171, 172, 173, 174, 176, 190, 205, 206, 273

M

Machiavelli, Niccolo 50
Macrakis, Kristie 277
Maegerle, Anton 46
Maetzig, Kurt 283
Mägdefrau, Werner 195
Mahraun, Arthur 139
Maier, Hans 246
Maier, Reinhold 266
Mailer, Norman 258
Maistre, Joseph de 50
Maitre, Hans-Joachim 49
Maizière, Lothar de 227
Malinowski, Stephan 135
Mallmann, Klaus-Michael 287, 288
Malorny, Heinz 60
Mann, Erika 100
Mann, Heinrich 90, 100, 274, 275
Mann, Klaus 100
Mann, Thomas 124, 126, 159, 161, 180, 184
Manousakis, Gregor M. 49
Manstein, Erich von 219
Mao tse-tung 102
Marcuse, Herbert 100
Maria Stuart 221
Markov, Walter 282
Marroquin, Carlos 47
Martini, Winfried 49
Marx, Karl 101, 127, 128, 146, 170, 179, 195, 227, 230, 231, 254, 255, 267
Marx, Werner 278
Masaryk, Tomáš G. 89, 90
Matthäus, Jürgen 288
Maunz, Theodor 9, 79, 84, 130, 140, 143, 222, 224, 236, 237, 242, 243, 244
Maurras, Charles 50
Mayer-Vorfelder, Gerhard 242
McCarthy, Joseph 80
McCloy, John J. 65, 222
Meckel, Markus 22, 166
Meerwald, Willy 140
Mehnert, Klaus 222
Mehring, Franz 170, 176, 188, 189, 207, 273

Mehring, Walter 100
Meinhof, Ingeborg 81
Meinhof, Ulrike 81
Meinhof, Wienke 81
Meister, Roland 60
Mende, Erich 236, 252
Mendelssohn, Moses 9
Merkatz, Hans-Joachim von 32, 215, 218
Merkel, Angela 153, 232, 236, 246, 267, 280
Merz, Friedrich 153
Metzler, Helmut 194
Meusel, Alfred 282
Meves, Christa 242
Meyer, Hans-Joachim 228, 232
Meyer, Ines 11
Milbradt, Georg 167
Mintert, David M. 288
Mises, Ludwig von 99, 150, 157
Mitzenheim, Moritz 77, 84
Młynarczyk, Jacek Andrzej 288
Mocek, Reinhard 194
Modrow, Hans 24, 278
Mohammed IV. 204
Mohler, Armin 46, 49, 50, 51, 53, 61, 105, 222
Mölders, Werner 73
Möller, Horst 102
Mollet, Guy 179
Molnar, Thomas 49
More, Thomas 221
Morgenthau, Henry 201
Morsch, Günther 163
Motschmann, Klaus 46, 53, 54
Müller, Adam 50, 53
Müller, Josef 122
Müller, Peter 247
Müller, Philipp 40, 66
Müller-Armack, Alfred 148, 150, 152, 153
Müller-Enbergs, Helmut 277
Müller-Hill, Benno 82
Münch, Fritz 222
Murswiek, Dietrich 49, 53
Mussmann, Olaf 6
Mussolini, Benito 98

N

Nagel, Ivan 9
Nagel, Otto 84
Naimark, Norman M. 88
Naumann, Friedrich 174, 175, 187, 188, 192, 208, 209, 271
Naumann, Michael 96
Naumann, Werner 70
Nebgen, Elfriede 113
Neubert, Ehrhart 102
Neumann, Franz 100
Neumann, Friedrich Julius 256
Nicholson, Harold 56
Niekisch, Ernst 44
Niemöller, Martin 84
Niethammer, Lutz 6
Nietzsche, Friedrich 44, 47, 54
Noce, Augusto del 47
Nöckel, Werner 198
Nolte, Ernst 4, 60
Nolte, Paul 62
Nostitz, Oswald von 49
Nuschke, Otto 174

O

Oberländer, Theodor 9, 30, 31, 70, 72, 118, 179, 236, 242, 243, 244
Odermann, Heinz 205
Oehme, Jochen 195
Oettinger, Günther 244, 245, 246, 247, 248
Ohlendorf, Otto 139
Ohringer, Myriam 162
Oppelland, Torsten 72, 73
Ortega y Gasset, José 50, 149
Ortlieb, Heinz-Dietrich 49, 151
Ossietzky, Carl von 60, 100, 274, 275
Ossietzky, Maud von 275

P

Pabst, Waldemar 172, 173
Pampalom, Amos 96
Pankok, Otto 84
Papen, Franz von 56, 60, 136, 181, 215, 216, 220, 263, 265, 266
Pascha, Enver 203, 204
Pascha, Talât 202, 204, 205
Paul, Rudolf 76
Paulus, Friedrich 269
Pelz, William 282, 283
Peroutka, Ferdinand 90
Pétain, Philippe 221
Petzold, Joachim 60
Pfaehler, Dietrich 49, 53
Pferdmenges, Robert 152
Pflüger, Friedbert 54
Pieck, Wilhelm 71
Pineau, Christian 179
Pinochet, Augusto 154, 241
Pius XII. 19
Plebe, Armando 49
Plenert, Wolfgang 231, 232
Podewin, Norbert 276
Poettering, Hans-Gert 210
Pofalla, Ronald 247
Poliakov, Léon 143
Popper, Raimund 150
Poser, Lydia 77
Posser, Diether 30, 41, 42, 66
Pot, Pol 100, 102
Preußen, August Wilhelm von 57
Preußen, August Wilhelm von (Auwi) 261, 264, 265

Q

Quadt zu Wykradt und Isny, Eugen, Graf von 266
Quandt, Günther 251
Quidde, Ludwig 188

R

Ramcke, Hermann-Bernhard 219
Rapp, Albert 288
Rau, Heinrich 77
Rauff, Walther 288
Rauschning, Hermann 59, 249, 267
Reagan, Ronald 99, 150, 153, 154, 211
Redslob, Edwin 78
Reichwein, Adolf 85
Reimann, Max 69
Reisberg, Arnold 282
Reismann, Bernhard 38
Renner, Heinz 42, 70, 178, 218
Rexrodt, Günter 153
Ribbentrop, Joachim von 245
Ribhegge, Wilhelm 20
Richter, Hans Werner 89
Richter, Michael 117
Richthofen, Bolko Freiherr von 222
Riefenstahl, Leni 54
Riege, Helga 195
Riemeck, Renate 81, 84
Rische, Friedrich 42, 70, 178
Rodewald, Heinz 197
Roesler, Jörg 276, 282, 283
Roewer, Helmut 4
Röhm, Ernst 177
Röhr, Werner 282, 283
Rohrbach, Paul 60
Rohrmoser, Günter 36, 52, 53, 109, 242
Rolland, Romain 78
Romains, Jules 90
Rommel, Erwin 73
Röpke, Wilhelm 99, 148, 149, 150, 151, 152, 155, 157
Rosenberg, Alfred 44, 59, 60
Rosenberg, Arthur 282
Rößler, Walter 205
Ruge, Wolfgang 282
Rupp, Rainer 276, 278
Russell, Bertrand 84
Rüstow, Alexander 148, 150
Rüthers, Bernd 80, 140
Rüttgers, Jürgen 247

S

Sabrow, Martin 193
Sachsen-Coburg-Gotha, Karl Eduard Herzog von 173
Sacke, Georg 85
Sackville-West, Victoria 56
Salazar, António de Oliveira 241
Sander, Hans-Dietrich 49, 51
Sander, Ulrich 95, 96, 97
Sanders, Otto Liman von 205
Sauzin, Louis 78
Sayn-Wittgenstein, Heinrich Prinz zu 236
Schacht, Hjalmar 237, 261, 263, 265, 281
Schäfer, Dietrich 27
Schäfer, Hans 134
Schäffer, Fritz 57, 70, 236, 264, 281
Schams, Otto 89
Schanetzky, Tim 143
Scharnberg, Harriet 6
Scharping, Rudolf 12
Schäuble, Wolfgang 12, 24, 252
Schaxel, Julius 85
Scheel, Heinrich 282
Scheel, Walter 18, 72, 110
Scheidemann, Philipp 208
Scheler, Max 50
Schell, Olga 97
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph 196
Schelsky, Helmut 60
Schenk, Dieter 250, 251
Schickel, Alfred 49, 53
Schieder, Theodor 282
Schildt, Axel 60, 184
Schiller, Karl 150
Schipanski, Dagmar 232
Schlamm, Willi 90
Schlee, Emil 11
Schleicher, Kurt von 220, 263, 265
Schlempp, Walter 251
Schleyer, Hanns Martin 142, 236
Schlieffen, Alfred von 26
Schmidt, Helmut 8, 34, 110, 153, 243, 280
Schmidt, Paul Karl (d. i. Paul Carrell) 11
Schmidt, Siegfried 195
Schmidt-Eenboom, Erich 276, 279
Schmitt, Carl 44, 50, 60, 61, 98, 105, 140, 143, 222, 237
Schmölders, Günter 49
Schneider, Horst 103
Schnitzler, Georg von 261
Schnoor, Rainer 282, 283
Schölzel, Arnold 253
Schönbohm, Jörg 247
Schopenhauer, Arthur 47
Schorlemer, Karl Friedrich Freiherr von 266
Schott, Otto 196
Schramm, Gotthold 276, 278, 279
Schreiner, Albert 282
Schrenck-Notzing, Caspar von 46, 47, 48, 51, 52, 53, 222
Schröder, Brigitte 72
Schröder, Gerhard (CDU) 18, 70, 72, 73, 118, 179
Schröder, Gerhard (SPD) 12, 96, 211, 232
Schröder, Kurt Freiherr von 56, 265
Schrübber, Hubert 251
Schui, Herbert 154
Schumacher, Hans 288
Schumacher, Kurt (SPD) 39, 64, 117, 265, 266
Schumacher, Martin (SPD) 266
Schumann, Georg 172
Schwaller, John 282
Schwartz, Mladen 49
Schwarz, Franz Xaver 141
Schwarz, Hans-Peter 177
Schwarz, Otto 76, 83, 193, 198
Scotti-Hagen, Edmund 26
Seebohm, Hans-Christoph 32, 70, 217, 218, 219, 236
Seeckt, Hans von 95
Seela, Reyk 4
Seeliger, Rolf 20, 143
Seghers, Anna 84

Seidel, Hanns 32
Seidl, Alfred 221, 222, 244
Seldte, Franz 263
Semmler, Karl 6
Seydel, Helmut 140
Seydlitz-Kurzbach, Friedrich Wilhelm von 215
Sfountouris, Argyris 96
Siemens, Carl Friedrich von 49
Siemsen, August 85
Silverberg, Paul 56, 151, 265
Simpfendörfer, Wilhelm 266
Six, Franz 142
Sohn, Gunnar 46
Sokrates 221
Solotuchin, Pjotr Wassiljewitsch 83
Solschenizyn, Alexander Issajewitsch 89
Sommer, Theo 240
Sontheimer, Kurt 60
Spahn, Martin 60
Spann, Othmar 44, 60
Späth, Lothar 242
Speer, Albert 251
Speidel, Hans 30
Spengler, Oswald 44, 50, 58, 59, 60, 61, 146
Springer, Axel Cäsar 258
Stadtler, Eduard 60
Stadtmüller, Georg 49
Staeck, Klaus 239
Stalin, Josef 40, 91, 98, 99, 100, 101, 102, 118, 132, 168, 178, 179, 221, 282
Stamfort, Otto 77, 78, 198, 199
Stapel, Wilhelm 44, 61
Staudte, Wolfgang 287
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 114
Stauffenberg, Franz Ludwig Graf 240
Stauffenberg, Konrad Friedrich Freiherr von 266
Stauß, Emil Georg von 267
Steiger, Günter 195
Steinacher, Gerald 288
Steinbach, Matthias 194
Steinbuch, Karl 242
Steinherz, Samuel 89
Steinmetz, Max 77, 81, 196
Stern, Leo 282
Stillich, Oscar 146
Stinnes, Hugo 288
Stöcker, Adolf 271
Stoiber, Edmund 232, 236, 267
Stoltenberg, Gerhard 242
Stracke, Stephan 96
Strafford, Thomas Wentworth, 1. Earl of 221
Strasser, Gregor 44, 113
Strauß, Franz Josef 4, 34, 35, 42, 97, 105, 110, 152, 153, 154, 236, 239, 242, 252, 267
Strauss, Wolfgang 49
Streisand, Joachim 282
Stroessner, Alfredo 241
Ströhm, Carl Gustav 53
Struck, Peter 95
Stuckart, Wilhelm 140, 141, 257
Studnitz, Hans-Georg von 49, 223
Stürmer, Michael 281
Sündermann, Helmut 223
Suth, Willi 177
Suttner, Bertha von 207
Swoboda, Gerhard 46
Syngalakis, Aristomenis 97

T

Tanyer, Cavlan 211
Tehlerjan, Soromon 205, 209
Teufel, Erwin 242, 243, 246
Thatcher, Margaret 150, 153, 154
Thedieck, Franz 69
Thierse, Wolfgang 55, 232
Thullen, Alfred 86
Thyssen, Fritz 56, 265, 268
Toeplitz, Heinrich 84
Tomberg, Friedrich 194
Tommissen, Piet 49
Topitsch, Ernst 49
Toqueville, Alexis de 50
Torgler, Ernst 263
Toynbee, Arnold J. 50
Treitschke, Heinrich von 44
Trittin, Jürgen 162
Tschasow, Jewgeni Iwanowitsch 196
Tschernyschewski, Nikolai Gawrilowitsch 124, 159
Tucholsky, Kurt 100
Tyas, Stephen 288

U

Ulbricht, Walter 71, 83, 113, 118
Umfrid, Hermann 210
Umfrid, Otto 201, 209, 210

V

Vahlen, Theodor 140
Veen, Hans-Joachim 168
Verschuer, Otmar von 82
Vetter, Erwin 242
Vialon, Friedrich Karl 221
Vierbücher, Heinrich 174, 175, 208, 210
Vockel, Heinrich 122
Vogel, Bernhard 4, 72, 103, 150, 242, 246
Vogel, Hans-Jochen 281
Vogel, Horst 277
Vogl, Otto 196
Vögler, Albert 261, 267, 281

W

Wagner, Jens-Christian 251
Wagner, Richard 44
Waigel, Theo 232
Walesrode, Ludwig 273
Weber, Helene 266
Weber, Max 50
Wegner, Armin T. 209
Wegner, Michael 124, 125, 126, 159, 160, 161, 194
Wegner, Michele 209
Wehler, Hans-Ulrich 45
Wehner, Herbert 32
Weigel, Erhard 195

Weinkauf, Hermann 251
Weinke, Annette 288
Weiss, Christina 193, 194
Weiß, Guido 273
Weißbecker, Manfred 197
Weißmann, Karlheinz 53
Weizsäcker, Carl Friedrich von 30
Weizsäcker, Richard von 35, 110, 112
Wenger, Paul Wilhelm 242
Werfel, Franz 203
Wessel, Helene 30
Westerwelle, Guido 232
Wette, Wolfram 243, 248
Wiechert, Ernst 89
Wiemer, Otto 189
Wiesheu, Otto 240
Wildenbruch, Ernst von 28
Wilhelm II. 26, 28, 57, 170, 174, 187, 201, 208, 265
Willms, Bernard 53
Winkler, Heinrich August 173
Wissmann, Matthias 240
Wittig, Joachim 195
Wolf, Erika 116
Wolf, Walter 75, 76
Wolff-Metternich, Paul 203, 204
Wörner, Manfred 242
Wulff, Christian 247
Wulff, Joseph 143

Z

Zander, Eugen 177
Zehm, Günter 83
Zehrer, Hans 44, 60
Zetkin, Clara 170, 176, 264
Zetkin, Maxim 77
Zucker, Friedrich 75, 83, 196
Zweig, Arnold 84
Zweig, Stefan 100
Zwerenz, Gerhard 14